N12<524619148 021

ubTÜBINGEN

Buchbinderei
Schaffhauser
Biberach, Krummer Weg

theol + TR 2000/2004 lose

OST-WEST
Europäische Perspektiven

Jahrgang 2006, Heft 1

Aufbruch an der Ostsee

Schwerpunkt: Die baltischen Staaten

Streiflichter zu Geographie und Geschichte

Der Weg in die NATO und in die EU

Kirchliches Leben zwischen christlicher Verwurzelung und Neuheidentum

Porträt: Arvo Pärt

ZdK
Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Renovabis

ZA 9873

Impressum

Herausgeber:
Renovabis, Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken
mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa,
P. Dietger Demuth CSsR, Geschäftsführer,
Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising,
Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11
E-mail: info@renovabis.de; Internet: http://www.renovabis.de

und

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK),
Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär,
Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn,
Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44,
E-mail: info@zdk.de; Internet: http://www.zdk.de

Redaktion:
Dr. Gerhard Albert, Freising; Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (verantwortlich);
Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster; Wolfgang Grycz, Königstein;
Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur vom Dienst).

Erscheinungsweise: 4x im Jahr.
Bezugspreis: Einzelheft 6,15 €, Jahresabonnement 18,40 € (jeweils zzgl. Versandkosten). **Bezugsbedingungen:** Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn bis 15. November keine schriftliche Abbestellung erfolgt.

Verlag:
Matthias-Grünewald-Verlag der Schwabenverlag AG, Senefelderstr. 12, 73760 Ostfildern.
E-mail: mail@gruenewaldverlag.de; Internet: www.gruenewaldverlag.de

Anschrift der Redaktion:
Redaktion „Ost-West. Europäische Perspektiven“,
Renovabis, Domberg 27, D-85354 Freising,
Tel.: 08161 / 5309-70, Fax: 08161 / 5309-44,
E-mail: owep@renovabis.de,
Internet: http://www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung bzw. die Ansicht der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion überein.

ISSN 1439-2089

UNIV. BIBL. TÜBINGEN

Za 9873

theol

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Jahres-Inhaltsverzeichnis

7. Jahrgang 2006

Schwerpunkte

Heft 1: Die baltischen Staaten
Heft 2: Gewinner und Verlierer in Europa
Heft 3: Schienenwege in Europa
Heft 4: Die Slowakei

Hauptartikel

Michael Albus
Es war einmal ... Der Orient-Express. Vom Versuch, die alte Strecke nachzufahren 213–218

Ján Babjak
Die griechisch-katholische Kirche in der Slowakei 282–291

Thomas Bremer
Osteuropäische Eisenbahngeschichten 163–169

Arvaldis Andrejs Brumanis
Die baltischen Länder und ihr Exil am Beispiel Lettlands 50–56

Andzrej Brzeziecki/Małgorzata Nocuń
Östlich von San und Bug. Wo Bahnfahrten noch ein Erlebnis sind ... 194–201

Christof Dahm
Der erste ‚Dampfwagen' in Österreich. Geschichte und Geschichten um die Kaiser-Ferdinands-Nordbahn 202–212

Jaroslav Daniška
Die beiden wichtigsten Problemfelder in der Slowakei seit 1989 254–263

Ivan Đorđević
Chinesen in Serbien – (un)erwünschte Gäste 115–122

Hans-Friedrich Fischer
Katholische Kirche in Litauen. Ein Situationsbericht 43–49

Michael Garleff
Die Deutschen in der Geschichte der baltischen Länder 9–15

207063

Johannes Grützmacher
Die Baikal-Amur-Magistrale – Eine Eisenbahnlinie und ihre (Be-)Deutungen 227–233
Rudolf Grulich
Die Slowakei und „ihre" Deutschen 298–302
Wolfgang Grycz
Interzonenzüge: Mit der Bahn durch den Eisernen Vorhang 175–183
Wolfgang Grycz
Die Strecke Warschau-Berlin. Auch Stalin fuhr lieber mit der Eisenbahn ... 184–193
Stanislav J. Kirschbaum
Der Überlebenskampf der Slowakei 243–253
Zdzisław Krasnodębski
Verlierer und Gewinner in Ostmitteleuropa 93–101
Arndt Kümpel
Die ökonomische Entwicklung des Baltikums 16–22
Hans Maier
Geistige Osterweiterung – ein Programm 135–146
Martin Malek
Usbekistan „nach Andijon": Vom US-Klienten zur Annäherung an Russland 147–152
Rui Marques
Portugal und Europa im Zeitalter der Migration 123–131
Pavel Mikluščák
Vom Getto zur Öffentlichkeitspräsenz. Einige Überlegungen zur gesellschaftlichen Rolle der Kirche in der Slowakei 270–281
Ulrike Müller
Litauens Beziehungen zu Polen – Überwindung der Vergangenheit 36–42
Andrius Navickas
„Wir werden nie wieder schutzlos da stehen ..." 23–29
Małgorzata Nocuń/Andzrej Brzeziecki
Östlich von San und Bug. Wo Bahnfahrten noch ein Erlebnis sind ... 194–201
Walenty Poczta
Folgen der polnischen Integration in die EU für die Landwirtschaft 108–114

ZA9873

Olli Rehn
EU-Erweiterung – Religion nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Estland 57–63
Peter Rival
Licht und Schatten des slowakischen Wirtschaftsbooms 264–269
Paul Roth (†)
Russland: Das Ringen um eine nationale Idee 64–69
Frithjof Benjamin Schenk
Russlands „stählernes Band": Die Transsibirische Eisenbahn 219–226
Georg Schomacher
Das Bild der Eisenbahn in der russischen Literatur 234–240
Michael Schramm
Europa – ein Unternehmen der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil. Gewinner und Verlierer als Herausforderung 83–92
Jaroslav Šonka
Tschechen und Slowaken – eine besondere Beziehung 292–297
Harald Standl
Das Baltikum – ein kleiner landeskundlicher Überblick 3–8
Eva-Maria Stolberg
Die Weichsel – „unbändiger" Naturstrom oder „zivilisierte" Kulturstraße? 303–305
Andrij Waskowycz
Armut in der Ukraine 102–107
Markus Wehner
Prügelknaben Moskaus? Estland und Lettland und ihr Verhältnis zum russischen Nachbarn 30–35
Klaus Wiebelitz
Warschau und Wien als Bahnknotenpunkte 170–174

Reportage

Karin Bachmann
Der „Tatra-Tiger" kommt nicht zur Ruhe 306–312

Länderinfo

Estland *(Martin Lenz)* 74–75
Lettland *(Martin Lenz)* 72–73
Litauen *(Martin Buschermöhle)* 70–71
Slowakei *(Martin Lenz)* 313–314

Dokumente

Die Bemühungen der katholischen Kirche um die Roma in der Slowakei 315–316
Die Kirchen Ungarns und der Slowakei bitten gegenseitig um Vergebung 317–319
Erklärung der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE): Das Werden der Europäischen Union und die Verantwortung der Katholiken (Auszüge) 153–155

Porträt

Martin Buschermöhle
„Mit den Armen heilig werden".
Schwester Małgorzata Chmielewska 156–160
Friedemann Kluge
Arvo Pärt und die Stille der Musik 76–79

Bücher

80
320

Editorial

Seit knapp zwei Jahren gehören die drei baltischen Staaten zur Europäischen Union. Aus der Sicht der Betroffenen ist damit historisches Unrecht beseitigt worden: Nach der widerrechtlichen Besetzung der zwischen den beiden Weltkriegen unabhängigen Republiken durch die Sowjetunion, dann durch die deutsche Wehrmacht und schließlich wieder durch die Rote Armee und nach der erzwungenen Eingliederung der Staaten in die UdSSR hatten sie nach dem Zerfall des Sowjetimperiums die Unabhängigkeit wieder erlangt, ja sie haben sogar durch ihre Vorreiterrolle in der Artikulierung nationaler Interessen entscheidend zum Ende der Sowjetunion beigetragen. Die Aufnahme in die europäischen Gremien besiegelte nur die Heimkehr dieser Staaten in das europäische Haus, dem sie gewaltsam entrissen worden waren.

Die westlichen Staaten haben während der Sowjetzeit stets ihre Reserven gegen das Schicksal der Balten ausgedrückt: Während die amerikanische Regierung diplomatische Beziehungen zu den Exilregierungen unterhielt, waren die Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau gehalten, nicht in offizieller Funktion die baltischen Sowjetrepubliken zu besuchen. Deutschland trug schließlich auch eine gewisse Verantwortung für das Schicksal dieser Staaten, die das Molotow-Ribbentrop-Abkommen (der „Hitler-Stalin-Pakt") der Interessensphäre Moskaus zugeschlagen hatte. Das Ende des traditionsreichen Deutschbaltentums war eine der Folgen dieser verhängnisvollen Politik.

Doch zeigt sich, dass der Prozess der Integration in die europäischen Strukturen nicht geradlinig erfolgt. Trotz guter Wirtschaftsdaten wird es noch dauern, bis das Lebensniveau westlicher Staaten erreicht ist. Der Umgang mit der Geschichte von 1940 bis 1990 und der mit den russischen Minderheiten in zweien der Staaten (in Litauen ist der russische Bevölkerungsanteil relativ gering) reißen Gräben in den Gesellschaften auf. Westliche Rücksichtnahmen in der Politik gegenüber Russland stoßen im Baltikum meist auf Unverständnis. Auch die Beziehungen zu anderen Nachbarstaaten sind zuweilen nicht unproblematisch. Diesen und anderen Aspekten dieser immer noch wenig bekannten Region im Nordosten Europas ist das vorliegende Heft gewidmet.

Die Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Harald Standl
Das Baltikum – ein kleiner landeskundlicher Überblick 3
Michael Garleff
Die Deutschen in der Geschichte der baltischen Länder 9
Arndt Kümpel
Die ökonomische Entwicklung des Baltikums 16
Andrius Navickas
„Wir werden nie wieder schutzlos da stehen ...“ 23
Markus Wehner
Prügelknaben Moskaus? Estland und Lettland und ihr Verhältnis zum russischen Nachbarn 30
Ulrike Müller
Litauens Beziehungen zu Polen – Überwindung der Vergangenheit 36
Hans-Friedrich Fischer
Katholische Kirche in Litauen. Ein Situationsbericht 43
Arvaldis Andrejs Brumanis
Die baltischen Länder und ihr Exil am Beispiel Lettlands 50
Ringo Ringvee
Religion nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Estland 57
Paul Roth
Russland: Das Ringen um eine nationale Idee 64

Länderinfo
Litauen *(Martin Buschermöhle)* 70
Lettland *(Martin Lenz)* 72
Estland *(Martin Lenz)* 74

Porträt
Friedemann Kluge
Arvo Pärt und die Stille der Musik 76

Bücher 80

Harald Standl

Das Baltikum – ein kleiner landeskundlicher Überblick

In den Köpfen der meisten Mitteleuropäer ist das Bild vom Baltikum bestenfalls undifferenziert, nicht selten sogar nur schemenhaft ausgeprägt. Die baltischen Staaten mögen zwar vergleichsweise klein an Landesfläche sein, aufgrund ihres natur- und kulturräumlichen Potenzials sind sie jedoch überaus abwechslungsreich und höchst interessant.[1] Dabei unterscheiden sich Estland, Lettland und Litauen zum Teil recht deutlich voneinander. Ein wesentliches Anliegen eines landeskundlichen Überblicks sollte insbesondere darin bestehen, die regionalen Charakteristika der drei Länder heraus zu arbeiten.

Der Ursprung des Begriffs „Baltikum" ist mit letzter Sicherheit noch nicht geklärt. Beim römischen Geographen Plinius wird die fern im Norden gelegene Insel „Baltia" erwähnt, von welcher der in der Antike äußerst begehrte Bernstein kommen soll. Im Mittelalter wird die Ostsee dann als „Mare Balticum" bezeichnet, ein Begriff, der sich in vielen Sprachen bis heute gehalten hat. So spricht das Englische noch immer von „The Baltic Sea". Im zaristischen Russland lautete die offizielle Bezeichnung „russische Ostseeprovinzen" (Gouvernements). Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die baltischen Staaten zwischen 1918 und 1920 erstmals unabhängig. Der 1939 geschlossene Hitler-Stalin-Pakt führte im Juli 1940 zur völkerrechtlich unrechtmäßigen Annexion Estlands, Lettlands und Litauens durch die Sowjetunion. Erst mit dem gescheiterten Putsch gegen Staatspräsident Gorbatschow im August 1991 wurden sie wieder aus der Sowjetherrschaft entlassen und konnten sich erneut als eigenständige Staaten gründen.

[1] Vgl. auch die Länderinfos (mit Karten), unten S. 70-75; weitere Hinweise zu Geschichte und Wirtschaft bieten die Beiträge von Michael Garleff und Arndt Kümpel. Ergänzend sei auf das Themenheft „Die baltischen Staaten" der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg verwiesen (unter: http://www.lpb.bwue.de/aktuell/bis/2_3_04/diebaltischenstaaten.pdf).

Der Autor, Privatdozent am Institut für Geographie der Universität Bamberg, befasst sich seit 1992 intensiv mit dem aktuellen wirtschafts- und sozialräumlichen Wandel im Baltikum.

Geologisch betrachtet stellt das Baltikum den westlichen Teil der so genannten „Russischen Tafel“ dar, die aus alten Sedimentpaketen besteht. Im Bereich des Finnischen Meerbusens taucht der noch ältere „Baltische Schild“ unter die Russische Tafel ab. Der geologische Unterbau der baltischen Staaten ist daher äußerst einfach strukturiert und mit Ausnahme zahlreich vorhandener mineralischer Lagerstätten zur Nutzung als Baustoffe eher ressourcenarm. Lediglich Estland verfügt mit dem im Nordosten oberflächennah anstehenden Ölschiefer über einen bedeutenden Energieträger, der im Bereich von Kohtla-Järve sowohl unter Tage als auch im Tagebau gefördert wird. Anschließend wird er mehrheitlich in den beiden großen staatseigenen Kraftwerken bei Narva zur Stromgewinnung verheizt. Somit kann Estland nicht nur etwa 95 Prozent des eigenen Strombedarfs decken, sondern zudem überschüssige Energie an Lettland und an Russland verkaufen. Ein kleinerer Teil des Ölschiefers wird in der chemischen Industrie zur Gewinnung von Schieferöl und Phenolen verarbeitet. Die Rückstände werden schließlich auf großen Halden gelagert, was zu nicht unerheblichen Umweltproblemen führt.

Das Oberflächenrelief der baltischen Staaten wurde primär durch die letztkaltzeitliche Vergletscherung geprägt, wodurch sich eine variationsreiche Jungmoränenlandschaft ausgebildet hat. Die interessantesten glazial bedingten Geländeformen sind die in Schwärmen auftretenden Drumlins und Oser[2] im östlichen Estland sowie die Endmoränenlandschaft im südlichen Litauen. Die höchsten Erhebungen finden sich in der „Livländischen Schweiz“, im Grenzbereich von Südostestland und Nordostlettland. Dennoch ist die maximale Erhebung dieser sanfthügeligen Landschaft, der estnische Suur Munamägi (318 Meter) wahrlich kein Riese. Weite Teile der drei baltischen Staaten sind eher flach und liegen meist nur wenige Meter über dem Meeresspiegel.

Prägung der Landschaft durch die Eiszeit

Die lange Küste des Baltikums ist u. a. der Erosionstätigkeit eines riesigen Gletschers während der Eiszeit geschuldet, der den Rigaer Meerbusen herauspräpariert hat. So besitzt Lettland auch insgesamt den

[2] Drumlins und Oser sind durch Gletschertätigkeit entstandene ovale bzw. längliche Hügelformen (Anm. d. Redaktion).

längsten Küstenabschnitt aller drei Staaten, Litauen den kürzesten, jedoch mit dem Nordteil der Kurischen Nehrung sicherlich den attraktivsten. Diese spektakuläre, insgesamt 100 km lange Dünenlandschaft, die als Teil der Ausgleichsküste das Kurische Haff von der Ostsee trennt, gehört zur Hälfte zum Königsberger Gebiet (Oblast Kaliningrad/Russische Föderation); sie ist als Ganzes unter Naturschutz gestellt und zudem zum UNESCO-Weltkulturerbe der Menschheit erklärt worden. Lange und sehr schöne Sandstrände findet man aber nicht nur hier, sondern auch an zahlreichen Küstenabschnitten der östlichen Ostsee. Berühmte Seebäder haben sich daher im Baltikum schon im 19. Jahrhundert entwickelt, beispielsweise Palanga (Polangen) in Litauen, Jurmala (der Rigaer „Strand") in Lettland oder das estnische Pärnu (Pernau). Zum Baden ungeeignet, aber landschaftlich äußerst reizvoll ist hingegen der nordestnische Küstenabschnitt, der sich als bis über 50 m hohe Steilküste („Glint") wie eine mächtige Wand aus hartem Kalkstein über den Finnischen Meerbusen erhebt.

Klimatisch gesehen befindet sich das Baltikum in der Übergangszone vom ozeanisch zum kontinental geprägten Klimabereich bzw. vom warmgemäßigten Klima hin zum kühlen Schneeklima. Dies zeigt sich v. a. bei den Temperaturen. Die mittleren Werte liegen im Januar etwa bei -5°C bis -6°C. Es wurden aber auch schon absolute Tiefstwerte von -31°C an der Küste bzw. -43°C im südlichen Litauen gemessen. Die Durchschnittstemperatur im Juli liegt bei ca. 17°C, wobei die Sommerhöchsttemperaturen im Extremfall auch 32–34°C an der Küste bzw. sogar 37°C in Südlitauen betragen können. Der längste, jedoch ab Riga stromaufwärts nicht schiffbare Fluss im Baltikum ist die Düna (lettisch: Daugava). Weitere mehr oder weniger bekannte Gewässer sind die Flüsse Memel (litauisch: Nemunas) und der Peipus-See (estnisch: Peipsi järv), der im Grenzbereich zwischen Estland und Russland liegt.

Die Böden sind aufgrund eines noch jungen, sehr schwach ausgeprägten natürlichen Gewässernetzes nicht selten von Staunässe betroffen („vergleyt"). Um überhaupt Ackerbau betreiben zu können, muss in weiten Teilen des Baltikums der Grundwasserspiegel mit Hilfe von Entwässerungsgräben gesenkt werden. In Nordestland ist die Bodenbedeckung auf dem massiven Kalkuntergrund nur wenige Zentimeter mächtig, sodass dort kein Ackerbau möglich ist. Die fruchtbarsten Böden (Braunerden) finden sich im südlichen Lettland bzw. im daran angrenzenden zentralen Bereich Litauens. Hier liegt die „Kornkammer" des Baltikums. Die sandigen Küstenbereiche bzw. diejenigen in

Südlitauen sind hingegen eher karg und damit landwirtschaftlich wenig ertragreich. Daher kann nicht überraschen, dass das Baltikum insgesamt sehr waldreich ist. Grob gesagt ist fast die Hälfte der Landesfläche Estlands bzw. Lettlands mit Wald bestanden, die Litauens noch knapp zu einem Drittel. Neben den dichten Wäldern sind vor allem die in Estland zahlreichen Moorgebiete landschaftsprägend. Ihre Artenvielfalt ist ausgesprochen groß und somit ein Eldorado für Botaniker und Geoökologen. Interessierten Touristen sei unbedingt ein Besuch im Lahemaa-Nationalpark empfohlen, wo ein riesiges Moorgebiet durch einen ausgezeichneten Lehrpfad optimal erschlossen ist. Naturliebhaber kommen zudem auf den westestnischen Inseln (u. a. Saaremaa/Ösel und Hiiumaa/Dagö) mit ihren Wacholderheiden ebenso auf ihre Kosten wie im urwüchsigen lettischen Gauja-Nationalpark oder in den malerischen Seenlandschaften Ostlitauens.

Kulturgeographische Aspekte

Das Siedlungsmuster

Die baltischen Staaten sind nicht nur klein an Landesfläche, ihre Bevölkerungsdichte ist aufgrund der geringen Zahl an Einwohnern zudem sehr niedrig (vgl. die unten folgende Tabelle, Stand: 2002). Ein hoher Bevölkerungsanteil Estlands bzw. Lettlands lebt in der jeweiligen Hauptstadt. Tallinn (historisch: Reval) mit knapp 400.000 Einwohnern bzw. das lettische Riga (ca. 750.000 Einwohnern) sind die Dominanten im jeweiligen Siedlungssystem ihrer Länder. In Litauen hingegen spielt Vilnius (deutsch: Wilna) mit seinen ca. 575.000 Einwohnern eine weit weniger herausragende Rolle, denn die zweitgrößte Stadt Kaunas ist mit knapp einer halben Million Einwohner nur unwesentlich kleiner. Ferner ist das landesweite Siedlungsmuster von einigen größeren Mittelstädten (bis 100.000 Einwohner) sowie einer Vielzahl an Kleinstädten geprägt und somit weit ausgeglichener als in den beiden anderen, viel dünner besiedelten baltischen Staaten. Während das ländliche Siedlungsmuster in Litauen vor allem durch kleine Haufensiedlungen gekennzeichnet ist, sind in Estland und Lettland aus historischen Gründen primär Einzelhofsiedlungen vorherrschend.

Die baltischen Staaten sind dünn besiedelt; die Bevölkerung konzentriert sich in den Metropolen.

Land	Territorium km²	Bevölkerung in 1.000	Einwohner pro km²	Anteil der Hauptstadtbewohner
Estland	45.227	1.361	30	28 Prozent
Lettland	64.589	2.346	36	32 Prozent
Litauen	65.300	3.476	53	16 Prozent

Der extreme Gegensatz zwischen boomenden Hauptstädten und verarmten ländlichen Peripherien

Aufgrund der Tatsache, dass das Baltikum seit dem Mittelalter in der Einflusssphäre der um die Vorherrschaft im östlichen Ostseeraum kämpfenden Mächte lag (u. a. Deutscher Orden, Dänemark, Schweden, Polen, Russland), die sich zu unterschiedlichen Perioden geopolitisch und wirtschaftlich dort festsetzen konnten, ist die Region überaus reich an geschichtlichem und kulturellem Erbe. Der besondere Stolz der *Litauer* gründet sich auf die Tatsache, dass das litauische Großfürstentum nicht nur dem Deutschen Orden erfolgreich Paroli bieten konnte, sondern sein Territorium im Spätmittelalter durch Eroberungen weiter Teile des heutigen Weißrussland und der Ukraine bis zum Schwarzen Meer ausdehnen konnte.

Hinsichtlich der Attraktivität an Sehenswürdigkeiten stellen die heutigen Hauptstädte mit Sicherheit die eigentlichen Höhepunkte dar. Die Altstadtbereiche von Tallinn, Riga und Vilnius sowie in der lettischen Hauptstadt sogar zusätzlich ein Großteil der Ende des 19. Jahrhunderts planmäßig konzipierten Stadterweiterung sind zwischenzeitlich zu Recht in die Liste der UNESCO als Weltkulturerbe der Menschheit eingetragen worden. Tallinn konnte wie kaum eine andere Stadt in Grundrissstruktur und Bausubstanz den Charakter einer mittelalterlichen Hansestadt bewahren. Neben der nahezu vollständig erhaltenen Stadtmauer sind insbesondere die gotischen Kaufmannshäuser von besonderem Reiz. Rigas Altstadt wurde im Verlauf der ökonomischen Wachstumsphase der Gründerzeit hingegen nahezu völlig modernisiert. Der im Zweiten Weltkrieg zerstörte und danach von den russischen Besatzern durch Sprengung abgeräumte Rathausplatz (mit dem berühmten Schwarzhäupterhaus) wurde Ende der 1990er Jahre in Teilen rekonstruiert. Die Altstadt von Riga und vor allem das gründerzeitliche Stadtzentrum sind bis heute durch imposante Jugendstil-Ensembles geprägt, die sich durch-

Touristisch bieten Städte und Landschaften viele Höhepunkte.

aus mit denen Prags messen können. In Vilnius, das die flächenmäßig größte Altstadt besitzt, wird der Besucher von der Vielzahl an beeindruckenden, zumeist barocken Kirchenbauten in den Bann gezogen, die jedoch noch einer tiefgreifenden Restaurierung bedürfen. Die hier ehemals bedeutende jüdische Kultur, ihre Träger und Denkmäler sind dem Holocaust zum Opfer gefallen; die dadurch in den Stadtkörper des ehemaligen „Vilne" (jiddischer Ortsname) geschlagenen tiefen Wunden werden noch lange mahnend sichtbar bleiben.

Der internationale Fremdenverkehr in Estland und Lettland ist sehr stark auf die jeweilige Hauptstadt orientiert. Tallinn verbucht schon traditionell die Mehrzahl an landesweiten Übernachtungen ausländischer Gäste. Die Dominanz der estnischen Kapitale hat sich im Verlauf der letzten Jahre sogar noch verstärkt. Seit Beginn der 1990er Jahre wird die Stadt von finnischen Gästen regelrecht überflutet. Die Gäste kommen meist als Tagestouristen und Wochenendausflügler mit der Fähre, weil sich die kurze Distanz zwischen Helsinki und der estnischen Hauptstadt (ca. 80 km) binnen weniger Stunden an Bord bequem und preiswert überwinden lässt. Ihr Reisemotiv ist weniger das Sightseeing als der preiswerte Einkauf von Zigaretten, alkoholischen Getränken und Bekleidungsartikeln sowie die Inanspruchnahme von Dienstleistungen wie der Gang zum Friseur, in ein Kosmetikstudio, zur Massage oder in die zahlreichen Restaurants und Kneipen.

Vilnius hat von Seiten der internationalen touristischen Nachfrager zu viele Konkurrenten im eigenen Lande. So verbringen die deutschen Touristen ihren Urlaub am liebsten auf der Kurischen Nehrung. Daher ist es nicht überraschend, dass sich in der Region des ehemaligen Memellandes ein vergleichsweise hochpreisiger Fremdenverkehr herausgebildet hat, der sich auf deutsche Touristen spezialisiert. Infolgedessen sprechen die litauischen Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe von Klaipėda (ehemals Memel) oder in Nida (Nidden) zumeist deutlich besser Deutsch als Englisch.

Im Gegensatz zu den Metropolen leiden die ländlichen Räume im Baltikum unter erheblichen strukturellen Defiziten. Die regionalen Disparitäten haben sich in den zurückliegenden fünfzehn Jahren permanent vergrößert. Vor allem die östlichen Landesteile in Estland und Lettland sowie der arme Süden Litauens sind von den Wachstumsprozessen weitgehend abgekoppelt. Ob hier Anpassungen erfolgen, wird die Zukunft erweisen müssen.

Michael Garleff

Die Deutschen in der Geschichte der baltischen Länder

Das Gebiet der heutigen Staaten Estland und Lettland[1] wurde spätestens seit dem 12. Jahrhundert von den allgemeineuropäischen Strömungen des aufblühenden Fernhandels, der planmäßig betriebenen Mission und der deutschen Siedlungsbewegung nach Osten erfasst. Vom Einzug der christlichen Mission im 13. Jahrhundert bis zu ihrer Umsiedlung 1939 waren es dabei immer wieder baltische Deutsche, von denen die Entwicklung dieser Region[2] entscheidend mitgeprägt wurde.

Christianisierung und Bildung der altlivländischen Konföderation

Bereits im Jahr 1180 schloss sich in Lübeck der Segeberger Domherr Meinhard Kaufleuten an und gelangte an die Düna. Den schließlich erforderlichen militärischen Schutz der Christianisierung organisierte der

1 Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit der Geschichte der Deutschen im heutigen Estland und Lettland, den Deutschbalten im eigentlichen Sinne. Die Geschichte Litauens nahm einen anderen Verlauf (vgl. den Beitrag von Ulrike Müller in vorliegendem Heft), damit auch die Geschichte der Deutschen in Litauen, die sich soziologisch erheblich von den Deutschbalten unterschieden. Im 20. Jahrhundert erlitten sie allerdings das gleiche Schicksal wie die Deutschen in Estland und Lettland.

2 Während „Estland" als geographischer Begriff recht alt ist, wurde das Kerngebiet Lettlands vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert hinein durch zwei andere Bezeichnungen umschrieben, die sich bis heute in Landesteilen Lettlands wiederfinden, Livland und Kurland. Livland umfasst in etwa das nördliche Lettland und das südliche Estland, Kurland die Westhälfte Lettlands, Grenze zwischen beiden ist die Daugava (Düna). Während im Mittelalter das gesamte Gebiet als „Livland" bezeichnet wurde, bildeten Estland, Livland und Kurland im 19. Jahrhundert die „russischen Ostseeprovinzen". „Livland" leitet sich vom (fast ausgestorbenen) finno-ugrischen Volk der Liven ab, „Kurland" von dem im lettischen Volkstum aufgegangenen baltischen Stamm der Kuren (vgl. „Kurische Nehrung").

Prof. Dr. Michael Garleff ist apl. Professor für Neuere Geschichte mit dem Schwerpunkt Baltische Geschichte an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

1199 zum Bischof von Livland geweihte Bremer Domherr Albert von Buxhoeveden, der sein Missionswerk an die Autoritäten des deutschen Königs und des Papstes band. Dieser weihte Livland der Jungfrau Maria und stellte die Bekehrungsfahrten ritterlicher Kreuzfahrer den Kreuzzügen gleich. Bischof Albert gründete außerdem 1201 an der Düna die Stadt Riga, nach Lübeck die älteste deutsche Stadtgründung an der Ostsee. Mit der Bekehrung zum lateinischen Christentum, mit den Verbindungen zur mitteleuropäischen Region in sprachlicher, rechtlicher und kultureller Hinsicht entwickelte sich mit Altlivlands lockerem Staatenbund aus fünf geistlichen und weltlichen Territorien hier im nordöstlichen Europa eine ähnliche Struktur wie jene des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Im Unterschied zu Preußen wurden im Baltikum jedoch auf dem flachen Land keine deutschen Bauern angesiedelt – hier bildeten die Deutschen in ihrer Streusiedlung nur eine dünne Oberschicht. Die estnischen und lettischen Bauern gerieten langfristig in wachsende Unfreiheit, wenn sie sich auch ihre ethnische Substanz erhalten konnten und nicht assimiliert wurden.

Wirkungen der Reformation

Über die Städte erreichte im 16. Jahrhundert die lutherische Reformation Livland, wo sie sich früh durchsetzte. Seit 1561 stand das Baltikum unter wechselnden fremden Oberherrschaften. Nach diesem Umbruch setzten sich hier aber auch Bestrebungen durch, die Bevölkerung durch Übersetzungen geistlicher Literatur in die Muttersprachen fester im Christentum zu verankern. Deutschbaltische Pastoren wandten sich aus seelsorgerischer Verantwortung den Volkssprachen zu. Das hatte die Entwicklung von Schriftsprachen zur Folge, denn für die bis dahin in zahlreiche Dialekte aufgesplitterten einzelnen Sprachen des Baltikums mussten eine normierende Grammatik und Wörterbücher entwickelt werden, was von erheblicher Bedeutung für die gesamte Kultur- und Bildungsarbeit und speziell für den Ausbau des estnischen und lettischen Volksschulwesens werden sollte. Diese volkssprachliche Schriftkultur und die Alphabetisierung der Landbevölkerung generell unterschieden bis in die Neuzeit hinein die baltische Region von anderen osteuropäischen, zumal russischen Regionen erheblich.

Durch die Reformation entwickelte sich eine volkssprachliche Schriftkultur.

Leibeigenschaft, Aufklärung und Bauernbefreiung

Seit 1710 gehörten Est- und Livland, seit 1795 auch Kurland zum Zarenreich, erhielten sich aber die so genannten Privilegien – deutsches Verwaltungs- und Rechtswesen, deutsche Sprache, protestantische Religion. In der besonderen Form des Landesstaates verwirklichten deutschbaltische Ritterschaften und Städte unter russischer Oberhoheit ihre bereits früher errungene, auf ehrenamtlichem Dienst beruhende ständische Selbstverwaltung. Gleichzeitig wuchsen Kräfte heran, die den Weg aus der völligen Rechtlosigkeit der bäuerlichen Bevölkerung wiesen und die ständische Ordnung schließlich sprengen sollten. Vor allem die Aufklärung war es, die in den Ostseeprovinzen viele Anhänger im Adel und unter den Literaten fand. Ohne die ständische Ordnung radikal in Frage zu stellen, förderten sie einen reformerischen Weg. Zu ihnen gehören August Wilhelm Hupel mit seinen Sammlungen und Zeitschriften, die das estnische und lettische Zeitschriftenwesen begründeten, sowie besonders Garlieb Merkel mit seiner aufsehenerregenden Schrift *Die Letten*, in der er mit drastischer Darstellung die Not der lettischen Landbevölkerung beschrieb und moralische wie auch politische Forderungen an den Adel erhob. Damit wurde eine ritterschaftliche Reformpolitik unausweichlich. Diese Strömungen trugen insgesamt dazu bei, dass 1816-1819 mit der so genannten Bauernbefreiung die deutschbaltischen Ritterschaften das Recht an der Person des Bauern aufgaben, wenn sie auch zunächst noch das alleinige Recht an Grund und Boden behielten.

Nachdem zunächst die Bauern mit diesen Emanzipationsgesetzen die persönliche Freiheit erhalten hatten, wurde das in den 1840er bis 1860er Jahren durch eine besonders von deutschbaltischen Liberalen durchgesetzte wirtschaftliche Absicherung ergänzt. Zunehmende Freizügigkeit und Bauernlandverkauf schufen wirtschaftliche Verhältnisse, die den Aufstieg nationaler Eliten ermöglichten. Diese in Livland von Hamilcar Baron Fölkersahm eingeleitete Agrarpolitik hatte – mit ihren parallelen Reformen in Estland und Kurland – weitreichende Folgen, denn die Abschaffung der Fron und der Ausbau der Freizügigkeit für die Landbevölkerung veränderten die Verhältnisse von Grund auf. Die Agrarreformen ebneten den Weg für die geistige Emanzipation der Esten und Letten – es gelang aber nicht, die selbstständig gewordenen Bauern an der politischen Führung des Landesstaates zu beteiligen. Die als nationale Gegensätze empfundenen sozialen Spannungen verschärften sich weiterhin.

Nationales Erwachen im 19. Jahrhundert

Das nicht zuletzt durch die Industrialisierung geförderte nationale Erwachen der Esten und Letten und der aufkommende russische Nationalismus gingen im 19. Jahrhundert zeitweise ein Bündnis gegen die deutschbaltische Sonderstellung ein. In mehreren Wellen sollten mit der so genannten „Russifizierung" deutschbaltische Sonderrechte abgeschafft und in Kirche, Bildung, Rechtswesen und Verwaltung eine Angleichung der Provinzen an das Innere des Reiches durchgesetzt werden. Diese nur zum Teil als Modernisierung zu rechtfertigenden staatlichen Unifizierungsmaßnahmen fanden ihren Höhepunkt in der Russifizierung der 1802 neu gegründeten deutschen Universität Dorpat, die in den 1860er Jahren als das „nordische Heidelberg" ihre Blütezeit erlebt hatte (prominentester Vertreter: der Biologe Karl Ernst von Baer).

Eine große Rolle spielten die Deutschbalten als Träger des „Kulturtransfers" zu Russland.

Eine große Rolle spielten die Deutschbalten weiterhin als Träger des „Kulturtransfers" zu Russland. Seit Peter dem Großen wurden die baltischen Provinzen zum Rekrutierungsfeld für Offiziere und Beamte, aber auch zur kulturellen Brücke zum Westen. Deutschbalten traten in gesellschaftlichen und politischen Bereichen hervor – von bedeutenden Diplomaten und Beratern des Zarenhauses über Heerführer bis zu Naturforschern und Entdeckungsreisenden. Bis zum Ende des Zarenreiches gab es „an der Spitze jedes russischen Ministeriums mindestens einmal einen Deutschbalten" (E. Amburger).

Umbrüche im 20. Jahrhundert

Drei historische Zäsuren bestimmten im 20. Jahrhundert die Geschichte der baltischen Region: die Revolution von 1905/06 mit ihren besonders gegen deutsche Gutsherren und Pastoren gerichteten Gewaltakten, die dem Zusammenbruch des Zarenreiches und des Deutschen Reiches am Ende des Ersten Weltkrieges folgende Begründung der selbstständigen Republiken Estland und Lettland sowie der Zweite Weltkrieg mit der später als „diktierte Option" (D.-A. Loeber) bezeichneten Umsiedlung nahezu aller Deutschbalten.

In der Revolution von 1905/06 entlud sich die Explosivkraft der

sozialrevolutionären und nationalen Spannungen in zahlreichen Akten von Gewalt und Gegengewalt. Auch mit Reformversuchen konnte eine politische Verständigung zwischen den nationalen Gruppen nicht mehr gelingen; die überfällige Reform der Landesverfassung unterblieb.

Erster Weltkrieg und Begründung unabhängiger Staaten

Der Schock des Kriegsbeginns am 1. August 1914 traf die Deutschbalten deshalb so heftig, weil es sich um einen Krieg ausgerechnet gegen Deutschland handelte. Dessen Truppen besetzten schon 1915 Kurland und bis 1918 alle drei Provinzen. Ihre Okkupationspolitik bestand aus strategischen „Sicherheitserfordernissen" und imperialistischen Herrschaftsansprüchen, aus völkisch-rassenbiologischen Schlagworten und wirtschaftspolitischen Forderungen. Die damit verbundene Politik der deutschbaltischen Führungsschicht trug zur militärischen Besetzung und damit zur Loslösung Livlands und Estlands von Russland bei. Ihr Kampf galt nicht nur dem Bolschewismus, sondern auch der Errichtung selbstständiger demokratischer Staaten der baltischen Mehrheitsvölker. Vorrangiges Ziel der deutschen Militärverwaltung war, das Land durch geplante Massenansiedlung deutscher Bauern sowie durch zielbewusste Schulpolitik „dem Deutschtum zu gewinnen", womit die Grundlagen für ein künftiges deutsches Staatswesen gelegt werden sollten.

Die Ablösung der überalterten Herrschafts- und Gesellschaftsformen traf im besetzten Baltikum jedoch auf den Höhepunkt der Emanzipationsbewegung der Esten und Letten. Diese nutzten konsequent das durch die Revolutionen in Russland und Deutschland entstandene Machtvakuum zur Gründung selbstständiger Staaten. Das aber bedeutete das Ende der traditionellen Stellung der baltischen Deutschen, denn die neuen Parlamente beschlossen die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Aufhebung der ständischen Körperschaften. Die trotz enormer Verschlechterung ihrer Existenzgrundlage in Estland und Lettland verbleibenden Deutschen wurden von der führenden Schicht zur nationalen Minderheit. Im gleichen Maße, wie die Existenzbedingungen für Deutschbalten im Lande erschwert wurden, nahm deren Emigration zu. Sie hatte im 19. Jahrhundert mit einzelnen Prominenten eingesetzt, erste Höhepunkte 1905/06 und 1918/19 erreicht und endete im großen Exodus von 1939/41.

Kulturelle Autonomie

Von besonderer Bedeutung sind die in den baltischen Staaten verwirk-

lichten Autonomie-Regelungen. Mit dem einschneidenden staatlichen Eingriff in die ländlichen Besitzverhältnisse durch die Agrarreformen hatten sich auch lange angesammelte Ressentiments gegen die deutschbaltische Volksgruppe entladen. Andererseits aber waren die neuen Staaten anfangs bereit, eine konstruktive Politik gegenüber den nationalen Minderheiten zu betreiben.

In erster Linie war es Paul Schiemann als der bedeutendste deutschbaltische Politiker dieser Zeit, von dem die Integration der Deutschbalten in den lettländischen Staat vorangetrieben wurde. Das Recht auf Kulturautonomie wurde von ihm als Bindeglied zum Staat aufgefasst, das der nationalen Minderheit erst die Möglichkeit gebe, bewusste Staatsbürger zu erziehen. Zu den frühen Erfolgen gehört die im Dezember 1919, als zwei Deutschbalten und ein Jude Regierungsmitglieder waren, durchgesetzte Schulautonomie der Minderheiten. Sie ermöglichte diesen den Aufbau selbstständiger Schulwesen und sogar die Gründung des Herder-Instituts in Riga als deutscher Hochschule. Deutschbalten stellten in den achtzehn Kabinetten der parlamentarischen Periode Lettlands immerhin vier Minister und zwei Ministergehilfen. Grenzen dagegen erfuhr die deutsche Parlamentsfraktion bei ihrem ohnmächtigen Kampf gegen die Verabschiedung des Agrargesetzes. Die fast entschädigungslosen Güterenteignungen, starke Abwanderung und ungünstige Sozialstruktur erschwerten es den im Lande Bleibenden, ein positives Verhältnis zu den jungen baltischen Staaten zu finden.

Im Februar 1925 wurde in Estland unter entscheidender deutschbaltischer Mitwirkung aus der Einsicht, „dass jede Nationalität ein natürliches Recht auf Schutz und Anerkennung (der) staatlichen Bedeutung besitzt“ und zur „Sicherstellung des ungestörten kulturellen Eigenlebens“ (Motivenbericht) das Kulturautonomiegesetz verabschiedet. Dieses vorbildlich liberal gestaltete Gesetz ermöglichte die selbstständige Wahrnehmung des gesamten kulturellen Lebens in einer Kulturselbstverwaltung und wirkte weit über Estland hinaus. Mit Recht ist es als „Visitenkarte des estnischen Volkes zum Eintritt in die Welt der freien Völker“ (G. von Rauch) bezeichnet worden.

Umsiedlung und Ende der Selbstständigkeit

Die Gewährung kultureller Autonomierechte erleichterte die Zusammenarbeit, repressive Maßnahmen wie Kirchenenteignungen erschwerten sie aber auch. Besonders unter den autoritären Regierungen verschärfte sich die Situation ab 1934, wozu nationalistische Strömungen

auf beiden Seiten beitrugen. Die vor allem von Teilen der deutschbaltischen jungen Generation auf das erstarkende nationalsozialistische Deutschland gesetzten Hoffnungen erwiesen sich als trügerisch, erst recht, als dieses mit dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 die baltischen Staaten an die Sowjetunion auslieferte. Die historischen Erfahrungen ließen den Deutschbalten nunmehr keine Alternative: Vor der drohenden Deportation verließen sie aufgrund der zwischen dem Deutschen Reich und den baltischen Republiken abgeschlossenen Umsiedlungsverträge 1939/41 ihre Heimat.

Umsiedlung der Deutschbalten als Folge des Hitler-Stalin-Pakts

Hitlers Aufruf vom 6. Oktober 1939 zur „Rückkehr ins Reich" traf die Deutschbalten völlig unvorbereitet. Als am 18. Oktober der erste deutsche Dampfer mit Umsiedlern den Tallinner Hafen verließ, waren wenige Stunden zuvor sowjetische Truppen über die estnische Grenze einmarschiert. Der weitaus größte Teil der Deutschbalten in Estland und Lettland schloss sich der Umsiedlung mehr oder weniger freiwillig als einer „diktierten Option" an.

Die baltischen Republiken gerieten – unterbrochen von der deutschen Okkupation 1941-1944 – für ein halbes Jahrhundert unter sowjetische Herrschaft. Deportationen, Sowjetisierung und russische Zuwanderung gefährdeten schließlich ihre ethnische Substanz so stark, dass für Esten und Letten die Gefahr bestand, selbst zur Minderheit in ihrer Heimat zu werden. Erst der Umbruch in Osteuropa ermöglichte es ihnen 1989-1991, in Anknüpfung an die Zeit der ersten Republiken ihre Selbstständigkeit wieder zu erlangen und inzwischen zu anerkannten Mitgliedern der Europäischen Union zu werden.

Der Verlust der baltischen Heimat wurde für die Deutschbalten keineswegs durch die vom Dritten Reich proklamierten „neuen Aufgaben" in Danzig-Westpreußen oder im Warthegau ersetzt. Von hier aus teilten sie bei Kriegsende mit der Flucht das Schicksal zahlreicher anderer ostdeutscher Bevölkerungsgruppen wie u. a. auch der Deutschen aus Litauen. Während des Zweiten Weltkrieges hatten nur wenige Deutschbalten kurzfristig in ihre Heimat zurückkehren können – eine 750jährige Geschichte der Deutschen im Baltikum war zu Ende gegangen. Ihr Wirken in Leistung und Versäumnis hat in der Entwicklung dieser Region unübersehbare Spuren hinterlassen und alle ihre Bewohner entscheidend mitgeprägt. Die deutschbaltische Vergangenheit wird daher heute auch von Esten und Letten als gemeinsame Geschichte und als gemeinsames Kulturerbe gewürdigt.

Arndt Kümpel

Die ökonomische Entwicklung des Baltikums

Wenn man die hohen Wachstumsraten der Wirtschaft der baltischen Staaten und den Aufholprozess gegenüber dem EU-Durchschnitt heute betrachtet,[1] so vergisst man leicht, durch welche Turbulenzen diese kleinen Völker in der Geschichte gegangen sind.[2] Oft erscheint die relative Ruhe an diesem Ort Europas wie die im windstillen Auge eines Orkans der Geschichte europäischer Großmächte, und dies nicht nur in ökonomischer Hinsicht. Zwar sind die seit Jahren höchsten Wachstumsraten der neuen EU-Mitglieder dem Basiseffekt des niedrigen Ausgangsniveaus nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 geschuldet; das immense Vertrauen ausländischer, vor allem skandinavischer Investoren, eine erstaunliche Flexibilität bei der Schaffung wirtschaftsförderlicher Rahmenbedingungen und eine ausgeprägte institutionelle Lernfähigkeit sind jedoch vielmehr auch Ausdruck des Bewusstseins, die Geschicke des eigenen Volkes das erste Mal wirklich souverän bestimmen zu können. Es ist auch ein Zeichen der Koevolution materieller und kultureller Prosperität der Esten, Letten und Litauer, die mit Händen und Ohren zu greifen ist, wenn man eines der Songfestivals miterlebt hat, bei denen Chordirigenten wie Popstars gefeiert werden und Banker den Nadelstreifen gegen das Trachtenkostüm der dorfeigenen Tanzgruppe eintauschen. Acht Jahrhunderte waren wahrlich genug Zeit, um an der Willkür der Fremdherrschaft ein Bewusstsein zu entwickeln, das die Grundlage jener fast traumwandelerischen Selbstgewissheit ist, mit der die baltischen Staaten seit nunmehr fünfzehn Jahren ihre ökonomischen Hansekoggen durch die Weltmeere der globalen Arbeitsteilung steuern.

1 Siehe Tabelle a (Kaufkraftstandards) unten S. 22.

2 So einfach man es hätte, zeitpunktbezogene Messwerte ökonomischer Strom- oder Bestandsgrößen der Wirtschaft der baltischen Staaten zu analysieren, so unvollständig wäre dieses Unterfangen. Einsicht ist eben mehr als Ansicht, denn wie Bruno S. Frey zu Recht betont hat, ist Ökonomie nicht nur ihrem Ursprung nach Sozialwissenschaft.

Arndt Kümpel M. A. studierte an der Universität Trier Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und öffentliches Recht mit dem Schwerpunkt Osteuropa und beendete 2005 einen einjährigen Studienaufenthalt an der Universität Riga.

Streiflichter der Wirtschaftsgeschichte

Die intentionale Verbindung ökonomischer Prosperität als Mittel zur Sicherung kultureller Identität ist wohl nur in wenigen Ländern augenscheinlicher als im Baltikum. Die Kultur der (ökonomischen) Offenheit als geronnene Geschichte sozialer Interaktion mit fremden Herrschern und eine steile Lernkurve der Absicherung dieser Einflüsse beinhalten aber auch ein Gespür für die Zentren politischer und ökonomischer Macht, denn aus Sicht der kleinen baltischen Völker sind dies kaum beeinflussbare Rahmenbedingungen eigener Souveränität, auch und vor allem im ökonomischen Sinne. Im Lichte des Konfirmationscharakters historisch langer Zeiträume, aus dem sich die Bedeutung der gerade im Baltikum bedeutenden Traditionen und Mythen speist, stellt die kulturelle Dimension eher ein Kontinuum dar, das auch als Ergebnis eines Selektionsdrucks auf soziale Werte und Normen betrachtet werden kann. Die lange Fremdbestimmung beschränkt jedoch nicht nur die Entsprechung von Kultur und organisatorischer Struktur, sondern auch die Geschichtsschreibung, da diese tendenziell eine Geschichte der Macht und damit der Mächtigen war.

Ein Blick auf die Wirtschaftsgeschichte des Baltikums bis zur Erlangung der staatlichen Souveränität gibt Hinweise auf gewisse Pfadabhängigkeiten und Konstanten, die sich aus der geographischen Lage und der Ressourcenausstattung mit Real- und Humankapital ergeben. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Orientierung an häufig geänderten administrativen Grenzen nur bedingt zur Erklärung beiträgt. Deshalb wird zunächst der baltische Raum[3] als gewisse Einheit betrachtet, während ab 1918 der Blick auf den einzelnen Staaten liegt.

Geographische Lage und Geschichte als Faktoren der Wirtschaftsentwicklung

Alle drei Länder haben gemeinsam, dass sie an einer geographisch günstigen Position liegen. Zwar waren die Küstengebiete nicht die Hauptroute der Völkerwanderung, gleichwohl prägte und prägt das Meer mit seinem verbindenen Charakter ihre Geschichte. Ab 200 n. Chr. beginnt mit dem Bernsteinhandel vom Baltikum nach

[3] Der Begriff „Baltikum" beschreibt im heutigen Sprachgebrauch die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Balten als baltische Völker sind jene, die eine baltische Sprache sprechen bzw. sprachen (Letten, Litauer, Altpreußen), aber auch jene, die in dem geographischen Raum siedeln bzw. siedelten (z. B. Kuren, Liven). Vgl. auch die Hinweise von Michael Garleff oben S. 9, Anm. 2.

Südeuropa das „Goldene Zeitalter“ der baltischen Kultur, ab 700 n. Chr. unternehmen Esten und Kuren Raubzüge über die Ostsee. Aber gleichzeitig spielten die Flüsse eine wichtige Rolle: Um 600 n. Chr. segelten Wikingerscharen aus Schweden die Düna (Daugava) und Memel flussaufwärts sowie an der Küste Estlands in den Finnischen Meerbusen. Sie führten tief hinein nach Nowgorod und Smolensk und ermöglichten so einen Zugang sowohl zum Oberlauf der Wolga als auch des Dnjepr und damit den leichten Wasserweg zum Schwarzen und Kaspischen Meer. Die Memel (litauisch: Nemunas) diente nicht nur den Litauern bereits 900 n. Chr. als Teil des Weges „von den Warägern zu den Griechen“[4]. Während des ganzen Frühmittelalters bestanden deshalb enge Kontakte zwischen den baltischen Stämmen und der Kiewer Rus.

Im Hochmittelalter gerieten die baltischen Völkerschaften unter die Kontrolle des Deutschen Ordens und der Polen und wurden als letzter verbliebener heidnischer Teil Europas gewaltsam christianisiert. Die Litauer gingen dabei jedoch eigene Wege, wehrten erfolgreich die Angriffe des Deutschen Ordens ab und schlossen sich erst im späten 14. Jahrhundert über Polen dem „lateinischen“ Westen an.

Bereits Ende des 12. Jahrhunderts errichteten niederdeutsche Kaufleute und Missionare an der Düna Handels- und Missionsstationen. Der nordbaltische Raum fiel zu Beginn des 13. Jahrhunderts unter dänische Herrschaft, jedoch wurde diese nach nur kurzer Dauer Mitte des 14. Jahrhunderts durch den Deutschen Orden abgelöst. Zu dieser Zeit erlebte die Deutsche Hanse (althochdeutsch: Hansa = Gruppe, Gefolge, Schar), zu deren Mitgliedern auch Riga, Tallinn (Reval) und Tartu (Dorpat) zählten, ihre größte Ausdehnung. Die von Westen kommende Gründungsinitiative, die daraus resultierende wirtschaftliche Funktion und soziale Struktur dieser West-Ost-Handelsdrehscheiben erklärt auch zumindest teilweise, warum die Beziehungen zu Wisby, Lübeck und Stralsund für lange Zeit wichtiger waren als untereinander.[5]

[4] Vgl. Christof Dahm: „Zogen einst fünf wilde Schwäne ...“. Annäherungen an die Memel, in: Ost-West. Europäische Perspektiven 5 (2004), S. 202-207, hier S. 203.

[5] Ilgvars Misâns: Die späten Anfänge städtischer Zusammenarbeit in Alt-Livland, in: Zwischen Lübeck und Nowgorod. Wirtschaft, Politik und Kultur im Ostseeraum vom frühen Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Ortwin Pelc und Gertrud Pickhan. Lüneburg 1996, S. 89 ff., hier S. 90.

Unter russischer Herrschaft

Von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis Anfang des 17. Jahrhunderts wurden mehrere Kriege um das Territorium des heutigen Estland und Lettland geführt. In der Folgezeit ging Estland an Schweden, das lettische Gebiet wurde zwischen Polen und Schweden aufgeteilt. Der Große Nordische Krieg (1700–1721) zwischen Russland und Schweden führte jedoch zur Vereinigung der geteilten Gebiete, die dem Zarenreich bis 1918 angegliedert wurden. Der Krieg verwüstete das Gebiet allerdings derart, dass das wirtschaftliche Niveau der Vorkriegszeit lange nicht mehr erreicht wurde. Mit der Dritten Teilung Polens 1795 verleibte sich das Russische Reich schließlich auch das Territorium Litauens (und Kurlands) ein, die Geschichte verlief jedoch erst seit 1918 und mehr noch seit 1940 relativ parallel.

Russland bekam durch die Herrschaft über die baltischen Gebiete den langersehnten Zugang zu den eisfreien und damit ganzjährig Schifffahrt ermöglichenden Häfen des Baltikums. Die strategische Bedeutung der selbst rohstoffarmen Region lag (und liegt) dabei in der Funktion als Modernisierungspfad nach und Rohstoffader aus Russland ins rohstoffarme Westeuropa. Diese Lebensadern sind auch weiterhin ein zentrales Element der Wirtschaftsentwicklung sowohl der baltischen Staaten als auch Russlands. Hierzu gehört neben den Wasserwegen auch der Weitertransport. Ein effizientes Bahn- und Straßennetz[6] hat deshalb herausragende Bedeutung v. a. für die Entwicklung des jeweiligen Hinterlandes.

In der Zeit zwischen den Weltkriegen dominierte die Landwirtschaft; ein Industrialisierungsschub erfolgte nach 1945.

In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit 1918 und den Agrarreformen, die Kleinbauern und Genossenschaften begünstigten, spezialisierten sich Estland und Lettland v. a. auf die Produktion von Butter und Speck. Zwar scheiterte der Aufbau einer Schwerindustrie in Estland, jedoch gelang es, die reichen Ölschiefervorkommen im Nordosten zu erschließen, ein Eisenbahnnetz aufzubauen sowie die Holz-, Papier-,

6 Eines der zukünftigen Transitprojekte ist die geplante VIA BALTICA – eine internationale Autobahn zwischen Helsinki und Warschau, die als schneller Transitweg zwischen dem Baltikum und Europa dienen soll. Zudem ist ein gut funktionierendes Verkehrssystem auch eine Bedingung für die Entwicklung des Tourismus, der sich zur Zeit vor allem in den Hauptstädten konzentriert, am Hinterland jedoch noch überwiegend vorbeigeht.

Textil- und Zementproduktion zu entwickeln. In Lettland war die Schwerindustrie erfolgreich, aber auch Tabakanbau, Brauerei, Textilienherstellung, Versicherungen und der Landmaschinenbau, der auch Estland mitversorgte, florierten. In Litauen spielte die Industrie hingegen kaum eine Rolle. Es dominierten Molkerei- und Fleischprodukte auch im Export, der Staat war Hauptinvestor und besonders nach dem Putsch von 1926, der ein autoritäres Regime an die Macht brachte, zunehmend wirtschaftsprotektionistisch.

Nach der Besetzung durch die UdSSR 1944 verschwanden Privatsektor und Handel völlig; es begann eine forcierte Industrialisierung, die bis 1989 200.000 sowjetische Arbeitsimmigranten nach Estland und 400.000 nach Lettland brachte und die Umweltbelastung (z. B. Ölschiefer in Nordostestland, elektrische Energie im Atomkraftwerk Ignalina in Litauen sowie die Dünastaustufen in Lettland) enorm verstärkte.

Ausblick auf das 21. Jahrhundert

Seit 1991 erfinden die baltischen Staaten ihre Ökonomie neu: Die Krise wurde als Reformchance gesehen, in Estland mehr, in Litauen weniger als in Lettland. Die Aufgaben waren ähnlich: Restitution der Rechts- und Eigentumsordnung, Bewältigung der Hyperinflation des Rubel durch Abkopplung der eigenen Währung, Privatisierung der Staatsbetriebe und Liberalisierung und Neuorientierung der Struktur des Außenhandels vor allem nach Westeuropa. Glaubwürdige Reformpolitik durch ein hohes Elitenbewusstsein zur Gewinnung des Vertrauens ausländischer Investoren war gefordert und gelang in Estland am konsequentesten.[7] Die höchsten Investitionen pro Einwohner aller Reformstaaten waren das Ergebnis.

Strukturell ist vor allem die wachsende Disparität des Wachstums zwischen Zentrum und Peripherie von Bedeutung. Die Landflucht etwa in Südostestland oder aus den Gebieten Lettgallens (Lettland) begrenzt das Wachstumspotenzial signifikant. Junge Leute ziehen nach Tallinn, Riga und Vilnius oder seit dem EU-Beitritt gleich nach Dublin und London – und kommen oft nicht mehr zurück.

Die Abwanderung, die niedrige Geburtenrate und der allgemeine Ressourcenmangel verweisen auf die Bedeutung einer effektiven

[7] Vgl. Tabelle b, unten S. 22.

Humankapitalstrategie der baltischen Staaten bei offenen Faktormärkten. Dies stellt nicht zuletzt eine Voraussetzung dar, um die Produktivitätslücke zur EU weiter zu verringern.[8] Gebraucht wird eine Bildungs- und Innovationspolitik, die Forschung und Entwicklung fördert. Dies ermöglicht nicht nur höhere Wertschöpfung und damit Löhne, sondern auch höhere Vernetzbarkeit und Virtualität. Estland hat z. B. mit dem Aufbau einer Struktur für das Informationszeitalter schon einen bedeutenden Schritt in diese Richtung getan. Alle Schulen haben Internetzugang, im Jahr 2000 wurde das papierlose e-Government eingeführt. Weitere Schritte in das digitale Zeitalter sind u. a. mit Hilfe Finnlands geplant.

Chancen und Risiken der rasanten Wirtschaftsentwicklung

Das sind Effizienzsprünge, bei denen nicht alle mithalten können. Die Alten, Kranken, weniger gut Gebildeten und Randgruppen sind die Verlierer, die den Lackmustest der Fähigkeit bilden, die Erfolge der Freiheit für die sozialen Werte der baltischen Kulturen nutzbar zu machen. Denn auch in Estland, Lettland und Litauen lebt die Demokratie von Voraussetzungen, die sie selbst nicht schaffen kann. Nachdem 2004 die baltischen Staaten mit ihrem EU-Beitritt auch institutionell mit Westeuropa wieder eng verbunden sind, bleibt das Verhältnis zu Russland die große Herausforderung. Doch gerade hierfür stehen die Chancen bei allen Risiken gut.

Gewichtet man die rasante Reform in Wirtschaft und Gesellschaft der baltischen Staaten der letzten fünfzehn Jahre mit der geronnenen Geschichte ihrer alten Kultur, so scheint die interessanteste Phase noch vor uns zu liegen. Denn das Nachwachsen von neuen ökonomischen Lebensadern nach Osten birgt für die baltischen Staaten ein Potenzial, das über die Vorteile steigender Erdgas- oder Containertransporte hinausgeht: Partner zu sein und das Wissen, dass diese Handelsbeziehungen und -wege durch die Gewissheit langer historischer Zeiträume ihres Bestehens die stabilen Präferenzen derjenigen zeigen, auf die man sich einstellen muss. Dies gelingt um so leichter, je stabiler die eigene ökonomische Basis ist. Und die hat als änderungsfestes Minimum eine Kultur, die ihre Kraft aus derselben Quelle schöpft – der Geschichte.

[8] Vgl. Tabelle c, unten S. 22.

Wirtschaftsindikatoren

a) BIP pro Kopf zu Marktpreisen in KKS (Kaufkraftstandards; EU der 25 = 100)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Estland	36,8	40,4	41,4	41,0	43,2	44,4	46,3	48,7	50,6	54,4*
Lettland	30,6	32,6	33,6	34,1	35,2	37,1	38,7	40,6	43,0	46,4*
Litauen	35,2	37,0	38,9	37,5	38,5	40,5	42,3	45,9	48,2	51,2*

Quelle: EUROSTAT (2005), (*) = Prognose

b) Intensität der ausländischen Direktinvestitionen in Prozent des BIP (ausländische Inlandsinvestitionen + inländ. Auslandsinv. / BIP)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Estland	4,1	5,2	3,5	4,1	6,2	3,0	5,8	5,3
Lettland	4,3	3,1	2,6	2,7	0,9	1,4	1,5	2,8
Litauen	1,9	4,2	2,3	1,7	1,9	2,6	0,6	2,1

Quelle: EUROSTAT (2005)

c) Arbeitsproduktivität je Beschäftigten (BIP in KKS je Beschäftigten im Vergleich zur EU der 25; EU der 25 = 100

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Estland	35,0*	38,2*	40,1*	41,5	44,7	45,9	47,1	48,5	50,5	53,6**
Lettland	32,6*	33,2*	34,5*	35,7	38,2	39,5	40,2	41,2	43,0	46,2**
Litauen	31,5*	32,9*	35,1*	34,2	41,4	45,4	45,4	47,8	50,1	52,4**

Quelle: EUROSTAT (2005), (*) = Geschätzt, (**) = Prognose

Andrius Navickas

„Wir werden nie wieder schutzlos da stehen ..."

Litauen, das größte der baltischen Länder, kann sich nicht nur wegen des einzigartigen Berges der Kreuze rühmen, sondern auch wegen eines Steines, der sich auf einem der Plätze der Hauptstadt Vilnius befindet. Auf dem Stein sind folgende Worte eingraviert „Von jetzt an wird jeder Feind Litauens auch ein Feind Amerikas sein". George W. Bush, das Oberhaupt des mächtigsten Landes der Welt, hat dies während seines Aufenthalts in Vilnius im November 2002 gesagt. Seine Worte wurden später auf dem Stein verewigt.

Man stellt sich eine offensichtliche Frage – warum drängten zu einer Zeit, in der in weiten Teilen Europas immer stärker eine antiamerikanische Stimmung herrschte, die Litauer ebenso wie die Letten und Esten energisch in die NATO und bezeichneten die USA als ihren Hauptverbündeten? Eine weitere oft gestellte Frage: Warum waren praktisch alle einflussreichen Politiker des Baltikums dazu fähig, dem Eintritt ihrer Länder in die EU zuzustimmen, obwohl sie sonst wegen jeder Kleinigkeit hoffnungslos zerstritten sind? Mit meinem kurzen Beitrag erhebe ich nicht den Anspruch, alle Fragen klar beantworten zu wollen. Dennoch hoffe ich, dass meine Überlegungen zu einem besseren Verständnis dessen führen, was es den baltischen Ländern wirklich bedeutet, ein NATO-Mitglied zu sein.

Ganz allein

In der Geschichte der drei baltischen Staaten gibt es viele Berührungspunkte, allerdings auch nicht wenige Unterschiede. Estland war immer mehr mit Skandinavien verknüpft als mit den anderen baltischen Nachbarn. Litauer und Letten sind sich gegenseitig näher und die einzigen

Andrius Navickas (geboren 1972 in Vilnius) ist Magister der Philosophie und der Religionswissenschaft. Zurzeit schreibt er an einer Dissertation im Bereich moderner politischer Philosophie und ist zugleich Chefredaktor der Internetsite www.bernardinai.lt.

Vertreter ihrer Sprachgruppe. Geschichtlich ist Lettland jedoch mehr mit Deutschland verknüpft, Litauen mit Polen. Vom 16. bis zum 18. Jahrhundert bildete Polen-Litauen den mächtigsten Staat Europas. Die baltischen Staaten unterscheiden sich auch wegen ihrer verschiedenartigen religiösen Traditionen. In Lettland und Estland dominierte ein protestantisches Christentum, Litauen hingegen blieb katholisch. Trotz dieser Unterschiede haben einige verhängnisvolle Ereignisse alle diese Länder in ein gemeinsames Prokrustesbett gepresst. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es zu radikalen politischen Veränderungen, die in die Unabhängigkeit der drei Länder einmündeten. Im Jahre 1940 wurden dann alle baltischen Staaten von der Sowjetunion besetzt, es folgten brutale Repressionen.

Dieser kurze historische Abstecher ist wichtig, um zu verstehen, warum es in den baltischen Ländern heute so viele Menschen gibt, die bejahen, dass die Aufnahme der baltischen Länder in die NATO der Begleichung einer historischen Schuld durch den Westen entspricht. Nach dem Zweiten Weltkrieg glaubten nämlich viele Menschen in den baltischen Staaten, die westlichen Staaten würden die Balten bei ihren Freiheitskampf unterstützen und militärische Hilfe leisten. Dies wurde in vielen westlichen Radiostationen, die ihre Sendungen in das Baltikum ausgestrahlt haben, versprochen.

Die Aufnahme der baltischen Länder in die NATO wird als Begleichung einer historischen Schuld durch den Westen verstanden.

Vor einigen Jahren haben Litauer einen Film über ihren Widerstand gegen die sowjetische Besatzung gedreht. Der Titel dieses Filmes ist symbolisch – „Ganz allein". Mit dem Streifen betont man, dass die baltischen Nationen nach dem Krieg „alleine sitzen" und ohne die Hilfe des Westens auskommen mussten. Symbolisch sind auch die Bemerkungen eines prominenten Politikers während der Grußansprache an die Landsleute aus Anlass der litauischen Aufnahme in der NATO zu verstehen: „Jetzt sind wir nicht mehr ganz allein ..."

Auf der Suche nach einem eigenen Weg

Nationale Befreiungsbewegungen gab es in den baltischen Staaten seit 1988. Bereits zwei Jahre später sind sie – einer nach dem anderen – aus der Sowjetunion ausgeschieden, um ihre eigenen Staaten wiederzu-

begründen. Dies muss pointiert werden, weil die starke Illusion, es handele sich um eine Restauration, ein Jahr angedauert hat. Man glaubte, man könne an einem Tag einfach vom sowjetischen Alptraum aufwachen, um an der Stelle der eigenen Staatlichkeit vor 1940 weiter zu machen. Es war damals sehr beliebt, möglichst vieles aus der Zeit vor der Besatzung wieder aufleben zu lassen. Parteien und Jugendorganisationen, die vor dem Krieg aktiv waren, ebenso wie Zeitungen aus der Zeit vor der Besatzung wurden nun wieder ins Leben gerufen.

In den ersten Aufbaujahren der Unabhängigkeit gab es keine scharfen Unstimmigkeiten darüber, ob die baltischen Staaten in NATO oder EU einzutreten sollten oder nicht. Diese Organisationen wurden zweifellos als Verbündete begriffen. Absurd war es allerdings, schon über die NATO-Mitgliedschaft zu reden, als sich noch Teile der sowjetischen Truppen im Lande aufhielten. Die Aufnahme in die EU lag damals noch in weiter Ferne. Viele Balten wollten eher neutral bleiben und neue, zu enge Bindungen vermeiden, war es doch genug gewesen, sich aus der vorherigen erzwungenen Union zu befreien. Sehr rasch wurde aber klar, dass sich die Staaten im Vergleich zur Zeit vor fünfzig Jahren stark verändert hatten. Auch ist es nicht so einfach, das zu verändern, woran man sich über Jahrzehnte gewöhnt hatte.

Die wiedererlangte Freiheit war berauschend, machte aber auch Angst. Die meisten Menschen waren daran gewöhnt, dass man sich um sie kümmert; Eigeninitiative war ihnen fremd. Sie gaben sich der Illusion hin, dass nach dem Ende der Planwirtschaft und dem Sturz des totalitären politischen Systems alles von alleine gedeihen würde. Aber Zerstören war leichter als Aufbauen. Die Neugestaltung verursachte auch neue Wunden, etwa wachsende soziale Ungerechtigkeit, Arbeitslosigkeit, Mängel in der medizinischen Fürsorge, fehlende soziale Betreuung und Verfall des Bildungssystem. Die Menschen brachten ihr Geld in die Banken, wo man ihnen fantastische Zinsen versprach. Später klopften sie mit den Fäusten an die ins nirgendwo verschwundenden Türen dieser Banken und schimpften auf das neue System, aber nicht auf ihre eigene Arglosigkeit. Dazu kam, dass die alte Nomenklatur nicht verschwunden war. Die meisten ihrer Mitglieder haben die neuen Veränderungen sehr gut genutzt. Sie verfügten über mehr Information, hatten mehr Geld und weniger moralischer Skrupel. Die alte Elite ist gleich zur neuen geworden.

Umwege und Missverständnisse auf dem „Weg nach Europa“

Wegen jedem Unglück klagten die Exkommunisten die Veränderungen, den Nationalismus und die Fehler der neuen Regierungen an und versprachen Stabilität. 1992/93 stellten sie wieder in allen baltischen Staaten die Regierung. Interessant war: Zwei ihrer Argumente gegen die ihrer Ansicht nach viel zu große Begeisterung für den Westen waren die Radikalität der Reformen und die unmotivierte Angst vor Russland. Damit hat beispielsweise der frühere Vorsitzende der Kommunistischen Partei Litauens, Algirdas Brazauskas, in der Präsidentschaftswahl von 1993 gegenüber dem während der Okkupation im Westen lebenden Diplomaten Stasys Lozoraitis, der die Vorkriegsordnung symbolisierte, den Sieg davon getragen. Einer der Trümpfe von Brazauskas war sein Status als „Einheimischer".

Die Exkommunisten betonten die Notwendigkeit guter Beziehungen zu Russland; man könne die sowjetische Periode nicht wie eine benutzte Tischdecke wegwerfen, denn es habe auch gute, nicht nur schlechte Entwicklungen gegeben. Dennoch weiteten sich die Kontakte zum Westen aus und führten letztlich dazu, dass in der Rhetorik der Exkommunisten mehr und mehr prowestliche Noten anklangen.

Blickt man auf die Grundlinien der Veränderung in Litauen, so zeigt sich folgendes Phänomen: Die Achse im politischen Leben Litauens war nicht die Divergenz der politischen Ideale oder der unterschiedlichen Sozialprogramme, sondern die andere Wahrnehmung der Vergangenheit und das daraus entstandene und vorgeschlagene Reformtempo. Die „rechten" Politiker sind solche geworden, die radikale, prompte Reformen forderten und die Sowjetzeiten als schwere Krankheit bezeichneten. Die „linken" Politiker sind die, nach deren Meinung in Sowjetzeiten nicht nur schlechte, sondern auch gute Dinge geschahen, man allenfalls manches revidieren müsse und Russland nicht als Feind, sondern als Verbündeter anzusehen sei. So ist durch das Comeback der Exkommunisten in die Regierung der Übergang in die westliche Hemisphäre nicht von Grund auf gestoppt, sondern nur verlangsamt worden. Zeitgleich mit dem idealistischen Motiv („Unser Kommen zurück nach Europa ist wie eine Heimkehr") verstärkt sich ein pragmatisches („Nach der Vereinigung mit Europa werden wir satter, sicherer und reicher leben").

Im Jahr 1993 hat sich die sowjetische Armee endgültig aus den baltischen Ländern zurückgezogen. Die baltischen Staaten haben sich noch im gleichen Jahr um die Mitgliedschaft in der EU und der NATO beworben.

Integration, Gefahr aus Russland und „innere Dämonen“

Es wäre falsch zu sagen, dass die Entscheidung, sich nach Westen zu orientieren, keine Diskussionen im Inneren der baltischen Staaten hervorgerufen hat. Wir sollten nicht vergessen, dass nur Litauen weitgehend national homogen ist; in Lettland und Estland leben große russischsprachige Bevölkerungsgruppen. Diese reagierten gegenüber der Westannäherung kritisch und sprachen sich für eine Annäherung an Russland aus.

Zugegebenerweise war die Diskussion um die Öffnung in Richtung Westen sehr oberflächlich. Die rechten Politiker betonten, der Westen sei die einzige Alternative zu Russland, Neutralität stelle in der heutigen Situation eine Selbsttäuschung dar, da man dann noch tiefer in die Einflussnahme Russlands gerate. Die linken Politiker argumentierten, die Integration in das moderne westliche System sei der einzige Weg, die nationalistischen Ambitionen der Rechten abzuwehren. Die religiösen Gemeinschaften spielten ebenfalls eine wichtige Rolle. Im katholischen Litauen warben Amtsträger und Priester rastlos für das Zusammengehen mit dem Westen. Johannes Paul II. wurde sehr oft mit dem Bild Europas, das „seine zwei Lungenflügel braucht“, zitiert. In Lettland und Estland war der Einfluss religiöser Gemeinschaften zwar geringer; dennoch veranlassten viele Mitglieder der evangelisch-lutherischen Kirchen die Bevölkerung dazu, die Idee der Integration zu unterstützen.

Die Kirchen unterstützten den Weg der Integration.

Die Argumente der Befürworter kann man in vier Gruppen einteilen:

Das Argument der Heimkehr. Die Restauration der Vorkriegszeit stößt auf ungeheuerliche Schwierigkeiten. Wiederherstellen kann man nur die Fassade, aber nicht das Innere des staatlichen Palastes. Viel lebendiger war die Idee der Heimkehr nach Europa. Die baltischen Staaten wollen nicht nur in eine neue Union hinein, sondern einfach zurück in das Haus, aus dem sie gestoßen wurden. Einer der estnischen Freiheitskämpfer, Tune Kelam, sagte 1993: „Wir sind noch nie aus Europa weg gewesen. Ganz einfach: Europa hat seine traditionellen Grenzen verlassen und war geschrumpft, das sowjetischer Monster hatte es bedrängt. Heute können wir die traditionellen Grenzen wieder herstellen.“

Das Argument der Sicherheit. Die Notwendigkeit, einer Bedrohung aus Russland zu begegnen, trieb die baltischen Staaten zur Integration in

den Westen. Immer öfter waren von dort die Worte vom „naheliegendem Ausland“ zu hören, ebenso die Aufforderung an die baltischen Staaten, „zurück zu kommen“. Die Sicherheit wurde das dringendste Argument – Ausgaben für die Bildung hingegen zurück gestellt.

Das Argument der „inneren Dämonen“. Der Pakt der Unabhängigkeit bedeutete nicht nur ein „Fliehen“ aus dem Einflussbereich Russlands, sondern auch einen endgültigen Sieg gegen die aus der Sowjetzeit noch innewohnenden „Dämonen“. Die ersten Jahre der Unabhängigkeit waren wesentlich für die Übernahme des ökonomischen und politischen „Know-hows“ des Westens. Heutzutage scheint klar zu sein, dass die Korruption das größte Problem in den postkommunistischen Ländern ist. Mit der Hoffnung auf die richtige Rezeptur zur Lösung dieses Problems beginnt man, in Richtung Westen zu schauen.

Argument der Pragmatik. Anfangs war dieses Argument bei den Exkommunisten sehr populär, später wurde es auch offen von der Mehrheit anderer Politiker und Aktivisten des öffentlichen Lebens gebraucht. Die Mitgliedschaft in der EU lockte viele Politiker, da man hoffte, bei dieser Gelegenheit etwas vom großen Strom der Unterstützung zu bekommen. Vor dem Referendum zum EU-Eintritt haben einige Agitatoren allerdings etwas übertrieben versucht, für die EU zu werben, sodass es schien, nach dem Eintritt in die EU sei Litauen ein Land, in dem Milch und Honig fließen.

Als Folge der „Utopie des Westens“ bildete sich rasch die Gefahr einer Welle der Enttäuschung.

Wie sind die Argumente in ihrer Wirkung einzuschätzen? Das ist schwer zu sagen. Richtig ist, dass es sich um einen Komplex aus *vielen* Argumenten und um einen *überzeugenden* Komplex handelt. Die baltischen Staaten sind ohne inneren Zweifel geradlinig auf dem Weg der Integration in den Westen marschiert. Schon 2004, viel früher, als die größten Optimisten in den ersten Jahren der Unabhängigkeit zu hoffen glaubten, erreichten die Länder ihre höchsten außenpolitischen Ziele.

Ende der Reise oder Zwischenstation?

Wenn man den zurückgelegten Weg in der Retrospektive betrachtet, kann man eine besondere Enttäuschung erkennen. Es ist schade, dass nach fünfzehn unabhängigen Jahren die baltischen Staaten noch nicht ausdiskutiert haben, wie das zukünftige Europa ihrer Ansicht nach aus-

sehen soll. In den letzten Jahren der Vorbereitung hat man befürchtet, die westlichen Partner seien der Ansicht, die Überzeugung in den Baltischen Staaten für eine Mitgliedschaft sei nicht ausreichend, und so hat man Diskussionen zum Thema „Integration" von allen Seiten niedergehalten. Ganz bewusst hat man eine „Utopie des Westens" entworfen. Als Folge bildete sich rasch die Gefahr einer Welle der Enttäuschung heraus. Dass das reale Europa sich von einem idealen Europa unterscheidet, ist nun verstanden worden. Problematisch ist die Rhetorik der „Heimkehr". Der größte Anteil der Bevölkerung in den baltischen Staaten sieht in den anderen EU-Staaten nicht die Partner, sondern Spender: „Wie viel vom Anteil bekommen wir aus Europa?" Diese Frage ist leider populärer als: „Welches Europa wollen wir?"

Wie auch immer: Einige kritische Beobachtungen sollen anderseits auf keinen Fall eine der wichtigsten Tatsachen verdecken – die Einigung Europas ist ein Wunder, das wir heute noch nicht adäquat einzuschätzen fähig sind. Noch vor einigen Jahrzehnten schien die heutige Situation utopisch. Der Traum ist Wirklichkeit geworden.

Anderseits sollte man sich schon selbst fragen, ob das Ziel erreicht ist, die Reise schon zu Ende ist – oder es sich nur um das Finish einer Etappe handelt. Den Menschen in den baltischen Staaten wird immer bewusster, dass die Zugehörigkeit zur EU und zur NATO weite Möglichkeiten öffnet, aber nicht garantiert, dass diese ausgenützt werden. Es bedarf vieler Bemühungen, einiger Initiativen und viel Arbeit, wenn man will, dass die Möglichkeiten die erhofften Früchte tragen. Die Reise geht also weiter. Wichtig ist es, dass wir, die Bevölkerung der baltischen Staaten, diese Reise zusammen mit der Unterstützung der „Brüder und Schwestern aus der EU und den NATO-Ländern" unternehmen. Ich bin davon überzeugt, dass wir ohne diesen Schutz nicht mehr auf der Stelle verharren werden.

Übersetzung aus dem Litauischen von Orinta Z. Rötting.

Markus Wehner

Prügelknaben Moskaus? Estland und Lettland und ihr Verhältnis zum russischen Nachbarn

Als Urmas Paet im Herbst 2005 von einem russischen außenpolitischen Institut zu einer Konferenz nach St. Petersburg eingeladen wurde, entschloss er sich zur Teilnahme. Dort über die Zusammenarbeit der EU mit der russischen Nordwest-Region zu sprechen, könnte hilfreich sein, die gespannten estnisch-russischen Beziehungen zu verbessern, dachte der 31 Jahre alte estnische Außenminister. Doch Paet konnte nicht fahren. Die russische Botschaft in der estnischen Hauptstadt Tallinn verweigerte ihm ein Visum. Später ließ man ihm mitteilen, die Konferenz sei nicht hochrangig genug für ihn gewesen. Er sei für gute Beziehungen zu Russland, versichert Paet. Aber dafür brauche es guten Willen auf beiden Seiten. „Auf der russischen Seite fehlt er leider", sagt der Außenminister.

Das verweigerte Visum ist ein Beispiel, wie schwierig die Beziehungen zwischen Estland oder Lettland und ihrem russischen Nachbarn sind. Nimmt man russische Berichterstattung für bare Münze, so könnte es scheinen, als stellten die kleinen baltischen EU- und NATO-Staaten die größte Bedrohung für das einstige Imperium dar. In vielen russischen Medien, aber auch in Mitteilungen des Moskauer Außenministeriums werden Lettland und Estland als Hort von Faschisten, Revanchisten und Geschichtsfälschern gezeichnet. Während meiner Tätigkeit als Korrespondent in Moskau fanden mehrfach Demonstrationen russischer „Patrioten" vor der lettischen Botschaft in Moskau statt. „Lettland ist ein Konzentrationslager!" stand etwa auf den Plakaten der Demonstranten. Auch gab es Angriffe auf die lettische Botschaft in der russischen Hauptstadt und auf die Konsulate in St. Petersburg und Pskow. Meldungen, die das gängige Bild von den russophoben Balten stören könnten, werden ignoriert: etwa wenn das Sprachengesetz Lettlands nachgebessert wurde, oder ein General, der in Uniform am Aufmarsch der ehemaligen lettischen SS-Legionäre teilnahm, aus der Armee entlassen wurde.

Dr. Markus Wehner ist in Berlin politischer Korrespondent für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung. Von 1999 bis 2004 war er als Korrespondent für die Frankfurter Allgemeine Zeitung in Moskau tätig.

Russische Minderheiten

Die russische Minderheit stellt in Lettland mehr als vierzig Prozent der 2,4 Millionen Einwohner, in Estland mit seinen 1,4 Millionen Einwohnern sind es etwa dreißig Prozent. Gegen Riga und Tallinn kann Moskau diplomatische Attacken führen, die sich als Verteidigung der russischen Bevölkerung darstellen lassen. Tatsächlich hat es in beiden Ländern eine zum Teil verfehlte Politik gegenüber der russischen Minderheit gegeben, sodass bis zum EU-Beitritt der beiden Länder Anfang 2004 einige Gesetze nachgebessert werden mussten. Mittlerweile werden von der EU und der OSZE aber keine Einwände mehr erhoben. Esten und Letten rechtfertigen diese Politik, mit der die russischen Bewohner zu Staatenlosen gemacht wurden und nur unter bestimmten Auflagen – vor allem Kenntnis der Landessprache – zu Staatsbürgern Lettlands und Estlands werden können, damit, dass andernfalls das Überleben ihrer Nationalstaaten nach einem halben Jahrhundert sowjetischer Herrschaft und gezielter Russifizierung nicht gesichert gewesen sei. Die Letten stellten zum Ende der Sowjetunion nur noch knapp die Mehrheit in ihrer eigenen Republik.

Der Streit über Staatsbürgerschaft und Sprachgesetze hat die Innen- und Außenpolitik Estlands und Lettlands schwer belastet.

Der Streit über Staatsbürgerschaft und Sprachgesetze hat die Innen- und Außenpolitik beider Länder schwer belastet. Mittlerweile hat er sich beruhigt. Von etwa 400.000 Staatenlosen, die es Anfang der neunziger Jahre in Estland gab, sind nur 100.000 geblieben. Die Mehrzahl der 300.000 ehemaligen Staatenlosen hat die estnische Staatsbürgerschaft gewählt. In Lettland sind noch mehr als 400.000 Russen keine Staatsbürger und damit auch keine Bürger der Europäischen Union. Verwehrt sind den Staatenlosen Stimm- und Wahlrecht, die Wehrpflicht und Anstellungen im Staatsdienst. Im vergangenen Jahr gab es in Lettland noch einmal heftige Proteste, weil auch an den russischen Schulen 60 Prozent – statt zuvor 50 Prozent – des Unterrichts auf lettisch abgehalten werden muss. Nur so hätten die jungen Leute alle Berufschancen nach der Schule, sagt die Regierung. Die Kritik vieler Russen richtete sich aber vor allem daran, dass die Regierung es versäumt hatte, die Schulen genügend mit lettisch sprechenden Lehrern zu versorgen. Mittlerweile ist der größere Teil der Russen in Estland und Lettland auch mental in ihrer neuen Heimat angekommen. Nur eine Minderheit, die mitunter aber lautstark auftritt, fühlt sich noch fremd und diskriminiert. Zumindest

wächst unter den jungen Russen in den beiden Staaten die Selbstsicht, baltische oder europäische Russen zu sein, die sich von den Russen in Russland unterschieden. Freilich paart sich der Nationalstolz der Letten und Esten oft mit Vorbehalten und offener Antipathie gegenüber Russland.

Zugleich ist die Lage der Russen in Estland und Lettland aber wesentlich besser als die ihrer Landsleute in den zentralasiatischen Staaten, etwa in Usbekistan, von wo seit der Unabhängigkeit weit mehr als eine Million Russen ausgereist sind. Ähnlich ist es mit dem erdölreichen Kasachstan. Doch darüber verliert Moskau offiziell kein Wort, denn Usbekistan wird für die geopolitischen Pläne Russlands im Süden gebraucht, und auch mit dem großen Kasachstan will man es sich nicht verderben. Moskau nutzt das Feindbild Baltikum im eigenen Land für das, was seit dem zweiten Tschetschenien-Krieg als „Konsolidierung der Gesellschaft" bezeichnet wird. Ein lettischer Diplomat in Moskau erzählt, was ihm ein russischer Kollege in einem Moment der Offenheit gesagt habe: „Wir sind an schlechten Beziehungen interessiert."

Unterschiedliche Sicht auf die Geschichte

Doch das erklärt das gespannte Verhältnis nur zum Teil. Entscheidend ist die völlig konträre Sicht auf die Geschichte. Die baltischen Staaten hatten als erste Sowjetrepubliken Ende der achtziger Jahre ihre Unabhängigkeit gefordert. In russischer Sicht begann der Zerfall der Sowjetunion gerade mit ihnen. Und da die Auflösung des Sowjetreiches laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin „die größte Tragödie des 20. Jahrhunderts" war, liegt es nahe, die Balten als deren eigentliche Urheber zu beschuldigen. Die Balten gelten russischen Nationalisten als von Amerika gedungene Partisanen, die den Auftrag hatten, das große Reich zum Einsturz brachten. Hinzu kommt auch ein Schmerz über verlorene, lieb gewordene Gebiete der einst so großen Heimat. Viele Russen fuhren zur Sowjetzeiten ins Baltikum, um auch einmal Europa zu besuchen. Dort gab es europäische Architektur und Kultur, Gotik und Barock, Wirtshäuser mit gutem Bier und eine bessere Versorgung. Ähnlich wie im Fall des kaukasischen Georgien, das für die Russen das Italien der Sowjetunion war, wurde die Unabhängigkeit der

Entscheidende Ursache für das schlechte Verhältnis ist die völlig konträre Sicht auf die Geschichte.

baltischen Staaten als Verlust beliebter Kurorte und der Sommerfrische der Kindheit empfunden. Besucher aus Russland stellen in beiden Ländern – trotz der Schwierigkeiten in den außenpolitischen Beziehungen – die größten touristischen Kontingente.

Der Kernpunkt des Geschichtsstreits ist jedoch folgender: Die derzeitige russische Führung unter Wladimir Putin erkennt die Okkupation der baltischen Staaten durch Stalin infolge des geheimen Zusatzprotokolls zum Molotow-Ribbentrop-Pakt nicht an. Anders als Putins Vorgänger Boris Jelzin sieht Putin die Annektierung der baltischen Staaten durch die sowjetische Armee als einen freiwilligen Beitritt der Länder zur Sowjetunion. Ein halbes Jahrhundert Besatzungsregime, das verbunden war mit Terror, Deportationen der Führungsschicht, kultureller Unterdrückung und fortwährender Unfreiheit, wird geleugnet. Mehr noch: In der Sicht der Balten wird so auch die Geschichte ihrer staatlichen Unabhängigkeit, die sie nach dem Ersten Weltkrieg errangen, ignoriert. „Die Russen tun so, als gäbe es uns als selbstständige Staaten erst seit 1991“, sagt etwa der estnische Außenminister Urmas Paet.

Der 9. Mai und die gescheiterten Grenzverträge

Wie sich die unterschiedliche Geschichtssicht auf die aktuelle Politik auswirkt, haben in jüngster Zeit die Debatte um den 9. Mai 2005 sowie die gescheiterten Grenzverträge zwischen den beiden baltischen Staaten und Russland gezeigt. Als Wladimir Putin mit Staatschefs aus aller Welt das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 60 Jahren in Moskau am 9. Mai pompös feierte, waren der estnische Präsident Arnold Rüütel und der litauische Präsident Valdas Adamkus der Einladung demonstrativ nicht gefolgt. Sie erwarteten eine Entschuldigung Russlands für die 50 Jahre Besetzung ihrer Heimat, die sie aber nicht bekamen. Die lettische Präsidentin Vaira Vīķe-Freiberga fuhr zwar zur Feier nach Moskau, ließ aber keine Gelegenheit ungenutzt, um auf die Mitverantwortung Russlands für den Zweiten Weltkrieg durch den Molotow-Ribbentrop-Pakt hinzuweisen und darauf, dass den baltischen Staaten immer noch keine historische Gerechtigkeit widerfahren sei. Putin entgegnete daraufhin, dass der Pakt ein Mittel gewesen sei, „die sowjetischen Staatsinteressen und die Sicherheit der Westgrenzen zu garantieren”.

Konnten die Balten sich als Sieger in diesem Streit sehen – der amerikanische Präsident George W. Bush bekundet Respekt vor dem Boy-

kott –, so revanchierte sich Russland kurz darauf, indem es die seit zwölf Jahren verhandelten Grenzverträge mit beiden Ländern platzen ließ. Anlass dafür war, dass die Parlamente beider Länder die schon ausgehandelten Verträge mit einer Präambel beziehungsweise einer Zusatzerklärung versahen, die auf die Staatlichkeit in den Zwischenkriegsjahren abhob, als es eine andere Grenzziehung gab. Russland wollte das als Versuch sehen, eine Revision des Vertrages offenzuhalten. Obwohl die Esten, die den Vertrag schon unterschrieben und ratifiziert hatten, versicherten, dass das nicht der Fall sei und die Präambel keine rechtliche Wirkung habe, zog Putin die Unterschrift Moskaus zurück. Der russische Präsident, der die Verträge gegen sein eigenes Außenministerium durchgesetzt hatte, fühlte sich durch die Esten und Letten gedemütigt. Die Balten glauben jedoch, dass Moskau nach einem Vorwand suchte, die Verträge nicht zu schließen. „Wir waren bereit, den Grenzvertrag abzuschließen", sagt etwa Sandra Kalniete, die von 2002 bis 2004 lettische Außenministerin war. „Aber Russland hat zurückgezogen. Wir wollten nur ein separates Dokument über unsere historische Sicht der Dinge anfügen. Wir haben aber klargemacht, dass dieses Dokument keine rechtliche Wirkung hat und dass wir an einer Unterzeichnung des Vertrags interessiert sind. Offen gesagt, glaube ich, dass Präsident Putin ihn gar nicht unterzeichnen wollte." Estland und Lettland müssen sich jedoch zumindest vorhalten lassen, Moskau diesen Vorwand geliefert zu haben. Im Moment ist die Situation mit den Grenzverträgen so verfahren, dass eine Lösung nicht absehbar ist.

Der Austausch zwischen Kommunen, im Tourismus und in den kulturellen Beziehungen funktioniert besser, als es die schlechten Beziehungen „ganz oben" vermuten lassen

Freilich sollte das Verhältnis der beiden baltischen Staaten zu Russland nicht nur in schwarzen Farben gemalt werden. Die Kooperation im Grenzverkehr klappt einigermaßen, auch wenn der Zug von Moskau nach Tallinn an der Grenze immer noch zwei Stunden steht, bis beide Seiten ihn kontrolliert haben. Doch im Austausch zwischen Kommunen, im Tourismus und in den kulturellen Beziehungen gibt es mehr Erfreuliches zu berichten, als es die schlechten Beziehungen „ganz oben" vermuten lassen.

Ostseepipeline und Erwartungen an Deutschland

Wie Polen hat auch in den baltischen Staaten das sehr enge Verhältnis zwischen Deutschland und Russland, das besonders der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder und der russische Präsident Putin pflegten, zu emotionalem Unbehagen und politischen Sorgen geführt. Wieder einmal werde über die Köpfe der kleineren Staaten hinweg „Achsenpolitik" betrieben, war die Befürchtung. Wie Polen beunruhigt auch die baltischen Staaten die zwischen Berlin und Moskau vereinbarten Gas-Pipeline durch die Ostsee. Während Polen vor allem ökonomische Einwände geltend macht, machen die Balten vor allem Umweltbedenken geltend. Die estnische Regierung weist etwa darauf hin, dass die Gasleitung auf dem Meeresgrund vor der estnischen Küste entlangführen wird, wo man mehrere hunderttausend Tonnen chemischer Kampfstoffe aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges vermutet. Vor allem hat es die Balten gekränkt, dass weder die deutsche noch die russische Regierung den Bau der Gasleitung mit ihnen diskutiert hat. Deutschland und Russland hätten ja keine gemeinsame Grenze, und so seien andere Länder bei dieser souveränen Entscheidung Moskaus und Berlins zwangsläufig involviert, gibt der estnische Botschafter in Berlin, Clyde Kull, zu bedenken. „Die Ostsee ist nicht der Atlantik, sondern das Binnenmeer Europas", sagt der Este. Deshalb müsse man die Gasleitung „demokratisieren".

Die Balten hoffen, dass die neue Bundeskanzlerin Angela Merkel, die „ja selbst aus einem kleinen Land kommt", wie einer sagt, ihre Nöte mit dem großen Nachbarn Russland besser verstehen wird. Und dass sie aufgrund ihrer Biographie erkennt, dass manche schrillen Töne aus Tallinn oder Riga eher Hilferufe derer sind, die sich übergangen fühlen. Die Kanzlerin hat jedenfalls mehrfach, etwa auch dem estnischen Ministerpräsidenten Andrus Ansip, versichert, dass „Deutschland künftig mit den kleineren Ländern in der EU besser kooperieren und den Informationsaustausch verstärken" will.

Ulrike Müller

Litauens Beziehungen zu Polen – Überwindung der Vergangenheit

Mit ihrem südwestlichen Nachbarn Polen verbindet die Litauer eine jahrhundertelange gemeinsame Geschichte, in deren Verlauf die beiden Völker alle Facetten nachbarschaftlicher Beziehungen – von einem gemeinsamen Staatswesen bis hin zum Kriegszustand – durchlebten. Infolge der erzwungenen Eingliederung in die Sowjetunion verschwand Litauen von den Landkarten, eine eigenständige Außenpolitik der Sowjetrepublik Litauen existierte nicht. Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit vor fünfzehn Jahren mussten die Beziehungen zu anderen Staaten neu definiert werden, so auch zu Polen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern nach dem Zerfall der Sowjetunion gilt heute als ein gelungenes Beispiel der Zusammenarbeit zwischen noch im 20. Jahrhundert zutiefst verfeindeten Staaten. Ein Blick in die Geschichte macht diese Bewertung erst nachvollziehbar, denn auf dem Weg zu der heutigen Zusammenarbeit mussten und müssen einige aus der Geschichte stammende Ressentiments überwunden werden.

Gemeinsamer Staat und „Polonisierung"

Im 14. Jahrhundert entstanden erste enge Verbindungen zwischen Polen und Litauen, die sich bereits zu bedeutenden Staaten Ostmitteleuropas entwickelt hatten. Die litauischen Stämme waren zum Großfürstentum Litauen mit der Hauptstadt Vilnius vereinigt und beherrschten Gebiete weit über das heutige Litauens hinaus bis an das Schwarze Meer. Die Litauer waren zu diesem Zeitpunkt das letzte heidnische Volk Europas und einem starken Druck durch die Deutschordensritter aus dem angrenzenden Preußenland ausgesetzt. Auch um sich diesem Druck zu entziehen, schloss der litauische Großfürst Jogaila 1385 den Vertrag von

Ulrike Müller studiert Baltistik und Russistik an der Universität Greifswald und verbrachte ein Jahr ihres Studiums an der Universität Vilnius.

Krėva mit dem schon seit dem 10. Jahrhundert christianisierten Polen. Jogaila nahm den katholischen Glauben an und christianisierte sein Volk. Dafür wurde er zum polnischen König (unter dem Namen Władysław II. Jagiełło) gekrönt. Das Großfürstentum Litauen und das polnische Königtum wurden von nun an von einem Herrscher regiert, die Eigenstaatlichkeit blieb aber erhalten. Ein gemeinsames Heer besiegte den Deutschen Orden in der Schlacht von Tannenberg 1410; Polen-Litauen stieg zur europäischen Großmacht auf. Später wurde Litauen wegen ständig wachsender Bedrohung durch Moskau gedrängt, eine noch engere Verbindung mit Polen einzugehen. Mit dem Unionsvertrag von Lublin wurden Polen und Litauen 1569 zu einer Realunion – der Adelsrepublik Rzeczpospolita – vereinigt, in der die Souveränität Litauens eingeschränkt wurde und die Polen dominierten. Im Zuge der politischen Verbindung mit den Polen sowie der Annahme des Christentums und vieler Kultur- und Bildungsgüter über den polnischen Klerus und Adel kam es zur „Polonisierung" der litauischen Gesellschaft. Schon nach wenigen Generationen sprach der litauische Adel polnisch; nur das einfache Volk bewahrte die litauische nationale Identität.

Litauen und Polen sind durch eine gemeinsame historische Entwicklung eher getrennt als verbunden.

Die litauische Geschichtsschreibung sah in der Lubliner Union lange nur den beginnenden Verlust der Staatlichkeit, beschrieb die gemeinsamen Jahrhunderte als reine Verfallsgeschichte, in dem das litauische Volk seines Adels beraubt worden sei. Dass die Übernahme der polnischen Kultur und Sprache freiwillig, ohne Zwang durch die Polen, geschah und dass die Verbindung mit den Polen viele Vorteile – schnelle fortschrittliche Entwicklung, Anbindung an die westliche Staatenwelt – brachte, wurde vernachlässigt. Hier und in dem folgenden Streit um Vilnius liegt ein Grundstein für die Angst vor zu starker Dominanz der Polen in den neuen zwischenstaatlichen Beziehungen, vor erneuter „Polonisierung". Mit der dritten Teilung Polens 1795 endete die Geschichte des gemeinsamen Staatswesens. Der größte Teil Litauens fiel unter russische Herrschaft. Zunächst kämpfte der Adel noch gemeinsam für die Wiederherstellung des ehemaligen Staatenbundes. Am Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich jedoch eine eigene litauische Nationalbewegung, die sich gegenüber Polen und Russen abgrenzte.

Der Streit um das Vilnius-Gebiet

In Folge des Ersten Weltkrieges erlangten beide Nationen ihre Unabhängigkeit zurück. Dabei verfolgten sie unterschiedliche Ziele, und die größte Krise in den zwischenstaatlichen Beziehungen – der Streit um das Vilnius-Gebiet – brach aus. Der Ursprung dieses Konflikts liegt in dem Widerspruch, dass die Litauer einerseits Vilnius als ihre unumstritten historisch legitimierte Hauptstadt ansehen, die litauische Bevölkerung in der Zwischenkriegszeit jedoch nur noch eine kleine Minderheit neben der polnischen (50 Prozent) und der jüdischen Bevölkerung (43 Prozent) darstellte. Vilnius war ein Zentrum jüdischen und polnischen Lebens geworden. Wichtige Impulse für die polnische Kultur gingen von dort aus; so entwickelte sich die polnische Romantik unter dem Poeten Adam Mickiewicz – dem „Goethe Polens" – in dieser Stadt. Der Konflikt um die Zugehörigkeit von Vilnius beinhaltete auch das umliegende Gebiet, in dem wiederum die Litauer die ethnische Mehrheit stellten.

In der Unabhängigkeitserklärung von 1918 proklamierte sich Litauen als von allen Verbindungen, die es jemals mit anderen Nationen hatte, unabhängiger Staat mit der Hauptstadt Vilnius. Polen hingegen bevorzugte eine erneute Föderation mit Litauen. In den nächsten Jahren wurde das Vilnius-Gebiet hart von Litauern, Polen und der Roten Armee umkämpft. Nachdem Vilnius durch ein sowjetisch-litauisches Friedensabkommen den Litauern von der Roten Armee übergeben worden war, unterzeichneten Polen und Litauen im Oktober 1920 das Abkommen von Suwałki, das eine vorläufige Grenzlinie mit Vilnius auf litauischem Gebiet festgelegte. Doch wenige Tage nach der Unterzeichnung besetzten polnische Truppen Vilnius und annektierten das Vilnius-Gebiet im März 1922. Litauen brach alle diplomatischen Beziehungen zu Polen ab. Für die Litauer war die Okkupation ihrer Hauptstadt Vilnius durch Polen ein tiefer Schock. Der junge Staat war nicht in der Lage, schlagkräftige Schritte gegen das Übergewicht Polens einzuleiten; die Polen dominierten erneut. Die feindliche Stimmung gegenüber den Polen wurde während der gesamten Zwischenkriegszeit aufgeheizt, die Aversion der Litauer gegenüber den Polen erreichte ihren Höhepunkt.

Der Streit um Vilnius schwelte während der gesamten Zwischenkriegszeit.

Im Laufe des Hitler-Stalin-Paktes und des Zweiten Weltkrieges wurden beide Staaten zum Aufmarschgebiet der Großmächte. Nach dem Angriff auf Polen im September 1939 forderten die Deutschen Litauen

auf, sich das Vilnius-Gebiet zurück zu erobern. Litauen bewahrte allerdings seine Neutralität. Wenig später besetzte Sowjetrussland „seinen Teil" Polens und übergab das Vilnius-Gebiet an Litauen. Während des Krieges brachen erneut Kämpfe zwischen Litauern und Polen im Vilnius-Gebiet aus. Partisanentruppen beider Nationen verübten auch Morde an den Zivilbevölkerungen, was die Ressentiments noch verstärkte. Im Bewusstsein beider Völker ist diese negativ konnotierte Epoche sehr aktiv, es leben noch Zeitzeugen, und so werden entstehende Debatten vom Großteil der Bevölkerung sehr emotional geführt. Als Sowjetrepublik Litauen liefen alle zwischenstaatlichen Beziehungen nur über Moskau, sodass es zu keiner echten Aussöhnung zwischen den Völkern kommen konnte.

Wiederherstellung der Beziehungen

Anerkennung der Unabhängigkeit

Im März 1990 proklamierte Litauen die Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit. Die Reaktionen darauf aus Polen waren eindeutig positiv. In der polnischen Öffentlichkeit wurde die Sympathie mit den „litauischen Brüdern" offen zur Schau gestellt. Beide Völker verfolgten wieder ein gemeinsames Ziel: die Loslösung vom Einfluss der Sowjetunion, wobei Polens Souveränität allerdings nie in Frage stand. Die Forderung nach offizieller Anerkennung der unabhängigen Republik Litauen, die auch die Litauer der polnischen Regierung stellten, wurde laut ausgesprochen. Die polnische Regierung jedoch wollte keinen Konflikt mit der Sowjetunion provozieren, die die Anerkennung als Einmischung in innere Angelegenheiten bezeichnet hätte, und zögerte mit der Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen, bis dieser Schritt das Verhältnis zu Moskau nicht mehr belasten konnte. Nach dem gescheiterten Putschversuch in Moskau im August 1991 erkannte die Sowjetunion die Unabhängigkeit Litauens an, eine internationale Welle diplomatischer Anerkennungen, darunter auch die Polens, setzte ein. Viele Litauer hatten gehofft, durch Polens Anerkennung frühzeitige Unterstützung zu erlangen. Das lange Zögern der polnischen Regierung bleibt der Bevölkerung in negativer Erinnerung; der litauische Präsident Vytautas Landsbergis selbst machte der polnischen Regierung später den Vorwurf, zu wenig Initiative gezeigt zu haben. Der Putschversuch in Moskau brachte den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Anerken-

nung der Unabhängigkeit, er war aber auch Ausgangspunkt für eine Krise in den gerade erst wieder hergestellten Beziehungen zwischen Polen und Litauen.

Die polnische Minderheit

Die Spitzen der Selbstverwaltungsorgane der Polen in den beiden Regionen Vilnius und Šalčinkai, den Regionen im Vilnius-Gebiet, in denen die Polen die Mehrheit der Bevölkerung darstellen, ergriffen offen Partei für die putschenden Kräfte in Moskau, die sich gegen jegliche Unabhängigkeitsbewegungen richteten. Die litauische Regierung löste alle leitenden Selbstverwaltungsorgane der beiden Regionen auf, denen Kollaboration mit den Putschisten nachgewiesen wurde. Von polnischer Seite wurde diese Entscheidung scharf als Verletzung der Rechte der polnischen Minderheit, die nun keine Vertretung mehr hatte, kritisiert. Die Entscheidung der litauischen Regierung und die starken Vorbehalte der litauischen Bevölkerung gegenüber der polnischen Minderheit (1989: 7 Prozent) lagen auch in deren Verhalten während des Unabhängigkeitskampfes der Litauer begründet. Die nationale Euphorie und Grundhaltung der Unabhängigkeitsbewegung „Sąjūdis" bewirkte eine nationale Abwehrreaktion der polnischen Minderheit. Bei der Abstimmung im litauischen Parlament über die Unabhängigkeit Litauens stammten die einzigen 6 Stimmenthaltungen (bei 130 Stimmen) von polnischen Abgeordneten. Schon früh entstanden Autonomiebestrebungen; im Mai 1990 beispielsweise wurde eine „Ost-Polnische Republik im Verbund der Sowjetunion" ausgerufen. Solche Bestrebungen verstanden die Litauer als Angriff auf ihre Unabhängigkeit. Auch nicht-prosowjetische Autonomiebestrebungen riefen die Angst vor erneuter Polonisierung des Vilnius-Gebietes hervor. Die Haltung der polnischen Minderheit widersprach immer wieder offen den litauischen Interessen. Nach der Entlassung der Selbstverwaltungsorgane eskalierte die Situation. Die Nationalisten in beiden Ländern erstarkten, in Polen ließen sich Stimmen, Vilnius müsse wieder polnisch werden, vernehmen.

Überwindung der Vergangenheit

Unter diesen Umständen gestaltete sich das Zustandekommen einer „Erklärung über freundschaftliche Beziehungen und gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit" schwierig. Sie konnte erst 1992 nach dem Scheitern mehrerer Treffen unterzeichnet werden. Für die litauische Seite bestand die wichtigste Aussage in der Anerkennung der bestehenden

Grenzen. Zwei weitere Jahre Verhandlungen waren notwendig, um 1994 den „Vertrag über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit“ zum Abschluss zu bringen. Unter anderem forderte Litauen die Verurteilung der Okkupation von Vilnius im Vertragstext, was Polen jedoch ablehnte und betonte, dass die Beziehungen auf die Gegenwart ausgerichtet sein sollten. Durch die Unterzeichnung des Vertrages entschieden die Politiker beider Seiten, sich aus den Verstrickungen der Vergangenheit zu lösen und geschichtliche Argumente Historikern zu überlassen. Dem Vertrag folgten viele bilaterale Abkommen, es entstanden gemeinsame Konsultationsplattformen für Politiker, aber auch für Historiker, die nun zusammen die Geschichte als Gegenstand der Wissenschaft und nicht der Propaganda aufarbeiten. Zu dem starken Willen der Politiker beider Staaten, historische Ressentiments zu überwinden und die Normalität der Beziehungen herbeizuführen, trug sicherlich die gleiche geopolitische Orientierung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bei. Die Ziele Sicherheit und die damit verbundene angestrebte Aufnahme in NATO und EU einigten beide Staaten. Bedingungen für EU- und NATO-Kandidaten sind unter anderem „gute nachbarschaftliche Beziehungen“ und „Einhaltung demokratischer Standards“, die auch die Minderheitenpolitik betreffen.

Seit den neunziger Jahren verstärkt sich die Zusammenarbeit auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet.

Strategische Partnerschaft

Ab 1997 verwendeten die Außenminister beider Länder den Begriff „strategische Partnerschaft“, um den neuen Abschnitt der Beziehungen zu charakterisieren. Ein Merkmal dafür bildet eine sehr gute und freundschaftliche Zusammenarbeit auch auf der höchsten politischen Ebene und deren Institutionalisierung. So wurden eine litauisch-polnische Parlamentarierversammlung, ein Beratungsausschuss auf Präsidentenebene sowie ein Beratungsausschuss auf Regierungsebene geschaffen, die halbjährlich zu Konsultationen zusammenkommen. Ein weiteres Kriterium für die „strategische Partnerschaft“ ist die intensive Kooperation auf strategisch wichtigen Gebieten. Litauen und Polen schufen 1997 eine gemeinsame militärische Einheit LITPOLBAT für friedenssichernde Einsätze der UN, die seit 1999 im Kosovo dient. Befürchtungen, die Beziehungen könnten sich nach dem früheren NATO-Beitritt Polens 1999 abkühlen, bestätigten sich nicht. Im Gegenteil: Polen erwies sich als

zuverlässiger Partner, der die Aufnahme Litauens in der nächsten Erweiterungsrunde beständig propagierte. 2004, im Jahr des gemeinsamen EU-Beitritts von Polen und Litauen, wurde dann auch Litauen in die NATO aufgenommen.

Beispiel für andere Nationen

Im Kontext der Feierlichkeiten zur zehnjährigen Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen (2001) wurde ihre Entwicklung als beispielhaft für andere Nationen bezeichnet. Allerdings haben die immer besser werdenden Beziehungen zwischen den Politikern beider Länder nicht automatisch auch positive Auswirkungen auf das Verhältnis der beiden Gesellschaften zueinander. Umfragen haben ergeben, dass die Litauer noch weniger Sympathie für die Polen als für die Russen empfinden. Die polnische Bevölkerung listet ihre Nachbarn unter jenen Völkern auf, mit denen sie mehr negative als positive Gefühle verbindet. Die Richtlinien für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit können zwar auf Regierungsebene in Verträgen festgehalten werden, für die eigentliche Ausgestaltung und Umsetzung in der Gesellschaft ist jedoch die breite Bevölkerung notwendig.

Beispielhaft an den Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist, wie rasch auf die Feststellung von Missständen reagiert wurde. Schnell wurden neue Projekte in Angriff genommen, etwa die Förderung des kulturellen Austauschs, des Jugendaustausches und des gegenseitigen Tourismus. Ein gelungenes Beispiel für die Umsetzung der neuen Prioritäten stellte der „Vilnius-Frühling" im Mai 2004 in Warschau dar. Er entstand als Resultat einer Zusammenarbeit der litauischen Botschaft mit der Warschauer Stadtverwaltung in Form einer Woche voller Veranstaltungen rund um Vilnius und Litauen. Als Hauptereignis wurde ein Forum litauischer und polnischer Geschäftsleute abgehalten. Dieses begleitete ein vielfältiges Kulturprogramm, in dem die litauische Kultur in Form von Filmen, klassischen und modernen Konzerten, Ausstellungen, Seminaren für Schüler beider Länder, aber auch in Verköstigungen von litauischem Bier vorgestellt wurde. Diese Art der Begegnung bot die Möglichkeit, durch persönliche Kontakte der Menschen historische Vorbehalte zu entschärfen. Zur Sicherung des zukünftigen freundschaftlichen Verhältnisses ist die Beseitigung der alten Ressentiments eine wichtige Voraussetzung.

Hans-Friedrich Fischer

Katholische Kirche in Litauen

Ein Situationsbericht

„Land der Kreuze" – so wird Litauen, das kleine katholische Land an der Ostsee, oft genannt. Und wer Litauen einmal besucht hat, der wird bestätigen können, dass Litauen mit Recht so genannt wird. Nicht nur wegen des Kreuzbergs bei Šiauliai, sondern auch wegen der vielen Wegkreuze und Bildstöcke, denen man in Litauen auf Schritt und Tritt begegnet. Auch der Titel „Land Mariens" hat seine Berechtigung, nicht nur wegen der Weihe der polnisch-litauischen Adelsrepublik an die Gottesmutter 1656, die durch Litauen 1918 und 1991 erneuert wurde, sondern auch wegen der starken Verehrung der Gottesmutter, die sich in den vielen Marienwallfahrtsorten, Marienkirchen und Marienbildern augenscheinlich zeigt und die ein tragendes Element der Volksfrömmigkeit in Litauen ist.

Historische Streiflichter

Im Jahre 2009 wird Litauen das Millennium seiner erstmaligen urkundlichen Erwähnung begehen. Denn im Jahre 1009 wurde Litauen erstmals in den Quedlinburger Annalen erwähnt – im Zusammenhang mit dem Martyrium des hl. Brun von Querfurt. Als letztes Land Europas nahm Litauen erst 1387 das Christentum an. Daher gab es in Litauen auch kein christliches Mittelalter, die wichtigsten Elemente der litauischen Religiösität entwickelten sich erst in der Zeit der Gegenreformation und des Barock. Bis ins 20. Jahrhundert war der katholische Glaube eine dörfliche Religion ohne größere Bindung zur Stadtkultur.

Die Annahme des abendländischen Christentums orientierte Litauen seither in einer sehr wechselvollen Geschichte auf die abendländische

Dr. Hans-Friedrich Fischer ist Studienpräfekt am Priesterseminar St. Josef in Vilnius und gleichzeitig persönlicher Referent von Kardinal Audrys Bačkis für Bildungsfragen und Sozialprojekte.

Kultur und ihre Werte. Litauen gehört als integraler Bestandteil zur europäischen abendländischen Kultur und Geschichte. Das hat Litauen auch immer so gewollt. Denn die Entscheidung des litauischen Großfürsten und späteren polnischen Königs Jogaila (polnisch: Władysław II. Jagiełło) für die Annahme des lateinischen Christentums war auch eine eindeutige politische Entscheidung: eine Entscheidung *für* Rom und Europa und eine Entscheidung *gegen* Byzanz und Moskau. Die Bedeutung dieser Entscheidung ist in der Tragweite ihrer Auswirkungen nur zu vergleichen mit der heutigen Entscheidung der Länder Mittel- und Osteuropas für den Beitritt zur EU.

Litauen hat eine mehrere Jahrhunderte währende gemeinsame Geschichte mit Polen. Was allerdings bei der Übernahme des lateinischen Christentums über Polen problematisch war, ist die Tatsache, dass die wichtigen Adelsfamilien sehr bald der Polonisierung erlagen und Litauen eher zu einer Randprovinz der „Republik beider Völker" wurde. Polen blieb für Litauen immer das Tor nach Europa, trotz der spannungsbeladenen politischen Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg. Insbesondere in der Zeit der sowjetischen Okkupation spielte Polen eine enorm wichtige Rolle für Litauen, das vielen Polen besonders am Herzen lag. Kritische kirchliche Gruppen in Polen und die Solidarność haben einen außerordentlich wichtigen Einfluss auf die litauische Freiheitsbewegung ausgeübt.

Wie für andere Länder Mittel- und Osteuropas, so ist auch für Litauen das ausgehende 20. Jahrhundert eine Zeit großer und lange herbeigesehnter gesellschaftlicher und politischer Veränderungen geworden. Nach der Überwindung des kommunistischen Systems stand Litauen vor dem Aufbruch in eine demokratisch geprägte Gesellschaft als Aufgabe und Herausforderung. Die Menschen in diesen Ländern haben das gewollt. Und doch traf sie – vielleicht mit Ausnahme Polens und Tschechiens, wo man sich in kirchlichen und Dissidentenkreisen bereits Gedanken über eine alternative, demokratische Gesellschaftsordnung gemacht hatte – dieser Zusammenbruch unvorbereitet, insbesondere hinsichtlich der Fähigkeit und Bereitschaft zur Übernahme verantwortlicher Positionen im gesellschaftlichen und politischen Leben.

Kirchliche Entwicklungen seit 1989

Für die Kirche ergab sich im Prozess der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Litauens nun die Möglichkeit wichtiger struktureller

Veränderungen, die sich zwischen 1988 und 1997 vollzogen. Die Grenzen der litauischen Kirchenprovinz wurden neu festgesetzt, die Hierarchie neu geordnet, eine innere Reorganisation und die Errichtung neuer kirchlicher Institutionen wurden vollzogen. 1988 wurde Vincentas Sladkevičius zum Kardinal ernannt; 1989 wurden vier neue Bischöfe geweiht, durch die Papst Johannes Paul II. die in der Sowjetzeit tätigen apostolischen Verwalter ersetzte. Die neu festgelegte litauische Kirchenprovinz bildeten nun die sechs Diözesen Vilnius, Kaunas, Telšiai, Kaišiadorys, Panevėžys und Vilkaviškis. Die hoch angesehenen Julijonas Steponavičius und Vincentas Sladkevičius wurden zu Erzbischöfen in Vilnius und Kaunas ernannt. 1991 wurden nach Unterzeichnung eines Vertrages zwischen Litauen und dem Vatikan zwei neue Weihbischöfe geweiht und die Erzbistümer Vilnius und Kaunas zu Metropolien erhoben, die je zwei Suffraganbistümer haben. Nach dem Tod des Vilniuser Erzbischofs ernannte der Papst Audrys Juozas Bačkis, der zuvor wichtige Ämter in der vatikanischen Diplomatie inne gehabt hatte, zum neuen Erzbischof. Diese Ernennung zeigt auch, wie wichtig es Johannes Paul II. war, der Rezeption der Konzilsideen in Litauen zum Durchbruch zu verhelfen. Nachdem 1996 Sigitas Tamkevičius, eine der Symbolfiguren der Untergrundkirche, zum Erzbischof von Kaunas geweiht wurde, sind es diese beiden Bischöfe, die das Fundament der Erneuerung der litauischen Kirche im Geist des Zweiten Vatikanischen Konzils bilden. Mit der Errichtung des neuen Bistums Šiauliai 1997 fand die Neuordnung der Diözesangrenzen ihren Abschluss.

Erschwerend ist aber, dass diese Kirche weithin immer noch von einem Klerus verwaltet wird, der lange Zeit gewohnt war, keine andere kirchliche Autorität über sich zu haben, und deshalb eifersüchtig seine Macht verteidigt. Es gibt in Litauen keine feste Besoldung der Priester durch das Bistum. Das hat zur Folge, dass es eine krasse Diskrepanz zwischen sehr reichen und sehr armen Pfarreien gibt. Eine Solidarität zwischen Priestern reicher und armer Gemeinden sucht man in Litauen weithin vergeblich. Deshalb kam einer *Reform der Priesterausbildung* in Litauen eine große Bedeutung zu. So wurden auch sehr bald Seminare in Telšiai, Vilnius und Marijampolė wiedererrichtet, um dem Priestermangel zu begegnen. Das Fehlen einer genügenden Anzahl von entsprechend ausgebildeten Priestern ist aber nur eines der zu bewältigenden Probleme. Andere Probleme kommen hinzu: das Fehlen von ausreichend qualifizierten Lehrkräften für die Seminare, das durch die Folgen politischer Isolation bedingte Defizit von 50 Jahren theologischer Entwicklung, die

sehr verspätete und zögerlich erfolgende Rezeption der Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils. So müssen in einem gewissen Sinn die Seminare in Litauen immer noch Aufklärungsarbeit für die Akzeptanz des Zweiten Vatikanischen Konzils und seiner richtungsweisenden Beschlüsse leisten. Unter nicht wenigen Amtsträgern ist eine gewisse Furcht und Ablehnung von theologischen und kirchlichen Entwicklungen im Westen verbreitet, ohne diese eigentlich ausreichend zu kennen. Das führte unter anderem auch dazu, dass erst ganz allmählich begabte Theologiestudenten zum Studium nach Rom, Erfurt und Paris geschickt wurden, nicht aber interessanterweise nach Polen, was sicher mit zum Teil immer noch vorhandenen Ressentiments zu tun hat, die aus der jüngeren gemeinsamen Geschichte nach dem Ersten Weltkrieg herrühren.

Die Kirche Litauens hat heute immer noch eine sehr große *Chance.* Sie ist für viele, die sich verloren und um die Früchte der Veränderungen betrogen fühlen, zu einem Ort der Zuflucht und der Hoffnung geworden. Die Menschen in Litauen erwarten immer noch etwas von ihr. Wie aber reagiert die Kirche darauf? Spürt sie, dass jetzt nicht nur endgültige Entscheidungen über die politische Zukunft des Landes gefällt werden, sondern dass damit auch eine Entscheidung gefällt wird über die Zukunft der Kirche und über ihren Ort und ihre Bedeutung in der Gesellschaft? Mir scheint, dass die Kirche in Litauen angesichts dieser Herausforderung ratlos und hilflos reagiert. In den meisten Fällen greift man immer noch eher zu den scheinbar bewährten Mitteln und Instrumentarien der Vergangenheit, als es galt, dem Machtanspruch des Kommunismus zu widerstehen. Was unter den Bedingungen des Widerstands ein Positivum war, erweist sich jetzt eher als nachteilig, denn es gelang und gelingt leider nicht in gleichem Maße, die positiven Werte des Christentums in die neue Gesellschaft einzubringen. Weithin herrscht immer noch ein *kurzsichtiger Traditionalismus* vor. Stimmen wie die des Vilniuser Erzbischofs Kardinal Bačkis („Ich gehe nicht nach Litauen, um das alte katholische Litauen zu restaurieren. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich eine neue Gesellschaft entwickelt hat. Wir müssen verstehen, dass in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Zweiten Vatikanischen Konzils eine neue Kirche aufgebaut werden muss“) sind eher die Ausnahme. Nicht außer acht gelassen werden darf außerdem die Tatsache, dass es im östlichen Europa – außer in Polen und Tschechien – fast nirgendwo eine gut ausgebildete politisch alternative oder kirchliche Elite gab, die ernstzunehmende Konzepte oder Visionen für die Zukunft

anzubieten gehabt hätte, wobei natürlich nicht vergessen werden darf, dass die Kirche in Litauen sehr hohe personelle Verluste durch die kommunistische Unterdrückung zu erleiden hatte. Die scharfe Konfrontation zwischen Kirche und Staat führte als Konsequenz zu einer durch den Klerus dominierten Kirche. In einer Wagenburgmentalität sind aber Meinungsvielfalt, Differenzierung oder gar abweichende Meinungen eher eine Gefahr. Eine Kirche, die sich jedoch nicht ausreichend mit der Welt, in der sie lebt, auseinandersetzt, gerät zunehmend in die Gefahr, nicht mehr gehört und ernst genommen zu werden.

Die *Religiosität* nahm in der Zeit nach der gesellschaftlichen Wende erst einmal zu. So bezeichneten sich beispielsweise 1990 57 Prozent der Bevölkerung als katholisch, 1995 sogar 85 Prozent, aber bereits 1997 nur noch 68 Prozent. Aber man darf sich nun nicht der Illusion hingeben, dass dieser Prozess ein Dauerphänomen ist, und ebensowenig, dass dies zu einer größeren Offenheit der Kirche geführt hätte. Was von nicht wenigen Protagonisten in der Kirche übersehen wird, ist die Tatsache, dass für sehr viele Menschen und auch viele Christen nicht mehr in erster Linie die Bewahrung der Tradition wichtig ist, sondern der Umgang mit der Freiheit, die Machbarkeit der Zukunft und vor allem eine Verbesserung der eigenen Lebenssituation im Hinblick auf mehr Menschlichkeit und Lebensqualität. Kirche muss begreifen, dass der Großteil dieser Menschen und auch der eigenen kirchlichen Klientel vor allem von den sich neu ergebenden Möglichkeiten mannigfaltigen Wandels fasziniert ist. Sie muss sich endlich dazu durchringen, sich von einer ängstlich besorgten Sachwalterin der Vergangenheit zur einer mutmachenden Weggefährtin in die Zukunft zu wandeln. Dann wird sie auch weiterhin eine wichtige Rolle im Leben der Gesellschaft Litauens spielen können.

Gesellschaftliche Stellung der Kirche

Die katholische Kirche nimmt in allen soziologischen Umfragen einen außerordentlich hohen Platz ein. Das hat viele Gründe. Das Christentum ist die Religion der Vorfahren. In der Zeit der russischen und der sowjetischen Okkupation hat insbesondere die katholische Kirche die nationale und kulturelle Identität Litauens bewahrt. So fühlen sich nun viele Litauer in einer ziemlich diffusen Weise als Katholiken: „Ich bin Litauer, getauft, esse am Heiligabend Hering und die traditionellen Fastengerichte, bemale zu Ostern Ostereier, ich halte mich an die katholischen

Gebräuche – also bin ich ein Katholik!“ Diese weit verbreitete Art von Katholiken hat überhaupt keine Probleme, heidnische Riten zu tolerieren, an die Reinkarnation zu glauben und gleichzeitig die Kinder zu Taufe und Erstkommunion zu bringen oder sich kirchlich trauen zu lassen, da sie die Unvereinbarkeit solch gegensätzlicher weltanschaulicher Positionen nicht wahrnimmt.

Diese falsche Identifikation von Kirche und Nation hat dazu geführt, dass viele Litauer ihre vermeintlich christlichen Wurzeln und ihr Christsein überschätzen. Andererseits führte das aber auch dazu, dass nicht wenige Priester und Kirchenfürsten sowohl das Gewogensein der Litauer für die Kirche als auch die wirkliche Größe der eigenen Herde beträchtlich überschätzen, denn nur 8-15 Prozent der Litauer sind wirklich regelmäßig praktizierende Katholiken. Die sich aus den soziologischen Umfragen ergebende zahlenmäßige Popularität der Kirche darf nicht zu fehlerhaften Einschätzungen verleiten. Denn der Sturz des Kommunismus hat die Isolation der Kirche in Litauen nicht beendet, sondern nur verändert. Die Jahre der Isolation verhinderten sowohl, dass Katholiken zur Übernahme wichtiger Funktionen und Aufgaben im Leben der Gesellschaft befähigt wurden, als auch dass sie begriffen, dass es notwendig wurde, eine Lobbyarbeit in der Öffentlichkeit zur Vertretung eigener berechtigter Interessen zu betreiben.

Die Kirche ist in Litauen immer noch sehr populär – aber insbesondere auch deswegen, weil man fast nicht mit ihr rechnen muss. Sie mischt sich fast nie in politische Angelegenheiten ein. So hat sie praktisch auch keinen Einfluss auf die Mehrzahl der wirklich wichtigen politischen Entscheidungen, die das Leben der Bevölkerung betreffen. Sollte die Kirche versuchen, ihre Autorität zur Intervention bei Fragen von gesellschaftlichem Interesse von der Position der Kirche her zu nutzen, würde sich meiner Ansicht nach nur noch ein ziemlich geringer Teil der heutigen litauischen Gesellschaft von christlichen Werten leiten lassen. Die Diskussion um ein Gesetz, das die künstliche Befruchtung legalisieren soll, und vor allem der ungeschickte Einmischungsversuch der Bischofskonferenz in den Streit um das Absetzungsverfahren gegen den ehemaligen Präsidenten Paksas sind ein augenscheinlicher Beleg dafür.

Ein weiterer Grund, warum die Stimme der Kirche in der Öffentlichkeit Litauens bisher immer noch nur schwach vernehmbar bleibt, liegt nicht nur an ihrer Isolation, sondern auch an einer *Scheu der Kirche vor den Massenmedien* und an einer fehlenden Konzentration des zahlenmäßig immer noch nicht ausreichenden intellektuellen Potenzials der

Kirche. So besitzt die Kirche keine einzige Tages- oder Wochenzeitung. Die Medienpolitik der Bischofskonferenz ist nur schwer nachvollziehbar. Kirchliche Publikationen sind meist eher nur auf die Kirchgänger und nicht auf die ganze Gesellschaft orientiert.

Perspektiven

Die Kirche in Litauen steht an einem *Scheideweg:* Sie ist immer noch eine starke Kirche. Und ihre Bedeutung für die Gesellschaft wird eher noch zunehmen. Dazu muss sie sich aber im Sinne des Zweiten Vatikanischen Konzils noch deutlicher den Fragen und Bedürfnissen der Menschen öffnen und wahrnehmen, dass die katholische Kirche auch in Litauen nur noch eine Kirche der Minderheit ist. Das kann nur gelingen, wenn der Klerus die Laien als eigenständige und kompetente Partner akzeptiert – dies insbesondere auch deshalb, weil die Kirche immer noch viel zu wenige eigene Experten besitzt, um durch sie einen stärkeren Einfluss in den intellektuellen Debatten auszuüben oder um attraktive eigene politische Alternativen formulieren zu können.

Die große Hoffnung dieser Kirche ist ihre *Jugend.* Das hat auch der Vorsitzende der litauischen Bischofskonferenz, Kardinal Audrys Juozas Bačkis, deutlich bei der Eröffnung der Renovabis-Pfingstaktion im Mai 2003 in Köln zum Ausdruck gebracht. Ich halte diesen Optimismus für berechtigt, da inzwischen eine Generation von Jugendlichen herangewachsen ist, die nicht mehr von der kommunistischen Vergangenheit belastet ist, eine Generation, die nach vorwärts schaut, die die Dinge zum Positiven hin verändern möchte. Nicht ganz ohne Zufall ist es wohl, dass gerade die Jugendseelsorge in allen litauischen Bistümern die erste Sparte war, die sich den Herausforderungen unserer Zeit stellt und sehr zur Glaubwürdigkeit von Kirche beiträgt.

Das ist aber immer noch erst ein Anfang, wie auch die Bistumssynode des Erzbistums Kaunas. Eine grundlegende Wende zum Besseren wird es nur dann geben, wenn die Hierarchen und Kleriker der Kirche Litauens ohne alle Befürchtungen und Vorurteile noch mehr und wirklich aufrichtig auf die katholischen Laien in diesem Land zugehen. Denn Kirche hat nur dann eine echte Zukunft, wenn alle bereit sind, miteinander Kirche zu sein.

Arvaldis Andrejs Brumanis

Die baltischen Länder und ihr Exil am Beispiel Lettlands

Das lettische Exil, das sich als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges im Westen herausbildete, betrachtete sich selbst als ein politisches Exil. Die Letten flohen nach Westen, weil sie sich vor dem kommunistischen Regime fürchteten. Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war es nicht möglich, die Unabhängigkeit von Lettland wieder herzustellen, und so verwurzelten sich die Letten im Westen, pflegten ihre Kultur in der Fremde und hofften auf die Wiedererlangung der Unabhängigkeit. Die Letten waren somit gezwungenermaßen dazu verurteilt, im Exil zu bleiben. Die ersehnte Unabhängigkeit kam erst 45 Jahre später.

Der Molotow-Ribbentrop-Pakt war der Grund, dass die baltischen Länder ihre Unabhängigkeit verloren

Die Unterdrückung der baltischen Länder beginnt mit dem Molotow-Ribbentrop-Pakt, der die strategische Einigung von Hitler und Stalin darstellt. Der Vertrag zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion hieß offiziell „Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion"; er wurde am 23. August 1939 in Moskau von Wjatscheslaw Molotow, Außenminister der Sowjetunion, und Joachim von Ribbentrop, Außenminister Nazi-Deutschlands, unterzeichnet. Der Vertrag beinhaltete ein geheimes Zusatzprotokoll, welches die Länder Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien nach Interessensphären der Sowjetunion und Deutschlands aufteilte. Als Ergebnis dieses Paktes okkupierte die Rote Armee Estland, Lettland und Litauen; Polen wurde zwischen Deutschland und der Sowjetunion aufgeteilt; Finnland und Rumänien wurden gezwungen, Teile ihres Staatsgebietes an die Sowjetunion abzutreten.

Der Autor ist römisch-katholischer Bischof der Diözese Liepāja in Lettland.

Die sowjetischen Deportationen

Die baltischen Staaten wurden von der Sowjetunion im Juni 1940 okkupiert, und am 14. Juni 1941 wurden ohne irgendeine rechtliche Grundlage Familien, alte Leute und Kinder nach Sibirien deportiert. Ihr Eigentum wurde beschlagnahmt. In überladenen Viehwaggons wurden mehr als 15.000 Personen auf wochenlangen Fahrten nach Sibirien deportiert. Viele starben bereits auf diesem Transport, weil ausreichend Wasser und Nahrung fehlten.

Der Befehl zur Deportation war bereits am 21. Januar 1941 vom Stellvertretenden Volkskommissar für die Sicherheit der gesellschaftlichen Ordnung in der Sowjetunion Ivan Serov unterzeichnet worden. Es war vorgesehen, die Viehwaggons mit jeweils 25 Personen aufzufüllen. In der Realität waren in jedem Viehwaggon mehr als 35 Personen. Die Personen wurden nicht nach Familien, alten Menschen oder Kindern unterschieden. Häufig wurden Familienmitglieder getrennt. Die Deportationen fanden in der Nacht vom 13. zum 14. Juni 1941 statt. Die Menschen wurden aus dem Schlaf gerissen und mussten in wenigen Stunden packen. Mit Transportern wurden sie von ihrem Hof zu den Abtransportorten gebracht. Ohne eine Verurteilung wurden auf diese bestialische Weise mehr als 15.000 Personen aus Lettland nach Sibirien verschleppt; aus Estland wurden 10.000 Personen deportiert, aus Litauen 24.000.

Die Deportierten waren großenteils Vertreter der Intelligenz, Offiziere der lettischen Armee, erfolgreiche Unternehmer und Landwirte, Vertreter der Sicherheitseinrichtungen Lettlands und Personen, die Glieder der funktionierenden Zivilgesellschaft darstellten. Die Deportationen überraschten sie mitten in der Nacht, sodass sie sich nicht wehren konnten. Diese Deportationen waren ein echter Genozid. Viele Deportierte starben an Hunger, andere wegen der unmenschlichen Arbeitssituation in den Lagern, wieder andere wurden einfach erschossen.

Die Deportierten wurden zu Sklaven gemacht. Was kann dieses Unrecht je wieder kompensieren? Russland müsste zuallererst die Pflicht anerkennen, für diese Sklavenarbeit in der Verbannung zu zahlen, für das zerstörte persönliche Leben, für das verlorene materielle Gut und die zu Tode gequälten Verwandten. So verwundert es auch nicht, dass gegen Ende des Zweiten Weltkrieges – als sich die sowjetische Armee näherte – viele Menschen nach Westen flohen. Ihre Furcht war begründet, denn am 25. März 1949 wurden mehr als 13.500 lettische Familien nach Sibiri-

en deportiert, ihr Eigentum wurde verstaatlicht und die Menschen wurden zu Sklaven gemacht: Das ist die Ursache des Exils. In den Westen flohen aus eigenem Ansporn überwiegend Vertreter der Intelligenz, die – je länger das Exil andauerte – hier auch neue Arbeit fanden. Viele hatten dann auch nicht mehr die Möglichkeit, in die Heimat zurück zu kehren. Insgesamt emigrierten aus Lettland etwa 250.000 Menschen. Von diesen Flüchtlingen verloren nahezu 50.000 auf der Flucht ihr Leben.

Bei der Aufnahme der Flüchtlinge aus dem Osten wurden in Deutschland zunächst Auffangpunkte zur Überprüfung der Personen eingerichtet. Dort wurde untersucht, ob die Flüchtlinge den Sicherheitsanforderungen genügten; auch eine Gesundheitsüberprüfung wurde vorgenommen. Anschließend wurden die Flüchtlinge in Auffanglager eingewiesen, von wo die arbeitsfähigen Personen zu Arbeiten heran gezogen wurden. Personen, die nicht arbeitsfähig waren, wurden in spezielle Auffanggebiete geschickt, in denen Gemeinschaftslager errichtet wurden. Im deutschen Außenministerium erhielten die Letten sogar eine eigene „Lettische Leitstelle", die für die Flüchtlinge sorgte.

Nach Kriegsende lebte der Großteil der Flüchtlinge in Lagern. Die UNRRA („United Nations Relief and Rehabilitation Agency") zahlte in den Jahren 1945 und 1946 für den Unterhalt der Flüchtlinge. Anschließend sorgte die IRO („International Refugee Organisation") für die Flüchtlinge, die Deutschland nicht verlassen wollten. Im Jahre 1948 emigrierten dann viele lettische Flüchtlinge in andere Länder. Sie gingen größtenteils nach Kanada, in die USA, nach Australien, Großbritannien und Schweden. Im Jahre 1980 lebten in den USA 92.000-100.000 Letten, in Australien 31.000-36.000, in Kanada 18.000, in Europa etwa 30.000 und in Südamerika knapp 7.000. In Deutschland verblieben die lettischen Flüchtlinge, die in den anderen Länder aus gesundheitlichen oder anderen Gründen keine Aufnahme fanden.

Die Letten organisieren sich nach dem Krieg im Exil

Im Jahre 1947 wurde der Marshallplan aufgelegt; dafür gebührt dem US-Präsidenten Harry Truman ein besonderer Dank. In den Jahren 1947-1951 erhielten sechszehn europäische Staaten von den USA eine Hilfe im Wert von ca. 13 Milliarden US-Dollar. Westdeutschland erhielt hiervon 12 Prozent, Italien 10 Prozent. Die Sowjetunion beteiligte sich an diesem Plan nicht und verbot, den Ländern in ihrer Einflusszone eine

Unterstützung zu geben. So begann der „Kalte Krieg". 1949 wurde die NATO gegründet, die den freien Teil von Europa schützte.

Die Sowjetunion ermunterte Flüchtlinge zur Rückkehr und verlangte von den Westalliierten die Herausgabe von Letten, die auf der Seite Deutschlands gekämpft hatten, was aber nicht erfolgte. Nur Schweden übergab Angehörige der „lettischen Legion", die nach Schweden geflohen waren, an die Sowjetunion[1]. Viele ehemalige Mitglieder der „lettischen Legion" engagierten sich in der Zivilgesellschaft ihrer neuen Gastländer.[2] Flüchtlinge aus allen drei baltischen Ländern gründeten in Hamburg eine Universität, die später nach Pinneberg umzog. Letten spielten auch eine große Rolle bei der Gründung der Flüchtlingsuniversität in München. In Oldenburg wurde eine lettische Oper gegründet.

Bereits am Anfang des Exils entstanden Organisationen, die sich um die Letten in der dortigen Flüchtlingsregion kümmerten und verschiedene kulturelle (Kulturtage) und festliche Anlässe (staatliche Festtage) veranstalteten. Fast in allen Städten, wo eine größere Gruppe Letten wohnte, bildete sich eine lettische Gemeinschaft. Als größte globale Organisation etablierten sich die „Daugavas vanagi" („Dünafalken"), die 1945 im Flüchtlingslager Cedelghem (Belgien) von Kriegsgefangenen gegründet wurden. Die Organisation der „Dünafalken" vermittelte den in Deutschland gebliebenen Flüchtlingen Hilfe, ebenso den Kriegsgefangenen und Invaliden.

1948 wurde in Esslingen der Nationale Rat der Letten gegründet, der im Jahre 1951 seine Arbeit einstellte, als viele Mitarbeiter des Rates in

[1] In der „lettischen Legion" waren die Soldaten aus Lettland vereint, die auf Seiten der Wehrmacht gegen die Sowjetunion kämpften. Anfangs handelte es sich nur um Freiwillige, die sich als Kämpfer gegen die Sowjetmacht und für die Freiheit ihrer Heimat verstanden haben dürften; später fand eine allgemeine Mobilmachung statt. Die „lettische Legion" bestand aus zwei Divisionen, in denen bis Juli 1944 ca. 30.000 Soldaten an der Ostfront auf deutscher Seite mitkämpften. Im Sommer 1944 wurden noch einmal über 11.000 Personen einberufen. Die Legion erlitt hohe Verluste. Nach Kriegsende war ein Großteil der Soldaten als Kriegsgefangene in Lagern der Westalliierten in Deutschland und in Cedelghem (flämisch: Zedelgem/Belgien) untergebracht, u. a. auch der Kaplan der Legion K. Rucs.

[2] Bei einer Darstellung der Geschichte der „lettischen Legion" darf allerdings nicht unterschlagen werden, dass ihre Mitglieder in der Regel die Uniform der Waffen-SS trugen. Viele Mitglieder stammten auch aus Polizeiabteilungen, deren aktive Beteiligung am Holocaust in Lettland dokumentiert ist. Zum Umgang mit diesem Kapitel der Geschichte im heutigen Lettland vgl. auch Natalija Bolschakowa: Russen und Letten im heutigen Lettland, in: Ost-West. Europäische Perspektiven 5 (2004), S. 279-287, bes. S. 281 f. (Anm. d. Redaktion).

andere Länder auswanderten. 1955 wurde in den USA die globale Organisation aller Exilletten gegründet – „Pasaules Brivo latviesu apvieniba" („Weltbund Freier Letten"). In Europa arbeitete seit 1951 das „Latviesu atbrivosanas Eiropas centrs" („Europäisches Zentrum zur Befreiung der Letten"), das sich aus den Nationalen Komitees der Europäischen Länder zusammensetzte. Es gab auch Organisationen für die verschiedenen Konfessionen, Studenten und für andere Gruppen. In einigen Ländern wurde schwerpunktmäßig Literatur über Lettland in Bibliotheken gesammelt, wie z. B. in Deutschland in der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin und im Herder-Institut in Marburg. Außerdem gab es auch mehrere lettischsprachige Verlage, Theater, Chöre und Volkstanzgruppen.

In Münster bestand ein lettisches Gymnasium, das am 15. Februar 1946 in Detmold gegründet und 1957 nach Münster verlegt wurde. Dort wurde in Lettisch unterrichtet und gesprochen. Besonders viel Wert hat man dort auf lettische Geschichte, Folklore und Literatur gelegt. Das Niveau in der Schule entsprach den europäischen Standards. Der Großteil der Schüler kam anfangs aus Deutschland, später aus den USA, Kanada, Australien und anderen Ländern. Nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands wurde das Gymnasium geschlossen. Ein weiteres Gymnasium gibt es in Garezers in den USA. Für die Jugend wurde in allen Ländern viel getan, etwa Sonntagsaktivitäten, Einrichtung von Kindergärten und Mittelschulen.

Besonders gepflegt wurde auch die Tradition der Sängerfeste mit Chorauftritten, Theateraufführungen, Schriftstellertreffen, Volkstanzvorführungen, Kunstausstellungen, Sitzungen der verschiedenen Organisationen und anderen Festivitäten. Bisher hat es mehr als 20 Sängerfeste gegeben, an denen über 50 Chöre mit 1.250 Sängern und mehr als 10.000 Zuhörern teilnahmen. Sängerfeste fanden in den USA, Kanada, Australien, Deutschland, Schweden und England statt. Es gab auch mehrere Sängerfeste speziell für Jugendliche. In Australien finden jährlich lettische Kulturtage statt.

Buchverlage wurden gegründet, und es gab fünf regelmäßig erscheinende Zeitungen: in den USA „Laiks" („Die Zeit"), in Kanada „Latvija Amerika" („Lettland in Amerika"), in England „Londonas Avize" („Londoner Zeitung"), in Deutschland „Latvija" („Lettland") und in Australien „Australijas Latvietis" („Der Lette in Australien"). Mehrere lettische Religionsgemeinden bildeten sich, und in einigen Orten, insbesondere in den USA, wurden sogar eigene Kirchen errichtet.

Das gegenseitige Verhältnis von Staat und Kirche war nie geprägt von Gleichgültigkeit. Die Kirche hat die Traditionen der Nation immer bewahrt und ist ein Ort der Repräsentation gewesen, als Quelle für die Moral im Staat ebenso wie als verfolgtes Objekt. Gegen Kriegsende wurden die Bischöfe aller Konfessionen von der deutschen Verwaltung nach Deutschland gebracht. Einzig der katholische Erzbischof verblieb in Lettland, da er sich aus gesundheitlichen Gründen weigerte, seine Heimat zu verlassen. Von den evangelischen Geistlichen begaben sich etwa 60 Prozent auf die Flucht nach Westen. Bei den Katholiken waren es nur etwa 20 Prozent aller Geistlichen (ca. 40 Priester).[3]

Als der evangelische Erzbischof verstarb, wurde ein Nachfolger ernannt. Der jetzige lettische evangelische Erzbischof lebt in Esslingen. Die Katholiken hatten drei Bischöfe. Alle sind zwischenzeitlich verstorben. Von den katholischen Priestern sind nur noch wenige am Leben. In Brüssel lebt der vom Vatikan eingesetzte lettische Vertreter der Katholiken, aber er übt nur eine beratende Funktion aus. Einige Exilpriester sind in die Heimat zurückgekehrt. Bei den Katholiken sind es vier, von denen zwei zu Bischöfen ernannt wurden.

Seit 1945 gab es in Schilde (Belgien) ein Priesterseminar[4], zu dessen Leiter der lettische Bischof Boleslavs Sloskāns[5] ernannt wurde. Aus diesem Seminar sind sieben Priester hervorgegangen. Sie arbeiteten in den USA, Australien, Belgien, Deutschland und in Italien bei Radio Vatikan. Außerhalb dieses Priesterseminars sind während der Exilzeit weitere sechs katholische Priester ins Amt eingeführt worden.

Das herausragendste Ereignis im Exil waren die 800-Jahrfeiern der Evangelisierung Lettlands. Diese Feierlichkeiten wurden von Papst Johannes Paul II. initiiert. Die lettischen Mitarbeiter bei Radio Vatikan

3 Außerdem wurden seit Anfang 1941 unter dem Sowjetregime 70 Priester verhaftet. Davon wurden sieben ermordet, zwölf weitere starben in den sowjetischen Gefängnissen durch Folter oder infolge der unmenschlichen Haftbedingungen.

4 Das katholische lettische Seminar wurde mit Unterstützung des Apostolischen Nuntius in Belgien, Clemente Micara, gegründet. Dort traten auch mehrere jugendliche Gefangene aus Cedelghem (vgl. oben S. 53, Anm. 1) ein.

5 Bischof Boleslavs Sloskâns (1893-1981) wirkte kurzzeitig in Weißrussland (1926/27), wurde dann von den sowjetischen Behörden verhaftet und nach Sibirien deportiert. Nach seiner Begnadigung und Abschiebung nach Lettland (1933) war er in Lettland als Universitätsdozent tätig. 1944 gelangte er mit anderen hohen Geistlichen nach Deutschland und leitete dann das erwähnte Priesterseminar in Belgien. Inzwischen wurde im Vatikan der Seligsprechungsprozess eingeleitet; am 20. Dezember 2004 hat Papst Johannes Paul II. die Verehrungswürdigkeit seines Lebens bestätigt.

waren für die Vorarbeiten verantwortlich. Das Ereignis wurde im Juni 1986 begangen. Aus Lettland durfte weder ein Priester noch ein Laie an den Feierlichkeiten teilnehmen, auch einigen lettischen Historikern war die Teilnahme an diesen Feierlichkeiten verwehrt. In Rom fand in den Räumlichkeiten der Lateranuniversität ein Internationaler Kongress über die Evangelisierung Lettlands statt. Eine stattliche Anzahl wichtiger Historiker aus der ganzen Welt nahm daran teil. Der Vatikan übernahm alle Kosten für die Durchführung dieses Jubiläums. Im Vatikan wurde ein festlicher ökumenischer Gottesdienst von Papst Johannes Paul II. zelebriert. An diesem Gottesdienst nahm der evangelische lettische Erzbischof Arnolds Lusis mit fünf höheren evangelischen Priestern und 12 lettischen katholischen Priestern teil. Im Petersdom fand eine hl. Messe unter Teilnahme von mehreren Kardinälen und Bischöfen aus ganz Europa statt. Dieser Gottesdienst wurde von Radio Vatikan direkt übertragen und konnte überall auf der Welt gehört werden. Das Ereignis fand in der internationalen Presse eine große Beachtung. Bald danach kam auch die lang erwartete Unabhängigkeit Lettlands.

Die Exilletten sind dankbar für die Möglichkeit, dem Sowjetterror entkommen zu sein. Viele konnten eine hervorragende Bildung erhalten und haben sich gut in die hiesigen Gesellschaften eingebracht. Einige ältere Personen konnten sich nicht mehr anpassen und hatten mit vielen Entbehrungen und Schwierigkeiten zu kämpfen. Dieses wurde aber mit viel Geduld ertragen, denn niemand wollte in ein Lettland unter sowjetischer Herrschaft zurück. Andere wurden sogar Professoren an Universitäten und begnadete Wissenschaftler. Einige sind nach dem Zusammenbruch der Sowjetherrschaft zurückgekehrt und bekleiden heute wichtige Ämter im freien Lettland. Die jetzige Präsidentin Lettlands, Vaira Vīķe-Freiberga, war während ihrer Exilzeit in Kanada Professorin an der Universität in Montreal.

Die junge Generation assimiliert sich im Exil zunehmend, trotz der Anstrengungen an einigen Orten, die lettische Sprache zu bewahren und die lettische Kultur zu fördern.

Aus dem Lettischen übersetzt von Paulis Apinis.

Ringo Ringvee

Religion nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Estland

Heutzutage wird Estland manchmal als eine der am stärksten säkularisierten Gesellschaften in ganz Europa betrachtet. In einer Umfrage vom Juni 2002 gaben 51 Prozent der Befragten an, dass Religion keinen wichtigen Platz in ihrem Leben einnehme. Die Daten der Volkszählung des Jahres 2000 zeigen, dass ein Drittel der estnischen Bevölkerung sich als Anhänger bestimmter religiöser Traditionen betrachtet. Grob geschätzt können nicht mehr als 20 Prozent der Bevölkerung als Mitglieder religiöser Vereinigungen betrachtet werden. Weiterhin gaben laut einer Umfrage des Jahres 2000 nur vier Prozent der Befragten an, wöchentlich an religiösen Veranstaltungen teilzunehmen.

Trotz dieser statistischen Angaben gibt es in Estland viele Gemeinschaften, die *verschiedene religiöse Traditionen* repräsentieren. Estland wird traditionell als *lutherisches* Land betrachtet. Ungefähr 14 Prozent der Bevölkerung – meistens ethnische Esten – betrachten sich als Lutheraner.[1] Seit dem 19. Jahrhundert gibt es in Estland eine beträchtliche orthodoxe Minderheit. Heute geben 13 Prozent der Bevölkerung – hauptsächlich Russischsprachige – an, *orthodoxe* Christen zu sein. Die orthodoxe Tradition wird von zwei autonomen orthodoxen Kirchen repräsentiert. Neben diesen zwei großen Traditionen gibt es viele weitere. Die meisten davon sind unterschiedliche protestantische Konfessionen – Baptisten, Methodisten, Adventisten und verschiedene evangelikale und charismatische Gruppen.

In den frühen neunziger Jahren wurden in allen Bereichen des sozialen Lebens staatliche Unterstützungen gekürzt, auch im religiösen Bereich. Während der Arbeit der verfassungsgebenden Versammlung

[1] Die Gesamtbevölkerung liegt bei knapp 1,4 Millionen, darunter ca. 5.500 Katholiken (ca. 0,4 Prozent). Vgl. auch Länderinfo Estland (unten S. 75).

Der Autor arbeitet an einer Dissertation über Konflikte innerhalb der orthodoxen Kirchen und ist als Berater für religiöse Angelegenheiten im estnischen Innenministerium tätig.

(1991/92) gab es keine ausgearbeiteten Konzepte über die Beziehungen zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften. Als Grundlage wurde in Artikel 40 der Verfassung ein Satz festgelegt: „Es gibt keine Staatskirche." Damit ist umschrieben, dass keine religiöse Organisation von Seiten des Staates bevorzugt wird. Alle religiösen Gemeinschaften, die dem Gesetz gemäß registriert sind, haben dieselben Rechte und Pflichten, und jede religiöse Vereinigung hat das Recht, sich selbst zu organisieren und ihre Mission innerhalb des gesetzlichen Rahmens nach außen zu tragen.

Die lutherische Kirche

Seit dem 16. Jahrhundert war Estland ein lutherisch dominiertes Land. Die evangelisch-lutherische Kirche und der lutherische Klerus hatten eine wichtige Rolle in der estnischen Geschichte inne. Seit 1917 definiert sich die *Estnische Evangelisch-Lutherische Kirche* (EELK) als „Volkskirche". Während der dreißiger Jahre genoss sie gemeinsam mit der Apostolischen Orthodoxen Kirche eine besondere Behandlung durch den Staat; beinahe 80 Prozent der Bevölkerung betrachteten sich bei der Volkszählung von 1934 als Lutheraner.

Zur Sowjetzeit behauptete die EELK ihre Rolle als größte religiöse Vereinigung. Die Mitgliederzahlen sowie der Umfang der religiösen Praxis begann jedoch seit den frühen sechziger Jahren langsam, aber stetig abzunehmen. So belief sich die Anzahl der Beitrag zahlenden Mitglieder im Jahre 1959 auf 173.770 Personen, während es 1969 nur noch 97.356 waren. Während der Phase des nationalen Erwachens in den späten achtziger Jahren wurde die Rolle der EELK immer bedeutender. So waren etwa lutherische Geistliche in verschiedenen Bereichen der Unabhängigkeitsbewegung aktiv, und die EELK unterstützte die estnischen Unabhängigkeitsbestrebungen auch mit finanziellen Mitteln. Nach der Wende erlebte die EELK einen schnellen Anstieg sowohl der Tauf- als auch der Konfirmationszahlen, eine Folge des nationalen Wiedererwachens. Zur gleichen Zeit nahm die Einmischung der EELK in die gesellschaftlichen Prozesse fast schon rituelle Züge an – die dabei vorgeschlagenen Modelle stammten jedoch in den meisten Fällen aus der Vergangenheit oder waren bloße Übernahmen aus dem Westen, häufig noch auf fremder Hilfe aufbauend. Obwohl daher viele Einrichtungen der EELK langfristig erfolglos blieben und wieder geschlossen werden mussten, ist sie mit ihren beinahe 166.000 nominellen und 41.000 zahlenden Mitglie-

dern noch immer die größte und einflussreichste religiöse Vereinigung in ganz Estland.

Die EELK hat sich neben dem *Estnischen Ökumenischen Kirchenrat* als Hauptpartner für den Staat etabliert.[2] Seit 1995 haben die estnische Regierung und die EELK eine Verbindungskommission mit verschiedenen Unterkommissionen; besonders wichtig ist die Unterkommission für kulturelle Werte, da die EELK viele kulturell bedeutende Kirchengebäude besitzt, die einen wesentlichen Teil des estnischen Kulturerbes darstellen. Hinzu kommt, dass die lutherische Kirche aktiv in die Gefängnis- und Militärseelsorge einbezogen wurde. Organisiert hat diese Zusammenarbeit allerdings der erwähnte Kirchenrat, nicht allein die EELK. Auch sollte man beachten, dass die EELK als religiöse Vereinigung während der Entwicklung zur Unabhängigkeit sowohl in politischen als auch in sozialen Belangen recht wenig Farbe bekannte.

Die orthodoxe Kontroverse

In den neunziger Jahren wurde Estland plötzlich zum Kampfplatz der Mächte – die Gegner waren zwei starke Patriarchate in der orthodoxen Welt: Der Patriarch von Moskau, Alexej II., und Patriarch Bartholomäus von Konstantinopel standen sich gegenüber. Der Kampf um Estlands orthodoxe Gemeinde kann auch als ein Teil einer großen Neuorganisation innerhalb der orthodoxen Welt gesehen werden, die dem Zusammenbruch der Sowjetunion folgte. Ähnliche Konfrontationen gab es in Moldova und der Ukraine.

Die Wurzeln dieses Kampfes liegen in der Oktoberrevolution von 1917 und den unruhigen Zeiten, die auf diese Revolution folgten. 1920 garantierte der russische Patriarch Tichon verschiedenen orthodoxen Gemeinden in den gerade unabhängig gewordenen Ländern einen autonomen Status. Unter diesen war auch die orthodoxe Kirche in Estland. Im Jahre 1923 wurde es aus mehreren Gründen schwierig, die Beziehun-

[2] Die Estnische Ökumenische Kirchenrat wurde 1989 gegründet und besteht heute aus der EELK, der Estnischen Apostolischen Orthodoxen Kirche, der Estnischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchates, der Vereinigung der Evangelikalen Christlichen und der Baptistischen Kirchen Estlands, der vereinigten Kirche der Methodisten in Estland, der römisch-katholischen Kirche Estlands, der Estnischen Christlichen Pfingstkirche, der estnischen Konferenz der Adventisten des Siebenten Tages und der estnischen Gemeinde der Armenischen Apostolischen Kirche. Die Charismatisch-Episkopale Kirche Estlands ist Beobachter im Kirchenrat.

gen zwischen der orthodoxen Kirche in Estland und dem Moskauer Patriarchat aufrechtzuerhalten. Die orthodoxe Kirche in Estland sowie die orthodoxen Kirchen in Lettland und Finnland versuchten daher, unter die kanonische Jurisdiktion des ökumenischen Patriarchates in Konstantinopel zu gelangen; die *autonome Estnische Apostolische Orthodoxe Kirche* (EAOK) erreichte dies im Jahre 1923. Für die orthodoxen Kirchen in Estland und in Lettland änderte sich die Situation 1940, als beide Länder mit der Sowjetunion vereinigt wurden; die jeweiligen orthodoxen Kirchen wurden in die kanonische Jurisdiktion des Moskauer Patriarchates eingegliedert. 1941 verstaatlichten die sowjetischen Behörden den Kirchenbesitz in Estland, 1945 lösten die Repräsentanten der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) die Synode der EAOK auf. Die ROK gründete eine Diözese von Estland und Tallinn der *Russischen Orthodoxen Kirche.* Zur selben Zeit behauptete die Estnische Apostolische Orthodoxe Kirche ihre Kontinuität im Exil auf der Basis des Statuts von 1935. Während der Phase des nationalen Erwachens und ebenso kurz nach der estnischen Unabhängigkeit im Jahre 1991 wurden viele Vereinigungen der vorsowjetischen Periode neu gegründet. In diesem Zusammenhang begannen estnische orthodoxe Kleriker sowie auch Laien, Kontakte zur EAOK im Exil aufzubauen. Auch mit dem ökumenischen Patriarchat nahmen sie Verbindung auf, um die EAOK in Estland wieder etablieren zu können.

Nach Erlangung der Unabhängigkeit Estlands im Jahre 1991 wurde eine Eigentumsreform durchgeführt. Sie bezog sich auch auf die religiösen Vereinigungen, die seit dem 16. Juni 1940 aktiv waren und deren Tätigkeit ohne Unterbrechung fortgeführt wurde. Im Juni 1991 erfasste das Handelsregister von Tallinn die orthodoxe Kirche unter dem Namen „Orthodoxe Kirche in Estland. Verwaltung des Bistums Tallinn. Moskauer Patriarchat". Die Verwaltung der Diözese von Tallinn wurde als die rechtmäßige Nachfolgerin der EAOK betrachtet, die vor der sowjetischen Periode in Estland existiert hatte. Im April 1993 erkannte der Patriarch von Russland Alexej II. die Verwaltung der Diözese als autonome Estnische Orthodoxe Kirche unter seiner kanonischen Jurisdiktion an. 1993 wurde ein „Kirchen- und Gemeindegesetz" in Estland in Kraft gesetzt, und alle religiösen Vereinigungen mussten sich im Innenministerium registrieren lassen. Im Juni desselben Jahres wurde die EAOK, da sie die gesetzlichen Bestimmungen erfüllte, im estnischen Register der Kirchen und Gemeinden verzeichnet.

Im November 1993 ersuchte nun die andere orthodoxe Kirche mit

demselben Namen und Statut um die Registrierung. Diese Forderung wurde von Bischof Kornilij formuliert, dem Leiter der orthodoxen Kirche unter der Jurisdiktion des Moskauer Patriarchates, der mit seiner Bitte aber auf Widerstand stieß. Das Innenministerium weigerte sich mit Bezug auf Artikel 13 des Kirchen- und Gemeindegesetzes, die Erfassung vorzunehmen, da sich der Name einer religiösen Verbindung, die um die Registrierung ersucht, von den bereits registrierten Organisationen unterscheiden muss. Bischof Kornilij verklagte das Ministerium mehrere Male aufgrund der Weigerung, seine Kirche als rechtmäßige Nachfolgerin der Vorkriegs-EAOK zu registrieren. Die Ernsthaftigkeit der Situation wurde dem Moskauer Patriarchat 1995 klar, als die Klagen des Bischofs gegen das Innenministerium vom obersten Gerichtshof zurückgewiesen worden waren. 1995 und 1996 organisierte Kornilij zwei von Kreuzen angeführte Prozessionen, um gegen die getroffenen Entscheidungen zu protestieren. Russische Politiker fassten die Ablehnung der Registrierung der Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchates als rechtmäßigen Nachfolger der EAOK als Diskriminierung gegen die russischsprachige Minderheit und Anhänger des orthodoxen Glaubens auf. Vertreter der estnischen Regierung versuchten, sich von dem Konflikt zu distanzieren, da dieser als Problem betrachtet wurde, das von den Patriarchen gelöst werden müsse; damit wollten sie die Angelegenheit so weit wie möglich auf der rechtlichen Ebene belassen. Daraufhin erklärte Metropolit Kirill von Smolensk und Kaliningrad, der für die Außenbeziehungen des Moskauer Patriarchats zuständige Vertreter der ROK, er könne die Loyalität der Orthodoxen gegenüber Estland nicht garantieren.

Die Spannungen zwischen den Patriarchaten erreichten 1996 ihren Höhepunkt, als der ökumenische Patriarch den Beschluss von 1923 wiederherstellte, der die kanonische Jurisdiktion über die EAOK betraf, und Alexej II. die Beziehungen zum ökumenischen Patriarchat einstellte. Später im selben Jahr stimmten die Patriarchen im Grundsatz überein, dass jede Gemeinde das Recht habe zu bestimmen, welcher Kirche sie angehören möchte. Während die Mehrheit der Gemeinden sich der EAOK anschloss, blieb die große Mehrheit der ethnischen Russen unter der kanonischen Jurisdiktion des Moskauer Patriarchates. Schließlich wurde die Estnische Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchates (EOKMP) im April 2002 nach Jahren der Diskussionen, Konfrontationen und Beschuldigungen im estnischen Register der Kirchen und Gemeinden registriert. Die Artikel, die sich auf den rechtmäßigen Fortbe-

stand bezogen, wurden aus dem Statut entfernt, obwohl ein Bezug auf die historische Legitimität der EOKMP zur orthodoxen Tradition in Estland im Statut verankert blieb. Der Konflikt um den Kirchenbesitz wurde durch Arrangements zwischen der estnischen Regierung und den orthodoxen Kirchen gelöst.

Neue Kirchen und Religionen

Neben Lutheranern und Orthodoxen als größten religiösen Vereinigungen sind in Estland viele andere westliche und östliche religiöse Traditionen vertreten. Neben Gruppierungen, die seit über hundert Jahren im Lande sind, wie z. B. Baptisten, Adventisten und Methodisten, gibt es heutzutage auch Buddhisten, Hare Krishna-Anhänger, Gemeinden verschiedener charismatischer und evangelikaler Christen, Anhänger vorchristlicher religiöser Traditionen und Bahá'ís, Satanisten, Mitglieder der Vereinigungskirche und weitere. Eine der seit den frühen neunziger Jahren am schnellsten wachsenden religiösen Verbindungen ist die der Zeugen Jehovas mit ungefähr 4.000 Mitgliedern. Dies macht sie zur fünftgrößten Religionsgemeinschaft in Estland.

Die *neuen religiösen Bewegungen* erschienen nach und nach während der späten achtziger Jahre. Einige von ihnen etablierten sich schon im vorherigen Jahrzehnt, etwa die Anhänger von Hare Krishna oder die Buddhisten. Auch Muslime organisierten sich zur selben Zeit offiziell. Insgesamt waren die späten achtziger und frühen neunziger Jahre eine Zeit, die völlig neue Bewegungen hervorbrachte. Eine der ersten Gruppierungen, die zum Synonym für eine neue religiöse Bewegung wurde, war eine christliche charismatische Gruppierung, die später als „Wort des Lebens" (Elu Sona) bekannt wurde. Diese pflegte Kontakte zur schwedischen Glaubensbewegung Livets Ord.[3]

Während der frühen neunziger Jahre erreichte die transzendente Meditation (TM)[4] den religiösen Markt der Esten und gewann neben viel Publicity zahlreiche Anhänger. Dennoch ließ der anfängliche Erfolg der

[3] „Wort des Lebens" bzw. „Wort des Glaubens" ist eine weltweit agierende neue religiöse, stark charismatisch geprägte Bewegung, in der sich christliche, esoterische und okkulte Elemente vermischen (Anm. d. Redaktion).

[4] Auch Transzendentale Meditation genannt; Meditationsform nach Maharishi Yogi (Anm. d. Redaktion).

TM schlagartig nach. Zur selben Zeit begannen neue Gruppen ihre Mitgliedszahlen zu steigern, wie zum Beispiel die Zeugen Jehovas. Einige neue Bewegungen in Estland, wie die Heiligen der Letzten Tage (Mormonen) etablierten und behaupten kleine, aber starke Gemeinschaften. Neben diesen registrierten religiösen Verbindungen gibt es viele Yoga- und Meditationsgruppen, Heiler und Neo-Schamanen in Estland, ebenso wie nicht registrierte religiöse Gemeinschaften und solche, die sich entschlossen haben, als reguläre Nichtprofitorganisationen zu operieren. Im Kontext neuer religiöser Bewegungen sollte schließlich auch die Gemeinschaft vorchristlicher religiöser Traditionen erwähnt werden, das „Haus von Taara" und die eingeborenen Religionen (Taara – ja Maausuliste Maavalla Koda). Die Repräsentanten dieser Gemeinschaft engagieren sich aktiv bei der Bewahrung von „heiligen Orten" in der Natur und sind starke Kritiker der christlichen Kirchen, vor allem der EELK.

Schlussfolgerung

Die Position der Religion im postkommunistischen Estland ist das Resultat verschiedener Faktoren. Es wäre zu einfach zu sagen, dass die Säkularisierung der estnischen Gesellschaft nur der sowjetischen Periode zuzuschreiben ist. Auch verschiedene politische und ideologische Faktoren, die in Estland gegenwärtig waren, müssen in die Betrachtung mit einbezogen werden. Die liberale Ideologie, die in den frühen Neunzigern vorherrschte, bot den Rahmen für eine liberale religiöse Gesetzgebung in Estland. So wie die wirtschaftlichen Reformen in Estland zu den radikalsten in der postkommunistischen Welt gehörten, so war auch die Idee, keine religiöse Verbindung zu bevorzugen, recht ungewöhnlich. Infolge der relativ marginalen Rolle von Religion in der estnischen Gesellschaft ist der Einfluss der religiösen Institutionen auf politische Entscheidungen nahezu bedeutungslos. Und da keine einzige Religionsgemeinschaft in der Lage ist, politische Entscheidungen zu beeinflussen, wird der religiöse Pluralismus sicher weiter blühen.

Deutsch von Sarah Horstkamp.

Paul Roth

Russland: Das Ringen um eine nationale Idee

20 Jahre sind seit dem Beginn der Perestroika in Russland vergangen. Vorsichtige Schritte in Richtung auf eine „gelenkte Demokratie" sind gemacht worden. Die Führungsrolle der KPdSU ist abgeschafft, die Verfolgung der Religionsgemeinschaften ist beendet, die Meinungs- und Pressefreiheit ist teilweise verwirklicht. In der Diskussion sind geblieben die Mängel. Die Sowjetunion ist zerfallen. Einige wenige sind in Russland reich geworden, man nennt sie Oligarchen. Aber rund 30 Prozent der russischen Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze.

Man sucht nach einer nationalen Idee, die an die Stelle der Ideologie des Marxismus-Leninismus treten solle, um in der Russländischen Föderation mit 147 Millionen Einwohnern eine gemeinsame geistige – oder auch ideologische – Grundlage zu haben. Die bisherigen Bemühungen, einschließlich eines Preisausschreibens, sind erfolglos geblieben. Auch die Feier zum 60. Jahrestag des Sieges über Hitlerdeutschland hat ihren Platz bei der Suche nach einer „nationalen Idee". Der russische Publizist Wladimir Ostrogorskij schrieb zu diesem Siegestag: „Was uns wurmt, ist der Niedergang des Heimatlandes. Wir wollten es frei, friedlich, geeint und reich sehen, nicht aber erniedrigt, zerfallen und arm. Deswegen stellt sich den Veteranen die sakrale russische Frage ‚Haben wir etwa dafür gekämpft?'" Ostrogorskij ist Kriegsveteran.

West- oder Ostorientierung ?

Die Politik Putins richtet ihren Blick auf den Westen, seine demokratischen Errungenschaften, seine wirtschaftlichen Erfolge. Die alten Feindbilder sind weitgehend verschwunden. Dies war deutlich zu sehen, als man in Moskau den 60. Jahrestag des Sieges feierte. Selbst von der Versöhnung mit Deutschland wurde gesprochen. Russland möchte in

Prof. Dr. Paul Roth ist Politikwissenschaftler und Professor em. der Bundeswehr-Universität München.

Europa wieder mitreden, möchte mit den USA zu einem partnerschaftlichen Verhältnis kommen.

Gleichzeitig geistert jedoch auch die Vorstellung von einer engeren Zusammenarbeit mit China und Indien – als eine Art Gegengewicht – herum. Damit ist auch die Diskussion über Eurasien indirekt verbunden. Ihre Anhänger sehen in Russland ein einzigartiges Land, in dessen Geschichte Politik und Kultur Europas und Asiens miteinander verschmolzen sind. Für die Eurasier ist die Ausrichtung auf den Westen, die Einflussnahme aus dem Westen, ein Verrat an der Identität Russlands. Von ganz anderer Seite – nämlich von Seiten des Moskauer Patriarchates – erhalten sie Argumentationshilfe. Von dort erschallen Stimmen, dass die Sittenverderbnis nach der Perestroika aus dem Westen gekommen sei. Einige Scharfmacher behaupten sogar, diese moralische Zersetzung sei vom Westen gewollt.

Lenin- und Stalinanhänger

Die Entstalinisierung begann unter Chruschtschow im Jahre 1956. Die einbalsamierte Leiche Stalins wurde aus dem Lenin-Mausoleum entfernt, erhielt allerdings nicht weit vom Mausoleum einen Ehrenplatz. Heute kann man ab und an Blumen vor der Stalinstele sehen. Inzwischen konnte „Memorial“ ein Namensverzeichnis jener Personen veröffentlichen, die auf Geheiß Stalins erschossen worden waren. Im Jahre 2003, 50 Jahre nach Stalins Tod, veröffentlichte E. Prudnikowa in Petersburg ihr Buch „Stalin. Die zweite Ermordung“. Darin behauptet sie, dass die Berichte über ihn nach seinem Tod aus Desinformationen westlicher Geheimdienste und Emigrantenorganisationen und aus den Memoiren Trotzkis zusammengefügt worden seien.

Die Stalinstatuen wurden nach der Perestroika an vielen Stellen entfernt. Jetzt sind jedoch in Taiginke, Gebiet Tscheljabinsk, und in Ischim, Gebiet Tjumen, Stalindenkmäler wieder aufgerichtet worden. Die Stadtväter von Mirny gaben bei einem Petersburger Betrieb eine Bronzebüste Stalins in Auftrag mit der Inschrift „Von den Veteranen und dankbaren Nachgeborenen“. Der Vorsitzende der Nachfolgeorganisation der KPdSU mit der Abkürzung KPdRF, Gennadi Sjuganow, erklärte auf einer Konferenz der kommunistischen Parteien der GUS-Länder: „Wir haben entschieden, dass der große Stalin keiner Rehabilitation bedarf“, und verwies auf Stalins Beitrag zum Sieg 1945. Jahrzehntelang war das

Lenin-Mausoleum das Mekka der Kommunisten. Bis heute kann man ab und zu Majakowskis Worte lesen „Lenin lebte, Lenin lebt, Lenin wird immer leben". Ein Plakat aus der Zeit Gorbatschows zeigt diesen als Dirigenten, der nach der Partitur „LENIN" das Orchester dirigiert.

Im April 1989 äußerte ein Moskauer Regisseur in der Fernsehsendung „Wsgljad" den Vorschlag, den heidnischen Kult mit der Leiche Lenins zu beenden. Es gab einen Riesenskandal. Die Auseinandersetzung darüber zieht sich bis in die Gegenwart hinein. Als 2004 das Thema erneut diskutiert wurde, kam die Äußerung aus dem Patriarchat, man könne eventuell eine Seelenmesse für Lenin zelebrieren.

Laut Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Lewada von 2003 unterstützen 36 Prozent der Bevölkerung die These „Welche Fehler und Vergehen man Stalin auch zuschreibt, die Hauptsache ist, dass unser Volk unter seiner Führung als Sieger aus dem Krieg hervorging."

Religion und Monarchie

Als Gorbatschow die Verfolgung der Religionsgemeinschaften beendete, tat er das nicht etwa, weil er sich zum Christentum bekannt hätte. Er erkannte, dass er für seine Perestroika auch die Stimmen der Gläubigen brauchte. Auch war klar, dass in der allgemeinen moralischen Verwirrung nur noch die Religionsgemeinschaften über allgemeingültige Wertmaßstäbe verfügten.

Der „religiöse Boom" Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre kam vor allem dem Moskauer Patriarchat zugute. Viele – auch zahlreiche Erwachsene – ließen sich taufen. Die Zahlenangaben, die suggerierten, dass die Hälfte der Bevölkerung gläubig sei, sind jedoch dubios. Soziologen stellten fest, dass viele sich taufen ließen, weil das nun einmal „russischer Brauch" sei, ohne Kenntnis über die Religion, zu der sie sich bekannt hatten. Kritiker meinen, dass eine „Symphonie" von Staat und Moskauer Patriarchat angestrebt wird, d. h. eine Situation wie zur Zarenzeit. Putin hat sich als getaufter Christ zu erkennen gegeben.

Wer die Sowjetunion bzw. Russland aus verschiedenen Entwicklungsperioden kennt, trifft heute auf zahlreiche wieder eröffnete Kirchen, kann Prozessionen beobachten, kann die Bibel kaufen usw. Die unter Stalin gesprengte Christus-Erlöser-Kirche in Moskau wurde mit öffentlichen Geldern wieder errichtet. Sie ist Gotteshaus und nationales Denkmal, denn einst verherrlichte sie den Sieg über Napoleon. Sie passt also in den großen Rahmen einer „nationalen Idee".

Ikonen waren in der Verfolgungszeit entweder vernichtet, ins Ausland verkauft oder in Museumsarchiven unschädlich gemacht worden. Jetzt kann man sie an vielen Orten sehen, die Ikonenmalerschulen dürfen wieder arbeiten. Der Ikonenmaler Sinon erhielt einen Staatspreis, Kosmonauten haben Ikonen mit in den Weltraum genommen, Pressefotos zeigen Putin beim Küssen einer Ikone. Eines scheint allerdings nicht geglückt zu sein, die Verminderung der Kriminalität. Der Sowjetmensch, der über Jahrzehnte, um zu überleben, gelernt hatte zu lügen, zu betrügen, zu unterschlagen, Gewalt anzuwenden – den findet man tagtäglich in Zeitungsmeldungen wieder.

Die „Gemengelage" spiegelt sich in der Aufzählung der arbeitsfreien Tage wieder: Neujahr (1. und 2. Januar), orthodoxe Weihnacht (7. Januar), Tag der Vaterlandsverteidiger (23. Februar), internationaler Frauentag (8. März), Fest des Frühlings und der Arbeit (1. und 2. Mai), Tag des Sieges (9. Mai), Russlandtag (12. Juni), Jahrestag der Oktoberrevolution/ Tag der Eintracht und Versöhnung (7. November), Tag der Verfassung der Russischen Föderation (12. Dezember).

Von orthodoxer Seite wird ab und zu erwähnt, wie gut die Beziehungen zwischen der Monarchie und der Kirche gewesen seien. Es gibt Gruppierungen von Monarchisten, doch haben sie bisher politisch keine Rolle gespielt. Die Wiederauffindung der Überreste der Zarenfamilie, ihre feierliche Beisetzung in St. Petersburg und die Heiligsprechung haben durchweg ein positives Echo in der Bevölkerung hervorgerufen. 1918 war die Zarenfamilie in Jekaterinburg (dem späteren Swerdlowsk) ermordet und im Walde verscharrt worden. Am 11. Juli 1991 wurden auf einem Waldweg fünfzehn Kilometer von Swerdlowsk entfernt die Überreste ausgegraben. 1993 wurde in Zarskoje Selo bei St. Petersburg eine Büste von Nikolaus II. aufgestellt, 1996 wurde im Dorf Tajninskoje bei Moskau ein gewaltiges Denkmal für ihn enthüllt, ein Jahr darauf wurde es allerdings durch eine Sprengladung einer Gruppe „Rote Arbeiter- und Bauernarmee" zerstört. Am 17. Juli 1998 wurden die sterblichen Überreste der Zarenfamilie feierlich in der Peter-Paul-Kathedrale in St. Petersburg beigesetzt. Sowohl die Russische Orthodoxe Kirche in Russland als auch die Russische Orthodoxe Kirche des Auslands verehren die Zarenfamilie als „Heilige Dulder". An der Stelle, wo einst das Haus gestanden hatte, in dem die Zarenfamilie ermordet worden war, wurde ein Kreuz errichtet und eine Kapelle gebaut. Mehrmals wurde versucht, sie anzuzünden. Dann entschloss man sich, am gleichen Platz eine Kathedrale zu errichten. Beim Bau der Kathedrale, die inzwischen fertigge-

stellt sein müsste, wurde der Zweifel, ob es sich bei den in St. Petersburg feierlich Beigesetzten wirklich um die Überreste der Zarenfamilie gehandelt habe, allerdings wieder lebendig.

Auch in den Beziehungen zum *Islam,* die von Moskau lange vernachlässigt worden waren, scheint sich ein Schwenk abzuzeichnen. Putin hat sich mehrfach mit dem Mufti Tadschudin getroffen; nach dem Terrorangriff vom 11. September 2001 in New York sind die Kontakte vertieft worden. Die „Nesawisimaja gaseta" (20. August 2003) informierte über eine Begegnung Putins mit dem Premierminister Malaysias. Putin schlug vor, Russland in die „Organisation islamische Konferenz" aufzunehmen. Diese Organisation hat bisher die Unabhängigkeit Itschkerijas (Tschetscheniens) nicht anerkannt und somit indirekt Moskaus Einsatz von Truppen in Tschetschenien gestützt. Auf einem anderen Blatt steht jedoch die Tatsache, dass in der Bevölkerung Russlands die militärischen Maßnahmen in Tschetschenien teilweise kritisiert werden.

Der Sieg als Identifikationssymbol Russlands

Die Bürger Russlands leben in einer weitverbreiteten Verwirrung. Allerdings wird der Durchschnittsbürger mehr von Alltagssorgen bewegt als vom Ringen um eine „nationale Idee". Der Moskauer Soziologe Lev Gudkov vom Lewadazentrum urteilt: „Der Sieg im Krieg, dem Großen Vaterländischen Krieg, ist das wichtigste Identifikationssymbol in Russland. Er ist die einzige positive Stütze für das nationale Selbstbewusstsein der Gesellschaft. Der Sieg im Krieg legitimiert im nachhinein das sowjetische totalitäre Regime ... Bis heute wirkt das Tabu, die Kehrseiten des Sieges aufzuarbeiten."[1]

Putins Entscheidung für eine großartige Feier zum 60. Jahrestag des Sieges hat sich dieser Tatsache angepasst. Allerdings verlief nicht alles nach Plan. Ein Grund dafür war die fehlende Bereitschaft Putins zu einer Reueerklärung gegenüber den baltischen Staaten, die von der Sowjetunion annektiert worden waren.

Die russischen Medien widmeten sich dem Feiertag mit angestrengter Aufmerksamkeit. Fotos zeigten Putin beim Händeschütteln mit den Oberhäuptern der GUS-Staaten und den Präsidenten aus dem Ausland. Insbesondere Präsident Bush war mehrfach auf Fotos zu sehen.

[1] Lev Gudkov: Die Fesseln des Sieges. Rußlands Identität aus der Erinnerung an den Krieg, in: Osteuropa, Nr.4-6/2005, S. 56-73, hier S. 56.

Fazit

Die Nennung verschiedener Organisationen und Bewegungen in Russland musste unvollständig bleiben, zumal bei der Größe des Landes zahlreiche kleine oder mittlere Bewegungen unterschiedliche Färbungen erhielten. Der Krieg in Tschetschenien wurde nur gestreift und die Protestbewegung im Januar 2005 nicht einmal erwähnt. Die Regierung hatte eine Reihe von kostenlosen Vergünstigungen für unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung, so z. B. für die Kriegsveteranen, abgeschafft. Das hatte zu einer Welle von Protestaktionen geführt. Aus einer Befragung im Februar ergab sich, dass 48 Prozent der Russen meinten, die Situation im Lande würde sich in nächster Zeit normalisieren, 39 Prozent waren der Meinung, dass die Unzufriedenheit zunehmen werde. Die überwältigende Zustimmung zu Putin beruhte vor allem auf der Überzeugung, dass er als Mann der „starken Hand" Ordnung und Recht schützen oder verwirklichen könne.

Allerdings deutet Putins Politik weniger in die Richtung auf eine Demokratie westlicher Prägung, sondern auf eine autoritäre Herrschaft.

Letzte Meldung

Ein Ereignis am 7. Juni 2005 fügt sich in die Diskussion über eine „nationale Idee" ein. An diesem Tage wurde gegenüber der Christus-Erlöser-Kirche in Moskau ein Denkmal für Zar Alexander II. enthüllt. Auf dem Sockel des Denkmals wird der Zar als „Zar-Befreier" und „Zar-Reformer" bezeichnet. Er hatte 1861 die Leibeigenschaft in Russland abgeschafft.

An der feierlichen Zeremonie der Denkmalsenthüllung nahm der Bürgermeister von Moskau Jurij Luschkow teil. Die neu errichtete Christus-Erlöser-Kathedrale war auch mit Moskauer Geldern errichtet worden. Ferner kam Patriarch Alexej II. zur Zeremonie. Putin hatte seine Teilnahme zugesagt, kam dann aber nicht. Der Patriarch weihte das Denkmal.

Länderinfo Litauen

Fläche: 65.200 km²
Einwohner: 3.600.000
Hauptstadt: Vilnius
Ethnische Gruppen:
80,6 % Litauer
8,7 % Russen
7,0 % Polen
1,6 % Weißrussen
2,1 % Andere

Geschichtlicher Überblick:
Im 12. und 13. Jahrhundert entstand Litauen aus einem Zusammenschluss baltischer Stämme und erlangte seine Unabhängigkeit gegenüber Russland, Polen und dem Deutschen Orden. 1386 wurde der litauische Fürst Jogaila vom polnischen Sejm zum König Polens gewählt (poln. Name: Władysław II. Jagiełło). Er ließ sich taufen und heiratete die polnische Königin Hedwig. 1410 schlug das vereinigte Heer von Litauen und Polen das Heer des deutschen Ordens bei Tannenberg. Im 15. Jahrhundert reichte das Staatsgebiet der polnisch-litauischen Union von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer.

Mit den drei Teilungen des polnisch-litauischen Staates verlor Litauen 1795 seine Unabhängigkeit. Von 1918 bis 1939 war der Staat Litauen wieder unabhängig, wurde jedoch 1940 während des Zweiten Weltkrieges als Litauische SSR der UdSSR angegliedert. 1990 fanden in Litauen zum ersten Mal wieder freie Wahlen statt, die Gültigkeit der Verfassung der UdSSR wurde aufgehoben. Im Januar 1991 nahmen sowjetische Truppen mit Gewalt das Rundfunk- und Fernsehgebäude und den Fernsehturm in Vilnius ein. Zehntausende Litauer verteidigten gewaltlos das Parlamentsgebäude. Im September 1991 wurde die Unabhängigkeit Litauens von der UdSSR anerkannt. Seit 2004 gehört Litauen der NATO und der EU an.

Politisches System:
Staatsoberhaupt ist der auf 5 Jahre gewählte Staatspräsident. Dieser ernennt mit Zustimmung des Parlaments den Ministerpräsidenten. Das Parlament, der Seimas, besteht aus einer einzigen Kammer mit 141 Abgeordneten, von denen 71 direkt, die verbleibenden 70 gemäß dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Die Legislaturperiode des Seimas beträgt 4 Jahre. Die letzen Wahlen waren im Jahr 2004.
Staatsoberhaupt: Valdas Adamkus (seit Juli 2004)
Regierungschef: Algirdas Brazauskas (seit Dezember 2004)

Ökonomische Rahmendaten:
Der Wechselkurs des Litas (LTL) ist direkt an den Euro geknüpft: 1 EUR = 3,45 LTL. Der Durchschnittslohn beträgt monatlich ca. 1.200,– LTL, die Mindestrente ca. 150,- LTL. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) beträgt pro Einwohner ca. 4.800,– EUR pro Jahr. Inflationsrate (Verbraucherpreise): 2003 -1,3% (Deflation). Arbeitslosenquote: ca. 10 Prozent (1999).

Kirchliche Strukturen:
Litauen ist das einzige katholische Land der ehemaligen Sowjetunion. Nach 70 Jahren Unterdrückung der Religionsfreiheit bedarf Litauen einer umfassenden Neuevangelisierung. Etwa 80 Prozent der Bevölkerung gehören der *römisch-katholischen Kirche* an, weitere 5 Prozent sind *orthodox.* Weiterhin gibt eine *evangelisch-lutherische* Kirche und mehrere Freikirchen.

Die *römisch-katholische Kirche* gliedert sich in zwei Kirchenprovinzen: Zur Erzdiözese Vilnius (geleitet von Kardinal Audrys Jouzas Bačkis) gehören die Diözesen Kaišiadorys und Panevėžys. Der Erzdiözese Kaunas (geleitet von Erzbischof Sigitas Tamkevičius) sind die Diözesen Telšiai, Vilkaviškis sowie die 1997 gegründete Diözese Šiauliai angegliedert. An den Universitäten in Vilnius und Kaunas bestehen theologische Fakultäten. Priesterseminare gibt es in Kaunas, Vilnius, Telšiai und Marijampolė.

Die *orthodoxe Diözese* Vilnius mit ihren 43 Gemeinden gehört zur *Russischen Orthodoxen Kirche* (Patriarchat von Moskau). Zur *evangelisch-lutherischen Kirche*, die von Bischof Jonas Kalvanas geleitet wird, gehören etwa 30.000 Gläubige in 55 Gemeinden.

Renovabis-Projekte und Schwerpunkte der Förderung:
Renovabis fördert in Litauen konsequent die Investitionen in Menschen: Familienzentren, kirchliche Schulen, Jugendarbeit, Laienstrukturen, Evangelisierungsprogramme und Erwachsenenweiterbildung sowie Priester- und Katechetenausbildung. Damit sich Gemeinden entwickeln können, werden Zuschüsse zur Errichtung oder Instandhaltung der notwendigen Infrastruktur gewährt (Gemeindezentren, Kirchen). Auf Hilfe angewiesen sind außerdem viele Ordensgemeinschaften, insbesondere wenn baufällige oder dringend renovierungsbedürftige Gebäude zurückgegeben werden, die der Sozialarbeit oder der Förderung des Ordensnachwuchses dienen sollen. Gemeinsam mit Caritas und anderen Werken werden zahlreiche soziale Einrichtungen gefördert, z. B. Altenheime, Armenküchen, Kinder- und Behindertenheime.

Interessante Internetadressen:
http://www.odci.gov/cia/publications/factbook/geos/lh.html
http://www.europa-auf-einen-blick.de/litauen/index.php (landeskundl. Infos)
http://www.lcn.lt (kath. Internetdienst)

Länderinfo Lettland

Fläche: 64.589 km²
Einwohner: 2.300 000
Hauptstadt: Riga
Ethnische Gruppen:
59 % Letten
29 % Russen
4 % Weißrussen
3 % Ukrainer
2,5 % Polen
2,5 % Andere

Geschichtlicher Überblick:
Die Letten sind Nachfahren verschiedener slawisch-baltischer Stämme, die in den ersten Jahrhunderten n. Chr. von Süden her in die Gebiete des heutigen Lettland einwanderten. 1201 wurde das Bistum Riga gegründet. Nach zahlreichen Kämpfen beherrschte der Deutsche Orden seit Ende des 13. Jahrhunderts das Territorium des späteren Lettland und begründete die Herrschaft einer dünnen deutschen Oberschicht im Land, die auch den Untergang des Ordensstaats im 16. Jahrhundert überdauerte. Nach langwierigen Auseinandersetzungen im Ostseeraum fiel das gesamte spätere lettische Territorium im Verlaufe des 18. Jahrhunderts an das Russische Reich.

Während des Ersten Weltkriegs besetzten deutsche Truppen 1915 das Baltikum. Zwischen 1917 und 1919 war Lettland Schauplatz von Kämpfen zwischen lettischen Bolschewisten, deutschen und national gesinnten lettischen Verbänden. Ende 1919 wurde die Unabhängigkeit ausgerufen (1920 Anerkennung durch die Sowjetunion). 1922 erhielt Lettland eine Verfassung. Im gleichen Jahr endete der Konflikt zwischen Letten und Deutschbalten mit der Enteignung der Deutschstämmigen und damit der Entmachtung der alten Oberschicht. Bereits 1939 verlor Lettland ebenso wie Litauen und Estland wieder seine Unabhängigkeit, da es gemäß dem geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt der sowjetischen Einflusssphäre zugeordnet wurde. Durch umfangreiche sowjetische Deportationen 1941 und nach 1944 – zwischen 1941 und 1944 war das Land von deutschen Truppen besetzt – und gezielte Zuwanderung von ca. 400.000 Russen änderte sich die Bevölkerungszusammensetzung radikal. Nach ersten Demonstrationen im Sommer 1987 erklärte die Lettische SSR im Juli 1989 ihre Souveränität und erneuerte am 04.05.1990 die unabhängige Republik Lettland. Die Unabhängigkeitserklärung wurde nach dem Moskauer August-Putsch von 1991 endgültig in Kraft gesetzt und von der zu diesem Zeitpunkt noch bestehenden UdSSR anerkannt.

Politisches System:
Seit 1990 ist Lettland eine unabhängige Republik mit einer parlamentarischen Demokratie. Das Parlament („Saeima") mit 100 Mitgliedern wird alle 4 Jahre gewählt. Die Verfassung von 1922 ist seit 1993 wieder in Kraft (mit Änderungen von 1997).
Staatsoberhaupt: Vaira Vīķe-Freiberga (seit Juli 1999)
Regierungschef: Aigars Kalvitis (seit 02.12.2004)

Ökonomische und soziale Rahmendaten:
Währungseinheit: Lats (Ls); 1 Ls = 100 Santimi; derzeitiger Umrechnungskurs: 1 EUR = 0,70 Ls (Oktober 2005). Das Bruttoinlandsprodukt betrug 2004 11 Milliarden Euro (entspricht pro Kopf 4.742 EUR). Die Arbeitslosenquote lag 2004 bei 8,6 Prozent, die Inflationsrate betrug 6,2 Prozent.

Kirchliche Strukturen:
Seit der Reformation ist Lettland ein überwiegend protestantisches Land. Etwa 55 Prozent der Bevölkerung gehören zur *evangelisch-lutherischen Kirche,* 24 Prozent zählen zur *römisch-katholischen Kirche* und 9 Prozent zur *Russischen Orthodoxen Kirche* (größtenteils des Moskauer Patriarchats). Der Anteil aus dem Ausland kommender unterschiedlichster Sekten steigt kontinuierlich. Die *römisch-katholische Kirche* in Lettland umfasst die Erzdiözese Riga, die von Erzbischof Janis Kardinal Pujats geleitet wird, sowie die Suffraganbistümer Liepāja, Jelgava und Rēzekne-Aglona. Insgesamt gibt es 279 Pfarreien, die jedoch von nur 148 Priestern betreut werden.

Renovabis-Projekte und Schwerpunkte der Förderung:
Die Projektarbeit von Renovabis ist auf Nachhaltigkeit sowohl im pastoralen als auch im sozialen Bereich angelegt, z. B. durch Förderung von mehrjährigen Pastoralprogrammen und durch die Unterstützung von Baumaßnahmen im Hinblick auf die Intensivierung kirchlicher und sozialer Infrastrukturen. Besonders hervorzuheben ist die Aktivierung der Laien, die durch eine Reihe von Renovabis-Projekten intensiv gefördert wurde.

Interessante Internet-Adressen:
http://www.lv/ (Lettisches Internet-Portal)
http://www.catholic.lv (Röm.-kath. Kirche)
http://www.lu.lv/eng/ (Universität Riga)
http://www.botschaft-lettland.de
http://www.katolis.lv/ic/eindex.html (Informationszentrum für die Röm.-kath. Kirche in Lettland)

Länderinfo Estland

Fläche: 45.227 km²
Einwohner: 1.364.000
Hauptstadt: Tallinn
Ethnische Gruppen:
65,2 % Esten
28,1 % Russen
2,5 % Ukrainer
1,5 % Weißrussen
0,9 % Finnen
1,8 % Andere

Geschichtlicher Überblick:
Im 2. Jahrhundert n. Chr. wanderten finnougrische Völkerschaften in das Gebiet des heutigen Estlands ein. Seit dem 13. Jahrhundert wurde das Baltikum Schauplatz deutsch-dänischer, später schwedisch-russischer Auseinandersetzungen. 1219 gründeten hansische Kaufleute Reval, das heutige Tallinn. Landesherr war seit 1237 der Deutsche Orden, dessen Nachfolge 1561 Schweden, 1721 Russland antrat.

Nach der russischen Februarrevolution 1917 wurde ein Estnischer Nationalrat gebildet und 1918 die Unabhängigkeit proklamiert (1920 Anerkennung durch die Sowjetunion). Bereits 1939 verlor Estland ebenso wie Lettland und Litauen wieder seine Unabhängigkeit, da es gemäß dem geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt der sowjetischen Einflusssphäre zugeordnet wurde. Umfangreiche sowjetische Deportationen 1941 und nach 1944 – zwischen 1941 und 1944 war das Land von deutschen Truppen besetzt – trafen vor allem die estnische Intelligenz. Seit 1988 bemühte sich die Estnische SSR verstärkt um staatliche Unabhängigkeit und Zurückdrängung des russischen Einflusses. Nach dem Sieg der Unabhängigkeitsbewegung „Volksfront" bei den Wahlen zum Obersten Sowjet der Estnischen SSR erklärte Estland am 30.03.1990 einseitig die Unabhängigkeit von der Sowjetunion, die jedoch erst nach dem gescheiterten Putsch vom August 1991 durch die sowjetische Führung anerkannt wurde. 1994 verließen die letzten russischen Truppen das Land.

Politisches System:
Seit 1991 ist Estland eine unabhängige Republik mit einer parlamentarischen Demokratie. Das Parlament („Riigikogu") mit 101 Mitgliedern wird alle 4 Jahre gewählt. Eine neue Verfassung wurde 1992 verabschiedet.
Staatsoberhaupt: Arnold Rüütel (seit 08.10.2001)
Regierungschef: Andrus Ansip (seit 12.04.2005)

Ökonomische und soziale Rahmendaten:
Seit dem 20.06.1992 ist die Estnische Krone (EEK) im Umlauf; 1 EEK = 100 Senti; derzeitiger Umrechnungskurs: 1 Euro = 15,6466 EEK. Das Bruttosozialprodukt betrug 2004 je Einwohner 3.870 US-Dollar. Arbeitslosenquote: ca. 9,6 Prozent (2004); Inflationsrate: 3,6 Prozent.

Kirchliche Strukturen:
Seit der Reformation war Estland überwiegend protestantisch geprägt. Diese Tradition brach jedoch im 20. Jahrhundert ab, sodass heute etwa zwei Drittel der Bevölkerung keine Religionszugehörigkeit mehr angeben. Im konfessionell gebundenen Bevölkerungsteil stellen die *Lutheraner* jedoch den stärksten Anteil, gefolgt von den Mitgliedern der *orthodoxen* Kirche. Seit dem Jahr 2000 gibt es in Tallinn eine kleine *griechisch-katholische* Gemeinde mit personeller Hilfe aus der Ukraine. Innerhalb der *orthodoxen* Gemeinden Estlands bestanden Spannungen zwischen zwei Gruppen, die sich einerseits dem Moskauer Patriarchat und andererseits dem Ökumenischen Patriarchat angeschlossen haben; inzwischen scheinen diese jedoch weitgehend beigelegt. Der Anteil aus dem Ausland kommender unterschiedlichster Sekten steigt kontinuierlich.

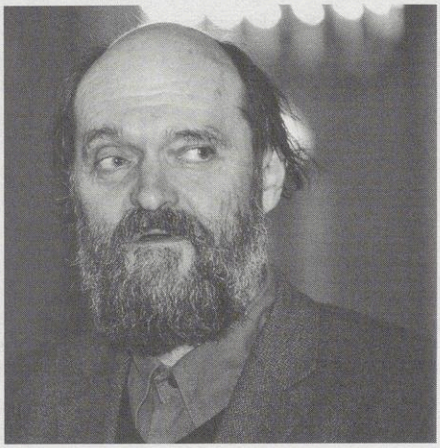
Die *römisch-katholische Kirche* umfasst etwa 5.500 Katholiken, die über das ganze Land verstreut leben und derzeit von neun Diözesan- und fünf Ordenspriestern sowie 21 Ordensfrauen in fünf Pfarreien betreut werden. Außerdem stehen zwei Bildungs- und drei caritative Einrichtungen zur Verfügung. Kirchenrechtlich sind die Katholiken Estlands in einer Apostolischen Administratur zusammengefasst. Apostolischer Administrator ist seit September 2005 der in Tallinn geweihte und nun dort residierende Bischof Mons. Philippe Jourdan.

Renovabis-Projekte und Schwerpunkte der Förderung:
Die katholische Kirche ist eine Minderheitenkirche, deren Strukturen sich allmählich festigen. Die Pastoral wird in der Hauptsache von ausländischem Personal getragen, von wo auch finanzielle Hilfe kommt. Renovabis betont in der Projektarbeit die Bedeutung solcher Vorhaben, die den Menschen in Estland Möglichkeiten zur Inkulturation ihrer eigenen Kirche und Wertvorstellungen gibt. Besonders unterstützt werden der Aufbau von Gemeindestrukturen, Erwachsenenweiterbildung, Priester- und Katechetenausbildung sowie das Schulwesen.

Interessante Internet-Adressen:
http://www.riik.ee/en/ (offizielle Seite des Staates Estland)
http://www.eelk.ee (evang.-luth. Kirche Estlands)
http://www.estonica.org/ (Enzyklopädie über Estland)
http://www.katoliku.ee/ (offizielle Seite der kath. Kirche Estlands)

Friedemann Kluge

Arvo Pärt und die Stille der Musik



Aus kaum nachvollziehbaren Gründen konterfeien ihn die Beihefte zu seinen CDs vorzugsweise als bärbeißigen Finsterling. Nichts jedoch ist wirklichkeitsferner: Wer ihn einmal lächeln oder gar lachen sah, kann sich der (freilich nur in der Volksetymologie beheimateten) Zusammenstellung von „lächeln" und „leuchten" nur schwer verschließen. Arvo Pärt scheint erreicht zu haben, wonach viele (und nur allzu oft mit fragwürdigen Mitteln) vergeblich streben: Er ruht in sich selbst. Und erntet dadurch, wo immer er sich blicken lässt, auf Anhieb Sympathie. Dieses „In-sich-Ruhen" kennzeichnet auch seine Musik, besonders die seiner zweiten Schaffensphase.

Schon ein Blick auf seine geographischen Koordinaten weist ihn als einen Mann aus, der – im Lessingschen Sinne – nicht dort stehen bleibt, „wo der Zufall der Geburt ihn hingeworfen". Der Este verließ im Jahre 1980 die Sowjetunion, um sich zunächst in Israel, dann in Wien und schließlich 1982 endgültig im vorwiegend protestantischen Berlin niederzulassen, um dort bis zum heutigen Tage seine Heimat zu finden.

Arvo Pärt wurde am 11. September 1935 im estnischen Paide geboren, wo er auch seine Schulzeit verbrachte. Seine ersten Kompositionsversuche datieren aus dem 15. Lebensjahr. Am Konservatorium in Tallinn, wo er mit 23 Jahren sein Kompositionsstudium bei Heino Eller beginnt, fällt bald seine Begabung auf: „He just seemed to shake his sleeves and notes would fall out." Mit seinen drei ersten ernsthaften Arbeiten (alle 1958) folgt er freilich mit einiger Korrektheit noch jenen Schienen, wie sie von der sowjetischen Kunstideologie vorausblickend für ewige Zeiten verlegt worden waren. Dabei orientiert er sich – immerhin! – an Dmitrij Schostakowitsch (der ja ebenfalls seine keineswegs geringen Probleme mit der Kunstauffassung des „real existierenden Sozialismus" hatte), Sergej Prokofjew und Bela Bartók, seine Sprache ist noch „irgendwie" neoklassizistisch. Es folgen einige der in der Sowjetunion nicht recht gelittenen dodekaphonischen und seriellen Versuche (z. B. in

Dr. Friedemann Kluge ist Slawist und Publizist und lebt in Berlin.

seinem großes Aufsehen erregenden „Nekrolog“ von 1960, einer den Opfern des Faschismus gewidmeten Komposition. In der UdSSR erreicht er damit vor allem seine erste Verurteilung durch den Komponistenverband). Diesen neuen Stil vertieft er in den Werken „Perpetuum mobile“ und der 1. Symphonie (beide 1963), in denen er neben der Zwölftontechnik erstmals auch sogenannte „Cluster“ einsetzt. In den darauf folgenden Jahren bestimmt die musikalische Collage seine kompositorische Orientierung. Die wichtigsten Werke dieser Schaffensphase sind die barocke, mit modernen Elementen vereinende „Collage über das Thema B-A-C-H“ (1964) und die 2. Symphonie (1966), die ganz nebenbei einen frühen Beleg auch über das Humorpotenzial des Komponisten abgibt: Neben dem traditionellen Instrumentarium kommt hier auch ein Quietsch-Entchen zum Einsatz – musikalische Rehabilitierung der Badewannen-Fauna, an der insbesondere Loriots Herr Dr. Müller-Lüdenscheid seine helle Freude gehabt haben dürfte ... (Im übrigen dürfen wir uns auch in seiner späteren, zweiten Schaffensphase an einem neckisch-fröhlichen Werkchen für Klavier, Streichorchester und Bläserquintett mit dem beredten Titel „Wenn Bach Bienen gezüchtet hätte“ (1976/1984) erfreuen.)

Höhepunkte dieser ersten Schaffensperiode stellen sein Cellokonzert „Pro und Contra“ von 1966 und das „Credo“ für großen gemischten Chor, Orchester und Klavier dar. In dieser Collage verarbeitet Pärt das bekannte C-Dur-Präludium aus Johann Sebastian Bachs „Wohltemperiertem Klavier“.

Alle diese Wege empfindet er in kompositorischer Hinsicht jedoch schon bald für sich als Sackgasse.

Nach einer Schaffenskrise und einer durch nur wenige Kompositionen (darunter die höchst originelle, sich quasi neo-archaisch an der Polyphonie alter niederländischer Meister orientierende 3. Symphonie von 1971) unterbrochenen achtjährigen Auszeit, die er dem Studium mittelalterlicher Musik, der Gregorianik und der Renaissance-Polyphonie widmet, findet er 1976 zum Komponieren zurück: Er hat die Lösung für sich selbst in einem gleichsam musikalischen „Zurück zur Natur“ gefunden.

Tintinnabulum ist das lateinische Wort für eine Klingel, eine Schelle, ein Glöckchen. Im musikalischen Denken Pärts verkörpert es die Einfachheit des Klangs, zu der er sich von nun an hingezogen fühlt: Seine rhythmisch einfachen Kompositionen werden durch schlichte Harmonien und eine bewusste Innerlichkeit bestimmt, oftmals nur durch einzelne Noten. Ein einfacher, glockenhaft tönender Dreiklang etwa bildet die Grundlage für einfachste Melodieführungen. „Nach strengen Regeln balanciert Pärt die Dimensionen von *stasis* (Sein, Beharren, Ruhe) und *dynamis* (Werden, Bewegung, Störung) sorgfältig miteinander aus.“[1] Einflüsse der frühen westlichen Musik lassen sich

[1] Steffen Georgi im Programmheft „Himmlisch abgründig” zu einem Konzert des RSO Berlin in der Berliner Philharmonie am 24.11.2002, S. 5.

deutlich vernehmen. Diesen, seinen neuen Musikstil bezeichnet er als *tintinnabular,* als „Tintinnabuli-Stil", mit dem er erneut bei den Reinheitswächtern des sowjetischen Kulturbetriebes aneckt. Das erste größere Instrumentalwerk, das er in dem neu gefundenen Idiom verfasst, ist das Doppelkonzert für zwei Violinen und Orchester „Tabula rasa" (1977), das um einen einfachen Moll-Akkord kreist, der ganz allmählich in der Stille verschwindet, von ihr quasi verschluckt wird.

Dies ist auch die Zeit, in der sich die religiöse Gemengelage des Komponisten entscheidend verschiebt. In einer estnisch-protestantischen Familie aufgewachsen, fühlt er sich jetzt von der größeren Spiritualität der Ostkirche angezogen und konvertiert zum russisch-orthodoxen Glaubensbekenntnis. Pärt, der auch früher schon die Auffassung vertrat, dass „alle Musik im Innersten religiös" sei, wendet sich nun vermehrt der geistlichen Komposition zu, bei der gewisse Parallelen zu Rachmaninows Kirchenmusik nicht zu überhören sind. Das Chorwerk „Missa syllabica" ist dem Tintinnabuli-Stil ebenso verpflichtet wie die Werkreihe „Fratres I-III" oder seine 1982 vollendete (später noch überarbeitete) Johannespassion („Passio Domini nostri Jesu Christi secundum Joannem"), eines der herausragendsten Werke dieses neuen Stils. Wer sich nach Johann Sebastian Bach noch einmal an eine Johannes-Passion wagt, muss nicht nur über Genie, sondern auch über ein gewisses Maß an Chuzpe verfügen – und natürlich etwas völlig anderes machen. In der Tat erreicht der Komponist mit seiner *tintinnabular*-Methode eine gänzlich andere, auf ihre Weise berückende Wirkung. Durch die Stille der Musik, aber auch durch ihre vielen, dramaturgisch geschickt eingesetzten Pausen wird vielleicht am ehesten deutlich, was Pärt meint, wenn er sagt: „Die Stille ist immer vollkommener als die Musik. Man muss nur lernen, das zu hören."

Im Jahre 1985 folgt das „Stabat Mater", ein Jahr darauf das „Te Deum" des tief religiösen Komponisten. Die Reihe seiner geistlichen Kompositionen setzt er 1989 mit dem „Magnificat" und 1990 mit dem „Miserere" und der anlässlich des 90. Deutschen Katholikentages in Berlin verfassten „Berliner Messe" fort. Diese, zunächst für eine kleine Vokalbesetzung mit Orgel konzipiert, arbeitet er 1991 für Chor und Streichorchester um.

Noch kontemplativer geht es in den 1991 entstandenen „24 Gebeten des heiligen Johannes Chrysostomus" für Solostimmen, Chor und Orchester zu. Überhaupt dominieren von jetzt an die Chorwerke das Schaffen des Komponisten: Von den ca. siebzehn seither entstandenen *opera* sind zehn für Chor (*a capella* oder mit Orchesterbegleitung), vier kammermusikalische Werke, zwei Werke für Streichorchester sowie eine Psalmenvertonung für Sopran und Orchester.

Paul Hillier, gegenwärtiger Leiter des Estnischen Philharmonischen Kammerchores, bewundert an Pärts Musik „all das, was *nicht* darin zu finden ist. Es gibt kein kompliziertes rhythmisches System, keinen opulen-

ten Orchesterklang, keine sich verselbständigenden Harmonien oder Dissonanzen – Dinge, die moderne Komponisten gemeinhin benötigen, um sich selbst darzustellen ... ‚Die menschliche Stimme ist das vollkommenste aller Instrumente', sagt Pärt. Beim Hören seiner Musik scheint es keinen Zweifel zu geben, dass dem so ist."[2]

Am 11. September 2005 feierte Arvo Pärt, dieser „Kultkomponist einer neuen, archaischen Einfachheit"[3] seinen 70. Geburtstag.

[2] Paul Hillier, ebd., S. 7.

[3] Christoph Schlüren im Einführungstext für ein Konzert des Ostrobothnian Chamber Orchestra in München 1997.

Hinweis

Das ***Forschungsinstitut für Philosophie Hannover*** wird voraussichtlich auch im Jahr 2006 wieder ***zwei Stipendien*** für Nachwuchswissenschaftler/innen aus Mittel- und Osteuropa ausschreiben. Nähere Informationen zu den Stipendien und zu den Bewerbungsvoraussetzungen finden Sie ab Februar 2006 auf der Website des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover: www.fiph.de.

Bücher

Garleff, Michael: Die baltischen Länder. Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. (Ost- und Südosteuropa. Geschichte der Länder und Völker). Regensburg 2001.

Goehrke, Carsten / Ungern-Sternberg, Jürgen von (Hrsg.): Die baltischen Staaten im Schnittpunkt der Entwicklungen. Vergangenheit und Gegenwart. (Texte und Studien, Bd. 4). Basel 2002.

Laar, Mart: Estland im Zweiten Weltkrieg. Tallinn 2005.

Mertelsmann, Olaf (Hrsg.): Estland und Russland. Aspekte der Beziehungen beider Länder. (Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa, Bd. 11). Hamburg 2005.

Oeldemann, Johannes: Die Kirchen des christlichen Ostens. Orthodoxe, orientalische und mit Rom unierte Ostkirchen. (Topos plus, Bd. 577). Regensburg 2006.

Pelc, Ortwin / Pickhan, Gertrud (Hrsg.): Zwischen Lübeck und Nowgorod. Wirtschaft, Politik und Kultur im Ostseeraum vom frühen Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Lüneburg 1996.

Pistohlkors, Gert von (Hrsg.): Baltische Länder. (Deutsche Geschichte im Osten Europas). Berlin 1994, [2]2002.

Plötz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Estland, Lettland und Litauen. (HWWA Report 219). Hamburg 2002.

Schlau, Wilfried (Hrsg.): Die Deutschbalten. (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, Bd. 6). München 1995.

Tuchtenhagen, Ralph: Geschichte der baltischen Länder. (C. H. Beck Wissen). München 2005.

Schwerpunktthema des nächsten Heftes:

Gewinner und Verlierer in Europa

Editorial

Europa hat viele Dimensionen. Viele von ihnen füllen die Schlagzeilen und Kommentarspalten der Tages- und Wochenzeitungen. Schaut man sich die Themen an, dann fällt auf, dass manches unter den Tisch und zwischen die Zeilen gerät. „Gewinner und Verlierer in Europa" ist ein solches sehr heißes Thema. Manche fassen es nur mit spitzen Fingern an oder wenden sich ihm gleich gar nicht zu. Es ist auch differenziert zu behandeln und verlangt eine durchdringende Kenntnis der Fakten und Trends. Die Redaktion hat Fachleute aus verschiedenen Bereichen gewinnen können, die an die Kanten des europäischen Integrationsprozesses leuchten und Reibungsflächen ausfindig gemacht haben, die nicht nur politischer Natur sind, sondern die auch zeigen, welche Rolle der vernachlässigte und deswegen besonders betroffene „Faktor Mensch" spielt: eine geringe. Deswegen muss er besonders betrachtet werden.

Der Blick geht nach Mittel- und Osteuropa. Er richtet sich aber auch an die „Ränder", zum Beispiel nach Portugal und in die Ukraine. Dass dabei das Stich-Wort „Armut" in den Blick gerät, darf den nicht verwundern, der die Tatsachen kennt und der sich aus einem christlichen Engagement den Verlierern mehr verpflichtet weiß als den Gewinnern. Wenn diese Einstellung des Blickes zu Diskussionen führen sollte, dann wäre es der Redaktion nur recht. Die „bevorzugte Entscheidung für die Armen" ist ein altes christliches Thema, das nicht nur in Europa Geltung hat.

Letztlich kommt es auf Menschen an, die etwas in die Hand nehmen, die sich nicht zu schade sind, sich die Hände schmutzig zu machen. Das ist nämlich eine Konsequenz, wenn man die Büros und Kongresszentren verlässt und dorthin geht, wo sich die Dinge an den Menschen reiben – und umgekehrt. Dann kann es schon sein, dass man „mit den Armen heilig werden" muss, was keine leichte Sache ist.

Wenn Sie, liebe Leserinnen und Leser, es im Ganzen und im Teil nicht so sehen, dann melden Sie sich. Wir gehen einer Auseinandersetzung nicht aus dem Wege. Noch einmal: Wir wünschen sie sogar.

Die Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Michael Schramm
Europa – ein Unternehmen der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil. Gewinner und Verlierer als Herausforderung 83
Zdzisław Krasnodębski
Verlierer und Gewinner in Ostmitteleuropa 93
Andrij Waskowycz
Armut in der Ukraine 102
Walenty Poczta
Folgen der polnischen Integration in die EU für die Landwirtschaft 108
Ivan Đorđević
Chinesen in Serbien – (un)erwünschte Gäste 115
Rui Marques
Portugal und Europa im Zeitalter der Migration 123
Olli Rehn
EU-Erweiterung – Sicherheit für Europa 132
Hans Maier
Geistige Osterweiterung – ein Programm 135
Martin Malek
Usbekistan „nach Andijon": Vom US-Klienten zur Annäherung an Russland 147

Dokument
Erklärung der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE): Das Werden der Europäischen Union und die Verantwortung der Katholiken *(Auszüge)* 153

Porträt
Martin Buschermöhle
„Mit den Armen heilig werden". Schwester Małgorzata Chmielewska 156

Michael Schramm

Europa – ein Unternehmen der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil

Gewinner und Verlierer als Herausforderung

Man offenbart der geneigten Öffentlichkeit kein Geheimnis, wenn man darauf hinweist, dass das menschliche Leben in vielerlei Hinsicht Gewinner und Verlierer kennt. Verlierer gibt es – nach Auskunft der Bibel – im Grunde schon seit der Vertreibung aus dem Paradies: Adam und Eva verloren ihre Unschuld und das sorglose Dasein im Garten Eden, Abel verlor sein Leben usw. Nun trifft diese ganz grundsätzliche Tatsache, dass manche profitieren, während andere möglicherweise das Nachsehen haben, für (fast) alle Bereiche der menschlichen Existenz zu, besonders deutlich aber wird dieses Problem angesichts des Prozesses, den wir seit einigen Jahren Globalisierung nennen. Die Globalisierung, dieses ökonomische „Weltgericht" über die Wettbewerbsfähigkeit der unterschiedlichen Gesellschaften, kennt faktisch Gewinner und Verlierer. Und das gilt natürlich auch für jenen Teilprozess der Globalisierung, der im Mittelpunkt dieses Heftes steht: den gewaltigen Umbruch, der mit den Transformationen sowohl in Mittel- und Osteuropa als auch – als Konsequenz davon – in Westeuropa verbunden ist.

Globalisierung als Ursache für „Gewinner" und „Verlierer"

Hier stellt sich eine ganze Reihe von Fragen: Wer sind die Gewinner und die Verlierer? Sind möglicherweise die beteiligten Länder und Menschen in bestimmter Hinsicht Verlierer, in anderer Hinsicht aber gleichzeitig Gewinner dieser Umbruchsprozesse? Nach welchen Kriterien kann man hier Gewinne und Verluste identifizieren? Wie nicht anders zu erwarten war, sind die Dinge kompliziert. Die Aufgabe jedoch ist eigentlich klar: Europa sollte – nicht nur in seiner institutionalisierten und

Prof. Dr. Michael Schramm ist seit 2001 Inhaber des Lehrstuhls für Katholische Theologie und Wirtschaftsethik an der Universität Hohenheim. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u. a. Moraltheorie, Wirtschafts- und Unternehmensethik und Analyse der Religions- und Moralkulturen in der Moderne.

organisierten Gestalt als Europäische Union – grundsätzlich „ein Unternehmen der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil" (so eine Formulierung des Gerechtigkeitstheoretikers John Rawls) sein. Wo es heute faktisch (noch) Verlierer gibt, besteht die Herausforderung darin, sie an den Vorteilen zu beteiligen – wobei es vielfach natürlich außerordentlich mühselig ist, diesem Ziel tatsächlich näher zu kommen.

Gewinnen und Verlieren: Einige Kriterien zur Einteilung

Das menschliche Leben ist bunt. Entsprechend vielfältig sind auch die Möglichkeiten, zu gewinnen oder zu verlieren. Ein relativ einfaches Schema, das Gewinnen und das Verlieren einzuteilen, liefert die folgende Matrix:

	politisch	*wirtschaftlich*	*gesellschaftlich (kulturell)*
Ebene der Institutionen	z.B.: ± Grundrechte ± freie Wahlen ± Medienfreiheit	z.B.: ± BIP ± Arbeitslosenquote ± soziale Sicherheit	z.B.: Relevanz informaler Institutionen wie Religion und/oder Moralkultur
Ebene der Organisationen	z.B.: Untergang und Aufstieg von Parteien	z.B.: Aufstieg und Untergang von Unternehmen	z.B.: gesellschaftliche Bedeutung von Kirchen oder NGOs
individuelle Ebene	z.B.: (angst)freie Meinungsäußerung	z.B.: Reichtum erwerben; arbeitslos werden	z.B. ± (Un)zufriedenheit

Abb. 1: Gewinnen und Verlieren – eine Kriterienmatrix

Wie diese schlichte Schematisierung andeutet, können Länder oder Menschen in unterschiedlicher Hinsicht gewinnen oder verlieren:

- Da wäre zunächst einmal der Bereich des *Politischen,* der sich – wie die anderen Bereiche auch – auf (mindestens) drei Ebenen abspielt. Auf der *Ebene der Institutionen* können zum Beispiel die Gewährung von Grundrechten und freien Wahlen als Gewinn angesehen werden, wobei eine Wettbewerbsdemokratie auf der *Ebene der Organisationen* notwendigerweise mit dem Untergang und Aufstieg von politischen Parteien, also mit Verlierern und Gewinnern verbunden ist; und schließlich bringt die Gewährung von Grundrechten (wie der Meinungs- oder Medienfreiheit) auf der *individuellen Ebene* als Ge-

winn für die einzelnen Menschen die Möglichkeit einer (angst)freieren Meinungsäußerung mit sich.

- Ein zweiter Bereich, der Gewinner und Verlierer produziert, ist der Bereich des *Wirtschaftlichen.* Hier sind zunächst natürlich die einschlägigen Ergebnisdaten der *Institution* (Markt)Wirtschaft relevant: Wie fallen Bruttoinlandsprodukt, Investitions- und Inflationsraten oder die Arbeitslosenquote aus? Aber auch: Bietet das Wirtschaftssystem – in Deutschland etwa die Institution der „Sozialen Marktwirtschaft" – mehr oder weniger soziale Sicherheit? Auf der Ebene der *Organisationen* zeigen sich Gewinner und Verlierer unter anderem im Aufstieg oder Untergang von Unternehmen (inklusive der davon betroffenen Arbeitnehmer). Und auch *individuell* können die Umbruchsprozesse ökonomische Gewinner (z. B. neue Millionäre) oder Verlierer (z. B. Arbeitslose) hervorbringen.
- Schließlich zeigt sich das Phänomen von Gewinnen und Verlusten auch im allgemein *gesellschaftlichen oder kulturellen* Bereich: Auf der Ebene der (hier nun: informalen) *Institutionen* können die Transformationsprozesse ein Erstarken oder einen Verfall von Religionen und/oder Moralkulturen mit sich bringen, was auf der *Organisationsebene* mit Bedeutungsgewinnen oder -verlusten von Kirchen oder Nichtregierungsorganisationen (NGOs) verbunden ist. Auf der *individuellen* Ebene drückt sich diese gesellschaftlich-kulturelle Dimension dann etwa im Grad von (Un)Zufriedenheit oder Vertrauen/Misstrauen aus, wobei eine Unzahl von Faktoren eine Rolle spielen kann (etwa Probleme der Arbeitsmigration, Zukunftsängste, zerbrochene Familien, soziale Entwurzelung aufgrund der Dynamisierung der Gesellschaft, ethnische oder geschlechterspezifische Probleme).

Die Statistik von Gewinnern und Verlierern in Mittel- und Osteuropa

Versucht man anhand dieser Kriterienmatrix nun, Gewinner und Verlierer in Mittel- und Osteuropa statistisch zu identifizieren, fördern einige exemplarisch herausgegriffene Daten etwa folgende Ergebnisse zutage:

- **Politik:** Ein Blick auf den *politischen* Bereich zeigt ein durchmischtes Bild von Gewinnern und Verlierern:

	keine Verletzung politischer Grundrechte	Freie Wahlen	Medienfreiheit
Albanien	0	0	0
Belarus	-1	-1	-1
Bosnien und Herzegowina	-1	0	0
Bulgarien	+1	+1	+1
Estland	+1	+1	+1
Jugoslawien	-1	-1	0
Kroatien	0	0	0
Lettland	+1	+1	+1
Litauen	+1	+1	+1
Makedonien	0	0	0
Moldova	0	+1	0
Polen	+1	+1	+1
Rumänien	+1	+1	0
Russland	0	0	0
Slowakei	+1	+1	+1
Slowenien	+1	+1	+1
Tschechien	+1	+1	+1
Ukraine	0	0	0
Ungarn	+1	+1	+1

+1 = Kriterium (überwiegend) erfüllt; **0** = Kriterium nur teilweise erfüllt; **-1** = Kriterium nicht erfüllt

Abb. 2: Mittel- und osteuropäische Gewinner und Verlierer im politischen Bereich (Stand: 2002)

Quelle: Forschungsstelle Osteuropa Bremen: Gewinner und Verlierer post-sozialistischer Transformationsprozesse. Beiträge für die 10. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten, veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und dem Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für politische Bildung. (Arbeitspapiere und Materialien Nr. 36, April 2002), Bremen 2002, S. 22.

Obwohl man sich über die genaue Zuordnung der Bewertungen streiten mag, so ist doch deutlich, dass es im postsozialistischen Europa sowohl politische Gewinner (gemessen am Grad der Demokratisierung) als auch politische Verlierer (aufgrund von Bürgerkriegen, mafiösen Verhältnissen usw.) bzw. Noch-nicht-Gewinner gibt.

- **Wirtschaft:** Ein ähnlich durchwachsenes Bild zeigt die *ökonomische* Gewinn- und Verlustbilanz:

	BIP 2000 (1989 = 100)	durchschnittliches Wachstum des BIP in % (1997–2001)	durchschnittliche Arbeitslosenquote (1997–2000)
Albanien	103	4,6	16,9
Belarus	85	6,3	2,4
Bosnien und Herzegowina	n.a.	13,4	38,8
Bulgarien	71	1,8	15,0
Estland	83	5,2	11,5
Jugoslawien	47	1,3	26,2
Kroatien	80	3,0	12,8
Lettland	64	5,3	13,9
Litauen	65	3,3	14,2
Makedonien	77	1,6	33,8
Moldova	33	-0,5	1,9
Polen	127	4,3	11,8
Rumänien	77	-1,8	10,4
Russland	63	3,0	11,5
Slowakei	103	3,5	16,3
Slowenien	114	4,1	7,3
Tschechien	98	0,5	7,7
Ukraine	42	1,5	3,6
Ungarn	104	4,7	10,2

Abb. 3: Mittel- und osteuropäische Gewinner und Verlierer im ökonomischen Bereich
Quelle: EBRD Transition Report (2001, S. 59, 61, 106 ff.)

Bei den hier genannten Zahlen lassen sich statistische Streitpunkte natürlich nicht (ganz) vermeiden, dennoch zeichnet sich ein tendenzielles Bild wirtschaftlicher Gewinner und Verlierer ab: Während Lettland, Estland oder Polen im Hinblick auf die Entwicklung des Sozialprodukts zu den Gewinnern zählen, müssen Rumänien oder Moldova diesbezüglich auf der Verliererseite angesiedelt werden. Nicht unbedingt deckungsgleich sieht jedoch die Gewinner- und Verliererbilanz hinsichtlich der Arbeitslosenentwicklung aus: Bosnien und Herzegowina und Makedonien haben hier das Nachsehen, auch in der Slowakei oder in Estland ist eine deutliche Zunahme der Arbeitslosenquoten zu beklagen,

während Moldova oder die Ukraine relativ gut dastehen (wobei die Quoten jedoch teilweise durch staatliche Interventionen künstlich niedrig gehalten werden).

- **Gesellschaft / Kultur:** Die wirtschaftlichen oder politischen Daten der Statistik sind das eine, das Empfinden der Menschen das andere. Es ist wohl nicht nur nostalgische Vergangenheitspflege, sondern auch der Stress und die Zukunftsunsicherheit, welche mit der liberalen Gesellschaft notwendig verbunden sind, die im Bereich des Gesellschaftlich-Kulturellen auf der individuellen Ebene vielfach zur Meinung führen, dass die meisten Menschen im Kommunismus glücklicher waren als nach der Wende.

Unter dem Strich ist dem zuzustimmen, was die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags zur Globalisierung der Weltwirtschaft notiert hat: Per saldo gilt: „Die Globalisierung ist natürlich kein ‚Nullsummenspiel'", sondern ein Positivsummenspiel, aber faktisch gilt derzeit auch: „Es gibt Gewinner und Verlierer ..., und zwar sowohl innerhalb nationaler Volkswirtschaften als auch zwischen diesen ... Länder, Unternehmen, Kulturen und Sozialschichten, die beim beschleunigten Strukturwandel nicht mithalten können ..., sind in Gefahr, abgehängt zu werden und dann als definitive Verlierer da zu stehen. Gewinner sind umgekehrt diejenigen, die sich nicht nur rasch anpassen können, sondern womöglich die Richtung des Strukturwandels – zu ihren Gunsten – bestimmen oder mitbestimmen können."[1]

Im Knäuelgewirr des Gewinnens und Verlierens

Es wäre ein viel zu schlichtes Bild, wenn man die Gewinner auf der einen Seite und die Verlierer auf der anderen Seite schiedlich-friedlich voneinander trennen könnte. Die Wahrheit ist, dass wir ein kompliziertes Knäuel des Verlierens und des gleichzeitigen Gewinnens vor uns haben. Dies zeigt sich insbesondere im wirtschaftlichen Bereich.

Bekanntlich kostet das ökonomische Zusammenwachsen Europas in

[1] Deutscher Bundestag: Schlussbericht der Enquête-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten" (Drucksache 14/9200 vom 12.06.2002), Berlin 2002, S. 53.

Deutschland zunächst einmal Jobs (u. a. im Textilbereich): Deutsche Arbeitsplätze wander(te)n aufgrund des deutlichen Lohnkostengefälles nach Tschechien oder Polen (oder außereuropäisch etwa nach Südostasien). Was für die Großindustrie zunächst Südostasien war, war und ist für den Mittelstand vor allem Mittel- und Osteuropa. Mittlerweile sind aber auch die Tschechen vergleichsweise zu teuer, und die Arbeitsplätze wandern weiter nach Weißrussland oder in die Ukraine. Wenn es jetzt so aussieht, als ob die osteuropäischen Transformationsländer die deutschen Arbeitnehmer/-innen nur zu Verlierern machen würden, so muss man auch sehen, dass Menschen der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer gerade aufgrund des Ortswechsels der Arbeitsplätze in Lohn und Brot kommen, was sie wiederum befähigt, nunmehr technisch anspruchsvollere Waren aus Deutschland zu kaufen und damit die Exportmaschinerie Deutschlands in Gang zu halten.

Die Verlagerung von Arbeitsplätzen wirkt sich in allen Kontinenten aus.

Man kann zudem diese Tatsache eines fortgesetzten Weiterwanderns von Arbeitsplätzen zu Standorten mit jeweils niedrigeren Lohnkostenniveaus nicht zu einer ruinösen Abwärtsspirale weiterschreiben, an deren Ende wir alle auf dem Lohnniveau der Ukraine ankommen würden (*race to the bottom* durch „Lohndumping"). Die bisherigen Erfahrungen der Globalisierung zeigen, dass dies nur die halbe Wahrheit wäre. So hatte das Sportschuhunternehmen *Nike* in den 1980er Jahren Produktionsverträge mit (Sub)Kontraktoren in Südkorea und Taiwan geschlossen. Anfang der 1990er Jahre aber waren in Südkorea und Taiwan die Arbeitskosten aufgrund der allgemeinen positiven wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern bereits deutlich angestiegen, so dass *Nike* nun begann, die Produktionsstätten nach China, Vietnam und Indonesien zu verlagern (die Löhne betrugen in letzteren Ländern in 1993 weniger als 30 Cents pro Arbeitsstunde, während in Südkorea und Taiwan bereits fast 3 US-Dollar gezahlt werden mussten). Dieses Beispiel zeigt, dass es nicht nur ein *race to the bottom* gibt, sondern dass mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung auch die Löhne normalerweise ansteigen (für einfachere Tätigkeiten allerdings wohl kaum mehr auf das alte deutsche Niveau). Genau den gleichen Prozess konnte man in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit beobachten: Die Löhne waren denkbar niedrig, ein klarer Wettbewerbsvorteil z. B. gegenüber den Amerikanern. Mit dem Florieren der deutschen Wirtschaft zogen dann

sukzessiv auch die Löhne an, was ja an und für sich erfreulich ist, aber eben gleichzeitig auch Deutschlands Kostenvorteil reduzierte, weswegen die Bundesrepublik seit den achtziger Jahren die Textilindustrie, die Feinmechanik oder die Lederindustrie schrittweise an die asiatischen und osteuropäischen Länder verloren hat. Und genau diesen Prozess beobachten wir nun strukturell auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Deutsche Unternehmen verlagern Arbeitsplätze Schritt für Schritt nach Osteuropa (Stichworte: Outsourcing und Offshoring), der wirtschaftliche Aufschwung in diesen Ländern führt zu einem Anstieg von Löhnen und Sozialabgaben, und mit zunehmendem Einkommensniveau wird tendenziell auch der Kostenvorteil der mittel- und osteuropäischen Staaten sinken. Die Frage, in welchen Zeiträumen sich dieser Prozess in den mittel- und osteuropäischen Ländern abspielen wird, ist naturgemäß schwierig zu beantworten: Der Ökonom Hans-Werner Sinn schätzt aber, dass die Löhne der osteuropäischen Länder, die derzeit bei durchschnittlich 14 Prozent des westdeutschen Lohnniveaus liegen, im Jahr 2030 das Niveau von 50 Prozent erreicht haben werden.

Zieht man die Bilanz des Gewinnens und Verlierens, so ist erstens die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, dass es in allen Ländern Menschen gibt, die angesichts solcher Prozesse per saldo eher gewinnen, während andere unter dem Strich eher verlieren. Die Grenzen zwischen Gewinnern und Verlierern verlaufen also nicht nur zwischen den unterschiedlichen Ländern, sondern vielfach auf der subnationalen Ebene: Ein Land mag insgesamt vielleicht recht gut abschneiden, aber im Inneren können deutliche soziale Disparitäten von Gewinnern und Verlierern zu diagnostizieren sein. Und zweitens sind fast alle Menschen zugleich – allerdings eben jeweils mehr oder weniger – *sowohl* Gewinner *als auch* Verlierer, denn auch ein Arbeitsloser (in dieser Hinsicht ein Verlierer) profitiert von den kostengünstigeren Produkten, die im Zuge des internationalen Wettbewerbs angeboten werden (können).

Die Bilanz des Gewinnens und Verlierens sieht so aus, dass es in allen Ländern Menschen gibt, die per saldo eher gewinnen, während andere unter dem Strich eher verlieren.

Zwei Suchanweisungen

Der Blick auf die faktische Lage ist das eine, die Überlegungen zur Gestaltung der Zukunft sind das andere. Hinsichtlich einer zweckmäßigen Zukunftsgestaltung ist es nützlich, die folgenden zwei Suchanweisungen zu beachten:

- Im Hinblick auf die Frage, wie die Zukunft gestaltet werden soll, sind Vergleiche zwischen der Vergangenheit bzw. dem Status Quo einerseits und einer erwünschten Zukunft andererseits grundsätzlich verfehlt. Angemessen kann nur ein *Zukunfts*vergleich zwischen zwei (oder mehreren) realistischen Alternativen sein, also ein Vergleich zwischen den (zu erwartenden) Ergebnissen der Handlungsoption A einerseits und den (zu erwartenden) Ergebnissen der Handlungsoption B andererseits.
- Das Denkschema, das davon ausgeht, dass *winner* immer nur auf Kosten von *losern* gewinnen können, ist konzeptionell fruchtlos. Es mag zwar sein, dass man nicht immer *win-win*-Situationen (= Situationen, in denen alle Seiten gewinnen) erreichen kann, trotzdem liegt genau darin die entscheidende Herausforderung.

Ziel: Win-Win-Situationen. Ein Illustrationsbeispiel aus Deutschland

Jede Veränderung produziert – zunächst einmal – auch Verlierer. Auch wenn das Argument der „komparativen Kostenvorteile" per saldo durchaus zutrifft, so waren auch schon im 19. Jahrhundert der englische Landadel und die einfachen Landarbeiter zunächst einmal die Verlierer, die gegenüber der kostengünstigeren Agrarkonkurrenz aus weniger entwickelten Ländern das Nachsehen hatten. Die Bundesrepublik war nach dem Zweiten Weltkrieg eine Globalisierungsgewinnerin der ersten Stunde und ist bis heute unter dem Strich ganz zweifelsohne eine Globalisierungsgewinnerin; dennoch hat die Globalisierung hierzulande mit der Zeit auch Verlierer produziert: u. a. die Landwirte, die Beschäftigten in der Textilverarbeitung oder Geringqualifizierte. Ein Bestandsschutz besteht aber auch bei höherqualifizierten Produkten und Beschäftigten nicht: Gut ausgebildete Computerexperten findet man mittlerweile auch in Estland, Ungarn oder Indien, wo die Löhne nur ein Fünftel oder gar ein Zehntel der deutschen Löhne ausmachen.

Derzeit haben niedrigqualifizierte Arbeitnehmer in Deutschland nur die Wahl zwischen Not und Elend: Verteidigen sie ihre Lohnhöhe, werden sie arbeitslos, hat dagegen der Arbeitsplatzerhalt erste Priorität, müssen die Löhne fallen. Vor diesem Dilemma stehen zunehmend auch Personen mit Hauptschulabschluss und abgeschlossener Berufsausbildung. Die Zahl der (potenziellen) Verlierer ist deshalb sicherlich groß.

Das Zusammenrücken der Welt und Europas darf man aufgrund der unvermeidlich damit verbundenen Probleme nicht verteufeln. Vielmehr müssen alle Anstrengungen darauf konzentriert werden, die potenziellen Chancen zu nutzen und die Risiken zu minimieren.

Wenn es nun aber grundsätzlich nicht möglich ist, den deutschen (Arbeitsplatz-)Verlierern Löhne auf dem gewohnten deutschen Niveau zu garantieren, bleibt logisch nur eine einzige Möglichkeit, nämlich die auf dem Arbeitsmarkt noch erzielbaren „Hungerlöhne" der Verlierer dieser Prozesse durch sozialstaatliche Einkommenstransfers zu bezuschussen. Konkrete Wege gibt es viele (ich kann sie hier nicht allesamt eingehend diskutieren; die Stichworte lauten: Bürgergeld, negative Einkommenssteuer, Kombilohn, aktivierende Sozialhilfe usw.), aber das Grundprinzip ist in all diesen Varianten das gleiche.

Fazit

Es wäre fatal, das Zusammenrücken der Welt (Globalisierung) und Europas aufgrund der unvermeidlich damit verbundenen Probleme zu verteufeln. Vielmehr müssen alle Anstrengungen darauf konzentriert werden, die potenziellen Chancen zu nutzen und die Risiken zu minimieren. Europa ist ein Unternehmen der Kooperation zum wechselseitigen Vorteil. Dass es derzeit faktisch nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer gibt, ist als Herausforderung zu nehmen. Eine Welt ganz ohne Verlierer hat es zwar noch niemals gegeben und wird es vermutlich niemals geben, aber alles muss daran gesetzt werden, wenigstens die Zahl der Gewinner zu erhöhen.

Zdzisław Krasnodębski

Verlierer und Gewinner in Ostmitteleuropa

Blühende Landschaften

Kann man über Verlierer und Gewinner im heutigen Europa sprechen? Haben wir nicht alle gewonnen? Wie durch ein Wunder ist das kommunistische Zwangssystem zerbrochen, das, wie man früher glaubte, nur um den Preis eines Weltkrieges zu besiegen war. Jetzt ist die Zeit der Konfrontation, die mit einem atomaren Krieg enden konnte, schon beinahe vergessene Vergangenheit, Deutschland ist wiedervereinigt, Ostmitteleuropa ist befreit.

Im Jahr 1989 kam es zu einem neuen Völkerfrühling in Europa oder – wie es Timothy Garton Ash formulierte – einem Bürgerfrühling, weil diesmal nicht die Kollektive, Nationen oder Völker, wie 1848 oder 1918, sondern die Individuen, die Bürger ihre Freiheit und ihr Recht zurückgewinnen sollten. Der Rest war mehr oder weniger eine Erfolgsstory, die sehr gerne erzählt wird. Es sind zwar noch nicht blühende Landschaften, aber viele Symptome der kommunistischen Rückständigkeit, Schäbigkeit und Vernachlässigung verschwanden. Prag, Budapest und Warschau sehen ganz anders aus als vor 16 Jahren. Trotz aller Probleme sind die Demokratien im Kern Ostmitteleuropas stabil. Die nächste Etappe in dieser Erfolgsgeschichte war der Beitritt der ostmitteleuropäischen Länder zur Europäischen Union. Von diesem Moment an sollte sich die Perspektive einer stetigen Entwicklung und Besserung der Lebensumstände eröffnen.

Im Jahr 1989 kam es zu einem neuen Völkerfrühling in Europa. Trotz aller Probleme sind die Demokratien im Kern Ostmitteleuropas seither stabil.

Tatsächlich konnte man, gemessen an den Zuständen, die in Ostmitteleuropa von 1945 bis 1989 herrschten, von einem Wunder sprechen. In den achtziger Jahren herrschte, nachdem die Solidarność-Bewegung in

Prof. Dr. Zdzisław Krasnodębski lehrte von 1976 bis 1991 Soziologie und Sozialphilosophie an der Universität Warschau und ist seit 1995 Professor am Seminar für Ost- und Mitteleuropäische Studien der Universität Bremen.

Polen unterdrückt wurde, in Ostmitteleuropa eine Atmosphäre der Hoffnungslosigkeit, die viele Menschen in die Emigration zwang – wenn sie überhaupt diese Möglichkeit hatten. Es war eine andere Zivilisation, eine Zivilisation der Bedrückung, der Stagnation und Rückständigkeit. Für ihre unglücklichen Bewohner war der Westen eine bunte Welt der Freiheit und Demokratie, des Wohlstands und Konsums.

Das Ziel stand scheinbar klar vor Augen, nämlich das Versäumte nachzuholen, dem Vorbild des „Westens" zu folgen. Der Weg dahin war jedoch schwieriger als erwartet. Dennoch waren die Probleme in den ersten Jahren, den Jahren der Transformation, leichter zu verstehen und zu ertragen, da sie als Anfangsschwierigkeiten gelten konnten. Die Verlierer hatten die Hoffnung, dass sich ihre Lage bald verbessern würde. Jetzt zeigen sich aber Probleme und Mängel, die nicht direkt mit der Zeit des Umbruchs zu tun haben, sondern mit der Art und Weise, wie das neue politische und ökonomische System funktioniert. Es gibt immer mehr Hinweise dafür, dass dieses System einen Konstruktionsfehler hat und nach tieferen Reformen verlangt.

Man kann die heutige Lage nicht verstehen, wenn man dies nicht berücksichtigt, wenn man die Unzufriedenheit und Frustration nur als irrationale Reaktionen, als vorübergehende Emotionen oder als Ausbruch von Nationalismus oder Populismus versteht. Leider haben die Reaktionen auf die letzten Wahlen in Polen gezeigt, dass im westlichen Teil Europas, insbesondere in Deutschland, das Verständnis für die politischen und gesellschaftlichen Prozesse in Ostmitteleuropa sehr beschränkt ist.

Im Westen hat man eine übertrieben optimistische Einschätzung der Situation in Ostmitteleuropa gepflegt. Sie war nützlich, funktional. Man war an der Öffnung der ostmitteleuropäischen Märkte und an der Stabilisierung des neuen politischen Systems interessiert. Um so willkommener war die Vorstellung, dass eine solche Öffnung nur der Modernisierung der Wirtschaft und indirekt auch der Konsolidierung der Demokratien dient. Die Expansion der westlichen Unternehmen wurde im allgemeinen geradezu als Wohlfahrtstätigkeit für die ostmitteleuropäischen Gesellschaften verstanden. In den postkommunistischen Eliten, die einen einseitig verstandenen Liberalismus für sich entdeckten und reklamierten, sah man gute und zuverlässige Verbündete. Jetzt macht man sich im westlichen „alten Europa" Sorgen um die Arbeitsplätze, die man entweder durch Produktionsverlagerung oder durch Immigration, durch Saisonarbeiter, gefährdet sieht. Man fürchtet die Kon-

kurrenz von Firmen aus Ostmitteleuropa auf den heimischen Märkten, besonders im Dienstleistungsbereich. Plötzlich sind es die Franzosen, die die europäische Verfassung ablehnen und von der irrationalen Angst vor dem polnischen Klempner überwältigt werden. Es sind die Deutschen, die gegen die Liberalisierung und die Öffnung der Arbeitsmärkte protestieren. Jetzt befürchten sie, dass sie im Prozess der Liberalisierung und Modernisierung verlieren könnten, und sie sehen die EU immer mehr als ökonomische Bedrohung und nicht als eine Institution, die die wirtschaftliche Dynamik fördert.[1] Als jedoch hunderttausende Arbeitsplätze in Ostmitteleuropa verschwanden, haben sich natürlich im „alten Europa" keine Proteststimmen erhoben – jetzt vergisst man allzu gerne, wie viele Arbeitsplätze auch durch die Exporte nach Ostmitteleuropa hierzulande geschaffen werden.

Im westlichen „alten Europa" macht man sich Sorgen um die Arbeitsplätze, die man entweder durch Produktionsverlagerung oder durch Immigration gefährdet sieht. Man fürchtet die Konkurrenz von Firmen aus Ostmitteleuropa auf den heimischen Märkten, besonders im Dienstleistungsbereich.

Diese Einstellung zu Ostmitteleuropa verhinderte und verhindert ein tieferes Verständnis und macht einen differenzierteren Blick auf die Lage in Ostmitteleuropa unmöglich. Natürlich wussten die Osteuropaforscher, dass die Realität viel komplizierter aussieht, aber die meisten haben die große liberale Meta-Narration der Veränderung „im Osten" akzeptiert. Erst jetzt stehen solche Erscheinungen wie Korruption, Armut oder illegale Netzwerke im Vordergrund ihrer Analyse. Dies hat mit der Dominanz des Neoliberalismus in der Transformationsinterpretation und Transformationsstrategie zu tun. Nach einer solchen Auffassung gab es eigentlich immer nur eine Lösung für die postkommunistischen Gesellschaften – je mehr Markt, desto besser, je mehr Öffnung, je weniger Staat, desto schneller wird sich das Land entwickeln. Alte Ansätze, wie zum Beispiel die Dependenztheorien, die vor einer zu starken Öffnung für den Weltmarkt warnten, wurden als obsolet verworfen. Armut oder Korruption galten nur als Erbe des Kommunismus, als vorübergehende Erscheinungen.

Auch linke Autoren und Politiker, die den globalen Kapitalismus oft so heftig angreifen, bleiben merkwürdig schweigsam, wenn es um Ost-

[1] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.01.2006.

und Ostmitteleuropa geht. In Ostmitteleuropa wurden ehemalige „links“ orientierte Oppositionelle fast ausnahmslos zu Liberalen, die die wachsende Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit völlig ignorierten. Der amerikanische Politologe David Ost behauptet, dass das der Grund war, warum sie die Unterstützung der Arbeiter und anderer breiter Schichten der Gesellschaft verloren haben und warum die Arbeiter sich nach „rechts“ orientiert haben. Tatsächlich kam nur aus dem „rechten“ Lager in Ostmitteleuropa eine grundsätzliche Kritik an den nach 1989 herrschenden politischen und sozialen Zuständen. Jedoch wurde diese Kritik lange sowohl von „main stream“-Politikern und Intellektuellen in diesen Ländern als auch im Ausland als Populismus, als Antimodernismus oder als Nationalismus abgelehnt und nicht ernst genommen.

Neue Ungleichheit

In der Tat war trotz aller Fortschritte die Entwicklung nicht gleichmäßig, sondern mit vielen schmerzhaften Nebenwirkungen verbunden. Es entstanden „pockets“ der modernen Welt und des Wohlstandes in einer postkommunistischen Umgebung. Dabei sind in dieser Region neue Züge des globalisierten Kapitalismus deutlicher und krasser aufgetreten als im Westen. So stellt Richard Sennet, der zwei einflussreiche Bücher über die Kultur des neuen Kapitalismus geschrieben hat, fest, dass in diesem Kapitalismus das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie neu bestimmt wird: „Das Zentrum beherrscht die Peripherie auf eine bestimme Weise. Die Menschen an der Peripherie werden in ihren Arbeitsprozessen allein gelassen; auf der Befehlskette findet in beiden Richtungen kaum noch Kommunikation statt. Zwischen dem Schuhnäher in Thailand und dem Mailänder Modeschöpfer besteht keine soziale Beziehung ... Die Menschen an der Peripherie sind dem Zentrum nur noch für die Ergebnisse verantwortlich.“[2]

Natürlich ist Ostmitteleuropa nicht Thailand. Aber auch hier ist eine Art des Kapitalismus der Peripherie entstanden. Auch hier bestehen zwischen einer Verkäuferin bei „Auchan“ oder „Leclerc“ und den Menschen aus den Zentralen der Unternehmen keine sozialen Beziehungen. So fällt es leichter, sie zu entlassen, wenn man sie nicht mehr braucht.

[2] Richard Sennet: Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin 2005, S. 47.

Zwar brachten ausländische Investoren Kapital, neue Arbeitsplätze, Technologie, neue Unternehmenskultur und Organisationsformen nach Ostmitteleuropa, aber oft verfolgten sie sehr kurzfristige Ziele, suchten vor allem billige Arbeitskräfte. Manchmal ging es nur um die Ausschaltung möglicher Konkurrenz und um schnelle Gewinne. Es kamen viele unseriöse Unternehmen und spekulatives Kapital. Es gibt krasse Beispiele der Ausbeutung und der Unverantwortlichkeit. Dank der „kreativen Buchhaltung" entziehen sich sogar große und bekannte ausländische Unternehmen der Steuerpflicht.

Das bedeutet nicht, dass die inländischen Unternehmer besser zu bewerten wären. Die meisten Vertreter des Kapitalismus waren postkommunistischer Herkunft, miteinander verbunden durch undurchsichtige Netzwerke, mit einem Gründungskapital, das aus unbekannten Quellen stammte. In Polen, dem Land, in dem die Opposition gegen den Kommunismus am stärksten war und zur Entstehung einer solchen Massenbewegung wie der Gewerkschaft Solidarność führte, machten 1998 über 70 Prozent der Business- und Finanzeliten jene Menschen aus, die bereits zu den Wirtschaftsführungskräften des alten Regimes gehört hatten.[3] Bei den Privatisierungsprozessen schlichen sich viele Unregelmäßigkeiten und – wie man vermutet – Korruption ein. In Polen kam es nach einem Bericht der Obersten Kontrollkammer (eine Art von polnischem Bundesrechnungshof) bei über 90 Prozent der Privatisierungen zur Überschreitung des Rechts. Die Wirtschaft blieb mit der Politik verbunden. Deshalb sprachen einige Soziologen von der Entstehung eines „politischen Kapitalismus". Die Umstrukturierung führte ferner auch zu einer De-Industrialisierung vieler Regionen.

In der „osteuropäischen" Variante des Kapitalismus treten soziale Ungleichheiten viel deutlicher zu Tage als im Kapitalismus des westlichen „Zentrums", besonders in Westeuropa.

Große Verlierer in diesem ganzem Prozess waren die Industriearbeiter, die früher in Polen die Hauptkraft der Solidarność-Bewegung darstellten; aber nicht nur sie. In dieser Art des Kapitalismus treten soziale Ungleichheiten viel deutlicher zu Tage als im Kapitalismus des westlichen „Zentrums", besonders in Westeuropa. Nach dem letztem Bericht der Weltbank „Growth, Poverty, and Inequality: Eastern Europe and the Former Soviet Union" hat sich zwar die Armut

[3] Vgl. Maria Jarosz: Władza, przywileje, korupacja (Macht, Privilegien, Korruption). Warschau 2004, S. 27.

(definiert als Einkommen unter 2,15 US-Dollar pro Tag) seit 1998, dem Jahr der Finanzkrise in Russland, in dieser Region vermindert, aber sie ist immer noch größer als 1988. Heute betrifft sie 12 Prozent der Bevölkerung, damals nur 4 Prozent. Anderen Forschern zufolge beträgt zum Beispiel in Russland die Zahl derer, die in Armut leben, ein Viertel bis zur Hälfte der Bevölkerung des Landes.[4] In Polen lebten Ende 2003 12 Prozent der Bevölkerung in extremer Armut und 20 Prozent unter der relativen Armutsgrenze. Neu ist dabei die Tatsache, dass Armut in immer größerem Maße Kinder betrifft.[5]

In Polen hat sich dabei die positive Tendenz umgekehrt und zwischen 1998-2002 begann die Armut sich wieder zu vergrößern. Nach einer Studie ist Armut nach 1998 von ca. 13 Prozent der Bevölkerung auf 15 Prozent in 2001 gestiegen. Die Weltbank macht dafür nicht nur die Verlangsamung des ökonomischen Wachstums, sondern auch die wachsende Ungleichheit dafür verantwortlich. Dabei wurde die Armut immer mehr zu einem dauerhaften Phänomen, das mit einem Mangel an Qualifikationen und langfristiger Arbeitslosigkeit zusammenhängt und vor allem die Bewohner von kleinen Städten und bestimmten Regionen betrifft. Die Armen entwickeln dabei eine neue Art von Kultur, die ihre Armut zusätzlich verfestigt.

Natürlich wird in solchen Studien Armut unterschiedlich definiert und gemessen, deshalb sind die Zahlen umstritten und nicht immer vergleichbar. Jedem Beobachter der osteuropäischen und ostmitteleuropäischen Realität sind jedoch große soziale Ungleichheiten und krasse Beispiele von Armut bekannt. Sie betrifft nicht nur eine „underclass", wie in den westlichen Gesellschaften des Zentrums, sondern breite Schichten der Bevölkerung. Mehr noch – zu den Verlierern gehören auch diejenigen, die in allen anderen Länder zum Kern der Mittelschicht gehören. In Polen verdient eine Krankenschwester netto 500,- Złoty im Monat, viele Ärzte um 1.000,- Złoty.[6] Eine Rechnung in einem guten Restaurant in Warschau kann ohne weiteres mehr betragen. Medien sind voll von Berichten über pathologische Erscheinungen, über organisierte

[4] Jakob Fruchtmann: Arme in Rußland. In: Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder: Wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderung für Rußland. Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Arbeitspapiere und Materialien Nr. 62, S. 72-78, hier S. 72.

[5] Elżbieta Tarkowska: Child Poverty in Poland, in: Polish Sociological Review 3/2005, S. 237-248.

[6] 1 Złoty (PLN) hat einen Wert von ca. 0,26 € (Stand: Februar 2006).

und nicht organisierte Kriminalität, über sich ausbreitende Prostitution usw.

Die Arbeitslosenquote bleibt hoch. In Polen beträgt sie um 18 Prozent, in der Slowakei ist sie nicht viel niedriger. Dabei betrug die Langzeitarbeitslosigkeit 2004 in der Slowakei, die allseits wegen der Finanzpolitik und ihres Steuersystems gelobt wird, 11,8, in Polen 10,2 Prozent, in Deutschland 5,4 Prozent.[7] Selbst diejenigen, die Arbeit haben und nicht als arm gelten, sind frustriert, auch wenn sich ihr Lebensstandard im Vergleich zu der Periode vor 1989 verbessert hat. Viele können sich nur durch mehrere Jobs über Wasser halten und arbeiten 15-18 Stunden pro Tag.

Für viele bringt nur eine Arbeitsmigration, dauerhaft oder nur auf Zeit, Hoffnung auf ein besseres Leben. So wandern sie in die USA, nach Irland oder Großbritannien aus. Viele arbeiten in Deutschland. Damit sind aber hohe soziale Kosten verbunden. In gewissen Regionen, wie zum Beispiel in Schlesien, gibt es ganze Dörfer ohne Männer, weil sie im Ausland, in diesem Fall in Deutschland, arbeiten. Dabei zerfallen die Familien. Bekannt ist in Polen das Phänomen der „Chicago-Ehefrauen", eine Art neuer Polygamie, wenn die in USA Arbeitenden eine neue feste Beziehung eingehen und zugleich ihre Familie in Polen unterhalten.

Auf der anderen Seite entstand nicht nur die Elite der Neureichen, sondern auch eine neue Mittelschicht, die vor allem in Großstädten anzutreffen ist. Die Gehälter von Vertretern der Elite in großen privaten Firmen und Banken haben westliches Niveau erreicht und können um hunderttausend Euro liegen. Einige der Neureichen pflegen den Stil einer „ostentativen Konsumption", die in Europa eher selten ist und als bizarr gelten würde. Die neue Mittelklasse unterscheidet sich dagegen in ihrem Lebensstil kaum von ihren westlichen Vorbildern.

Die ostmitteleuropäischen Gesellschaften bleiben also gespalten, und es fragt sich, ob sie sich solche Ungleichheit leisten können und wie lange sie es noch aushalten werden. Natürlich kann man immer noch argumentieren, dass sich der Wohlstand verbreitern und die Ungleichheit vermindern wird, wenn man die Wirtschaft weiter reformiert, wenn überkommene Beschränkungen aufgehoben und die Steuersätze gesenkt werden, aber die Zweifel, dass das automatisch auch soziale und gesellschaftliche Probleme löst, wachsen.

[7] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.01.2006.

Die Ökonomie kann nicht getrennt von der Gesellschaft betrachtet werden. Die Art und Weise, wie sie funktioniert, wird durch die Gesellschaft als Ganzes beeinflusst und umgekehrt. Vielen Menschen geht es nicht nur um ihre wirtschaftliche Lage, wenn sie sich als Verlierer sehen und mit der Situation des Landes unzufrieden sind. Nach dem oben erwähnten Bericht der Weltbank ist Ostmitteleuropa eine Region mit den pessimistischsten Ansichten und der geringsten Zufriedenheit mit dem Leben. Dies hängt meines Erachtens damit zusammen, dass die Menschen auch die politische Lage schlecht bewerten und sich zusätzlich als moralische und politische Verlierer fühlen.

Nach 1989 machte man sich sehr oft im Westen Sorgen, dass sich die Demokratien in Osteuropa entweder in autoritäre Regime verwandeln oder illiberal werden würden, in Regime, die die Grundrechte der individuellen Bürger und der Minderheiten nicht beachten würden. Im Falle der Kernländer Ostmitteleuropas wie Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik war eine solche Gefahr nie besonders groß. Wie man im Laufe der Zeit feststellte, war das nicht das wichtigste Problem, sondern die Gefahr, dass die Demokratie ausgehöhlt wird, zu einer Fassade verkümmert, dass sie sich in eine Art Oligarchie verwandelt.[8]

Zwar weisen Spezialisten darauf hin, dass eine personalisierte Politik auch positive Seiten hat und überall anzutreffen ist, aber in Ostmitteleuropa hat sie deutlich pathologische Züge. Der erklärte Liberalismus war oft nur ein Deckmantel für informelle Strukturen und Netzwerke, die demokratische Prozeduren und die Prinzipien von Transparenz und Verantwortlichkeit entwerten. Bei einigen Ländern sprach man von einem neopatrimonialen Staat. Trotz des Bruchs nach 1989 gab es eine sichtbare Kontinuität aus den alten Regimen, nicht nur im Bereich der Wirtschaft. Schnell bildeten sich neuen Machteliten, die sich zum großen Teil aus den alten Kadern rekrutierten und auch einen Teil der Vertreter der ehemaligen Opposition kooptierten. Überall kamen schnell wieder Postkommunisten an die Macht; in Polen schon 1993 im Parlament und mit der Wahl von Aleksander Kwaśniewski 1995 (und dann erneut 2000) zum Präsidenten hat sich diese Macht für zehn Jahre stabilisiert. Überall spielten Angehörige der alten kommunistischen Geheimdienste eine

[8] Siehe dazu ausführlich mein Buch Demokracja peryferii (Periphere Demokratie). Gdańsk ²2004.

große Rolle.[9] Das bekannteste Beispiel ist Präsident Putin, ein ehemaliger Agent des KGB. Natürlich waren auch die Postkommunisten sehr oft pro-westlich eingestellt und traten sowohl für wirtschaftliche Reformen als auch für Demokratie ein. Dennoch zeigt die Art und Weise, wie sie ihre Macht ausgeübt haben, dass ihr Verständnis von Demokratie und Rechtsstaat beschränkt und durch den alten Habitus beeinflusst war, dass ihre Handlungsweisen durch Zynismus, Skrupellosigkeit und Machtstreben um jeden Preis gekennzeichnet waren. Politische Korruption wurde zum Merkmal des neuen Systems.

Überall im östlichen Europa kamen schnell wieder Postkommunisten an die Macht. Die Art und Weise, wie sie ihre Macht ausgeübt haben, spricht für ein eingeschränktes Verständnis von Demokratie und Rechtsstaat.

Kein Wunder, dass das Vertrauen in die Politik sehr gering bleibt. Auch die unbewältigte Vergangenheit spielt dabei eine große Rolle. Neben politischen und ökonomischen Gewinnern fühlen sich viele als moralische Verlierer. Es gibt ein Gefühl, dass nach 1989 die fundamentalen Regeln der Gerechtigkeit nicht beachtet wurden. In Polen organisieren sich erst jetzt Gruppen von ehemaligen Oppositionellen und Mitgliedern der Solidarność, um auf Grundlage ihrer Akten, die ihnen erst vor kurzem zugänglich gemacht wurden, die Vergangenheit aufzuarbeiten. Sie publizieren Listen von Geheimdienstagenten und inoffiziellen Mitarbeitern, die sie ausspioniert haben. Zu dieser Gruppe gehören ehemalige Arbeiter und Studenten, die im Gegensatz zu vielen ihrer Verfolger nach 1989 keine Karrieren gemacht haben.

Es gibt Anzeichen dafür, dass sich Ostmitteleuropa an der Schwelle eines neuen Umbruchs befindet. Als Symptome können die „Revolution in Orange" in der Ukraine und – auf einer anderen politischen und ökonomischen Entwicklungsstufe – die letzen Wahlen in Polen gelten. Ein neues Denken und Handeln ist gefragt. Natürlich kann das Streben nach einer neuen Phase der Reformen in die Irre führen. Die Unzufriedenheit kann in Populismus münden. Eines ist jedoch sicher: Ostmitteleuropa braucht eine neue friedliche Revolution, eine, die nicht gegen Demokratie und ökonomische Freiheit gerichtet ist, sondern sie erst verwirklicht und mit Solidarität und Gerechtigkeit verbindet.

9 Maria Łoś / Andrzej Zybertowicz: Privitizing the Police-State. NewYork 2000.

Andrij Waskowycz

Armut in der Ukraine

Armut hat viele Gesichter. Bettelnde alte Menschen an den U-Bahnschächten in der ukrainischen Hauptstadt Kiew, Klebstoff schnüffelnde Straßenkinder in der Ukraine, für die es keine Zukunft zu geben scheint, Menschen, die, erstaunlicherweise ordentlich gekleidet, in Mülltonnen nach Nahrungsmitteln suchen. Sie gehören zu den Verlierern der großen sozialen Umbrüche in meiner Heimat, die mit der Wende 1991 ihren Anfang genommen haben. Dabei sind sie nur die Spitze eines Eisberges, sichtbarer Ausdruck eines allgemeinen Trends zur Armut. Der offiziellen Statistik zufolge leben bis zu 80 Prozent der Bevölkerung in der Ukraine mit Einkommen unterhalb des Lebensminimums.

Gleichzeitig fällt dem Besucher der ukrainischen Hauptstadt die große Anzahl von Luxusautomobilen auf den Straßen und Luxusvillen in den Vorstädten auf – protzig zur Schau gestellte Attribute der Gewinner des gesellschaftlichen Umbruchs. Diese vergleichsweise kleine Schicht der Neureichen hat ihr Geld hauptsächlich bei der Umverteilung des kommunistischen Staatsvermögens, während der so genannten „Privatisierung" 1993-1998, gemacht, durch die „unheilige Allianz" von Wirtschaft und korrupter Politik. Der Großteil der Bevölkerung hat damals seine Ersparnisse verloren; Betriebe wurden geschlossen, Löhne und Gehälter sind rapide gesunken. So hatten die meisten Menschen keine Möglichkeit, an der Privatisierung und am wirtschaftlichen Geschehen teilzunehmen. Sie fielen in die Armutsfalle, sind Vergessene.

Nur langsam bildet sich in der Ukraine eine gesellschaftliche Mittelschicht heraus, mit der viele Menschen, insbesondere nach der „Revolution in Orange", die Hoffnung auf eine bessere Zukunft verbunden haben. Ein Jahr nach der „Revolution in Orange" ist die Euphorie und die Illusion von schnellen sozialen und politischen Veränderungen in der Ukraine jedoch verflogen. Denn mit Blick auf die Parlamentswahlen im März 2006 hat es die „orangene" Regierung nicht gewagt, unpopuläre,

Andrij Waskowycz ist der Präsident der Caritas der griechisch-katholischen Kirche in der Ukraine.

jedoch notwendige Wirtschaftsreformen radikal anzugehen. Vielmehr hat sie sich zu populistischen Maßnahmen hinreißen lassen, ohne die Perspektiven für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung aufzuzeigen. Daher bleiben Armut und ihre Folgen die dominierenden gesellschaftlichen Probleme in der Ukraine.

Die Caritas Ukraine nimmt sich der Bedürftigen an, dort wo die Not am größten ist. Prioritäten der Caritasarbeit in der Ukraine sind Hauskrankenpflege, die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen – insbesondere Straßenkindern – sowie die Bekämpfung des Frauenhandels. Eine neue Herausforderung für die Caritas ist die explosionsartige Ausbreitung von HIV-AIDS in der Ukraine.

Hauskrankenpflege

Einsame Pensionäre und Rentner haben es in der Ukraine besonders schwer. Krankheiten, Einsamkeit und unzureichender Sozialschutz machen das Leben oftmals unerträglich.

Seit 1999 hat die Caritas Ukraine in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Caritasverband ein Netzwerk ambulanter Dienste der häuslichen Pflege für alte und gebrechliche Menschen aufgebaut. 14 Sozialstationen in zwölf Städten gibt es in der Zwischenzeit, die über 700 Patienten zu Hause betreuen. Das Pflegepersonal erbringt die Leistungen, zu denen die Betroffenen selbst nicht mehr in der Lage sind. Jeder Dienst setzt sich aus Krankenschwestern und Sozialarbeitern zusammen. Sie gewährleisten die medizinische Basisversorgung der Pflegebedürftigen, besorgen den Einkauf, kochen, waschen die schmutzige Wäsche, organisieren Arztbesuche und Krankenhaustermine und erledigen Behördengänge.

Ljubow Knak wird von der Caritas seit Eröffnung der Sozialstation in der westukrainischen Stadt Lwiw im Jahre 1999 betreut. Die heute 89-jährige hat ein schweres Leben hinter sich. Im Krieg verlor sie ihren Mann und ihre drei Kinder. Im Alter lebte sie vollkommen zurückgezogen und vereinsamt. Mit fortschreitender Krankheit, Demenz und Arteriosklerose, fiel es Ljubow Knak immer schwerer, das Bett zu verlassen. Oftmals lag sie tagelang hilflos und verzweifelt in ihrem Bett. So fanden sie auch die Mitarbeiter der Caritas Lwiw vor. Sie sorgten für entsprechende medizinische Betreuung und regelmäßige Ernährung, ordneten den verwahrlosten Haushalt, brachten Nahrungsmittel, Bettwäsche und Kleidung. Nach und nach kam die Frau wieder zu Kräften

und gewann neuen Lebensmut. Seit nunmehr sieben Jahren kümmern sich die Altenpfleger der Caritas um die Frau und ermöglichen ihr, wie auch vielen hundert anderen alten Menschen, einen würdevollen Lebensabend.

Straßenkinder

Die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen in der Ukraine schlägt sich besonders stark auf das Leben von Kindern nieder. Dies betrifft insbesondere Waisenkinder. Auch die Zahl der so genannten „Sozialwaisen" aus Problemfamilien mit drogen- oder alkoholabhängigen Eltern wächst ständig an. Kinder solcher Eltern sind hilflos Gewalt und Missbrauch in der Familie ausgesetzt und reißen von zu Hause aus. In vielen Fällen zwingt soziale Not einen oder beide Elternteile, ihre Kinder langfristig der „Obhut" von Großeltern oder Nachbarn zu überlassen und Arbeit im Ausland zu suchen. Oftmals geraten solche Kinder unter den negativen Einfluss der „Straße". Die Folgen sind Drogen- und Alkoholmissbrauch sowie Kriminalisierung der Kinder und Jugendlichen.

Bettelnde, verwahrloste Kinder begegnen uns in den Großstädten der Ukraine auf jedem Schritt und Tritt, auf den Straßen, in Bahnhöfen, öffentlichen Gebäuden und Geschäften. Sie sind schlecht gekleidet, schmutzig, barfüßig und hungrig. Jedes dieser Kinder zeigt Anzeichen von Krankheiten oder körperlicher Gewaltanwendung. Bei manchen erkennen wir die Neigung zum Konsum von Alkohol, Nikotin oder Drogen. Stark verbreitet unter den Straßenkindern ist das Schnüffeln von Klebstoffen, das nachhaltige körperliche und geistige Schäden bewirkt. Sie übernachten in Bahnhöfen, Hausgängen und Kellergeschossen, in Kanalisationsschächten oder auf Baustellen auf nacktem Zement. Ihre Zukunftsperspektiven sind erschreckend.

Erste Versuche der Caritas Ukraine, die Betreuung von Straßenkindern in speziell eingerichteten Jugendzentren zu organisieren, zeitigten keine nachhaltigen Erfolge. Straßenkinder nahmen die angebotenen Hilfeleistungen kaum in Anspruch. Im Jahre 2003 änderte die Caritas Ukraine ihren Ansatz und führte mobile Sozialstationen für Straßenkinder als Modellprojekt in Chmelnytskyi und Lwiw ein. In diesen Städten fahren Mitarbeiter der Caritas in einem umgebauten Minibus die Treffpunkte der Straßenkinder an. Das Team der mobilen Sozialstation besteht je-

weils aus einem Sozialarbeiter, einem medizinisch geschulten Mitarbeiter und einem Psychologen. Sie bieten den Kindern warme Mahlzeiten und Kleidung an, leisten notwendige medizinische Hilfen und versuchen, durch Gespräche das Vertrauen der Kinder zu gewinnen und gemeinsam mit ihnen Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Bei den ersten Begegnungen reagieren die Kinder oft misstrauisch und sogar feindselig. Doch nach und nach gelingt es den Streetworkern, ein Vertrauensverhältnis zu den Kindern aufzubauen und ihnen Alternativen zum Leben auf der Straße zu vermitteln. Die Schwierigkeit dabei ist, dass es bisher, neben staatlichen Kinderheimen, kaum angemessene Einrichtungen für Straßenkinder gibt, die eine nachhaltige Integration der Kinder in die Gesellschaft gewährleisten. Neuerdings arbeiten staatliche Jugendbehörden verstärkt mit nichtstaatlichen Organisationen zusammen, um Konzepte zur Anstaltserziehung zu entwickeln. Nur durch aktive Zusammenarbeit der staatlichen Stellen und nichtstaatlicher Organisationen kann das Problem der Straßenkinder in der Ukraine einer Lösung näher gebracht werden.

Frauenhandel

Besonders schwierig ist die wirtschaftliche Lage der Frauen in der Ukraine. Die offizielle Arbeitslosenstatistik weist zu 80 Prozent Frauen auf. Aber auch im Berufsleben sind Frauen stark benachteiligt. Das durchschnittliche Einkommen berufstätiger Frauen beträgt nur 53 Prozent des Einkommens ihrer männlichen Kollegen. Der Weg zu Führungspositionen ist ihnen überwiegend versperrt. Mangelnde Perspektiven im eigenen Land drängen daher viele Frauen zur Migration. Nicht selten geraten sie bei der Planung und Durchführung ihres Migrationsprojekts in die Hände von skrupellosen Frauenhändlern und werden zur Prostitution gezwungen.

Aufklärung über Praktiken der Menschenhändler und psychosoziale Betreuung der Opfer stehen im Mittelpunkt der Caritasarbeit bei der Bekämpfung des Frauenhandels. Seit mehreren Jahren führt die Caritas Ukraine ein Projekt durch, bei dem Frauen, die im Ausland Opfer von Menschenhandel geworden sind, nach ihrer – oft durch Abschiebung erfolgten – Rückkehr unterstützt werden. Sie bekommen eine sichere Unterkunft, werden psychologisch betreut und erhalten Hilfen bei der beruflichen Neuorientierung.

In vier ukrainischen Städten sind Frauenberatungsstellen der Caritas aktiv, die ausreisewillige Frauen über Gefahren der Migration aufklären, über Hilfsangebote im Ausland informieren und Rückkehrerinnen bei der Reintegration in der Heimat helfen.

Drogen und Alkohol

Massenarbeitslosigkeit, geringer Sozialschutz und ungewisse Zukunftsperspektiven haben in der Ukraine zu einem erschreckenden Anstieg des Drogen- und Alkoholkonsums geführt. Der „Genuss" von Alkohol wird in der Gesellschaft uneingeschränkt akzeptiert. Im Fernsehen und in den Printmedien wird aufdringlich für Alkohol und Zigaretten geworben. Alkoholische Getränke sind relativ billig, andere Drogen leicht zugänglich.

Die Caritas Ukraine hilft drogen- und alkoholkranken Menschen durch die Organisation von Selbsthilfegruppe nach der Methode der „Anonymen Alkoholiker". Im April 2004 hat die Caritas Sambir-Drohobych das Rehabilitationszentrum „Nazaret" gegründet. Im Zentrum werden alkohol- und drogenabhängige Männer aus den Gruppen der Anonymen Alkoholiker und Anonymen Drogenabhängigen betreut, die dem Alkohol und den Drogen abgeschworen haben. Zum heutigen Zeitpunkt leben zehn Männer im Zentrum und nehmen am Therapie- und Rehabilitationsprogramm teil. Ziel der Entgiftungs- und Entwöhnungsbehandlung ist die gesellschaftliche Rehabilitation und Adaption der Patienten mit der Perspektive der Eingliederung des Patienten in Arbeit und Beruf. Dieses Ziel soll im Rahmen einer therapeutischen Gemeinschaft durch Arbeitstherapie, systematische Beratung und Gruppentherapie sowie gegenseitige Unterstützung der Patienten erreicht werden. Die Patienten leben im Zentrum mindestens sechs Monate. Das Rehabilitationszentrum „Nazaret" ist das erste Zentrum dieser Art in Trägerschaft der Caritas und der griechisch-katholischen Kirche in der Ukraine.

HIV/AIDS

In Zusammenhang mit massenhaftem Drogenkonsum in der Ukraine steht auch die anfängliche Verbreitung von HIV-AIDS in der Ukraine,

denn von den geschätzten 600.000 regelmäßigen Drogenkonsumenten sind 15 bis 20 Prozent HIV-positiv. Nach Einschätzung von Dr. Clemens Ochel vom Missionsärztlichen Institut in Würzburg beschränkt sich jedoch die Infektionsgefahr zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr auf diese und andere Risikogruppen. Die Zahl der HIV-infizierten Menschen in der Ukraine wird heute auf über 500.000 geschätzt, mit unabsehbaren Folgen für die weitere Entwicklung des Landes.

Die Caritas Ukraine hat ihr Engagement bei der Bekämpfung von HIV/AIDS mit einem Projekt zur Betreuung HIV-infizierter Kleinkinder im ostukrainischen Kohlerevier Donezk begonnen. In Zusammenarbeit mit der örtlichen Kinderklinik werden die Kleinkinder während des Krankenhausaufenthalts und bei der Rückkehr in ihre Familien mit Nahrungsmitteln, Kleidern, Vitaminen und Medikamenten versorgt. Ende 2005 haben ambulante Dienste der Caritas für HIV-infizierte und AIDS-kranke Menschen in den Städten Donezk, Odessa und der ukrainischen Hauptstadt Kiew ihre Arbeit aufgenommen.

Dies sind nur einige Schlaglichter auf die sozialen Probleme in der Ukraine. Angesichts des beschriebenen Ausmaßes der sozialen Not und ihrer Folgen erfordert die Bekämpfung der Armut das gemeinsame Handeln der gesamten Gesellschaft. Die Caritas Ukraine leistet ihren Beitrag. Sie setzt Zeichen christlicher Solidarität und hilft mit Unterstützung ihrer Partner im In- und Ausland dort, wo die Not am größten ist.

Walenty Poczta

Folgen der polnischen Integration in die EU für die Landwirtschaft

Einführung

Die Einbettung der Landwirtschaft in die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die Ansetzung fast der Hälfte des EU-Haushalts für diesen Bereich führt dazu, dass die Wirkung dieser Finanzmittel bei der Einschätzung der Integration in den neuen EU-Mitgliedstaaten eine sehr große Bedeutung hat. Besonders gilt dies auch für Polen, und zwar aus Gründen der relativ großen wirtschaftlichen und sozialen Rolle des Agrarsektors und wegen der Entwicklungsverspätung des ländlichen Raums. Die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt bewirkt einen Prozess der Preisangleichung und neuer Einnahmemöglichkeiten für die Bauern als Folge höherer Nachfrage, gestiegener Preise und ökonomischer Unterstützung durch die GAP. Viele Analysen vor und nach dem EU-Beitritt belegen, dass mit den wirtschaftlichen Veränderungen eine wesentliche Verbesserung der Einkommenssituation der polnischen Landwirtschaft verbunden ist. Das bestätigt eine Aussage der Generaldirektion Landwirtschaft der Europäischen Kommission, wonach „die Situation in den neuen Mitgliedsländern vier Monate nach der Erweiterung als positiv eingeschätzt werden kann."[1]

Man darf allerdings nicht vergessen, dass eine Verbesserung der Einkommenssituation in der Landwirtschaft nicht in allen landwirtschaftlichen Betrieben stattgefunden hat. Generell muss das Einkommensniveau in der polnischen Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Berufsgruppen als niedrig eingestuft werden. Verschärft wird die Situation durch verschiedene Faktoren, die einer Einkommensverbesserung hemmend entgegen stehen.

Die kurze Zeit, die seit dem polnischen EU-Beitritt vergangen ist,

[1] Vgl. zum Ganzen: European Commission Directorate-General for Agriculture. Prospects for agricultural markets and income 2004-2011 for EU 25. Brüssel 2004.

Der Autor ist Dozent an der Landwirtschaftsakademie in Posen.

erlaubt noch kein eindeutiges Urteil über den Einfluss der Integration auf die polnische Landwirtschaft. Zu beachten sind folgende Aspekte:

- Die Informationen über direkte Integrationsfolgen für den Agrarsektor liegen noch nicht vollständig vor.
- Die indirekten Integrationsfolgen – sowohl gewünschte als auch unerwünschte – sind noch weniger bekannt.
- Einige Prozesse wie etwa der Strukturwandel zeigen sich nur in einer mittel- oder langfristigen Perspektive.
- In der Landwirtschaft bestehen relativ lange Produktionszyklen, weswegen die Integrationsfolgen auch erst in langfristiger Perspektive richtig beurteilt werden können.
- Viele GAP- und Strukturhilfemaßnahmen befinden sich erst in der Startphase, ihre Folgen können deshalb natürlich noch nicht eingeschätzt werden.

Die erste Einschätzung der Integrationsfolgen muss sich also durch große Vorsicht auszeichnen, die daraus gezogenen Schlussfolgerungen müssen in dem Maße, in dem neue Informationen auftauchen, regelmäßig überprüft werden.

Der vorliegende Beitrag versucht, die Situation der polnischen Landwirtschaft am Ende des Jahres 2004 zu beurteilen, und berücksichtigt besonders den Integrationseinfluss in bestimmten Sektoren und in ausgewählten Modelltypen der landwirtschaftlichen Betriebe. Die Analysen beruhen auf den Daten aus polnischen und europäischen Statistiken, die Informationen aus den Institutionen und die Primärdaten stammen aus ausgewählten landwirtschaftlichen Betrieben. In einigen Fällen mussten Schätzungen zugrunde gelegt werden.

Die Integrationsfolgen für die Landwirtschaft – Sektoranalyse

Die folgende Sektoranalyse (Analyse im Hinblick auf die Produktion bestimmter Produkte) bezieht sich auf die Schätzung der Einnahmen aus der landwirtschaftlichen Produktion und auf die Produktionsaufwendungen im Vergleich zur Periode unmittelbar vor der Integration, d. h. zu den Bedingungen des Jahres 2003. Die Berechnungen für die Landwirtschaftseinnahmen aus dem Direktverkauf und aus dem Marktverkauf wurden nach dem vereinfachten Warenkorb durchgeführt, die Einnahmen aus der Verkaufsproduktion um die direkten Erzeugerbeihilfen und die Beihilfen für benachteiligte Gebiete vergrößert. Außerdem wurden verschiedene Varianten von GAP-Zahlungen angenommen.

Selbstverständlich können die Ergebnisse dieser ersten Analyse nur als Eingangsschätzung betrachtet werden, die aber immerhin einen gewissen Trend anzeigen. Folgende Schlussfolgerungen können formuliert werden:

- Im *Niveau der Ankaufpreise* sind erhebliche Veränderungen eingetreten. So sind die Preise für Zuckerrüben um mehr als 60 Prozent gestiegen, die Preise für Schweinefleisch und Rindfleisch um ca. 30 Prozent, der Preis für Milch um ca. 20 Prozent. Hingegen sind die Ankaufpreise für Raps und Getreide erheblich gesunken.
- Veränderungen gab es auch in der *Struktur des Marktverkaufs,* als Folge der Veränderungen des Verkaufsvolumens und der Preise. So ist besonders die Bedeutung des Getreideankaufs gesunken; das Getreide steht jetzt in der polnischen Landwirtschaft hinsichtlich des Ankaufs nur noch an fünfter Stelle (hinter Milch, Fleisch, Geflügel und Zuckerrüben).
- Die *Einnahmen in der Landwirtschaft* wurden im Jahr 2004 im Vergleich zu 2003 wesentlich durch direkte Erzeugerbeihilfen ergänzt und sind dementsprechend unterschiedlich stark angestiegen. Dort, wo (a) von einem Drittelanteil direkter Erzeugerbeihilfe auszugehen ist, wuchsen die Einnahmen um 16,6 Prozent; (b) bei der hundertprozentigen Berücksichtigung der direkten Erzeugerbeihilfe wuchsen die Einnahmen um 28,3 Prozent; (c) schließlich betrug die Steigerung dort, wo neben der hundertprozentigen Erzeugerbeihilfe weitere Beihilfe für benachteiligte Gebiete gewährt wurde, sogar 33,1 Prozent.
- Festzustellen ist auch ein deutlicher *Anstieg der Produktionsmittelpreise* um 18,3 Prozent.
- Insgesamt ist in dem untersuchten Zeitraum auch das *Nominaleinkommen* angestiegen. Bei den drei angeführten Formen der Unterstützung betrug die Steigerung bei (a) 10-14 Prozent, bei (b) 40-43 Prozent und bei (c) 50-55 Prozent.

Generell kann man sagen, dass sich die Situation der polnischen Landwirtschaft unter Zugrundelegung der Sektoranalyse wesentlich verbessert hat.

Integrationsfolgen für ausgewählte Typen landwirtschaftlicher Betriebe

Nun sollen die Folgen der Integration für einzelne Betriebe untersucht werden. Dabei ist zu beachten, dass die untersuchten Höfe Modellcha-

rakter tragen, viele Daten entsprechen Durchschnittswerten. Jeder landwirtschaftliche Betrieb zeichnet sich in der Praxis durch spezifische Produktionsbedingungen, unterschiedliche Volumina, Struktur und Qualität der Produktionsressourcen, Produktionstechnologien, Einbindung in Marktstrukturen usw. aus. Bei Schaffung der Modelltypen landwirtschaftlicher Betriebe hat man sich vor allem von der Größe des Betriebs und von der Produktionsstruktur leiten lassen. Außer diesen zwei Faktoren wurden weitere Aspekte berücksichtigt, die eine möglichst breite Differenzierung zuließen. Es wurde aber vorausgesetzt, dass sich mit Ausnahme des kleinsten Betriebs (Nr. I) die Produktionstechnologie in den anderen Betrieben auf einem hohen Niveau befindet, d. h. höher als der Durchschnitt in der polnischen Landwirtschaft. Diese Voraussetzung basiert auf der Annahme, dass in den Betrieben mit überdurchschnittlicher Größe auch die Technologien moderner und die Kenntnisse des Hofbetreibers besser seien.

Die Analyse ging von folgenden Voraussetzungen aus:

- Die Preise der tierischen Produktion im Jahr 2004 wurden als durchschnittliche angenommen, die Preise der pflanzlichen Produktion wurden als Preise nach der Ernte angenommen.
- Eingerechnet wurden direkte Erzeugerbeihilfen für das Jahr 2004 ohne Rücksicht darauf, ob diese schon wirklich eingelöst wurden.
- Für die direkten Kosten der landwirtschaftlichen Produktion wurden die Kosten der Beratungsstelle Minikowo angesetzt.
- Indirekte Kosten und Amortisation im Jahr 2004 wurden nach der Publikation „Produktion, Kosten und Einkommen ausgewählter landwirtschaftlicher Produkte in den Jahren 2001-2003“[2] angenommen und modifiziert, d. h. sie wurden um das durchschnittliche Wachstum der direkten Kosten (18,3 Prozent) erhöht.
- Außerdem wurde angenommen, dass pro Haushalt nur zwei Personen mit einer Vollstelle im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt sind.
- Die Arbeitskosten der festen Lohnarbeiter wurden auf der Basis des Durchschnittslohns von Arbeitskräften in der Landwirtschaft geschätzt und zu den direkten Kosten hinzugezählt.

Um den Integrationseinfluss auf die landwirtschaftlichen Betriebe zu

[2] A. Skarżyńska / I. Augustyńska-Grzymek / I. Ziętek: Produkcja, koszty i dochody wybranych produktów rolniczych w latach 2001-2003. IERiGŻ (Institut für Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft). Warschau 2004.

bestimmen, wurden zusätzlich analog zur Sektoranalyse bestimmte finanzielle Einflüsse (Erzeugerbeihilfen, Abschreibungsmöglichkeiten usw.) berücksichtigt, die hier nicht im einzelnen aufgeschlüsselt werden sollen. Statt dessen folgt eine Kurzbeschreibung der Betriebstypen.

Untersuchte Betriebe

Betrieb I
Die Betriebsgröße liegt bei 8,5 Hektar. Verglichen mit der Lage der polnischen Gesamtwirtschaft ist der Hof als durchschnittlich einzustufen: Der beackerte Boden hat eher geringe Qualität, die Produktion ist wenig intensiv. Dieser Betriebstyp fährt wegen der geringen Produktion und der niedrigen Produktivität ein negatives landwirtschaftliches Nettoeinkommen ein. Die Unterstützung durch direkte Erzeugerbeihilfen verbessert zwar die ökonomische Situation, führt aber zu keiner deutlichen Änderung in der Situation der bäuerlichen Familie.

Betrieb II
Dieser Typ mit einer Größe von 15 Hektar findet sich häufig in Polen. Die Böden sind in diesem Fall ziemlich gut, der Erzeuger betreibt eine intensive landwirtschaftliche Produktion mit den Schwerpunkten Milch und Zuckerrüben. Die EU-Integration sorgt dafür, dass in einem solchen Betrieb mit hoher Verkaufsquote und günstiger Produktionsstruktur das Familieneinkommen gesichert ist. Für Modernisierungs- oder Anpassungsmöglichkeiten aus eigener Kraft reicht das Einkommen jedoch nicht.

Betrieb III
Auch diese Art von Betrieb (ebenfalls mit 15 Hektar Fläche) findet sich oft in Polen. Der Unterschied liegt allerdings in den schlechteren Böden und in der weniger intensiven landwirtschaftlichen Produktion. In diesem Fall handelt es sich um Schweineproduktion (200 pro Jahr). Die äußerst günstige Preisentwicklung auf diesem Sektor seit dem zweiten Quartal 2004 hat die wirtschaftliche Situation dieser Höfe erheblich verbessert und einen Modernisierungsschub angestoßen.

Betrieb IV
Mit einer Größe von 30 Hektar zählt dieser Betrieb zu den für polnische Verhältnisse relativ großen Anlagen. Die Böden haben in diesem Fall mittlere Qualität, sodass hauptsächlich Weidewirtschaft betrieben wird.

Hauptproduktionszweig ist die Milchproduktion mit 25 Kühen (Leistung: 6000 l pro Jahr). Durch die EU-Integration ist die Leistung um 22 Prozent angestiegen. Das Einkommen aus einem solchen Betrieb mit mittlerer Produktionsintensität, hoher Verkaufsproduktion und günstiger Produktionsstruktur ernährt seine Betreiber und lässt auch kleinere Investitionen zu.

Betrieb V

Hier ist von 50 Hektar auszugehen, einer für Polen ziemlich großen Fläche. Die Böden haben in diesem Fall jedoch schlechtere Qualität, der Anbau von Futtergetreide ist weniger intensiv. Hauptproduktionsrichtung ist in diesem Fall die Schweinezucht (1.000 Tiere pro Jahr). Das Einkommen ist um mehr als 90 Prozent angestiegen. Damit ist die Existenz der Betreiber gesichert, ebenso sind Investitionen möglich. Die langfristigen Entwicklungschancen sehen nicht schlecht aus. Allerdings darf man nicht vergessen, dass der Schweinemarkt unter starken Absatz- und Preisschwankungen leidet.

Betrieb VI

Auch hier wird die große Fläche von 50 Hektar angenommen. 80 Prozent der ganzen Nutzfläche bestehen aus Weideland, der Betrieb ist auf Viehproduktion (50 Stück im Jahr) spezialisiert. Die hohen Viehpreise und Erzeugerbeihilfen haben die ökonomische Situation verbessert, dennoch bleibt das Einkommen negativ. Der Produktionsumfang ist nicht genügend groß, um kostendeckend zu arbeiten. Der Betrieb kann aber mit anderen Unterstützungshilfen aus der GAP (Beihilfen für benachteiligte Gebiete, Agrar-Umwelt-Programme) rechnen.

Betrieb VII

Es handelt sich um eine sehr große Anlage mit 300 Hektar Nutzfläche in guter Qualität, die Getreide, Raps und Zuckerrüben produziert, aber kein Vieh hält. Die Analyse zeigt, dass Betriebe, die sich durch großen Produktionsumfang und hohe Arbeitsleistung auszeichnen, am meisten von den positiven Wirkungen der GAP profitieren. Trotz des Preisrückgangs bei Getreide haben solche Betriebe gute Entwicklungsperspektiven.

Betrieb VIII

Der Betrieb verfügt über 1.000 ha Nutzfläche von guter Qualität; es ist ein typischer Betrieb, auf dem Getreide produziert wird, jedoch keine Tierzucht stattfindet. Nur in diesem Betrieb hat sich das Einkommen

verkleinert. Das bedeutet aber keine Gefahr für die Entwicklung des Hofes, denn der Betrieb erhielt vor der Integration finanzielle Unterstützung durch die Agentur für Agrarmarkt und konnte deswegen sehr hohe Gewinne erreichen. Wenn der Betreiber auf Tierzucht oder z. B. auf Zuckerrübenanbau wechselt, werden sich die ökonomischen Bedingungen des Betriebs in der EU-Situation verbessern.

Ausblick

Mit Ausnahme des zuletzt vorgestellten Betriebstyps kann man sagen, dass sich mit der EU-Integration in den polnischen landwirtschaftlichen Betrieben wesentliche Verbesserungen abzeichnen. Der Lebensstandard der auf dem Land und von der Landwirtschaft lebenden Familien wird allmählich steigen. Gleiches gilt auch für die in Gang gekommene Modernisierung der Höfe.

Gleichzeitig – und das sollte man betonen – werden durch die Mittel der GAP kleine Höfe in ihrer Existenz bestärkt und Arbeitsplätze auf dem Land erhalten.[3] Allerdings müssen diese kleineren Betriebe weitere Anstrengungen unternehmen, um im europäischen Wettbewerb bestehen zu können. Auch wenn eher zu Optimismus als zu Pessimismus Anlass besteht, muss an den Beginn der vorliegenden Untersuchung erinnert werden: Die Datenbasis beruht auf sehr frühen und z. T. vagen Schätzungen über die Entwicklung der Landwirtschaft in Polen. Mittelfristig können sowohl Konjunkturschwankungen als auch globale Prozesse gravierende Veränderungen hervorrufen.

[3] Diese recht optimistische Einschätzung der Zukunft der polnischen Landwirtschaft darf nicht über die Existenznöte vieler polnischer Kleinbauern hinwegtäuschen. Hier ist immer wieder auch die Rede von „Polen A“ und „Polen B“. Vgl. dazu etwa Christian Tenbrock („Polen A und Polen B. Beim größten EU-Neumitglied brummt die Wirtschaft – zum Wohle der urbanen Elite“, in: Die Zeit, Nr. 36, 26.08.2004) über die Zukunft Polens nach dem EU-Beitritt: „Polen A, das ist das Polen der Exporteure, der dünnen Schicht der Reichen und der wachsenden urbanen Mittelklasse ... Polen B allerdings profitiert vom Aufschwung nicht. Polen B ist das Polen großer Teile der ländlichen Bevölkerung, der überwiegend schlecht ausgebildeten Arbeitslosen und all jener Menschen, die beim Wandel zur Marktwirtschaft zurückgeblieben sind ... Polen B überlebt mit der eigenen Kuh und dem eigenen Gemüsegarten oder Schwarzarbeit zu Hause und jenseits der westlichen Landesgrenzen.“ Neben den Strukturproblemen der Landwirtschaft muss in diesem Kontext auch an die Probleme der Schwerindustrie (z. B. in Oberschlesien) erinnert werden, wo der Strukturwandel schmerzhafte Einschnitte erfordert hat (Anm. d. Redaktion).

Ivan Đorđević

Chinesen in Serbien – (un)erwünschte Gäste

Lärm, weggeworfene Pappkisten, aufgetürmte Verpackungsreste, Menschen mit riesigen Taschen in den Händen eilen umher, Verkehrschaos – so sieht es heute auf dem Markt in der Belgrader Siedlung „Blok 70" aus. Vor einigen Jahren befand sich an dieser Stelle derselbe Markt, doch während davor nur wenige Autos parkten, saßen die Händler untätig vor ihren Läden in Erwartung der seltenen Kunden. Der Grund für solch einen dramatischen Wechsel liegt in der Tatsache, dass der erwähnte Handelsmarkt zum Haupthandelsplatz der nach Belgrad eingewanderten chinesischen Staatsbürger wurde.

Die Einwanderung von Chinesen in diesen Teil Europas ist ein Prozess, den man seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts, nach der Öffnung der ehemaligen Länder des Ostblocks gegenüber dem Rest der Welt, verfolgen kann. Diese Tendenz kam vor allem in Ungarn zum Vorschein, dessen Regierung im letzten Jahrzehnt die chinesische Immigration stark unterstützt hat, indem sie Chinesen den Erwerb der Staatsbürgerschaft ermöglichte. In Serbien verlief dieser Prozess aufgrund der Periode von Krisen und Kriegen, hervorgerufen durch den Zerfall des ehemaligen Jugoslawien, etwas anders. Doch trotz der ungünstigen Bedingungen im Lande, das durch die ökonomische Blockade kräftig durchgerüttelt wurde, finden sich bereits 1997 erste Anzeichen chinesischer Zuwanderung. Am Anfang fiel der Zufluss chinesischer Staatsbürger noch relativ gering aus und ihre Aktivitäten beschränkten sich auf die Eröffnung einzelner Läden mit gemischten Waren, in denen von Hochqualitätsprodukten bis zu ausgesprochen günstigen Massenwaren alles zu finden war. Relativ günstige Kredite, mit denen der chinesische Staat seine Bürger zu einer Geschäftsgründung in Serbien stimulierte, trugen zur allmählichen Erhöhung der Zahl der Chinesen in Serbien bei.

Da es keine offiziellen Angaben gibt, ist die genaue Zahl der Chinesen

Ivan Đorđević arbeitet als Ethnologe und Anthropologe am Ethnografischen Institut der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Belgrad.

in Serbien unbekannt. Schätzungen gehen von zehn- bis sogar fünfzigtausend Menschen aus, während die Quellen, die dieser Gemeinschaft nahe stehen, behaupten, dass deren Zahl nicht einmal die von dreitausend angemeldeten chinesischen Staatsbürgern auf dem Territorium des gesamten Serbien übersteigt. Die größte Gruppe lebt in Belgrad und ist vor allem in der bereits erwähnten Siedlung „Blok 70" untergebracht. Hier befindet sich das Zentrum ihres Handels, verteilt auf zwei Märkte. In anderen Stadtteilen gibt es nur vereinzelte Geschäfte, deren Besitzer Chinesen sind.

Die primäre Tätigkeit, der die Chinesen in Serbien nachgehen, ist der Handel. Der größte Teil der chinesischen Staatsbürger besitzt selber ein Geschäft oder ist in einem der Geschäfte beschäftigt, in welchen Artikel verschiedenster Art – deren Hauptmerkmal ein niedriger Preis ist – verkauft werden. Am Anfang funktionierten die meisten chinesischen Geschäfte nach dem Prinzip des Kleinhandels. Durch die Vergrößerung der chinesischen Gemeinde und der wachsenden Nachfrage nach chinesischen Handelsgütern ist der Großhandel zu einem wichtigen Segment in deren Tätigkeit geworden. Die ausgesprochen geringe Kaufkraft der Bevölkerung in Serbien – als Folge des ökonomischen Kollapses in den Neunzigern – machte die chinesischen Produkte, vor allem Textilien, über Nacht zur sehr gesuchten Ware. Und obwohl die Bürger sich der schlechten Qualität dieser Waren bewusst waren, wurden sie durch den ökonomischen Zwang zu regelmäßigen Kunden auf dem Markt, der nun populär „Beim Chinesen" genannt wurde. Die Tatsache, dass der Großhandelspreis dieser Waren deutlich geringer war als der der in Serbien produzierten Ware, führte schließlich dazu, dass nun am chinesischen Markt nicht nur die Ladenbesitzer aus Belgrad einkauften, sondern auch ein großer Teil der anderen Händler aus ganz Serbien. Steigende Nachfrage und steigender Umsatz führten auch zu einem mannigfaltigen Angebot an verschiedensten Waren, sodass man heutzutage am chinesischen Markt praktisch alles Erdenkliche für den Haushalt kaufen kann. Interessant ist, dass neben Repliken von berühmten ausländischen Firmen im letzten Jahr auch Plagiate bestimmter serbischer – auf dem heimischen Markt beliebter – Warenmarken zu finden sind. Besagte Plagiate werden auch in China produziert, sind aber nach dem Transport immer noch billiger als die entsprechenden Originale.

Herkunft und Strukturen der chinesischen Gemeinschaft

Die meisten Mitglieder der chinesischen Gemeinde in Serbien stammen aus zurückgebliebenen und armen südlichen Gebieten Chinas. Diese Bevölkerung zeichnet eine große Vitalität und Anpassungsfähigkeit aus, die sich in der Fertigkeit zur Erschaffung eines erträglichen Ambientes zeigt, in welchen Gebieten auch immer sie sich befinden mag. Im Zusammenhang mit dieser Tatsache ist eine wesentliche Charakteristik der chinesischen Gemeinschaft in Serbien ihre ausgesprochene Abschottung gegenüber dem lokalen Umfeld. Es ist sehr schwer, irgendeine Kommunikation mit ihnen aufzunehmen, einerseits aufgrund der sprachlichen Barriere und andererseits wegen des ausdrücklichen Misstrauens, das die Chinesen gegenüber ihrem Umfeld zum Ausdruck bringen. Gesprächsversuche mit ihnen – auch mit Hilfe eines Dolmetschers – werden hauptsächlich aufs Wiederholen von allgemeinen Aussagen über das Leben in Serbien reduziert, während jegliche weitere Unterhaltung mit der Ausrede, dass man die örtliche Lage nicht kenne und man einen anderen Gesprächspartner suchen solle, abgelehnt wird. Viele Probleme, mit denen diese Gemeinschaft zu kämpfen hat, werden intern geregelt. Nur selten vermitteln die örtlichen Behörden oder sogar die chinesische Botschaft. Chinesische Diplomaten treten nur dann als Autoritäten auf, wenn es um ernste Angelegenheiten geht, während die gewöhnliche Kommunikation zwischen Ausländern und deren diplomatische Vertretung auf ein Minimum reduziert wird. Kenner der Lage in dieser Gemeinschaft sagen, dass in Serbien eine örtliche Mafia-Gruppe tätig ist – unter Chinesen als „schwarze Gemeinschaft" bekannt. Der Tätigkeitsbereich dieser kriminellen Organisation ist nur auf einen lokalen Rahmen beschränkt, sodass Interventionen seitens der serbischen Polizei selten sind.

In der chinesischen Gemeinschaft in Serbien gibt es eine klare Hierarchie. Diese aber basiert nicht auf dem sozialen Status, welchen man in China hatte, da die meisten Chinesen in Serbien aus ähnlichen sozialen Gruppen und zu einem hohen Prozentsatz auch aus demselben Territorium kommen. Entscheidend bei der Machtverteilung sind die Aufenthaltslänge im Lande und die daraus folgende ökonomische Macht. Trotz der ausgesprochenen Verschlossenheit gegenüber ihrem Umfeld beachten die chinesischen Bürger in Serbien im Großen und Ganzen die hiesigen Gesetze. Gesetzeskonflikte sind sehr selten, eventuelle Probleme mit den staatlichen Vorschriften werden ohne weiteres geklärt. Den

Wunsch, ihre Hochachtung gegenüber dem Staat zum Ausdruck zu bringen, kann man am besten am Beispiel der Überflutungen des letzen Jahres in Südserbien erkennen. Damals traf die Vereinigung der chinesischen Händler auf Eigeninitiative in zwei Fällen die Entscheidung, in die betroffenen Gebiete beträchtliche humanitäre Hilfe zu schicken. Aber auch der Staat schaut wohlwollend auf die Chinesen in Serbien, vor allem aus ökonomischen Gründen. Auf der einen Seite bringt der Handel über die Steuereinnahmen Gelder in die Staatskasse, während auf der anderen Seite die sehr billigen chinesischen Waren auch Bürgern mit einer geringen Kaufkraft eine gewisse Versorgung gewähren – so kauft der Staat in gewisser Weise den sozialen Frieden.

Wie bereits anhand des Angeführten zu sehen ist, ist die Integration der chinesischen Gemeinschaft ins lokale Umfeld ausgesprochen gering. Diese Lage hat man bis zur „Wende vom Oktober" (2000) in Serbien, also bis zum Sturz von Milošević, mit der Tatsache erklärt, dass Serbien für die meisten Chinesen, die sich hier vor den Türen der Europäischen Union – die das eigentliche Ziel war – ansiedelten, nur als ein Transitland diente. Obwohl dies für einige auch heute noch der Fall ist, entschloss sich ein größerer Teil der chinesischen Staatsbürger, nach dem Ende des Regimes von Slobodan Milošević dauerhaft in Serbien anzusiedeln. Die erste Zuwanderergeneration zeigt eine starke Tendenz, die Autarkie der chinesischen Gemeinschaft zu bewahren, während der Wunsch nach gesellschaftlicher Integration auf die eigenen Kinder projiziert wird. Diese Tendenz ist in den letzten zwei Jahren besonders offensichtlich geworden, da sich viele chinesische Eltern dazu entscheiden, ihre Kinder heimischen Kindermädchen oder Tagesmüttern anzuvertrauen. Viele Kinder verbringen sogar die ganze Woche im Haushalt ihrer Tagesmütter und sehen ihre Eltern nur ein- oder zweimal in der Woche. So wird ein zweifaches Ziel erreicht: Die Kinder beherrschen perfekt die serbische Sprache, und die lokale Gemeinschaft gewöhnt sich an ihre Anwesenheit und betrachtet sie nicht mehr als Fremde. Allerdings verzeichnen die örtlichen Erziehungs- und Bildungsinstitutionen keinen derartigen Integrationstrend. Eine Erhebung in Kindergärten und Schulen in „Blok 70" – wo die meisten Belgrader Chinesen leben – zeigt, dass nicht ein einziges chinesisches Kind in das örtliche Erziehungs- und Bildungssystem integriert ist. Wenn man aber bedenkt, dass nicht einmal zehn Jahre vergangen sind, seitdem sich die erste Generation chinesischer Zuwanderer in Serbien niedergelassen hat, ist es logisch zu erwarten, dass die zweite Generation, die der serbischen Sprache mächtig sein wird, allmählich

damit beginnen wird, die Angebote von Kindergärten und Schulen in Anspruch zu nehmen. Unter diesem Gesichtspunkt muss man auch die sehr geringe Zahl an Mischehen deuten.

Ein sehr schwacher kultureller Kontakt zwischen der chinesischen Gemeinschaft und der heimischen Bevölkerung – verursacht sowohl durch die Passivität der Chinesen und das mangelnde Interesse seitens der Serben als auch durch die große Verschiedenheit beider Kulturen – verhindert ernstere zwischenethnische Spannungen. Wenn überhaupt ein Vorfall passiert, hat es hauptsächlich einen ökonomischen Hintergrund. Am Beispiel von Novi Pazar, einer Stadt in Südserbien, die in den Neunzigern als Handelszentrum für Textilien in ganz Serbien bekannt war, kann man dies am besten illustrieren. Als Folge des chinesischen Eindringens in den Markt von Novi Pazar und Serbien im Allgemeinen mussten die serbischen Händler große Verluste verbuchen. Dies resultierte in der Niederbrennung des chinesischen Marktes als eine klare Botschaft dafür, was die Bewohner von Novi Pazar über die Anwesenheit von Chinesen in ihrer Stadt denken. Ähnliche, jedoch vereinzelte Fälle spielten sich auch auf anderen Märkten im Inneren des Landes ab, wie etwa, wenn örtliche Händler den wenigen Chinesen, die es versucht hatten, ihre Ware zu verkaufen, mit Prügeln drohten und diese Drohung auch wahr machten.

Das Bild vom „Anderen“

Die Erforschung der Formierung des Bildes vom „Anderen“ ist sehr relevant für das Verständnis der gesellschaftlichen Situation in Serbien in den letzten fünfzehn Jahren. Die Ära der Bürgerkriege und der allgemeinen Isolation des Landes führte zur Entstehung einer starken Bild-Dichotomie zwischen „uns“ und den „Anderen“. Die Entstehung derartiger Bilder kann man in zwei verschiedenen Kontexten unter zwei verschiedenen Gesichtspunkten betrachten. Zum einen manifestiert sich die Beziehung zu den ehemaligen „Brüdern“ aus den früheren jugoslawischen Republiken durch starken Antagonismus, zum anderen ist die Wir-Sie-Dichotomie auch in der Beziehung zu den westlichen Ländern bemerkbar, jedoch als ambivalente Erscheinung. Auf der einen Seite empfindet die heimische Bevölkerung die Haltung ihr gegenüber als Ungerechtigkeit und lehnt die westliche Politik stark ab, auf der anderen Seite aber wächst in ihr die Bestrebung, diesem kulturellen Korpus – mit dem sie sich in Konflikt sieht – anzugehören. In den beiden angeführten

Fällen bildet sich die Vorstellung von „uns“ als einem einsamen Kämpfer für Gerechtigkeit und Wahrheit. Dennoch entwickelt man eine Dichotomie gegenüber dem „Anderen“, das bekannt ist und mit dem man gewisse kulturelle Präferenzen teilt.

Was die Entstehung der Vorstellung von Chinesen als den „Anderen“ betrifft, ist die Lage ganz anders. Es handelt sich hier um eine Kultur, gegenüber der es in Serbien eine klare Distanz gibt. Es ist sogar schwer, aufgrund der kulturellen Fremde von *a priori* formierten, ethischen Stereotypen zu reden. Wir haben hier also einen Zusammenprall von zwei sehr klar differenzierten Kulturen: der chinesischen, als solche in sich sehr geschlossen, und der heimischen, in welcher ein tiefes Misstrauen gegenüber den „Anderen“ stark verbreitet ist. Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass die Zuwanderung der Chinesen nach Serbien meistens negative Reaktionen in der heimischen Bevölkerung hervorgerufen hat. Die negative Vorstellung vom „Anderen“ hat sich nicht aufgrund irgendwelcher ethnischen oder anderer Stereotypen formiert, sondern ist lediglich aus dem lokalen politischen Kontext hervorgegangen. Im Klartext: Die Zuwanderung von Chinesen nach Serbien wurde als Aktivität von JUL angesehen, einer Partei, deren Chefin die Frau des damaligen Präsidenten Slobodan Milošević war. Unter der heimischen Bevölkerung herrschte die Meinung, dass sich die damalige Regierung durch die „massenweise“ Einbürgerung von Chinesen deren Wählerstimmen sichern wollte, um so weiter an der Macht zu bleiben. In diesem Sinne ist es interessant zu erwähnen, dass ein proeuropäisch orientierter Oppositionspolitiker bei einer Wahlversammlung im Jahre 2000 von über 50.000 Chinesen, die für Milošević ihre Stimmen geben würden, sprach – während die anwesenden Zuhörer ihren Unwillen zum Ausdruck brachten. Interessant ist es auch, dass das politische Engagement Chinas – das keineswegs antiserbisch war – während der jugoslawischen Krise überhaupt nicht zur Verbesserung des Bildes vom „serbischen Chinesen“ geführt hat.

Nach der „Oktoberwende“ in Serbien wurde die Geschichte von den Chinesen, die für Milošević stimmten, schnell vergessen, doch die allgemeine Vorstellung über sie änderte sich nicht. Eine Erhebung, die im September und Oktober 2005 unter den Schülern von Gymnasien in acht Städten in Serbien durchgeführt wurde, zeigte, dass 31 Prozent der Befragten augenblicklich den chinesischen Mitbürgern die Gastfreundschaft kündigen würden, während nur 45 Prozent der Gymnasiasten sich ihrer annehmen würden.

Eine Erhebung unter den Bewohnern und Beschäftigten im „Blok 70“ zeigte, dass eine Mehrheit der Befragten gegenüber den Chinesen in ihrer Umgebung eine sehr ambivalente Beziehung pflegt. Auf der einen Seite werden der chinesischen Gemeinschaft als gemeinsame Eigenschaften großer Fleiß und Opferbereitschaft zuerkannt. Man gesteht, dass es sehr schwer wäre, ohne ihre günstigen Produkte zu überleben und dass viele Bürger ihre Existenz dadurch sichern, indem sie in chinesischen Geschäften arbeiten oder Chinesen ihre Waren verkaufen. Auf der anderen Seite wird Chinesen meistens schlechte Hygiene – sowohl im Markt als auch außerhalb – unterstellt. Auch bei anderen Befragten, die nicht so oft in Kontakt mit Chinesen stehen, überwiegt einerseits die Vorstellung von den fleißigen Chinesen als deren positives Hauptmerkmal, andererseits wird das Bild des unfreundlichen und primitiven Chinesen als sehr dominante Charakteristik gesehen, die auf die Befragten störend wirkt. Es ist paradox, dass ein Großteil der Befragten nicht sehr begeistert von der Idee ist, in der unmittelbaren Nähe von Chinesen zu wohnen, und nicht bereit ist, prinzipiell eine Eheschließung seitens eines Familienmitglieds mit einem chinesischen Staatsbürger zu billigen, während man doch den Chinesen den heftigen Vorwurf des Fehlens von Willen zur Integration in das lokale Umfeld macht.

Diese Angaben bezeugen, dass die Toleranz für die kulturelle Verschiedenheit in Serbien weiterhin sehr niedrig, Xenophobie dagegen stark verbreitet ist. Es ist auch wichtig zu sagen, dass die meisten Befragten als positive Eigenschaften von Chinesen genau diejenigen anführen, die sie bei der Autoidentifikation der „Wir-Gruppe“ als nicht vorhandene oder nicht genug hervorgehobene Eigenschaften (Fleiß, Eintracht) bezeichnen.

Ein *illustratives Beispiel* von den verschiedenen Vorstellungen über die Chinesen gewinnt man auch aus der Textanalyse verschiedener Zeitungsartikel. Die meisten Artikel vom Ende der neunziger Jahre nahmen über die ersten chinesischen Zuwanderer entweder einen neutralen oder negativen Standpunkt ein. In der oppositionellen Presse überwog die Betonung ihrer Exotik und ihres „Andersseins“ – mit sporadischen politischen Konnotationen. Mit der Zeit veränderte sich dieses Bild langsam, und die Chinesen wurden öfter im Zusammenhang mit der ökonomischen Problematik erwähnt. Dennoch ist der „exotische“ Zugang immer noch der häufigste, und dementsprechend ist auch die „Serbisierung“ der chinesischen Zuwanderer das beliebteste Thema. Aus diesem Grund häufen sich in den letzten zwei bis drei Jahren Zeitungsartikel

über die Tatsache, dass Chinesen ihren Kindern serbische Namen geben (man erwähnt dabei nirgendwo, dass dies eine gewöhnliche chinesische Praxis überall auf der Welt ist, dem Kind neben dem chinesischen Namen auch einen Namen entsprechend der lokalen Sitten zu geben), dass Chinesen sich an lokalen humanitären Aktionen beteiligen oder ihre Kinder serbischen Tagesmüttern anvertrauen.

Generell kann man festhalten, dass die Vorstellung vom Chinesen in Serbien sich bessert – besondern in jenen Fällen, wenn die Angehörigen der chinesischen Gemeinschaft die Teile „serbischer" Identität annehmen und so „unsere" Qualitäten affirmieren. Andererseits ist das allgemeine Bild ziemlich negativ geblieben – man betont die Verschiedenheit und somit auch das Nicht-Geeignet-Sein einer anderen Kultur.

Die Tatsache, dass sich die ökonomischen Beziehungen beider Staaten auf niedrigem Niveau befinden – vor allem wegen der hohen serbischen Staatsverschuldung gegenüber China –, wird sicherlich auf das weitere Wachstum der chinesischen Gemeinschaft in Serbien Einfluss haben. Experten vermuten, dass größere Investitionen aus China etwas länger auf sich warten lassen werden – was sich ja dann sicherlich auf das Profil und die Größe der chinesischen Population in Serbien auswirken wird. Deswegen ist es schwer vorstellbar, dass es in absehbarer Zeit in Belgrad mehr als ein Anfangsstadium eines chinesischen Viertels geben wird. Eine eventuelle Zu- oder Abnahme der Zahl der chinesischen Bürger in Serbien wird ausschließlich von mikro-ökonomischen Faktoren bzw. Interessen des relativ kleinen Handels abhängen. Eine erschwerte Integration in einer eher negativ eingestellten Gegend und eine affirmative Einstellung, die nur dann besteht, wenn es um die Übernahme „unserer" Kulturmodelle geht, wird sicherlich nicht viel dazu beitragen, um bei den Chinesen den Wunsch zu wecken, sich hier dauerhaft anzusiedeln. Doch solange die Kaufkraft der Bevölkerung eine große Nachfrage bedingt, wird der Profit für die chinesischen Händler ein ausreichender Grund für das Bestehen und die Entwicklung ihrer Gemeinschaft in Serbien darstellen.

Deutsch von Berislav Župarić.

Rui Marques

Portugal und Europa im Zeitalter der Migration

Portugal ist in den vergangenen Jahren nicht nur ein Land der Auswanderung geworden – das ist es immer noch –, sondern auch ein Gastland für Einwanderung. Auf jeden zehnten Portugiesen, der in die Fremde gezogen ist, haben wir jetzt einen Einwanderer unter uns. Dieser Rahmen verdeutlicht die Notwendigkeit einer klaren Migrationspolitik, bei der die portugiesische Regierung mit denselben Prinzipien Einwanderer aufnimmt und integriert, die sie als Rechte auch für ihre eigenen Auswanderer in Drittländern einfordert.

Das Phänomen „Migration" gibt es in Portugal seit wenigstens sechs Jahrhunderten. In der Vergangenheit war Portugal das Zentrum verschiedener Migrationsformen. Dies setzte im 15. Jahrhundert ein, als erste Entdeckungen zu Auswanderungsströmen zu den neuentdeckten Ländern führten, zum Beispiel den Inseln im Atlantik, oder wenn sich die Bevölkerung mit Menschen aus allen vier Himmelsrichtungen vermischte, wo immer sich die Portugiesen niederließen. Die lusitanische Diaspora ist wirklich umfassend und spannt sich über die Zeitalter. Eine der wichtigsten Zielregionen war Brasilien, wohin sich die Auswanderer seit dem 17. Jahrhundert nach der Entdeckung von Gold wandten. Auf der anderen Seite hat es zur gleichen Zeit eine Einwanderung nach Portugal seit 1500 gegeben. Diese umfasste zahlreiche ausländische Wissenschaftler und Spezialisten, die eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung der Seefahrt spielten. Als die Portugiesen den Südatlantik bezwangen, bildeten sie die Vorhut der Schiffahrtstechnik; sie verdankten die theoretischen Grundlagen aber vielen ausländischen – oft jüdischen – Fachleuten.

Portugal erlebte dann den allmählichen Wechsel vom Auswanderungsstrom über den Atlantik in Richtung Nord- und Südamerika und Afrika in Richtung einer größeren Auswanderungsbewegung auf dem europäischen Kontinent (nach Frankreich, Deutschland, Luxemburg

Rui Marques ist Hochkommissar für Einwanderung und ethnische Minderheiten in Portugal.

und anderen Ländern). So kam es dazu, dass am Ende des 20. Jahrhunderts 4,6 Millionen Portugiesen über die ganze Welt zerstreut lebten. Es gibt sicher nur wenige Länder, bei denen der Anteil der Emigranten ein Drittel der Bevölkerung darstellt.

Am Ende des 20. Jahrhunderts setzte jedoch der Übergang Portugals von einem Auswanderungs- zu einem Einwanderungsland ein, denn die Zahl der Einwanderer übertraf immer mehr die Zahl der Auswanderer. Als Folge davon lernen wir seither, uns als ein Land zu begreifen, das Einwanderer begrüßt. Mit der Epoche der Entkolonialisierung nach 1975 und im Zusammenhang mit der Rückkehr von ca. einer halben Million Portugiesen, die früher in den Kolonien gelebt haben, wählten auch viele portugiesischsprachige Afrikaner aus diesen Ländern Portugal als neue Heimat. Diese kamen auf der Flucht vor Krieg oder auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen. Während dieser Phase in den Jahren 1975-1980 nahm die Zahl der Ausländer in Portugal jährlich durchschnittlich um 12,7 Prozent zu. 1989 lag die Zahl der Immigranten in Portugal bei 101.011 Personen, ziemlich genau 1 Prozent der Bevölkerung.

Im Regelfall ließen sich die Einwanderer in den Außenbezirken der großen Städte wie Lissabon und Setúbal nieder. Sie lebten oft in ziemlich problematischen Verhältnissen und hatten meist eine geringe Qualifikation, sodass sie gezwungen waren, Handlangertätigkeiten zu übernehmen. Dennoch richteten sie sich an Ort und Stelle ein, und nur wenige kehrten in ihre Heimatländer zurück. Ihre Abkömmlinge in zweiter und dritter Generation erleben heute eine Wirklichkeit, die sich sozial sehr stark von der ihrer Eltern – diese waren gewissermaßen Waisenkinder mit einer klaren Identität – unterscheidet; diese Wirklichkeit findet sich weder in ihrem Gastland noch im Land ihrer Vorväter. Das ist zugleich eine der größten Herausforderungen, mit der sich das heutige Portugal politisch und gesellschaftlich auseinanderzusetzen hat.

In den neunziger Jahren hat Portugal weiterhin Einwanderer aufgenommen, wobei sich die Herkunftsregionen noch stärker als vorher unterschieden. 2002 lebten 400.000 legale Einwanderer im Land, etwa 4 Prozent der Bevölkerung. Bei diesem stetigen Anwachsen der Einwanderer müssen wir den Zusammenbruch in den Herkunftsländern beachten, der Ursache dafür ist, dass der Rahmen der traditionellen Einwanderung nach Portugal durchbrochen wird. Neben den afrikanischen Ländern, in denen Portugiesisch offizielle Sprache ist – Schwerpunkt der Auswanderung sind die Kapverdischen Inseln –, gilt dies auch für Brasi-

lien und für einige Länder des östlichen Europa, an erster Stelle die Ukraine, das inzwischen das Ursprungsland der größten Einwanderergruppe bildet.

Tabelle I: Einwanderungszahlen 2001 – 2003

	Personen		
	2001	2002	2003
Niederlassungsgenehmigungen	223.976	238.944	250.697
Aufenthaltserlaubnisse (neu und erneuert)	127.124	125.841	118.498
Arbeitsvisa	2.830	4.452	4.285
„Immigranten" insgesamt	353.930	369.237	373.480

Das Ende des Kalten Krieges und die Grenzöffnung, dazu schwere soziale und wirtschaftliche Krisen, wie z. B. in Brasilien, sind die Ursache für diese Einwanderungsströme. Der östliche Einwanderungszyklus ruft natürlich im Gegensatz zu den vorangegangenen Einwanderungszyklen neue Fragen im kulturellen Bereich hervor, denn es gibt keine historischen Bindungen dieser Länder zu Portugal und keine gemeinsame Sprache, jedoch die bemerkenswerte Tatsache, dass das durchschnittliche Erziehungsniveau der Immigranten höher ist als das des aufnehmenden Landes.

Tabelle II: Die wichtigsten Ausländergemeinschaften in Portugal (nach Herkunftsland, oben das jeweils bedeutendste)

1989	1999	2002
Kapverd. Inseln	Kapverd. Inseln	Ukraine
Brasilien	Brasilien	Kapverd. Inseln
Großbritannien	Angola	Brasilien
Spanien	Guinea Bissau	Angola
USA	Großbritannien	Guinea Bissau

Welcher Blick auf die Einwanderung?

Betrachtet man das Migrationsphänomen genauer, dann zeigt sich bei vielen Gelegenheiten die Spannung zwischen Nützlichkeitsgründen und humanistischen Argumenten. Die ursprüngliche Entscheidung zur Auswanderung und der Entschluss, die Auswanderer zu empfangen und aufzunehmen, stehen nicht unbedingt problemlos nebeneinander. Der Einwanderer möchte sein Leben im Gastland besser gestalten, indem er dort seine Arbeitskraft der Wirtschaft zur Verfügung stellt – damit läuft das Ganze aber auf einen einzigen Punkt zu, den Faktor „Arbeit", und das ist mit großen Risiken verbunden. Wenn man die Immigranten nur als Produktionsfaktor betrachtet, führt das zu ihrer Instrumentalisierung und zu einem Zurückdrängen der menschlichen Dimension. Anders gesagt: Es entsteht eine einfache und dauernde Hegemonie der Interessen gegenüber den Prinzipien.

Im Hinblick auf die individuelle Erfahrung der Auswanderung, die aus der wirtschaftlichen Not erwächst, geht es bei denen, die ihr Vaterland auf der Suche nach Brot verlassen haben, seitens des Gastlandes um eine menschliche Geste, die zugleich ein Synonym des Fortschritts für das aufnehmende Land darstellt. Für die Immigranten wird dadurch der Traum vom besseren Leben Wirklichkeit. Dieser Traum ist aber von einem Ausmaß an Leiden und Opfern begleitet, das in höchstem Maße Respekt verdient. Wenn man das Phänomen der Auswanderung bis ins Letzte durchdenkt – als eine umfassende Erfahrung der Menschheit –, dann ist damit ein wichtiger Anspruch und eine wichtige Herausforderung an die Politik verbunden. Im Blick auf die Zielländer wurde einmal der Satz geprägt „Sie suchten Hände, und was kam, waren Menschen". Deshalb müssen diese Menschen mit Menschlichkeit behandelt werden.

Im Arbeitsbereich des Hochkommissars für Einwanderung und ethnische Minderheiten wird versucht, das Phänomen „Einwanderung" in einer umfassende und globalen Vision und in seinen unterschiedlichsten Aspekten anzugehen. Die Einwanderung ist tatsächlich nicht nur als positive Vision zu umschreiben, sondern wir glauben auch, dass sie an einer Grenze steht, an der ein essentieller Kampf menschlicher Werte stattfindet – zwischen denen, die glauben, dass menschliche Wesen das Maß aller Dinge sind, und denen, die sie nur als ein minderwertiges, geringeres Instrument im Dienste der Wirtschaft, des Nationalismus oder anderer Form von Selbstsucht betrachten. Im 21. Jahrhundert wird dies einer der entscheidenden Fragen sein, wer wir sind und wohin wir zu

gehen wünschen und wir müssen dieser Frage Aufmerksamkeit schulden, damit wir nicht in eine Richtung geraten, die wir uns eigentlich nicht wünschen, oder in eine Richtung, für die wir uns einmal schämen werden. Wenn wir in unserem Bewusstsein das kulturelle und soziale Werden des portugiesischen Volkes tragen, die Geschichte seiner Diaspora, seiner Fähigkeit zum Dialog mit anderen Kulturen und Völkern, dann wird es deutlich und klar, dass das Modell einer interkulturellen Gesellschaft angemessen und gerechtfertigt ist, eine Gesellschaft, in der es für verschiedene kulturelle und religiöse Systeme möglich ist, miteinander zu existieren und zusammen zu handeln.

Zunächst ist für dieses Modell, das auf einem *interaktiven Prozess der gegenseitigen Bereitschaft der Migranten und ihrer Gastgesellschaft zum Miteinander* beruht, eine Gastgeberplattform notwendig. Diese Plattform erfordert, dass sich die Immigranten der Gesellschaft des Gastgeberlandes und ihren zentralen Werten annähern oder diese zumindest voll respektieren. Zur gleichen Zeit und auf dem gleichen Weg, wie die Kehrseite einer Medaille, muss die Gastgebergesellschaft die kulturelle Identität der Einwanderer respektieren und fördern. Eines der Hauptfelder für diese Herausforderung – das sei an dieser Stelle betont – bildet der *schulische Bereich,* wo Toleranz und Schätzung der Verschiedenheit schon von einer sehr frühen Altersstufe aus gefördert werden kann.

Diese Plattform basiert auf einer demokratischen Basis, die den Grundsatz befolgt, wonach alle Menschen gleich sind. So und nur so ist ein Dialog möglich, der auf gegenseitigem Respekt beruht. Diese Konstruktion der „Interkulturalität" ist gegen den Gedanken des „Zusammenpralls der Kulturen" gerichtet und verhindert eine Verschärfung der Spannungen zwischen den verschiedenen Gemeinschaften.

Diese Option erfordert von den Immigranten die ganze soziale, kulturelle und ökonomische Teilhabe an der Gastgesellschaft. Einer der grundlegenden Bereiche dieser Teilhabe besteht auf der Gemeinschaftsebene durch Nähe. Kleine Nachbarschaften, Dorf- oder Stadtgemeinschaften bilden den Schlüssel für eine erfolgreiche Integration, denn in diesen Orten geschieht die eigentliche Integration. Niemals wird der Bereich der „großen" Politik einen effektiven Weg zur Integration schaffen. Im Gegenteil: Wenn der Empfang in den Gemeinden durch Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder einfach Ablehnung gekennzeichnet ist, dann kann kein Gesetz jemals irgendetwas daran ändern. Aus diesem Grund ist es notwendig, den Pfad des interkulturellen Miteinanders zu stärken, damit auch die Bürger der Gastgesellschaft sich darauf einstel-

len. Es liegt an jedem von ihnen, in ihrem Bewusstsein und ihren Herzen, dass der Kampf gewonnen wird – oder verloren geht. Die Einrichtungen der Zivilgesellschaft – Vereine, Kirchen, Gewerkschaften und darüber hinaus in einer Gesellschaft der absoluten Offenlegung die Medien – haben einen großen Teil des Beitrages zu einem guten Ergebnis dieses Prozesses.

Ein Hinweis auf die besondere Rolle der *Medien:* Das Bild der Immigranten wird oft verbunden mit Verbrechen und untergeordnetem bzw. negativem Verhalten: 17,9 Prozent der 2003 gesendeten Nachrichten haben dieses Bild vermittelt, es galt für 22,3 Prozent der Nachrichten der Boulevardpresse, in den Privatfernsehkanälen wurde sogar die 30-Prozentmarke überschritten. Solche Darstellungen verstärken eine Haltung der Furcht und Abwehr in der aufnehmenden Gesellschaft. Glücklicherweise gibt es aber auch eine Reihe von Bereichen, in denen das Zusammenleben positiv dargestellt wird, etwa in der Gastronomie, der Musik und überhaupt der Kultur und auch Religion – und solche Darstellungen sollten ermutigt werden.

Die Bemühungen der Immigranten, die Kultur ihres Gastgeberlandes, dessen Sprache, Sitten und Traditionen zu erlernen, sind selbstverständlich von ungeheurer Bedeutung im Prozess der kulturellen Integration. Diese Bemühungen sind lebensnotwendig und sollten durch den Staat und die Zivilgesellschaft mit entsprechenden Aufnahmeprogrammen gefördert werden. Allerdings muss auch eine vertiefte Kenntnis der fortschrittlichen Elemente, Traditionen und Kulturen der Einwanderer auf Seiten des Aufnahmelandes vorhanden sein. Wenn der Wille zum wechselseitigen Entdecken fehlt, ist das gesellschaftliche Miteinander von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Das Recht auf *Familienleben,* das durch die Möglichkeit der Familienzusammenführung gewährleistet ist, steht für das entscheidende Maß an Humanität bei der Integration der Einwanderer. Die Familie, Keimzelle unserer Gesellschaft, spielt eine entscheidende Rolle bei der gefühlsmäßigen und psychologischen Stabilität, denn sie bildet auch eine Brücke zur Integration in die Gastgesellschaft. Dies kann entweder durch Zusammenleben mit einem Partner oder durch die Kinder geschehen. Obwohl dies ein durchaus friedliches und erreichbares Recht ist, gibt es in der Realität sichtbare und unsichtbare Hindernisse. Generell bleibt festzuhalten, dass sich viele Immigranten in einer gesellschaftlich wie wirtschaftlich sehr prekären Situation befinden, die für viele in das Gefühl absoluter Heimatlosigkeit hinausläuft. Und hier bedarf es beson-

derer Programme und Förderungen.

Das alles sind einige der wesentlichen Aspekte, die man im Bewusstsein haben muss, wenn es um die Einrichtung und Durchsetzung einer menschenwürdigen Einwanderungspolitik geht.

... und Europa?

Wir sind uns bewusst, dass die politische Debatte um die Immigration in den westlichen liberalen Demokratien ein äußerst heikles Thema darstellt. Solche Gesellschaften, die wie die portugiesische eine Geschichte der Auswanderung kennen, verpflichtet die Erinnerung daran, denen gegenüber, die ins Land kommen möchten, offen und tolerant entgegenzutreten. Aber das Leben nur aus Erinnerungen heraus reicht nicht aus. Der politische Diskurs hat einen sensiblen und pragmatischen Zugang zu gestalten, und das heißt eben nicht, dass man nur sensibel gegenüber der öffentlichen Meinung reagiert – man muss jegliche Art der Entstehung und des Wachstums fremdenfeindlicher Tendenzen verhindern.

Die politische Antwort auf diese Herausforderung ist ein Zeichen globaler Solidarität und muss auch bereit sein, gegen den Strom einer anders lautenden öffentlichen Meinung zu schwimmen. Eine Antwort nur auf der grundsätzlichen Ebene genügt jedoch nicht. Sie muss durch klare Hinweise auf die Vorteile, die die Immigration für alle Seiten – Einwanderer, Heimatland und Gastgeberland – mit sich bringt, untermauert werden.

Auf der moralischen Ebene trägt Europa eine außerordentliche Verantwortung hinsichtlich der Migration. Das Ganze spielt sich zu einem Zeitpunkt ab, wo wir eine Phase des Pessimismus hinsichtlich des europäischen Projekts erleben, obwohl wir doch eigentlich darauf stolz sein sollten.

Portugal hat zusammen mit anderen Ländern vom großzügigen europäischen Geist profitiert. In der Tat: Die Entwicklungshilfe, die Portugal aus dem Geist der europäischen Solidarität vermittelt wurde – besonders denke ich an den Strukturfonds –, erlaubte es unserem Land, gemeinsam mit Spanien, Griechenland und gegenwärtig auch den neuen Mitgliedstaaten der Union, einen bemerkenswerten Sprung vorwärts zu ökonomischer Größe und Lebensqualität zu machen. Was aber noch wichtiger ist: Im letzten Jahrhundert ist zum erstenmal die Wanderungsbilanz positiv ausgefallen, d. h. aus einem klassischen Auswanderungs-

land ist ein klassisches Einwanderungsland geworden. Das Modell ist getestet worden und funktioniert. So wurde es durch den Entwicklungsprozess möglich, eine gerechtere Welt mit einer Balance der Wanderungsströme zu schaffen.

Trotz der europäischen Krise sind wir hoffnungsvoll, dass derselbe Geist bei der Erweiterung Richtung Osten funktionieren und auch wirken kann, wenn Europa den notwendigen Mut besitzt und auch in Richtung der Türkei und der Südgrenzen des Mittelmeeres die Beziehungen ausweitet. Nur so kann ein Europa verhindert werden, das sich auf Grund der negativen Bevölkerungsentwicklung von der übrigen Welt abschottet; geht man nämlich vom demographischen Faktor aus, dann wird Europa (im Unterschied zu den umgebenden Regionen) künftig im wahrsten Sinne des Wortes ein „alter" Kontinent.

Die europäische Erfahrung in diesen und anderen Bereichen sollte uns eben einfach zu denken geben. Vom Kern der sechs Gründerstaaten führte ein langer Weg in fünf Jahrzehnten zu den gegenwärtig 25 Mitgliedstaaten, der trotz der aktuellen Krise erfolgreich war.

Bei jedem Erweiterungsschritt – von einem hat auch Portugal profitiert – kam in den Ländern der Gemeinschaft Angst vor einer „Invasion" billiger Arbeitskräfte auf, die zu einer fünfjährigen Zulassungssperre von Arbeitskräften aus Portugal und Spanien führte, denn man fürchtete einen Massenexodus von Portugiesen und Spaniern nach Mitteleuropa. Genau das trat nicht ein. Tatsächlich erfolgte das Gegenteil: Binnen weniger Jahre hatten diese Länder eine positive Wanderungsbilanz und wurden von Auswanderungs- zu Einwanderungsländern. Derselbe Mechanismus wird jetzt auf die neuen Beitrittsländer angewendet; hier gilt ein Zeitraum von sieben Jahren, bevor die dortigen Bürger die volle Bewegungsfreiheit innerhalb der gesamten Union erlangen werden. Dabei wurde es jedoch den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen, ob sie auf diesen Zeitraum ganz oder teilweise verzichten. Die gegenwärtige Krisensituation hat wieder die alten Ängste vor einer „Invasion" an die Oberfläche gespült; diesmal geht es um Arbeitskräfte aus den neuen Beitrittsländern, etwa aus Polen. Aber die eigentliche Herausforderung, der es sich zu stellen gilt, ist der Vertrauensvorschuss in das europäische Modell, das in der Vergangenheit reiche Frucht getragen hat. Alle Erweiterungsstufen haben nicht zu einem außerordentlichen Exodus aus den neuen Mitgliedstaaten in die reichsten Länder der Union geführt, sondern vielmehr zu einer deutlich spürbaren Entwicklung dieser Länder und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze innerhalb ihrer Grenzen.

So haben wir innerhalb des europäischen Modells ein Beispiel – das einzige – einer perfekten Regelung der Wanderungsströme, verbunden mit dem Beweis, dass dies nur gelingen kann mit einem Regelwerk gleichzeitiger Entwicklungshilfe für die ärmsten Länder auf einer Basis der Solidarität und Nutzung aller Möglichkeiten. Dies bezieht sich keineswegs auf eine Utopie ohne Verankerung in der Realität.

Trotz aller Krisen und Schwierigkeiten, die die Entwicklung der Europäischen Union begleitet haben, hat sie fünf Jahrzehnte des gemeinsamen Friedens und der Entwicklung auf einem Kontinent bewirkt, der in vorangegangenen Zeiten von einer Tradition immer wiederkehrender Kriege und Zerstörungen geprägt war und sich im Blick auf die Entwicklung und den Wohlstand einiger Länder bisher durch große Ungleichheit ausgezeichnet hat.

Aus dem Englischen übersetzt von Christof Dahm.

Olli Rehn

EU-Erweiterung – Sicherheit für Europa

Die Erweiterungspolitik ist zweifelsohne einer der tragfähigsten Akte der Europäischen Union. Denn es war die europäische Perspektive, die in den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts die jungen Demokratien in Griechenland, Spanien und Portugal konsolidierte, und in jüngster Zeit hat die europäische Perspektive den kommunistischen Ostblockstaaten geholfen, sich zu offenen Gesellschaften zu entwickeln, die die Menschenrechte respektieren. Heute ist Europa ein freierer, stabilerer und sichererer Kontinent geworden.

Selbstverständlich gab es bei einem so komplexen Prozess auch Schwierigkeiten. Diese konnten nicht ausbleiben. Allerdings: Wo sind die Katastrophenszenarien geblieben, die unseren Bürgern schlaflose Nächte bereitet haben? Der spanische Maurer und der polnische Klempner, diensteifrig und billig, würden unsere Arbeitsmärkte überschwemmen; der europäische Beitragszahler würde immer mehr zahlen müssen, die europäischen Institutionen würden lahm gelegt werden. Diese Befürchtungen haben sich weitgehend als unbegründet erwiesen, und es war nicht richtig, sie mit der EU-Erweiterung zu verbinden. Nehmen wir das Beispiel der Standortverlagerung von Betrieben: Diese begann doch schon vor zwanzig Jahren mit dem Aufkommen der Globalisierung, lange vor dem Anschluss der mittel- und osteuropäischen Länder. Und was die übrigen Befürchtungen betrifft: Die Invasion von Arbeitskräften fand nicht statt, die EU-Erweiterung hat die gemeinsamen Ausgaben nicht explodieren lassen, und unsere Institutionen funktionieren mit 25 Mitgliedstaaten genauso weiter wie vorher – auch wenn es sehr wünschenswert gewesen wäre, eine Verfassung zu haben, die das Räderwerk der EU ein wenig mehr ölen und unserem gemeinsamen Projekt mehr Elan verleihen würde.

Nach dem „Nein" in Frankreich und in den Niederlanden hat man viel spekuliert über einen „Plan B" für die Verfassung. Wie man weiß, hat

Dr. Olli Rehn ist Mitglied der Europäischen Kommission und zuständig für den Bereich der Erweiterung.

ein solcher Plan niemals existiert. Im Gegenzug hat die EU-Kommission einen „Plan K" für die Erweiterung vorgeschlagen, „K" wie Konsolidierung, Konditionalität und Kommunikation.[1]

Konsolidierung der bereits einvernehmlich beschlossenen Maßnahmen: Die Union darf ihre Verantwortlichkeiten in Europa nicht aufgeben. So wurde eine Verpflichtung gegenüber den östlichen Balkanstaaten und der Türkei eingegangen, denen eine Beitrittsperspektive eröffnet wurde. Diese Perspektive war die treibende Kraft bei deren demokratischen Reformen. Ihnen jetzt die Tür wieder zu verschließen, wäre unverantwortlich. Wie es Paddy Ashdown, der Hohe Repräsentant der EU in Bosnien ausdrückte: „Die europäische Perspektive ist der Kitt, der die Balkanstaaten zusammenhält auf dem Weg des Friedens und der Stabilität."

Sicher, diese Länder befinden sich nicht alle auf demselben Niveau. Mit Kroatien und der Türkei wurden Beitrittsverhandlungen aufgenommen, die lang und schwierig sein werden. Am anderen Ende beginnen gerade erst die Gespräche mit Bosnien-Herzegowina und Serbien und Montenegro für ein Abkommen zur Stabilisierung und zur Assoziierung, einer ersten vertraglichen Beziehung zur Europäischen Union. Gleichzeitig muss bei der Aufnahme neuer Verpflichtungen äußerste Vorsicht walten.

Dies führt zum zweiten „K", der strikten *Konditionalität.* Um Mitglied der Europäischen Union zu werden, sind zuvor bestimmte Bedingungen zu erfüllen: Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Respektierung der Minderheiten müssen garantiert werden. Sodann muss eine Marktwirtschaft vorhanden sein, die die Konkurrenz der übrigen EU aushält. Schließlich müssen sämtliche Regelungen und Gesetze der Europäischen Union übernommen und in Kraft gesetzt werden.

Mehr als jemals zuvor müssen wir auf die Aufnahmekapazität der Europäischen Union achten. Der Beitritt setzt voraus und basiert auf gemeinsamen Grundwerten, einer gemeinsamen Politik und gemeinsamen Institutionen. Die Union muss sich stets vergewissern, dass ihre Handlungsfähigkeit erhalten bleibt, dass ihre finanziellen Mitteln ausreichen und dass sie ihre Politik wirksam umsetzen kann. Daher gibt es

[1] Im Original liegt ein Wortspiel vor. Anstelle des nicht vorhandenen Plans „B" ist vom Plan „C" die Rede: „C" für consolidation, conditionnalité und communication (Anm. d. Redaktion).

keinen Automatismus in den Beitrittsverhandlungen. Wenn die von der Europäischen Union aufgestellten Kriterien nicht vollständig erfüllt sind, wird es keinen Fortschritt in den Verhandlungen geben.

So komme ich zum dritten „K", der *Kommunikation.* Die Politik der EU-Erweiterung wird immer wieder verkannt und missverstanden. Weite Kreise der Bevölkerung reagieren auf die Politik der EU-Erweiterung mit Unverständnis und Argwohn. Sie wird als Risiko dargestellt, niemals als Chance. Die Europäische Union, das heißt ihre Institutionen, aber auch die Mitgliedstaaten ihrerseits, müssten viel mutiger sein, die Karten auf den Tisch legen und den Bürgern die Ziele, aber auch die Herausforderungen unseres Handelns erklären. Sorgfältig vorbereitet bringt die Erweiterung der Union ein nicht zu leugnendes „Plus", ein Mehr an Frieden, an Menschenrechten, an Wachstum und an Arbeitsplätzen.

Aus dem Französischen von Barbara Wolf-Dahm.

Hans Maier

Geistige Osterweiterung – ein Programm

Vor zwei Jahren erlebte die Europäische Union ihre bisher größte Erweiterungsrunde.[1] Zu den 381 Millionen Menschen in 15 EU-Staaten kamen rund 74 Millionen Einwohner der Länder Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Ungarn, Slowakei, Slowenien, Tschechien und (griechisch) Zypern hinzu. Die *Osterweiterung,* wie sie geographisch nicht ganz präzise genannt wurde – zu den Neuen gehörten ja auch Malta und Zypern! – war die logische Folge des Falls der Mauer, des Zusammenbruchs der Sowjetunion, der Befreiung der mittel- und osteuropäischen Völker in den Jahren nach 1989. In den Beitrittsländern war daher der 1. Mai 2004 ein Feiertag. Man feierte die Wiedervereinigung des lange Zeit in eine Ost- und eine Westhälfte geteilten Europas.

Die Neuen im Osten verdanken „Europa" einen kräftigen Wachstumsschub. Die ökonomische Leistungskraft stieg im ersten Jahr der Zugehörigkeit zur EU um durchschnittlich fünf Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland lag das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in dieser Zeit bei einem Prozent, in Großbritannien bei 3,1 Prozent.

Hat der wirtschaftliche Erfolg zu einem stärkeren Zusammenrücken, zu Ansätzen einer gemeinsamen Politik der osteuropäischen Länder geführt? Offenkundig noch nicht; noch immer treten die neuen Länder in der EU meist einzeln, seltener im Verbund auf. Eher kann man von wechselnden Allianzen entlang unterschiedlicher Themen sprechen. Es ist einleuchtend, dass die Osteuropäer in ein, zwei Jahren noch kein ähnliches Europabewusstsein entwickeln konnten wie die West-, Nord- und Südeuropäer in mehreren Jahrzehnten der Zugehörigkeit zur Union; sie werden daher in Brüssel mehr als nationalstaatlich orientierte

[1] Vortrag, gehalten zur Eröffnung des 9. Deutschen Slawistentages am 4. Oktober 2005 in der Ludwig-Maximilians-Universität München. Für den Druck überarbeitet und gekürzt.

Dr. Hans Maier, langjähriger Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und bayerischer Kultusminister, ist emeritierter Professor für Religionstheorie und Christliche Weltanschauung der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Verfechter ihrer Interessen wahrgenommen, wozu auch ihre deutliche Position in Fragen wie der mittelfristigen Finanzplanung und der für Osteuropa besonders wichtigen Dienstleistungsrichtlinie beiträgt.

Als jedoch die Westeuropäer im Sommer 2005 nach den gescheiterten Referenden über die Europäische Verfassung in Frankreich und den Niederlanden sich untereinander hoffnungslos zerstritten, boten die Osteuropäer ein deutlich besseres Bild. Sie traten geschlossener auf. Und es entbehrte nicht der Ironie, dass sie den uneinigen Westeuropäern sogar finanzielle Hilfe anboten, um sie von ihren starren Positionen, von ihren hochaufgezäumten gallischen, teutonischen, britischen Rössern herabzuholen.

Was hält die neuen Ost-Mitglieder der EU zusammen? Es sind nach meiner Meinung – abgesehen von der erwähnten stärkeren nationalen Bindung – vor allem drei Dinge. Erstens ein ausgeprägter Marktliberalismus, verbunden mit der Bereitschaft zu weitreichenden technischen Innovationen. So stehen heute in der Slowakei, dem neoliberalen Musterland, die Investoren Schlange, und manche Slowaken beginnen bereits, Immobilien im nahen Wiener Gürtel zu kaufen. Und während Deutschland, Frankreich, aber auch Benelux und Skandinavien die alte Form des Sozialstaats verteidigen, verblüffen die östlichen Länder mit schmerzhaften Eingriffen ins Renten- und Gesundheitswesen, mit sensationell niedrigen Abgaben auf Unternehmensgewinne und mit radikal vereinfachten Steuersystemen. – Das zweite Merkmal ist das, was Werner Weidenfeld etwas euphemistisch die „unverbrauchte Amerikaorientierung" der Osteuropäer nennt. Sie gab Donald Rumsfield bekanntlich Gelegenheit, publicityträchtig das *alte Europa* im Westen dem *neuen Europa* im Osten gegenüberzustellen. – Mit dieser Amerikaphilie korrespondiert spiegelbildlich ein dritter Zug: die durchgängige Russophobie (keineswegs nur Sowjetophobie!) der neuen Länder. Auch sie ist historisch erklärbar. Polen, Litauen, Lettland, Estland waren die ersten Opfer des Hitler-Stalin-Paktes; sie und die anderen mittel- und osteuropäischen Staaten wurden seit 1939/1940, spätestens seit 1944/45 oder seit 1948 (Tschechoslowakei) dem sowjetischen Imperium ein- und untergeordnet. Begreiflich, dass diese Länder die EU und die NATO vor allem als Sicherung gegen russische Hegemoniegelüste ansehen und dass sie dem Putinschen Konzept einer „Russischen EU" zutiefst misstrauen. Sie erstreben eine freiheitliche Zukunft – nicht nur eine postkommunistische. Daher ist die NATO für sie wichtig; aber auch die EU mit ihren Handelsräumen, mit der Euro-Währung und den Schengen-Grenzen ist be-

deutsam. So droht auch einer künftigen EU-Verfassung bei künftigen Referenden aus dem *Osten* Europas kaum Gefahr – sehr im Unterschied zum Westen, Süden, Norden.

Es ist ein ähnliches Bild wie auf wirtschaftlichem Feld. Noch vor zwei Jahren herrschte die Angst: Osteuropa ist zu schwach. Heute herrscht eine andere Angst: Es könnte uns schon bald überholen. Noch vor zwei Jahren fürchteten viele Westeuropäer, die EU werde an der Osterweiterung zugrundegehen. Heute fürchten umgekehrt manche Osteuropäer, dass die Altmitglieder der Union die europäische Integration gefährden, ja zerstören könnten: Frankreich und die Niederlande durch die negativen Referenden zur Verfassung, Frankreich-Deutschland-Italien durch die Aushöhlung des Stabilitätspakts, Großbritannien durch die wohlbekannte Europa- und Euro-Skepsis, die in Osteuropa aus vielen Gründen kein Gegenstück hat.

Die Osterweiterung ist ein Erfolg, kein Zweifel. Aber ist sie im Westen, im „alten Europa", schon angekommen? Boomt der Handel? Wächst der Tourismus? Blühen die Ostwissenschaften? Hat die Slawistik Hochkonjunktur? Erweitert sich unser Europabild? Bezieht das romanisch-germanische Europa die Slawen, die Finno-Ugrier, die Balkanvölker ein? Kommen die Kirchen in Ost und West einander näher? Stellen wir in Gedanken Kyrill und Method als Patrone Europas neben Benedikt und Kolumban, wie es der verstorbene Papst empfahl? Machen wir ernst mit der Einsicht, dass es nicht nur den lateinischen Westen, sondern auch den griechisch-slawischen Osten gibt?

Auf unseren Geldscheinen, immerhin, steht das Wort Euro auch in griechischen Buchstaben – ΕΥΡΟ. Aber sind wir uns beispielsweise beim Umgang mit dem europäischen Erbe schon hinreichend bewusst, dass es nicht nur „Europäische Literatur und lateinisches Mittelalter" gibt, wie der bekannte Curtius-Titel lautet, sondern auch das östliche Gegenstück: Europäische Literatur und griechisches (kirchenslawisches, bulgarisches, russisches, serbisches) Mittelalter? (Wobei ich die katholischen Mitteleuropäer – Polen, Westukrainer, Litauer, Ungarn, Slowenen, Kroaten – beileibe nicht vereinnahmen will, die sich bekanntlich nicht zum griechisch-kyrillischen, sondern zum lateinischen Kulturkreis zählen – Osteuropa ist nun einmal vielgestaltig!).

Im Augenblick, fürchte ich, ist das alles noch Zukunftsmusik. Denn bisher weist das „Europäische Haus" noch keine geräumigen Flügel für seine slawischen Bewohner auf, sondern nur bescheidene provisorische Anbauten. Und wenn die Bewohner der östlichen Hälfte Europas im

Westen ihre Dienste anbieten, wecken sie vielfach Aggressionen. Man denke etwa an die Dienstleistungsrichtlinie. Ängstlich sperrt sich Westeuropa gegen den „polnischen Klempner", gegen Saisonarbeiter mit geringeren Ansprüchen und nicht selten größerer Arbeitswilligkeit – obwohl wir längst wissen, dass zum Beispiel unsere Landwirtschaft, unsere Gurken- und Spargelfelder zur Erntezeit nicht ohne osteuropäische Saisonarbeiter auskommen. Statt mit offenen Armen empfangen zu werden, treffen die östlichen Nachbarn im Westen oft auf Missgunst und Ablehnung. Die Begegnung verläuft asymmetrisch: Der Westen ist im Osten, auch dank Presse, Funk und Fernsehen, gut bekannt; schließlich weckt er viele Hoffnungen, zieht die Armen, Unternehmungslustigen, Mutigen – manchmal auch die Abenteurer – an. Dagegen wissen die Westeuropäer immer noch relativ wenig über ihre osteuropäischen Nachbarn. Klischees herrschen vor über den europäischen Osten, und sie sind zählebig. So gründen unzählige Polen- und Russenwitze in der Vorstellung, östlich der Oder beginne eine Zone geringerer Kulturansprüche.

Einiges hat sich in den letzten Jahren gewiss verbessert. Der Osthandel ist gewachsen. Die Beitrittsländer sind heute z. B. für die deutsche Wirtschaft bereits so wichtig wie das USA-Geschäft. Die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in Mittel- und Osteuropa bewegen sich auf die 40-Milliarden-Euro-Marke zu. Deutschland exportiert gegenwärtig allein nach Polen soviel wie nach China. Es ist eine Gewinnspirale für beide Seiten. Auch der Tourismus hat zugenommen. Die Ostseestädte von Lübeck bis Danzig, Sankt Petersburg, ja Nowgorod kann man heute auf dem Landweg wie auf dem Seeweg bequem erreichen – alte Erinnerungen an die Hanse, an das Mare Balticum, an die Präsenz lübischer Ratsherren in russischen Ostseestädten (und russischer in Lübeck und Wismar) werden wach – Erinnerungen an das vereinte, nicht geteilte Europa. In Memel-Klaipėda grüßen Ännchen von Tharau und Simon Dach. In Wilna-Vilnius erlebt man eine Barockstadt mit herrlichen Kirchen und fühlt sich plötzlich nach Italien versetzt. In Reval-Tallinn kann man in der Nikolaikirche den unversehrten letzten Totentanz von Bernt Notke bewundern (den früheren in seiner Vaterstadt Lübeck hat der Krieg zerstört). In der Westukraine, in Lemberg-Lwiw spürt man noch heute etwas vom alten Galizien, von der einstigen Symbiose von Slawen, Deutschen, Juden – und alt-habsburgische Überlieferungen leben auch in Krakau weiter, wo in der Redaktion von „Tygodnik Powzechny" – vormals der einzigen katholischen Zeitung im

Ostblock! – im Chefzimmer noch immer ein überlebensgroßes Bild von Kaiser Franz Joseph hängt!

In den letzten Jahren sind eine ganze Reihe neuer Zeitschriften entstanden: *Transit, Dialog, Ost-West, Kafka.* Sie dokumentieren das Leben Mittel- und Osteuropas, die Erfolge und Rückschläge der Transformation, die „Mühen der Ebene". Die Osteuropa-Korrespondenten deutscher Medien mühen sich redlich und liefern täglich neue Informationen – freilich, welch riesige Flächen haben sie im Vergleich zu ihren westeuropäischen Kollegen abzudecken! Eine Polnische Bibliothek (bei Suhrkamp) gibt einen umfassenden Überblick über die reiche Literatur dieses Landes; ein Parallelunternehmen, die Tschechische Bibliothek (bei DVA), ist bereits weit vorangeschritten. Beides sind Initiativen der Robert Bosch Stiftung, die auch ein umfangreiches, höchst erfolgreiches Lektorenprogramm für Mittel- und Osteuropa entwickelt hat (aus dem wiederum die von jungen Leuten getragene Initiative MitOst mit einer Vielfalt kultureller, literarischer, theatralischer Aktivitäten herausgewachsen ist).

Nicht nur die Russen sind – wie eh und je – auf dem deutschen Buchmarkt präsent; auch Polen, Ukrainer, Litauer, Letten, Esten werden allmählich deutlicher sichtbar, wenn auch in weit bescheidenerer Aufmachung und Auflagenhöhe – am bekanntesten in jüngerer Zeit wohl Andrzej Stasiuk, der polnische Erzähler und Satiriker, der in einem Dorf in den Beskiden lebt. Erfreulich ist, dass die alten, fast schon vergessenen Schriftsteller Mitteleuropas wieder auftauchen, erneut aufgelegt und auf ein breiteres Leser-Interesse harrend: Karl Emil Franzos, Joseph Roth, Scholem Alejchem, Isaak B. Singer. In Deutschland hat Karl Schlögel bei Reisen durch die mitteleuropäischen Länder das „Wunder der Gleichzeitigkeit" entdeckt: Sezessionismus, Fin de siècle, Jugendstil waren um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert überall gegenwärtig, in Wien wie in Krakau, in Czernowitz wie in Budapest, in Riga wie in Odessa. Kürzlich verblüffte der russische Germanist Wladimir Awetisjan beim Thomas-Mann-Symposion in Lübeck seine Zuhörer durch die Mitteilung, dass Thomas Mann in Russland bereits vor dem Ersten Weltkrieg wahrgenommen und übersetzt wurde.

Es gibt also eine Fülle von Entdeckungen und Wahrnehmungen im wirtschaftlichen und touristischen, im sprachlichen und literarischen Feld. Aber reicht das über die ohnehin an Mittel- und Osteuropa Interessierten – eine schmale Gruppe – wirklich hinaus? Beschäftigt das Thema viele Menschen? Findet es Interesse in der Wissenschaft, in den Me-

dien, in der Gesellschaft? Ist es von Dauer? Hält es politischen Erdstößen stand?

Ich denke an die Langsamkeit und Sperrigkeit, mit der seinerzeit, im Jahr 1980, der Aufstand auf der Danziger Werft und das Auftreten der Gewerkschaft Solidarność in Deutschland wahrgenommen wurde, zumindest bei den „Offiziellen" – obwohl doch die dramatischen Ereignisse auch durch deutsche Medien den Weg in die Weltöffentlichkeit genommen hatten! Es dauerte Tage, ja Wochen, bis man bei uns zu ahnen begann, dass es in Danzig und Warschau keineswegs nur um polnische nationale Fragen ging, sondern dass hier die Sache der Freiheit – unsere Sache also – verhandelt wurde. Ohne Zweifel war die Solidarność-Bewegung in Polen der Auslöser für den östlichen Freiheitssturm. Gorbatschow, mehr Verwalter der Krise als selbstmächtiger Gestalter der russischen Politik, kam ja erst fünf Jahre später an die Macht! Aber wie begriffsstutzig reagierte die deutsche Politik auf die polnischen Ereignisse: Noch als die Gewerkschaft Solidarność bereits die übergroße Mehrheit der polnischen Arbeiterschaft hinter sich hatte, hielt der DGB wider besseres Wissen an seiner Beziehung zur kompromittierten kommunistischen Gewerkschaft in Warschau fest – was übrigens den heftigen Protest Heinrich Bölls herausforderte. Helmut Schmidt brach seinen Besuch bei Honecker nicht ab, als in Polen das Kriegsrecht verkündet wurde. Ich erinnere mich noch gut, wie klein das Häuflein der Katholischen Jugend und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken war, das damals – zum erstenmal in Deutschland! – in Köln in der Winterkälte vor dem Dom gegen das Kriegsrecht in Polen protestierte.

Nun mag man sagen: Das war vor 25 Jahren, und damals war die Lage schwer zu überblicken. Aber wie war es vor zwei Jahren, 2004, als die Bilder vom Unabhängigkeitsplatz in Kiew über die deutschen Bildschirme flimmerten? Fast punktgenau wiederholte sich bei der „Revolution in Orange" in der Ukraine das aus der Geschichte der Solidarność bekannte Muster: viel Sympathie für die Demonstranten, aber auch viel „staatsmännische" Sorge um das Gleichgewicht im Osten, viel Verständnis für die Ukrainer, aber auch viel Liebäugeln mit der russischen Staatsräson. 1981 hörte man bei den Offiziellen die Parole: „Die Polen haben überdreht!" 2004 war fast der gleiche Ton zu hören: „Hoffentlich überdrehen die Ukrainer nicht!" Sollte man in unserem Land, das glücklicherweise in Freiheit lebt, nicht zuerst und vor allem Verständnis für ein Volk erwarten, das um seine Freiheit kämpft?

Gewiss, der Blick auf Russland ist wichtig, und trotz vieler Alarmzei-

chen muss man hoffen, dass auch dort Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie mit der Zeit sich durchsetzen werden – und mit ihnen eine Bürgergesellschaft, die sich nicht vereinnahmen lässt vom obrigkeitlichen Staat. Aber ist nicht auch das wahr, dass die Ukraine aufgrund ihrer Geschichte wie ihrer jüngsten politischen Optionen eindeutig zu Europa gehört? Ist sie nicht das Zünglein an der Waage, wenn es darum geht, ob sich in Osteuropa auf die Dauer die „russische" oder die „europäische" Orientierung durchsetzen? Darf man sie in ihrem Streben nach Unabhängigkeit allein lassen?

Es sind vielfältige und komplexe Gründe, die uns in Deutschland immer wieder an der gleichmäßigen und unbefangenen Wahrnehmung unserer östlichen Nachbarn hindern. Dass wir auch heute oft über die Länder Mittel-, Ost-, Südosteuropas hinwegsehen und wie fixiert auf Russland blicken, hat gewiss historische Gründe – es hängt mit der schieren Größe der östlichen Hauptmacht zusammen. Über Jahrhunderte war Russland zudem das einzige slawische Land, das seine staatliche Unabhängigkeit bewahren und ausbauen konnte, während die anderen slawischen Völker im Osten und Südosten Europas in übernationale Reiche (der Osmanen, Habsburger, Romanows) eingebunden waren. Jahrhundertelang galten die nichtrussischen Slawen in der psychologischen Wahrnehmung des Westens als schwach, gutmütig, fleißig, demütig – als Dienstvölker eben, bestimmt zu einem staatenlosen Dasein unter der Herrschaft anderer. Ein Ranke bestritt den Slawen in seiner Konzeption der europäischen Geschichte einen ebenbürtigen Rang neben Germanen und Romanen – und er war keineswegs der einzige!

Erst die Ereignisse von 1989 haben das durch Jahrhunderte von Stärkeren „überherrschte" Osteuropa – wohl endgültig – an seine Eigentümer zurückgegeben. Freiheit und Selbstbestimmung erhielten nun endlich auch in dieser Region ihre Chance. Damit erfüllte sich eine Zukunftsvision, wie sie Johann Gottfried Herder gegen Ende des 18. Jahrhunderts im Slawenkapitel seiner „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit" (1784-1791) mit berühmten Worten umschrieben hatte[2]: „... so werdet auch ihr so tief versunkene, einst fleißige und glückliche Völker, endlich einmal von eurem langen trägen Schlaf ermuntert, von euren Sklavenketten befreiet, eure schönen Gegenden vom Adriatischen Meer bis zum Karpatischen Gebirge, vom Don bis zur

[2] Herder, Ideen, Buch 16/IV: Slawische Völker. Mit „Mulda" ist die böhmische Moldau gemeint.

Mulda als Eigentum nutzen und eure alten Feste des ruhigen Fleißes und Handels auf ihnen feiern dürfen."

Wenn nun die Osterweiterung ein Erfolg ist, der bisher nur im Westen noch nicht recht „angekommen" ist – was ist künftig zu tun? Offensichtlich darf man es bei der politischer Erweiterung nicht belassen. Das Nachdenken über Europa muss weitergehen. Die „neue Wirklichkeit" des europäischen Ostens muss Eingang finden in unsere Köpfe. Der politischen Osterweiterung muss die „geistige Osterweiterung" folgen.

Das erfordert zunächst einen unvoreingenommenen Blick auf die neuen Länder. Man muss sie ernst nehmen als ein Stück europäischer Gegenwart und Zukunft. Sie sind keine alteuropäischen Antiquitäten. Die Zeit, in der man bei Reisen nach Osteuropa staunend Bauernwagen mit Panjepferden auf Autobahnen fahren sah, in der man mit Rührung in ländliche Gärten, Holzhäuser, verwitternde Villen einkehrte – diese Zeit geht zu Ende. Die neuen Länder – so ist zu erwarten – werden sich rascher entwickeln und verändern als der Westen, Süden, Norden Europas. Wahrscheinlich werden sie sogar mit den Herausforderungen der Globalisierung schneller fertig werden als die Gründungsstaaten der EU. So sollten wir „Westler" ihnen nicht nur die herablassende Aufmerksamkeit schenken, die man Ferien- und Reiseländern mit ihren Natur- und Kunstschätzen entgegenbringt, wir sollten ihnen mehr widmen als flüchtige Touristenblicke.

Das heißt weiter, dass wir nach Osten hin Geschichte und eine ganze Menge Geographie nachlernen müssen. Vor allem pluralistische Lektionen stehen an. Es gibt da eben nicht nur Russland, es gibt eine Fülle höchst eigenständiger Länder, die man nicht an einer Schnur aufreihen kann, die man im einzelnen studieren, in deren soziale und politische Physiognomien man sich nachdrücklich und geduldig vertiefen muss. Gewiss, man kennt Polen – aber wer kennt Moldawien? Gewiss, man weiß von den Serben, den Kroaten – aber wer hat eine Vorstellung von Albanien und Mazedonien? Wem ist bewusst, dass die Ukraine der größte europäische Flächenstaat ist?

Fragt man nach Gemeinsamkeiten, welche die mittel- und osteuropäischen Länder bei aller Unterschiedlichkeit verbinden (und sie zugleich in manchen Teilen von Westeuropa abheben!), so wird man – ohne vollständig zu sein – *drei Züge* nennen können. Da ist erstens die jüngste Geschichte. Mittel-, Ost-, Südosteuropa waren in der Zwischenkriegszeit anfällig für diktatorische Regime, und mehrere Länder wurden 1939/40 Objekte und Opfer des Zusammen*spiels*, später des Zusammen-

stoßes der beiden totalitären Hauptmächte, des kommunistischen Russland und des nationalsozialistischen Deutschland. Da ist zweitens die gemeinsame Grundlage des ethnisch bis heute im Osten vorherrschenden Slawentums: Welche Rolle spielt es heute, reicht es über die sprachlich-kulturelle Prägekraft hinaus, entfaltet es politische Wirkungen, ist ein neuer Panslawismus denkbar? Und da ist drittens die Religion, die im europäischen Osten nach wie vor eine ungleich größere öffentliche Rolle spielt als im Westen und Norden Europas – so diffus und widersprüchlich auch das Bild ist, das die christlichen Kirchen in dieser Region gegenwärtig bieten.

1. Zunächst müssen sich alle osteuropäischen Staaten heute mit ihrer jüngsten Geschichte auseinandersetzen. Dazu gehört die permanente Erinnerung an diktatorische Herrschaft. Von den mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten, die nach dem Ersten Weltkrieg Unabhängigkeit erlangten, sind nur Finnland und die Tschechoslowakei stabile Demokratien geworden, während der Demokratieprozess in Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland gänzlich fehlschlug und auch Ungarn, Polen, Estland zeitweise zu dem im Süden, Westen und Osten sich ausbreitenden „Europa der Diktatoren" gehörten. Die Tschechoslowakei wurde 1938/39 durch Hitler zerstört, Polen, Litauen, Lettland und Estland fielen 1939/40 Hitler und Stalin – den damals Verbündeten! – zum Opfer. 1944/45 kehrten diese Länder (ebenso wie Ungarn, die Balkanstaaten und – mit geringer Verzögerung – die Tschechoslowakei) *nicht* zur Unabhängigkeit zurück; sie wurden Satelliten der sowjetischen Vormacht. Das östliche Europa schien nach 1945 in die traditionellen Bahnen der einstigen vereinnahmenden Über-Reiche zurückzukehren. Erst 1989/90 hat sich diese Lage grundsätzlich gewandelt.

Aus diesen gegensätzlichen Erfahrungen resultiert eine von Deutschland und Westeuropa in vielen Zügen abstechende historische *Gedächtniskultur.* Generell kann man sagen, dass in den osteuropäischen Ländern Kommunismus und Nationalsozialismus als zwei vergleichbare Formen totalitärer Unterdrückung wahrgenommen werden: am deutlichsten im „Museum der Besatzungen Estlands" in Tallinn, im „Lettischen Okkupationsmuseum" in Riga und im litauischen „Museum für die Opfer des Genozids" in Vilnius. Auch Ungarn stellt im „Haus des Terrors" in Budapest Kommunisten, Nazis und Pfeilkreuzler nebeneinander. In der Ukraine – und in schwächerem Maße in Polen – war und ist die Erinnerungskultur bis zur Stunde ein Gegenstand heftiger Kontroversen zwischen Postkommunisten und Nationalliberalen. In Kroatien,

im Kosovo, aber auch in der Slowakei verbindet sich die Ablehnung des Totalitarismus überdies mit nationalen Aversionen: Im einen Fall wird der Kommunismus jugoslawisch, im andern Fall tschechisch konnotiert.

2. Ist die Erinnerung an die jüngste Geschichte etwas, was die Osteuropäer als historische Opfer verbindet, aber als Bürger ihrer heutigen Gemeinwesen oft auch spaltet, so hat das gemeinsame Slawentum als politische Kraft heute längst nicht mehr die gleiche Wirkung wie in den Anfängen der nationalen Bewegung. Einmal fehlt das historische Gegenüber der übernationalen Reiche, gegen das der alte Panslawismus anrannte. Anderseits geht man heute, nach Völkermord und Holocaust, nicht mehr so leichtfertig mit ethnischen Parolen und Appellen um wie früher. Die in Osteuropa dominierenden slawischen Völker waren ja geschichtlich nie eine Einheit. Sie sind erst durch die eigennützige Philosophie des Panslawismus dazu gemacht worden. Heute finden allslawische Ideen in den osteuropäischen Ländern nur noch in wenigen intellektuellen Zirkeln (in Russland und Serbien auch an den rechten Rändern des Parteienspektrums) Gefolgschaft. Geblieben ist allenfalls die Forderung nach stärkerer internationaler Geltung der slawischen Sprachen – ein berechtigter Wunsch. Karol Wojtyła, der erste Slawe auf dem Papstthron, hat diesen Wunsch in seinen Ansprachen wiederholt zum Ausdruck gebracht – so schon bei seinem ersten Besuch in Polen, wo er am 4. Juni 1979 in Gnesen sagte: „Will Christus etwa nicht, dass dieser polnische Papst, dieser slawische Papst, wie es sich gehört, die geistige Einheit des christlichen Europa manifest macht, das in den Fußstapfen der großen Traditionen des Ostens und des Westens einen einzigen Glauben, eine Taufe und einen einzigen Gott und Vater aller bekennt? Vielleicht hat Christus ihn gerade deswegen erwählt ..., dass er in die große Gemeinschaft der Kirche ein besonderes Verständnis der Worte und der Sprachen einbringt, die immer noch fremd klingen für Ohren, die an romanische, germanische, angelsächsische und keltische Laute gewöhnt sind."[3]

3. Damit bin ich beim dritten Punkt, der Religion. Immer waren Religion und Kirchen in Osteuropa starke Kräfte, vielfältig ins öffentliche Leben einbezogen – sei es, dass sie die Autorität der herrschenden Mächte (Russland, Habsburg, die Pforte) stützten, sei es, dass sie umgekehrt den Beherrschten Hilfe und Zuspruch gaben (wie der Katholizis-

[3] Luigi Accattoli: Johannes Paul II. Köln 2005, S. 82.

mus in Polen oder das Hussitentum in Böhmen). Mehr oder minder überall haben die Kirchen die Identität der osteuropäischen Völker geprägt. So kennt der europäische Osten zwar – wie der Westen – die Verwandlung religiöser Energien in politische Programme und Bewegungen (am ausgeprägtesten in den Anfängen der russischen Revolution) – doch die in Westeuropa herrschenden Lehren vom „Absterben der Religion" im Zuge wachsender Aufklärung und Bildung haben die Denker des Ostens nie übernommen. Osteuropa ist – weltweit gesehen – keine Säkularisierungsregion. Auch heute liegt die Kirchenzugehörigkeit in diesen Ländern weit über dem europäischen Durchschnitt – Ausnahmen wie Tschechien bestätigen die Regel.

Freilich: Über das einzelne Volk, den einzelnen Staat greift solcher Kircheneinfluss kaum hinaus – sieht man von den Katholiken und den Protestanten ab, die selbstverständlich auch im Osten in den gewohnten weltkirchlichen Verbindungen und Vernetzungen auftreten. Insbesondere die Orthodoxie als die im Osten vorherrschende Kirche lebt nach wie vor in den traditionellen autokephalen Formen: Sie ist auf das jeweilige Volk, den jeweiligen Staat bezogen; ein panorthodoxes Bewusstsein existiert kaum. Und auch wenn nicht alle orthodoxen Kirchen eine so ausgeprägte Staatsnähe aufweisen wie in Russland, so erscheinen sie doch von außen gesehen fast an allen Orten als Landes-, ja als Staatskirchen. Es fällt schwer, sie sich als Keimzelle einer Bürgergesellschaft vorzustellen, wie dies die katholische Kirche Polens in der Solidarność-Zeit unzweifelhaft war.

Die „Wiedervereinigung Europas" in den Jahren nach 1989 hat für das Zusammenleben der drei christlichen Kirchen im östlichen Europa wenig neue Anstöße gegeben. Eher hat sie ökumenische Rückschläge ausgelöst. Einen unbefangenen Umgang der Kirchen miteinander wie im Westen gibt es kaum. Regelrechte Kirchenkämpfe herrschen vor allem zwischen der Orthodoxie und den Unierten – aber auch zwischen rivalisierenden Orthodoxien wie in der Ukraine. Das relativiert den Einfluss der Religion auf breite Schichten – schon machen sich in mehreren mittel- und osteuropäischen Ländern, selbst in Polen, deutliche Anzeichen eines – wenn auch langsam fortschreitenden – Säkularismus bemerkbar.

Dabei hätten West- und Osteuropa auch *kirchlich* voneinander viel zu lernen. Beide haben wichtige Botschaften zu vermitteln; beide bedürfen aber auch der wechselseitigen Ergänzung. Im Westen haben Protestanten wie Katholiken die pluralistischen Lektionen der Moderne gelernt. Im Osten steht dieser Lernprozess noch aus: Die Orthodoxie muss zum

Teil erst jene „Außenwerke“ entwickeln und verstärken, in denen die Kraft westlicher Kirchlichkeit liegt: Diakonie, kirchliches Recht, Selbstständigkeit gegenüber den Staat, eigene Soziallehren, eine eigene gesellschaftliche Praxis usw. Umgekehrt könnten die westlichen Kirchen von den östlichen das lernen, was *ihnen* fehlt: das patristische und mystische Erbe, die unbedingte Präferenz von Gottesdienst und Liturgie – den glühenden Kern der Gottesliebe, ohne den alle „Außenwerke“ des Christentums, so effizient sie sein mögen, leer und äußerlich bleiben.

Zusammenfassend: Es bleibt genug zu tun, um den „unbekannten Kontinent“, das östliche Europa, zu erforschen und zu durchleuchten. Es wäre ein Irrtum zu meinen, diese Aufgabe habe nach dem Zusammenbruch des Kommunismus plötzlich an Aktualität verloren. Auch zeigt sich, dass die Epoche der Transformation, in der wir uns gegenwärtig befinden, kein flüchtiges Zwischenspiel ist, sondern wohl noch lange andauern wird. Und *danach* dürfte die eigentliche zentrale langdauernde Aufgabe erst beginnen: Osteuropa wieder in die gesamteuropäische geistige Ökonomie, den kulturellen und religiösen Austausch einzufügen (also die „beiden Lungenflügel“ Papst Johannes Pauls II. wieder zu beleben!) – und zugleich zu fragen, wie sich das spezifische osteuropäische Erbe mit den in der westeuropäischen Integration gesammelten Erfahrungen verbinden kann.

Martin Malek

Usbekistan „nach Andijon“: Vom US-Klienten zur Annäherung an Russland

Das mittelasiatische Usbekistan ist nach dem Zerfall der Sowjetunion Ende 1991 in der breiteren westlichen Öffentlichkeit praktisch unbeachtet geblieben. Das änderte sich erst im Gefolge der Terroranschläge in New York und Washington am 11. September 2001, als das Land zu einer wichtigen Drehscheibe des Kampfes der USA und ihrer Verbündeten gegen die Taliban und Osama bin Ladens Al-Qaida in Afghanistan wurde.

Grundzüge des politischen Systems

Das politische System Usbekistans ist stark zentralisiert. Alle irgendwie bedeutenden Entscheidungen werden von der Exekutive (Präsident und Regierung) getroffen. Das Parlament ist kein echter Ort politischer Entscheidungsfindung und lediglich der verlängerte Arm der Exekutive, da sich echte Oppositionsparteien von Wahlen ausgeschlossen sehen. Parteien kommt grundsätzlich keine maßgebliche Rolle zu, weil die Führung die Entwicklung von politischem Pluralismus behindert. Die Justiz wird von der Exekutive kontrolliert und ist daher nicht unabhängig. Islam Karimow, Ende 1991 zum ersten Mal zum Präsidenten Usbekistans gewählt, ernennt die Richter. Alle bedeutenden Medien operieren unter strikter Kontrolle der Staatsführung, sodass die Freiheit der Information nicht gewährleistet ist. Die Korruption ist auf allen Ebenen von Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft endemisch.

Bedrohungen

Usbekistan ist mit fast 27 Millionen Einwohnern das mit Abstand bevölkerungsstärkste Land Mittelasiens und meldete als solches immer

Dr. phil. Martin Malek ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Landesverteidigungsakademie in Wien.

wieder regionale Vormachtansprüche an. Dieser Umstand brachte es bereits in einen gewissen Gegensatz zu Kasachstan, der flächenmäßig größten postsowjetischen Republik der Region, mit ähnlichen Ambitionen. Das Land besitzt die (relativ) stärksten Streitkräfte Mittelasiens. Es hatte in den 1992 ausgebrochenen Bürgerkrieg in Tadschikistan auf der Seite der prokommunistischen und prorussischen Kräfte unter Präsident Emomali Rachmonow u. a. mit Kampfflugzeugen eingegriffen. Insbesondere seit dem Friedensschluss in Tadschikistan 1997 herrschen zwischen den beiden Ländern allerdings Spannungen, deren Ursachen teilweise weit in die Vergangenheit zurückreichen: Bei der territorialen Abgrenzung im sowjetischen Mittelasien in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts hatte Moskau die beiden Städte Samarkand und Buchara, welche die Tadschiken als historische Zentren ihrer Kultur ansehen, Usbekistan zugeschlagen. Dazu kamen tadschikische Vorwürfe, dass in sowjetischer Zeit viele Tadschiken in Usbekistan gezwungen worden seien, sich bei den Volkszählungen als Usbeken registrieren zu lassen, sodass die Zahl der dortigen Tadschiken künstlich niedrig gehalten worden sei. Karimow beschuldigte dafür Tadschikistan (und Kirgisien), unzureichend gegen Islamisten und Terroristen vorzugehen, die Usbekistan infiltrieren wollten.

Usbekistan ist die einzige frühere Sowjetrepublik, die in postsowjetischer Zeit keine Volkszählung durchgeführt hat. Daher sind die aktuellen Angaben über die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung zwangsläufig Schätzungen. Die meisten Angaben über die Stärke der Usbeken liegen zwischen 71 bis 80 Prozent, für die Russen zwischen 5 und 8,3 Prozent, für die Tadschiken um die 5 Prozent und die Kasachen zwischen 3 und 4 Prozent. Die Karakalpaken machen nur ca. 1-2,5 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, verfügen aber über die einzige autonome Republik Usbekistans.

Insgesamt sind die Ursachen für die vorliegenden Anzeichen von innerer Instabilität Usbekistans nicht primär ethnischer Natur. Schwere und blutige ethnopolitische Konflikte wie zwischen Usbeken und den 1944 aus Südgeorgien in den usbekischen Teil des Ferghana-Tals deportierten Turk-Mescheten, die 1989 ca. 100 Tote forderten, haben sich in postsowjetischer Zeit nicht wiederholt. Die weltliche Opposition in Gestalt der noch am Ende der Sowjetzeit entstandenen Parteien „Birlik“ (Einheit) und „Erk“ (Freiheit) ist sehr schwach bzw. praktisch handlungsunfähig. Eine russische Zeitschrift warnte, dass sich „im Ergebnis Protest unausweichlich als islamischer Extremismus

ausdrückt".[1] Die hohe Bevölkerungsdichte sowie drängende soziale und ökonomische Probleme haben insbesondere im zwischen Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan aufgeteilten Ferghana-Tal günstige Rahmenbedingungen für die Agitation islamistischer Gruppen, Bewegungen und Parteien geschaffen.

Der islamistische Untergrund gedeiht v. a. in Gestalt von Hizb ut-Tahrir al-Islami (Islamische Befreiungspartei) sowie der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU). Hizb ut-Tahrir strebt nach eigenem Bekunden den Sturz der weltlichen Regimes in der islamischen Welt und die Vereinigung aller Moslems zu einem „Kalifatstaat" an. Sie behauptet allerdings, gewaltfrei zu sein und sich auf Agitation zu beschränken.

In den Methoden von Anfang an radikaler als Hizb ut-Tahrir war die auf offene Gewalt und Terror setzende IBU. Bombenexplosionen beim Haus der Regierung, der Nationalbank, dem Innenministerium und der Residenz Karimows in der Hauptstadt Taschkent töteten am 16. und 17. Februar 1999 28 Personen und verletzten 351; die usbekische Führung sprach von Anschlägen der IBU auf den Präsidenten. Im August 1999 versuchten bis zu 700 IBU-Kämpfer, aus Tadschikistan über Kirgisien nach Usbekistan vorzustoßen. Die kirgisische Armee konnte sie mit einiger Mühe in der Region Batken (im kirgisischen Teil des Ferghana-Tals) aufhalten. Im August 2000 unternahmen Guerillas der IBU eine Großoperation im usbekischen Abschnitt des Ferghana-Tals.

Auch 14 Jahre nach dem Zerfall der UdSSR sind nicht alle Grenzen zwischen den früheren Sowjetrepubliken Mittelasiens geklärt, was – u. a. mit usbekischer Teilnahme – zu Konflikten auf lokalem Niveau geführt hat. Die Sicherheitskräfte des Landes – darunter die Armee – konzentrieren sich jedoch auf innere Bedrohungen für das Regime. Die so genannten „bunten Revolutionen" in Georgien („Revolution der Rosen" im November 2003), der Ukraine („orangene Revolution" im Herbst/Winter 2004) und Kirgisien („Revolution der Tulpen" im März 2005) nährten – auch wenn sich die jeweiligen politischen Rahmenbedingungen stark unterschieden – die in der Taschkenter Führung längst vorhandenen Ängste vor einem Umsturz auch in Usbekistan. Auch daraus resultierte dann die harte Reaktion auf die Unruhen in Andijon.

[1] Itogi, 24.05.2005, S. 20.

Die Ereignisse in Andijon (11.-13. Mai 2005) und die Folgen

In der im äußersten Osten Usbekistans gelegenen 325.000-Einwohner-Stadt Andijon gerieten Proteste gegen einen Prozess gegen 23 Geschäftsleute, die die Behörden der Zugehörigkeit zu einer islamistischen Gruppe mit dem Namen „Akromija" beschuldigten, außer Kontrolle. Bewaffnete Regimegegner stürmten Kasernen und Verwaltungsgebäude und befreiten Hunderte Insassen aus einem Gefängnis. Daraufhin ließ Karimow durchgreifen. So sollen Regierungstruppen auf unbewaffnete Demonstranten geschossen haben. Nach offiziellen Taschkenter Angaben forderten die Unruhen 187 Tote. Inoffizielle usbekische und ausländische Schätzungen lagen um ein Mehrfaches darüber.

Ebenso unterschiedlich wie die Angaben über die Toten fielen die Interpretationen der Ereignisse aus. Westliche Staaten, darunter die USA, sowie die EU zeigten sich mehr oder weniger kritisch und verlangten eine unabhängige Untersuchung. Karimow erklärte die Vorfälle in Andijon dagegen zu einer „vorab geplanten Rache des Westens an Usbekistan" für seine „unabhängige Politik". Zudem brachte er Andijon mit den „bunten Revolutionen" in anderen GUS-Ländern in Verbindung.[2] Offizielle usbekische Stellen wurden nicht müde zu wiederholen, dass es sich um einen von Islamisten geplanten Staatsstreich gehandelt habe, und behaupteten eine wichtige Rolle „äußerer Kräfte". China und Russland stellten sich vorbehaltlos hinter das offizielle Taschkent. Der Moskauer Außenminister Sergej Lawrow erklärte die Ereignisse in Andijon zur „Operation von islamischen Extremisten aus der IBU, Resten der ‚Taliban' und einiger tschetschenischer Terroristen".[3] Führt man die Aussagen Karimows und Lawrows zusammen, ergibt sich das kuriose Resultat eines angeblichen Zusammenspiels des „Westens" und „islamistischer Terroristen" in Andijon.

Hinauswurf der USA

Nach dem 11. September 2001 wurde Usbekistan zu einem Schlüsselstaat in der amerikanischen Strategie zur Bekämpfung der Taliban und der Al-Qaida. Karimow gestattete den USA die Nutzung der ehemaligen

[2] Zitiert nach Kommersant', 30.06.2005, S. 10.
[3] Zitiert nach Kommersant', 03.06.2005, S. 9.

sowjetischen Luftwaffenbasis Chanabad für Truppenstationierungen und humanitäre Einsätze sowie zum Auftanken (also nicht für Kampfmissionen). Dies wurde allgemein als usbekischer Versuch interpretiert, verschiedene Konzessionen vom Westen zu erhalten – in erster Linie Wirtschaftshilfe, Sicherheitsgarantien und weniger Kritik an der Menschenrechtslage im Land.

Karimow reagierte überaus verärgert auf die amerikanische Kritik an seinem Krisenmanagement in Andijon. Beim Gipfeltreffen der aus Russland, China, Usbekistan, Kasachstan, Tadschikistan und Kirgisien zusammengesetzten Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) am 5. Juli in der kasachischen Hauptstadt Astana ergab sich ein weiterer wichtiger Hinweis auf eine drastische Verschlechterung der Beziehungen zwischen Usbekistan und den USA: Karimow stimmte einem SOZ-Dokument zu, das die von den USA angeführte Koalition aufforderte, ein Datum für die Schließung ihrer Stützpunkte in Usbekistan und Kirgisien zu nennen. Am 29. Juli teilte das usbekische Außenministerium der US-Botschaft in Taschkent mit, dass die amerikanischen Truppen innerhalb von 180 Tagen das Land verlassen müssten. Ende November 2005 zogen die USA ihre letzten Soldaten aus Chanabad ab. In Moskau war man natürlich vom geopolitischen Eigentor der USA sehr erbaut: Washington hat der Sache der Menschenrechte in Usbekistan schlussendlich nicht genützt, aber eine wichtige Basis verloren.

Usbekistan und der russische Einfluss in Zentralasien

Taschkent wollte sich lange russischen Positionen – so zur Osterweiterung der NATO oder der Irak-Intervention der USA 2003 – nicht vorbehaltlos anschließen. 1999 verlängerte es den von Moskau forcierten Vertrag über kollektive Sicherheit[4] nicht und trat dafür der GUAM[5] bei, die somit zur GUUAM wurde. Da Karimow aber „nach Andijon“ an die Möglichkeit einer Destabilisierung seines Regimes durch „den Westen“ glaubte, meinte er sich in der (plausiblen) Interpretation einer bekannten Moskauer Zeitung nach „alternativen Kraftzentren“ umsehen zu müssen, „in denen Moskau und Peking den Ton ange-

[4] Es handelt sich hier um ein auf einer Beistandsklausel beruhendes Militärbündnis einiger GUS-Staaten, das 2002/2003 zu einer „Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit“ aufgewertet wurde.

ben".[6] Usbekistan ist eine wichtige Rolle in jenen russischen geopolitischen Überlegungen zugedacht, in deren Zentrum die Abwehr von westlichem – und v. a. amerikanischem – Einfluss in der GUS steht. Auf multilateraler Ebene dienen dazu die GUS, die Organisation für zentralasiatische Kooperation (die bis zum Beitritt Russlands 2004 aus Kasachstan, Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan bestanden hatte) sowie die SOZ. Es kam den russischen Plänen naturgemäß sehr entgegen, dass Usbekistan bereits im Juni 2001 der SOZ beigetreten ist und im Mai 2005 offiziell den Austritt aus der (in Moskau immer als „antirussisch" verurteilten) GUUAM ankündigte, nachdem seine Mitgliedschaft schon zuvor einige Zeit geruht hatte.

Perspektiven

Die in bzw. gegen Usbekistan aktiven islamischen Fundamentalisten sind von Demokratie, Menschen- und Bürgerrechten sowie Vorstellungen von einer Zivilgesellschaft noch weiter entfernt als die von ihnen mit Propaganda und Waffengewalt bekämpfte Karimow-Führung. Da die laizistische Opposition ohnmächtig ist, würde – und dessen sollte sich die westliche Usbekistan-Politik stets bewusst sein – ein Umsturz sehr wahrscheinlich ein islamistisches Regime an die Macht bringen, was die ohnedies fragile zentralasiatische Region zweifellos weiter erschütterte. Westliche Politiker, Diplomaten und Analytiker machen sich unglaubwürdig, wenn sie Usbekistan wegen seines autoritären und zentralisierten politischen Systems an den Pranger stellen und dabei ganz ähnliche Tendenzen in anderen GUS-Ländern (darunter Russland) nicht bemerken wollen bzw. unkommentiert lassen. Auch die westliche Kritik am Vorgehen von Karimows Sicherheitskräften in Andijon und die Aufrufe zu unabhängigen Untersuchungen der dortigen Vorfälle besäßen mehr Substanz und Plausibilität, wenn gleichzeitig ähnliche Forderungen an Russland gestellt würden, dessen Armee in Tschetschenien seit 1994 (mit einer Unterbrechung 1996-1999) für sehr viel mehr Opfer verantwortlich ist.

5 Benannt nach den Anfangsbuchstaben der Mitgliedsländer Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldova.

6 Kommersant', 29.06.2005, S. 9.

Die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE, Brüssel) gab am 9. Mai 2005 das Schreiben „Das Werden der Europäischen Union und die Verantwortung der Katholiken" heraus. Der Text wurde 2003/2004 von einer Gruppe von Theologen und Philosophen verfasst; er möchte, wie es in der Einführung (S. 3) heißt „Christen in der Union ... einladen, ihre Verantwortung im Entwicklungsprozess der Europäischen Union wahrzunehmen". Aus diesem für ein christliches Verständnis Europas wichtigen Text werden nachstehend einige Auszüge wiedergegeben.

...

20. Die Methode der Solidarität und der Teilung von Souveränität

Der Anstoß zur Gründung Europas erfolgte mit dem Ziel einer „faktischen Solidarität". Unter Solidarität ist hier die Schaffung einer wirklichen Einheit in Achtung vor dem Gemeinwohl und auf der Grundlage der Gleichheit der Partner zu verstehen. Für die katholische Kirche liegt die Quelle der Solidarität im Sinn dieser Einheit übrigens im Herzen ihres Glaubens selbst. Solidarität ist also nicht als einseitige Herablassung der Reichen zu den Armen zu verstehen. Im spezifischen Kontext ihrer Epoche ging es der Schuman-Erklärung um eine Solidarität,

- die nicht durch die Nationalgrenzen eingeschränkt werden und den europäischen Staaten einen möglichen Weg zur Überwindung nationaler Blockaden weisen sollte;
- die Konsequenzen für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter in allen beteiligten Staaten haben sollte;
- die nicht bei den vertragschließenden Parteien Halt machen, sondern die Pflicht Europas zur Solidarität mit den anderen Völkern einbeziehen sollte.

...

Die Institutionen der Gemeinschaft stützen sich nicht in erster Linie auf das Prinzip der Stärke, sondern auf eine Solidarität, die den kleinen Nationen das gleiche Existenzrecht zuerkennt wie den großen. Die Methode der europäischen Integration ist die Solidarität. Sie setzt voraus, dass die größeren Staaten bei der Verteilung der Stimmen und Sitze in den Institutionen nicht auf der strikten Anwendung des Proportionalitätsprinzips bestehen, wohingegen die kleineren Staaten sich verpflichten, den Entscheidungsprozess nicht zu blockieren und die Union nicht zu lähmen ...

Dritter Teil

Wie können die Katholiken zum Aufbau Europas beitragen?

33. Speziell heute, nach dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten, muss das Projekt der Europäischen Union in jenem Geist neu belebt werden, der an seinem Beginn 1950 wirksam war und der die Erfahrung des Jahres 1989 möglich gemacht hat.

Nachdem wir über diese beiden zentralen Zeitpunkte der europäischen Einigung reflektiert haben, müssen wir folgende Frage stellen: Wie sieht die Berufung der Union von heute aus? Ihre Neudefinition ist nicht allein die Sache von ein paar Verantwortungsträgern. Sie geht alle Bürger, alle Institutionen und alle Verbände unserer unterschiedlichen Länder an. Es gilt unter allen Umständen die Trennung zu überwinden, die zwischen den Eliten und der Masse der europäischen Bürger hat Platz greifen können. Wie können wir die Begeisterung unserer unterschiedlichen Völker für die europäische Sache und für die Idee der Brüderlichkeit unter allen wecken? Das ist die große Herausforderung, der wir uns heute stellen müssen.

Solche Fragen gehen alle Bürger der Union an. Die Katholiken haben keine „schlüsselfertigen" Lösungen für die genannten Herausforderungen anzubieten. Aber sie wissen sich als Erben einer alten Tradition, die den europäischen Kontinent besonders stark geprägt hat. In dieser Eigenschaft wissen die europäischen Katholiken als vollberechtigte Bürger auch, dass sie die Verantwortung haben, diese Tradition, die sich auf verschiedenen Ebenen entfaltet, lebendig zu halten. Zusammen mit den anderen Bürgern müssen sie Antworten auf Fragen finden, die jedermann stellt. Aber sie können dies auf ganz eigene Weise, von ihren eigenen geistigen Ressourcen her tun. Dass die Europäische Union zu einem erheblichen Teil ihrer Geschichte, Kultur und Geistigkeit die Erbin des Christentums ist, verleiht den Bürgern christlichen Bekenntnisses keinerlei Privilegien. Aber das heißt nicht, dass sie nicht das Recht hätten, sich am Aufbau des künftigen Europa zu beteiligen.

...

34. Die Bilanz der Geschichte, die wir in den ersten beiden Teilen unseres Textes unternommen haben, hat deutlich gemacht, dass die Europäische Union auf einem geistigen Fundament aufruhte, dessen Hauptbestandteile Verzeihen, Versöhnung, persönliches und gemeinsames Engagement in Gewaltlosigkeit sind.

Dies sind Haltungen, die keine persönliche Zugehörigkeit zum christlichen Glauben voraussetzen. Umgekehrt müssen wir mit Bedauern sagen, dass wir Christen nicht immer auf der Höhe dieser Forderungen sind, selbst wenn wir uns auf den Glauben an Christus berufen. Doch wir dürfen uns nicht von unserem eigenen Versagen einschüchtern lassen. Wir können nämlich auch feststellen, dass unser Bürgerengagement nicht das wäre, was es ist, wenn es sich nicht aus einer lebendigen spirituellen Erfahrung speiste. Der Wille, in einem konkreten Engagement für die Menschen unserer Umgebung durchzuhalten, verlangt eine starke Überzeugung von uns. Diese kann sich nur in einer spirituellen Grunderfahrung und in einer soliden Gewissensbildung formen.

Als wir Jünger Jesu von Nazareth wurden, sind wir damit nicht in eine politische Partei oder in einen Verein mit kulturellem Zweck eingetreten. Wir sind seine Jünger geworden, weil

wir in ihm den von Israel ersehnten Messias erkannt haben, den von Johannes dem Täufer ausgerufenen Retter, den gekreuzigten und auferstandenen Herrn, den die Apostel in der ganzen Welt verkündigt haben. Der christliche Glaube als solcher fordert zu einer Bekehrungserfahrung auf. Und wir treten in die Fußstapfen Christi, um mit ihm und in ihm aus dem Tod in das Leben des Gottesreichs hinüber zu gehen.

Doch dass wir uns anschicken, in der Nachfolge Christi und in der Dynamik des Geistes, den er uns geschenkt hat, zu leben, macht uns nicht zu vaterlandslosen Gesellen. Wir bleiben ganz wesentlich Bürger unseres Landes oder des Landes, das uns aufgenommen hat. Die christliche Identität, die sakramentalen Charakters ist, gehört einer anderen Ordnung an als die bürgerliche Identität; sie steht nicht im Widerspruch zu dieser. Wir träumen nicht davon, einen christlichen Staat im Staate zu bilden; wir wollen als gewissenhafte Bürger leben, gemäß der Mahnung des Apostels Paulus.[1] Aber deshalb sind wir noch lange keine willfährigen Bürger: Wir wissen, dass die menschlichen Gesetze der Gerechtigkeit dienen sollen.

Mit anderen Worten: Der christliche Glaube verlangt nicht von uns, die Realitäten des Alltagslebens mit Verachtung zu strafen, vielmehr verpflichtet er uns, uns so redlich und ernsthaft wie nur möglich auf sie einzulassen. Jeder Jünger Christi ist aufgefordert, sich zum Diener seiner Brüder und Schwestern in der Menschheit zu machen, alle seine Gaben in den Dienst am Gemeinwohl des Ortes zu stellen, an dem er lebt ...[2]

1 Röm 13,5: „Deshalb ist es notwendig, Gehorsam zu leisten, nicht allein aus Furcht vor der Strafe, sondern vor allem um des Gewissens willen."

2 Vgl. das Gleichnis von den Talenten: Mt 25,15 ff.

Martin Buschermöhle

„Mit den Armen heilig werden“

Schwester Małgorzata Chmielewska

Eigentlich ist das eine feine Sache, so ein Sozialstaat. Jeder, der in eine Notlage gerät, hat Anspruch auf staatliche Hilfe. Niemand braucht zu hungern oder zu frieren, und um die Härtefälle kümmert sich die Caritas. Betteln gehört sich nicht. Wenn man auf der Straße angesprochen wird, weiß man gleich ganz genau, dass man es mit einem Schnorrer zu tun haben muss, der das Geld höchstwahrscheinlich sowieso für Alkohol, Drogen oder Zigaretten braucht. Ohne Gewissensbisse bekommen zu müssen, kann man diese Bettler auf Plätzen oder Kirchenstufen stehen lassen oder eben auf das Sozialamt oder die Caritas verweisen. So einfach ist das bei uns.

Sr. Małgorzata könnte Bände davon erzählen, wie Menschen den Halt verlieren und mit oder ohne Sozialstaat in die völlige Armut absinken. Dank ihrer deutlichen Worte und schonungslosen Kritik an Gesellschaft wie Kirche erwarb sie in wenigen Jahren in Polen eine hohe Popularität und wird immer wieder gerne zu Podiumsdiskussionen oder auch Fernseh-Talkshows eingeladen. Im Gespräch und durch ihr Zeugnis überbringt sie eine dreifache Botschaft: sie klagt die Herzenskälte der Behörden und Institutionen an, die oft passiv bleiben und den Obdachlosen und Angehörigen anderer Randgruppen wenig Hilfe beim Erlangen der ihnen zustehenden staatlichen Unterstützung gewähren, sowie die Politiker, die sich mit unzureichenden Gesetzen und Bestimmungen arrangiert haben und die Benachteiligung der Kranken, Pflegebedürftigen, Behinderten, Arbeits- und Obdachlosen einfach hinzunehmen bereit sind. Sie hat zweitens einen gemeinnützigen Verein gegründet und mehrere Pilotprojekte aufgebaut, um zu zeigen, wie es anders geht. Und sie macht uns drittens bewusst, dass Arme und Obdachlose keineswegs nur eine unpersönliche Sozialkategorie sind, son-

Martin Buschermöhle ist Referent der Abteilung Projektarbeit und Länder bei Renovabis.

dern Menschen, denen wir helfen können, ihre Würde zurückzuerlangen und in denen wir Christus begegnen können, wenn wir uns auf die Begegnung mit ihnen einlassen.

Zuerst Frau, dann Ordensschwester

Die 1951 geborene Sr. Małgorzata Chmielewska war ihr ganzes Leben auf der Suche nach ihrem eigenen Weg. Nach sechs Jahren bei den kleinen Schwestern Jesu trat sie aus dieser Kongregation wieder aus, weil ihr dort die Nachfolge in Bezug auf den Dienst an den Armen nicht radikal genug war. Mit ihrer Freundin Tamara begann sie sich für die Armen und Ausgegrenzten zu engagieren, zuerst vor allem für vereinsamte Blinde, bis sie nach einigen Jahren die aus Familien und Ordensleuten bestehende Gemeinschaft „Brot des Lebens" kennenlernte. Über diese 1976 in Evreux in Frankreich gegründete Gemeinschaft sagten einmal die französischen Bischöfe, das Leben in einer solchen Armut, wie es die Regel verlange, sei unmöglich, das würden nicht einmal die Franziskaner aushalten können. Darauf erwiderte der Gründer der Gemeinschaft, Pascal Pingault, nur kurz „wirklich sehr schade" und ließ sie stehen.

In dieser Beziehung passt sie gut in diese Gemeinschaft. Auch Sr. Małgorzata nimmt ungern ein Blatt vor den Mund, gerade wenn es um das innerkirchliche Rollenverhältnis geht, wie die folgende Begebenheit illustriert. Einem Priester, der sie in einem ihrer Häuser besuchte und einen antisemitischen Witz erzählte, erwiderte sie, so etwas sei in einem der Häuser der Gemeinschaft „Brot des Lebens" unstatthaft. Er war erschüttert, „noch nie habe es eine Ordensschwester gewagt, ihn zurechtzuweisen." Worauf sie antwortete „vielleicht besser eine Ordensschwester als der Bischof." Er habe dabei gar nicht überlegt, ob sie einfach als Mensch, dazu noch älter als er, das Recht dazu haben könnte, ihn zu kritisieren, sondern nahm für sich in Anspruch, als Priester grundsätzlich in allem Recht zu haben. Auch kritisierte sie, dass Frauen, selbst wenn sie Ordensfrauen seien, in polnischen Priesterseminaren bestenfalls in der Küche arbeiten, nicht jedoch theologische Vorlesungen halten dürften. Viele Priester, denen sie in ihrem Leben begegnet sei, hätten sich so verhalten, als sei sie ein Wesen aus einer anderen Welt. Dies sei wohl unter anderem ein Ergebnis der Abgeschlossenheit der Seminare.

Ein anderer Stein des Anstoßes ist, dass sie Zigaretten raucht und sich nicht dafür schämt. Einem Bischof, der sie darauf ansprach, erwiderte sie: „wenn Sie mir versichern, dass auch alle Priester in Ihrer Diözese mit dem Rauchen aufhören, lasse ich es sofort bleiben." Vielleicht vermag sie ja auch durch das Rauchen, den Ihren etwas näher zu sein?

Anwältin der Bedürftigen

Die Gemeinschaft „Brot des Lebens" wollte keine große Organisation aufbauen. Sr. Małgorzata hat statt dessen

eine Verabredung mit dem lieben Gott getroffen. Sie sammelt keine Spenden, sondern vertraut auf seine Hilfe: „Wenn wir glauben, dass die Armen Christus gehören und auch wir Christus gehören, müssen wir an unserer Vereinbarung festhalten. Wir haben vereinbart, dass er einen Weg findet, die Herzen der Menschen zu öffnen." Deshalb macht die Gemeinschaft möglichst wenig auf eigene Faust und versucht zu verhindern, dass die Absicht, immer mehr Mittel zu erlangen, zum Antrieb ihres Handelns wird, denn dadurch würde sie selbstständig und unabhängig vom lieben Gott. Und das wäre der Anfang vom Ende. Auf diese Weise bleiben die Angehörigen der Gemeinschaft wachsam für Gottes wunderbares Wirken und wie er sie umsorgt. Im Gebet sagt sie oft: „Lieber Gott, das ist jetzt Dein Problem ..."

Sie hingegen übt Druck auf die verantwortlichen Institutionen aus und appelliert an diese, etwas z. B. dagegen zu unternehmen, dass allein in Warschau über hundert Obdachlose auf einen Heimplatz warten müssen. Als sie einmal am Rande der Zahlungsunfähigkeit für eines ihrer Obdachlosenheime stand, nachdem die Stadtverwaltung trotz aller Bitten und Interventionen ihre vertraglich zugesagten Zahlungen über Monate hinweg nicht geleistet hatte, erklärte sie, dass die Gemeinschaft „Brot des Lebens" den Vertrag, falls das Geld nicht innerhalb von drei Tagen auf dem Konto wäre, als aufgehoben betrachten, vor laufenden Kameras das Haus verlassen und die zum Teil schwerkranken Obdachlosen im Gebäude zurücklassen würde. Schließlich sei die Stadtverwaltung für die Bewohner genauso verantwortlich wie die Gemeinschaft. Und es wirkte.

Sr. Małgorzata nimmt auch im Fernsehen kein Blatt vor den Mund, wenn sie beschreibt, wie Obdachlose oder Behinderte von den Behörden vernachlässigt werden, Gemeinden in strukturschwachen Gebieten, die selbst nur geringe Einnahmen haben, den Bedürftigen oft selbst die ihnen zustehende Sozialhilfe nicht auszahlen, oder wie solchen „hoffnunglosen Fällen" medizinische Versorgung verweigert oder zumindest der Zugang durch bürokratische Hindernisse immer wieder erheblich erschwert wird. Inzwischen ist sie durch ihr Engagement so bekannt, dass sie selbst auf der Straße oder in der Straßenbahn angesprochen wird: „Sie sind doch Schwester Małgorzata, ich hab' Sie letzte Woche im Fernsehen gesehen ..." Das sei schon manchmal etwas ermüdend, gibt sie zu.

Beispiel geben

Viele Arme schämen sich ihrer Situation, halten sich selbst für schuldig und versuchen, diese Armut, soweit es geht, zu verbergen. Deshalb gibt es in den Häusern der Gemeinschaft keine Almosen. Wer zum Beispiel Geld für Süßigkeiten oder Zigaretten braucht, kann sich mit Hausarbeiten einen symbolischen Betrag selbst verdienen. Dies sei nicht so entwürdigend. Im Zusammenleben mit den Ausgestoßenen und Armen sei es möglich gewesen zu verstehen, was es bedeutet,

einen Menschen zu lieben und in dieser Liebe treu zu bleiben. Inzwischen hat die Gemeinschaft sieben Häuser für Obdachlose aufgebaut und führt verschiedene Programme zur beruflichen Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser und zur Förderung Jugendlicher aus strukturschwachen ländlichen Gebieten durch. Die Mittel für dieses Projekt erlangt die Gemeinschaft, indem sie hochwertige handwerkliche oder landwirtschaftliche Produkte wie z. B. Marmelade aus alten, inzwischen seltenen Apfelsorten oder besonders cholesterinarme Hühnereier zu „fairen" Preisen in der Hauptstadt an Kunden verkauft, die bereit sind, ihre Projekte auf diese Weise zu unterstützen.

Ende der Achtzigerjahre nahm Sr. Małgorzata den damals dreijährigen Artur in Pflege. Artur litt an Epilepsie und war Autist. Seiner Mutter war das Sorgerecht aberkannt worden, weil sie nicht in der Lage war, sich um ihn zu kümmern. Während ihres Aufenthalts im Obdachlosenheim war Sr. Małgorzata für Artur die einzige Bezugsperson. Irgendwie blieb ihr keine andere Wahl: „Als Artur zu uns kam, war dies eine weitere Herausforderung. Gott stellte ihn auf meinen Weg, damit ich lernte zu lieben, jemanden so zu lieben, wie er ist, und zugleich meine ganze Vorstellungskraft und Phantasie in Gang zu setzen, um ihn zu erreichen, ihn in seinem Anderssein anzunehmen. Artur ist meine Schule der Geduld und der Liebe."

Christus begegnen

Die Mitglieder der Gemeinschaft sehen sich nicht einfach als Sozialarbeiter. Sie wollen die menschliche Seele niemand anderem als Gott überlassen. Mit den Ausgestoßenen lebend bemühen sie sich darum, dass diese selbst den Kampf um die Wiedergewinnung ihrer Würde aufnehmen. Gleichzeitig zeigen sie ihnen den Weg zu Christus als den einzigen Weg der Befreiung des Menschen, jedes Menschen. Dabei versuchen sie einfach, das Leben der Armen mitzuleben und zugleich ganz tief aus dem Gebet zu leben. Diejenigen, die in den Häusern der Gemeinschaft nicht mitarbeiten können, weil sie dafür zu krank sind, leiden für die anderen. Ihr Leiden ist der Reichtum aller anderen Mitbewohner und umgekehrt ist die Mühe, ihnen ihr Leiden zu erleichtern, Reichtum der Nächstenliebe. Im leidenden Menschen begegnen sie Gott selbst: „Der liebe Gott kann eines nicht, er kann niemandem seine Freiheit nehmen. Er ist Liebe, und dies setzt beiderseitige Freiheit voraus. Er kann nur bitten, er kann nicht zwingen und so leidet er mit uns, wie eine Mutter mitleidet, wenn ihr Kind leidet, aus Liebe. Über die Erlösung hinaus kann er nichts für uns tun, aber er sendet unablässig Botschaften an den Menschen, Bitten um das Gute, um Innehalten, um Umkehr."

Alles, was ihr dem Geringsten getan habt ...

Die christliche Hoffnung verringert das Leiden nicht. Aber oft lebt der

Mensch das Evangelium und ist sich dessen gar nicht bewusst. Christus fragt nicht: „Warst Du Bischof, Dieb oder Prostituierte?“ Er fragt nicht: „Warst Du gläubig, warst Du römisch-katholisch, hast Du die Dogmen akzeptiert, sondern er sagt: Du hast mich im Gefängnis besucht, mir zu essen und zu trinken gegeben ...“ Er sagt: „Alles, was ihr dem Geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“, und weiter: „Zöllner und Prostituierte gehen uns voran auf dem Weg ins Himmelreich.“ Heiligkeit bedeutet in der Gemeinschaft „Brot des Lebens“, „gemeinsam zu gehen“. Alle Menschen, selbst die ärmsten, sind zur Heiligkeit berufen. Nur gemeinsam können wir heilig werden, das einzelne Glied der Gemeinschaft wäre dazu zu schwach.

Von Sr. Małgorzata Chmielewska können wir lernen, was wir verlieren, wenn wir die Bedürftigen unserem wohlorganisierten Sozialsystem überlassen; nämlich Christus im Nächsten zu erkennen und uneigennützig lieben zu lernen. Auf diese Weise können uns die Armen und Ausgestoßenen an die Hand nehmen und zu Christus führen.

Unter Verwendung des 1999 in Krakau im Verlag „Znak“ erschienenen Buches: „Wszystko, co uczyniliście ... z siostrą Małgorzatą Chmielewską rozmawia Michał Okoński“.

Schwerpunktthema des nächsten Heftes:

Schienenwege in Europa

Editorial

Der Eisenbahn haftet etwas Altmodisches an. Im Zeitalter des Individualverkehrs hat es das älteste Massenverkehrsmittel der Welt schwer, sich gegen die mächtige Konkurrenz des Automobils zur Wehr zu setzen. Im „alten" Europa wurden zudem seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts die Streckennetze vielfach ausgedünnt, und auch in Mittel- und Osteuropa lässt sich dieser Prozess beobachten. Ob die Entwicklung eines europäischen Hochgeschwindigkeitsbahnnetzes daran etwas verändern wird, kann man im Moment nicht recht einschätzen, denn bis zur Fertigstellung eines solchen Gesamtnetzes werden noch Jahrzehnte vergehen.

Dennoch lohnt es sich, der Entwicklung der Eisenbahn in Mittel- und Osteuropa nachzugehen. Das vorliegende Heft will nicht nur Informationen über die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Eisenbahn vermitteln, sondern auch die gesellschaftlichen Prozesse aufzeigen, die das neue Verkehrsmittel angestoßen hat: Die Eisenbahn hat wesentlich mehr als nur die Entfernung zwischen zwei Punkten auf der Landkarte verringert. Sie steht am Beginn des Weges, der in die Kommunikations- und Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts geführt hat.

Die Beiträge des Heftes sind so unterschiedlich gestaltet wie die Bahnlinien, die sie beschreiben. Vom Essay bis zur kulturhistorischen Skizze, von der Satire bis zum Erlebnisbericht wird das Bahnfahren in verschiedenen europäischen Ländern und zu verschiedenen Zeiten geschildert und damit, wie wir hoffen, lebendig. Einige Skizzen dienen dazu, die Streckenverläufe etwas besser nachzuvollziehen zu können; dennoch sollte man von Fall zu Fall eine Landkarte hinzulegen. Da auch Sibirien in zwei Beiträgen den landschaftlichen Hintergrund bildet, geht die Reise weit über Europa hinaus. Folgen Sie einfach den Schienen zu fernen Zielen, lassen Sie sich von der besonderen Atmosphäre einer Bahnfahrt gefangen nehmen!

Die Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Thomas Bremer
Osteuropäische Eisenbahngeschichten 163
Klaus Wiebelitz
Warschau und Wien als Bahnknotenpunkte 170
Wolfgang Grycz
Interzonenzüge: Mit der Bahn durch den Eisernen Vorhang 175
Wolfgang Grycz
Die Strecke Warschau-Berlin. Auch Stalin fuhr lieber mit der Eisenbahn 184
Małgorzata Nocuń/Andzrej Brzeziecki
Östlich von San und Bug. Wo Bahnfahrten noch ein Erlebnis sind 194
Christof Dahm
Der erste ‚Dampfwagen' in Österreich. Geschichte und Geschichten um die Kaiser-Ferdinands-Nordbahn 202
Michael Albus
Es war einmal ... Der Orient-Express. Vom Versuch, die alte Stecke nachzufahren 213
Frithjof Benjamin Schenk
Russlands „stählernes Band": Die Transsibirische Eisenbahn 219
Johannes Grützmacher
Die Baikal-Amur-Magistrale – Eine Eisenbahnlinie und ihre (Be-)Deutungen 227
Georg Schomacher
Das Bild der Eisenbahn in der russischen Literatur 234

Thomas Bremer

Osteuropäische Eisenbahngeschichten

Fahrten mit der Eisenbahn gehören für uns heute zur Normalität und zum Alltag. Die Erfindung der Eisenbahn hat nicht nur die Städte Westeuropas einander näher gebracht und somit entscheidend zur „industriellen Revolution" beigetragen, sondern sie hat vor allem auch die weiten Räume Mittel- und Osteuropas erschlossen. Diese Gebiete gehörten im 19. Jahrhundert alle zu einem der großen Reiche, die im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg untergingen: Das deutsche Kaiserreich, die Habsburgermonarchie, das russische Imperium und auch das osmanische Reich. Wenn man in den Kategorien von „Räumen" denkt, um Geschichte und Entwicklung Mittel- und Osteuropas besser zu verstehen, muss man auch bedenken, auf welche Weise diese Räume erreicht, durchquert, beherrscht, verwaltet werden konnten. Im niedersächsischen Kalkriese, dem vermutlichen Ort der Varusschlacht, hat man römische Münzen gefunden, die im Orient geprägt wurden; ein Zeichen dafür, dass die Römer mit Hilfe ihres Wegesystems und vor allem auf den Wasserstraßen in der Lage waren, auch größere Soldatenkontigente relativ schnell von einem Ende der damals bekannten Welt an das andere zu schaffen.

Veränderungen im Eisenbahnzeitalter

Über weitere Landstrecken jedoch waren Fortbewegung und Transport lange Zeit sehr schwierig, ja fast unmöglich. Erst durch die Erfindung der Eisenbahn veränderte sich diese Situation. Die Erkundung des russischen Ostens war vor dem Bau der Transsibirischen Eisenbahn Sache einzelner Abenteurer, die viele Monate Zeit investieren mussten, um an ihr Ziel – sofern sie eines hatten – zu gelangen; jetzt war es möglich, in wenigen Tagen Tausende von Kilometern zurückzulegen und dabei große Mengen von Gepäck problemlos zu transportieren. Das hatte nicht nur für die Zivilisation Folgen, sondern vor allem auch für den Handel. Die Eisenbahn prägte außerdem auch die Besiedlung des Lan-

Der Verfasser ist Mitglied der Redaktion dieser Zeitschrift.

des: Entlang der Strecke entstanden Siedlungen, Städte, industrielle Anlagen, während andere Orte, die bei der Planung der Trasse unberücksichtigt geblieben waren, in ihrer Entwicklung zurückfielen. Einst vor allem Mittel, um von einem Ort zum anderen zu gelangen, wird die Transsibirische Eisenbahn heute mehr von (westlichen) Touristen benutzt, für die die Reise an sich der Zweck ist, um das Land aus dem Zugfenster und bei gelegentlichen Landausflügen sehen und erleben zu können. Russlands „Fenster zum Westen", die Hauptstadt St. Petersburg, wurde mit der alten Hauptstadt Moskau durch eine Linie verbunden, die von ähnlicher Wichtigkeit, wenn auch weniger monumental als die „Transsib" war. Die Strecke, eine der ältesten in Russland, ist bis heute eine äußerst gut frequentierte Verbindung, die man üblicherweise in einer Nacht zurücklegt. Berühmt ist der Luxuszug mit dem Namen „Krasnaja Strela", „roter Pfeil".

Langstreckenzüge in Russland haben Schlafwagen, die man tagsüber zu Sitzabteilen umbauen kann. Jeder Schlafwagen hat „seine" Schaffnerin, zumeist ältere, bisweilen auch jüngere, aber stets resolute Damen, die neben kleineren Speisen vor allem den Tee anbieten, der aus einem die ganze Fahrt betriebenen Kessel immer erhältlich ist, und die Bettwäsche, Handtücher und sonstige Utensilien verteilen. Die Abteile sind von Zufallsgemeinschaften belegt, die das Platzkartensystem zusammengewürfelt hat und die am nächsten Morgen am Moskauer bzw. Leningrader Bahnhof (so heißt die Station in der Hauptstadt nach wie vor) wieder auseinander gehen werden. Zuweilen haben einzelne Reisende auch ein Abteil für sich, wenn es ihnen gelungen ist, das Buchungssystem zu überlisten, oder wenn sie sich vier Platzkarten geleistet haben, um ihre Ruhe zu haben.

Die Eisenbahn in Literatur, Film, Fernsehen ...

In allen Bereichen der Kultur hat das Phänomen Eisenbahn, das für Russland so wichtig werden sollte, seinen Niederschlag gefunden, vor allem in der Literatur. Tolstojs Familientragödie „Anna Karenina" gewinnt ihre Spannung durch die Eisenbahnreisen; der Autor selber ist hochbetagt in einem Bahnhofsgebäude gestorben, nachdem er einige Tage vorher sein Haus verlassen hatte, weil er seinen „reformierten" Lebensstil konsequent, und eben nicht auf seinem Gut, verwirklichen wollte. Von den vielen anderen Beispielen sei noch Leskows Erzählung „Reise mit einem Nihilisten" erwähnt: Die Eisenbahn als Aufenthaltsort der

Intellektuellen. Die Zugreise wird in gewissem Sinne als exterritorialer Raum verstanden, in dem man Bekenntnisse machen kann, die sonst kaum möglich sind – auch Tolstojs „Kreutzersonate“ zeigt das.

Seit dem 20. Jahrhundert tritt mehr die Technik des Eisenbahnwesens in den Vordergrund. Die Eisenbahn wird als Symbol für die fortschreitende Revolution gesehen, das Leben der Eisenbahnarbeiter wird romantisiert, etwa in Platonows „Tschewengur“. Zugleich entsteht eine Romantik der Bahnhöfe. Das russische Wort für Bahnhof ist „woksal“, nach dem Londoner Stadtteil Vauxhall, in dessen berühmtem Park Orchester das Publikum unterhielten: „Woksal“ ist also ein Gebäude, in dem Musik gespielt wird und das eigentlich nicht funktional, als Ort von Ankunft und Abfahrt, verstanden wurde, sondern das das eigentliche Ziel einer Bahnreise war. Die Märsche, die bei der Abfahrt und Ankunft von Fernzügen heute noch auf den Bahnsteigen gespielt werden, erinnern ein wenig daran. Doch dann aber wird der Bahnhof zum Ort des romantischen Abschieds, wie das etwa im Gedicht „Woksal“ von Josip Mandelstam deutlich wird.

Auch gehört zur fortschreitenden Bedeutung der Technik eine gewisse Achtung, die man dem Eisenbahnwesen und vor allem den Eisenbahningenieuren entgegen bringt. Die 1917 begründete, heute noch bestehende Zeitschrift der Eisenbahnarbeiter „Gudok“ (etwa: „Signalpfiff“) war in der Zeit zwischen den Weltkriegen das Medium, in dem viele berühmte Schriftsteller publizierten, unter ihnen etwa Bulgakow, Olescha und Soschtschenko. Viele der berühmten Kurzgeschichten des letzteren wurden zuerst in „Gudok“ abgedruckt. Doch auch in der gegenwärtigen Literatur spielt die Eisenbahn eine wichtige Rolle. In der berühmten Erzählung „Moskwa – Petuschki“ von Wiktor Jerofejew geht der Held in der „Elektritschka“, dem Vorortzug, immer in den Verbindungsgang zwischen zwei Waggons, um eine neue Wodkaflasche zu öffnen – er entzieht sich hierfür gewissermaßen dem Mikrokosmos des Wagens.

Der Zug mit seinen unterschiedlichen Reisenden und seinen verschiedenen Abteilen steht oft als Symbol für eine Gesellschaft; so beim berühmten kroatischen Schriftsteller Miroslav Krleža in seiner Erzählung „Kroatische Rhapsodie“, entstanden während des Ersten Weltkrieges: Ein Zug, in dem nur ungarisch gesprochen werden darf und in dem die kroatischen Bauern deshalb die Namen ihrer Dörfer nicht verstehen, wenn der Schaffner sie ausruft. „Zug im Schnee“ war das berühmteste Kinderbuch in Jugoslawien, ein Zug, der im Schnee stecken

geblieben ist (wie auch so oft in der jugoslawischen Realität), und der Titel des bekannten Films „Vlak bez voznog reda“ (Zug ohne Fahrplan) spielt mit dem kroatischen (vlak) und dem serbischen (voz) Wort für „Zug“; der Film war ein Symbol für Jugoslawien.

Und wie viele Geschichten gibt es über die Eisenbahnen im Habsburgerreich! Herzmanovksy-Orlando lernt seine Wassertrompeter in der böhmischen Westbahn kennen; er hält sie zunächst für Zirkusartisten, dann für Musiker, bis ihm die beiden erbosten Mitreisenden erklären, dass sie Bewohner von Wassertrompeten, einem Ort im Gerichtsbezirk Bischofteinitz in Westböhmen, sind. Bei Roda-Roda rettet den betrügerischen Pächter der Bahnhofsrestauration in Galizien die Tatsache, dass er nachweislich mit Familiennamen „Zibebenstrudel“ heißt und damit das auf der Speisekarte angekündigte Dessert den k. k. Kontrolleuren nicht servieren muss, sondern als seine Unterschrift ausgeben kann. In seiner Erzählung „Reise nach Sondervorschrift, Zuglauf überwacht“ schildert der tschechische Autor Bohumil Hrabal den tschechischen Widerstand gegen die Nationalsozialisten. Und – obgleich das berühmte Werk nicht in der Region entstanden ist – der „Mord im Orient-Express“ (von Agatha Christie) geschieht, so heißt es ganz am Anfang des Romans, „zwischen Vinkovci und Brod“, also im heutigen Kroatien.

Lassen wir die Literatur und wenden uns anderen Gattungen zu. Die Eisenbahn ist als Verkehrsmittel zwar älter denn der Film als Kommunikationsmittel, aber es ist wohl kein Zufall, dass es eine reiche filmische Rezeption und auch eine kreative filmische Beschäftigung mit der Eisenbahn gibt. Hierunter sind die berühmten Verfilmungen der russischen Literatur zu zählen, von „Anna Karenina“ bis zu „Doktor Schiwago“ – die beiden bekanntesten Versionen sind allerdings amerikanischer Herkunft –, aber auch Erfolge wie „Der Barbier von Sibirien“ des bekannten Regisseurs Nikita Michalkow oder das jedem russischen Fernsehzuschauer bekannte Liebesmelodram „Bahnhof für zwei“. Das ist zwar kein für Mittel- und Osteuropa spezifisches Phänomen; schließlich spielen Züge, Lokomotiven, Waggons und Schienen auch in vielen westeuropäischen und amerikanischen Filmen eine wichtige Rolle. Doch spiegelt sich die Wichtigkeit der Eisenbahn für die mittel- und osteuropäische Geschichte eben auch in den Werken der Kultur. Für das frühere Jugoslawien gilt das besonders für das Genre der Partisanenfilme, in denen die Eisenbahn immer als in der Verfügung der deutschen Besatzer geschildert und erfolgreiche Anschläge gegen die Strecken als Triumph der Partisanen gefeiert werden.

... und in der Geschichte der 20. Jahrhunderts

Indessen darf auch die Rolle nicht übersehen werden, die die Eisenbahn in den Kriegen des 19. und 20. Jahrhunderts gespielt hat. Aufgrund ihrer Unflexibilität und leichten Verwundbarkeit durch die Zerstörung der Schienen hat sie nie eine große Bedeutung für Kampfhandlungen erlangt. Doch als Mittel zum Truppentransport und für den Nachschub war sie in beiden Weltkriegen unverzichtbar. Im Zweiten Weltkrieg benutzten die Nationalsozialisten die Eisenbahn, um die Vernichtung des europäischen Judentums möglichst effektiv betreiben zu können. Die Rampe von Auschwitz-Birkenau ist zum Symbol für das Leid geworden, das Millionen unschuldiger Menschen zugefügt wurde. Das Deutsche Technikmuseum in Berlin hat auf seiner Freifläche einen Waggon des Typs ausgestellt, wie er für die Transporte der Juden in die Vernichtungslager Verwendung fand, als Symbol für die Mitwirkung der Eisenbahn am Völkermord. Die Museumsleitung hat beschlossen, diesen Waggon nicht zu restaurieren, sondern ihn dem Verfall preis zu geben.

In der Zeit des Kalten Krieges bedeuteten Reisen nach „Osteuropa", wie die pauschale Bezeichnung lautete, einen großen Aufwand, den man vor allem wegen der geforderten frühzeitigen Planung und der Visabeantragung fast nur bei Gruppenreisen und für Verwandtenbesuche auf sich nahm. Die einzige Ausnahme war das frühere Jugoslawien. Von München aus war man in einer Nacht mit dem Zug in Zagreb oder Belgrad, auf der berühmten Strecke von München nach Athen oder nach Istanbul. Wenn man in der Bosporusmetropole den Bahnhof wechselte, konnte man einen Zug nach Teheran nehmen – von München in den Iran mit einmaligem Umsteigen! Gastarbeiter und Griechenlandtouristen stellten das Gros der Reisenden, beide aus Sparsamkeit darauf bedacht, entweder im normalen Abteil oder bestenfalls im Liegewagen (zu sechst) zu reisen. Die Grenze zu Österreich erlebte man noch im Wachen, von den jugoslawischen Grenzpolizisten, Zöllnern und Wechselstubenangestellten wurde man jedoch mitten in der Nacht aus dem Schlaf gerissen. Den Unterschied hätte man aber auch so gemerkt: Vor allem in der kalten Jahreszeit hörte man jede Sekunde das rhythmische Padamm-Padamm, mit dem der Zug über die Fugen zwischen den Schwellen fuhr, die – im Gegensatz zu Deutschland und Österreich – nicht miteinander verschweißt waren.

Bei Reisen in die Länder des Ostblocks hingegen – zu denen Jugoslawien ja nicht gehörte – musste man mit viel strengeren Kontrollen rech-

nen, sowohl bei der Ein- als auch bei der Ausreise; hierbei ging es weniger um Schmuggelware als vielmehr um den Verdacht, eigene Bürger könnten die Gelegenheit nutzen, das Land in Richtung Westen zu verlassen. Diese Kontrollen waren effektiv (weil ein Zugabteil ein überschaubarer Raum ist), sodass die wenigsten „Republikflüchtlinge" für ihr Vorhaben die Eisenbahn nutzten. Bei der Einreise hingegen wurde den Besuchern demonstriert, wer das Sagen hatte (der psychologische Effekt solcher Kontrollen war und ist mindestens so wichtig wie der materielle), und es wurde nach verbotenen Mitbringseln, insbesondere Druckerzeugnissen, gesucht.

Besonderheiten in Ost- und Südosteuropa

Eine besondere Dimension haben Zugreisen in das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion: Mittel- und westeuropäische Eisenbahngesellschaften verwenden unterschiedliche Spurweiten; der Abstand zwischen den Schienen ist in Russland und den ehemals russischen Gebieten um knapp 10 cm größer als im restlichen Europa. Das bedeutet, dass an den Grenzbahnhöfen die Waggons auf andere Fahrgestelle verladen werden müssen. Alle Passagiere haben den Zug zu verlassen. In einem aufwändigen, aber schon eingespielten Prozess werden die Waggons von den westlichen Rädersätzen auf östliche mit breiteren Achsen gehoben und dort befestigt. Dieses Verfahren lässt sich auch als Chiffre verstehen: Der Übergang von West- nach Osteuropa bedeutet das Verlassen der eigenen Schienen, der bekannten Spuren, ein Sich-Einlassen auf andere Weiten und Wege.

Aufgrund der Weite Russlands und der historisch entstandenen Zentralherrschaft gibt es dort kein flächendeckendes Eisenbahnnetz mit vielen Knotenpunkten, sondern eines mit wenigen Mittelpunkten. Moskau hat eine Reihe verschiedener Bahnhöfe, den schon erwähnten Leningrader, den Weißrussischen, den Kiewer, den Kasaner und noch fünf andere, von denen aus die Züge in die genannten Städte oder Regionen fahren. Wer umsteigt, muss oft beträchtliche Entfernungen innerhalb der Hauptstadt zurücklegen, um zu seinem weiterführenden Zug zu gelangen. Die Überlandzüge halten natürlich auf dem Weg zu ihrem Ziel, wenn auch in großen Abständen, doch vielfach gibt es von und zu diesen Städten aus Moskau (oder St. Petersburg) direkte Züge, die oft lieber genommen werden als ein weiter verkehrender Fernzug.

Die Länder Südosteuropas weisen nicht so viele Eisenbahn-Charak-

teristika auf. Dort sind die Eisenbahnlinien zumeist ein Relikt der Habsburgerzeit. Dafür spricht auch die Tatsache, dass heute in den meisten Ländern der Region nicht die Eisenbahn, sondern der Bus das bevorzugte Verkehrsmittel für Reisen ist. Wer von der kroatischen Hauptstadt Zagreb in die zweitgrößte Stadt des Landes Split reist, wird, sofern er nicht fliegt oder mit dem eigenen Wagen fährt, viel eher den Bus als die Bahn verwenden, der – zumal auf der inzwischen fertiggestellten neuen Autobahn – erheblich schneller und bequemer das Ziel erreicht. Die gebirgige Natur des Küstenhinterlandes und seine dünne Besiedlung machen den Ausbau des Eisenbahnnetzes wenig lohnenswert. Auch die Planungen entlang der kroatischen Küste sehen eine Autobahn, aber keine Eisenbahnlinie vor.

Riesige Entfernungen im Osten Europas und ein dünneres Straßennetz bewirken jedoch, dass es sich dort anders verhält. Ähnlich wie bei uns dient dort der Bus vor allem dem lokalen Verkehr, während man für Überlandreisen den Zug nimmt. Er ist in der Regel sicherer und bietet die Gelegenheit, sich auf den Reisen, die in Russland ja mehrere Tage dauern mögen, gleichsam häuslich einzurichten. Anders ist es in Polen, das in dieser Hinsicht eine Mittelposition einnimmt: Es gibt ein Schienennetz, das allerdings – abgesehen von Industriezonen – nicht engmaschig über das Land gezogen ist. Oft ist der Bus das geeignete Verkehrsmittel, will man von einer Stadt in die andere gelangen. Andererseits liegt Polen zwischen zwei Regionen, in denen der Eisenbahnverkehr eine wichtige Rolle spielt. Um nicht nur Transitland zwischen Deutschland und den osteuropäischen Staaten zu sein, hat Polen die Notwendigkeit der Investition in das Eisenbahnwesen erkannt und damit begonnen, es auszubauen.

* * *

Die Eisenbahn steht als Symbol für einen geschlossenen Raum, eine Gesellschaft, ein Forum der Begegnung, in dem Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft aufeinandertreffen, Menschen, die der Zufall für die Dauer einer Reise zusammenfügt. Die Eisenbahn symbolisiert aber auch den Fortschritt, der so unaufhaltsam ist wie ein fahrender Zug und doch so unvollkommen und anfällig, wie es ein fahrender Zug eben auch ist. In unserer mobilen Gesellschaft sind Züge darüber hinaus für viele Menschen Arbeitsplatz, oft zum Leidwesen der Mitreisenden, doch für Vielreisende sehr praktisch, weil es ihnen so möglich wird, Texte wie diesen jetzt an sein Ende gelangenden im Zug zu schreiben.

Klaus Wiebelitz

Warschau und Wien als Bahnknotenpunkte

Mit der Entwicklung der Eisenbahn veränderten sich Städte und Landschaften. Die größeren europäischen Städte wurden innerhalb weniger Jahrzehnte zu Drehscheiben des Verkehrs, der manchmal in einem zentralen Bahnhof, oft aber auch in mehreren großen Bahnhöfen zusammenlief.[1] Diese Entwicklung soll beispielhaft an zwei mitteleuropäischen Metropolen nachgezeichnet werden.

Warschau

Während die heutige polnische Hauptstadt im 19. Jahrhundert im so genannten Kongresspolen als eine Provinzstadt im russischen Zarenreich eine eher untergeordnete Bedeutung hatte, war es um die Entwicklung des Eisenbahnwesens nicht ganz so schlecht bestellt. Russland strebte eine für damalige Verhältnisse schnelle Verbindung zu Westeuropa an. Nachdem Zar Nikolaus I. (reg. 1825-1855) sich für den Bau einer Eisenbahnverbindung entschieden hatte, ließ er nach der Schienentrassierung zwischen den beiden wichtigsten Städten Russlands – St. Petersburg und Moskau – die Bahnverbindung zwischen Warschau und der Grenze zu Österreich-Ungarn mit Richtung Wien planen. Nicht unwesentlich trug zu diesem Vorhaben sein aus Prag stammender Berater, Franz Anton Ritter von Gerstner (1796-1840), einer der Pioniere des Eisenbahnwesens, bei.

Die Anlage der Trasse erfolgte in der für Russland üblichen Breitspur, d. h. in einem Schienenabstand von 1.550 Millimeter. Als Option zu weiteren Streckenbauten hatte Gerstner die Trassierung in Richtung Preußen (Königsberg, Thorn, Posen) sowie in Richtung St. Petersburg und Moskau vorgesehen. Bei der Projektierung der Warschau-Wiener Eisenbahn dachte er vordergründig an die relativ hohe Effektivität der Trasse, die er einer direkten Linie nach Berlin vorzog. Hinzu kam, dass

[1] Vgl. dazu den Beitrag von Thomas Bremer in diesem Heft, besonders S. 168.

Klaus Wiebelitz ist Diplombibliothekar und arbeitet in der Bibliothek des DB-Museums in Nürnberg.

Preußen seinen Eisenbahnbau in Richtung Wien ausrichtete und man nach der Eröffnung der direkten Verbindung von Warschau nach Wien auch über Breslau nach Berlin reisen konnte. Die Inbetriebnahme der Strecke von Warschau bis Granica (nördlich von Krakau) erfolgte schließlich mit einer Länge von 288 Werst (entspricht 307,3 km) im Jahr 1848. Nach der Anbindung in Richtung Süden errichtete man von Warschau eine Verbindung zur russischen Hauptstadt St. Petersburg. Diese Linie, die man im Dezember 1862 eröffnete, wies eine Länge von 1.024 Werst auf, was ca. 1.092,6 km entspricht. Ihre Trasse bildete gleichzeitig einen Teil der „Großen Gesellschaft der russischen Eisenbahnen". In Richtung Norden entstand etwas später die so genannte Weichselbahn, welche im Jahr 1877 in Betrieb ging. Ihre Länge belief sich auf 434 Werst, d. h. 463 km. Die in Kowel beginnende Trasse schlängelte sich die Weichsel entlang, streifte aber die polnische Hauptstadt lediglich in der Vorstadt Praga. Über eine Verbindungsbahn erreichte man u. a. auch die dominierende Station, den Warschauer Zentralbahnhof. Die Weichselbahn integrierte man im Jahr 1912 in den Staatsbesitz. Als weitere Trasse sei die der Warschau-Terespoler Bahn genannt, die in Richtung Osten führte. So wurde Warschau zu einem wichtigen Bahnknotenpunkt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg konzentrierte man den Personenverkehr ganz auf den Zentralbahnhof, der in den Jahren 1972 bis 1975 neugestaltet wurde. Wenn man nun die Zugverbindungen über Warschau näher untersucht, stößt man auf Fernverbindungen, die bereits in den zwanziger Jahren eingerichtet wurden. Mit Beginn des Sommerfahrplans fuhren ab dem 15. Mai 1926 die Luxuszüge D 11 /12 von London über Paris und Berlin nach Warschau mit Kurswagen bis Moskau. Diese Verbindungen wurden aber im Laufe der Jahrzehnte ausgedünnt, d. h. einige langläufige fahrplanmäßige Züge entfielen oder änderten auch ihre Route. Heute legt die längste Strecke in Richtung Osten über Warschau das Zugpaar D 1248 / D 1249 zurück, das immerhin bis Saratow im Südural fährt. In Richtung Westen dominiert dagegen das Zugpaar D 240 / D 241, dessen Trasse von Moskau bis Paris bzw. London reichte. Dass die ehemalige Sowjetunion bereits im Jahr 1960 an einem Tourismus gen Westen interessiert war, beweist die Tatsache, dass das Reisebüro der UdSSR „Intourist" ebenfalls zu den Bestellern der Züge über Warschau zählte. Ab 1994 verkürzte sie die Verbindung allerdings bis Brüssel. Zahlreiche Sonderzüge, die die in Deutschland stationierten russischen Truppen in ihre Heimat brachten, entfielen nach dem Abzug der Truppen ebenfalls.

Wien

Anders als in Warschau konzentrierten sich die Bahnhöfe der habsburgischen Residenzstadt förmlich um den Stadtkern der Altstadt von Wien und gaben letzterem somit eine gewisse Autonomie. Bei der Entwicklung des Eisenbahnwesens darf der in Österreich wirkende „Reformator" Franz Xaver Riepl (1790-1857) mit dem deutschen Eisenbahnpionier Friedrich List (1789-1846) verglichen werden. Nachdem in Wien die verschiedenen Bahnhöfe entstanden waren, schuf man 1859 eine Verbindung zunächst zwischen dem Süd- und Nordbahnhof. Bahnbrechend für die Städtebahn war auch, dass man auf dem Abschnitt zwischen Wien und Baden 1905/06 eine Einwellen-Wechselstrom-Triebmaschine mit Stromwender in Betrieb nahm. Heute durchqueren die Stadt natürlich S-, U- und Straßenbahnen und erschließen die Stadt immer dichter. An den Bahnhöfen Wiens wie auch an den Strecken fällt auf, dass die Herrscher ihnen zum Teil ihren Namen verliehen, somit sich also mit der Eisenbahn in gewissem Sinne identifizierten. Einige Bahnhöfe seien nachfolgend etwas näher erläutert.

Der *Kaiserin Elisabeth-Bahnhof,* heute der *Westbahnhof:* Dieser Kopfbahnhof bildete den Abschluss der am 01.09.1861 eröffneten Gesamtstrecke zwischen Wien und München für den Lokomotivbetrieb, denn einen Teil der Trasse nutzte man bereits zuvor mit Pferdebetrieb. Als Bürobau entstand an seiner Kopfseite aber bereits im Jahr 1858 ein Gebäude. Der Abzweigbahnhof verfügte ursprünglich über

eine Bahnhofshalle mit den Ausmaßen von 169,48 m x 27,30 m,
einen Wartesaal der 3. Klasse von 170,20 m^2,
einen Wartesaal der 2. Klasse von 156,02 m^2 sowie
einen Wartesaal der 1. Klasse von 61,46 m^2.

Unverkennbar blieb bei der Schaffung des Gebäudes der bayerische Einfluss. Insgesamt schätzte man den Bahnhof als den am schönsten und reichhaltigst gestalteten von Wien ein.

Der *Nordbahnhof* oder *Kaiser Ferdinand-Nordbahnhof* entstand als erster der österreichischen Hauptstadt. Von hier fuhren die Züge in die Richtungen Brünn, Lemberg, Prag oder auch Berlin ab. Als sein Urheber gilt der bereits erwähnte Franz Xaver Riepl, der sich mit seiner Idee vor allem an den damaligen Chef des Wiener Wechselhauses Salomon Mayer Freiherr von Rothschild wandte und hier auf offene Ohren stieß. Als prunkvollster Bahnhof Wiens der Stadt, was wiederum auf den „Kapitalgeber" zurückzuführen ist, umgab die Station zum Schutz eine 2,5 Meter

hohe Mauer. Seine endgültige Gestalte in „maurischem" Stil erhielt er zwischen 1858 und 1865.[2] Als Bauherr fungierte Theodor Hoff, der das Gebäude derart gestaltete, dass er die Gleise der abfahrenden Züge in eine Hochlage versetzte und somit abfahrende und ankommende Züge leicht zu unterscheiden waren. Zum Andenken an Riepl wurde in der Vorhalle des Bahnhofs seine Büste auf einem bronzenen Sockel errichtet. Das in monumentalen Formen gestaltete Gebäude wurde im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt und später abgerissen.

Einen besonderen Service in Bezug auf die Versorgung der Reisenden bot man den im Zug auf die Weiterfahrt Wartenden noch vor dem Ersten Weltkrieg, indem man ihnen nicht nur Getränke, sondern auch Speisen in die Waggons servierte, wenn sich kein Speisewagen im Zug befand. Nachfolgende Abbildung aus der Zeit des Ersten Weltkriegs verdeutlicht dies.

Der *Südbahnhof*, der sich im Besitz der Südbahngesellschaft befand, integrierte einerseits die *Kaiser Franz Joseph-Orientbahn* in ihrer Frühzeit und andererseits den *Ostbahnhof* in ihren Kompetenzbereich.

[2] Vgl. dazu den Beitrag von Christof Dahm in diesem Heft, besonders S. 208 f.; eine Abbildung des Bahnhofs findet sich z. B. unter http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/nordbahnhof/geschichte.htm.

Der Bahnhof bildet somit den Ausgangspunkt der *Semmeringbahn Gloggitz - Mürzzuschlag,* aber auch für Züge in Richtung *Bratislava* (Slowakei). Ab September 1995 erhöhte man die Zugintensität zwischen Wien und *Neusiedl am See;* während der Hauptverkehrszeit verkehren statt 13 nun 36 Züge pro Tag. Der Schnellverkehr hat sich inzwischen auf einen Halbstundentakt verdichtet. Außerdem erweiterte man den Stundentakt, der vorher nur bis *Ebenfeld* reichte, bis nach *Eisenstadt.* Eine weitere Verbesserung gibt es zwischen *Wiener Neustadt* und *Waltersberg,* wo ebenfalls der Halbstundentakt die Regel wurde. In jüngster Zeit wirkten sich zusätzlich die EU-Regeln auf das Netz der Österreichischen Bundesbahnen in Bezug auf die östlichen Nachbarstaaten aus, denn seit dem Fahrplanwechsel 2005/2006 bespannen EU-Regionalzüge die Lokomotiven der slowakischen Eisenbahnen zwischen *Wien* und *Bratislava.*

Erwähnt werden soll schließlich noch der *Franz Joseph-Bahnhof.* Von dort aus gelangt man in Richtung Norden nach *Prag* bzw. weiter nach *Berlin.*

Im 20. Jahrhundert trat schließlich noch der *Flughafenverkehr* hinzu. Der *City-Airport-Train* (kurz *CAT)* verkehrt zwischen den Stationen *Wien Mitte* und dem *Flughafen* der Hauptstadt seit dem 14. Dezember 2003. Bei dieser Erweiterung des Stadtbahnnetzes rüstete man die Züge auch mit Doppelstockeinheiten aus und beugte somit unerwünschten Überfüllungen vor. Etwas länger pendelt hingegen seit dem 15.12.2002 die *S 7,* welche den Bahnhof *Wien Nord* mit dem *Flughafen* verbindet.

Als bedeutende Züge, die Wien aus Richtung Westen berühren, seien der *Ostende-Express* und der *Orient-Express* erwähnt. Ersterer verkehrte noch 1911 zwischen *Ostende* und *Budapest* via *Wien* täglich. Für den *Orient-Express,* der in *Calais* begann, galt dies ebenfalls. Die aus Richtung Norden kommende Linie *Berlin - Wien,* die sich über eine Distanz von 729 km hinzog, schafften die Züge 1911 bei einer Reisegeschwindigkeit von 60 km/h in 12 1/4 Stunden.

Literaturhinweise

Die Eisenbahntechnik der Gegenwart. (Reprint der Ausgabe 1901-1920). Archiv-Verlag, Braunschweig (o. J.).

Röll, Victor Freiherr von (Hrsg.): Enzyklopädie des Eisenbahnwesens. (Reprint der 2. Aufl. von 1912-1924). Archiv-Verlag, Braunschweig (o. J.).

Eisenbahn-Kurier. Ausgaben 1995-2006.

Wolfgang Grycz

Interzonenzüge: Mit der Bahn durch den Eisernen Vorhang

Ostberlin im Sommer 1955. Das Studium an der Ostberliner Humboldt-Universität ist beendet, das Diplom in der Tasche – und ein Arbeitsplatz gesichert. Jetzt will ich mir etwas Besonderes leisten: einmal mit dem „Interzonenzug" von Ostberlin nach Westdeutschland fahren. Gewiss, man kann in jener Zeit jeden Tag von Ost- nach Westberlin gehen oder fahren, aber der Westen der einstigen Hauptstadt ist nicht dasselbe wie die Bundesrepublik. Wir wollen endlich den Rhein sehen, möglichst Heidelberg. Wir wollen die Weite eines freien Landes erleben, nicht nur die „Frontstadt" Westberlin.

Jeder DDR-Bürger kann ein Reisepapier beantragen, das zur Fahrt in den Westen berechtigt. Aber es gibt doch noch Klippen, die zu überwinden sind. Obwohl mein Studium abgeschlossen ist, muss ich den Parteisekretär des Slawischen Instituts der Universität um seine Erlaubnis fragen, obwohl ich gar nicht Mitglied der SED bin. Aber so wollen es die ungeschriebenen Bestimmungen. Der Parteisekretär ist ein umgänglicher Mann. Stalin ist zwei Jahre tot; von Moskau weht ein laues Lüftchen und bringt auch nach Ostberlin ein wenig Tauwetter. Auf die Frage, ob ich denn auch wiederkomme, antworte ich etwas flapsig (was vor ein oder zwei Jahren undenkbar gewesen wäre): „Das habe ich eigentlich vor." Wir lachen beide, und ich habe seine Zustimmung.

Am Abfahrtstag steige ich im Ostbahnhof in den Zug. Der Waggon ist ein Kurswagen, der über Köln nach Hoek van Holland fährt. Das bringt gleich ein wenig internationales Flair. Langsam gleitet der Zug über den Bahnhof Friedrichstraße zur im Westen gelegenen Station Zoologischer Garten. Und schon genießen wir ein wenig „Westniveau". Die Vereinbarungen zwischen Ost- und Westdeutschland besagen, dass im Speisewagen (ähnlich im Schlafwagen) Essen und Getränke in der Heimatwährung des jeweiligen Reisenden bezahlt werden. Also können wir einfache Süßigkeiten, Getränke und Essen in D-Mark Ost bezahlen. Erst vor

Der Verfasser ist Mitglied der Redaktion dieser Zeitschrift.

einigen Monaten hat man die Bestimmungen etwas strenger gefasst, sodass die westlichen Speisewagen keine Schokolade mehr für Ostgeld abgeben dürfen. Im Nu waren die Vorräte ausverkauft.

Was die Bezahlung der Fahrkarten betrifft, so kann man die Tickets in eigener Währung bis zum Zielort in der Bundesrepublik bezahlen. Nur die Rückfahrkarte kostet dann Westgeld. Die Ostbehörden interessiert nicht, woher wir das Geld nehmen sollen. Aber der Westen ist großzügig: er zahlt auf Antrag die Rückreisekosten. Das ist alles kompliziert, und es klingt nicht nur so. Man muss die Bestimmungen und Möglichkeiten ausloten. Uns DDR-Bürgern ist es verboten, Westgeld mitzuführen. Ostmark dürfen wir nur in kleiner Menge mitnehmen. Natürlich werden uns die Verwandten im Westen beköstigen, aber man will ihnen doch nicht auf der Tasche liegen. Was also tun? Einige Tage vor der Abfahrt geht man in die Westberliner Wechselstube, tauscht zum Kurs von 5 zu 1 tausend Ostmark in 200 Westmark – und schickt sie per Postanweisung an eine Adresse im Westen. Das ist auch verboten, aber wer kann das kontrollieren?

Bevor der Zug die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik in Richtung Köln überquert, findet noch eine Zollkontrolle statt. Mein Zeiss-Fernglas muss als Wertgegenstand in das Reisepapier eingeschrieben werden. Das besorgt der Zollbeamte. Und mir wird eingeschärft, dass ich es auf jeden Fall wieder in die DDR zurückbringen muss. Wenn ich es im Westen verkaufe oder verschenke, mache ich mich strafbar.

Endlich verlässt der Zug die im Osten gelegene Grenzübergangsstelle Marienborn und erreicht in Helmstedt westdeutsches Gebiet. Schöne Tage im Rheinland und in Hessen, auf dem Schiff zur Loreley liegen vor uns ...

Bahnverkehr zwischen den Besatzungszonen

Auf der Potsdamer Konferenz hatten die Siegermächte im Sommer 1945 das Gebiet Deutschlands westlich der Oder-Neiße-Linie in Besatzungszonen eingeteilt. Die britische Zone lag etwa im Nordwesten zwischen Flensburg und Bonn, den Südwesten übernahm Frankreich, den Süden besetzten die Amerikaner, der Rest fiel an die Sowjetunion. In den ersten Wochen nach Kriegsende galt ein allgemeines Reiseverbot. Der Fernverkehr war den Alliierten vorbehalten – für Truppen- und Versorgungsverkehr. Die Deutschen sollten erst einmal da bleiben, wo sie waren.

Auch in späteren Monaten endete der Eisenbahnverkehr vor Erreichen der jeweiligen Zonengrenze. Den Menschen blieb nur der unerlaubte Weg zu Fuß über die „Grüne Grenze". Ein Beispiel: „Von Oktober 1945 bis zum 30. Juni 1946 wechselten 495.000 Menschen von der britischen in die sowjetische Besatzungszone, in umgekehrter Richtung waren es 1,6 Millionen."[1]

Wer legal in eine andere Besatzungszone fahren wollte, brauchte besondere Genehmigungen. Sie galten nur für „einen kleinen Personenkreis". Interessant ist, dass die Alliierte Kommandantur ab Herbst 1945 den Kirchen und ihren Amtsträgern entgegen kam, indem sie Reiseerlaubnisscheine für Geistliche einführte, die „charakterlich vollkommen einwandfrei" waren und „niemals in Verbindung mit der Nazi-Partei gestanden" hatten; Bedingung war auch, dass sie „ausschließlich in religiösen Angelegenheiten Handlungen vornehmen und Fühlung mit den Gläubigen nehmen" würden.[2]

Allmählich wuchsen die drei Westzonen wirtschaftlich und politisch zusammen; nur der Graben zwischen der sowjetischen Besatzungszone und dem westlichen Deutschland wurde tiefer. Ab 1. November 1949, bald nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, gab es keine Verkehrskontrollen innerhalb der Westzonen mehr, aber noch für vier Jahre blieb der Interzonenpass-Zwang zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen. Erst im November 1953 wurde er seitens der Westmächte und wenig später von seiten der Deutschen Demokratischen Republik aufgehoben. Jetzt galt für Reisende aus der DDR in den Westen, dass sie eine sogenannte „Personalbescheinigung" bei den ostdeutschen Behörden beantragen mussten. Für die Dauer der Reise musste der Personalausweis abgegeben werden. Auch wenn der Name für den „Interzonenpass" durch einen anderen ersetzt wurde, so blieb doch im inoffiziellen Sprachgebrauch die Bezeichnung erhalten. Noch länger hielt sich das Wort für jene Züge, die vom Osten bzw. von Berlin in die Bundesrepublik verkehrten. Im Alltagssprachgebrauch hießen sie noch für Jahrzehnte Interzonenzüge, obwohl es schon lange keine Zonen, sondern zwei deutsche Staaten gab.

1952 verschärften die DDR-Behörden das „Grenzregime" an der Demarkationslinie zwischen Ost- und Westdeutschland und schufen dort

[1] Zit. nach Peter Bock: Interzonenzüge. Eisenbahnverkehr im geteilten Deutschland. München 1998, S. 11.

[2] Ebd.

Verhältnisse, wie sie in und um Berlin erst am 13. August 1961 mit dem Bau der Mauer Realität wurden. Das bedeutete das Aus für den illegalen kleinen Grenzverkehr. Um so wichtiger wurde der legale Bahnverkehr zwischen DDR und Bundesrepublik, zwischen Berlin und dem Westen Deutschlands.

Die „Blockade"

Schon Ende der vierziger Jahre gab es immer wieder Grund zu Klagen über Behinderungen und Mängel im grenzüberschreitenden Bahnverkehr. Darüber beschwerte sich 1947 der damalige Berliner Stadtrat für Verkehr (und spätere Regierende Bürgermeister) Ernst Reuter. Auch die jeweiligen Eisenbahndirektionen des Westens bekundeten ihre Unzufriedenheit über immer neue Störungen. Den gravierendsten Einschnitt brachte jedoch die „Berliner Blockade". 1948 nahmen die Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten zu. Beide Seiten einigten sich nicht über eine notwendige Währungsreform in ganz Deutschland. Am 18. Juni 1948 verkündeten die Westalliierten eine „separate Währungsreform". Sie galt zunächst nicht für die Berliner Westsektoren, wurde aber am 23. Juni auch auf diese ausgedehnt. Die Antwort der Ostseite kam prompt: „In der folgenden Nacht sperrten die Sowjets den gesamten Personen- und Güterverkehr, Lebensmittel- und Stromlieferungen blieben aus."[3] Westberlin sollte isoliert und ausgehungert werden. Über ein Jahr wurde der Westen der ehemaligen Reichshauptstadt von den Westalliierten nur aus der Luft mit den so genannten „Rosinenbombern" versorgt.

Nach über einem Jahr einigten sich die Sowjetunion und die Westmächte über die Beendigung der Störungen im Berlin-Verkehr. Die Blockade sollte beendet werden. Mit Befehl Nr. 56 vom 9. Mai 1949 verkündete die sowjetische Seite die Aufhebung der Blockade. Im Auftrag der Besatzungsmächte einigten sich die Eisenbahnverwaltungen von Ost und West am 11. Mai 1949 in einer Besprechung in Helmstedt „Über die Wiederaufnahme des Zugverkehrs zwischen den Westzonen und der Sowjetzone sowie Berlin vom 12. Mai 1949 von 0.01 Uhr an". Auch wenn sich der Zugverkehr nach Aufhebung der Blockade zwischen Berlin und dem Westen Deutschlands wieder „normalisierte", so blieb der Verkehr zwischen Ost und West doch weiterhin gefährdet. Die sowjeti-

[3] Bernd Kuhlmann: Deutsch-deutsche Grenzbahnhöfe. München 2005, S. 9 ff.

sche Seite hatte gezeigt, dass sie zu schärfsten Maßnahmen bereit war, wenn es ihr opportun erschien.

Die fünfziger Jahre waren die hohe Zeit des Interzonenverkehrs. Trotz technischer Unzulänglichkeiten, trotz teilweise großer Verspätungen, trotz bestimmter Versuche, dem Westen Nadelstiche zu versetzen, blieb er doch im Kalten Krieg eine erfreuliche Erscheinung. Wo auf der Welt konnten in einem Gebiet sich feindlich gegenüberstehender Machtblöcke so viele Menschen hin und her reisen?

Nebenbei bemerkt: Nicht nur der Personenverkehr war für beide Seiten wichtig, mehr noch der Güterverkehr für Lieferungen von Ost nach West und umgekehrt sowie für den Transitverkehr. Das war eine wichtige Geld- und Devisenquelle für die DDR. Immer wieder beklagte sie sich allerdings, dass der Westen Deutschlands ihr noch riesige Summen schulde. Der Militärverkehr der westlichen Besatzungsmächte zwischen Berlin und dem Bundesgebiet blieb in der besonderen Kontrolle der Sowjetmacht. Sie behielt sich dieses originäre Siegerrecht vor, sehr zum Missvergnügen ihres „Juniorpartners" DDR.

Allerdings wurde die Abgrenzung zwischen Ost und West auch im Bahnverkehr zielstrebig forciert. Die Maßnahmen von 1952 an der deutsch-deutschen Grenze fanden schon Erwähnung. 1955 „übernahm die deutsche Grenzpolizei (Ost) sämtliche bisher von den sowjetischen Truppen ausgeübten Funktionen bei der Bewachung und Kontrolle an der ‚Staatsgrenze der DDR und am Außenring von Groß-Berlin'".[4] Auch die Zoll-Bestimmungen und -Maßnahmen wurden seitens der DDR verschärft. Ende der fünfziger Jahre wurde das Gesetz gegen die „Republikflucht" in Kraft gesetzt, das hohe Strafen schon für den Versuch einer illegalen Grenzüberschreitung vorsah. Die im Herbst 1958 erhobene sowjetische Forderung, Westberlin als selbstständige politische Einheit vom Westen zu trennen, warf einen drohenden Schatten auch auf den relativ freizügigen Verkehr zwischen Ost- und Westdeutschland.

Westreisen: Erfahrungen eines Interzonenreisenden

Die DDR nahm es bürokratisch genau mit ihren Bestimmungen. Das erfuhr ich am eigenen Leibe, als ich 1955 von der Reise aus dem Westen zurückkehrte. Dabei vergaß der Zöllner, in meiner Reisebescheinigung

[4] Bock, Interzonenzüge (wie Anm. 1), S. 38.

zu bestätigen, dass ich das Zeiss-Glas wieder in die DDR zurück gebracht hatte. Trotzdem zeigte es sich einige Wochen später, dass die DDR-Bürokratie – wenn manchmal auch langsam – funktionierte. Einige Wochen nach der Rückkehr tauchten zwei Zollfahnder in unserer Ostberliner Wohnung auf und fragten meine Frau, wo das Fernglas sei. Mit ihrer Erklärung, es befinde sich bei meinen Eltern in der 80 km entfernten Provinzstadt, gaben sie sich nicht zufrieden, sondern fuhren zu meiner Arbeitsstelle. Ich wurde in das Büro der „Kaderleitung" gerufen. Dort warteten die beiden „Herren" und nahmen mich in ein strenges Verhör. Sie glaubten nicht, dass das Fernglas bei meinen Eltern sei, sondern wollten mit mir unbedingt die fast zweistündige Autofahrt an deren Wohnort unternehmen. Drohend fügten sie hinzu: „Schon mancher hat erst kurz vor Erreichung des Zieles gestanden, dass er etwas in den Westen verschoben hat." Ich erklärte, dass ich unabkömmlich sei, da ich einen hohen Gast aus Polen zu betreuen hätte. Und ich verwies darauf, dass sie ja nur ihre Kollegen in der Provinz anrufen müssten, die könnten dann das Objekt in Augenschein nehmen. Endlich ließen sie sich überzeugen. In der Tat verfuhren sie dann so und konnten feststellen, dass ich nichts „verschoben" hatte. Welcher Aufwand für einen Gegenstand von nicht einmal 300 Ostmark!

Zwar hatten die Drohgebärden von sowjetischer Seite und die immer mehr verfeinerte Grenzgesetzgebung der DDR keinen unmittelbaren Einfluss auf den Bahnverkehr zwischen Ost und West, aber der Reisende musste auf der Hut sein, denn an vielen Stellen lauerten Fußangeln. Wer aus der DDR nach Westdeutschland reiste, musste sehen, wie er die erforderlichen DM für die Rückfahrt bekam. Auf Antrag zahlten die westlichen Behörden die Rückfahrkarte. Aber dabei kam es zu Pannen, die für manchen Reisenden Ärger und Schlimmeres brachten. Um einen Missbrauch westlicher Hilfe zu verhindern, wurden die Reisepapiere der DDR-Bürger mit einem Stempel versehen oder gelocht. Dies erfolgte auch im Zusammenhang mit den von westlichen Ämtern gezahlten Begrüßungsgeldern in Höhe von DM 10,–. Damit war bestätigt, dass man vom „Klassenfeind" Geld bekommen hatte. Das hat so manchen seine berufliche Stellung gekostet und in die „Republikflucht" getrieben.

Allerdings gab es zwei Kategorien von Reisenden zwischen Ost und West. Neben den meist zu Verwandten fahrenden Privatleuten gab es noch die Dienstreisenden. Die DDR war wirtschaftlich abhängig vom Handel mit dem Westen, und so kamen westdeutsche Geschäftsleute in den Osten, um Abschlüsse zu tätigen. Der „erste sozialistische

Staat auf deutschem Boden“ brauchte dringend jede Westmark. Im April 1961, vier Monate vor dem Bau der Berliner Mauer, kam ich in den Genuss einer solchen Dienstreise. Der Ostberliner Verlag, in dem ich Lektor für slawische Literatur war, bereitete die Herausgabe eines von mir bearbeiteten Buches vor. Für den Münchener Carl Hanser-Verlag sollten wir eine hohe Stückzahl mitdrucken. Das brachte für die DDR-Kasse einige zehntausend Westmark. Die Zeit drängte, und es waren noch inhaltliche Fragen zu klären. Der Münchener Verlag wollte, dass ich in die bayerische Hauptstadt komme. Gern wäre statt meiner ein „Genosse“ gefahren, aber er hatte nicht das erforderliche Wissen. Also geschah das fast Unmögliche: Ich bekam die Reiseerlaubnis. Selbst für eine bescheidene finanzielle Ausstattung war gesorgt. Es ging nur um etwas über 100 Westmark, dennoch musste – bei der prekären Devisenlage des ostdeutschen Staates – ein stellvertretender Kulturminister den Antrag unterschreiben. Natürlich wäre ein Flug von Westberlin nach München schneller gewesen. Aber dieser Weg stand nur höheren Funktionären zu. Also fuhr ich mit dem „Interzonenzug“. Für die Besprechungen waren zwei Tage angesetzt. Auch wenn ich mit dem Schlafwagen zurück fuhr, musste ich einmal übernachten. Das dafür bestimmte Geld reichte für ein bescheidenes Zimmer im Münchener Bundesbahnhotel.

Die Fahrt im Schlafwagen war angenehm. Vor Erreichen der Grenze wurde ich geweckt. Jetzt erfuhr ich die „Vorzugsbehandlung“, die mir als Privatreisender nie zuteil wurde. Grenzpolizist und Zöllner waren ausnehmend freundlich. Ich hatte eine Bescheinigung der DDR-Staatsbank bei mir, dass ich befugt war, Westgeld bei mir zu haben. Der „Genosse Zöllner“ wies mich noch fürsorglich darauf hin, dass ich dieses Papier den Kollegen im Westen auf keinen Fall zeigen sollte. Er wusste ja nicht, mit wem er es in meinem Fall zu tun hatte. Fuhr ich im politischen Auftrag – oder tätigte ich nur normale Geschäfte? Auch bei der Rückkehr wurde ich besonders freundlich behandelt. Die Rückfahrkarte von München bis zur Grenze musste ich in Westmark zahlen. Die Schlafwagengebühr und das Reststück von der Grenze bis Berlin konnte in Ostmark beglichen werden. Am nächsten Tag war man erfreut, dass von der kleinen Reisesumme noch ein paar Westmark übrig waren. Sie gingen in die devisenklamme Staatskasse der DDR zurück.

Mauerbau und Interzonenverkehr

Der Interzonenreiseverkehr hatte seine Merkwürdigkeiten, seine positiven wie negativen Seiten, er stand oftmals unter vielen Fragezeichen – und doch war er eine Klammer für das getrennte Deutschland. Eine einschneidende Veränderung erlebte das Verhältnis Ost-West durch den Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961. Das bedeutete: jetzt auch an der Grenze zu Westberlin Todesstreifen, Tag und Nacht hell beleuchtete Grenzsperren, Hundelaufanlagen, Selbstschussautomaten. All diese Scheußlichkeiten machten eine Flucht nach Westen fast unmöglich. Nicht wenige versuchten deshalb, mit Hilfe der Interzonenzüge zu fliehen. Sie riskierten ihr Leben – und so mancher bezahlte den Versuch mit Verletzung oder Tod. Der Grenzbahnhof Friedrichstraße in Berlin war ein Beispiel dafür, wie genau es die DDR-Behörden mit der Kontrolle nahmen. Über den Zügen standen unter dem Bahnhofsdach Grenzpolizisten mit der Waffe im Anschlag, unter den Zügen suchten Hunde nach versteckten Flüchtlingen. Auch die Zusammensetzung der Reisenden hatte sich geändert. Westberliner und Westdeutsche mussten zwar Schikanen über sich ergehen lassen, wenn sie zwischen der Bundesrepublik und Westberlin reisten. Aber sie durften wenigstens fahren. Anders die DDR-Bewohner. Jetzt sprach man von „Rentnerzügen", die zwischen Ost und West verkehrten. Bis in die achtziger Jahre war die DDR wohl das einzige Land in Europa, in dem die meisten Menschen gar nicht schnell genug alt werden konnten. Männer mit 65, Frauen mit 60 Jahren durften in den Westen reisen, wenn sie die Rentengrenze überschritten hatten – vorausgesetzt, dass sie auf Grund ihrer früheren Tätigkeit keine „Geheimnisträger" waren. DDRler im Rentenalter bestimmten über zwei Jahrzehnte lang das Gros der Reisenden zwischen DDR und Bundesrepublik.

Offiziell blieb der innerdeutsche Zugverkehr auch nach dem Bau der Mauer fast unverändert, doch wurde „hinter den Kulissen ein umfangreicher Kontrollapparat aufgebaut und in Gang gesetzt".[5] Am 4. September 1961, drei Wochen nach dem Bau der Mauer, teilte der Kommandeur der deutschen Grenzpolizei im DDR-Ministerium des Innern dem Stellvertreter des Ministers für die bewaffneten Organe „Änderungen im Reise- und Güterzugverkehr für internationale Züge sowie Züge im Verkehr zwischen den beiden deutschen Staaten" mit. Seinem Bericht zufol-

[5] Ebd., S. 76.

ge habe „das Ministerium für Verkehrswesen ... einen detaillierten Plan erarbeitet, der den gesamten Verkehr zwischen Berlin und dem Ausland und Westdeutschland neu regelt". Dabei seien „folgende Prinzipien zu Grunde gelegt" worden: „Sämtliche Reisezüge im internationalen Verkehr und Verkehr zwischen Berlin und Westdeutschland fahren mit verschlossenen Türen durch die DDR bis zum jeweiligen Grenzbahnhof an der Staatsgrenze ... Das Ein- und Aussteigen ist nur an den Grenzbahnhöfen möglich ..."[6]

Auch der Verkehr zwischen Westberlin und der Bundesrepublik blieb in den sechziger Jahren von Schikanen begleitet. Dies änderte sich nach Abschluss der Ostverträge, vor allem mit dem „Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)" vom 17. Dezember 1971. In der Regel fand in den durchgehenden Zügen nur eine Personenkontrolle statt. Eine weitere „Normalisierung" brachte der Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über Fragen des Verkehrs vom 26. Mai 1972.

In den achtziger Jahren tauchten unter den Reisenden aus der DDR jüngere Gesichter auf. In dringenden Familienangelegenheiten durften jetzt DDR-Bürger schon vor Erreichen des Rentenalters Besuche in Westdeutschland machen. Meist war es so, dass zumindest ein Ehegatte oder die Kinder als „Geiseln" zurückbleiben mussten. Die meisten dieser jüngeren Reisenden kehrten wieder in die DDR zurück. Aber mancher seufzte doch im privaten Gespräch: „Am liebsten würde ich hier bleiben." Der Fall der Mauer am 9. November 1989 öffnete endlich die innerdeutsche Grenze für alle. Die schnell beschlossene und verwirklichte Vereinigung de beiden deutschen Staaten im Oktober 1990 machte auch den Interzonenreiseverkehr – dieses Überbleibsel aus dem „Kalten Krieg" überflüssig. Jetzt reiste man wieder innerhalb Deutschlands.

Trotz aller Widrigkeiten und der extremen Langsamkeit, mit der diese Züge von Ost nach West fuhren, brachte der Interzonenverkehr doch ein wenig Menschlichkeit in die deutsche Teilung. Er verhinderte, dass die Deutschen in Ost und West sich völlig auseinanderlebten. Ohne die Interzonenzüge wäre das Klima in Deutschland kälter gewesen.

6 Ebd., S. 77.

Wolfgang Grycz

Die Strecke Warschau-Berlin

Auch Stalin fuhr lieber mit der Eisenbahn ...

Lawrentij Berija, als Volkskommissar zuständig für den sowjetischen Geheimdienst NKWD, depeschierte am 2. Juli 1945 an Stalin im Zusammenhang mit dessen Reise zur Konferenz der „Großen Drei" in Potsdam: „Vorbereitet ist ein Sonderzug. Die Reiseroute beträgt 1.923 Kilometer Länge ... Die Sicherheit der Strecke garantieren 17.000 Mann NKWD-Truppen und 1.515 Mann des operativen Bestandes." Für Sicherheit war gesorgt. Die Posten standen auf der riesigen Strecke in Rufweite. „Auf jeden Kilometer Eisenbahnstrecke entfallen 6 bis 15 Mann Sicherheit. Auf der Strecke werden 8 Panzerzüge der NKWD-Truppen verkehren."[1]

Der sowjetische Diktator kam als Triumphator über Frankfurt (Oder) und Berlin. Ein Stalinbild und die Losung „My pobedili" (Wir haben gesiegt) schmückten die Lokomotive. Der Zug bestand aus drei Salonwagen und acht Schlafwagen „mit Scheiben aus kugelsicherem Glas (darunter vier Wagen aus dem Hofzug des Zaren ...)". Fünfzig Personen, auch Außenminister Molotow, begleiteten den sowjetischen Führer. Gesundheitliche Gründe und schlechte Erfahrungen auf Flügen mögen für Stalins Wahl der Eisenbahn mitbestimmend gewesen sein. Sicher trifft aber die Annahme zu, dass es für ihn auch eine „Demonstration des Führungsanspruchs und der gewonnenen Einflusssphäre war", wenn er „ohne Umsteigen durch erobertes Land nach Potsdam" reiste. Am 15. Juli 1945 startete der Sonderzug in Moskau. Am 16. (vielleicht auch erst am 17.) Juli 1945 traf er im Bahnhof Potsdam (Stadt) ein. Dort standen die Wagen bis zum Ende der Potsdamer Konferenz (2. August 1945). Die sowjetischen Pioniere hatten gute Arbeit geleistet. Je weiter die Front 1945 nach Westen vorrückte, desto mehr wurden die Gleise im

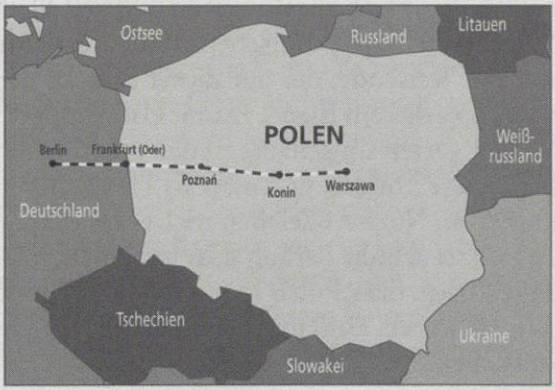
[1] Zit. nach Bernd Kuhlmann: Russische Züge auf deutschen Schienen 1945-1994. Berlin 2002, S. 27.

Der Verfasser ist Mitglied der Redaktion dieser Zeitschrift.

Hinterland auf russische Breitspur „umgenagelt“. Stalin konnte also – ohne Zugwechsel – von Moskau nach Potsdam durchreisen.

Nicht nur Stalins Sonderzug nach Potsdam hat Eisenbahngeschichte gemacht. Kaum eine Strecke in Europa ist so eng mit der Historie verbunden. Das gilt vor allem für die – im 20. Jahrhundert – überwiegend unruhigen Zeiten von Krieg, Zerstörung, von Vertreibung, Not und Siegerwillkür.

Als die Eisenbahnstrecke zwischen Berlin und Warschau in ihren Teilen im 19. Jahrhundert entstand, gab es keinen polnischen Staat. Das Land war dreigeteilt unter Russland, Preußen und Österreich. Durch die Strecke Berlin – Warschau verlief also die Grenze. Im westlichen Teil regierte Preußen, im östlichen Russland. Trotz der Teilung trugen die Eisenbahnen, die zwischen dem preußischen und dem russischen Machtbereich auf polnischem Boden verkehrten, zum stürmischen wirtschaftlichen Aufschwung im 19. Jahrhundert bei. Preußisches und deutsches sowie russisches Kapital flossen in diese Gebiete in der berechtigten Erwartung hoher Profite. Nicht nur Handel und Wandel blühten auf, auch die Menschen kamen einander näher. Geschäftsleute waren unterwegs, um im jeweils anderen Herrschaftsbereich Gewinne zu machen. Und die „Damen der Gesellschaft“ aus Russland versäumten es nicht, auf ihrer Reise nach Westeuropa in Warschau ein paar Tage Aufenthalt zu nehmen, um das Flair dieser auch damals schon europäischen Stadt und die Köstlichkeiten der Confiserie Wedel zu genießen. Allerdings führte noch einige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg die Bahntrasse nicht direkt über Posen nach Warschau. Diese Strecke (Posen - Warschau) war „aus politischen Gründen noch nicht gebaut“. Statt dessen fuhr man „von Berlin über Schneidemühl - Thorn nach Warschau“.



Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, waren die Militärs hoch erfreut über die neuen Möglichkeiten, die Truppen auf dem Schienenwege schnell zwischen Ost und West hin und her schieben zu können: dorthin, wo sie am dringendsten benötigt wurden. Der Vertrag von Versailles brachte 1918 die Rechnung für den kriegerischen Hochmut: Allein 5.000 Lokomotiven mussten an die Entente abgeliefert werden. Auch die deutsch-polnische Grenze verlief jetzt im Bereich der Bahnstrecke Berlin-Warschau schon 100 km östlich der Oder. Als neuer Grenzbahnhof musste Neu-Bentschen errichtet werden. Bei der Vorbereitung des deutschen Überfalls auf Polen spielte die Eisenbahn wiederum eine große Rolle. Sie diente der Bereitstellung von Truppen und Material vor dem 1. September 1939. Während des Zweiten Weltkriegs gehörte Posen (Poznań) als eingegliedertes Gebiet zum so genannten „Wartheland", und Warschau war Bestandteil des „Generalgouvernements". Aber auch Posen war nicht so ohne weiteres zu erreichen. Zwar verkehrten durchgehende Züge. Man brauchte keinen Reisepass, aber an der früheren Grenze (bei Neu-Bentschen) kamen Gestapo-Leute (meist Männer im besten Soldatenalter, die man eher an der Front vermutet hätte) durch die Züge und kontrollierten die Kennkarten.

Der Deutschen Reichsbahn kamen nun andere Aufgaben zu: Sie musste nicht nur für den Nachschub der deutschen Truppen sorgen, die im Herbst 1939 mit sowjetischen Führern in Brest-Litowsk den Sieg über Polen gefeiert hatten, sie musste nicht nur helfen, den Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 vorzubereiten. Hinzu kamen „interne" Aufgaben. Dazu gehörte eine gewaltige Umsiedlungskampagne. In Massen wurden Polen aus dem jetzigen „Warthegau" in das östlich gelegene Generalgouvernement deportiert, dort oft auf freier Stecke ausgeladen: seht zu, wie ihr zurecht kommt. Auch über die Trasse nach Warschau liefen Transporte mit politisch Verdächtigen und vor allem mit Juden in die von den Nazis gezielt auf polnischem Boden errichteten Vernichtungslager. Aber der Reisende, der auf dieser Strecke gen Osten fuhr, spürte kaum etwas von diesem Elend. Damit konfrontiert wurde er erst, wenn er sich in den Orten umschaute. Auch wenn man sich nicht als Glied der „Herrenrasse" fühlte, war man als Deutscher gut beraten, in diesen Orten immer ein Nazi-Abzeichen am Revers zu tragen. Die scharf kontrollierende Polizei achtete darauf, dass man nicht in den „falschen" Straßenbahnwagen stieg, dass Polen keine Bänke nutzten, die „nur für Deutsche" bestimmt waren. Und in Gottesdiensten für Deutsche hatten Polen nichts zu suchen.

Die Welle kehrt zurück

Mit fortschreitendem Kriegsverlauf bekamen die östlich Berlins gelegenen Gebiete zu spüren, dass es mit dem Siegen vorbei war. Die Fronten rückten näher auf Deutschland zu. Auch Polen konnten Opfer westlicher Bombenangriffe werden. Zu Ostern 1944 gab es einen amerikanischen Luftangriff auf Posen. Zahlreiche deutsche Soldaten starben auf dem dortigen Bahnhof, als Bomben ihren Zug trafen. Auch zwischen Posen und Berlin änderte sich längs der Bahnstrecke die Stimmung. Zwar winkten deutsche Kinder den Soldaten in ihren Zügen weiterhin zu, wenn sie – auf dem Weg zur Ostfront oder in den Urlaub – vorbeifuhren. Aber die Unbeschwertheit, die freudige Sorglosigkeit beim Anblick von Soldaten schwand mehr und mehr. Der „Feind" näherte sich den Grenzen des Reiches. Dennoch konnte sich damals niemand vorstellen, dass die Sowjets in wenigen Wochen zur Oder vorstoßen könnten.

Als die deutsche Wehrmacht nach Osten vordrang, spurte die deutsche Seite sowjetische Eisenbahnstrecken von Breitspur auf Normalspur um. Diese reichte bis an das Schwarze Meer. Als es dann – nach der Niederlage bei Stalingrad – rückwärts ging, setzten die Deutschen den „Schienenwolf" ein, ein Gerät, dass zügig und wirkungsvoll die Schwellen der zurückbleibenden Strecken zerstörte. In der Wochenschau wurde demonstriert, dass man auch auf diesem Gebiet „verbrannte Erde" hinterlassen wollte.

Ende 1944, als die Sowjetarmee die „Berliner Operation" vorbereitete, waren in ihrem Hinterland bereits die zurückeroberten Gleise wiederhergestellt und auf russische Spurbreite gebracht. Zu jener Zeit gab es noch nicht die Möglichkeit, durch Spurwechselradsätze Waggons auf die andere Breite umzustellen. Für die am 12. Januar 1945 begonnene Großoffensive in Richtung Oder waren gewaltige Transportleistungen nötig. Unmittelbar hinter der nach Westen vorrückenden Frontlinie taten die sowjetischen Pioniere ihr Werk: Kilometer um Kilometer wurde auf der Strecke Warschau - Oder die Spur umgenagelt.

Da die deutschen Linien im Januar/Februar 1945 so schnell durchbrochen wurden, kollabierte auch der Bahnverkehr an zahlreichen Stellen. Das bekamen vor allem die Flüchtlinge zu spüren, die aus den östlichen Provinzen des Reiches verzweifelt nach Westen strebten. Unzählige Betroffene standen auf den Bahnhöfen östlich der Oder und beteten, dass noch ein Zug nach Westen fahren möge. Viele resignierten und machten sich lieber zu Fuß, mit Handwagen oder Fahrrädern auf

den Weg. Im Februar 1945 stoppte der Vormarsch der Sowjets. Östlich von Frankfurt (Oder) hielt die Wehrmacht noch einen Brückenkopf, den sie erst nach Beginn der April-Offensive der Roten Armee räumte. Der Verkehr auf der Reststrecke zwischen Frankfurt und Berlin wurde aufrecht erhalten – nur gestört durch sowjetischen Artilleriebeschuss und Tieffflieger. Mitte April begann die letzte Offensive mit dem Ziel Berlin. Sie führte die Sowjetarmee binnen zweier Wochen ins Herz der Reichshauptstadt. Mit den sowjetischen Truppen kam auch das Breitspurgleis nach Berlin. Bereits am 1. September 1945 (Befehl Nr. 8 der Sowjetischen Militäradministration) wurde der Eisenbahnbetrieb in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands formal den deutschen Bahnbehörden übertragen. Dabei wurde aber die Breitspurstrecke Frankfurt (Oder) - Berlin bewusst ausgespart. Hier führten je ein Normal- und ein Breitspurgleis nebeneinander her. Der Streckenteil zwischen der Oder und Berlin blieb auch nach „Rücknagelung" der Breitspur für die Sowjets so wichtig, dass diese Trasse nie von Demontage bedroht war. Viele andere Stecken wurden gänzlich abgebaut, die Schienen als Reparationsgüter nach Russland geschafft. Noch jahrzehntelang blieb auf manchen Strecken in der DDR die Betriebsführung auf ein Gleis beschränkt.

Über die Strecke Brest - Warschau - Frankfurt (Oder) - Berlin kamen ab 1945 neue Sowjettruppen, die die kampfmüden Divisionen ablösten. Bei der Fahrt durch Polen machten es die dortigen Behörden den Soldaten unmöglich, beim Halt der Züge auf Plündertour zu gehen. Diese Gelegenheit ergab sich erst nach Überqueren der Oder. Dort zitterten die Menschen vor Angst, wenn neue Transporte anrollten. Und jene Truppen, die wieder zurück nach Osten mussten, nutzten den letzten Aufenthalt westlich der Oder zu Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung. Selbst verantwortungsbewusste Offiziere der Roten Armee standen diesem Beutedrang ihrer Soldaten hilflos gegenüber.

In den ersten Nachkriegsjahren brachten Züge aus dem Osten über die Strecke Warschau - Frankfurt (Oder) Hunderttausende von Kriegsgefangenen. Dazu kamen die Transporte der zwangsausgesiedelten Bevölkerung aus den Oder-Neiße-Gebieten. Auf dem Rückweg nach Osten nahmen die Züge Reparationsgüter mit. Für dieses Unternehmen „Reparationen" hatte die Sowjetführung ein besonders Komitee unter der Leitung des Stalin-Vertrauten Malenkow gegründet. Er schickte viele Tausende „Demonteure" ins ehemalige Deutsche Reich. Demontiert wurden Fabriken, Kraftwerke, Betriebe der Schwer- und Leichtindustrie. Und natürlich ging es auch um den Abbau wertvoller Bodenschätze

wie des besonders begehrten Urans. Auf die „wilde“ Phase der Demontagen folgte im Sommer 1946 ein Sonderbefehl der Sowjetischen Militäradministration (SMAD). Jetzt wurden deutsche Betriebe „sowjetisiert“. Es handelte sich bei ihnen fortan um sowjetische Aktiengesellschaften (SAG). Sie schickten die in Deutschland produzierten Waren fabrikfrisch in die Sowjetunion.

Die sowjetische Armee selbst leitete in der ersten Nachkriegszeit den Abtransport der Reparations- und Beutegüter. Eine Vielzahl kleinerer Fuhrunternehmer wurde eingespannt, um sie zu den Verladebahnhöfen zu befördern. Denn natürlich hatte wieder die Bahn die Hauptlast des Transports zu bewältigen. Bei diesen oft willkürlichen Maßnahmen wurden riesige Werte vernichtet, was ich mit eigenen Augen erlebt habe. So wurde in einer Stadt zwischen Berlin und Oder eine Brauerei demontiert: Die riesigen Kupferkessel wurden auf selbstgezimmerten hölzernen Schlitten kilometerweit über das Pflaster bis an die Eisenbahngleise gezogen. Dann stellte man fest, dass sie auf keinen Waggon passten. So zerschnitt man die teuren Kessel mit Schneidbrennern – übrig blieb Metallschrott. Die polnische Seite hätte die Kessel ohnehin nicht auf ihr Gebiet gelassen, denn sie passten nicht durch die Brückenprofile.

Die große Zeit des Schmuggels

Aus deutschen Eisenbahnern bildeten die sowjetischen Behörden so genannte „Lokkolonnen“. Die dazu gehörenden Lokführer, Heizer und sonstigen Kräfte genossen gute Bezahlung und bessere Verpflegung. Die Aufgabe dieser bis 1954 bestehenden „Brigaden“ bestand darin, verlässlich und schnell die Reparationsgüter von Deutschland über Polen in die Sowjetunion zu befördern. Eine dieser Hauptstrecken lief über Frankfurt (Oder) - Zbąszynek (Neu-Bentschen) - Posen und Warschau. Diese Gruppe von Eisenbahnern war nicht nur wirtschaftlich besser gestellt, sie hatte nicht nur die Möglichkeit, ein Stück Ausland zu sehen, sondern vor allem die Gelegenheit zum Schmuggel. Niemand wird sagen können, wie viele Tausende Tonnen Speck und Wurst aus Polen ins hungernde Deutschland transportiert wurden. Im „Gegenzug“ wanderten Gold, Schmuck und Uhren in Richtung Warschau und weiter nach Osten. Es gab große Schmugglerringe, an denen nicht nur Deutsche und Polen, sondern auch sowjetische Stellen partizipierten. Auch die auf deutscher Seite der Oder beschäftigten Verbindungsleute der polnischen

Staatsbahn hatten daran ihren Anteil. Ich habe sowjetische Offiziere (in Uniform und in Zivil), polnische Eisenbahner und Angehörige der „Lok-Brigaden" bei diesen „Geschäften" erlebt. Beim Schmuggel machten die Beteiligten solche Gewinne, dass sie genug Mittel hatten, um „Zöllner, Kohlenlader und andere zu bestechen ... und die zu bezahlen, die Verstecke im Führerstand und Tender oder Wohnwagen einbauten".[2] Den Sowjetbehörden waren diese Schmuggeleien offensichtlich bekannt. Auch strenge Befehle und Belehrungen seitens der Transportabteilung der Sowjetischen Militäradministration richteten wenig dagegen aus. Der illegale Handel hörte auch nicht auf, als die Grundversorgung mit Lebensmitteln gesichert war; nur die Art der Waren änderte sich. Jetzt brachten z. B. polnische Eisenbahner auf ihren Loks gute polnische Butter u. ä. in die neu entstandene DDR, um für Ostmark (Mark der DDR) Güter zu erwerben, die es in Polen nicht gab: Kunststofftischdecken schlichter Machart, Damenunterwäsche usw. Dieser „höherwertige" Schmuggel wurde noch Ende der fünfziger Jahre betrieben. Inzwischen waren westdeutsche Nylonstrümpfe, die man sich aus Westberlin besorgt hatte, der Renner. Sie waren zeitweise im polnisch-deutschen Verkehr eine Art Zahlungsmittel. Der Nachtzug Berlin - Warschau wurde von den deutschen Eisenbahnern ironisch als „Güterzug" bezeichnet. Polnische Staatsangehörige, die amtlich – als Botschaftsangehörige oder Dienstreisende – in der DDR weilten, brachten oft auch sperrigste Güter auf den Berliner Ostbahnhof (früher: Schlesischer Bahnhof), wo sie mit großer Kunstfertigkeit alle Sachen verstauten, die sie in der DDR (oder Westberlin) erstanden hatten. Noch gab es ja nicht die Mauer, und man konnte die Grenze zwischen Ost- und Westberlin leicht überschreiten.

Mit der Zeit reisten auch „normale" Bürger beider Staaten auf der Strecke Berlin - Warschau hin und her. Sie besuchten Verwandte oder kamen als erste Touristen. Immer noch war es umständlich, ein Visum nach Polen zu besorgen. Aber allmählich kam manches in Gang. Den DDR-Bewohnern tauschte die eigene Staatsbank nur minimale Beträge um. Also musste man etwas mitbringen, was in Polen gefragt war. Wieder waren es die schon genannten Nylonstrümpfe (99 Westpfennig), die locker 100 Złoty brachten, ferner z. B. Besteck aus Stahl, Taschenschirme und vieles andere mehr. Es lohnte sich, das Geld für den Schlafwagen auszugeben, denn dort ließ sich mehr transportieren.

[2] Ebd., S. 68.

Stets Vorrang für den Militärverkehr

Bei aller Bedeutung, die man den Zügen mit Reparations- und Beutegütern, später auch dem Personenverkehr zwischen Deutschland und Polen, beimaß, stets hatte der Militärverkehr absoluten Vorrang. Dies galt für die ganze Zeit bis zum Ende des Kalten Krieges. In der Grenzstadt Frankfurt (Oder) richteten die Sowjets nach Ende des Krieges an der Hauptstrecke Berlin - Warschau - Moskau eine eigene Eisenbahn-Transportkommandantur ein, „die anfangs den gesamten, also auch den deutschen Zugverkehr regelte". Diese Stadt war „für die Sowjetarmee das Tor nach Deutschland, aber auch in die Heimat". Die so entstandene Sonderkommandantur hieß nach dem russischen Kürzel „Woso Frankfurt (Oder)", abgeleitet vom russischen Wort für Militärverkehr: Wojennoje Soobschtschenije.[3] Die Sowjets diktierten; Bedürfnisse der DDR-Wirtschaft mussten zurückstehen. „Vom Oberkommando der Sowjetarmee gab es in dieser Hinsicht kein Pardon oder gar Einsicht in die schwierige wirtschaftliche Lage der DDR an dieser Nahtstelle zwischen den beiden mächtigsten Militärblöcken der Welt."[4]

Mitte der achtziger Jahre sprach ich mit einem Freund in der DDR. Ich drückte meine Verwunderung aus, dass die – wirtschaftlich schwächeren – Polen es schon vor Jahren vermocht hätten, die Strecke Warschau - Posen zu elektrifizieren. Aber auf der Strecke Frankfurt (Oder) - Berlin tue sich gar nichts. Ich verwies darauf, dass man dabei sei, die 180 km zwischen Posen und der Oder ebenfalls auf elektrischen Betrieb umzustellen. Seine Anwort: Dafür seien militärisch-strategische Erwägungen ausschlaggebend. Auf dieser wichtigen Strecke wolle man nichts riskieren. Im Spannungs-(d. h. Kriegs-)Fall sei ein elektrisch betriebenes Netz anfälliger als der Verkehr mit Dieselloks. Einige Zeit später kam ich mit DDR-Dienstreisenden im Zug Warschau - Berlin ins Gespräch. Die Polen waren gerade dabei, Pfeiler für die zukünftige Oberleitung zwischen Posen und der Oder zu errichten. Zugegeben, die Pfeiler sahen hässlich aus. Die DDR-Dienstreisenden spotteten laut darüber. Mein Einwand, was täte sich denn in dieser Beziehung auf DDR-Seite, wurde mit Schweigen quittiert. Wenn es um „Sicherheitsfragen" ging, hielt man lieber den Mund.

[3] Ebd., S. 72.
[4] Ebd., S. 74.

Nach dem Mauerbau

Durch den Bau der Mauer am 13. August 1961 änderte sich für die DDR-Reisenden in Richtung Warschau verkehrstechnisch wenig. Sie stiegen in Berlin-Ostbahnhof (zeitweilig Hauptbahnhof genannt) in den Zug. Voraussetzung war allerdings für die sechziger Jahre noch ein gültiges Visum, das die Ostdeutschen in der Regel ohne Schwierigkeit erlangten, das aber ein bürokratisches Hemmnis war. Erst in den siebziger Jahren lockerten die polnische und die DDR-Regierung das „Grenzregime" – und für DDR-Bürger genügte die Vorlage des einfachen Personalausweises beim Grenzübertritt. Schwieriger war es für die Westberliner und Westdeutschen. Sie mussten jetzt im Westberliner Bahnhof Zoologischer Garten in den von Köln kommenden Zug einsteigen, der Kurswagen nach Warschau führte. Nach Erreichen des Ostbahnhofs hängte die Deutsche Reichsbahn diese Wagen dann an den von hier nach Warschau fahrenden Zug. Den Westreisenden war es verboten, auch nur den Bahnsteig im Ostbahnhof zu betreten.

Zum letzten Mal vor der Grenze hielt der Zug nach Warschau in Frankfurt (Oder). Auch hier galt für die „Westler" striktes Bahnsteigverbot. Die polnischen Grenzpolizisten wickelten im Allgemeinen ihre Aufgaben schnell und korrekt ab. Die polnischen Zollbeamten konzentrierten sich darauf, meldepflichtige Waren festzustellen. Mit vielen von ihnen konnte man sogar plaudern – ganz im Gegensatz zu ihren ostdeutschen Genossen. Humor war bei den Polen nicht verpönt. An „Sicherheit" ließen es die polnischen Behörden dennoch nicht fehlen. Von einer polnischen Bekannten, die – mit einem Westberliner verheiratet – oft in die Heimat reiste, war zu erfahren, dass in jedem Zug ein höherer Polizeibeamter in Zivil mitfuhr, der die polnischen Grenzer anonym überwachte. Abenteuerlich konnte es werden, wenn zuviel Alkohol im Spiel war. Da konnte man Zeuge werden, wie eine Betrunkene dem polnischen Zugführer die Brille aus dem Gesicht schlug, als er die Fahrkarte sehen wollte. Als deutsche Mitreisende ihn darauf hinwiesen, er sollte sich doch Hilfe bei den mitreisenden Grenzpolizisten holen, da winkte er nur ab: Die seien nur für die Abfertigung zuständig, alles andere interessiere sie nicht. Auf der stundenlangen Fahrt durch polnisches Gebiet konnte man viel über dieses Land, aber auch über die DDR erfahren. Besonders interessant waren Gespräche mit jungen polnischen Arbeitern, die als Gastarbeiter in der DDR tätig waren und alle paar Wochen nach Hause fuhren. Diese Facharbeiter zeigten großes Interesse an Informationen

aus dem Westen, sie beeindruckten oft jedoch auch durch ein hohes kulturelles Niveau.

Vom Kriegszustand zum Mauerfall

Am 13. Dezember 1981 rief die polnische kommunistische Staatsführung den Kriegszustand gegen das eigene Volk aus. Das hatte auch für den grenzüberschreitenden Verkehr Folgen. Für die Westler auf dem Weg nach Warschau änderte sich im Prinzip wenig, nur die Kontrollen auf DDR-Gebiet wurden schärfer, die Erlangung eines polnischen Visums schwieriger. Die DDR fürchtete ein Überspringen des „polnischen Bazillus" auf ihr Herrschaftsgebiet. Für ihre eigenen Bürger erschwerte sie den Grenzübertritt nach Polen: Jetzt genügte die Vorlage des Personalausweises nicht mehr.

Jene Jahre waren ja überhaupt eine Zeit verschärfter Spannung zwischen Ost und West. In diesem Zusammenhang punktete die Sowjetunion damit, dass sie vorgeblich „einsame Entschlüsse" zur Verringerung ihrer Truppen aus der DDR bekanntgab. Auch die westlichen Medien berichteten darüber. Eigenartig war es dann schon, wenn man als Warschau-Reisender östlich der Oder zwar Züge mit sowjetischen Panzern sah. Aber ihre Loks wiesen nach Osten! Ab Mitte der achtziger Jahre war es für Westreisende wieder leichter, in die polnische Hauptstadt zu fahren. Angesichts der wirtschaftlichen Nöte drängte es jetzt allerdings immer mehr Polen, nach Westen zu gelangen. Vor und nach dem Mauerfall bauten sich lange Schlangen vor der deutschen Botschaft in Warschau auf.

Eine gewaltige Leistung wurde den beteiligten Bahnen Deutschlands, Polens und Russlands abgefordert, als es nach der Vereinigung Deutschlands darum ging, den Abtransport der sowjetischen Truppen vor allem auf dem Schienenweg zu organisieren. 338.800 Soldaten (plus Zivilbeschäftigte) verließen Deutschland – die letzten im September 1994. Nach dem Ende der DDR besserten sich die Reisebedingungen zusehends. Nicht zuletzt der gesamtdeutschen Regierung verdankten es die Polen, dass sie bald nicht nur nach Westdeutschland, sondern auch in das übrige Europa ohne Visum reisen konnten. Seit dem EU-Beitritt Polens im Mai 2004 heißt es jetzt uneingeschränkt: Freie Fahrt von Berlin nach Warschau!

Małgorzata Nocuń/Andzrej Brzeziecki

Östlich von San und Bug

Wo Bahnfahrten noch ein Erlebnis sind ...

„Es gibt keine Plätze in den Liegewagen?" fragt Dima am Fahrkartenschalter auf dem Bahnhof verwundert. „Na gut, dann geben Sie uns bitte drei Billets im ‚Platzkartenwagen'."[1] „Nun, jetzt werdet ihr sehen, wie man in ukrainischen Waggons für ‚VIPs' reist", informiert uns unser Kollege Dima, als wollte er uns warnen und auf unangenehme Überraschungen vorbereiten. Die ukrainischen Plätze für VIPs, das ist ein großer Waggon, darin sind etwa 70 Schlafstellen in nicht abschließbaren Abteilen eng beieinander, zwischen den Betten führt ein schmaler Gang. Glücklich ist, wem es gelungen ist, eine Reservierung für ein unteres Bett zu erhalten. Denn ohne Leiter kommt man nicht so leicht hinauf – vor allem nicht des Nachts. Außerdem ist es oben immer sehr warm, und alle Gerüche des Waggons sind besonders intensiv, vom angenehmen Duft des Essens bis zu den niemals angenehmen Gerüchen der Toilette.

Wir brechen auf nach Kramatorsk in den Osten der Ukraine. Der Zug verlässt Kiew am späten Abend, um am frühen Morgen sein Ziel zu erreichen. Alle Plätze sind besetzt. Ukrainer fahren sehr gern mit der Eisenbahn. Die Karten muss man stets einige Tage vorher kaufen.

Im ehemals sowjetischen Gebiet bedeutet Zugfahrt nicht nur, sich von einem Ort zum anderen zu bewegen, nicht nur, einen bestimmten Ort zu erreichen. Eisenbahnfahren ist ein Teil der Kultur, ein Ritual.

[1] Im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gab es und gibt es Klassifizierungen von Waggons, die erklärt werden müssen. Der „Platzkartenwagen" (man gebraucht das deutsche Wort „Platzkarte" dafür) bezeichnet einen Wagen mit sehr anspruchslosen Schlafstellen. Zwischen den rechts und links angeordneten Liegen befindet sich ein sehr schmaler Gang. Eine Klasse höher sind die „Coupé-Wagen" einzuordnen. Deren Abteile sind im Gegensatz zu den „Platzkartenwagen" abschließbar.

Małgorzata Nocuń und Andrzej Brzeziecki sind Reporter der in Krakau erscheinenden katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny". Ihr besonderes Thema sind die Länder Osteuropas. Von November 2005 bis April 2006 reisten sie durch die Ukraine und Weißrussland. Zuvor, vom November 2004 bis zum Februar 2005, berichteten sie als Korrespondenten ihrer Zeitung aus der Ukraine über den Verlauf der orangefarbenen Revolution.

Man genießt die Fahrt mit dem Zug, kostet sie aus. Ältere Frauen bekreuzigen sich kurz vor der Abfahrt und schweigen einige Minuten. Sie beten für eine glückliche Reise. Die Männer holen aus den bodenlosen, von ihren Ehefrauen vorbereiteten Reisetaschen das Essen und stellen es auf das Tischchen: marinierte Tomaten in einem großen Gefäß, gebratenes Fleisch, *salo* – Speckstreifen, die man zum Wodka isst. Die Reise wird dann gelungen sein, wenn man gut isst, gut trinkt, interessante Leute kennenlernt.

Die Bewohner der ehemaligen UdSSR haben ein anderes Gefühl für Zeit und Entfernung. Das Sowjetreich umfasste einen riesigen Teil der Erde. Es kam vor, dass Familien Hunderte, ja Tausende von Kilometern entfernt wohnten. Sie reisten aus dem fernen Kaukasus oder aus Sibirien in die in Europa liegende Ukraine oder nach Weißrussland, um sich mit den Angehörigen zu treffen. Der Zug war für viele das einzige Transportmittel. Hunderte und Aberhunderte von Kilometern, Dutzende von Stunden auf den Schienen – das war für einen Russen, für einen Ukrainer ein kurzer Weg, so wie für den Menschen aus dem Westen ein Wochenendausflug in einen hundert Kilometer entfernten Kurort.

Die aus Moskau nach Sibirien abgehenden Züge bewältigen die Distanz in einer Woche. Kirgistan erreicht der „Rekord-Zug" nach fast zwei Wochen. Die Menschen aus dem russischsprachigen Kulturgebiet betrachten eine solche Reise nicht als Herausforderung, nicht als etwas Besonderes. Das ist ganz einfach eine Zugfahrt, nun, vielleicht ein wenig länger, aber es bleibt eine gewöhnliche Reise.

Man fährt in mächtigen, stählernen Waggons. Obwohl in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hergestellt, scheinen sie noch nicht vom Zahn der Zeit angenagt zu sein. Man findet Wände aus Holzimitat, Sitz- und Liegebezüge aus Kunstleder. Dazu vermitteln die weißen Gardinen und bordeauxfarbenen Vorhänge ein einmaliges Flair. Im Zug herrschen ganz bestimmte, ungeschriebene Grundsätze. Alle Reisenden ziehen sich um. Die Männer schlüpfen in Trainingsanzüge, die Frauen in Hauskleider oder locker sitzende Hosen. Schnell schwinden alle Barrieren, die anscheinend die Menschen trennen, die sich zum ersten Mal im Leben sehen. Im Waggon wird es bald geräuschvoll zugehen. Die Menschen stellen sich einander vor, und bald danach fangen sie an, sich beim Vornamen zu nennen. Man hört, wie der Waggon von Namen schwirrt: Sascha, Ljuba, Olena – so ruft man sich zu. Eilig werden die Plätze eingenommen. Man verstaut das Gepäck, und voller Ungeduld wartet man auf die Abfahrt des Zuges.

Während der Reise kann man oft mehr über die ehemals sowjetischen Länder erfahren als aus vielen Büchern. Das rhythmische Rattern des Zuges begleitet die Erzählungen der Menschen. Und die Reisenden erzählen von allem, von sich selbst, von der Politik, vom Dasein in der UdSSR und vom heutigen Leben nach dem Zerfall des roten Imperiums. Man teilt sich die intimsten Einzelheiten des Lebens mit. Man lacht, lässt sich anrühren.

So kann man auf der Reise leicht einen Veteranen des Afghanistankrieges treffen, der erzählt, wie er gekämpft, wie er an die Richtigkeit der Intervention geglaubt hat, wenngleich er fast sein Leben einbüßte; und davon, wie seine Kameraden aus der Sowjetunion Jeans dorthin schafften und auf dem Rückweg Drogen schmuggelten. Einer schreit laut, wie sehr er den radikalen Politiker Wladimir Schirinowskij liebe und was das für ein guter Politiker sei. Ein Gebildeter! Der wisse immer, was zu sagen ist!

Eine andere Frau, die von Kiew nach Lugansk in der Ostukraine reist, stellt sich zuerst kurz vor: „Mein Vorname ist Vera." Dann lehnt sie sich über den Tisch und erzählt von sich selbst, so als würde sie uns schon seit langem kennen. Sie hat in Moskau studiert. Dann kam sie zusammen mit dem Ehemann in die Ostukraine. Er fand dort eine Arbeit als Ingenieur, sie als Buchhalterin. Warum soll man sich die Geschichte eines fremden Lebens anhören? Bald kommt man zu der Überzeugung, dass es sich lohnt. In einer einzigen Geschichte stecken so viele Probleme der heutigen Ukraine. Vera fühlt sich im Osten des Landes wohler als in dessen Mitte oder in seinem westlichen Teil. Sie ist in der russischen Kultur erzogen worden. Das Ukrainische lernte sie allein aus Patriotismus. Die Kinder schickte sie in eine Schule mit Ukrainisch als Unterrichtssprache; sie hatte nicht die Möglichkeit gehabt, so eine Lehranstalt zu besuchen. Vera geniert sich oft, sich ukrainisch zu unterhalten. Immer kommt dann die Frage nach ihrem anderen Akzent, und auch die Worte sind manchmal falsch gewählt. Oder es zeigt sich eine Verwunderung, die sie sich selber nicht erklären kann. Wie damals, in einem Lemberger Sanatorium, wo der Arzt fragte: „Ihr da im Osten, versteht ihr überhaupt Ukrainisch?"

Je mehr Kilometer der Zug hinter sich bringt, um so fröhlicher wird die Atmosphäre. Ein altes russisches Sprichwort sagt: „Bes wodki ne rasberjoschsja" (etwa „Ohne Wodka kommst du nicht klar, ohne Wodka begreifst du nichts"). Sehr bald hört man das Zischen der geöffneten Bierflaschen. Dann schrauben die Männer die Wodkaflasche auf. Jemand empfiehlt hausgemachte Liköre: „Ausgezeichnet, hochprozentig" Sie

sollen die Reise angenehm machen, in den Schlaf wiegen. Von allen Seiten hört man die Schlager der Alla Pugatschowa, jenes Estradenstars der UdSSR. Außer dieser Künstlerin sind auch Schlager der Popmusik beliebt; sie klingen oft wunderlich in russischer Sprache, besonders wenn in ihnen viele Worte vorkommen, die aus dem Englischen stammen und über den russischen Leisten geschlagen wurden.

In jedem Abteil taucht – gleich nach Abfahrt des Zuges – die „Prowadniza" auf, also jene Frau, die für Sicherheit und Ruhe sorgen soll. Sie (oder ihr männliches Gegenstück: der „Prowadnik") verkauft Tee oder Kaffee. Sie schlägt auch vor, Bettwäsche zu kaufen. Für ein paar Hrywna (in der Ukraine) oder für weißrussische oder russische Rubel kann man einen ganzen Satz kaufen. Vor dem Kauf sollte man das Bettzeug besser überprüfen. Es genügt, wenn man mit der Hand hindurchfährt, um sich zu überzeugen, ob es feucht ist. Wenn ja, sollte man es besser nicht kaufen. Dann schläft man lieber auf dem unbezogenen Polster. Die Wäsche in unserem Zug von Kiew nach Lugansk war feucht. In der Nacht begannen plötzlich die Wanzen daraus hervorzukriechen. Überhaupt war die ganze Reise reich an Überraschungen. Unsere Plätze hatten wir auf den Seitenbetten, das heißt dicht an der Außenwand, am Fenster, noch dazu oben. Zwischen den oberen Betten bleiben kaum ein paar Dutzend Zentimeter Abstand. Da gibt es keinen Ausweg, wenn man nicht den Kopf zur Seite des kalten, eisbedeckten Fensters drehen will. Man muss ihn in der Nachbarschaft fremder Füße niederlegen, ganz dicht dabei. Nach einer Weile wird es warm, wenngleich es vom Fenster immer noch zieht. Im Waggon geht das Licht aus. Die Reisenden schlafen ein, sanft gewiegt vom dahinfahrenden Zug und vom Alkohol. Bald ertönt kräftiges Schnarchen. Erst die heraufziehende Morgendämmerung macht dem ein Ende.

Auf unseren Reisen durch die Ukraine streiten wir uns, was besser ist: ein Coupé-Abteil oder ein „Platzkartenwagen" mit Schlafberechtigung. Denn auch die teureren Coupés mit abschließbaren Türen haben ihre Nachteile. Es scheint so, als wäre die Temperatur in den ukrainischen Waggons ganz einfach proportional zum Preis der Fahrkarte. Denn in den Coupés herrscht Hitze, und auf den oberen Liegeplätzen ist es sogar unbarmherzig heiß. Bei solcher Wärme lässt es sich schwer einschlafen. Wenn du dich dann von einer Seite auf die andere wirfst, träumst du von einem Hammer, mit dem du die Scheibe einschlagen und so ein wenig frische Luft schlucken könntest. Den größten Albtraum erlebt man im Sommer. Die dicht schließenden, unerträglich aufgeheizten Scheiben ge-

ben die Wärme ab. Im Zug ist die Temperatur viel höher als draußen, eine wahre Glut, verbunden mit Mief. Du weißt nicht einmal mehr, wie du Luft schnappen sollst. Um nicht ohnmächtig zu werden, ist es am besten, gleich einzuschlafen und erst in der Nacht aufzuwachen, wenn es draußen wie drinnen schon kühler ist.

Abwechslung bieten stets die Mitreisenden. Der angetrunkene Mann geht in dem „Platzkartenwagen" gewissermaßen unter in der Menge, im übrigen würde ihn der Prowadnik schnell zur Ordnung rufen. Im Coupé wäre es unterschiedlich. Manchmal ist es dann besser, mit so einem nicht allein zu bleiben. Am besten ist es, wenn man auf einen Soldaten im Coupé trifft. Der legt schweigend die Uniform ab, hängt die Mütze – groß wie ein Hubschrauberlandeplatz – an den Haken und schläft fast wie auf Befehl ein. Schlimmer ist es, wenn du auf geschwätzige Reisende triffst, die über reichen Proviant verfügen. Dann endet das Ganze meistens damit, dass du zum gemeinsamen Trinken und Essen überredet wirst. Schließlich mündet alles in lautes Schnarchen. Immer wird sich auch jemand finden, der ein paar Worte Polnisch kann und sich unbedingt mit dir unterhalten will, ganz gleich wie müde du bist.

Die Eisenbahnfahrkarten in der Ukraine sind so billig, dass ein Reisender aus dem Westen, wenn er Ruhe und Einsamkeit liebt, ohne mit der Wimper zu zucken ein ganzes Abteil für sich kaufen könnte – sofern er das entsprechend früh tätigt. Im übrigen ist „Platzkartenwagen" nicht gleich „Platzkartenwagen". Diejenigen, die aus der ukrainischen Hauptstadt nach Osten abgehen, sind nicht immer sauber und gepflegt. Da kann es schon vorkommen, dass du beim Verstauen der Schuhe unter dem Bett auf Ungeziefer stößt.

Der internationale Zug von Kiew nach Minsk dagegen ist sauber und gepflegt, wie auch die weißrussische Hauptstadt selbst. Dafür gibt die Reise in ihm schon einen „Vorgeschmack" auf das, was uns in Minsk begegnen wird. Aus den Lautsprechern ertönt plötzlich die Meldung: „Reisende, ihr befindet euch in einem öffentlichen Verkehrsmittel. Es gelten für euch die Prinzipien der Kultur und Sicherheit." Der Zug steht lange an der Grenze, die Kontrolle ist peinlich genau. Als der Zöllner unsere Pässe nimmt und nach seinem Kollegen ruft, fürchten wir schon, dass es uns nicht gelingt, über die Grenze zu kommen. Wir sind ja nicht nur Journalisten, sondern kommen noch dazu aus Polen. Bald jedoch zeigt es sich, dass nicht wir, sondern nur unsere Pässe das Interesse des Zöllners geweckt haben. „Hast du die neuen polnischen Pässe gesehen", ruft der Zöllner seinem Kameraden zu. Sie begeistern sich dafür, schauen

sie sich durch die Lupe an. Sie schütteln die Köpfe vor Begeisterung und vor Erstaunen. Alle paar Minuten fällt das Wort „wunderbar".

Im „Platzkartenwagen" ist es also munter und lustig. Aber eine andere Mode setzt uns zu: das Betrachten von DVD-Filmen. Solche Einrichtungen wie Notebook oder Handy wecken immer noch Emotionen. Sie sollen möglichst ganz modern sein, am besten mit einer Vielzahl unterschiedlicher Funktionen.

Wenn es dir endlich gelingt einzuschlafen, weckt dich der Prowadnik mit dem Hinweis, dass wir in einer Stunde am Zielort sein werden. Man sollte lieber nicht zögern, denn schon steht eine Schlange vor der Toilette. Und eine halbe Stunde vor der Ankunft verschließt der unerbittliche Prowadnik die Toilette mit seinem Schlüssel. Da hilft es gar nicht, dass man ihn – oder die Kollegin, die Prowadniza – anfleht, die Toilette aufzuschließen. Aber du kannst immer Tee oder Kaffee bestellen ... Im übrigen muss man zugeben, dass die Toiletten in ukrainischen, russischen oder weißrussischen Zügen wirklich gepflegt sind. Die Reisenden, die sie nutzen, halten sich fast immer an den Grundsatz: „Hinterlasse sie in dem Zustand, in dem du sie angetroffen hast." Und sie sind ganz einfach um Reinlichkeit bemüht. Es kommt selten vor, dass kein Wasser fließt, das sind dann Ausnahmen.

Auf eine höfliche Prowadniza zu stoßen, das ist wie ein Hauptgewinn im Lotto. Diese Frauen gehen offensichtlich von dem Prinzip aus: Wenn die Züge leer und ohne Reisenden führen, dann wäre ihre Arbeit viel angenehmer. Wenn sie über die Ordnung in den Abteilen wachen, scheinen sie oft zu vergessen, dass sie für die Reisenden, nicht jene für sie da sind. Die Prowadniza aus dem Zug von Minsk nach Kiew kommt ins Abteil, schaut sich forschend um, dann wirft sie uns die Worte hin: „Was sollen die Beine auf dem Bettrand. Halten Sie sich an die Ordnung! Benehmen Sie sich kultiviert! Runter mit den Füßen!"

Im Osten der Ukraine leben über hundert Nationalitäten. Das sind Menschen, die in der Zeit der UdSSR aus allen möglichen Winkeln des Imperiums in das Donbas-Gebiet gekommen sind, um Kohle zu fördern. Heute, da die Kohlengruben Zug um Zug geschlossen werden, suchen die rührigen Nachkommen der Bergbewohner aus dem Kaukasus nach anderen Einnahmequellen. Gegen Morgen, wenn sich hinter den Fenstern schon die Kokshalden auftürmen, verwandeln sich die Züge in Mini-Handelszentren. Geschäftstüchtige Männer kommen durch die Waggons mit Bier, Frauen bieten Keramik und Kleidung an. Willst du einen Satz grell-bunter Kaffeetassen oder ein chinesisches Unterhemd

kaufen? Bitte sehr. Du kannst auch eine große Pelzmütze oder einen Pullover erstehen. Und vielleicht willst du auch – entsprechend dem chinesischen Kalender – das Schlagerangebot der letzten Monate: eine kleine Hundefigur? Du hast die Auswahl. Dicht dabei spielen Männer mit Goldzähnen die nächste Partie mit fettigen und zerdrückten Karten.

Ganz andere Eindrücke vermittelt der Zug von Lwiw ins polnische Przemyśl, der sog. „Przemytnik" (Wortspiel mit dem Ortsnamen Przemyśl: Przemytnik bedeutet Schmuggler). Schon lange vor der Abfahrt vom Lemberger Bahnhof zeigen sich dort Menschen mit großen Paketen. Wenn du während der Reise etwas unter deinem Sitz gluckern hörst, dann begreifst du, was in den Paketen war: Alkohol und Zigaretten. Der Preisunterschied zwischen Polen und der Ukraine bewegt sich um 300 Prozent. So lohnt sich der Schmuggel immer noch lohnt, wenngleich sich die aus Brüssel mitfinanzierten polnischen Zöllner große Mühe geben. In unserem Waggon waren wir wohl die einzigen Touristen. Eine Gruppe von 20- bis 30-Jährigen, sowohl Frauen wie Männer, macht sich langsam an die Arbeit. In diesem Geschäft sind Wintermäntel das ganze Jahr über in Mode. Die Reisenden verstauen massenhaft Zigaretten am Körper: in Höhe der Brust, des Bauches, der Hüften. Nach einer Weile sieht der schmale junge Mann wie ein Sumo-Kämpfer aus. Während wir uns das anschauen, vergessen wir schnell, dass diese Menschen das Gesetz brechen. Es ist Sonntagnachmittag. Jeder von ihnen möchte sicher lieber daheim sein, bei der Familie, auf einem Spaziergang. Irgendwo, nur nicht in diesem schmutzigen, stinkenden Zug, immer in nervöser Erwartung, dass gleich die Zöllner kommen. Und dann tut es uns leid, wenn ein junges hübsches Mädchen nach der Losmethode für die Gepäckkontrolle ausgesucht wird. Sie fleht darum, dass man sie nicht mitnimmt. Dass man sie in Ruhe lässt. Für sie war der Schmuggel die sicherste Einnahmequelle.

Von der Qualität der Züge und der meisten Bahnhöfe in der Ukraine und in Weißrussland heben sich die Bahnhöfe in den Hauptstädten beider Staaten deutlich ab. Des Bahnhofs in Minsk müsste sich keine ordentliche europäische Stadt schämen, und der Kiewer Bahnhof beeindruckt durch seine Größe. Dieses Bauwerk wie auch den Sitz des Transportministeriums – einen Wolkenkratzer aus Stahl und Glas – hat den Ukrainern der Transportminister Kirpa hinterlassen. Hat ..., denn er weilt nicht mehr unter den Lebenden. Gleich nach den Präsidentschaftswahlen fand man ihn tot auf. Die einen sagen, die Leute von Viktor Janukowytsch (dem Rivalen Viktor Juschtschenkos bei den Präsident-

schaftswahlen 2004) hätten ihn beseitigt, weil er zuviel über die Wahlmanipulationen wusste, andere, dass sein Tod mit dem Bau der Dnjepr-Brücke zusammenhänge – einem Bauvorhaben, das, obwohl noch nicht begonnen, schon riesige Gelder verschlungen hat. Wie es wirklich war, werden wir sicher nie erfahren.

Uns bleibt nur, die riesigen Wartesäle im Kiewer Bahnhof zu bewundern, bevor es auf die nächste Reise geht. Da gibt es zwei Wartesäle, einen für die Luxusklasse, der andere für die Normalsterblichen. Der Unterschied besteht hauptsächlich in den Stühlen. Im teureren Wartesaal trifft man keine armen Menschen mehr. Die meisten Reisenden verkürzen sich die Zeit durch Biertrinken. Bier ist heute wohl das populärste Getränk in der Ukraine. In Kiew trifft man kaum einmal junge Menschen, die keine Bierflasche in der Hand tragen. Schwerlich findet man auch einen Waggon in ukrainischen Zügen, in denen sich die Reisenden die Fahrt nicht mit Bier schöntrinken – oder mit höherprozentigem Stoff.

Wir kehren nach Polen zurück. Der Zug Kiew-Krakau ist eine angenehme Abwechslung. Frisches Bettzeug, Klimaanlage, eine ordentliche Toilette. Schlafen lässt uns nur nicht die mitreisende Gruppe von Engländern, die Bier trinken, lärmen und laut rülpsen ...

Aus dem Polnischen übersetzt von Wolfgang Grycz.

Christof Dahm

Der erste ‚Dampfwagen' in Österreich

Geschichte und Geschichten um die Kaiser-Ferdinands-Nordbahn

Am Anfang stand die Skepsis.[1] Obwohl die Verkehrswege in der habsburgischen Monarchie zu Beginn des 19. Jahrhunderts in schlechtem Zustand waren und für die einsetzende Industrialisierung dringend schnellere Transportwege benötigt wurden, brachten weite Kreise der Bevölkerung dem neuen aus England kommenden ‚Dampfwagen' Misstrauen entgegen. Die staatstragenden Kräfte sahen im technischen Fortschritt eine Folge der Ideen der Französischen Revolution, die es zu unterdrücken galt. Strenge Passvorschriften erschwerten zusätzlich den Personen- und Warenverkehr. Die meisten Massengüter wurden auf dem Flussweg verschifft; ab 1829 fuhren Dampfschiffe auf der Donau. Seit 1825 verkehrte zwischen Wien und Brünn (Brno) eine ‚Eilpost', die für die ca. 150 Kilometer lange Strecke ungefähr sechzehn Stunden benötigte. In England fuhren bereits seit 1825 Dampfeisenbahnen. Kaiser Franz I. von Österreich aber lehnte die wiederholt eingereichten Anträge zum Bau einer Eisenbahn stets ab.

Beschwerliche Anfänge – stürmische Entwicklung

Trotz aller Hemmnisse ließen sich die wirtschaftlichen Vorteile der Eisenbahn auch für Österreich auf Dauer nicht bestreiten. 1825 wartete das

[1] Zur Geschichte der Eisenbahn vgl. Alfred Horn: Die Kaiser-Ferdinands-Nordbahn. (Die Bahnen Österreich-Ungarns. Bd. 2). Wien 1971; Ders. u. Friedrich Rollinger: Die Eisenbahnen in Österreich. Offizielles Jubiläumsbuch zum 150jährigen Bestehen. Wien 1986; Ders. u. Mihály Kubinszky: K. u. k. Eisenbahn Bilderalbum 2. Eisenbahnbilder erzählen Geschichte. Wien 1993. – Zum historisch-wirtschaftlichen Hintergrund Handbuch der Geschichte der Böhmischen Länder. Hrsg. v. Karl Bosl. 4 Bde. Stuttgart 1967-1974, bes. Bd. 2, S. 413-645; Deutsche Geschichte im Osten Europas: Böhmen und Mähren. Hrsg. v. Friedrich Prinz. Berlin 1993, bes. S. 262-266, 366-378; Deutsche Geschichte im Osten Europas: Galizien, Bukowina, Moldau. Hrsg. v. Isabel Röskau-Rydel. Berlin 1999, bes. S. 109-122.

Der Verfasser ist Mitglied der Redaktion dieser Zeitschrift.

Land mit einem technischen Novum auf: Zwischen Linz und Budweis wurde die erste Pferdeeisenbahn Europas errichtet, die 1832 fertiggestellt war. 1829 entwickelte Franz Xaver Riepl das Projekt einer Dampfeisenbahnlinie quer durch die Monarchie von Galizien bis zur Adria, wofür er u. a. den Bankier Salomon von Rothschild gewinnen konnte. Kaiser Ferdinand I., der im März 1835 seinem Vater auf dem Thron folgte, zeigte sich für den Eisenbahnbau aufgeschlossener, auch wenn er der Ansicht war, „... die G'schicht mit der Eisenbahn wird sich eh net halten".[2] Am 4. März 1836 wurde der Antrag zur Gründung einer Aktiengesellschaft für den Bau einer Schienenstrecke von Wien durch Mähren über Krakau (Kraków) nach Bochnia in Galizien genehmigt. Die private Eisenbahn erhielt am 9. April 1836 die Erlaubnis zur Führung des Namens „kk. ausschließlich privilegierte Kaiser-Ferdinands-Nordbahn" (KFNB). Das Privileg galt für fünfzig Jahre und umfasste auch die Anlage von Nebenbahnen nach Brünn (Brno), Olmütz (Olomouc) und Troppau (Opava). Für eine solche Bahnlinie sprachen vor allem die bedeutenden Kohlevorkommen bei Mährisch-Ostrau (Ostrava), die eine entscheidende Rolle bei der Industrialisierung Österreichs spielen sollten. Als weiteres Handelsgut kam Salz aus Galizien hinzu; in Bochnia, dem geplanten Endpunkt der Strecke, sowie im benachbarten Wieliczka wurde seit dem 13. Jahrhundert Salz gewonnen.[3] Schließlich war zu erwarten, dass die Hauptstadt Wien durch die Bahnverbindung preisgünstiger mit Lebensmitteln aus Galizien, besonders Vieh und Geflügel, beliefert würde. Daher machten Großgrundbesitzer in Ungarn und Südmähren Front dagegen. Auch sonst verstummte der Protest nicht. „Gegen die Bahn war praktisch Gott und die Welt. Ärzte, Priester, Handwerker und Bauern, alle hatten aus irgendwelchen Gründen Einwände."[4] Kein geringerer als Johann Strauß Vater hatte Anteil daran, dass das neue Transportmittel dann doch an

[2] Zit. nach Max Schönherr u. Karl Reinöhl: Johann Strauß Vater. Ein Werkverzeichnis. (Das Jahrhundert des Walzers. Bd. 1). London, Wien, Zürich 1954, S. 138.

[3] Vgl. Józef Piotrowicz: Die Entwicklung der Salinen in Wieliczka und in Bochnia von der Mitte des 13. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. In: Der Anschnitt 36 (1984), H. 5-6, S. 174-186.

[4] Horn, Nordbahn (wie Anm. 1), S. 3. Die Reaktion der Menschen in der Anfangszeit der Eisenbahn schildert Hugo Warmholz: Führer an der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn und der Mährisch-Schlesischen Nordbahn. Mit Schilderungen von Land und Leuten, Städtebildern und historischen Erinnerungen. Wien 1887; S. 17 erwähnt er eine ältere Frau in der Gegend von Brünn, „die sich beim Herannahen des Dampf und Feuer speienden Ungethüms betend zur Erde wirft, alle Heiligen anrufend".

Popularität gewann. Sein am 18. Juli 1836 bei einem Eisenbahnfest uraufgeführter „Eisenbahn-Lust-Walzer“ (op. 89) ahmt das Rattern und Zischen der Eisenbahn nach.[5]

Die Bauarbeiten an der KFNB begannen gleichzeitig auf mehreren Streckenabschnitten und gestalteten sich dank der Unterstützung englischer Ingenieure zügig. Zwischen Wien und Deutsch-Wagram, wo zeitweise 10.000 Arbeiter eingesetzt waren, wurden die Arbeiten im Herbst 1837 abgeschlossen. Der schnelle Ausbau erfolgte allerdings auf Kosten der Arbeiter, die den Namen KFNB als „Kein Fleisch, nur Brot“ auslegten.[6] Am 14. November 1837 fand die erste Probefahrt zwischen Floridsdorf (nördlich von Wien) und Deutsch-Wagram mit geladenen Gästen statt. „Ein paar Wochen lang sprach Wien von der Dampfeisenbahn, aber rascher, als die Sensation herangekommen war, entschwand sie wieder. Ein Jahr später gehen die Wiener zum Bahnhof, steigen ein und kein Mensch empfindet das Außergewöhnliche des Beginnens. Die Biedermeiermenschen glaubten, wenn sie den Eisenbahnzug bestiegen, nur nach Deutsch-Wagram zu fahren; in Wirklichkeit sind sie viel, viel weiter gereist – in eine neue Zeit und in eine andere Welt!“[7] Ende 1839 überschritt die Zahl der Reisenden auf der KFNB bereits die Viertelmillionengrenze.

Allerdings war die Bahnfahrt nicht immer ein Vergnügen. „Die Wagen waren noch sehr einfach, die dritte Klasse bestand gar nur aus offenen Loris [Loren], und wer da fuhr, hatte manche Unannehmlichkeit zu erdulden.“[8] Im September 1847 unternahm der Dichter Franz Grillparzer (1791-1872) eine Reise nach Nord- und Nordostdeutschland. Zu der Zeit war das Schienennetz zwischen Österreich und Preußen noch nicht vollständig geschlossen, sodass man teilweise auf die Postkutsche umsteigen musste. Über die Rückfahrt von Berlin nach Wien berichtet Grillparzers Begleiter Wilhelm Bogner: „Abends beim Mondschein ging es nach der Heimath zu. Bequemes Lager auf der hier trefflich bestellten Eisenbahn nach Breßlau. Hier verließen wir selbe, um auf einer mit elenden Wagen versehenen Bahn bis [Oppeln] und von da nach abermaliger Umpakung [in Kosel] nach [Annaberg zu fahren] ... Von hier fuhren wir

5 Schönherr/Reinöhl, Werkverzeichnis (wie Anm. 2), S. 137-139.

6 Am 29. Juli 1844 reagierten die Bahnarbeiter auf eine erneute Lohnkürzung durch die Bauleitung sogar mit einem Aufstand; vgl. Handbuch der Geschichte der Böhmischen Länder (wie Anm. 1), Bd. 2, S. 610.

7 Schönherr/Reinöhl, Werkverzeichnis (wie Anm. 2), S. 139.

8 Ebd., S. 138.

mit einem elenden Omnibus ... schwankend wie ein Schiff, und jeden Augenblick in der Erwartung wir werden daliegen nach Oderberg, wo die hundemäßige Nordbahn anfängt. Hier ließen wir ... umpaken und fuhren nach der dort herschenden lieben Ordnung statt um 8 Uhr nur um eine halbe Stunde später fort. Diese Farth vergesse ich mein Lebelang nicht. Die Wagen sind an und für sich für das Spatzierenfahren sehr gut, allein zum Reisen zu widersinnig als möglich. Die Lehnen reichen bis zum Rüken wo das liebe Haupt während des Schlafes in der Luft schwebend hin und hergebeutelt wird, oder allenfalls mit dem Kürbis eines Nachbar in Berührung kommt. Diß zog mir enormeß Kopfweh zu. Zudem ging ein Damm auf der Bahn ein, deßhalb wurde schon gewartet, sehr langsam gefahren und etwas vor Lundenburg aufgehalten wo wir im Regen ausstiegen und erst nachdem wir eine Viertelstunde im Regen herumgegangen kam ein neuer Train der uns naß und von Kälte durchgebeutelt aufnahm."[9]

Ab dem 1. November 1848 konnte man mit Umsteigen, aber nun ohne Unterbrechung, von Wien nach Berlin fahren. In den folgenden Jahren ergänzten weitere Linien das Netz der KFNB. 1856 war der nördliche Endpunkt Bochnia erreicht. Im gleichen Jahr begann wegen des stark gestiegenen Verkehrsaufkommens der zweigleisige Ausbau der Strecke, der sich bis 1906 hinzog. Seit 1861 fuhren Schnellzüge auf der KFNB mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 45 Stundenkilometern, die sich bis 1890 auf 90 Stundenkilometer steigerte. Auch die Zugdichte nahm stetig zu.

Im Jahre 1900 fuhren durch den mährischen Knotenpunkt Prerau (Přerov) täglich 50 Reise- und über 110 Güterzüge. Hauptanteil am Güterverkehr hatten die Kohlenzüge aus dem mährisch-schlesischen Kohlerevier; allein aus Mährisch-Ostrau kamen täglich bis zu 6.000 Güterwaggons. Außerdem wurde in großen Mengen Erdöl aus Galizien transportiert, denn Österreich-Ungarn war zwischen 1874 und 1910 der drittgrößte Erdölproduzent der Welt (nach den USA und Russland).

Als Teil der europäischen Nord-Süd-Verkehrsachse diente die Strecke der KFNB aber auch dem internationalen Personenreiseverkehr. Um 1900 fuhr zweimal wöchentlich der „St. Petersburg-Warschau-Wien-Nizza-Cannes-Express", der russische Adlige und wohlhabende Bürger zu ihren Winterdomizilen an die französische und italienische

[9] Franz Grillparzer: Sämtliche Werke. Hrsg. v. August Sauer. Abt. II, Bd. 11. Wien 1924, Nr. 3961-3964, S. 161 f.

Riviera brachte. Dieser Zug war fast so berühmt wie der legendäre „Orientexpress“ und wie dieser mit allem erdenklichen Luxus ausgestattet. Die „kleinen Leute“ konnten davon nur träumen. Sie fuhren meist in der (Vierten) „Stehklasse“. Um 1900 war die KFNB für viele Menschen die Verbindungsader aus der Provinz in die Metropole Wien. Manchmal führte der Weg aber auch in die umgekehrte Richtung, wie etwa bei dem jungen Schauspieler Johann Julier, der 1897 aus Wien nach Friedek-Mistek (Frýdek-Místek), an der Grenze zwischen Österreichisch-Schlesien und Mähren, reiste, um an der kleinen Provinzbühne eine Schauspielerkarriere zu beginnen; als Hans Moser (1880-1964) ging er in die Filmgeschichte ein.[10]

Weniger wirtschaftliche als vielmehr innenpolitische Gründe führten 1906 zur Verstaatlichung und Umbenennung der KFNB. Für die nun nur noch „Nordbahn“ genannte Linie wurde innerhalb der Staatseisenbahnverwaltung eine eigene Dienststelle mit der Bezeichnung „kk Nordbahndirektion“ geschaffen. Zu dieser Zeit war aus der ersten Dampfwagenlinie Österreichs eine leistungsfähige Verkehrsverbindung geworden, die zu den schnellsten und am dichtesten befahrenen Strecken der Monarchie zählte. Der Erste Weltkrieg beendete die stürmische Entwicklung abrupt.

In Krieg und Frieden

Erstmals war die KFNB schon während der Revolution 1848/49 in Mitleidenschaft gezogen worden, als die hölzernen Donaubrücken bei Wien verbrannten. Das gleiche Schicksal erlitten mehrere Brückenbauwerke im Grenzgebiet zu Preußen 1866. Im preußisch-österreichischen Krieg wurde die gesamte Nordarmee Österreichs über die KFNB transportiert: mehr als 250.000 Soldaten mit über 35.000 Pferden. Auf ihrem Rückzug sprengten österreichische Truppen überall im Streckenbereich Brücken und machten Gleise unbrauchbar.

Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde der Bahnverkehr auf militärische Nutzung umgestellt. Auf der Achse Wien-Krakau kam der zivile Personenverkehr fast völlig zum Erliegen. Unmittelbare Kriegseinwirkungen trafen die Nordbahn zwar nicht; um so härter wirkte sich

[10] Vgl. Willibald Eser: Hans Moser. „Habe die Ehre“. Sein Leben, seine Filme. Gütersloh 1981, S. 26.

die neue Grenzziehung nach 1918 aus. Von dem etwa 1.420 Kilometer umfassenden Streckennetz fielen 1.019 Kilometer an die Tschechoslowakei, 239 Kilometer an Polen; auf österreichischem Gebiet verliefen nur noch 161 Kilometer. Erschwerend kam hinzu, dass auch viele Eisenbahnknotenpunkte wie Lundenburg (Břeclav) jenseits der Grenzen von Restösterreich lagen und umständliche Pass- und Visaregelungen zwischen den neuen Staaten den Reiseverkehr hemmten. Gegenüber der Vorkriegszeit nahm nicht nur die Zahl der Züge auf der Nord-Süd-Achse, sondern auch deren Geschwindigkeit rapide ab. Verkehrten zwischen Wien und Lundenburg 1911 täglich 19 Zugpaare, so waren es 1921 – erst in diesem Jahr setzte wieder ein normaler Reiseverkehr ein – nur acht. Insgesamt verlagerte sich der Zugverkehr in Österreich und der Tschechoslowakei, bedingt durch die Kriegsfolgen, von der Nord-Süd- in die Ost-West-Richtung.

Während des Zweiten Weltkrieges wurde die alte Trasse der Nordbahn zum Schauplatz der grausamen Menschentransporte nach Auschwitz (Oświęcim). Der Ort, der zum Synonym für den Holocaust wurde, liegt unmittelbar an der Bahnlinie. Im Oktober 1944 verließ das Konzentrationslager ein Zug, der Menschen, die auf der berühmten Liste von Oskar Schindler (1908-1974) standen, ins mährische Brünnlitz (Brněnec) in Sicherheit brachte.[11]

Gegen Kriegsende wurden Teile des Streckennetzes zerstört. In Wien wurde das markante Bauwerk des Nordbahnhofs durch Bomben schwer beschädigt; auch die Donaubrücken fielen den Bomben zum Opfer. Während die Brücken wiedererstanden, wurde der Nordbahnhof vollkommen umgestaltet. Die Nordbahn führte ein Schattendasein. 1970 brauchte der Zugreisende von Wien nach Brünn länger als um 1900. In der Tschechoslowakei wurden in der Nachkriegszeit große Streckenteile elektrifiziert. Auch investierte man in die Modernisierung der Züge. Ein trauriges Ereignis aus jenen Jahren sei noch erwähnt: Am 24. Dezember 1953 ereignete sich unweit von Brünn das schwerste Unglück in der Geschichte der Nordbahn, als ein Zusammenstoß zweier Personenzüge 103 Menschenleben forderte. In den achtziger Jahren traf die Nordbahn dasselbe Schicksal wie zahlreiche Bahnlinien im übrigen Europa: Die Eisenbahn schien durch das Auto als Verkehrsmittel überholt zu sein; Teilstrecken wurden stillgelegt, weil sie unrentabel geworden waren.

[11] Vgl. Dieter Trautwein: Oskar Schindler, ... immer neue Geschichten. Begegnungen mit dem Retter von mehr als 1200 Juden. Frankfurt a. M. 2000, S. 8, 23.

Auch nach der Wende von 1989/90 wird dem Ausbau des Straßennetzes der Vorrang vor dem umweltverträglicheren Schienenverkehr gegeben. Lediglich die Pass- und Zollkontrollen sind innerhalb der EU entfallen, sodass der Reisende heute ungehindert von Wien nach Krakau fahren kann – allerdings nicht schneller als vor hundert Jahren, denn im Sommer 2006 benötigt die schnellste Zugverbindung zwischen diesen Städten sechs Stunden, genau so lange wie 1894. Ein Anschluss der alten Nordbahn an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz ist wohl in den nächsten Jahrzehnten nicht zu erwarten.[12] Dafür kann der Reisende des 21. Jahrhunderts, wenn er sich Zeit nimmt, wie vor 110 Jahren die zahlreichen Naturschönheiten und historischen Sehenswürdigkeiten entlang einer der ältesten Eisenbahnlinien Mitteleuropas genießen.

Natur, Kultur und Geschichte am Rande der Strecke

Große und kleine Geschichte(n) haben sich am Rande der KFNB abgespielt.[13] Der Bahnreisende des Jahres 1837 bestieg den Zug in Wien von einem kleinen provisorischen Bahnsteig. Erst 1839 wurde mit dem Bau

[12] Vgl. Interview mit dem österreichischen Vizekanzler und Verkehrsminister Hubert Gorbach über internationale Verkehrspolitik in der „Prager Zeitung", 30. März 2006, S. 14.

[13] Vgl. zum Folgenden die in Anm. 1 angegebene Literatur; außerdem Warmholz, Führer (wie Anm. 4); Handbuch der historischen Stätten; Österreich. Bd. 1 Hrsg. v. Karl Lechner. Stuttgart 1970 (Nachdr. 1985); Handbuch der historischen Stätten: Böhmen und Mähren. Hrsg. v. Joachim Bahlcke, Winfried Eberhard u. Miloslav Polívka. Stuttgart 1998.

eines größeren Gebäudes begonnen. Die laufenden Erweiterungsbauten für die KFNB im Bereich der Hauptstadt gipfelten in zwei Großbauten, dem 1858-1865 in maurisch-romanischen Formen errichteten Nordbahnhof und der neuen Nordbahnbrücke über die Donau mit einer Länge von über 800 Metern.

Jenseits der Donau wendet sich die Strecke nordöstlich Richtung Mähren durch das Schwemmlandgebiet der unteren March (Morava). Bei dem Dorf Aspern gelang es den österreichischen Truppen unter Erzherzog Karl am 21./22. Mai 1809, das französische Heer unter der Führung Napoleons zu schlagen. Wenige Kilometer weiter, bei Deutsch-Wagram, machte Napoleon die erste große Niederlage seiner Feldherrnkarriere durch einen Sieg über die Österreicher am 5./6. Juli 1809 wieder wett.

Weiter verläuft die Bahnlinie am Fluss March entlang und berührt bei Dürnkrut das eigentliche Marchfeld, Schauplatz der Schlacht zwischen den Heeren des deutschen Königs Rudolf von Habsburg und König Přemysl Ottokars II. von Böhmen am 26. August 1278. Der Sieg Rudolfs stand am Beginn des Aufstiegs der Habsburger zu einer Dynastie von europäischem Rang; Přemysl Ottokar hingegen fiel, lebt aber bis heute in der Erinnerung des tschechischen Volkes als einer seiner bedeutendsten Fürsten fort. Franz Grillparzer hat ihm mit dem Schauspiel „König Ottokars Glück und Ende“ ein literarisches Denkmal gesetzt.

Der nächste größere Ort an der Strecke ist Lundenburg (Břeclav), von wo eine 1839 eröffnete Stichbahn zur mährischen Hauptstadt Brünn abzweigt. Bei Lundenburg überquert die Bahn die Thaya, die teilweise die Grenze zwischen Niederösterreich und Mähren bildet. Ihr kaum regulierter Lauf führte im 19. Jahrhundert immer wieder zu Überschwemmungen, weshalb die Bahntrasse über ein System von dreizehn kleineren Brücken gelegt werden musste. Die Hauptstrecke verläuft weiter Richtung Nordosten durch das südmährische Weinland, über die March hinweg nach Prerau, das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem der größten Eisenbahnknotenpunkte Österreich-Ungarns ausgebaut wurde. Kurz vor Prerau (Přerov), in der Haná-Ebene, der Kornkammer Mährens, mündet eine Stichbahn von Kremsier (Kroměříž) ein. In jenem Ort versammelte sich im November 1848 der aus dem revolutionären Wien geflohene österreichische Reichstag und erarbeitete einen Verfassungsentwurf, der eine föderale, die verschiedenen nationalen Interessen stärker berücksichtigende Umgestaltung der Habsburgermonarchie vorsah. Bekanntlich blieb es bei dem Entwurf –

die Geschichte ist anders verlaufen. 1885 trafen sich in Kremsier – sie reisten über die KFNB an – Kaiser Franz Joseph I. und Zar Alexander III. zu einem Staatsbesuch. Die dabei ausgetauschten Höflichkeiten konnten jedoch nicht über die wachsenden Spannungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland hinweg täuschen.[14] Kremsier, „Athen der Haná-Region" genannt, war auch über Jahrhunderte die Sommerresidenz der Erzbischöfe von Olmütz. Ihr Schloss zählt seit 1998 zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Prerau, dessen großzügige Bahnhofsanlage bis heute an die Zeit der habsburgischen Monarchie erinnert, konnte bereits auf eine lange Geschichte zurück blicken, ehe es zum Schnittpunkt zwischen der KFNB und den Linien nach Prag, Olmütz und Brünn bestimmt wurde. Hier liegt eine der größten archäologischen Fundstätten der Mammutjägerkultur in Mitteleuropa. Später war die mährische Stadt ein geistig-religiöses Zentrum. Aus ihr stammt der 1374 in Avignon verstorbene Jan von Milíč, ein streitbarer Theologe, der manche Gedanken von Jan Hus vorwegnahm. Im 15. Jahrhundert war Prerau eine Hochburg der ‚Böhmischen Brüder'. Jan Blahoslav (1523-1571), ebenfalls aus Prerau gebürtig, übersetzte das Neue Testament ins Tschechische. Der Theologe und Pädagoge Jan Amos Komenský (Comenius, 1592-1670) besuchte in Prerau von 1608 bis 1611 die Lateinschule und war nach dem Studium in Heidelberg dort von 1614 bis 1617 als Lehrer tätig. Prerau ist auch der Geburtsort der Hamburger Theaterprinzipalin und Schauspielerin Ida Ehre (1900-1989).

Hinter Leipnik (Lipník nad Bečvou) überquert die KFNB in der „Mährischen Pforte" auf ca. 293 Meter Höhe die zentraleuropäische Wasserscheide zwischen Oder und Donau, Ostsee und Schwarzem Meer. In jenem Streckenbereich befand sich der einzige Tunnel mit einer Länge von 258 Metern. Einem nie bestätigten Gerücht zufolge wurde der technisch nicht erforderliche Tunnel auf ausdrücklichen Wunsch von Kaiser Ferdinand I. gebaut. Jenseits der Wasserscheide wird die Landschaft wieder flacher. Die KFNB verläuft ein Stück weit entlang der ‚Bernsteinstraße', passiert Mährisch-Weißkirchen (Hranice) – wo im 19. Jahrhundert die berühmten Thonet-Kaffeehausstühle hergestellt wurden und seit 1858 eine im Habsburgerreich hoch angesehene Militäraka-

[14] Siehe auch Franz Herre: Kaiser Franz Joseph von Österreich. Sein Leben – seine Zeit. München 1983, S. 303 f.; Brigitte Hamann: Elisabeth. Kaiserin wider Willen. München, Zürich 1998, S. 522 f.

demie bestand, die u. a. die Schriftsteller Robert Musil und Rainer Maria Rilke besuchten und die ein Schauplatz in Joseph Roths Roman „Der Radetzkymarsch“ ist – und erreicht dann das Tal der noch schmalen Oder.

An einer Nebenstrecke liegt die Stadt Freiberg (Příbor), wo vor 150 Jahren der berühmte Psychoanalytiker Sigmund Freud (1856-1939) geboren wurde, der trotz der frühen Übersiedlung der Familie nach Wien seiner Heimat ein Leben lang verbunden blieb.[15] Sein jüngerer Bruder Alexander (1866-1943), Professor an der Exportakademie in Wien und mit dem österreichischen Tarifwesen befasst, gab um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ein Eisenbahnstationsverzeichnis für Österreich-Ungarn heraus. Nicht weit von Freiberg liegt der kleine Ort Hochwald (Hukvaldy), wo der Komponist Leoš Janáček (1854-1928) das Licht der Welt erblickte.

Die KFNB fährt nun ins Herz des mährisch-schlesischen Kohlereviers, nach Mährisch-Ostrau (Ostrava). Die Stadt, 1847 mit der KFNB verbunden, entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Zentrum der österreichischen Schwerindustrie. Bei Oderberg (Bohumín) findet der Reisende Anschluss nach Annaberg (Góra Świętej Anny) in Oberschlesien. Die Bahnlinie überquert weiter östlich die Biala, den Grenzfluss zwischen Österreichisch-Schlesien und Galizien, und verläuft nun auf polnischem Gebiet. An einer Nebenstrecke (Krakau - Zakopane) liegt Sucha (Sucha Beskidzka), wo der berühmte Filmregisseur Billy (Samuel) Wilder (1906-2002) geboren wurde; sein Vater betrieb an der Nordbahn und an der Bahnstrecke Krakau - Lemberg mehrere Bahnhofsgaststätten.[16] Karol Wojtyła, der spätere Papst Johannes

[15] „Ich bin das Kind von ursprünglich wohlhabenden Leuten, die, wie ich glaube, in jenem Provinznest behaglich genug gelebt hatten. Als ich ungefähr drei Jahre alt war, trat eine Katastrophe in dem Industriezweig ein, mit dem sich der Vater beschäftigte. Er verlor sein Vermögen, und wir verließen den Ort notgedrungen, um in eine große Stadt zu übersiedeln ... In der Stadt fühlte ich mich nie recht behaglich ... die Sehnsucht nach den schönen Wäldern der Heimat ... hat mich nie verlassen“ (Sigmund Freud: Über Deckerinnerungen. In: Ders.: Gesammelte Werke. Bd. 1. Frankfurt a. M., 3. Aufl. 1969, S. 529-554, hier S. 542 f.) Die „Katastrophe“, die die Familie zum Fortzug aus Freiberg zwang, war verursacht durch den Bau der KFNB, die Freiberg nicht direkt berührte und damit zum wirtschaftlichen Niedergang der mährischen Kleinstadt führte. Vgl. auch Josef Sajner: Sigmund Freuds Beziehungen zu seinem Geburtsort Freiberg (Příbor) und zu Mähren. In: Clio Medica 3 (1968), S. 167-180.

[16] Vgl. Andreas Hutter u. Klaus Kamolz: Billie Wilder. Eine europäische Karriere. Wien, Köln, Weimar 1998, bes. S. 13 f.

Paul II. (1920-2005), erblickte in Wadowice, das an einer Nebenstecke der Nordbahn gelegen ist, das Licht der Welt. Nach 413,4 Kilometern erreicht die KFNB Krakau, die alte polnische Hauptstadt. Nahe bei Krakau liegen die Salzbergwerke Wieliczka und Bochnia, wo bis 1998 Salz gewonnen wurde. Um 1885 begann man in der Saline von Wieliczka, das „weiße Gold" auch für Heilbehandlungen zu nutzen. Aus Bochnia stammte die gefeierte polnische Schauspielerin Helena Modrzejewska (1840-1909). Ebenfalls aus Bochnia gebürtig war der Journalist und Satiriker Gabriel Laub (1928-1998); sein Lebensweg – exemplarisch für das Schicksal vieler Bewohner dieser Region Ostmitteleuropas – führte den Juden aus Galizien über die Sowjetunion und Prag nach Hamburg.[17]

Auf unserer Fahrt mit der KFNB konnten wir nur einige wenige Sehenswürdigkeiten und historische Begebenheiten streifen. Sollten Sie, liebe Leser, durch diesen Beitrag Lust bekommen haben, selbst auf Entdeckungsreise entlang der ersten Eisenbahnlinie des alten Österreich zu gehen, so stehen Ihnen dazu wieder regelmäßige Zugverbindungen zur Verfügung.[18] Vielleicht erleben Sie dann Reiselust und Reiselast ähnlich wie die vielen Menschen, die auf der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn unterwegs waren, seit diese vor etwa 170 Jahren in Betrieb ging.

[17] Vgl. Munzinger-Archiv (online) 20/1998 vom 4. Mai 1998.

[18] In den Sommermonaten verkehrt einmal täglich ein durchgehender EuroCity über die Trasse der alten KFNB von Wien nach Krakau, der ca. sechs Stunden Fahrtzeit benötigt. Andere Verbindungen mit bis zu vierfachem Umsteigen brauchen bis zu acht Stunden; vgl. Homepage der Österreichischen Bundesbahnen (http://www.oebb.at), Fahrplanauskunft.

Michael Albus

Es war einmal ... Der Orient-Express

Vom Versuch, die alte Strecke nachzufahren

Kein Zweifel: Der Name ‚Orient-Express' weckt mancherlei Gefühle. Nostalgie ist mit im Spiel: der Geruch von Kohledampf, das Rattern der Wagenräder über die Schienen, Feinschmeckermenüs mit fünf Gängen in den Speisewagen, komfortable Nächte in den Schlafwagen, überfüllte Abteile zu den Gastarbeiterzeiten, Luxus, Abenteuer, Politik, viel Krieg, wenig Frieden – Bilder zum Thema: Menschen unterwegs in Europa.

Werner Sölch hat alles über den märchenhaften Zug in einem informativen Buch mit zahlreichen Bildern auf das Genaueste zusammengetragen („Orient-Express. Glanzzeit, Niedergang und Wiedergeburt eines Luxuszuges". Düsseldorf 1998). Komplex, kompliziert ist die Geschichte dieses Zuges, in ihren zahlreichen Verästelungen – nicht nur der Streckenverläufe – kaum zu überblicken.

Ein paar Daten

- 1884, 4. Oktober: Eröffnungsfahrt des Orient-Express. Zweimal wöchentlich verkehrt er auf der Strecke: Paris - Straßburg - München - Simbach - Wien - Preßburg - Budapest - Szeged - Orschowa - Piteschti - Bukarest - Giurgiu, mit Anschluss an die Orientbahn Ruse - Varna und an den Österreichischen Lloyd Varna - Konstantinopel.
- 1914: Unterbrechung der Luxuszüge durch den Ersten Weltkrieg.
- 1938: Wegen der Sudetenkrise zeitweilig unterbrochen; während des Zweiten Weltkrieges zahlreiche Streckenänderungen und Umwidmungen in Militärzüge.
- 1946: Wiedereinführung des Orient-Express, jetzt auch mit Sitzwagen. – In den Jahren darauf werden verschiedene Streckenverläufe in Europa miteinander kombiniert, dann wieder getrennt.

Der Verfasser ist Mitglied der Redaktion dieser Zeitschrift.

- 1965: Einführung des Istanbul-Express München - Istanbul, später zeitweilig in Verbindung mit dem Hellas-Istanbul-Express. Es ist die Zeit der überfüllten Gastarbeiterzüge.
- 1976: Einführung von Luxus-Sonderzügen, später Nostalgie-Istanbul - Orient-Express (NIOE).

In den Jahren nach 1980 wird spürbar, dass der wachsende innereuropäische Luftverkehr dem Schienenverkehr den Rang abläuft, aus Zeitgründen vor allem, später auch aus Kostengründen. Nicht zu unterschätzen ist auch der wachsende Autoverkehr. Seit 1994 dominieren Autoreisezüge auf den verschiedenen Streckenverläufen.

Danach verliert sich der Zug ins Niemandsland der Einzelstreckenfahrpläne. So endet das, was 1883 in Paris begann und was Detlev von Liliencron (1844-1909) in seinem Gedicht „Blitzzug" so beschrieb:

Quer durch Europa
von Westen nach Osten
Rüttert und rattert die Bahnmelodie
Gilt es die Schnelligkeit schneller zu kosten?
Kommt er zu spät an im Himmelslogis?
Fortfortfort fortfortfort drehn sich die Räder
Rasend dahin auf dem Schienengeäder,
Rauch ist der Bestie verschwindender Schweif,
Schaffnerpfiff, Lokomotivengepfeif ...

Cognac in Fässern – Trüffel aus Paris

Die Reisezeit von Paris nach Konstantinopel betrug im Juni 1883 81 Stunden und 40 Minuten.

In den ersten Luxuszügen mussten noch Gepäckwagen mitgeführt werden, um die Garderoben der reichen Reisenden für Redouten, Bälle, Picknicks, Promenaden und Exkursionen zu befördern. Die Schlafwagen und die Speisewagen waren „vom Feinsten" eingerichtet. Die Gepäckwagen beförderten Luxusgüter. Paul Morand schreibt in seinem Buch „Bucarest": *Die Junggesellen von Bukarest trösteten sich mit der Erinnerung an die Zeit, als sie feine Diners gaben, als sie Cognac in Fässern empfingen und als die Trüffel aus Paris im Orient-Express ankamen.*

Eine solche Reise konnte nur machen, wer sehr viel Geld hatte. Der

Orient-Express war zu dieser Zeit ein wahrhaftiger Kapitalistenzug, das kann man heute mit Fug und Recht sagen.

In den Gastarbeiterzeiten sah das alles ganz anders aus. Kinderreiche Familien breiteten sich in den Abteilen aus, der Geruch von Käse und Knoblauch wehte durch Gänge und Abteile. Für verwöhnte Nasen und Geschmäcker war das unerträglich. Aber die konnten ja auf die von Zeit zu Zeit verkehrenden Nostalgie-Luxus-Züge ausweichen.

Es war einmal ... So fangen alle Märchen an und so enden sie.

Und heute? Protokoll eines Versuchs

Der Versuch, eine der alten Hauptstrecken des Orient-Express im Jahre 2006 nachzureisen, nahm einen überraschenden Verlauf, der hier in kurzen Sätzen festgehalten wird. Er war nicht frei von Überraschungen, Ungereimtheiten und seltsamen bis komischen Erfahrungen. Und er war eine kleine Lektion über ein Europa, das angeblich zusammenwächst. Manchmal habe ich mich gefragt, ob da etwas zusammenwachsen soll, was nicht zusammengehört.

Tag 1

Drei Wochen vor dem geplanten Reiseantritt gehe ich in ein kleines, aber effizient arbeitendes Reisebüro und teile meinen Reisewunsch mit. Eine Minute danach habe ich den Ausdruck der täglichen (!) Verbindung von Mainz nach Istanbul über Wien und Sofia. Fahrtzeit 43 Stunden und 45 Minuten; ab Wien wegen Schlafwagen reservierungspflichtig; längere Aufenthalte auf Bahnhöfen, an denen die Kurswagen umgehängt und an Züge mit anderen Verlaufsnummern angekoppelt werden. Die Kosten der Fahrt sind auch schnell ermittelt: 308,60 Euro. Je nach Wahl der Klasse kann sie noch um einiges teurer werden.

Schwierigkeiten zeichnen sich ab bei der Reservierung von Sofia nach Istanbul. Aber ohne die geht es ja nicht. Die freundliche geduldige Dame im Reisebüro verspricht nach einigen Telefonaten mit der Bahnagentur, sich verstärkt um die Sache zu kümmern, meint aber jetzt schon, ich solle es doch einmal direkt am Mainzer Hauptbahnhof versuchen. Gleichzeitig muss ich noch – aus Zeitgründen – eine Flugrückreise von Istanbul nach Frankfurt buchen. Auch das war nicht ganz einfach, weil „one-way"-Flüge sehr teuer sind. Am besten, so erfahre ich, bucht man einen Hin- und Rückflug und lässt den Rückflug verfallen; das ist um die Hälfte billiger als der Flug in nur eine Richtung.

Tag 2

Nach einigen Telefonaten mit dem Reisebüro in der Zwischenzeit, die aber nichts Neues ergeben, gehe ich wieder hin. Es ist jetzt klar: Eine Buchung bzw. Reservierung von Sofia nach Istanbul ist, wenn überhaupt, nur unter zeitraubenden Schwierigkeiten möglich. Die Frage ist schlicht und ergreifend: Was mache ich, wenn ich Sofia erreicht habe? Eine mir gut bekannte Bulgarin, die ich darauf anspreche, sagt nur: „Vorsicht am Bahnhof in Sofia, schrecklich viele Räuber!"

Die Dame im Reisebüro kann also nur bis Sofia buchen. Aber was soll ich damit? Noch einmal empfiehlt sie mir, den Mainzer Hauptbahnhof aufzusuchen.

Tag 3

Rosenmontag, Mainz Hbf. Ich muss nicht warten wie sonst, weil alles, was Beine hat, in der Stadt ist. An den drei geöffneten Schaltern sehe ich verkleidete Männer. Ich komme zu einem, der mir im Gewand eines chinesischen Mandarins gegenüber sitzt und ausgesprochen freundlich ist. Als ich das Reiseziel Istanbul nenne, schaut er mich entgeistert an und sagt in Mainzer Dialekt: „Ei was wolle Sie denn do? Flie'sche Se doch!" Als ich ihm sage, warum ich mit der Bahn fahren muss, antwortet er: „Ei des is was anneres. Des mache mir doch!" Und druckt mir den Reiseverlauf aus, den ich schon am Reisebüro erhalten habe. Nur die Ankunftszeiten in Sofia sind anders – aber mit demselben Zug. Einen Grund dafür kann er mir nicht nennen. Auch er kommt nur bis Sofia und bucht und reserviert bis dorthin. Dann wendet er sich an seine Kollegen an den anderen Schaltern mit der Frage: „Wo habbe mir denn Bulgarie?" Die eilen herbei und beklagen, dass das Land seit der letzten Umstellung im Rechner nicht mehr auffindbar sei. Der Mandarin gibt aber nicht auf – und beschafft mir doch tatsächlich im Verlauf einer guten halben Stunde eine Fahrkarte, jedoch ohne die notwendige Reservierung, von Sofia nach Istanbul.

Zwischendurch sagt er mir, dass ich eine Reservierung schriftlich bestellen könne. Ich müsste dann einen Brief an eine ihm noch nicht bekannte Adresse nach Sofia schicken, dort würde mein Antrag bearbeitet und zurückgeschickt – mit der Post. Dauer: etwa drei Wochen. „Annerster geht des nit, weil die Bulgare aus de Elektronik ausgestiesche sin!" „Und des in Eiroba!" fügt er hinzu. Er sagt: „Wenn Sie in Sofia ankomme, dann steht do schon der Zug uff'eme annere Gleis. Dann gehe Sie einfach hin un steische ei', irschendwie werde Se scho mitkomme. Angst

brauche Se auch nicht habbe, weil die Mafia ja in die annere Rischtung fährt!“ Und lacht dabei. Der Beamte vom andern Schalter erzählt mir derweil von seinem lang gehegten Wunsch, von Mainz nach Peking zu fahren. Aber das sei ihm zu teuer.

Ich erhalte dann für 309 Euro und 25 Cent einen ganzen Packen von Fahrkarten, denn für jede Teilstrecke muss eine eigene Fahrkarte ausgestellt werden. Auf diese Weise erfahre ich auch, wo überall Aufenthalte und Zugumstellungen sind. Mit einem nicht ganz donnernden „Helau!“ werde ich verabschiedet. Dann rufe ich im Reisebüro an, das an diesem Tag geschlossen hat, und kündige auf dem Anrufbeantworter mein Kommen für morgen an.

Tag 4

In der Zwischenzeit hat das Reisebüro auch schon über die Bahnagentur mit der Reservierung begonnen, ist aber faktisch auch nicht weitergekommen wie ich in Mainz am Hauptbahnhof. Der Angestellte dort rät ab zu fahren, weil das zu riskant sei. Die Dame im Reisebüro sagt dann noch: „Wir könnten jetzt natürlich in Sofia am Bahnhof anrufen, aber bei wem? Und dann kann ich kein Bulgarisch.“ Ich sage ihr Dank für die Mühe, die sie sich gemacht hat, und verspreche, sie nach Rücksprache mit der Redaktion über meine Entscheidung zu informieren. Sie ermahnt mich noch, das schnell zu tun, weil sonst der Flug verfalle. Die vorläufige Reservierung vor ein paar Tagen ist nur deswegen nicht erfolgt, weil sich jemand in der Kennnummer meiner Kreditkarte verschrieben hat.

Freundlicherweise gibt mir die Dame im Reisebüro noch Adresse und Telefonnummer des Bulgarischen Fremdenverkehrsamtes in Frankfurt. Dort teilt mir ein Anrufbeantworter mit schläfriger Frauenstimme mit, dass derzeit das Büro geschlossen sei, ich aber per Fax meine Fragen stellen könne. Einen Brief – mit ausreichendem Rückporto – könne ich auch schreiben. Wann wieder geöffnet ist, erfahre ich nicht.

Schließlich entscheide ich mich, nicht zu fahren. In der Abwägung war auch ausschlaggebend, dass zwei wichtige Streckenabschnitte nur bei Nacht befahren werden, ich also nichts sehen würde. Das teile ich der Dame im Reisebüro mit, die sichtlich erleichtert ist, dass der Marathonversuch nun beendet ist.

Der letzte Akt spielt sich dann wieder auf dem Hauptbahnhof in Mainz ab. Es ist Fastnachtsdienstag und die Schalterbeamtinnen und Schalterbeamten sind immer noch verkleidet. Diesmal gerate ich an einen freundlichen als Stadtstreicher verkleideten Herrn. Er denkt nach,

drückt viele Knöpfe auf seinem Rechner, dann streicht er jede Teilfahrkarte mit einem Kugelschreiber kreuz und quer durch, heftet sie auf ein weißes Blatt Papier und legt sie in einem Korb ab.

Ich muss keine 15,- Euro Stornierungsgebühr zahlen und bekomme die 309,25 Euro bar zurückgezahlt. Dazu muss die Schalternachbarin helfen – sie ist als Bergmann verkleidet –, weil der Stadtstreicher noch nicht genügend Geld in seiner Schalterkasse hat. Sein Kommentar zum Schluss: „Ja, da redde se all von Eiroba, die Bollidiger, fliesche hin un her, wisse abber nit wie's werklisch is!"

Mir fällt ein, dass in der Woche zuvor der bulgarische Ministerpräsident zu Besuch bei Frau Merkel in Berlin war und im Blick auf den Beitritt seines Landes zur Europäischen Union versichert hat, dass Bulgarien alles tun werde, damit es in den Kreis der Mitglieder aufgenommen wird. Ein paar Tage später lese ich noch folgende dpa-Meldung:

Bundespräsident Köhler und der Präsident der Tschechischen Republik, Václav Klaus, haben am Dienstag beklagt, es gebe eine Kluft „zwischen dem, was das politische Europa sagt und tut, und dem, wie es beim Bürger ankommt". Das sagte Köhler nach einem Treffen mit Klaus im sächsischen Pirna. Nach den Worten Köhlers brauchen die Bürger klare Antworten und Orientierungen. Europa brauche eine „wirkliche Debatte", sagte Klaus.

Das war der Versuch, per Bahn von Mainz nach Istanbul zu kommen. Bis zur Einsicht, das der Versuch zum Scheitern verurteilt ist, habe ich rund eine Woche gebraucht, habe viel telefoniert und bin zwischen Ingelheim, wo das Reisebüro ist, und dem Mainzer Hauptbahnhof rund 80 Kilometer mit dem Auto gefahren.

Vor 123 Jahren fuhr der erste Orientexpress. Es war einmal?

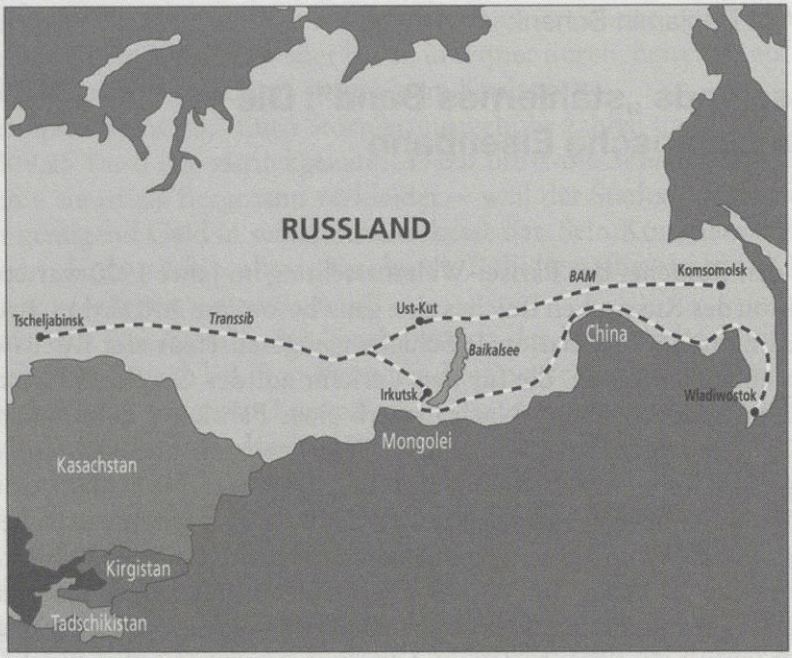
Frithjof Benjamin Schenk

Russlands „stählernes Band“: Die Transsibirische Eisenbahn

Auf den Besucher der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 wartete im Pavillon des Russischen Reiches eine ganz besondere Attraktion. In dem Palast hatte die Internationale Schlafwagengesellschaft vier Luxuswaggons aufstellen lassen, die für den Verkehr auf der Großen Sibirischen Bahn vorgesehen waren. Nach Erwerb einer Fahrkarte konnte man in einem der beiden Restaurantwagen Platz nehmen und sich auf eine imaginäre Reise durch Raum und Zeit begeben. Nach dem dritten Läuten der Stationsglocke setzte sich der edle Zug scheinbar in Bewegung. Vor den Fenstern zog gemächlich die weite Landschaft Sibiriens vorbei, die Künstler der Pariser Oper auf ein gewaltiges Panoramagemälde gebannt hatten. Vier verschiedene Ebenen des Kunstwerkes, die sich in unterschiedlichem Tempo bewegten, sorgten für die perfekte Illusion. Nach einer dreiviertel Stunde „Fahrt“ entstiegen die Reisenden dem prachtvollen Waggon und wurden auf dem Bahnsteig von Beamten in chinesischer Tracht in „Peking“ willkommen geheißen.

Die Phantasiereise von Moskau nach Peking in 45 Minuten war ein gewaltiger Publikumserfolg. In der Attraktion schienen sich die hoffnungsvollen Erwartungen der Menschen an das noch junge 20. Jahrhundert wie in einem Brennspiegel zu bündeln. Die Inszenierung kündete vom Sieg über Raum und Zeit in naher Zukunft. Der Schienenstrang der Großen Sibirischen Bahn schloss eine bedeutsame Lücke im Netz der globalen Verkehrswege und versprach eine weitere Intensivierung des damals vielfach beschworenen „Weltverkehrs“. Noch war der Bau des über neuntausend Kilometer langen durchgehenden Schienenstranges von Moskau nach China jedoch nicht abgeschlossen. Entlang des Streckenabschnittes der Bahnlinie durch die Mandschurei tobten vielmehr im Jahre der Pariser Weltausstellung erbitterte Kämpfe zwischen

Dr. Frithjof Benjamin Schenk studierte Osteuropäische Geschichte, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Marburg, St. Petersburg und Berlin. Seit 2003 ist er als Assistent am Historischen Seminar der Universität München tätig.



aufständischen chinesischen „Faustkämpfern" (Boxern) und den herbeigerufenen Interventionstruppen des Zarenreiches.

Dennoch zeigte der große Aufwand, mit dem die russische Reichsregierung in Paris für die transkontinentale Bahn warb, seine Wirkung. Während zwei Jahre zuvor die Internationale Schlafwagengesellschaft noch ohne nennenswerte Resonanz für eine Reise auf einem bereits fertig gestellten Teilstück der Sibirischen Bahn geworben hatte, lösten die ersten ausländischen Touristen Fahrkarten für die Reise in den Fernen Osten. Bald erschienen Reiseberichte in westlichen Sprachen, die von der Überwindung des Raumes, vom Komfort der Luxuszüge und von der Weite Sibiriens schwärmten. Der Mythos der Transsibirischen Eisenbahn (Transsib) war geboren.

Die Anfänge des Projektes, Sibirien mit dem europäischen Russland durch einen Schienenstrang zu verbinden, reichen bis in die fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück. Vor dem Krimkrieg (1853-1856) schreckte die Reichsregierung noch weitgehend vor den hohen Kosten des Eisenbahnbaus zurück und vertraute weiter auf die traditionellen Formen des Binnentransports zu Wasser und zu Lande. Nur zwischen St. Petersburg und Moskau existierte seit 1851 eine nennenswerte innerrussische Schienenverbindung. Die bittere Niederlage der Zarenarmee

auf eigenem Territorium, die nicht zuletzt eine Folge der gewaltigen logistischen Probleme während des Krimkrieges war, führte zu einem radikalen Umdenken in der russischen Verkehrspolitik. Zunächst konzentrierten sich diese Überlegungen jedoch auf das europäische Russland. Bald wurden allerdings Stimmen laut, die auch eine Anbindung Sibiriens an das wachsende russische Schienennetz forderten. Sibirien, das zarentreue Kosaken im 16. Jahrhundert der russischen Krone unterworfen hatten, galt aufgrund seiner extremen Klimabedingungen, seiner dünnen Besiedelung und seines Reichtums an Land und Bodenschätzen als Russlands „wilder Osten". Die Praxis der Zarenregierung, Strafgefangene und politisch missliebige Personen zu Zwangsarbeit und Verbannung jenseits des Urals zu verschicken, trug zur Verfestigung des Bildes von Sibirien als „Reich der Kälte" bei.

Legendär war auch Sibiriens Unwegsamkeit. Zwar hatte der russische Staat im 18. Jahrhundert mit dem Straßenbau begonnen, doch setzte das raue Klima des Landes diesem Unterfangen Grenzen. Während der Schneeschmelze verwandelten sich die unbefestigten Wege alljährlich in unpassierbare Schlammpisten. Die Flüsse, die eine zentrale Rolle beim Gütertransport spielten, waren im Winter zugefroren und für Schiffe unpassierbar. Auch Russlands Pazifikhafen mit dem programmatischen Namen „Beherrsche den Osten" (Wladiwostok) war im Winter für drei Monate zugefroren und so regelmäßig von der Kommunikation mit dem europäischen Zentrum abgeschnitten.

Die schlechte Verkehrsanbindung der östlichen Peripherie des Reiches wurde von der herrschenden Elite in St. Petersburg in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts zunehmend als politisches und strategisches Problem wahrgenommen. Im Fernen Osten hatte sich der Wettlauf der europäischen Großmächte um Einfluss, Land und Macht verschärft. Für einen möglichen Krieg gegen England oder China in Fernost war Russland denkbar schlecht vorbereitet. Die Sicherheit der eigenen Besitzungen an der Pazifikküste konnte nur mit Hilfe einer transkontinentalen Bahnlinie gewährleistet werden. Auch hoffte man, separatistische Bestrebungen zur Abspaltung der „Kolonie" Sibirien vom russischen Mutterland nach dem Vorbild der USA von England durch den Eisenbahnbau unterdrücken zu können. Eine wichtige Rolle sollten in diesem Projekt russische Kolonisten spielen, die man mit Hilfe der Bahn in großer Zahl aus den übervölkerten Teilen des Reiches in den fruchtbaren Gegenden Sibiriens ansiedeln wollte.

Die Pläne des Verkehrsministeriums für den Bau einer transkonti-

nentalen Bahn nach Sibirien stießen jedoch lange Zeit auf den erbitterten Widerstand aus dem Finanzressort. Dass ein Verkehrsprojekt von so großer strategischer und politischer Bedeutung aus der Staatskasse finanziert werden müsse, galt als Konsens innerhalb der Administration. Nach dem kostspieligen Krieg gegen das Osmanische Reich 1877/78 war die Situation der russischen Staatsfinanzen allerdings äußerst angespannt. Von einer Investition der Reichsregierung im Umfang von mehreren hundert Millionen Rubel in ein sibirisches Eisenbahnprojekt mit ungewissem ökonomischem Nutzen rieten die Verwalter der Staatsfinanzen deshalb vehement ab. Als jedoch 1886 die Generalgouverneure von Irkutsk und des Amurgebietes eindringlich vor der weiteren Vernachlässigung ihrer Provinzen durch das Zentrum sowie vor einem wachsenden Einfluss Chinas in der Region warnten und erneut auf die strategische Bedeutung einer Anbindung durch einen transkontinentalen Schienenstrang hinwiesen, entschied Zar Alexander III., dass es nun „höchste Zeit" sei, das Projekt der Großen Sibirischen Bahn in Angriff zu nehmen.

Bis zum ersten Spatenstich auf der bald längsten Baustelle der Welt sollten jedoch noch weitere fünf Jahre vergehen. In dieser Zeit wurden die Beratungen über den Verlauf der Strecke in verschiedenen Planungskomitees fortgesetzt und Erkundungen im Terrain unternommen. Als am 31. Mai 1891 der Zarewitsch Nikolaus die Bauarbeiten an der Großen Sibirischen Bahn in Wladiwostok feierlich eröffnete, war Westsibirien bereits durch die Bahnlinie von Sysran an der Wolga nach Tscheljabinsk an das russische Schienennetz angebunden. Aus diesem Grunde wurden die sibirische Stadt am Fuße des Uralgebirges als der westliche und Wladiwostok als der östliche Endpunkt der neu zu errichtenden Großen Sibirischen Bahn festgelegt.

Der Bau der über 8.000 Kilometer langen Strecke erfolgte weitgehend zeitgleich auf sechs Abschnitten. Die westsibirische Sektion von Tscheljabinsk bis an den Fluss Ob konnte bereits im August 1895 in Betrieb genommen werden. Die Einweihung des mittelsibirischen Segments bis zur Stadt Irkutsk erfolgte im Sommer 1898. Zwei Jahre später wurde das westliche Ufer des Baikalsees mit der Eisenbahn erreicht. Im Frühjahr 1900 war auch der Streckenabschnitt vom östlichen Ufer des Baikalsees bis nach Sretensk betriebsbereit. Der Bau der Gürtelbahn am südlichen Ufer des Baikals wurde zunächst aufgrund des schwierigen Terrains und der zahlreichen und kostspieligen Bauten, die der Streckenverlauf erforderte, verschoben. Als provisorische Lösung zur Überquerung der ge-

waltigen Wasserfläche nahm man zwei Transportschiffe in Betrieb, die bei Frost auch als Eisbrecher eingesetzt werden konnten. Auch die Strecke von Sretensk nach Chabarowsk musste zunächst auf dem Wasserweg der Flüsse Schilka und Amur überwunden werden, da der Bau der Amurbahn zunächst als zu teuer und zu aufwändig erschien. In Chabarowsk konnte Reisende jedoch ab 1897 die Züge der Ussuri-Bahn bis Wladiwostok nutzen.

Somit war im Jahr der Pariser Weltausstellung der russische Pazifikhafen Wladiwostok bereits mit der Eisenbahn und zwei Schiffspassagen erreichbar. Fasziniert von der Idee einer Landreise quer durch Sibirien und beseelt von dem Plan, als erste englische Lady auf der transkontinentalen Bahn zu fahren, bestieg Annette Meakin im Mai 1900 in Moskau den Luxuszug der Internationalen Schlafwagengesellschaft in Richtung Osten. In ihrem Reisebericht „A Ribbon of Iron", der 1901 veröffentlicht wurde, preist sie den Komfort des Luxuszuges in höchsten Tönen: „Time passes very pleasantly on such a train", stellt sie zufrieden fest. Das geringe Reisetempo von sechzehn Meilen pro Stunde schone die Nerven, ein Klavier sowie eine kleine Bibliothek im Salonwagen böten Unterhaltung und Zerstreuung auf der langen Reise. Der Speisewagen, der mit Porträts des Kaisers und seiner Gemahlin sowie mit frischen Blumen geschmückt war, hatte in ihren Augen eine „homelike appearance".[1] Auf diese Art ließ sich das „Reich der Kälte" wahrlich bequem bereisen.

Auch wenn die Zarenregierung auf der Länderschau in Paris mit gewaltigem Aufwand für die Große Sibirische Bahn geworben hatte, so zählten Luxusreisende wie Annette Meakin natürlich nicht zur primären Zielgruppe des gewaltigen Unternehmens. In erster Linie sollte die Bahn handfesten politischen, militärischen und ökonomischen Interessen dienen. Mit Blick auf die erhoffte wirtschaftliche Anziehungskraft der transkontinentalen Bahn waren jedoch Reiseberichte, die dem westlichen Publikum begeistert Sibirien und dessen Reichtümer offen legten, durchaus im Interesse der Zarenregierung. Schilderungen dieser Art trugen zu einem Imagewandel der Region bei, die im Westen immer häufiger als ein „Land der Zukunft" und als ein (zweites) Reich der unbegrenzten Möglichkeiten beschrieben wurde. Letztendlich zielte die umfangreiche Präsentation auf der Pariser Weltausstellung darauf ab,

[1] Annette Meakin: A Ribbon of Iron. Westminster 1901, Repr. New York 1970, S. 21 f.

ausländische Investoren, insbesondere aus dem verbündeten Frankreich, nach Sibirien zu locken und so für einen wirtschaftlichen Aufschwung jenseits des Urals und für eine Nachfrage nach Transportkapazitäten der sibirischen Züge zu sorgen.

Mit Blick auf die strategische Funktion, die der Großen Sibirischen Bahn im Verkehrsnetz des Russischen Reiches zugedacht war, blieb eine ununterbrochene Schienenverbindung vom europäischen Russland bis an die Pazifikküste ein wichtiges Ziel der zarischen Verkehrspolitik. Als Alternative zu der aufwändigen Amur-Eisenbahn und der Dampferverbindung zwischen Sretensk und Chabarowsk entwarfen die geopolitischen Strategen in St. Petersburg den Plan, eine um dreihundert Kilometer kürzere Eisenbahnlinie von Tschita quer durch die Mandschurei, d. h. über chinesisches Territorium, nach Wladiwostok zu legen. Maßgeblichen Anteil an der Entwicklung dieser Idee hatte Sergej Witte, der zwischen 1892 und 1903 das Amt des Finanzministers bekleidete. Witte schlug Nikolaus II. 1895 vor, Russland solle China, das gerade eine bittere militärische Niederlage gegen Japan erlitten hatte, ein strategisches Bündnis anbieten. Das Zarenreich sollte Druck auf Japan ausüben und zum Verzicht auf territoriale Forderungen an das Reich der Mitte nötigen. Zudem sah die Taktik vor, China bei der Suche nach Krediten zur Tilgung seiner Kriegsschulden auf dem französischen Finanzmarkt zu unterstützen. Als Gegenleistung forderte Witte von chinesischer Seite die Konzession zum Bau einer „Chinesischen Ostbahn", die die Lücke im Schienenstrang der Transsib nach Wladiwostok schließen sollte. Sowohl der Zar als auch die chinesischen Unterhändler stimmten Wittes Vorschlägen zu. Einer eigens gegründeten, privaten Eisenbahngesellschaft wurde die Aufgabe übertragen, eine Bahnlinie von der russisch-chinesischen Grenze nach Wladiwostok und eine Stichbahn in südlicher Richtung in das 1897 von der russischen Flotte besetzte Port Arthur am Gelben Meer zu bauen. Wenngleich der Bau Ende 1901 abgeschlossen werden konnte und ab 1903 für den internationalen Zugverkehr offen stand, war der Preis, den das Zarenreich für diese Kolonialbahn zu zahlen hatte, hoch. Gegen das russische Engagement in der Mandschurei richtete sich im Jahr 1900 der Zorn der revoltierenden „Boxer", die mit Hilfe russischer Interventionstruppen brutal niedergeschlagen wurden. Als sich Russland nach Beendigung der Krise weigerte, seine Soldaten wieder abzuziehen, trug es entscheidend zur Verschlechterung der außenpolitischen Beziehungen mit Japan bei, das 1904/05 das selbstbewusste Zarenreich militärisch in die Knie zwang.

Bereits im Sommer 1903, als die regelmäßige Zugverbindung von Moskau nach Port Arthur in den internationalen Kursbüchern auftauchte, sahen westeuropäische Reisende auf der Transsib den drohenden militärischen Konflikt mit Japan bereits am Horizont heraufziehen. Für Eugen Zabel, der sich 1903 auf die Reise nach China machte, bestand an dem militärischen Charakter der Chinesischen Ostbahn kein Zweifel. In seinem Reisebericht beschreibt er die massiven Stationsgebäude entlang der Strecke in der Mandschurei, die „wie kleine Festungen wirken". Zabels Fazit war nüchtern und prophetisch zugleich: „In dem Wort ‚Räumung der Mandschurei' [nach der Niederschlagung des Boxer-Aufstandes, F.B.S.] liegt in jedem Fall eine köstliche Ironie für jeden, der diese lange Reihe von Festungen und befestigten Anlagen auf der chinesischen Ostbahn ... beobachtet hat. Im Laufe des Jahres hat die ganze Strecke eine völlig veränderte Physiognomie erhalten, und nun steht sie da als eine in Waffen starrende Heerstraße."[2]

Als im Februar 1904 japanische Torpedoboote den Krieg gegen das scheinbar übermächtige Russische Reich eröffneten, war der Bau der ununterbrochenen Schienenverbindung der Großen Sibirischen Bahn immer noch nicht abgeschlossen. Als Nadelöhr für die Militärtransporte aus dem Westen erwies sich der Baikalsee, der zudem im Moment des japanischen Überfalls noch fest zugefroren war. Ohne Rücksicht auf Kosten und Verluste trieb die Zarenregierung nun den Bau der Gürtelbahn am südlichen Ufer des Baikalsees voran, die im September 1904 in Betrieb genommen werden konnte. Mit Hilfe der Transsibirischen Bahn wurden während des Russisch-Japanischen Krieges rund 1,3 Millionen Soldaten und über eine Milliarde Tonnen Kriegsgerät auf die Schlachtfelder der Mandschurei transportiert. Diese gewaltigen Zahlen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kapazitäten der Bahnlinie für den Ernstfall eines Krieges im Fernen Osten bei weitem nicht ausreichten. Während der Bauarbeiten der Trasse hatte die Devise gegolten: „So schnell und so billig wie möglich!" Infolgedessen war die Streckenführung in den meisten Abschnitten eingleisig, und die Transportkapazität der Eisenbahn betrug zu Beginn des Krieges nur vier Zugpaare pro Tag.

Die militärische Niederlage gegen Japan war für die regierende Klasse des Zarenreiches ein schwerer Schock. Der Krieg hatte den Verkehrspla-

[2] Eugen Zabel: Transsibirien. Mit der Bahn durch Russland und China, 1903. Hrsg v. Bodo Thöns. Darmstadt 2003, S. 137 und 171.

nern auch die Verletzlichkeit der Verbindungswege nach Wladiwostok über chinesisches Territorium deutlich gemacht. Obwohl der für das Zarenreich relativ milde Friedensvertrag von Portsmouth den Verbleib der Chinesischen Ostbahn in russischem Besitz garantierte, wuchs doch innerhalb der Regierung der Wunsch nach einer Bahnlinie an die Pazifikküste, die gänzlich auf eigenem Territorium verlief. So wurde 1905 mit dem Bau der zunächst verworfenen Amur-Bahn begonnen, die jedoch erst 1916 in Betrieb genommen werden konnte. Damit war die letzte Lücke der Großen Sibirischen Bahn geschlossen, die seinerzeit als das größte staatliche Investitionsprojekt in Friedenszeiten galt.

Der Mythos der Transsib speiste sich aus einer Mischung aus Technikbegeisterung und Zukunftseuphorie. Die transkontinentale Bahn trug maßgeblich dazu bei, dass sich Sibirien in den Köpfen der Zeitgenossen von einem menschenfeindlichen Raum der Kälte und der unbezwingbaren Natur in eine Region mit leuchtender Zukunft verwandelte.

Neben den Ausländern, die in den Luxuszügen der Internationalen Schlafwagengesellschaft Sibirien bereisten und in ihrer Heimat begeistert von ihren Erlebnissen berichteten, machten sich zwischen 1891 und 1914 auch über fünf Millionen russische, ukrainische und weißrussische Bauern auf den Weg nach Osten, um in Sibirien als Kolonisten ein neues Zuhause zu finden. Zusammengepfercht in Waggons vierter Klasse rollten sie einer ungewissen Zukunft entgegen. Allein den Glauben an das Potenzial und die Zukunft Sibiriens hatten sie mit den vornehmen Ausländern in den Salonwagen gemeinsam, die auf der Weltausstellung in Paris ihre Reisepläne geschmiedet hatten.

Literaturhinweise

Jean de Cars u. Jean-Paul Caracalla: Die Transsibirische Bahn. Geschichte der längsten Bahn der Welt. Zürich 1987.

Steven G. Marks: Road to Power. The Trans-Siberian Railway and the Colonization of Asian Russia, 1850-1917. Ithaca 1991.

Johannes Grützmacher

Die Baikal-Amur-Magistrale – Eine Eisenbahnlinie und ihre (Be-)Deutungen

Die Geschichte der Baikal-Amur-Magistrale (BAM) ist zunächst einmal die Geschichte eines Verkehrsweges. Sie ist aber auch viel mehr: nämlich die Geschichte all der Deutungen und Bedeutungen, der Absichten, Hoffnungen und Erfahrungen, die sich mit dem Bau dieser Strecke verbunden haben. Einigen davon will der vorliegende Artikel nachgehen.[1]

Die BAM ist eine Eisenbahnlinie, die von Ostsibirien bis an den Pazifik parallel zur Transsibirischen Eisenbahn (Transsib), aber nördlich des Baikalsees verläuft. Schon bei der Planung der Transsib hatte man eine solche Streckenführung erwogen, dann aber wegen des schwierigen Geländes und aus Kostengründen verworfen. Dennoch kam in den folgenden Jahrzehnten die Idee einer solchen Strecke immer wieder auf – mal mehr, mal weniger aufwändig, mal als Riesen-Magistrale, mal lediglich als Anbindung der sibirischen Flussläufe an das Eisenbahnnetz. Den Planungen war gemeinsam, dass sich hier wirtschaftliche, verkehrstechnische, militärische und herrschaftliche Motive trafen. Obwohl der Bau der BAM also über Jahrzehnte immer wieder erwogen wurde, ist der eigentliche Baubeschluss ein Lehrstück für den sowjetischen Planungs- und Entscheidungsstil. Noch im Februar 1932 gab es auf zentraler Ebene kaum konkrete Vorhaben für die Erweiterung des Eisenbahnnetzes in Sibirien. Doch schon wenige Wochen später, im April 1932, fasste der

[1] Eine Skizze, die den ungefähren Verlauf der Baikal-Amur-Magistrale wiedergibt (ohne Neben- und Verbindungsstrecken), findet sich in diesem Heft oben S. 220 – Zur Geschichte der Baikal-Amur-Magistrale vgl. – auch im Folgenden – Johannes Grützmacher: Vielerlei Öffentlichkeiten. Die Bajkal-Amur-Magistrale als Mobilisierungsprojekt der Brežnev-Ära, in: Jahrb. f. d. Geschichte Osteuropas 50 (2002), S. 205-223; Christopher J. Ward: The „Path to the Future" or the Road to Nowhere? A Political and Social Examination of the Construction of the Baikal-Amur Mainline Railway (BAM), 1974-1984. Univ. Diss., University of North Carolina. Chapel Hill 2002; Olga P. Elanceva: Obrečennaja doroga. BAM 1932-1941. Wladiwostok 1994.

Johannes Grützmacher M. A. ist Doktorand am Institut für osteuropäische Geschichte der Universität Tübingen und Archivreferendar am Landesarchiv Baden-Württemberg.

Rat der Volkskommissare zwei Beschlüsse „Über den Bau der Baikal-Amur-Eisenbahn“. Diese Beschlüsse sind charakteristisch für die hastige, unvorbereitete ad-hoc-Planung jener Zeit: Innerhalb von drei Jahren sollte die mehrere Tausend Kilometer (viel genauer wusste man das nicht) lange Strecke erkundet, geplant und gebaut werden – unter den gegebenen wirtschaftlichen und geographischen Voraussetzungen ein Ding der Unmöglichkeit!

Es kam, wie es kommen musste: Fehlende Planung und organisatorisches Chaos, die hoffnungslose Unterfinanzierung des Vorhabens und vor allem das Fehlen von (qualifizierten) Arbeitskräften brachten das Projekt rasch an den Rand der Auflösung. Parallel dazu ereignete sich aber der Aufstieg des sowjetischen Innenministeriums (NKWD) und seines Repressionsapparats. Seit Ende der 1920er Jahre hatte der ehemalige Lagerhäftling und spätere BAM-Leiter Naftalij Frenkel die Umwandlung der Lager von einer bloßen Strafanstalt in ein auf Profit ausgerichtetes (und gegenüber den Bedürfnissen der Häftlinge unsensibles) Wirtschaftsunternehmen vorexerziert und dieses System am Ostsee-Weißmeer-Kanal ausgebaut. Damit machte er Schule. Die sowjetische Führung sah in technischen Großprojekten und ihrer Brachialindustrialisierung eine kongeniale Lösung der Nöte, die sie in ihrem von den stalinschen Gewaltorgien völlig überforderten Lagersystem selbst geschaffen hatte. Massenhafte Zwangsarbeit schien das ideale Mittel zu sein, rasch auch in unwirtlichen Gegenden die erforderliche Menge an Arbeitskräften zu konzentrieren, die man dann nach Belieben ausbeuten konnte. So kam es, dass sich die BAM von einem scheiternden Eisenbahnbauprojekt in eines der größten Lagerkomplexe der Sowjetunion verwandelte, in dem seit den frühen 1930er Jahren viele Hunderttausende Menschen lebten, litten und starben.

Wegen der unerträglichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge kam das Vorhaben allerdings kaum voran. Der Zweite Weltkrieg trug das Seine dazu bei. 1942 wurde ein Großteil der bis dahin gebauten Gleise abmontiert, um bei Stalingrad eingesetzt zu werden. Bis zur Mitte der 1950er Jahre bauten noch weitere Hunderttausende von Häftlingen und Kriegsgefangenen an den sibirischen Bahnprojekten, aber schließlich kam dabei nicht mehr heraus als einige Hundert Kilometer Teilstrecke im Westen und im Osten der BAM. Mit der Auflösung der Lager versandete dann auch das BAM-Projekt.

In der späten Sowjetunion holte man das Projekt dann aus der Versenkung. Den seit 1967 betriebenen, sporadischen Erkundungsarbeiten

an der „kleinen BAM“, einer Stichbahn von der Transsib zum ostsibirischen Tynda, folgte 1974 die Ankündigung eines der gewaltigsten Infrastruktur-Unternehmen der Zeit. Aus heiterem Himmel verkündete Leonid Breschnew am 15. März 1974 bei einer Jubiläumsveranstaltung zur Neulanderschließung in Alma-Ata den Bau der BAM. Einige Wochen später erfolgte ein entsprechender Beschluss des Zentralkomitees der KPdSU und der sowjetischen Regierung. Diese Geburtsgeschichte der BAM ist symptomatisch. Sie zeugt davon, dass sich am sowjetischen Planungsstil allenfalls graduell etwas geändert hatte, nicht jedoch im Grundsatz. Wieder ging man ein Mammutprojekt an, ohne sich entsprechend vorbereitet zu haben. Die beteiligten Wissenschaftler klagten später, dass man viel zu wenig über die Region wisse, um dort wirklich sinnvoll bauen zu können. Die Mittel für die BAM mussten aus dem Plan „herausgebrochen“ werden – im Fünfjahresplan waren sie jedenfalls nicht vorgesehen.

Vordergründig ging es bei dem Projekt vor allem um die Erschließung jener „unerschöpflichen natürlichen Reichtümer“. Das Erschließungskonzept war wesentlich breiter angelegt als in den 1930er Jahren. Die BAM sollte nicht nur den Weg zu den sibirischen Bodenschätzen bereiten, sondern das Rückgrat einer großflächigen Industrialisierung bilden. An der Strecke sollten große „Territoriale Produktionskomplexe“ (TPK) entstehen, die verschiedene Industriezweige kombinieren und Rohstoffgewinnung und -verarbeitung zusammenfassen sollten. So jedenfalls stellten sich das die sibirischen Planer aus der in Nowosibirsk ansässigen Abteilung der sowjetischen Akademie der Wissenschaften vor. Kaum einer der TPK wurde jedoch realisiert. De facto zeigten die Moskau-basierten Industrieministerien wenig Interesse daran, eine komplexe Industrialisierung in Sibirien voranzutreiben, und konzentrierten sich wie stets auf die bloße Ausbeutung der Rohstoffe. Überhaupt steht der Aufstieg der BAM zum spätsowjetischen Mammutprojekt in direktem Zusammenhang mit der Ölkrise des Jahres 1973 und entsprechenden sowjetischen Hoffnungen, den Weltmarkt zu bedienen. Die BAM sollte als eine billige, schnelle Verbindung zwischen Europa und Asien die Exportfähigkeit der Sowjetunion auf dem Ölsektor deutlich erhöhen und als wirtschaftlicher, weil flexiblerer Ersatz für den Bau einer Pipeline dienen. Auf einem anderen Blatt steht, dass es zum Öltransport in diesem Umfang nie kam – die BAM transportierte kaum mehr als Kohle und Holz.

Nicht zu unterschätzen ist schließlich, dass die BAM sich auch für

militärisch-strategische Ziele nutzbar machen ließ. Die Transsibirische Eisenbahn hatte entscheidende Schwachpunkte: Sie war überlastet, von Naturkatastrophen bedroht, und vor allem verlief sie z. T. in unmittelbarer Nähe zur chinesischen Grenze, um die es 1967 sogar bewaffnete Auseinandersetzungen gegeben hatte. Mit der BAM wollte man ein bedeutendes logistisches Mittel auch für militärische Zwecke schaffen, die vor etwaigen chinesischen Angriffen geschützt sein sollte.

Kehren wir aber noch einmal zu Breschnews Auftritt in Alma-Ata zurück. Diese Form von Geburtshilfe für ein solches Projekt ist kein Zufall. Sie entspricht dem sowjetischen Herrschaftsstil, weniger mittels geregelter Verfahren, sondern vielmehr mit Hilfe von Signalen zu regieren. Auch Ort und Anlass waren bewusst gewählt. In Alma-Ata beging man den Jahrestag der seinerzeit groß angelegten Neulanderschließung – bei der Breschnew selbst in der Parteihierarchie schnell aufgestiegen war. Breschnew verortete den Bau der BAM damit in einer bestimmten Tradition: der Tradition der gigantischen technischen Pionierprojekte, die sich durch die gesamte sowjetische Geschichte ziehen.[2]

In diesem Kontext erhielt die BAM eine weitere Bedeutung: Mehr als alles andere war ihr Bau ein symbolisches Projekt und ein Projekt mit herrschaftlichen Ambitionen. Dafür spricht der ungeheure propagandistische Aufwand, den man dafür betrieb. Über Jahre hinweg war das Bauvorhaben in allen Medien präsent, Plakate wurden gedruckt, Filme gedreht, Briefmarken herausgegeben usw. Eine ganze Generation von Osteuropäern wuchs mit der BAM-Propaganda auf. Man muss diesen Aufwand vor dem Hintergrund der politischen und wirtschaftlichen Lähmungskrise der Sowjetunion in den 1970er Jahren verstehen. Die sowjetischen Eliten griffen auf die Lösungsansätze zurück, die ihnen bekannt waren und mit denen sie politisch groß geworden waren: extensives Wachstum und Mobilisierung durch ehrgeizige Mammutvorhaben. Vor allem der Jugend, so hieß es, solle die Chance eingeräumt werden, sich an einer großen Aufgabe unter schwierigen Bedingungen zu bewähren. Unter dem Motto „Wir bauen die BAM – die BAM baut uns" sollte die Arbeit an der BAM zur Selbstarbeit werden – die BAM-Zone als Seelenlandschaft, deren Erschließung parallel zum Bau der BAM

[2] Vgl. z. B. Paul R. Josephson: „Projects of the Century" in Soviet History. Large-Scale Technologies from Lenin to Gorbachev. In: Technology and Culture 36 (1995), S. 519-559; Klaus Gestwa: Technik als Kultur der Zukunft. Der Kult um die „Stalinschen Großbauten des Kommunismus". In: Geschichte und Gesellschaft 30 (2004), S. 37-73.

stattfinden sollte. Man lockte die jungen Menschen mit guten Aufstiegsmöglichkeiten, hohen Löhnen, Erzählungen vom einfachen, aber reinen, abenteuerlichen und romantischen Leben an der Trasse, von fröhlichen Festen, anspruchsvoller Arbeit, interethnischen Hochzeiten und von jungen Städten – oder man ordnete sie einfach ab. Am härtesten traf es da die Eisenbahntruppen der Roten Armee, die an den schwierigsten Bauabschnitten eingesetzt wurden, besonders schlecht versorgt waren und nicht zuletzt unter dem berüchtigten System der Dedowschtschina litten.[3]

„Das ganze Land baut die BAM" war eine der verbreitetsten Parolen. Zum einen hieß das: Die Bauleute für die BAM kommen aus jeder Ecke der Sowjetunion. Hier sollten sich alle Völker des Landes treffen. Außerdem war mit der Parole gemeint: Jeder Sowjetbürger, jeder Betrieb, jede Region hat ihren Beitrag zum großen gemeinsamen Projekt zu leisten. Schulen schickten Bücher für die Bauleute, Betriebe veranstalteten Sammlungen und fuhren Sonderschichten, und Städte, Gebiete und Republiken übernahmen Patenschaften für einzelne Objekte und Siedlungen an der BAM. Die von den Patengebieten erbauten Siedlungen und Städte sollten sich architektonisch an der jeweiligen Volkstradition orientieren. Dabei achtete man auf funktionale Äquivalenzen: Moskau war selbstverständlich für Tynda, die „Hauptstadt der BAM", zuständig, Leningrad für das „maritime" Severobaikalsk am Baikalsee und der Kuzbass für die südjakutischen Kohlegebiete. An der BAM schuf sich die Sowjetunion *en miniature* selbst.

Die Motive derjenigen, die an die BAM gingen, waren womöglich noch vielgestaltiger als die der sowjetischen Eliten. Das reichte von der Möglichkeit, seinen enthusiastischen Aufbauwillen zu erproben, über beruflichen Ehrgeiz und Abenteuerlust bis hin zum Bestreben, der sowjetalltäglichen Langeweile, der Enge im Elternhaus oder gar der eigenen kriminellen Vergangenheit zu entgehen, oder dem Wunsch, rasch ein Auto kaufen zu können.

Die herrschaftliche Funktion des Eisenbahnbaus wirkte in zwei Richtungen. Zum einen sollte, wie geschildert, das Land für die gemeinsame Anstrengung mobilisiert werden, die freigesetzte Dynamik sollte die Legitimität der Sowjetmacht stärken. Zugleich ging es auch um die quasi-

[3] „Herrschaft der Großväter", Bezeichnung für die bis heute in der russischen Armee häufig praktizierten Methoden der physischen und psychischen Demütigung junger Rekruten durch ältere Soldaten (Anm. d. Redaktion).

koloniale Durchdringung Sibiriens.[4] Sibirien hatte für Russland schon immer die Rolle eines Grenzraums, einer *frontier*, gespielt und war immer auch ein Versuchslabor kollektiver Selbstbilder und utopischer Visionen. Wie der amerikanische Westen lockte und drohte auch der sowjetische Osten mit paradiesischen Reichtümern, abenteuerlicher Wildnis und großen Gefahren und wurde dadurch zur Herausforderung, zum Stachel einer möglicherweise stagnierenden Gesellschaft. Wie im amerikanischen Fall blendete man auch an der BAM – mehr oder weniger gewaltsam – aus, dass das notwendig zu erschließende Gebiet durchaus bewohntes und genutztes Land war. Die sibirischen Ureinwohner nahm man eher als Teil der natürlichen Wildnis wahr – die BAM-Region galt als *tabula rasa*, auf welche die sowjetische Propaganda atemberaubende zivilisatorische Vorstellungen projizierte. Man träumte von ultramodernen Städten in der Taiga, urbanen Zentren als Vorposten der sowjetischen Zivilisation, mit bequemen Wohnungen in eindrucksvollen Hochhäusern. Die BAM sollte zu einem „corridor of modernization"[5] werden. Dabei erschöpften sich die Zukunftsentwürfe der Breschnew-Ära meist in einer Reduplikation des Bestehenden. Das sowjetische System wollte sich letztlich eher ausbreiten als ändern.

Den tatsächlichen Bau der Eisenbahn prägten ohnehin ganz andere Traditionen und Interessen. Die eingefahrenen Mechanismen der sowjetischen Wirtschaftsweise und die wirtschaftspolitische Macht bestimmter Apparate machten die BAM-Zone zu einer ausgesprochenen *resource frontier*. Sibirien war zwar keine Kolonie im eigentlichen Sinn, aber die Fremdheit, mit der die Moskauer Planer Sibirien gegenüberstanden, die Marginalisierung der Autochthonen und die faktische „vorrangige Berücksichtigung externer Interessen" verleihen der Erschließung Sibiriens einen kolonialistischen Zug. Die zivilisatorischen Himmelsstürmer wurden rasch wieder auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Die vorgesehene städtische Infrastruktur kam notorisch zu kurz, es fehlte Wohnraum an allen Ecken und Enden, die Bauleute mussten jahrelang in Erdlöchern oder Zelten überwintern, viele leben heute noch in provisorischen Waggons. Wenn Häuser gebaut wurden, fehlte oft die Kanalisa-

4 Vgl. hierzu Johannes Grützmacher: „Young Men go East!" The BAM Frontier under Brezhnev. In: The Siberian Saga. A History of Russia's Wild East. Hrsg v. Eva Maria Stolberg. Frankfurt a. M. u. a. 2005, S. 203-220.

5 So Paul R. Josephson: Industrialized Nature. Brute Force Technology and the Transformation of the Natural World. Washington u. a. 2002, S. 133, über technische Großprojekte.

tion, vielerorts versanken schlampig gebaute Häuser im auftauenden Boden, die Versorgung mit Nahrungsmitteln, medizinischer Betreuung oder auch mit Freizeitangeboten hatte ihre chronischen Defizite. Die sowjetische Zivilisation erreichte die BAM nur rudimentär.

So nimmt es nicht wunder, dass die wenigsten an der BAM bleiben wollten. Die Fluktuation war sehr hoch; viele Menschen wurden dort nicht heimisch und verhielten sich auch so. Die Menschen nahmen Sibirien zwar in Besitz, die „Aneignung", als die man *osvoenie* (Erschließung) eigentlich verstehen muss, misslang jedoch – mit allen Auswirkungen auf die Chancen einer nachhaltigen Entwicklung in Sibirien. Die Lage verschärfte sich dadurch noch, dass die vorläufige Fertigstellung der BAM in die Zeit der Perestroika und der Implosion des sowjetischen Staates und seiner Wirtschaft fiel.

Heute, über zwanzig Jahre nach der offiziellen Fertigstellung des Streckenbaus im Jahre 1984, bleibt die BAM weiterhin Gegenstand kontroverser Deutungen.[6] Während die einen in ihr nicht nur ein Sinnbild, sondern sogar einen Faktor für den Zusammenbruch der UdSSR sehen und die BAM als Investitionsruine abschreiben, dient sie anderen als Objekt nostalgischer Verklärung, vielen womöglich als „schönste Zeit im Leben", als Ort jugendlicher Abenteuer. Die Bewohner der BAM-Zone sind zugleich stolz auf erbrachte Leistungen und frustriert und allein gelassen. Für sie hängt viel davon ab, wie sich das Projekt „BAM" in Zukunft entwickeln wird – dieses Projekt, wahnwitzig und von enormem Potenzial zugleich, ist noch immer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von Hunderttausenden von Menschen. Mehr als ein Verkehrsweg.

[6] Vgl. hierfür z. B. Johannes Grützmacher: Die Bajkal-Amur-Magistrale nach 25 Jahren. Zwei verschiedene Jubiläen. In: Osteuropa 50 (2000), S. A371-A378.

Georg Schomacher

Das Bild der Eisenbahn in der russischen Literatur

Russlands erste Eisenbahnlinie entstand zu Testzwecken Mitte der 1830er Jahre – zu einer Zeit, als in Westeuropa schon Schienenwege von mehreren hundert Kilometern Länge bestanden. Die Bahn verband St. Petersburg mit der Zarenresidenz Zarskoje Selo und wurde am 30. Oktober 1837 eröffnet. Ein Jahr später wurde die Linie bis nach Pawlowsk ausgebaut. Der Zweck der zweiten Eisenbahnlinie, die von Warschau zur österreich-ungarischen Grenze gebaut und im Jahre 1848 eröffnet wurde, bestand bereits in der Beförderung russischer Truppen zur Niederschlagung des ungarischen Aufstandes im selben Jahr. Die erste bedeutende Fernverbindung innerhalb Russlands war jedoch die Strecke St. Petersburg - Moskau (erbaut 1842-1851). Der Krimkrieg (1853-1856) führte die Unabdingbarkeit funktionierender Schnellverkehrs-Verbindungen allzu deutlich vor Augen, weshalb in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts erneut vermehrte Anstrengungen zum Aufbau eines Eisenbahnnetzes unternommen wurden. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts wurden dann mehr als 48.000 Kilometer Gleise verlegt. Der größte Teil der Strecken diente nicht mehr vordringlich strategischen, sondern wirtschaftlichen Zielen, so etwa die Transsibirische Eisenbahn.

Russlands geographische Größe ist durch seine gesamte Geschichte als sein Hauptmerkmal dargestellt und wahrgenommen worden und macht auch in der Gegenwart einen integralen Bestandteil des Selbstverständnisses der Russischen Föderation aus. Zugleich erwuchs jedoch aus der geographischen Weitläufigkeit vor der Verbreitung moderner Verkehrsmittel eine Vielzahl von Problemen: Die für den Warentransport so wichtigen Flüsse und Ströme waren in den langen Wintern für Schiffe unpassierbar; in der wärmeren Jahreszeit wiederum konnten viele Verkehrswege zu Lande, ohnedies oft kaum mehr als eine einzelne Wagenspur, zeitweise nicht benutzt werden, wenn sie – z. B. infolge längerer Regenperioden – verschlammt waren und den Rädern der Fuhrwerke

Dr. Georg Schomacher ist Slawist und Osteuropahistoriker.

keinen Halt mehr boten. Diese Rahmenbedingungen waren die Ursache dafür, dass in Russland die Überwindung größerer Entfernungen als langwieriger, mühevoller und gefährlicher Prozess angesehen wurde – eine Perspektive, die auch in der literarischen Darstellung ihren Niederschlag fand. Die Assoziation mit der Pilgerfahrt lag nahe und spielte, wie sich noch zeigen wird, eine wichtige Rolle in der Geschichte der russischen Literatur.

Seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts fand in Russland der Reisebericht als literarische Gattung in Form von Übersetzungen westeuropäischer Vorbilder Fuß. Für die zeitgenössischen Literaten war das neue Genre deshalb attraktiv, weil es die Möglichkeit bot, Gattungs- und Stilgrenzen zu überschreiten und, anders als bisher, die Intention des Autors ins Werk einfließen zu lassen. Das herausragendste Beispiel dafür ist Alexander N. Radischtschews *Puteschestwije iz Peterburga w Moskwu* (Reise von Petersburg nach Moskau,1790), in der der Autor ein „vernichtendes Urteil über die soziale und politische Wirklichkeit Russlands" fällte und damit weite Gesellschaftskreise erreichte. Doch erst Nikolai M. Karamzins *Pisma russkogo puteschestwennika* (Briefe eines russischen Reisenden, 1791-1795) legten die Grundlage für die weitere Ausgestaltung des Reisebericht-Genres in Russland. Karamzins Werk und alle in der Folgezeit veröffentlichten Reiseberichte lassen sich auf Laurence Sternes *A sentimental journey through France and Italy by Mr. Yorick* (1767) und auf Xavier de Maistres *Voyage autour de ma chambre* (Reise durch mein Zimmer, 1795) zurückführen. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die russische Reiseliteratur differenziert weiter, u. a. in Richtung der parodistischen Reisebeschreibung.

Als in Russland die ersten Eisenbahnverbindungen entstanden, bestand also auch hier bereits eine relativ differenzierte literarische Tradition der Reiseerzählung. Folgerichtig fand das Motiv der Eisenbahn bzw. der Eisenbahnreise ebenfalls Eingang in die literarische Darstellung. So beschreibt Fjodor M. Dostojewski in seinem Roman *Der Idiot* (1868/1869) die Festtagsstimmung, die am Endpunkt der Zarskoje-Selo-Bahn herrschte: „Das Orchester, das vielleicht tatsächlich zu den besten gehört, die man in Sommerfrischen hat, spielt neue Sachen. Es geht sehr steif und wohlerzogen zu, obwohl alles gewissermaßen einen familiären und fast intimen Charakter trägt. Alle bekannten Sommerfrischler treffen sich, um sich gegenseitig zu kritisieren. Viele tun das mit wahrhaftem Vergnügen und kommen nur deswegen her, manche kommen aber auch der Musik wegen."

Die Eisenbahn als Beförderungsmittel und Ausflugsziel zugleich, als Bühne der höheren Gesellschaftsschichten – dies blieb jedoch Episode, denn der Neu- und Ausbau von Eisenbahnlinien machte die Zugreise bald auch für breitere Gesellschaftskreise attraktiv. Für Nikolaj A. Nekrasow (1821-1878), den berühmten Epigonen der Natürlichen Schule, ist gerade die Eisenbahn ein Symbol der krassen sozialen Unterschiede im Russland des 19. Jahrhunderts. In seinem Gedicht *Schelesnaja Doroga* (Eisenbahn, 1864) lässt der Sprecher als Passagier im nächtlichen Personenzug die unberührte Natur an sich vorüberziehen. Der mühelose „Flug" über die eisernen Schienen weckt in ihm jedoch bald Gedanken über die massenhafte Zahl der Menschenleben, die dem Eisenbahnbau geopfert wurden. „Das Weglein ist gerade: Die Trassen sind schmal, / Kleine Masten, Geleise, Brücken. / Doch an den Seiten sind doch überall russische Knöchelchen ... / Wie viele es sind!" In der Imagination des Sprechers erscheinen vor dem Abteilfenster die toten Eisenbahnarbeiter und klagen zähnekirschnend und mit drohender Stimme von ihren während des Streckenbaus durchlittenen Entbehrungen und Krankheiten.

In Leo N. Tolstojs (1828-1910) Roman *Anna Karenina* (1875/1877) spielen kritische Überlegungen über den Nutzen des neuen Transportmittels ebenfalls eine Rolle. Vor allem von Lewin, der Hauptfigur des zweiten Handlungsstrangs des Romans, wird dieser Nutzen in Frage gestellt. Lewin sieht in der Eisenbahn ein Element, das Unruhe in die ländliche Ordnung bringt und die Ungleichheit zwischen Land und Stadt, zwischen Hauptstadt und Provinz verstärkt. In erster Linie spielt die Eisenbahn in *Anna Karenina* hingegen die Rolle einer übergeordneten Schicksalsinstanz. Auf ihrer Reise von St. Petersburg nach Moskau begegnet Anna der Mutter ihres späteren Geliebten Wronski. Nach der Ankunft in Moskau erfährt Anna, dass sich kurz zuvor ein Mann auf die Schienen gestürzt hat und dabei zu Tode gekommen ist, und fasst diesen Zwischenfall als schlechtes Vorzeichen auf (und tatsächlich wird sie später ihr eigenes Leben unter den Rädern eines Eisenbahnwaggons beenden). Auch ihre folgenreiche Bekanntschaft mit Wronski findet in der Eisenbahn statt. Ihr Zusammentreffen wird von schlechten Vorzeichen begleitet: Während der Reise herrscht ein „schrecklicher Schneesturm", der so dicht ist, dass ringsum nichts mehr erkennbar ist. Annas Selbstmord schließlich erhebt den einmal in Bewegung gesetzten Eisenbahnzug in die Rolle einer die Bestimmung des Schicksals unaufhaltsam ausführenden moralischen Instanz.

Auch Anton P. Tschechow (1860-1904) markiert die zwischenmenschliche Kommunikation als Hauptmerkmal der Eisenbahnreise, so in seine kurzen Erzählung *W wagone* (Im Waggon, 1881). Die hinreißend komische Skizze *Im Waggon* beginnt mit dem Satz: „Der Postzug Nummer soundso fliegt mit Volldampf von der Station ‚Fröhliches Trach-Tarach' zur Station ‚Rette sich, wer kann!'" Im Zug ist ein Panoptikum höchst individueller Reisender versammelt; Volkssprache, Dialekt und Jargon werden meisterhaft wiedergegeben und machen einen Großteil der Komik aus. Die Kondukteure, mit den Passagieren im Bunde, geben bereitwillig Auskunft über die ungefähre Anzahl der Schwarzfahrer („Vierzig Leute sollen's wohl sein"), woraus diese wiederum ihre Chancen abschätzen, selbst nicht erwischt zu werden. Bei einem Zwischenhalt steigen „zwei runzlige alte Weiblein" zu, von denen das eine sogleich wieder aussteigt, um einem dritten Reisegenossen beim Billet-Kauf behilflich zu sein – doch sie kehrt bis zur Abfahrt des Zuges nicht zurück, und ihre Gefährtin entscheidet nach schwerer Gewissensnot im selben Moment: „Dann mag sie mit ihren Sachen zusammen dableiben!" und wirft das Gepäck zum Fenster hinaus. Mit fataler Folgerichtigkeit findet sich kurz darauf die Vermisste wieder ein, die lediglich in den falschen Waggon eingestiegen war. Auch der Erzähler selbst bleibt nicht verschont: „Ich steige in den Waggon ... An mir vorbei saust der Unbekannte mit dem Strohhut und dem dunkelgrauen Hemd ... In seiner Hand hält er einen Koffer. Der Koffer gehört mir ... Lieber Gott!"

Eine gänzlich andere Weltanschauung ist dem Dichter Innokentij Annenskij (1856-1909) eigen. Sein Gedichtzyklus *Das Kästchen aus Zypressenholz* (1910) ist – in Anspielung auf die Gestalt des Zypressenlaubs als Symbol der Vergänglichkeit – zu Dreiergruppen zusammengefasst. Darunter befindet sich auch das *Trilistnik wagonny* (Waggon-Dreiblatt). In den Gedichten *Toska woksala* (Schwermut des Bahnhofs), *W wagone* (Im Waggon) und *Simnij pojesd* (Winterzug) dient der jeweilige Schauplatz lediglich als Ausgangspunkt bzw. Umgebung für die Reflexionen des Sprechers über die Existenz einer Welt jenseits des Alltäglichen und Gegenständlichen. So verwandeln sich die realen Erscheinungen mehr und mehr in einen Komplex aus Eindrücken und Assoziationen. Lokomotive und Waggons sind nur noch „Irgend etwas, doch nicht es ... / Krieche heran, du bist dazu verpflichtet; / Wie bist du heiß, verschmiert, / Und doch bist du nicht es!" Schließlich löst sich die diesseitige Welt in ein Kaleidoskop aus akustischen und visuellen Eindrücken auf. Der Sprecher beabsichtigt gar nicht mehr, sie zu einem Gesamtbild zusam-

menzusetzen, sondern räumt ihnen in ihrer Wirkung auf die menschliche Wahrnehmung eine eigene Qualität ein, deren Resultat vom Individuum und seiner persönlichen Wahrnehmungsweise abhängt.

Auch im dichterischen Werk von Boris L. Pasternak (1890-1960) werden die Erscheinungen der Realität neu arrangiert – anders als bei Annenskij geschieht dies bei Pasternak jedoch nicht als Folge eines verstärkten Suchens nach dem Zugang zu einer der realen Welt übergeordneten Sphäre. Vielmehr preist Pasternak – besonders signifikant im Titelgedicht des Zyklus *Sestra moja – schisn* (Meine Schwester, das Leben, 1922) – den Reichtum des menschlichen Lebens, einschließlich sämtlicher darin eingeschlossener Empfindungen. So vermag der Dichter Erscheinungen miteinander zu kombinieren, die für ihn nicht aufgrund ihrer Ähnlichkeit miteinander identifizierbar sind, sondern dank ihres zufälligen gleichzeitigen Daseins an einem bestimmten Ort. Die Realität im Eisenbahnabteil wandelt sich auf diese Weise zu einer flirrenden Lebensfülle: Der Fahrplan einer Nebenstrecke erscheint „grandioser als die Heilige Schrift", die Bahnhofsglocke „schwimmt" läutend fort; die vom Zug durchfahrene „nächtliche Steppe stürzt von den Stufen zu einem Stern hinauf", und das Herz dessen, der all dies erlebt, „plätschert" durch die Gänge der Waggons und „streut" die Abteiltüren in der Steppe aus.

Der einfache russische Mensch, der Dorfbewohner und Bauer nahm den durch seinen ländlichen Lebensraum hindurchrasenden Schnellzug als eine Kraft wahr, die nur unter Einsatz überdurchschnittlichen Mutes, hohen Könnens und großer Stärke zähmbar zu sein schien. Vor diesem Hintergrund wird die Verehrung verständlich, die das Eisenbahnpersonal beim einfachen Volk genoss – allen voran der *Maschinist,* der die Kräfte seiner Lokomotive zu bändigen und einzusetzen wusste. Diese Verehrung wird auch in der Literatur thematisiert, besonders augenfällig bei Andrej P. Platonow (1899-1951). In seiner Erzählung *W prekrasnom i jarostnom mire* (In der wunderbaren und grimmigen Welt) wird das Können der Hauptfigur, des Lokomotivführers Malzew, ausführlich beschrieben; es stößt erst an seine Grenzen, als Malzew infolge eines Unfalls erblindet und seine Arbeit aufgeben muss – bis er vom Erzähler, der seinerseits bei Malzew Lehrling den Beruf des Lokomotivführers erlernt hat, geheilt wird.

Doch der Zug kann auch zum alles verschlingenden Ungeheuer werden, wie dies etwa in der Erzählung *Bronepoezd No. 14-69* (Panzerzug 14-69, 1922) von Wsewolod Iwanow (1895-1963) hochdramatisch und

ungeschönt beschrieben wird. Im Fernen Osten verfolgt eine abgerissene, vom Bürgerkrieg gezeichnete Partisaneneinheit einen schwerbewaffneten, weißgardistischen Panzerzug. Unter hohen Verlusten auf beiden Seiten wird der Zug schließlich von den Partisanen gestoppt und eingenommen. Alle Beteiligten des Kampfes – auch die siegreichen Partisanen – werden als Gefangene des Stahlkolosses gezeigt, tatsächlich jedoch sind sie Gefangene ihrer eigenen angestauten Leidenschaften, die sich in ziel- und wahlloser Wut Bahn brechen. Hier findet kein Klassenkampf statt (was erst in der späteren Theaterfassung seitens der Obrigkeit vorgeschrieben wurde). Vielmehr mutiert die Masse der Soldaten, ungeachtet ihrer Zugehörigkeit, zu einer einzigen entfesselten, reißenden Bestie: „In der Nacht werden wir zum Tier, zum Tier!!“ ruft einer der Partisanen noch während der Siegesfeier aus.

Auch in der Zeit des Sozialistischen Realismus wurde die ‚literarische Eisenbahn‘ nicht ausschließlich als Metapher für den linear-kraftvollen Fortschritt verwendet, den sich die Sowjetunion auf die Fahnen geschrieben hatte. Wenjamin A. Kawerin (1902-1989), einer der bekanntesten Schriftsteller der 1920er Jahre, verlegte sich, nachdem er wie viele andere Literaten und Künstler des Formalismus beschuldigt worden war (dies kam zu jener Zeit einem Berufsverbot gleich), auf das Schreiben von Kinder- und Jugendbüchern. Sein Märchen *Legkije schagi* (Leichte Schritte, 1960) beginnt und endet mit einer Zugfahrt, und es ist das gleißende Licht des Scheinwerfers der elektrischen Lokomotive, in welchem die Hauptfigur des Märchens, das Schneemädchen – unverwundbar gegenüber der massiven Kraft des vorbeirasenden Zuges – wie aus dem Nichts auftaucht. Bezeichnenderweise findet es sich in der Welt der verwissenschaftlichten Erkenntnis, der Elektrizität und der ganzen Massivität des verordneten und institutionalisierten Fortschritts nicht zurecht.

In allen Ländern, in denen die Eisenbahn als neues Verkehrs- und Transportmittel das Leben revolutionierte, fand dies seinen künstlerischen Niederschlag. Die russische Literaturgeschichte stellt keine Ausnahme dar, und angesichts schon lange vor dem Bau der russischen Schienenwege bestehender Verbindungen zu Westeuropa verwundert es nicht, dass die Eisenbahn als Motiv auch in der russischen Literatur ähnlich dargestellt wurde wie in der westeuropäischen. Der hier versuchte kurze, keineswegs vollständige Überblick über die Spannweite, mit der ein durch und durch ‚reales‘ Motiv in der russischen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts künstlerisches Schaffen inspiriert, beeinflusst und

forciert hat, zeigt, dass das in der sowjetischen Epoche vorwiegend kultivierte Bild von der machtvoll voranstrebenden Lokomotive des Fortschritts keineswegs der einzige Widerhall war, den die Eisenbahn in der russischen Kunst erzeugt hat. Daneben gibt es viel zu entdecken – überraschenderweise auch und gerade in der russisch-sowjetischen Literatur der letzten fünf Jahrzehnte, in der die Wahrung der lebenswichtigen künstlerischen Unabhängigkeit, in wie geringem Maße sie auch realisierbar gewesen sein mag, höchst interessante Kunstwerke hervorgebracht hat.

Literaturhinweise

Martina Ernst: Phantastische Eisenbahn. Ein komparatistischer Blick auf Erscheinungsform und Funktion der Schienenwelt vornehmlich in der kurzen Erzählprosa. (Europäische Hochschulschriften. Reihe 18, Bd. 68). Frankfurt/Berlin 1991.

Reinhard Lauer: Geschichte der russischen Literatur. Von 1700 bis zur Gegenwart. München 2000.

Günther Stökl: Russische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 1990.

Schwerpunktthema des nächsten Heftes:

Die Slowakei

Editorial

Um das durchschnittliche Wissen über die Slowakei in der deutschen Öffentlichkeit zu veranschaulichen, reichen zwei Beispiele aus der Presse aus. Im Wirtschaftsteil der Zeitungen ist vom „Tatra-Tiger" die Rede, Symbol für rasanten wirtschaftlichen Aufschwung in einem Land, das bis vor kurzem im „Hinterhof Europas" lag. Im Sportteil erscheint die Slowakei immer wieder, wenn es um Eishockey geht – nur leider wird aus dem slowakischen Profi schnell ein Tscheche, was eine gewisse Tradition hat. Als es noch die Tschechoslowakei gab, waren, wie Jaroslav Šonka in vorliegendem Heft schreibt, gerade deutsche Sportreporter Weltmeister in der Abkürzung: Jeder Tschechoslowake war einfach ein Tscheche, auch wenn er in Wirklichkeit ein Slowake war.

Wie so oft spielen Geographie und Geschichte eine wesentliche Rolle bei der Einschätzung eines Staates und eines Volkes. Man kann im Blick auf die Slowakei durchaus von einer „verspäteten Nation" sprechen, denn erst im 20. Jahrhundert entstand in zwei völlig unterschiedlichen Anläufen die Slowakei als eigenständiger Staat. Fast ein Jahrtausend lang war die Heimat der Slowaken Bestandteil des Königreichs Ungarn. Wirtschaft, Kultur, auch religiöses Leben erhielten dadurch ihre besondere Prägung. Immer wieder bestand die Gefahr eines Verlustes der nationalen Identität. Als die Slowakei nach 1918 Teil der Tschechoslowakei wurde, sollte sich die Hoffnung auf eine gleichberechtigte Entwicklung mit dem größeren slawischen Nachbarn rasch als trügerisch erweisen. „Prag" dominierte, „Bratislava" und die ganze Slowakei blieben in der Entwicklung zurück. Auch in der kommunistischen Zeit änderte sich wenig, letzten Endes zerbrach die Tschechoslowakei daran.

Seit 1993 hat die Slowakei eine stürmische wirtschaftliche Entwicklung vollzogen, jedoch zu Lasten der gesellschaftlichen und politischen Kultur. Sie bildet innerhalb Europas ein wichtiges Brückenland zwischen Ost und West, mit einer überraschenden Vielfalt in nationaler, kultureller und religiöser Hinsicht. Das vorliegende Heft möchte Anstöße geben, sich damit ein wenig zu beschäftigen.

Die Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Stanislav J. Kirschbaum
Der Überlebenskampf der Slowakei 243
Jaroslav Daniška
Die beiden wichtigsten Problemfelder in der Slowakei seit 1989 254
Peter Rival
Licht und Schatten des slowakischen Wirtschaftsbooms 264
Pavel Mikluščák
Vom Getto zur Öffentlichkeitspräsenz. Einige Überlegungen zur gesellschaftlichen Rolle der Kirche in der Slowakei 270
Ján Babjak
Die griechisch-katholische Kirche in der Slowakei 282
Jaroslav Šonka
Tschechen und Slowaken – eine besondere Beziehung 292
Rudolf Grulich
Die Slowakei und „ihre" Deutschen 298
Eva-Maria Stolberg
Die Weichsel – „unbändiger" Naturstrom oder „zivilisierte" Kulturstraße? 303

Reportage
Karin Bachmann
Der „Tatra-Tiger" kommt nicht zur Ruhe 306

Länderinfo
Slowakei *(Martin Lenz)* 313

Dokumente
Die Bemühungen der katholischen Kirche um die Roma in der Slowakei 315
Die Kirchen Ungarns und der Slowakei bitten gegenseitig um Vergebung 317

Bücher 320

Stanislav J. Kirschbaum

Der Überlebenskampf der Slowakei

Die Slowakei wurde zum zweiten Mal in ihrer modernen Geschichte am 1. Januar 1993 ein unabhängiger Staat. Dies war das Ergebnis einer Abstimmung in der tschechoslowakischen Föderalversammlung vom 25. November 1992, die die Auflösung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik beschloss. Die Revolution vom November 1989, die das kommunistische Regime ablöste, ist wegen ihrer Gewaltlosigkeit und friedlichen Umsetzung bekannt als die „samtene Revolution" (in der Slowakei „freundliche Revolution"). In Analogie dazu wurde die Trennung als „samtene Trennung" (entsprechend „freundliche Trennung") bezeichnet. Damit wurde das endgültige Ende des jahrhundertelangen slowakischen Überlebenskampfes markiert.

Geographische und ethnische Grundlagen

Die Slowakei bedeckt eine Fläche von 49.035 km² und liegt im Herzen Europas. Sie wird gelegentlich wegen ihrer Gebirgsketten, bekannt als die Tatra (Hohe und Niedere Tatra), die den nördlichen Teil des großen Karpatenbogens ausmachen und etwa 30 Prozent des Territoriums bedecken, als die Schweiz Zentraleuropas bezeichnet. Berge und Flüsse bilden die Grenzen zu den Nachbarstaaten: die March und die weißen Karpaten zur Tschechischen Republik im Westen, die Tatra zu Polen im Norden und die Donau zu Österreich und Ungarn im Südwesten, die Theiss und Uh (Už) zu Ungarn und zur Ukraine im Osten.

Die Mehrheit der slowakischen Bevölkerung bilden die Slowaken, die eine westslawische, zur indoeuropäischen Sprachfamilie gehörende Sprache sprechen. Nach der letzten Bevölkerungszählung bilden die Slowaken 85,8 Prozent der gesamten Bevölkerung von 5,4 Millionen Einwohnern. Es gibt also auch nationale Minderheiten. Die größte ist die der

Prof. Dr. Stanislav J. Kirschbaum ist Professor für Internationale Studien und Politische Wissenschaften an der York University/Glendon College in Toronto, Kanada.

Ungarn (Magyaren), die 9,7 Prozent der Bevölkerung ausmachen und besonders im Südwesten und Südosten in Dörfern und kleinen Städten entlang der ungarischen Grenze wohnen. Die verbleibenden 4,5 Prozent teilen sich u. a. auf in Roma, Tschechen, Ukrainer, Deutsche und Polen.[1]

Skizzen zur frühen und mittelalterlichen Geschichte

Die heutigen Slowaken sind Abkömmlinge der Slawen, die aus dem Nordosten kommend im 6. Jahrhundert unserer Zeitrechnung in das Gebiet der heutigen Slowakei eingewandert sind.[2] Obwohl es die Erwähnung eines fränkischen Kriegsherrn namens Samo im 7. Jahrhundert gibt, der die Slawenstämme einte, beginnt die slowakische Geschichte als solche mit dem Großmährischen Reich unter Fürst Mojmír von Mähren, der Fürst Pribina von Nitra (Neutra) vertrieb und Mähren und Nitra um 833 zusammenschloss. Es erhielt seinen Namen vom byzantinischen Kaiser Konstantin VII. Porphyrogenetes, der dies in seinem Werk *De administrando imperio* erwähnt. Zur gleichen Zeit waren die Slawen dem Druck des Ostfränkischen Reiches ausgesetzt, das sich auch zur Missionierung dieses Raumes anschickte. Die Missionsarbeit stieß jedoch auf Widerstand seitens der Slawen, da sich mit der Kirche zusammen auch eine politische Vorherrschaft des Ostfränkischen Reiches abzeichnete. 861 ersuchte Fürst Rastislaw Papst Nikolaus I. um Lehrer, die mit der slawischen Sprache vertraut waren. Da er keine Antwort erhielt, wandte er sich mit derselben Bitte an den byzantinischen Kaiser Michael III. und bat auch um einen Bischof. Der Kaiser stimmte zu und entsandte 863 die griechischen Brüder Konstantin (Cyrill) und Methodios. Als Ergebnis ihrer Bemühungen begann die Christianisierung der Slawen.

Die Slowakei tritt als Teil des Großmährischen Reiches in die europäische Geschichte ein.

Der bedeutendste der großmährischen Herrscher war Svatopluk, der nicht nur die Franken in Schach hielt, sondern darüber hinaus seinen Herrschaftsbereich erheblich erweiterte. Seine Eroberungen schlossen

1 Vgl. dazu auch die Länderinformation unten S. 313f.

2 Eine frühere Einwanderung (5. Jahrhundert) wird heute kaum mehr angenommen. Die Urheimat der Slawen lag vermutlich im Nordwesten der heutigen Ukraine, in Weißrussland und Nordostpolen.

Territorien im heutigen Polen, den größten Teil des heutigen Tschechiens und Teile Ungarns ein. Es gelang ihm zusätzlich, päpstlichen Schutz zu erhalten (Bulle *Industria tuae* von Papst Johannes VIII., 880). Als er 894 starb, fielen die eroberten Gebiete rasch wieder ab. Sein Sohn und Nachfolger Mojmír II. war unfähig, den vereinten Angriffen der Deutschen und Magyaren zu widerstehen. Nach 906 kamen die Slowaken unter die Herrschaft der magyarischen Stämme, die sich nach der verlorenen Schlacht auf dem Lechfeld bei Augsburg (955) in der Donauebene niederließen und dort zu Beginn des zweiten Jahrtausends ein neues Königreich, Ungarn, begründeten. Die Vorfahren der heutigen Slowaken erhielten bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts keine Gelegenheit mehr, einen eigenen Staat zu schaffen. Die großmährische Episode hinterließ den Slowaken ein bedeutendes Erbe, nämlich das *Christentum.* Es repräsentiert eines der beiden Themen, die die slowakische Geschichte durch alle Zeitalter hindurch beherrschten, das andere ist der *Kampf ums Überleben.*

In den nächsten 500 Jahren waren die Beziehungen zwischen Slawen und Magyaren zwar nicht immer harmonisch, dennoch ohne größere Konflikte. Die Magyaren konsolidierten ihren Staat, Christentum und Erziehungswesen breiteten sich aus, verschiedene Orden ließen sich im Lande nieder und gründeten Klöster und Schulen auf slowakischem Territorium. Das Königreich selbst organisierte sich auf der Grundlage von Grafschaften, deren jede von einem Administrator *(župan)* geleitet wurde. Bis in die Neuzeit hinein nahmen die Einwohner der Slowakei an der sozialen, politischen und ökonomischen Entwicklung des ungarischen Königreiches teil, und sie waren ebenso den Folgen der Mongoleninvasion im 13. Jahrhundert wie der Ausbreitung des Hussitentums in den Jahren nach 1440 ausgesetzt.

Herausragend an dieser ungarischen Periode der slowakischen Geschichte ist der slowakische Anteil an der europäischen Kultur. Hervorragende gotische Kathedralen und Kirchen findet man in der gesamten Slowakei, aber kein anderes Kunstwerk aus der gotischen Epoche ist so künstlerisch bedeutend und reich ausgeschmückt wie der 1517 von „Majster Pavol“[3] vollendete Altar in der Kirche St. Jakob in Levoča.

[3] „Majster Pavol“, zu deutsch „Meister Paul“. Sein Werk in Levoča (Leutschau) zählt zu den bedeutendsten Arbeiten der europäischen Spätgotik und steht auf einer Stufe mit Arbeiten von Tilman Riemenschneider und Veit Stoß. Bildmaterial ist u. a. unter http://www.spis.sk/regiony/levoca/de.html einsehbar (Anm. d. Redaktion).

Während der Herrschaft von König Matthias Corvinus (regierte 1458-1490) wurde in Bratislava 1465 auch eine Universität, die „Academia Istropolitana" gegründet. Sie überlebte allerdings ihren Gründer nicht und wurde 1490 geschlossen.

Die neuzeitliche Entwicklung

Mit der osmanischen Besetzung Ungarns nach der Schlacht von Mohács (1526) entwickelte sich das Gebiet der heutigen Slowakei zu dem, was die Historiker das „königliche Ungarn" (auch „Oberungarn") nennen, de facto mit Bratislava (damals auf Slowakisch Prešporok genannt, lateinisch Istropolis oder Posonium, ungarisch Pozsony und deutsch Pressburg) als Hauptstadt. Die südslowakischen Städte und Dörfer blieben allerdings von häufigen türkischen Überfällen während der 150 Jahre, als das Osmanische Reich den Rest Ungarns kontrollierte, nicht verschont. Zu erwähnen sind außerdem Reformation, Gegenreformation und sechs ungarische Aufstände gegen die habsburgischen Herrscher mit ihren Auswirkungen auf das slowakische Gebiet. Die Wirtschaft der Region, die sich während des Mittelalters hervorragend – besonders im Bergbau – entwickelt hatte, verfiel infolge der Verlagerung der europäischen Handelsströme nach Westeuropa.

Die Slowaken wurden, nachdem die Jesuiten 1635 die Universität Trnava und 1657 eine weitere Universität in Košice gegründet hatten, stark durch die Gegenreformation geprägt. Vorher war die Reformation in den slowakischen Städten auf fruchtbaren Boden gestoßen, besonders in den Bergbaustädten, in denen es einen bedeutenden deutschen Bevölkerungsanteil gab. Auf der Synode von Žilina bildete sich 1610 die slowakische lutherische Kirche. Die Herausgabe der *Cithara Sanctorum*, eines lutherischen Gesangbuches, durch Juraj Tranovský 1636 in Levoča und des *Cantus Catholici*, eines katholischen Gesangbuches, von Benedikt Söllöši 1655 in Trnava bezeugen den „Wettkampf" um die Seelen der Menschen auf slowakischem Territorium. Beide Publikationen sind Zeugnisse für die Entwicklung des slowakischen Selbstbewusstseins, denn beide Bücher wurden teils in Latein, teils in Slowakisch geschrieben. Bis Ende des 17. Jahrhunderts, als Ungarn von der Herrschaft der Osmanen befreit war, hat sich dann die Gegenreformation in

Reformation, Gegenreformation und Türkenkriege hinterließen ihre Spuren.

der Slowakei durchgesetzt; besonders erwähnt werden sollte das Wirken von Peter Kardinal Pazmaň SJ, Erzbischof von Ostrihom[4].

Im 18. Jahrhundert entwickelten sich die habsburgischen Länder, zu denen mit Ungarn auch das slowakische Territorium gehörte, zu einem absolutistischen Staat mit zeitgemäßen modernen Tendenzen in Politik und Verwaltung. Diese wirkten sich allerdings nicht unbedingt positiv auf die Slowaken aus. So wurde etwa 1777 die Universität von Trnava nach Buda verlegt. Eine Herausforderung anderer Art bildete die Veränderung des nationalen Gleichgewichts im Königreich Ungarn, als neue Siedler eingeladen wurden, sich in den von den Osmanen verwüsteten Landstrichen niederzulassen. Am Ende der Regierung von Kaiserin Maria Theresia (1780) zählten die Magyaren ungefähr 3,25 Millionen Menschen und repräsentierten nur 35 Prozent der gesamten Bevölkerung.[5] Im Königreich Ungarn waren die Slowaken die größte Minderheit mit ungefähr 1,25 Millionen Menschen. Hier liegt der Ursprung für die Konflikte zwischen Magyaren und Slowaken im 19. und 20. Jahrhundert.

Ursachen und Verlauf des slowakisch-ungarischen Konflikts

Das erste Zeichen für diesen Konflikt setzte im Jahr 1722 Michal Benčik, ungarischer Professor für Staatsrecht an der Universität Trnava, mit der Behauptung, die slowakischen Adligen von Trenčín seien Nachkommen der Untertanen Svatopluks, der angeblich sein Land für ein weißes Pferd an die Magyaren verkauft hätte. Er erntete Widerspruch z. B. von Ján Balthazár Magin, Samuel Timon und Matej Bel, die sich auf ältere Historiker und deren Arbeiten über die Slawen in Ungarn beriefen (z. B. Peter Rivai und Jakob Jakobeus). Die Slowaken sollten, so meinten sie, nicht ihre Geschichte oder ihr Recht darauf verleugnen. Genau dieses Recht wurde jedoch nun immer stärker herausgefordert, und diese Herausforderung war ein Teil des Überlebenskampfs, in dem sich die Slowaken gegenüber den Ungarn befanden – ein Prozess, der darauf abzielte, den multinationalen ungarischen Staat in einen magyarischen Einheitsstaat

[4] Bekannter unter dem ungarischen Namen Peter Kardinal Pázmány SJ (1570-1637). Ostrihom ist der slowakische Name für Esztergom (deutsch: Gran), Sitz des Primas von Ungarn.

[5] Nicht berücksichtigt wird hier Kroatien, das seit dem 11. Jahrhundert mit der ungarischen Krone verbunden war, jedoch immer einen gewissen Sonderstatus wahrte.

zu verwandeln. Um dies zu erreichen, betrieben die Ungarn einen Assimilierungsprozess, bekannt als *Magyarisierung*.

Die Sprache wurde eines der wichtigsten Werkzeuge im slowakischen Überlebenskampf. Die slowakische Sprache benötigte eine eigene Verschriftung, da ein starker Druck vonseiten der älteren tschechischen Literatursprache herrschte, diese als Verschriftung des Slowakischen anzuerkennen; hierfür traten besonders die slowakischen Lutheraner ein. Die damit verbundenen Auseinandersetzungen beherrschten die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts und wiesen auf kommende Konflikte hin. Kurz gefasst ging es darum, das Tschechische völlig zu übernehmen und damit zugleich zu behaupten, das Slowakische sei keine eigene Sprache, sondern nur ein Dialekt des Tschechischen. Anton Bernolák veröffentlichte 1790 die erste Darlegung der slowakischen Schriftsprache, die auf der Sprache beruhte, die besonders unter den katholischen Slowaken in der Westslowakei, teilweise aber auch unter den lutherischen Slowaken im Gebrauch war. Bernoláks Festlegungen wurden jedoch nicht von allen Slowaken akzeptiert und daher Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Kodifizierung Ľudovít Štúrs ersetzt, der mittelslowakische Dialekte als Grundlage für die Schriftsprache ansetzte.

Die Französische Revolution hatte nur geringes Echo in den habsburgischen Ländern; immerhin aber führte sie zur Verschwörung von Ignác Martinovič (1795 hingerichtet), der die Bildung einer autonomen Slowakei innerhalb Ungarns vorschlug. Weniger die Revolution von 1848/49 war es, die die Slowaken zum Handeln zwang – vielmehr war es der Druck der Ungarn, die die Assimilation der Slowaken vorantreiben wollten. Die slowakischen Führer Ľudovít Štúr, Jozef Miloslav Hurban und Michal Miloslav Hodža riefen im September 1848 einen slowakischen Nationalrat zusammen, der die politische Unabhängigkeit von Ungarn erklärte und einen bewaffneten Aufstand ausrief. Schlecht organisiert und schlecht geführt, schlug diese Rebellion 1848/49 fehl; als Zäsur ist sie jedoch von grundlegender Bedeutung, denn von nun an nahmen die Slowaken endgültig ihr Schicksal in ihre eigenen Hände. Die *Forderungen der slowakischen Nation* vom Mai 1848 sind das erste entsprechende Dokument. Die eigentliche Herausforderung lag allerdings darin, die Wege und Mittel zur Erreichung slowakischer Ziele zu finden.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ging der slowakische Überlebenskampf an zwei Fronten weiter: der politischen und der kulturellen. An der politischen Front versuchten die slowakischen Führer 1861 mit dem

Memorandum der slowakischen Nation, ihre Situation darzulegen und sich der Magyarisierung zu widersetzen, wiederum ohne Erfolg. Dennoch bildeten sich gegen Ende der Monarchie politische Parteien in der Slowakei. Auf der kulturellen Seite gab es einigen Erfolg bei der Errichtung der „Matica Slovenska" (Slowakisches Kulturinstitut) 1863 und der Eröffnung von drei slowakischen Gymnasien. Als Folge des österreichisch-ungarischen Ausgleichs von 1867 wurden jedoch das slowakische Kulturinstitut und die drei Gymnasien 1875 geschlossen. Dennoch wuchs und entwickelte sich das slowakische Kulturleben weiter. Die slowakische Literatur blühte mit Romanen, Gedichten und Erzählungen von Pavol Országh Hviezdoslav, Martin Kukočín und Svetozár Hurban Vajanski auf; ähnliches gilt für Musik und Historiographie. Ungarn entwickelte sich industriell und gesellschaftlich, ebenso – wenn auch in geringerem Umfang, die Slowakei. Den Ausschlag für die weitere Entwicklung brachten dann internationale Ereignisse. Der Erste Weltkrieg eröffnete den Slowaken eine andere Option als den Verbleib im ungarischen Königreich. Die politische Union mit den Tschechen tat sich als der gangbarste Weg auf, und am Ende des Krieges (Treffen in Turčiansky Svätý Martin, Oktober 1918) wurde in der *Erklärung der slowakischen Nation* diese Union von allen politischen Gruppierungen der Slowakei anerkannt.

Von der Tschechoslowakei zur unabhängigen Slowakei

Obwohl es die einzige realistische Lösung war, gab es bei der tschechisch-slowakischen Option eine dünne Verbindungslinie zur Vergangenheit, sowohl mit Blick auf politische Alternativen als auch mit Blick auf die Geschichte der beiden Nationen. Nichtsdestoweniger behauptete die tschechoslowakische Historiographie später, dass die Tschechen und Slowaken bereits zur Zeit des Großmährischen Reiches im frühen Mittelalter einen gemeinsamen Staat gebildet und darüber hinaus jahrhundertelange Verbindungen bestanden hätten, etwa durch die Hussiten in der Slowakei. Der frühere Gebrauch des Tschechischen als Schriftsprache durch die Slowaken und einer veralteten Fassung durch die slowakischen Lutheraner noch bis ins 19. Jahrhundert wurden als weiterer Beweis für die Notwendigkeit und Unausweichlichkeit der Union zwischen beiden Nationen angesehen.

Noch vor der Schaffung der tschechoslowakischen Republik 1918

hatten tschechische und slowakische Organisationen in den USA während des Ersten Weltkriegs zwei Übereinkommen unterzeichnet, die eine politische Union zwischen den beiden Nationen in einem gemeinsamen Staat umrissen. Das „Cleveland Agreement" (1915) schlug eine Konföderation zwischen der Slowakei und den tschechischen Landesteilen (Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien) vor. Weil dies im Hinblick auf die tschechische politische Führung problematisch war, wurden die Slowaken gebeten, den „Pittsburgh Pact" von 1918 zu unterzeichnen, der der Slowakei ein gewisses Maß an Autonomie in einem Zentralstaat zusicherte. Die Notwendigkeit, einen solchen Staat zu schaffen, wurde gerechtfertigt durch die besonderen Herausforderungen der mitteleuropäischen Nachkriegspolitik. Die politische Führung in Prag erklärte dann, diese Union aus Tschechen und Slowaken hätte eine tschechoslowakische Nation geschaffen, in der die Slowaken ein Zweig derselben seien und ihre Sprache ein Dialekt des Tschechischen. Der „Tschechoslowakismus" bildete die offizielle Regierungspolitik in Richtung der Slowaken. Einmal mehr sahen sich die Slowaken zu einem Kampf ums nationale Überleben gezwungen.

Der „Tschechoslowakismus" bildete eine neue Bedrohung für die slowakische Identität.

Die erste tschechoslowakische Republik, die am 28. Oktober 1918 das Licht der Welt erblickte, war ein zentralistisch ausgerichteter demokratischer Staat, der ordnungsgemäß verlaufende Wahlen abhielt, auf rechtsstaatlichen Prinzipien beruhte und seinen Bürgern alle Rechte und Privilegien, die in einer Demokratie üblich sind, gewährleistete. Die Tschechoslowakei war der einzige Staat dieses Typs im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit. Die Slowakei und die Slowaken gewannen sehr viel aus ihrer Union mit den Tschechen: Das slowakische Erziehungswesen, die Künste und Kultur blühten, die Spuren der feudalen Vergangenheit wurden beseitigt – kurz: Der Staat und die Gesellschaft entwickelten sich stetig in Richtung Moderne. Die slowakische industrielle Entwicklung war jedoch wesentlich niedriger als in den tschechischen Landesteilen. Aus dem „Tschechoslowakismus" heraus verstand sich die Tschechoslowakei immer stärker als ein tschechischer ethnischer Nationalstaat – und dies bildete die Hauptherausforderung für die Demokratie. Die größte politische Partei, in der sich die slowakische Opposition zu Wort meldete – ohne jedoch den Staat zerstören zu wollen –, war die Slowakische Volkspartei unter Führung von Andrej Hlinka (1864-1938), einem der bedeutendsten slowakischen Politiker des 20. Jahrhunderts. In den

Wahlen von 1925, 1929 und 1935 gewann diese Partei die größte Anzahl von Sitzen in der Slowakei. Ihr Programm basierte auf den Grundsätzen des „Pittsburgh Pact" – das Zugeständnis der Autonomie für die Slowakei – und auf der Verteidigung der nationalen, politischen, sozialen und ökonomischen Interessen der slowakischen Bevölkerung, die im Gegensatz zu den Tschechen in ihrer religiösen Zuordnung ganz überwiegend katholisch geprägt war. Die übrigen politischen Parteien in der Slowakei standen als Ableger tschechischer Parteien den Autonomiewünschen der Slowakei reserviert gegenüber.

Die internationale Situation in Mitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg war bestimmt vom allmählichen Wiedererstarken der deutschen Machtstellung und damit zusammen von der Revision des Vertragssystems von Versailles. Die Tschechoslowakei wurde eines der Opfer der deutschen Expansion, zunächst mit dem Münchener Abkommen (1938), demzufolge das Sudetenland an Deutschland abgetreten wurde, und dem Ersten Wiener Schiedsspruch (1938), wonach Teile der Slowakei an Ungarn fielen. Schließlich erfolgte unter deutschem Einfluss die Erklärung der Unabhängigkeit der Slowakei am 14. März 1939, wodurch die erste Slowakische Republik entstand. Während des Zweiten Weltkriegs war die Slowakei ein Verbündeter Deutschlands und nahm auch an der Vernichtung der europäischen Juden teil; zwei Drittel der jüdischen Vorkriegsbevölkerung wurden nach Deutschland und Polen deportiert, wo der größte Teil ermordet wurde. In den sechs Jahren ihres Bestehens (1939-1945) gab die Slowakische Republik den Slowaken auch die Möglichkeit, Erfahrungen mit der Selbstregierung zu sammeln. Dennoch sollte der erste moderne slowakische Staat nicht das Ende dieser Geschichtsphase überleben. Im August 1944 brach ein bewaffneter Aufstand aus, der die Rückkehr der Slowakei in die Tschechoslowakei einleitete.

In der Nachkriegsära befand sich die Slowakei erneut in einem Kampf ums Überleben, besonders nachdem das kommunistische Regime im Februar 1948 an die Macht gekommen war. Obwohl nun das Konzept der zwei Nationen akzeptiert wurde, setzte sich der „Tschechoslowakismus" latent fort, wobei der Slowakei ein gewisses Maß an Autonomie zugestanden wurde. Attackiert wurden besonders die Religiosität und Anhänglichkeit der Slowaken an die katholische Kirche. Der Kampf scheiterte aber an beiden Fronten: 1968 wurde, als der „Prager Frühling" sich um die Schaffung eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" bemühte, unter der Führung eines Slowaken, Alexander Dubček, der

Staat in eine Föderation aus der Tschechischen Sozialistischen Republik und Slowakischen Sozialistischen Republik umgewandelt. In den achtziger Jahren nutzten die Slowaken jährliche Wallfahrten zu verschiedenen Wallfahrtsorten, um auf ihre Art politischen und nationalen Widerstand zu demonstrieren. Als das kommunistische System im November 1989 zusammenbrach, wurde nicht nur die religiöse Freiheit wieder hergestellt, sondern die politischen Führer in der Slowakei suchten nun auch eine Lösung die für tschechoslowakischen Beziehungsprobleme zu finden, und zwar so, dass beide als gleichberechtigte Partner in der Tschechoslowakei verbleiben konnten. Trotz intensiver Verhandlungen und vieler Vorschläge verliefen die Bemühungen erfolglos, sodass der gemeinsame Staat der Tschechen und Slowaken am 31. Dezember 1992 zu existieren aufhörte.

Die Erosion des kommunistischen Systems beschleunigte den Zerfall der Tschechoslowakei.

Optionen für die Zukunft

Der slowakische Überlebenskampf, wie er definiert wurde und sich in der Vergangenheit abgespielt hat, ist nun vorbei. Die Slowakei und die Slowaken sind nun in der postkommunistischen Ära mit wirtschaftlichen und politischen Transformationsproblemen konfrontiert.[6] Nach der Unabhängigkeitserklärung bestand die größte Herausforderung in der Schaffung neuer staatlicher Institutionen. Die zweite Slowakische Republik bemühte sich – ebenso wie die Tschechische Republik – sofort um internationale Anerkennung und wurde bereits am 19. Januar 1993 Mitglied der UNO und anderer internationaler Körperschaften. Die Innenpolitik litt jedoch besonders während der Regierung von Vladimír Mečiar (1994-1998) unter vielen Brüchen und hatte erhebliche Probleme bei der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit. Dies führte dazu, dass die Slowakei von der ersten Osterweiterung der NATO 1997 ausgeschlossen blieb.

Auf der anderen Seite war die wirtschaftliche Transformation erfolgreicher, besonders nachdem Mikuláš Dzurinda im September 1998 eine Koalition gebildet hatte, die die Slowakei auf einen demokratischeren

[6] Vgl. dazu auch die Beiträge von Jaroslav Daniška und Peter Rival in vorliegendem Heft (Anm. d. Redaktion).

Weg zurückbrachte. Die Slowakei wurde im November 2002 in die NATO und im Mai 2004 in die EU aufgenommen. Die Parlamentswahlen im Juni 2006 führten zur Bildung einer Koalitionsregierung unter Robert Fico, die seither einige innenpolitische Maßnahmen der Vorgängerregierung auf Druck der EU revidiert hat. Im Ergebnis sieht sich die neue Regierung vor die Aufgabe gestellt, einerseits den Reformprozess fortzuführen, andererseits die Reformen sozial verträglicher zu gestalten. Vielleicht liegt hierin der neue slowakische Überlebenskampf: die Verteidigung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Integrität der Slowakei bei gleichzeitiger Teilnahme am EU-Entwicklungsprozess.

Aus dem Englischen übersetzt von Christof Dahm.

Literaturhinweise

Stanislav J. Kirschbaum: A History of Slovakia. The Struggle for Survival. 2. Aufl. New York: Palgrave Macmillan, 2005.

Roland Schönfeld: Slowakei. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. (Ost- und Südosteuropa. Geschichte der Länder und Völker). Regensburg: Pustet, 2000.

Tatjana Tönsmeyer: Das Dritte Reich und die Slowakei, 1939-1945. Politischer Alltag zwischen Kooperation und Eigensinn. (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart). Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2003.

Jaroslav Daniška

Die beiden wichtigsten Problemfelder in der Slowakei seit 1989

Zu den größten Herausforderungen, denen sich die Slowakei seit 1989 stellen muss, gehört eine Kombination von zwei Problemfeldern:

- Probleme, die mit dem Erbe des Kommunismus, der damit verbundenen ökonomischen Liberalisierung, und dem allgemeinen Wandel in der Gesellschaft zusammenhängen.
- Probleme, die mit der derzeitigen Krise des Westens – sozusagen mit dem Erbe der Modernisierung – zusammenhängen. Unter dieser Krise verstehe ich die Krise der Familie, die demografische Krise, das Problem der Säkularisierung bzw. Ausgrenzung der Religion vom öffentlichen Leben.

Diese zwei Problembereiche haben ihren philosophischen und historischen Ursprung in der Aufklärung. Beide Aspekte müssen jedoch getrennt betrachtet werden. Der Grund hierfür liegt in der Zuspitzung der Probleme nach der Wende, als der Großteil der Bevölkerung eine unmittelbare politische Lösung erwartete. Der Problembereich, der mit der Krise der modernen Gesellschaft zusammenhängt, ähnelt im Grunde den Problemen der westlichen Länder, die den Kommunismus nicht erlebten.

Ich bin der Meinung, dass sich gerade im Bewusstsein der Krise bzw. im Fehlen dieses Bewusstseins in der slowakischen Bevölkerung auch die Antwort auf die Frage verbirgt, warum die slowakische Gesellschaft in einem von diesen Bereichen fortschreitenden Erfolg verzeichnet, während sie in dem anderen stagniert oder sich ihr Zustand sogar verschlechtert.

Jaroslav Daniška ist Redakteur der katholischen Zeitschrift „Impulz" (www.impulzrevue.sk) und war u. a. in den vergangenen Jahren als Berater des slowakischen Innenministers Vladimír Palko (KDH) tätig.

Das Erbe des Kommunismus

Die Slowakei wurde als ein Teil der Tschechoslowakei nach einem Putsch im Februar 1948 zu einem kommunistischen Land. Trotz der Tatsache, dass 1946 die freie Wahl in der Slowakei mit einer Zweidrittelmehrheit von der antikommunistischen Demokratischen Partei gewonnen wurde, kamen in Anbetracht des Wahlergebnisses in der gesamten Tschechoslowakei die Kommunisten an die Macht. Sie begannen sofort mit der Verfolgung der Opposition und bauten ein totalitäres Regime auf. Obwohl dieses kommunistische Regime in der Slowakei (damals noch Tschechoslowakei) 1989 – also vor 17 Jahren – gefallen ist, muss man sich bewusst machen, zu welch großen gesellschaftlichen Schäden es während der über 40 Jahre dauernden Herrschaft geführt hat. Das totalitäre Regime hatte das gesamte gesellschaftliche Leben verändert. Nur ein paar Beispiele seien erwähnt.

In der kommunistischen Tschechoslowakei kam es, wie in der DDR und der UdSSR, zu einem der größten *Verstaatlichungsprozesse* innerhalb des ehemaligen Ostblocks. Am Ende des Jahres 1989 war alles bis auf einen kleinen Rest Privateigentums im Besitz des Staates. Die nach der Wende durchgeführte Privatisierung – zum Teil noch in der Tschechoslowakei, zum Teil nach der Selbstständigkeit der Slowakei – war ein komplizierter und schwieriger Prozess ohne Präzedenzfall. Obwohl es unter der Regierung von Vladimír Mečiar (1994-1998) zur Kriminalisierung dieses Prozesses kam, ist es wichtig festzuhalten, dass das größte Verbrechen die Verstaatlichung selbst war und nicht die Fehler bei der Reprivatisierung. Die wirtschaftliche Liberalisierung stärkte über den materiellen Transfer hinaus auch den Respekt für das Privateigentum und für die daraus resultierenden Rechte und Pflichten.

Die nach der Wende durchgeführte Privatisierung in der Slowakei war ein komplizierter und schwieriger Prozess ohne Präzedenzfall.

Ein anderes Beispiel für das Erbe des Kommunismus war das Problem der *Eliten*, sowohl das Schicksal der alten als auch die Rekrutierung der neuen. Dem kommunistischen Regime war gleich nach 1948 bewusst, dass es unbedingt notwendig war, mit allen möglichen Zentren des antikommunistischen Widerstandes unter den Eliten abzurechnen. Deswegen kam es u. a. zur Verfolgung und Verhaftung der gesamten kirchlichen Hierarchie, sodass Anfang der fünfziger Jahre kein einziger der bisherigen katholischen Bischöfe mehr auf freiem Fuß war. Oben-

drein wurden die Rechte der Kirche über 50 Jahre streng reglementiert. Die Reaktion der katholischen Kirche auf diese Bedrohung war die Gründung der „Geheimkirche", die über 27 Jahre vom 1951 geheim geweihten Bischof Ján Chryzostóm Korec geleitet wurde.

Bischof Korec wurde später selbst verhaftet, ebenso wie Dutzende engagierter Laien, die die faktische Opposition gegen das Regime bildeten. Erst in den sechziger Jahren wurden sie aus der Haft entlassen und setzten ihre geheimen Aktivitäten fort. Infolge der Ausschaltung der alten Eliten fanden sich nach dem Sturz des Regimes bis auf wenige Ausnahmen in mehreren Berufszweigen kaum mehr unbelastete Vertreter der mittleren und älteren Generation. Anfang der neunziger Jahre hatte die Slowakei keine Wirtschaftexperten, Journalisten und oft auch keine Lehrer über 35, die nicht wegen ihrer Vergangenheit diskreditiert waren.

Unter dem Erbe des Kommunismus muss man deswegen einen ganzen Komplex von Problemen verstehen, die Folgen einer totalitären kommunistischen Regierung sind:

- Verletzung der natürlichen Rechte und Freiheiten,
- Nichtrespektieren der Glaubensfreiheit und der politischen Freiheit,
- Verstaatlichung von Privateigentum und
- weitere umfassende Schäden, die sowohl Einzelpersonen als auch die Gesellschaft insgesamt betrafen.

Es ist klar, dass es nach dem Sturz des Regimes keinen breiten gesellschaftlichen Konsens im Hinblick auf die Liberalisierung der Wirtschaft und Transformation der Gesellschaft geben konnte. Vorhanden war aber der sichtbare und unglaublich große Rückstand hinter dem Lebensniveau des Westens und ein daraus folgendes Krisenbewusstsein. Einigkeit herrschte darüber, die Probleme der Wirtschaft und der rasch wachsenden Arbeitslosigkeit so schnell wie möglich zu lösen. Bei den meisten Reformen ging man dabei mit der so genannten „Schocktherapie" vor – plötzliche und schnell akzeptierte Maßnahmen, über die in der breiten Öffentlichkeit nicht diskutiert wurde, die die Gesellschaft vielmehr als unausweichliche Schritte begriffen hat.

Während der Regierung von Vladimír Mečiar (1994-1998) war die Slowakei international isoliert, was sich negativ auf die politischen und ökonomischen Interessen des Landes auswirkte. Sie wurde nicht mit den anderen „Visegrád"-Ländern (d. h. Polen, Tschechien und Ungarn) 1999 in die NATO aufgenommen; die Verhandlungen über den EU-Beitritt

wurden eingestellt, und als Folge dessen war die Slowakei im Rückstand mit der Einwerbung von Auslandsinvestitionen.

Die Masse der grundlegenden demokratischen und ökonomischen Reformen fand in den Jahren 1990-1992 statt. Zu den weitreichenden Reformen der so genannten zweiten Generation kam es dann in den Jahren 2002-2004. Konkret ging es dabei um Bereiche, durch die die Slowakei in jüngster Vergangenheit die Aufmerksamkeit des Auslandes auf sich gezogen hat:

- eine Steuerreform, die das Steuersystem durch Einführung eines einheitlichen Steuersatzes vereinfachte,
- eine Rentenreform mit der Verpflichtung zu eigenverantwortlichem Sparen,
- juristische Reformen und ein neues Strafgesetzbuch,
- Neuorganisation der Polizei und der Gerichte,
- soziale Reformen
- ein liberales Arbeitsrecht,
- die Liberalisierung des gesamten Marktes,
- eine Schulreform,
- Dezentralisierung des Landes,
- Gründung von Institutionen, die sich mit dem Erbe der Vergangenheit auseinandersetzen, und solchen, die sich besonders mit der Zeit der totalitären Herrschaft beschäftigten (z. B. das „Institut für das Volksgedächtnis").

Alle diese großen gesellschaftlichen Veränderungen haben sich kurz vor oder gleichzeitig mit dem Beitritt der Slowakei zur EU (2004) abgespielt; mit der Integration selbst hängen sie aber nicht zusammen. Vielmehr herrschte ein Bewusstsein ihrer Notwendigkeit.

Trotz des Sieges der sozialdemokratischen Opposition bei den Wahlen im Juni 2006 kann man von einem bedeutenden nationalen und internationalen Erfolg sprechen. Die Arbeitslosenquote sank von 20 Prozent auf 10 Prozent, wobei der günstige Trend anhält, die ausländischen Investitionen immer noch ansteigen und einige langfristige demografische und sozialstaatliche Probleme, wie z. B. die Rentenreform, befriedigend gelöst werden konnten. Man sollte von der neuen Regierung auch nicht die Wiederherstellung früherer Zustände erwarten. Die Einheitssteuer, die Rentenreform sowie auch die speziellen Gerichte gegen die Mafia und die Korruption

In der Entwicklung der Slowakei nach 1989 sind zwei große Abschnitte der Reform festzustellen: 1990-1992 und 2002-2004.

wurden zu Symbolen, die eine breite gesellschaftliche Unterstützung genießen; daher wird es schwierig sein, sie abzuschaffen. Sofern es in den nächsten zwei Jahren nicht zu irgendwelchen unerwarteten Änderungen kommt, wird sich die Slowakei 20 Jahre nach dem Sturz des Kommunismus wirtschaftlich betrachtet in einer Lage befinden, die wahrscheinlich nicht einmal die liberal orientierten Dissidenten von 1989 erwartet hatten.

Wichtig ist noch folgender Aspekt: Obwohl nach dem November 1989 nicht alles, was mit dem Kommunismus zusammenhing, aus der Gesellschaft radikal entfernt worden war, begann die große Masse der Bevölkerung, mit der totalitären Vergangenheit abzurechnen. Dies hängt zusammen mit der Existenz des „Instituts für Nationales Gedenken" und mit der vollständigen Veröffentlichung von relevanten Archiv-Einträgen.

Trotz der Probleme in manchen Bereichen (vor allem die Nöte der Langzeitarbeitslosen, die Benachteiligung der älteren Generation, der Entwicklungsrückstand mancher Regionen und die fehlende Integration der Roma) kann man sagen, dass sich das Land im Hinblick auf das steigende Lebensniveau und damit den Anschluss an den Westen auf einem guten Weg befindet.

Die Krise der Modernisierung

Eine Trennung der Problembereiche „Kommunismus" und „Modernisierung", bei denen es de facto viele Gemeinsamkeiten gibt, scheint mir sinnvoll zu sein, um den Unterschied zwischen den Problemen, die schon befriedigend gelöst sind, und denen, die auf die entscheidende Lösung noch warten, zu zeigen. Ein weiterer Grund für dieses Vorgehen ist die leichtere Verständlichkeit für den westlichen Leser: Einige Probleme betreffen die postkommunistische genauso wie die westliche Gesellschaft (z. B. die Krise der Familie), andere Probleme kennen die westeuropäischen Länder glücklicherweise nicht (Privatisierung, Abbau des kommunistischen Erbes).

Neben dem Kampf um die Demokratie, um die Stabilität der demokratischen Institutionen, um den Rechtsstaat und den freien Markt gibt es weitere Bereiche, ohne die man sich eine freie Gesellschaft gar nicht vorstellen kann. So wie ein freies Land ohne die Existenz von freiem Handel und freiem Markt unvorstellbar ist, kann man sich eine Gesell-

schaft ohne *Familien* oder *Kirchen,* die zu Gunsten der Gesellschaft wirken, nicht vorstellen. Mit anderen Worten: Unvereinbar mit der Freiheit ist auch eine Gesellschaft, in der das Verbrechen nicht bestraft und das Eigentum nicht respektiert wird. Genauso unvorstellbar ist eine freie Gesellschaft ohne Institutionen, die für eine Erziehung zu dem, was richtig oder falsch ist, sorgen, und ohne Bewusstsein für das, was Tugend beinhaltet.

Die slowakischen Erfahrungen mit den totalitären Regimen des 20. Jahrhunderts führten – genauso wie z. B. im Werk von Alexis de Tocqueville[1] vorgezeichnet – zu dem Schluss, dass für den Erhalt der Freiheit außer den individuellen Rechten und dem freien Markt weitere Institutionen wesentlich sind, nämlich die *Familie* und die *Religion.* Natürlich entstehen aus den gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Einzelpersonen und dem Staat zahlreiche weitere Verbindungen, dennoch steht meines Erachtens die Position der Familie und der Kirche im Vordergrund.

In der Slowakei bildeten gerade die Familien das Milieu, in dem die Werte von Generation zu Generation weitervermittelt wurden und die damit – zusammen mit der Wiederbelebung der in der Öffentlichkeit wirkenden Kirchen – zum Sturz des kommunistischen Regimes führten. Selbstverständlich spielte auch die nichtfunktionierende zentral geplante Wirtschaft eine Rolle, aber die „Anwälte der Freiheit" waren vor allem die Kirchen und die Familien. Konkret: Dem kommunistischen Regime gelang es nicht, das häusliche Milieu zu zerstören oder durch etwas völlig Neues zu ersetzen (wie von Leo Trotzki[2] empfohlen). Die Kirche trat nach der harten Verfolgungsphase in den fünfziger Jahren

In der Slowakei bildeten gerade die Familien – zusammen mit den wieder öffentlich wirkenden Kirchen – das Milieu, in dem die Werte von Generation zu Generation weitervermittelt wurden, was letztlich zum Sturz des Systems führte.

1 In seinem Hauptwerk „De la Démocratie en Amérique" (2 Bände, 1835-1840) lieferte der französische Politiker und Schriftsteller Alexis de Tocqueville (1805-1859) eine grundlegende Analyse des Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft in den USA. Seine Überlegungen zur Beziehung von Freiheit und Gleichheit in der Demokratie haben bis heute kaum an Aktualität verloren (Anm. d. Redaktion).

2 Leo D. Trotzki (1879-1940), neben Wladimir I. Lenin der wichtigste politische und geistige Führer der russischen Oktoberrevolution und der ersten Jahre des Sowjetstaates (Anm. d. Redaktion).

wieder aus dem Untergrund an die Öffentlichkeit, und mit ihrem öffentlichen Wirken (Wallfahrten, Protestaktionen Demonstrationen) wuchs ihr Einfluss. Und so, wie es de Tocqueville am Beispiel der Demokratie in den USA zeigte, ist es eben die Rolle der Familie und die öffentlich gegenwärtige Religion, die den Erhalt der Freiheit und die Beschränkung der Macht des Staates fördern.

Wie hängt das nun mit den Problemen zusammen, die hier als Krise der Modernisierung bezeichnet wurden? So wie im westlichen Europa ist auch in der Slowakei gegenwärtig das größte Problem die *Krise der Familie* und die fortschreitende *Säkularisierung* der Gesellschaft. Im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied: Diese Erscheinung wird nicht von der Immigration nichteuropäischer, überwiegend muslimischer Bevölkerung begleitet, und so ist sie auch nicht mit den Problemen des Multikulturalismus verbunden.

Die Krise der Familie offenbart sich auf mehrere Arten. Am sichtbarsten sind die demografische Krise, Scheidungen und die fortschreitende Schwächung des gesellschaftlich privilegierten Stellenwertes der Familie. Obwohl die slowakische Gesellschaft noch einen positiven natürlichen Bevölkerungszuwachs hat, handelt es sich um sehr niedrige Zahlen mit sinkender Tendenz. Während 1960 mehr als 22 Kinder auf 1.000 Einwohner geboren wurden, waren es im Jahr 1983 noch 18 Neugeborene, im Jahr 1990 15 und 2005 nur noch 10 Neugeborene auf 1.000 Einwohner. In absoluten Zahlen bedeutet das einen übergroßen Rückgang von mehr als 100.000 neugeborenen Kindern pro Jahr in der Vergangenheit auf die heutigen nur noch knapp über 50.000 Kinder. Der Maßstab der Fruchtbarkeit – umgerechnet auf die Zahl der Kinder pro Frau – liegt in der Slowakei bei 1,25. Das bedeutet in letzter Konsequenz ein Schrumpfen der Bevölkerung. (Der Index der Reproduktionsfähigkeit liegt bei 2,1.)

Die Krise der Familie zeigt sich außerdem an der sinkenden Zahl der *Eheschließungen* und am Anstieg der *Scheidungsquote.* Während 1960 noch mehr als acht Ehen pro 1.000 Einwohner geschlossen wurden, waren es 1993 weniger als sechs, heute sind es knapp fünf. Der Scheidungsindex stieg dramatisch an. 1960 wurden in der Slowakei sieben von 100 Ehen geschieden, 2005 fast jede zweite (44 pro 100 Eheschließungen). In absoluten Zahlen bedeutet das: Auf 26.000 Eheschließungen entfielen im Jahr 2005 12.500 Scheidungen.

Leider reagieren weder der Staat noch die politischen Parteien – mit

Ausnahme der konservativen KDH[3] – auf diese alarmierenden Zahlen. Es herrscht überwiegend die Meinung – mit der sich auch die Medien zufrieden geben –, darin ein Zeichen der „Befreiung" von traditionellen Konventionen und eine „Modernisierung" der slowakischen Gesellschaft nach westlichem Muster zu sehen.

Trotz einigen gemeinsamen „europäischen Trends" existieren jedoch auch Unterschiede. So schützt zum Beispiel das slowakische Rechtssystem bis jetzt in besonderer Weise die Ehe als einen Bund von Mann und Frau (es gibt also noch nicht die „registrierte" Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Partner). Nach einer Meinungsumfrage des Statistischen Instituts, die 2005 zur Frage der gleichgeschlechtlichen „Ehe" durchgeführt wurde, waren vier Fünftel der Befragten gegen diese Möglichkeit. Auch hat es das slowakische Parlament im Jahre 2002 abgelehnt, sich mit einem Gesetz zur registrierten Partnerschaft zu beschäftigen. Trotz der traditionell konservativen Ansichten zu Ehe und Familie in der Gesellschaft kann man jedoch feststellen, dass sich die Vorstellung der Norm (wie etwas sein sollte) von der Praxis (wie etwas ist) allmählich entfernt. Zwar halten die Menschen etwas für richtig, in ihrem privaten Leben richten sie sich jedoch immer weniger danach.

Die Menschen halten zwar bestimmte überkommene Werte für richtig, in ihrem privaten Leben richten sie sich jedoch immer weniger danach.

Im Fall der Familie bezeugt dies die hohe Scheidungsrate, aber auch die Abnahme der Eheschließungen und der Geburtenrate, und ein nicht weniger klares Beispiel ist die *Ausübung der Religion.* Die Slowakei hält sich nach Meinung der Vertreter der Kirche und der Medien für ein traditionell christliches Land. Dies bestätigen auch statistische Angaben: So stieg die Anzahl der Gläubigen von 72,8 Prozent 1991 auf 84,1 Prozent 2001. Zur römisch-katholischen Kirche bekennen sich fast 70 Prozent der Einwohner, zur evangelisch-augsburgischen Kirche (Lutheraner) ungefähr 7 Prozent, zur griechisch-katholischen über 4 Prozent. In

[3] KDH, „Krest'anskodemokratické hnutie", „Christlichdemokratische Bewegung", eine der ältesten Parteien der heutigen Slowakei, die sich bereits unmittelbar nach der Wende formiert hat. Ihr Vorsitzender ist der langjährige Präsident des Slowakischen Nationalrats (Parlament), Pavol Hrušovský. – Im Unterschied zu ihr vertritt die ebenfalls christlich orientierte SDKU – DS („Slovenská demokratická a krest'anská únia – Demokratická strana", „Slowakische demokratische und christliche Union – Demokratische Partei") unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda eher liberale Positionen (Anm. d. Redaktion).

einer Umfrage von 2005 bezeichneten sich jedoch nur noch ungefähr 70 Prozent der Befragten als gläubig, und zwar ohne klare konfessionelle Zuordnung. Zugleich gab nur etwa die Hälfte der Befragten an, regelmäßig den Gottesdienst zu besuchen.

Ein anderes Beispiel: Der Entwurf eines Abkommens zwischen der Slowakischen Republik und dem Heiligen Stuhl, in dem es um Straffreiheit bei bestimmten ethischen Konflikten ging (z. B. Weigerung eines Arztes zur Durchführung einer Abtreibung), wurde von Ministerpräsident Dzurinda[4] trotz Koalitionsabsprache mit der KDH nicht in das Parlament eingebracht. Daran ist bekanntlich die Koalition zerbrochen, und es kam zu den Neuwahlen im Juni 2006. Obwohl sich angeblich die Mehrheit der Menschen zu christlichen Prinzipien bekennt, unterstützten dann die Wähler überwiegend die in dieser Frage anders denkenden Parteien, besonders die sozialdemokratisch orientierte SMER[5].

In der Slowakei herrscht also ein erstaunlicher Widerspruch: Die Menschen bekennen sich formal mehrheitlich zum Christentum und besuchen sogar im Vergleich zu westlichen Ländern in höherem Maße den Gottesdienst. Wenn es aber um das Verhalten bei Wahlen oder das Familienleben geht, reagieren sie völlig anders – als ob der Glaube eine private Angelegenheit sei, vollkommen losgelöst vom öffentlichen Verhalten. Trotz einer formal christlichen und formal traditionellen Gesellschaft finden sich im Blick auf die Krise der Familie und die religiöse Einstellung in der Slowakei grundsätzlich die gleichen Probleme wie im Westen.

Schlussbemerkung

Die slowakische Gesellschaft kämpft also nicht nur mit dem Erbe des *Kommunismus,* sondern auch mit dem Erbe der *Modernisierung.* Der Zerfall der „nichtmodernen" Familie, das Ersetzen ihrer natürlichen Funktionen durch staatliche Träger, wie auch die Ausgrenzung des Glaubens aus dem öffentlichen Leben bildet ein großes, stetig wachsen-

[4] Vgl. Anm. 3, oben S. 261.

[5] SMER, vollständig „SMER – sociálna demokracia", wörtlich „RICHTUNG – Sozialdemokratie", bezeichnet die wichtigste sozialdemokratisch orientierte Partei in der Slowakei. Sie entstand 1999 als Abspaltung von der KDL' („Partei der Demokratischen Linken"), der Nachfolgepartei der ehemaligen Kommunisten. Parteivorsitzender ist Robert Fico, seit 04.07.2006 Ministerpräsident der Slowakei (Anm. d. Redaktion).

des Problemfeld. Über mögliche Lösungen wird jedoch in Staat und Gesellschaft noch immer nicht genügend diskutiert.

In erster Linie ist es notwendig, ein Bewusstsein für die Krise zu bilden. Dann lassen sich konkrete Maßnahmen ergreifen. Beispielsweise könnte man mit einmaligen Steuervergünstigungen die Ehegründung unterstützen oder eine größere gemeinsame Abhängigkeit der Eheleute bei verschiedenen Leistungsbezügen festlegen, um Scheidungen schon aus finanziellen Gründen unattraktiv zu machen.

So oder so, das Ende der Geschichte in der Slowakei droht bestimmt nicht – mit Sicherheit nicht nach den vorgezogenen Wahlen im Juni 2006, in denen zum ersten Mal seit 1920 die Sozialisten gewonnen haben. Wenn die Politik der Regierung von Robert Fico mehr Säkularisierung und eine noch größere Unterordnung der Familien unter den Sozialstaat bringt, dann ist das wohl notwenig, um die slowakische Gesellschaft aufzuwecken. Eine Krise bedeutet nämlich, wie die slowakische Geschichte zeigt, kein Ende, sondern einen Neuanfang.

Aus dem Slowakischen übersetzt von Miroslava Bertok.

Peter Rival

Licht und Schatten des slowakischen Wirtschaftsbooms

Eines der jüngsten Länder der EU, die Slowakei, feierte Anfang des Jahres den 13. Jahrestag der Selbstständigkeit. Die Teilung der ehemaligen ČSFR, die drei Jahre nach der Wende die damaligen führenden Politiker der Tschechischen und Slowakischen Republik, Václav Klaus und Vladimír Mečiar, besiegelt hatten, hat im Ausland unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Die entscheidende Frage lautete: Kann die wirtschaftlich wesentlich schwächere Slowakei als selbstständiger Staat überhaupt überleben? Ist der Traum der Fünfmillionen-Nation bezahlbar?

Die Slowakei war bis 1945 ein landwirtschaftlich orientiertes Land, das als Kornkammer der damaligen Tschechoslowakei diente. Nach dem kommunistischen Putsch 1948 hat sich das Bild jedoch verändert. Wegen der geostrategischen Lage wurde in der Slowakei die Rüstungsindustrie aufgebaut, die zuletzt 60.000 Arbeitnehmer zählte. Parallel zur Rüstungsindustrie wurde die Eisen-, Metall- und chemische Industrie gefördert. Während die Rüstungsindustrie mehr in der Mittelslowakei angesiedelt wurde, sind die modernen Betriebe anderer Industriezweige überwiegend in der Westslowakei entstanden. Eine Ausnahme bildet das wohl größte Hüttenwerk des Landes, das in der ostslowakischen Metropole Košice entstanden ist und zu den wichtigsten Industrieanlagen der heutigen Slowakischen Republik zählt. Am Rande der Zahlungsunfähigkeit, die während der Mečiar-Regierung (1994-1998) durch verschwenderisches Management und Misswirtschaft entstanden ist, wurde das Werk nach der Übernahme durch den US-amerikanischen Großinvestor U.S. Steel eines der erfolgreichsten europäischen Stahlwerke.

Peter Rival M. A. ist seit 1993 beim Bundespresseamt akkreditierter Deutschland-Korrespondent der slowakischen Wirtschaftszeitung TREND (http://www.etrend.sk).

Die Mečiar-Ära (1994-1998)

Die ersten Jahre der Trennung der beiden Staaten haben die Zweifel über die Lebensfähigkeit des neuen Staates bestätigt. Nach kurzer Zeit wurde der Ministerpräsident Vladimír Mečiar in Anspielung auf den autoritär regierenden Präsidenten Weißrusslands als „Lukaschenko Mitteleuropas" gehandelt.

Die Slowakei wurde schnell in die Isolation gedrängt. Die undurchsichtige Privatisierung, die Verteilung des Staatseigentums an Parteifreunde der mächtigen Mečiar-Bewegung HZDS[1] und die europafeindlichen Töne aus Bratislava bestätigten zunächst die Befürchtungen der Skeptiker. Die Jahre der Mečiar-Regierung waren für die Slowakei niederschmetternd: Der Abstand zu dem ehemaligen Partner in der ČSFR, der Tschechischen Republik, wurde täglich größer, die Arbeitslosigkeit stieg auf über 20 Prozent, die Inflation kletterte an die Spitze der MOE-Staaten. Die von der Regierung wenig bekämpfte Kriminalität, die Entführung des Sohnes des amtierenden Staatspräsidenten Michal Kováč und die Teilnahme von Angehörigen der Geheimpolizei an dieser Aktion erweckten den Eindruck offizieller „Regierungskriminalität" im Lande. Durch die Wahlen von 1998 verlor die unselige Koalition aus der Mečiar-Bewegung HZDS und der slowakischen Nationalpartei SNS[2] jedoch ihre Macht. Nach dem Wahlsieg der bürgerlichen Parteien wurde ein Block der Demokraten mit überwiegend christlicher Orientierung zusammengestellt. Mit dem Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda an der Spitze wurde eine Koalition gebildet, die das hohe Risiko notwendiger Reformen auf sich nahm und dies bis zur vorgezogenen Wahl im Mai 2006 in fast zwei kompletten Wahlperioden durchziehen konnte. Die Zeit der Reformen war gekommen, die Regierung hatte ihre Chancen erkannt.

Die Koalition unter Ministerpräsident Dzurinda nahm das hohe Risiko notwendiger Reformen auf sich.

[1] HZDS, „Hnutie za demokratické Slovensko", „Bewegung für eine demokratische Slowakei", 1991 entstanden, seit 2000 mit der Voranstellung LS, „Ľudová strana", „Volkspartei". Nicht zuletzt dank ihres Vorsitzenden Vladimír Mečiar ist die Partei stark rechtspopulistisch ausgerichtet (Anm. d. Redaktion).

[2] SNS, „Slovenská narodná strana", „Slowakische Nationalpartei". Diese Partei deckt das rechtsextreme Spektrum ab (Anm. d. Redaktion).

Die Reformen greifen

Der mittlerweile zum europäischen Muster-Finanzminister ernannte Ressort-Chef Ivan Mikloš konnte mit seinen kühnen Reformen beginnen. Im Vordergrund sah er die Steuerreform. Das in Europa beliebte und gleichzeitig verfluchte komplizierte System der verschiedenen Steuern wurde durch eine „Flatrate" ersetzt. Sämtliche Steuern, ob Einkommen- oder Mehrwertsteuer, wurden mit einer Abgabe von 19 Prozent berechnet. Die Finanzämter wurden entlastet, die Bürger konnten in Sekunden die Höhe ihrer Abgaben berechnen, und der Staat hat bisher auch noch nicht draufgezahlt! Weitere Steuererleichterungen haben die ausländischen Investoren bekommen, sodass in knapp acht Jahren der Dzurinda-Regierung namhafte Autokonzerne ihre Fabriken in der Slowakei eröffnet haben: Neben der bereits gut funktionierenden Niederlassung des VW-Konzerns in Bratislava waren es die Koreaner bei Žilina (KIA) und die Franzosen (Peugeot-Citroën) in Trnava. Bereits heute sind in dieser westslowakischen Stadt 2.200 Personen in der Autofabrik beschäftigt, die 60.000 Einheiten im ersten Jahr produzierten. Bis zum Jahr 2010 soll die PKW-Produktion in Trnava auf 450.000 Einheiten steigen. Die Zahl der Mitarbeiter wird auf 5.300 steigen, sodass die Franzosen bereits heute der größte Arbeitgeber für die 67.000 Einwohner der Stadt sind. Im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Einwohnerzahl und hergestellten Autos ist die Slowakei der größte Autoproduzent der Welt.

Im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Einwohnerzahl und hergestellten Autos ist die Slowakei der größte Autoproduzent der Welt.

Die Reformer verlieren die Wahl

Mitte Juni 2006 haben in der Slowakei vorgezogene Parlamentswahlen stattgefunden. Sechs beim Innenministerium registrierte Parteien (von insgesamit 21) haben die Bedingungen für den Einzug in das Parlament erfüllt. Sie stellten die Abgeordneten für die gesetzgebende Versammlung mit ihren 150 Sitzen.[3]

Zur Zeit sind im Parlament folgende Parteien vertreten:

- SMER-SD (50 Sitze): sozialdemokratisch orientierte Partei von Ministerpräsident Robert Fico

[3] Vgl. zum Parteienspektrum insgesamt auch die Hinweise im Beitrag von Jaroslav Daniška, oben S. 261f. (Anm. d. Redaktion).

- SDKU-DS (31 Sitze): Slowakische demokratische und christliche Union (Partei von Mikuláš Dzurinda)
- SNS (20 Sitze): Nationalistische Partei (geführt von Ján Slota)
- MKP-SMK (20 Sitze): Partei der ungarischen Koalition[4]
- LS-HZDS (15 Sitze): Mečiar-Partei
- KDH (14 Sitze): Christlichdemokratische Bewegung

Der größte Verlierer der Wahl war die Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar, die nicht einmal 9 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hat (während der Mečiar-Ära stimmte fast jeder Dritte Wähler für sie). Aus gesamteuropäischer Sicht ist sicherlich ermutigend, dass die Kommunisten an der Fünfprozentklausel gescheitert sind.

Trotz zahlreicher Warnungen kam es in der Slowakei zu einer Koalition des Siegers Robert Fico mit den Nationalisten (SNS) und der Mečiar-Partei (LS-HZDS). Die Warnungen, die Fico erhalten hat, kamen überwiegend aus dem Lager der Sozialistischen Internationale. Ficos Partei SMER-SD bekennt sich zur Sozialdemokatie – dennoch pflegt sie ein Bündnis mit den Nationalisten und Populisten. Das Ergebnis: Die Sozialistische Internationale erwägt, die Mitgliedschaft von Robert Fico und seiner Partei auszusetzen.

Die slowakischen Demokraten waren nicht fähig, die persönlichen Animositäten ihrer führenden Vertreter zu überwinden und zu einer Aussage zugunsten eines „Mitterechtsblocks + LS-HZDS" zu kommen. Die heutige Regierungskoalition aus Sozialdemokraten + Mitterechtsblock besitzt im Parlament eine bequeme Mehrheit von 85 Sitzen. Der Abschluss des Koalitionsvertrages war nur möglich, nachdem sich die Führer der SNS, Ján Slota, und der Chef der LS-HZDS, Vladimír Mečiar, verständigt hatten, in der aktiven Politik keine öffentlichen Funktionen zu übernehmen. Das Image der beiden Politiker auf der internationalen Bühne ist so angeschlagen, dass eine normale Tätigkeit nicht denkbar wäre. Die zahlreichen öffentlichen Äußerungen des Vorsitzenden der SNS, Ján Slota, gegen die Minderheiten (Ungarn, Roma, Homosexuelle) würden in den meisten westeuropäischen Staaten strafrechtliche Folgen haben.

[4] MKP-SMK: „Magyar Koalíció Pártja – Strana Maďarskej Koalície": die politische Vertretung der ungarischen Minderheit in der Slowakei, entstanden 1998 aus dem Zusammenschluss von drei kleineren Parteien (Anm. d. Redaktion).

Das letzte Jahr vor der Neuwahl war das erfolgreichste

Aus makroökonomischer Sicht war das Jahr 2005 mit Abstand das beste in der modernen slowakischen Geschichte. Die Transformation der Wirtschaft, angefangen bei den besseren Bedingungen für die Investoren aus dem Ausland bis hin zur Steuerreform, hat sehr schnell erstaunliche Ergebnisse gebracht. Die Reallöhne sind gestiegen, die Arbeitslosigkeit ist auf etwa 10 Prozent gesunken; auch der Staatshaushalt hat sich positiv entwickelt. Die wichtigste Zahl wurde im letzten Quartal 2005 bekannt: Mit 7,5 Prozent realem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts hat die Slowakei eine der Spitzenpositionen in Europa errungen, die ihr bereits früher die Bezeichnung „Tatra-Tiger" eingebracht hat.

Die Reaktion der Wirtschaft überraschte kaum: Innerhalb von nur neun Monaten ist die Zahl der gegründeten Unternehmen um 11 Prozent gestiegen. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die Inlandsnachfrage und nicht der Export. Zusammen mit den steigenden ausländischen Investitionen erfolgte der Ausbau der Infrastrukur, insbesondere der Autobahnbau, und die Bereitstellung weiterer Straßenverbindungen für die schnell wachsenden Unternehmen. Verbessert wurde auch das Eisenbahnnetz, um die steigende Nachfrage der Zulieferer zu befriedigen.

Die Kaufkraft der Bevölkerung ist durch den Anstieg der Reallöhne angewachsen. Der private Verbrauch hat sich zu einem wichtigen Instrument der Konjunktur entwickelt. Zur gleichen Zeit wurde auch die Inflation gesenkt, die im laufenden Jahr deutlich unter 5 Prozent lag. Die bisher eher zurückhaltenden Konsumenten waren bereit, mehr Kredite aufzunehmen, was wiederum der Bauwirtschaft und der Autoindustrie entgegen kam. Allein im Umkreis der Hauptstadt Bratislava sind die Reallöhne 2005 über 10 Prozent gestiegen und erreichten einen Monatsdurchschnitt von 22.366 Slowakischen Kronen (ca. 600 Euro). Der Anstieg der Reallöhne in anderen Landesteilen, insbesondere in der Ostslowakei, war allerdings wesentlich langsamer. Bemerkenswert war 2005 auch die Zunahme der Bautätigkeit, wovon nicht nur Häuser und Wohnungen in gefragten Gegenden um die Hauptstadt profitierten, sondern auch die bisher vernachlässigte Region um die mittelslowakische Stadt Žilina, in der der koreanische Autobauer KIA sein Musterwerk in Europa baut.

Aus makroökonomischer Sicht war das Jahr 2005 mit Abstand das beste in der modernen slowakischen Geschichte.

Innenpolitisch haben die Maßnahmen der Regierung viele Proteste

hervorgerufen. Insbesondere die Verteuerung der Energiepreise (als Folge der Anpassung an das Weltmarktniveau) hat viele Rentner und Personen mit niedrigen Einkommen hart getroffen. Die Populisten haben die Lage ausgenutzt und erklärt, dass sie im Falle des Sieges bei der Parlamentswahl die meisten Reformen rückgängig machen und die Slowakei in einen sozial ausgewogeneren Staat umbauen würden.

Wie geht es weiter?

Durch eine Reihe internationaler Verträge ist die neue slowakische Regierung an zahlreiche Vorgaben gebunden und kann sie auch nicht einfach kündigen. Die Mitgliedschaft in der EU wirkt zusätzlich einschränkend. Seine Versprechungen dem Wähler gegenüber wird der neue Regierungschef nur auf zwei Gebieten einigermaßen halten können: Er könnte die Mehrwertsteuer für Lebensmittel und Medikamente senken und damit die ärmeren Familien unterstützen. Insgesamt ist der Spielraum der neuen Koalition beschränkt, wenn sie nicht die Interessen der Investoren gefährden will.

Dort, wo man ohne Gefahr laut sein kann, wird die Regierung ihren Populismus pflegen. Dies betrifft etwa das Versprechen, die slowakischen Soldaten aus dem Irak zurückzuholen. Allerdings verschweigen die Politiker der heute stärksten Regierungspartei, dass es sich dabei um nur etwa 30 Spezialisten handelt, die eine wichtige humanitäre Aufgabe haben – das Land von Minen zu befreien. Das Image der Regierung leidet auch unter der kommunistischen Vergangenheit ihrer Mitglieder. Von 16 Ministern waren 11 Mitglieder der Kommunistischen Partei. In keinem anderen MOE-Land sind so viele ehemalige KP-Mitglieder in der Regierung wie im Kabinett von Robert Fico.

Das Verhältnis zur EU wird von den drei Koalitionsparteien eher vorsichtig formuliert. Nur die Nationalisten fordern offen mehr nationale Entscheidungshoheit, wobei auch ihre Vertreter nichts gegen die Gelder aus Brüssel (in den nächsten Jahren: 1,3 Milliarden Euro) einzuwenden haben. Bereits jetzt werden in Bratislava Wetten abgeschlossen, wie lange die heutige Koalition halten wird. Von einer Vernunftehe kann man kaum sprechen, da die Vernunft meist fehlt. Es bleibt ein Glück für die Slowakei, dass es einen anderen erfolgreichen Weg als den bereits von der Regierung vorgezeigten nicht gibt. Der „Tatra-Tiger“ wird weiterhin leben, möglicherweise mit etwas kürzer geschnittenen Nägeln an seinen Tatzen. Dies hat noch keiner Großkatze geschadet.

Pavel Mikluščák

Vom Getto zur Öffentlichkeitspräsenz

Einige Überlegungen zur gesellschaftlichen Rolle der Kirche in der Slowakei

Von einem konkreten Beispiel zur Grundsatzthese

Die Parlamentswahlen von 2006 in der Slowakischen Republik veranlassten die Slowakische Bischofskonferenz zu ihrem traditionellen Aufruf an die slowakischen Katholiken zur aktiven Wahlbeteiligung: „Niemandem ist es erlaubt, untätig zu bleiben."[1] Die Reaktion seitens der politischen Kommentatoren erfolgte prompt: Es sei ein „unerlaubter Eingriff" der katholischen Bischöfe in das politische Geschehen![2]

Man muss sich wundern, warum eine öffentliche Stellungnahme unerlaubt sein soll, vor allem, wenn man genau hinhört auf die Begründung des Aufrufes mit dem Zitat aus einer päpstlichen Enzyklika, die wiederum einige andere, allgemein bekannte kirchliche Dokumente zitiert.[3]

1 Pastoralbrief der Slowakischen Bischofskonferenz zu den Parlamentswahlen 2006 vom 28.05.2006 (Pastiersky list k parlamentným voľbám 2006; Quelle: http://www.kbs.sk/?cid=1148889457).

2 Vgl. Miroslav Kusý: „So schmeckt das bischöfliche Brötchen" (Tak chutí biskupský chlebíček), in: Tageszeitung „SME", 01.06.2006.

3 Um sich eine Vorstellung von der Gesamtausrichtung des Pastoralbriefes der slowakischen Bischöfe zu machen, hier die wörtliche Wiederholung der darin zitierten Texte: „Um die zeitliche Ordnung im genannten Sinn des Dienstes am Menschen christlich zu inspirieren, können die Laien *nicht darauf verzichten, sich in die ‚Politik' einzuschalten,* das heißt in die vielfältigen und verschiedenen Initiativen auf wirtschaftlicher, sozialer, gesetzgebender, verwaltungsmäßiger und kultureller Ebene, die der organischen und systematischen Förderung des *Allgemeinwohls* dienen ..." „Sehr wichtig ist besonders in einer pluralistischen Gesellschaft, dass man das Verhältnis zwischen der politischen Gemeinschaft und der Kirche richtig sieht, sodass zwischen dem, was die Christen als Einzelne oder im Verbund im eigenen Namen als Staatsbürger, die von ihrem christlichen Gewissen geleitet werden, und dem, was sie im Namen der Kirche zusammen mit

Prof. Dr. Pavel Mikluščák ist Dozent an der Religionspädagogischen Akademie der Erzdiözese Wien mit den Arbeitsschwerpunkten Dogmatik, Christliche Sozialethik und Kirchengeschichte. Er wohnt in Bratislava.

Möglicherweise fühlten sich manche (sich selbst als liberal bezeichnende) Menschen irritiert durch die Aufzählung der Kriterien für die richtige Wahl, wie sie die slowakischen Bischöfe zusammenfassen: „Die gläubigen katholischen Christen sollen solche Bewegungen und Parteien wählen, die sich um gesunde Ehen und Familien bemühen, die das Leben von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod schützen, die sich im sozialen Bereich engagieren, denen Arbeitslosigkeit und Armut nicht gleichgültig sind, die sich für die Gerechtigkeit und Sicherheit der Bürger einsetzen, die die Religionsfreiheit respektieren ... Die Gläubigen sollten nicht die Parteien und Bewegungen wählen, die die Tendenz aufweisen, die Christen aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen, was wiederum zur Verdrängung des religiösen Lebens völlig in die Privatsphäre führen würde, als ob ein Christ im kirchlichen Raum mit Gott und im öffentlichen Leben ohne Rücksicht auf Gott leben könnte."

Die Irritation war vor allem bei den politischen Parteien zu erkennen, die das Ganze als einen Aufruf gedeutet haben, die Katholiken sollten die „Christlich-demokratische Bewegung" (Krest'ansko-demokratické hnutie) wählen, d. h. die politische Partei, die sich seit der politischen Wende 1989 in der Slowakei als konservativ versteht und als Verteidigerin der christlichen Werte präsentiert.[4] Alle wurden jedoch unmittelbar nach den Parlamentswahlen eines Besseren belehrt, als der Vorsitzende der Slowakischen Bischofskonferenz, der Zipser Bischof František Tondra, dem Wahlsieger, der linksorientierten Partei SMER-Sozialdemokratie gratulierte und die Hoffnung äußerte, dass die neue Regierung die soziale Gerechtigkeit in der slowakischen Gesellschaft zum Hauptthema der Zukunft machen und die Armut effektiv bekämpfen werde. In der Zeit der Koalitionsbildung rief ein noch größeres Aufsehen der Besuch des Vorsitzenden der Sozialdemokraten, Robert Fico, beim emeritierten Kardinal Ján Chryzostóm Korec hervor. Die Geheimhaltung der Inhalte ihres Gespräches führte zu Vermutungen, es werde eine Art

ihren Hirten tun, klar unterschieden wird. Die Kirche, die in keiner Weise hinsichtlich ihrer Aufgabe und Zuständigkeit mit der politischen Gemeinschaft verwechselt werden darf, noch auch an irgendein politisches System gebunden ist, ist zugleich Zeichen und Schutz der Transzendenz der menschlichen Person" (Gaudium et Spes, 152) (Johannes Paul II.: Christifideles Laici, 42).

4 Die KDH verließ einige Monate vor den Parlamentswahlen 2006 das damals regierende Koalitionsbündnis, weil die Regierung Dzurinda die Gespräche mit dem Vatikan über den Vertrag zum Schutz von Gewissensfreiheit unterbrochen hatte. – Vgl. dazu auch die Hinweise im Beitrag von Jaroslav Daniška, oben S. 262.

Bündnis entstehen: Die katholische Kirche werde die neue Regierung unterstützen, die Regierung im Gegenzug die für die Kirche empfindlichen Themen nicht berühren.[5]

Die kolportierten Gerüchte bezeugen, wie aufmerksam die gesellschaftliche Wirkung der katholischen Kirche in der Slowakei beobachtet wird und wie sensibel die Bürger darauf reagieren. Es wird auch deutlich, dass alle politischen Belange, welche die Kirche in der Slowakei betreffen, äußerst behutsam und klug behandelt werden müssen. Der Grundsatz dafür lautet: Eine der vorrangigsten Aufgaben und eine der ständigen Herausforderungen für die Kirche in der Slowakei ist die je neue Gestaltung ihres Verhältnisses zur Welt und somit ihre aktuelle Positionierung in der profanen Gesellschaft.

Geschichtlicher Rückblick

Diese Aussage erhält ihr wahres Gewicht, wenn man bedenkt, welche privilegierte Stellung die katholische Kirche in der slowakischen Gesellschaft vor dem Zweiten Weltkrieg gehabt hat und was sie während der mehr als vier Jahrzehnte des Lebens im kommunistischen System durchgemacht hat.

Privilegierte Stellung – politischer Katholizismus

Die Geschichte der Slowakei ist eng mit der katholischen Kirche verbunden. Während der Reformation blieb die Slowakei von konfessionellen Auseinandersetzungen größeren Ausmaßes verschont. Die zentrale Position der katholischen Kirche in der slowakischen Gesellschaft zeigte sich besonders während des Zweiten Weltkrieges. In dieser Zeit bekannten sich 80 Prozent der Bevölkerung der Slowakei zur katholischen Kirche. Die katholische Partei (Hlinkova slovenská ľudová strana) regierte als einzige Par-

Beispiele für die bedeutende Rolle der katholischen Kirche.

[5] Robert Fico äußerte dann auch nach dem Treffen am 05.09.2006, seine Regierung werde Themen wie die rechtliche Gleichstellung der registrierten Partnerschaften mit der Ehe oder die Trennung von Kirche und Staat nicht angehen. Bischof František Tondra erklärte anschließend vor der Presse, die Regierung könne die Unterstützung der katholischen Kirche erhalten, da das vom Regierungschef präsentierte Sozialprogramm akzeptabel und unterstützungswürdig sei. Vgl. Meldung der „SME“ vom 06.09.2006.

tei in der Slowakei und bevorzugte den Katholizismus als Staatsreligion. Katholische Bischöfe hatten einen entscheidenden Einfluss auf die Politik des jungen slowakischen Staates. Diese Umstände – später „politischer Katholizismus" genannt – führten bei den slowakischen Demokraten (die mehrheitlich evangelische Christen waren) und bei den Kommunisten zu verstärkten antikatholischen Tendenzen, die sich bereits während des slowakischen Nationalaufstandes im Jahre 1944 abzeichneten und nach der Erneuerung des gemeinsamen tschechoslowakischen Staates im Jahre 1945 verschärften. Als 1948 die Kommunisten in der Tschechoslowakei endgültig zur Macht gekommen waren, sahen sie in der katholischen Kirche ihren Erzfeind.

„Ägyptische" und „babylonische" Gefangenschaft

Die kirchlichen Institutionen und Orden wurden durch Anwendung massiver Gewalt aufgelöst, Bischöfe entweder isoliert oder zusammen mit vielen Priestern inhaftiert, im Sinne von „den Hirten schlagen, um die Herde zu zerstreuen". Die innerkirchliche Kommunikation wurde unterbunden, Kontakte zu Rom verhindert. Die unierte griechisch-katholische Kirche wurde im Jahre 1950 gewaltsam in die orthodoxe Kirche eingegliedert.

Nach der Zeit der rohen Gewalt, die in der Fachliteratur bildlich als die Zeit der „ägyptischen" Gefangenschaft bezeichnet wird, wurde auch den Kommunisten allmählich klar, dass die Christen und ihre Kirche nicht einfach ausgerottet werden können. Anfangs der sechziger Jahre und vor allem nach der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit für Europa (KSZE) in Helsinki 1975 kam es zur etwas abgemilderten „babylonischen" Gefangenschaft. Jetzt versuchte das kommunistische Regime, die Kirche dem Staat unterzuordnen. Alle kirchlichen Äußerungen wurden oftmals schon präventiv auf politische Nebenwirkungen hin befragt, um jeder Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Regime vorzubeugen.

Gettoisierung der Kirche und Privatisierung des Glaubens

Die Kommunisten strebten dabei ständig und zielbewusst den Ausschluss der Kirche von jeder Form von Öffentlichkeit an: aus Schule und allen Einrichtungen der Bildung, aus den Bereichen Kultur und Medien, aus Krankenhäusern und Sozialstationen, aus Verlagen, Vereinen und

Verbänden. Sie erreichten das durch die ideologische Mobilisierung aller gesellschaftlichen Teilbereiche. Das vorrangige Ziel der atheistischen Kampfideologie – die Gettoisierung der Kirche – wurde tatsächlich erreicht: Die Kirche wurde komplett aus dem öffentlichen Leben vertrieben und in ihrem Handeln auf innerkirchliche Räume beschränkt. Die offiziell tätige Kirche fand einen *Modus vivendi,* etablierte sich in der Gesellschaft und versuchte, unter diesen Umständen ihr Möglichstes zu tun. Die Kirche war also nicht verboten oder völlig im „Untergrund". Es gab zwar die so genannte Untergrundkirche, die im Geheimen wirkte und sich im Wesentlichen auf die Arbeit in kleinen Kreisen konzentrierte. Breitere Wirkung hatte jedoch die Kirche in Bistümern und Pfarreien. Diese waren sakramental und katechetisch versorgt. Das öffentliche kirchliche Leben stützte sich auf das kirchliche Amt, wo es handlungsfähig und nicht kompromittiert war. In christlichen Familien wurde der Glaube gelebt und an die Kinder weitergegeben. Das war für den, der die kommunistische Herrschaft kennt, erstaunlich. Dennoch bedeutete diese Entwicklung für das auf den drei traditionellen Säulen Amt, Sakramente und Familie beruhende kirchliche Leben eine Einschränkung und Verengung der Kirchlichkeit. Die *gesellschaftliche Dimension* von Kirche und Glaube fiel fast vollständig weg. Die wesentlichen Aufgaben der Kirche wie Gemeinschaftsbildung, Aufarbeitung der Herausforderungen der Welt, weltnahe Auslegung der christlichen Botschaft und nicht zuletzt Zeugnisgeben in der profanen Umgebung mit Wort und Tat wurden kaum berücksichtigt.

Auf diesem Weg kam es zu einer Privatisierung des Glaubens in dem Sinne, als betreffe der christliche Glaube nur das innere und private Leben der Menschen. Die kommunistische Propaganda ließ die Tätigkeit der Kirche nur als Befriedigung individueller religiöser Bedürfnisse der Menschen zu. Die Christen wurden durch verschiedene Formen sozialer Benachteiligung eingeschüchtert. Die kommunistische Herrschaft zwang die Kirche und ihre Gläubigen zu unumgänglichen Reaktionen, die in der damaligen Situation vermutlich notwendig waren und – trotz des grundsätzlich beibehaltenen Widerstandes – zu konfliktverringernden Anpassungen an die jeweilige Lage führten. So teilte sich das Leben der Menschen in eine offizielle und eine private Szene auf. In der Öffentlichkeit, in der Schule oder am Arbeitsplatz wurde das gesagt und getan, was die kommunistische Partei verlangte. Das eigentliche Leben der Menschen fand aber vor allen Dingen im Bereich des Privatlebens statt.

Wende zur demokratischen Entwicklung

Im November 1989 ging die Gefangenschaft der slowakischen Kirche gleichsam über Nacht wie durch ein Wunder zu Ende. Die Kirche durfte plötzlich frei, ohne Staatskontrolle und Behinderung, in allen Bereichen tätig sein. Sie hatte wieder Zutritt zu öffentlichen Institutionen, zu Schulen, Krankenhäusern und Gefängnissen. Sie durfte in den Massenmedien präsent sein, übernahm Seelsorge beim Militär und bei der Polizei. Nach den Jahrzehnten der kommunistischen Vorherrschaft war sie aber auf diese Möglichkeiten weder personell noch fachlich genügend ausgerüstet. Die Christen bekamen Zugang zu öffentlichen Aufgaben und politischen Positionen in der Gesellschaft. Es gab aber nur wenige, die fähig waren, christlich und zugleich politisch relevant zu handeln.

Nach der Wende boten sich vier Optionen an.

Die Suche nach dem gesellschaftlichen Standort, an dem die Kirche ihr eigenes und authentisches Gesicht bekommt, setzte zeitgleich mit dem Prozess der gesellschaftlichen Umgestaltung zu einer pluralistischen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft ein.

Die Vorstellungen und Erwartungen bezüglich der Gestalt der Kirche waren in den ersten Jahren nach dem Ende des Kommunismus unterschiedlich. In kirchlichen Kreisen ließen sich mehrere Optionen erkennen:

- Die erste Option war eine *nostalgische:* Die Kirche solle dort anknüpfen, wo ihre Entwicklung von den kommunistischen Machthabern unterbrochen worden ist, in der Slowakei also 1945. Man versprach sich davon, die ursprünglich privilegierte Position der Kirche in der Gesellschaft wiederzuerlangen. Daher war das vorrangige Ziel das Zurückerhalten der enteigneten Kirchengüter (eine Sache umfassender Wiedergutmachung, die nicht nur von den Kirchen verlangt wurde). Dies sollte der Wiederherstellung der kirchlichen Institutionen und Organisationen in ihrer alten Form dienen: Orden, kirchliches Schulwesen, Verlage, Krankenhäuser, Vereine und Verbände. Diese Option schien am Anfang der Realität entsprechend, da die katholische Kirche in der Slowakei sich auch nach der kommunistischen Zeit zahlenmäßig stark halten konnte. Die Volkszählung von 1991 wies auf, dass sich 60,4 Prozent der Bewohner der Slowakei zur römisch-katholischen Kirche bzw. 3,4 Prozent zur griechisch-katholischen Kirche bekannten. –

In der Bevölkerung kam aber auch ein Gefühl der Bedrohung auf. Es gab Stimmen, die warnten, dass die Kirche zu viel Einfluss auf das öffentliche Leben bekäme und damit die Entwicklung zu einer freiheitlichen pluralistischen Gesellschaft beeinträchtigen würde.

- Die zweite Option – *Nischenoption* – schwang zeitweise parallel zur ersten im Denken der Menschen mit, die auf die Nummer sicher gehen und nichts riskieren wollten: im Prinzip so wie in den letzten Jahrzehnten weiterzumachen und denselben Lebensstil wie im Kommunismus beizubehalten.
- Die dritte Option war eine *progressivistische,* d. h. die slowakische Kirche nach dem westlichen Vorbild zu gestalten. Im Vordergrund ihres Interesses stand die Vorstellung einer Annäherung der Kirche an die heutige (westliche) Welt im Geiste des Dialogs. – Dagegen erhoben sich jedoch eine Barriere des Misstrauens gegen den westlichen Liberalismus und Warnungen vor der Säkularisierung, die man in den westeuropäischen Teilkirchen gesehen zu haben glaubte. Die neu gewonnene Freiheit wurde ambivalent erfahren: einerseits positiv als Redefreiheit, Pressefreiheit, Reisefreiheit, als Freiheit der politischen Wahl – andererseits negativ als Freiheit, die missachtet und missbraucht werden kann. Diese Einschätzung förderte bei der kirchlichen Leitung die Neigung, den Gegner, den man vorher in der kommunistischen Ideologie sah, jetzt im Pluralismus auszumachen und sich in Abwehr – auch gegen die eigene mehr oder weniger bewusste Verunsicherung – hinter den eigenen kirchlichen Mauern zu verschanzen. Das Erbe der Vergangenheit, in den Andersdenkenden Feinde zu sehen, kommt hier verändert zum Vorschein.
- Die vierte Option wäre als *konziliar* zu bezeichnen. In der Slowakei gibt es heutzutage zunehmend mehr katholische Christen, die einen Rückzug auf Feindbilder und die Verschließung der Kirche gegenüber der (post)modernen Welt für ein falsche Tendenz halten und verstärkt nach dem *Aggiornamento* im Geiste des Zweiten Vatikanischen Konzils rufen. Sie sehen in den neuen demokratisch-pluralistischen Verhältnissen eine Chance, die bisher noch nicht umgesetzten Ansätze des Konzils für die Erneuerung der katholische Kirche in der Slowakei geltend zu machen, wie etwa Pluralität in der Kirche, herrschaftsfreie Kommunikation, Dialogbereitschaft in der Kirche und mit der Gesellschaft oder Beteiligung von Laien an den Entscheidungsvorgängen in der Kirche.

Diese Option ist vielleicht die schwierigste, zugleich aber offensichtlich die einzig erfolgsversprechende. Sie zielt zunächst auf eine geduldige Evaluierung jener Erfahrungen, die die Kirche während der Zeit des Totalitarismus gemacht hat. Das Aufarbeiten dieser Erfahrungen soll unter der Rückbindung an die epochalen Weisungen des Zweiten Vatikanischen Konzils erfolgen, wobei das Zusammenspiel mit den Erfahrungen von Kirchen in freiheitlichen Demokratien nicht ausgeschlossen werden darf. Bei solchem Nachdenken ergeben sich konkrete Orientierungen für die Zurüstung der innerkirchlichen Verhältnisse als Antwort auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Das Neue bewältigen

Gesellschaftliche Wüstenwanderung

Welche sind nun die gesellschaftlichen Herausforderungen? An der ersten Stelle steht die gesellschaftliche Wüstenwanderung. Nach dem symbolischen Fall des „Eisernen Vorhangs" herrschte anfänglich eine allgemeine Euphorie, dass nach vierzig Jahren der Unfreiheit endlich die Befreiung kommt und die Rechtlosigkeit in der Gesellschaft durch ein rechtliches System ersetzt wird, in dem alle die gleichen Rechte und Pflichten haben.

Die sanfte Revolution weckte große Hoffnungen. An die Stelle von kommunistischen Gesellschaftsstrukturen wurden demokratische Strukturen gesetzt. In enormer Geschwindigkeit entstanden neue Parteien. Die Leitung der Gesellschaft übernahmen zumeist neue Politiker. Neue Verfassungen und Gesetze wurden verabschiedet, Gesellschaft und Staat entflochten. Der demokratische freiheitliche Pluralismus mit all seinen Freiheitsgraden wurde implementiert. In der Wirtschaft kam es zur Umstrukturierung, die eine Anpassung an den freien Markt der kapitalistischen Wirtschaft bedeutete.

Die Menschen haben jedoch bald die Erfahrung gemacht, dass zu den Grundbestimmungen ihrer neuen Lage der Verlust sozialer Sicherheit gehört: Es gibt keine sicheren Arbeitsstellen, Löhne und Preise. Der neue demokratische Staat ist (noch) arm und kann sich kein hohes Niveau sozialer Sicherung leisten. Die Marktwirtschaft ist sozial noch so ineffizient, dass sie zwar den wenigen Starken eine Chance bietet, großen Bevölkerungsteilen aber schwere Lasten aufbürdet. Die Gesellschafts-

schichten klaffen immer krasser auseinander. Diese Erfahrung wirkt auf viele Menschen enttäuschend. Sie sind zwar frei geworden, zugleich aber arm.

Kirche als Anwältin gesellschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit

Eben hier kann die Kirche ihren ureigensten Platz in der Gesellschaft finden. Sie erinnert daran, dass Freiheit aus sich heraus allein noch keine Gerechtigkeit schafft, dass man vielmehr der Freiheit immer Gerechtigkeit abringen muss. Denn auf der Basis von breiter Ungerechtigkeit lassen sich Freiheit und sozialer Frieden nicht erhalten. Nur Gerechtigkeit schafft Frieden (vgl. Psalm 85,11). Freiheitliche Demokratien sind somit immer auch, wollen sie in Frieden bestehen, ein Solidarprojekt. Für eine demokratisch gestützte Politik der Gerechtigkeit braucht es aber eine Bevölkerungsmehrheit mit solidarischer Ausstattung.

Für die gesellschaftliche Präsenz der slowakischen Kirche ergibt sich daraus im Grunde genommen eine eindeutige Folgerung: Sie soll – ähnlich wie in der Zeit des Kommunismus, jedoch auf eine andere Weise – die *Anwältin gesellschaftlicher Freiheit* sein, was unter den Umständen der soeben errungenen Freiheit bedeutet, dass die Kirche:

- ihre prophetische Stimme gegen die soziale Ungerechtigkeit erhebt,
- enorme soziale Kraft entwickelt und die Solidarität fördert und
- durch aktive Präsenz ihrer Mitglieder die politische und die wirtschaftliche Entwicklung zu beeinflussen versucht.

Die Kirche muss überall auf- und eintreten, wo Arbeitslose, Menschen an der Grenze des Existenzminimums, Randgruppen ohne Stimme sind.

Hier wird es sich zeigen, ob die Kirche aus der Krisenzeit der Verfolgung anders herausgekommen ist, als sie hineinging: Ob sie – selbst arm und entrechtet – ein neues und tieferes Verhältnis zu den Armen und Entrechteten gewonnen hat; ob die Versuchung, sich mit den Herrschenden zu verbinden, geringer geworden ist.

Kritisch-prophetische Anwesenheit

Die Kirche in der heutigen slowakischen Gesellschaft hat sich auf die Seite der Schwachen, Unterdrückten und Ausgebeuteten zu stellen. Sie muss überall auf- und eintreten, wo Arbeitslose, Menschen an der Gren-

ze des Existenzminimums, Randgruppen ohne Stimme sind. Dabei handelt es sich nicht nur um die übliche Wortverkündigung, mit der die aktiven Kirchenmitglieder erreicht werden, sondern auch um das Erheben der Stimme in aller *Öffentlichkeit.* Ausgehend vom Auftrag Jesu und aufgrund eigener Erfahrung der Nähe zu den armen und leidenden Menschen kann die Kirche zum sozialen Gewissen der Gesellschaft werden.

Offene Auseinandersetzung mit der Staatsführung

In den Jahren 1992-1998 zeigten die slowakischen Bischöfe mehrmals durch ihre öffentlichen kritischen Stellungnahmen, dass sie sich dieser Berufung bewusst sind. Sie wichen auch vor der offenen Konfrontation mit der Staatsführung unter dem damaligen Regierungschef Vladimír Mečiar nicht zurück. Vor allem in dieser Zeit gab es Versuche, die Kirche durch politisch-pragmatische Angebote gesellschaftlicher Vorteile für eigene Ziele zu instrumentalisieren. Der Preis dafür aber wäre gewesen, dass die Kirche sich systemkonform und systemloyal verhalten und auf jegliche gesellschaftliche Kritik verzichtet hätte.

Es gibt immer wieder Anzeichen dafür, dass die Versuchung, eine privilegierte Stellung einzunehmen, stets aktuell ist, vor allem wenn es um Vergünstigungen geht wie zum Beispiel die großzügigere Finanzierung der Kirche aus dem Staatsbudget oder die Wiederbelebung des kirchlichen Schulwesens. In diesem Zusammenhang muss die slowakische Kirche an die eindeutige Stellungnahme des Zweiten Vatikanischen Konzils erinnert werden: „Das Irdische und das, was am konkreten Menschen diese Welt übersteigt, sind miteinander eng verbunden, und die Kirche selbst bedient sich des Zeitlichen, soweit es ihre eigene Sendung erfordert. Doch setzt sie ihre Hoffnung nicht auf Privilegien, die ihr von der staatlichen Autorität angeboten werden. Sie wird sogar auf die Ausübung von legitim erworbenen Rechten verzichten, wenn feststeht, dass durch deren Inanspruchnahme die Lauterkeit ihres Zeugnisses in Frage gestellt ist, oder wenn veränderte Lebensverhältnisse eine andere Regelung fordern“ (Gaudium et Spes, 76). Die Kirche darf sich also nicht in der Gesellschaft einfach etablieren. Sie ist in der Gesellschaft und für die Gesellschaft da. Zugleich aber ist sie ein *kritisches Gegenüber* zur Gesellschaft. Biblisch ausgedrückt, die Kirche lebt in der Welt und für die Welt, ist aber nicht von dieser Welt.

Zivilgesellschaftliches Selbstverständnis der Kirche

Im Hinblick auf das politische Handeln der Kirche wird eine Akzentverlagerung von der alten staatszentrierten zu einer neuen gesellschaftszentrierten Perspektive deutlich. Für die slowakische Kirche ist die im Jahre 1991 erschienene Enzyklika *Centesimus annus* lehr- und aufschlussreich. Papst Johannes Paul II. trifft hier unverkennbar eine Option für das zivilgesellschaftliche Politikmodell. Unter dem Eindruck der friedlichen Revolutionen 1989/90 rückt er in seiner Sozialenzyklika explizit den Begriff der Subjektivität der Gesellschaft ins Zentrum seiner staats- und demokratietheoretischen Überlegungen. Dieser Begriff zielt auf eine deutliche Überordnung der Zivilgesellschaft über den Staatsapparat, denn die erste Verantwortung für die politischen Belange liegt für Johannes Paul II. nicht beim Staat, sondern bei den Einzelnen und bei den verschiedenen Gruppen und Vereinigungen, in denen sich die Gesellschaft artikuliert (CA 48, 2). Die Kirche erscheint als eine durchaus partikulare soziale Großbewegung, die sich in den gesellschaftlichen Spannungen als Zeichen und Schutz der Transzendenz der menschlichen Person versteht, um so zum Aufbau einer gerechten Gesellschaft beizutragen. Ein solches Selbstverständnis verlangt von der Leitung der katholischen Kirche in der Slowakei ein profundes Verständnis für die Zivilgesellschaft, die Klugheit, dieses Verständnis konkret umzusetzen, und die Bescheidenheit, nicht mit dem lehrenden Autoritätsanspruch aufzutreten, sondern mit geduldigem Argumentieren im gesellschaftlichen Diskurs zu bestehen. Kann sie das?

So versteht sich die Kirche als partikulare soziale Großbewegung zum Schutz der Transzendenz der menschlichen Person.

Mit der Welt – mitten in der Welt

Die katholische Kirche in der Slowakei konnte infolge der Kirchenverfolgung die grundlegend veränderte Einstellung der Kirche zur Welt, wie sie das Zweite Vatikanische Konzil realisierte, nicht vollziehen. Nun besteht ein Nachholbedarf dahingehend, dass sie als Gemeinschaft der Glaubenden in der Gemeinschaft der Menschen steht und als Gemeinschaft der Jünger Christi mit der Menschheitsfamilie lebt. Diese neue Sicht beschreibt der heutige Papst in seinem nach dem Konzil verfassten Kommentar zu „Gaudium et spes“: „Die Kirche findet ihr Gegenüber im

Menschengeschlecht, etwa in den Nichtchristen, Nichtgläubigen usw. Aber sie kann sich nicht außerhalb davon stellen und kann sich nicht aus Dialoggründen aus ihm ausklammern, um künstlich eine Solidarität herzustellen, die in Wahrheit ohnehin ihr Geschick ist. Das Unverständnis für diesen Sachverhalt kann man wohl nur aus einem tief eingewurzelten Extrinsezismus des kirchlichen Denkens und aus der langjährigen Gewöhnung an die Ausklammerung der Kirche aus der allgemeinen Entwicklung wie aus dem Rückzug in eine kleinkirchliche Sonderwelt verstehen, von der aus man nun zur übrigen Welt zu sprechen versucht."[6]

Konkretisierungen

Auf diesem breiten Tätigkeitsfeld wären einige Aufgaben als ganz besonders vordergründig wahrzunehmen wie

- die Förderung des Öffentlichkeitscharakters der Theologie, welche ihr „Geschäft" nicht lediglich „schulmäßig" betreiben dürfte;
- die verstärkte und mutige Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, wobei die Stellungnahmen der Kirche nicht oberhalb, sondern mitten in der kommunizierenden Gesellschaft stehen sollen;
- die Verdeutlichung, dass der Religionsunterricht *nicht nur* eine kirchliche, *sondern auch* eine gesellschaftliche Funktion erfüllt, wenn er bei der Stärkung der katholischen Identität zugleich den Herausforderungen einer offenen demokratischen Gesellschaft und ihrer Kultur entspricht und dem weltanschaulichen Pluralismus gerecht wird;
- das Verständnis der Erwachsenenbildung als des Weges zur Gesellschaftsbildung.

Alle diese Aufgaben hängen mit der Gesamtaufgabe der katholischen Kirche in der Slowakei zusammen, welche die positive Einstellung des Zweiten Vatikanischen Konzils zur modernen Gesellschaft und ihrer Kultur noch in die Praxis umzusetzen hat. Die Erfahrung der gesamten Entwicklung in den Jahren der religiösen Freiheit lässt hoffen, dass die katholische Kirche in der Slowakei den Herausforderungen ihrer je neuen Positionierung in der profanen Gesellschaft gerecht wird.

[6] Joseph Ratzinger: Kommentar zu „Gaudium et Spes", in: Lexikon für Theologie und Kirche, 2. Aufl., Erg.-Bd. 3, Sp. 316.

Ján Babjak

Die griechisch-katholische Kirche in der Slowakei

In Oktober 2005 hat am Sitz der griechisch-katholischen Eparchie Prešov[1] in der Slowakei die dreitägige Begegnung der griechisch-katholischen Bischöfe Europas stattgefunden. Teilnehmer waren der Großerzbischof von Kiew und Halyč, Lubomyr Kardinal Husar, der Erzbischof und Metropolit der griechisch-katholischen Kirche der Diözese Przemyśl-Warschau in Polen, Jan Martyniak, und neunzehn Bischöfe aus anderen europäischen Ländern.

Bei dieser Begegnung hat P. Prof. Dr. Cyril Vasil SJ, Dekan der Fakultät für Kirchenrecht am Päpstlichen Orientalischen Institut in Rom, einen Vortrag zum Thema „Der Einfluss der neuen kirchlichen Gesetzgebung auf das Leben der östlichen katholischen Kirchen" gehalten; außerdem sprach er über die Perspektiven der griechisch-katholischen Kirche. Er suchte eine Antwort auf die Frage, welche Varianten für die *Entwicklung* der griechisch-katholischen Kirche denkbar wären. Seinen Ausführungen zufolge gibt es eine ziemlich *pessimistische* Variante, jedoch auch eine sehr *optimistische* Variante. Er kam zu dem Schluss: „Es ist durchaus möglich, sich eine wahrscheinlich *realistische* Variante vor-

[1] „Eparchie" ist in den griechisch-katholischen und orthodoxen Kirchen die Bezeichnung für „Bistum", „Eparch" für Bischof. Zum historischen Hintergrund folgender Hinweis: Die orthodoxen Christen auf dem Gebiet der östlichen Slowakei (d. h. im Gebiet der später errichteten Diözese/Eparchie Prešov) erkannten 1646 in der so genannten „Union von Užhorod" (in der Westukraine) den Papst als kirchliches Oberhaupt an. Neben „griechisch-katholisch" (im Unterschied zur „lateinischen" katholischen Kirche des Westens) ist auch die Bezeichnung „katholische Kirche des byzantinischen Ritus" gebräuchlich, da die Liturgie der mit Rom unierten Ostkirchen sich von der griechisch-byzantinischen Tradition herleitet und der orthodoxen Liturgie entspricht. Daneben gibt es weitere Übereinstimmungen mit der orthodoxen Tradition, z. B. die Priesterehe. Vgl. auch Johannes Oeldemann: Die Kirchen des christlichen Ostens. Orthodoxe, orientalische und mit Rom unierte Ostkirchen. (Topos plus, 577). Regensburg 2006, S. 104-131, bes. S. 122-124 (Anm. d. Redaktion).

Msgr. Ján Babjak SJ ist griechisch-katholischer Eparch von Prešov.

zustellen ... Die bestehenden griechisch-katholischen Kirchen werden sich allmählich konsolidieren und innerhalb der katholischen Kirche als konkretes Zeichen für die Sehnsucht nach der Einheit begriffen werden. Ihre Legitimität wird künftig nicht mehr in Zweifel gestellt, und das alles wird deshalb geschehen, weil sie mit einer hundertjährigen Treue am Ideal der Einheit der Kirche allen Verfolgungen zum Trotz festgehalten haben."

Um diese Perspektive zu begreifen, muss man die Wurzeln der griechisch-katholischen Kirche in der Slowakei kennen. Vergangenheit und gegenwärtiges Leben dieser östlichen Kirche sollen im Folgenden kurz skizziert werden.

Historischer Überblick

Das wichtigste und bedeutendste Ereignis in der Geschichte der griechisch-katholischen Kirche in der Slowakei war der Besuch von Papst Johannes Paul II. am 2. Juli 1995 in Prešov. Der Heilige Vater sagte damals in seiner Ansprache u. a. diese Worte: „Die einzelnen Ortskirchen des Ostens wie auch des Westens der einen Universalkirche unterscheiden sich untereinander in der Liturgie, in den Riten, in der Disziplin und im geistlichen Erbe. Sie haben ihre je eigene spezifische Geschichte und Gegenwart." Mit den folgenden Ausführungen möchte ich dies für die griechisch-katholische Kirche in der Slowakei etwas näher belegen.

Die griechisch-katholische Kirche in der Slowakei betrachtet sich bewusst als Hüterin des Erbes der Slawenapostel Kyrill und Methodius.

Viele Menschen wollen von uns griechischen Katholiken wissen, wo unsere Wurzeln liegen. Obwohl das griechisch-katholische Bistum Prešov erst im Jahre 1818 gegründet wurde, betrachtet sich die griechisch-katholische Kirche in der Slowakei bewusst als Hüterin des Erbes der Slawenapostel Kyrill und Methodius, das in seinem Kern aus drei wesentlichen Punkten besteht:

- ostkirchliche Spiritualität
- Liturgie in der lebendigen Volkssprache,
- Einheit in Gemeinschaft mit dem Römischen Apostolischen Stuhl.

Kommen wir aber zurück zur Ursprungsgeschichte des Bistums Prešov: Es wurde am 22. September 1818 mit der Bulle „Relata semper" von Papst Pius VII. kanonisch errichtet. Der administrative Vorgang war

sehr lang und schwierig. Als die Eparchie Prešov gegründet wurde, gehörten 194 Pfarreien und fast 150.000 Gläubige zu ihrem Verwaltungsbereich. Der erste Bischof war Gregor Tarkovič (1818-1841). Seine Nachfolger, die Bischöfe Jozef Gaganec (1843-1875), Mikuláš Tóth (1876-1882) und Jan Vályi (1882-1911) haben eine segensreiche Tätigkeit entfaltet. So entstanden alle notwendigen Bauten und Einrichtungen wie die Kathedralkirche, die bischöfliche Residenz und das Priesterseminar; außerdem entwickelte sich das kirchliche Schulwesen. In der wichtigen Zeit der Geschichte unserer Völker nach dem Zerfall Österreich-Ungarns und während der Bildung der ersten tschechoslowakischen Republik im Jahre 1918 blieb der Bischofssitz unbesetzt, denn Bischof Štefan Novák (1913-1920) legte sein Amt nieder und ging nach Ungarn. Die Leitung des Bistums übernahm vorübergehend Generalvikar Dr. Mikuláš Russak (1918-1922), später Bischof Dionýz Nyáradi von Križevac (1922-1927). Sein Nachfolger auf dem Stuhl von Prešov war Bischof Pavel Peter Gojdič OSBM (1927-1950), der über außergewöhnliche Qualitäten verfügte und in seiner Lebensführung heiliggemäß war. Unter seiner aufopferungsvollen Leitung blühte das Bistum auf. Sein Bischofswahlspruch war „Gott ist die Liebe, lieben wir ihn!" – und so hat er auch sein seelsorgerliches Wirken verstanden. Der Heilige Vater Johannes Paul II. hat ihn am 4. November 2001 in Rom zusammen mit dem Ordenspriester und Märtyrer Metod Dominik Trcka CSsR selig gesprochen.

Leider brach diese Blütezeit im Gefolge der politischen Umwälzungen in der Tschechoslowakei nach 1948 gewaltsam ab. In dieser schweren Zeit empfing noch im Jahre 1947 Dr. Vasil Hopko die Bischofsweihe und wurde zum Weihbischof ernannt. Papst Johannes Paul II. sprach ihn auf seiner Reise in die Slowakei in Bratislava am 14. September 2003 selig. Die Angriffe gegen die griechisch-katholischen Christen fanden ihren Höhepunkt auf dem genannten „Prešover Sobor", einer Versammlung am 28. April 1950, in der die griechisch-katholische Kirche in der Tschechoslowakei außerhalb der Gesetze gestellt und damit liquidiert wurde. Die griechisch-katholischen Bischöfe wurden inhaftiert; Bischof Gojdič starb 1960 im Gefängnis. Die Gemeinden wurden zwangsweise in die orthodoxe Kirche eingegliedert. Priester, die ihrer Kirche treu bleiben wollten, wurden zwangsweise von ihren Gläubigen getrennt und mit ihren Familien nach Böhmen ausgesiedelt;

Zwischen 1950 und 1968 lebte die griechisch-katholische Kirche im Untergrund fort.

dort mussten sie ihren Lebensunterhalt mit schwerer körperlicher Arbeit fristen.

Die griechisch-katholische Kirche änderte notgedrungen ihre Existenzform und ging in den Untergrund. Der „Prager Frühling" 1968 ließ die Gläubigen zunächst Hoffnung auf Erleichterung der Situation schöpfen, aber die Verbesserung war nur von kurzer Dauer. Die griechisch-katholische Kirche wurde zwar mit Regierungserlass Nr. 70/1968 behördlich wieder anerkannt, ihre Tätigkeit jedoch im Prozess der „Normalisierung" weiterhin stark eingeschränkt. Mit der kirchlichen Jurisdiktion wurde Msgr. Ján Hirka, apostolischer Administrator mit den Rechten eines Bischofs, amtlich beauftragt (er war zuvor sechs Jahre inhaftiert gewesen und hatte als Elektriker gearbeitet). Trotz dieser schwierigen äußeren Bedingungen lebte die griechisch-katholische Kirche nun wieder auf. Erst nach der politischen Wende im November 1989 kam es dann zu ihrer vollständigen Rehabilitierung. Dies zeigte sich mit der Ernennung von Ján Hirka zum Ordinarius von Prešov. Beim Wiederaufbau im Jahre 1990 musste sozusagen bei Null begonnen werden. So herrschte gravierender Priestermangel, und es gab auch keine theologische Fakultät oder ein Seminar für die Ausbildung des Priesternachwuchses. Weitere wichtige Aufgaben waren die Erneuerung des kirchlichen Bildungswesens, die Förderung der griechisch-katholischen Presse und die Ausweitung der Seelsorge unter den neuen Verhältnissen. Mit dem Schuljahr 1990/91 wurde das Priesterseminar in Prešov wiedereröffnet, und die Theologische Fakultät nahm als Teil der Universität Prešov ihre Tätigkeit wieder auf. Am 11. Januar 1992 ernannte Papst Johannes Paul II. Msgr. Milan Chautur CSsR zum Weihbischof von Prešov.

Nach der Entstehung der selbstständigen Tschechischen Republik im Jahre 1993 wurde für die dort verbliebenen griechisch-katholischen Gläubigen zunächst ein Bischöfliches Vikariat in Prag gegründet, dann am 15. März 1996 ein Apostolisches Exarchat[2] mit Sitz in Prag errichtet. An die Spitze des Exarchats wurde Msgr. Ivan Ljavinec berufen. Am 24. April 2003 ernannte Papst Johannes Paul II. Msgr. Ladislav Hučko zum Exarchen von Prag. Das nächste wichtige Ereignis für die griechisch-

[2] Exarchat bezeichnet in den orthodoxen und unierten Kirchen einen kirchlichen Verwaltungsbezirk außerhalb des Stammlandes einer Kirche, also gewissermaßen in der Diaspora. Der Vorsteher heißt entsprechend Exarch (Anm. d. Redaktion).

katholische Kirche in der Slowakei war die Errichtung eines neuen griechisch-katholischen Exarchats mit Sitz in Košice am 21. Februar 1997. Zum ersten Exarchen wurde der bisherige Weihbischof von Prešov, Msgr. Milan Chautur CSsR, ernannt. Im Dezember 2002 hat Papst Johannes Paul II. mich zum Bischof und Ordinarius von Prešov ernannt; er hat mir auch am 6. Januar 2003 in St. Peter in Rom die Bischofsweihe erteilt. Die Übernahme des Bistums fand am 18. Januar 2003 in der Kathedrale von Prešov statt.

Gegenwärtige Situation

Nun möchte ich noch einen kurzen Einblick in die heutige Lage unserer Kirche und einen Ausblick auf die Zukunft geben.[3]

Unsere Johannes dem Täufer geweihte *Kathedrale* entwickelt sich immer mehr zu einem Wallfahrtsort. In ihren Seitenkapellen sind die Reliquien der seligen Märtyrerbischöfe Pavel Peter Gojdič OSBM und Vasil Hopko zur Anbetung ausgestellt. Im Kirchenschiff befindet sich neben dem Bischofsthron seit 2003 eine Kopie des Turiner Grabtuches. Die Kathedrale besuchen nicht nur einheimische Gläubige und Pilger, die hier beten und die Sakramente empfangen, sondern auch immer mehr Touristen.

Mit der Kathedralkirche ist die *Bischofsresidenz* verbunden. 2004 haben wir die dem hl. Josef geweihte Bischofskapelle erneuert und um eine Ikonostase erweitert. Hier befinden sich auch Reliquien der seligen Märtyrerbischöfe Pavel Peter Gojdič OSBM und Vasil Hopko, die in dieser Kapelle sehr oft gebetet haben, sowie die Reliquien des Ordenspriesters und Märtyrers Metod Dominik Trcka CSsR. In einem Verbindungsgang nahe der Bischofskapelle wurde eine Ausstellung zur Geschichte der Eparchie Prešov eingerichtet. Abschnittsweise läuft z. Zt. noch die Rekonstruktion der Residenz.

Seit dem letztem Jahr hat der *Apostolische Exarch von Košice* in einem neuen Gebäude seinen Sitz, das neben der Kathedralkirche, die der Gottesgebärerin Maria geweiht ist, steht. Die Kathedralkirche bildet zusammen mit dem Pfarramt und den Verwaltungsgebäuden des Exarchats

[3] Wichtige Hinweise dazu vermittelt der detailreiche Internetauftritt der Eparchie Prešov (http://www.grkatpo.sk).

einen architektonisch interessanten Baukomplex. Das Exarchat hat sich inzwischen hervorragend entwickelt, eigene Initiativen erfolgreich ins Leben gerufen (etwa in der Jugendarbeit) und ist damit auf dem Weg zu einer eigenen Eparchie.

In Prešov besteht eine *griechisch-katholische Theologische Fakultät* an der Universität, an der ungefähr 700 Laientheologen und 64 Priesteramtskandidaten studieren. Inzwischen wurde ein Gebäude des ehemaligen Basilianerklosters als Domizil für die Professoren hergerichtet, in dem seit 2005 fünf Dozenten leben, die von Seelsorgstätigkeit freigestellt sind und sich jetzt ganz der akademischen Tätigkeit widmen können. Geplant ist außerdem der Aufbau einer angemessenen Hochschulbibliothek, die an der Theologischen Fakultät entstehen soll. Ihr Bestand soll zunächst aus Büchern der Theologischen Fakultät, des Priesterseminars und des Bischofsamts aufgebaut werden.

Im *Priesterseminar* in Prešov bereiten sich für das Priestertum die bereits erwähnten 64 Priesteramtskandidaten vor; 44 gehören zur Prešover Eparchie, 19 zum Exarchat von Košice, ein Priesteramtskandidat studiert für das Exarchat von Prag. Sieben Priesteramtskandidaten befinden sich z. Zt. im Pastoraljahr, das nach dem dritten Jahr des Theologiestudiums stattfindet und in dieser Gestalt vor zwei Jahren eingeführt worden ist. Die Ausbildung zum Priestertum hat sich damit auf sieben Jahre verlängert. Ziel ist es, die Priester für die schwierige und anspruchsvolle Seelsorge der heutigen Zeit bestmöglich vorzubereiten. Während des Pastoraljahrs sind die Priesteramtskandidaten in verschiedenen Bereichen tätig, z. B. in der Bischofsresidenz, in der Schule für hörbehinderte Kinder, in der Caritas, im Hospiz usw., damit sie sich ihrer Berufung noch klarer werden.

In jeder Kirche der Eparchie Prešov sind Opferstöcke aufgestellt worden. Auch wenn wir uns bewusst sind, dass dies allein die Not nicht lindern kann, ist es doch ein Zeichen der Liebe der Kirchengemeinschaft zu den Leidenden. Besonders aktiv ist die *griechisch-katholische Caritas* in Prešov und Košice. In Prešov engagiert sie sich z. B. in der Pflege der Obdachlosen; in mehreren Pfarreien sind konkrete Projekte, u. a. in der Altenfürsorge, angelaufen

Zu den Schwerpunkten der Seelsorge gehören Kinder- und Jugendpastoral.

In der griechisch-katholischen Kirche in der Slowakei hat sich eine gut funktionierende *Jugendpastoral* entwickelt. Im August 2006 fand schon zum 15. Mal die traditionelle Begegnung der griechisch-katholi-

schen Jugend „Bystra 2006“ statt, an der viermal ungefähr tausend Kinder und junge Leute teilnahmen. Diese Jugendtreffen können auch dank der finanziellen Unterstützung von Renovabis durchgeführt werden. Alle zwei Jahre führen die Eparchie Prešov und das Exarchat Košice Jugendgruppenleiterkurse durch, wo schon Zehnjährige an Leitungsaufgaben in Jugendarbeit und Katechese herangeführt werden, damit sie später die Geistlichen in der Kinder- und Jugendpastoral unterstützen. 2006 wurde ein mitten im Wald gelegenes Gebäude des ehemaligen Schullandheims von Juskova Vola erworben und zum Freizeit- und Pastoralzentrum der Eparchie Prešov umgebaut. Das Gebäude eignet sich für vielfältige Veranstaltungen mit Kindern, mit Jugendlichen und Erwachsenen, muss allerdings noch gründlich renoviert werden.

Jedes Jahr am Palmsonntag treffen sich die Bischöfe mit den jungen Leuten. In Prešov und Košice engagieren sich Geistliche in der *Hochschulpastoral.* Erwähnen möchte ich außerdem noch Aktivitäten der Pfarreien und Orden, z. B. Musikgruppen und Chöre, Wanderungen, Bibel- und Anbetungsstunden.

Wir sind uns über die Probleme der heutigen Welt im Klaren und möchten deshalb den Eltern bei der *christlichen Erziehung* und Heranbildung der Kinder und Jugendlichen helfen. Auf dem Gebiet der Eparchie Prešov befinden sich acht griechisch-katholische kirchliche Schulen. Außer dem schon erwähnten Schullandheim gibt es zwei Gymnasien, eine Mittelschule, drei Grundschulen und einen Kindergarten. Auf dem Gebiet des Exarchats von Košice bestehen sechs kirchliche Schulen: ein Gymnasium, zwei Mittelschulen, zwei Grundschulen und ein Kindergarten. Religionsunterricht wird auch an den staatlichen Schulen als reguläres Schulfach erteilt, und zwar nicht nur von Priestern, sondern auch von Ordensschwestern und Laien, die Theologie studiert haben.

In den griechisch-katholischen Pfarrgemeinden in der Slowakei trägt zum geistlichen Leben besonders stark die *Verehrung des Heiligsten Herzens Jesu* bei, die vor allem mit dem Empfang der Sakramente (Beichte und Kommunion) an jedem ersten Freitag im Monat verbunden ist. Im Rahmen der Neuevangelisierung haben außerdem auch unter den griechisch-katholischen Christen in der positiven Bedeutung des Wortes verschiedene Strömungen der katholischen Kirche eine Heimat gefunden, die den Glauben und die Liebe zur Kirche vertiefen.

Von großer Bedeutung sind seit jeher die *Ordensgemeinschaften.* In der griechisch-katholischen Kirche in der Slowakei sind von den männlichen Ordengemeinschaften die Basilianer (OSBM) und die Re-

demptoristen (CSsR) tätig; daneben sind die Jesuiten (SJ) zu nennen und wohl bald auch die Studiten (MSU). Von den weiblichen Ordensgemeinschaften sind die Schwestern des Ordens von Basilius dem Großen (Basilianerinnen, OSBM), die Dienerinnen der Unbefleckten Jungfrau Maria (SrUE) und die Redemptoristinnen (OSsR) zu erwähnen.

Hervorragend entwickelt hat sich der Bereich der *Medien.* In Prešov und Košice bestehen Pressezentren, von denen regelmäßig Informationen über das Leben der Kirche weitergegeben werden. Auf diese Weise will unsere Kirche im elektronischen Bereich und in den Printmedien versuchen, sich möglichst offen vielen Menschen darzustellen. Zugleich ist dies aber auch sehr wichtig für das Selbstverständnis der griechisch-katholischen Kirche. Da sie in der Slowakei nur eine kleine Minderheitskirche bildet, ist es erstrebenswert darzustellen, wie sie lebt, wie ihre Vergangenheit und Gegenwart aussieht, welche Pläne und Hoffnungen sie für die Zukunft hat und wie sie das Evangelium in der Welt verkünden will.

Die kirchliche Medienarbeit trägt auch zur inneren Stärkung der Minderheitskirche bei.

Eine wahre Kostbarkeit und ein Anziehungspunkt für die Touristen sind die wertvollen *Holzkirchen,* deren Ensemble inzwischen zum nationalen Kulturdenkmal erklärt worden ist. Es sind fast dreißig, und sie sind bis jetzt lebendige Kirchen, in denen die Menschen regelmäßig beten. Die Holzkirchen üben einen besonderen Zauber aus. Dank der Hilfe des Kulturministeriums und Finanzhilfe aus dem Ausland können diese Holzkirchen schrittweise renoviert werden.

In der Eparchie Prešov bestehen außerdem einige geistliche Zentren, etwa die Wallfahrtsorte Ľutina, Stropkov, Buková Hôrka, Krásny Brod und Rafajovce. In den vergangenen Jahren sind die Geburtsorte unserer seligen Märtyrerbischöfe in Ruské Pekľany und in Hrabské hinzugekommen. Im Exarchat Košice sind besonders die Wallfahrtsorte Klokočov, Sečovce und Michalovce zu nennen.

Ausblick

Im Hinblick auf die künftige Entwicklung möchte ich betonen, dass die Bischofskonferenz der Slowakei die Einrichtung einer Kirchenprovinz für die Slowakei anstrebt. Eine solche Entfaltung für unsere Kirche hat bereits Papst Pius XI. skizziert, als er 1937 bei der Gestaltung der inneren

Struktur der Diözesen in der Slowakei unter Angleichung an die Staatsgrenzen zwei Metropolien errichten wollte: je eine für die römisch-katholische und für die griechisch-katholische Kirche. Hinsichtlich der Zahl der Gläubigen ist die griechisch-katholische Kirche in der Slowakei eine Minderheitskirche, sie schaltet sich aber aktiv und vielfältig in das kirchliche und gesellschaftliche Leben ein. Nach der Volkszählung von 2001 gehören zur griechisch-katholischen Kirche 219.831 Gläubige, davon 135.829 Gläubige zur Eparchie Prešov und 84.002 zum Apostolischen Exarchat Košice. Die Eparchie Prešov hat 166 Pfarreien, das Exarchat Košice 91.

Die Treue im Leiden und in der Verfolgung ist ein explizites Zeichen der Existenzfähigkeit der griechisch-katholischen Kirche, ein Zeichen dafür, dass die Einheit mit Rom nicht etwas Künstliches und Verkrampftes ist, sondern vielmehr ein lebensfähiges Modell.

Viele Gegebenheiten und Ereignisse im Leben unserer Kirche sind für mich das Zeugnis der Fürbitten unserer Märtyrer. Man kann sagen, dass die Kirche heute die Früchte aus der Zeit der Verfolgung erntet, als sie wegen ihrer Treue zur Einheit der Kirche und zum Heiligen Vater viel gelitten hat. Es sind die Früchte der Qualen unserer seligen Märtyrer und ihrer Hoffnung auf Gottes Barmherzigkeit.

Diese Treue im Leiden und in der Verfolgung ist auch ein explizites Zeichen der Existenzfähigkeit unserer griechisch-katholischen Kirche in der Slowakei und ein Zeichen, dass die Einheit mit Rom nicht etwas Künstliches und Verkrampftes ist, sondern vielmehr ein lebensfähiges Modell, das aus den Vorstellungen des Kirchenlebens hervorgeht, die die Heiligen Kyrill und Methodius zu den Slawen gebracht haben.

Papst Johannes Paul II. hat dies am 2. Juli 1995 während seines Besuches in Prešov hervorgehoben: „Die heiligen Brüder aus Thessaloniki haben mit ihrer Evangelisierungstätigkeit ein Modell des kirchlichen Lebens ausgearbeitet, das in sich den Reichtum der ostkirchlichen Tradition auf den Gebieten des Rechts, der Liturgie, der Theologie und der Spiritualität mit dem Prinzip der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche in Gemeinschaft mit dem Bischof von Rom verbindet. In der Geschichte gab es schwierige Momente, wo dieses Modell nur sehr schwer durchzuhalten war, das die Verschiedenheit der Traditionen mit der Anforderung der Einheit nach dem Willen Christi für seine Kirche verbindet. Unsere Gegenwart hier ist aber ein klares Zeugnis dafür, wie die Kirche zum ursprünglichen Modell aus der Zeit des Kyrill und Methodius allen Widrigkeiten zum Trotz in Treue verharren kann und so-

mit die Einheit mit der universalen Kirche und mit dem römischen Stuhl erhalten bleibt, der nach dem Willen Gottes ihr Mittelpunkt ist."

Aus dem Slowakischen übersetzt von Vladimír Pancak.

Literaturhinweise

Ján Babjak: P. Michal Lacko SJ, informátor a formátor gréckokatolíkov. Trnava: Dobrá kniha, 1997. (P. Michal Lacko SJ, Lenker und der Gestalter der griechischen Katholiken.)

Katolicka cirkev na Slovensku. (Die Katholische Kirche in der Slowakei). Bratislava: Don Bosco, 2003.

Ľubomir Petrik: Prezentácia Gréckokatolíckej cirkvi v elektronických a tlačových médiách na Slovensku v súčasnosti. (Die aktuelle Darstellung der griechisch-katholischen Kirche in elektronischen und Printmedien in der Slowakei). In: Orbis communicationis socialis 2005. Lublin: Norbertinum, 2006.

P. Šturak: Dejiny Gréckokatolíckej cirkvi v Československu v rokoch 1945-1989. (Die Geschichte der griechisch-katholischen Kirche in der Tschechoslowakei in den Jahren 1945-1989). Prešov: Petra, 1999.

Jaroslav Šonka

Tschechen und Slowaken – eine besondere Beziehung

Zwei Stühlchen in Brüssel?

Als sich die Tschechoslowakei 1989 auf den Weg zur demokratischen Transformation begab, war die Begeisterung der Tschechen und Slowaken gleich, ungleich waren jedoch ihre Voraussetzungen, diese Transformation zu realisieren. Schon im Widerstand gegen den Kommunismus war es auffällig gewesen, wie wenig sich slowakische Dissidenten an der Bewegung der Charta 77 beteiligten, obwohl die Slowaken keineswegs generell mehr dem Kommunismus zugeneigt waren. Im Gegenteil, die Mehrheit der Slowaken war tief im Katholizismus verankert – im Unterschied zu den Tschechen, die religiös sehr heterogen sind und vielfach mit religionskritischen und atheistischen Strömungen sympathisieren. Wegen dieser unterschiedlichen Voraussetzungen ist auch die entstehende Parteienlandschaft beider Teile der Tschechoslowakei von vornherein verschieden gewesen. Einer, der dem katholischen Dissidententum in der Slowakei angehörte, Ján Čarnogurský, entwickelte für die Teilung und den Weg nach Europa eine geeignete Metapher. Er hatte die Vision von den „zwei Stühlchen" in Brüssel. Das tat er zunächst wegen der schlechten Presse. Ansätze zur Teilung in Mitteleuropa wurden nämlich in der westlichen Presse durchwegs negativ kommentiert; man befürchtete Konflikte, wie sie sich dann auch auf dem Balkan entwickelten. Doch nach zwei Jahren gemeinsamer Transformation war es klar: Die Teilung wird es geben, sie passiert friedlich und Čarnogurskýs Metapher, „zwei Stühlchen in Brüssel", war nach weiteren zwölf Jahren Realität.

Doch der Weg bis dahin war mit vielen Aufgaben gepflastert. Teilung des Vermögens, Teilung der Administrative, Aufbau eines slowakischen diplomatischen Dienstes, Aufteilung der Armee, ja sogar die Grenze war

Dr. Jaroslav Šonka, gebürtiger Tscheche, ist seit 1995 Studienleiter an der Europäischen Akademie in Berlin. Schwerpunkt seiner Arbeit ist die Transformation der mittel- und osteuropäischen Länder, besonders auf dem Gebiet der Medien.

vorübergehend wichtig und für die Bürger spürbar. Zeitweise entwickelte sich eine Kultur der gegenseitigen Beschwerden: Die Tschechen seien überheblich, die Slowaken kosteten nur Geld. Die Slowakei brauche endlich einen Platz, auf dem man die Nation überhaupt als solche bemerke (deutsche Sportreporter waren Weltmeister in der Abkürzung – jeder Tschechoslowake war einfach „Tscheche", was manchem Slowaken übel aufstieß). Und Tschechien (wie lange suchte man nach diesem Namen, um Hitlers „Tschechei", als „Rrrresttschechei" in den Ohren, zu vermeiden) wollte von der Last des vermeintlich unterentwickelten Partners befreit werden. Heute ist vieles erfüllt, aber auch vieles anders geworden, als 1992 geplant.

Politischer Weg

Das politische System der Tschechoslowakei des Jahres 1992 war eine Föderation. Zunächst hat sich das Land von der asymmetrischen föderalen Ordnung der kommunistischen Tschechoslowakei befreit, in der nur die Slowakei eine Regierungsstruktur unterhalb der gesamtstaatlichen hatte. Nun also, nach dem ersten Schritt der Gleichberechtigung, waren beide Landesteile befähigt, auf gleicher Ebene miteinander zu kommunizieren. Die Teilung, die – hätte man damals die Bürger befragt – kaum eine Zustimmung bekommen hätte, wurde von der politischen Elite anhand empfundener Unzufriedenheit der Wählerschaft ausgehandelt. Entscheidend für diesen Schritt waren zwei Persönlichkeiten, die nicht verschiedener hätten sein können: der Gründer der national-liberalen Partei ODS, Václav Klaus, auf der tschechischen Seite und der ehemalige Kommunist und Gründer einer Mittelinks Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS), Vladimír Mečiar. Beide bezeichnen sich gegenseitig bis heute als besonders zuverlässige Partner. Dies ebnete mit Sicherheit den Weg zu einer administrativ sauberen Trennung. Aber bis heute gibt es Stimmen, die sich über das Ignorieren der Stimme des Volkes beschweren. Scherzartikel, die Mečiar und Klaus im jeweils anderen Teil der Tschechoslowakei lächerlich machen sollten, sind heute bereits kaum beachtete Antiquitäten. Wichtig waren in den Trennungsjahren zunächst die Währungstrennung (auch die gestempelten Banknoten sind heute eben-

Bei einer Volksbefragung wäre der Teilungsplan vermutlich abgelehnt worden.

falls eine Antiquität) und die Überwindung wirtschaftlicher Nachteile, die vor allem der Slowakei durch kommunistisches Missmanagement entstanden waren. So wurden in der Slowakei veraltete Panzer gebaut und in Košice (wegen der Nähe der sowjetischen, heute ukrainischen Grenze und der von dort gelieferten Rohstoffe) Stahl in nicht besonders zukunftsträchtigen Betrieben produziert.

Heute sind beide neuen Staaten im steten Wettbewerb um Standorte des Autobaus, und die Slowakei gewinnt die Krone als jenes Land Europas, in dem der größte Anteil der Bevölkerung im Autobau beschäftigt ist. Die liberal orientierte Regierung von Mikuláš Dzurinda, der Vladimír Mečiar ablöste, sorgte in der Wirtschaft und bei der Europafähigkeit des Landes für schnellen Fortschritt. Dennoch ist Dzurinda in der letzten Wahl unterlegen. Die neue Regierung von Robert Fico schraubt einige von Dzurindas Reformen zurück. Vergleiche des Reformweges in beiden Ländern und gegenseitige Hilfe verwandter politischer Subjekte im Wahlkampf sind an der Tagesordnung.

Paradoxien des Jahres 2006

Die Slowaken haben ab 1993 einige Grundlagen ihrer Politik deutlich anders gestaltet als die Tschechen. So wurde Robert Schuster zum zweiten Präsidenten der Republik gewählt. Der deutschstämmige Politiker aus der Minderheit der Karpatendeutschen war recht populär, und das Land söhnte sich mit diesem Teil seiner Bevölkerung, auch auf seiten der Vertriebenen, schnell aus. Die ungarische Bevölkerung der Slowakei beteiligte sich ebenfalls an der politischen Entwicklung; die wichtigste Partei dieser Minderheit war in Dzurindas Regierungskoalitionen vertreten. Wie ein Schritt in die düstere Vergangenheit wirkt es dann, wenn in der neuen Regierungskoalition Ján Slota, der Vorsitzende eines nationalistischen Koalitionspartners, eine Kampagne gegen die ungarische Minderheit als angebliche „fünfte Kolonne" führt. Ministerpräsident Fico kann noch so oft dementieren und versichern, dass seine Koalition an der Nationalitätenpolitik nichts ändern werde, doch Hinweise Slotas auf die Dekrete des Präsidenten Beneš, die am Kriegsende die Vertreibung des Sudetendeutschen vorbereitet hatten und nach Slota auch in der Südslowakei hätten angewendet werden sollen, sorgen für schlechte Schlagzeilen auch im Ausland. Merkwürdigerweise vergisst Slota, der früher auch gegen Tschechen starke Worte benutzte, dass Beneš nach

dem Krieg die Wiedereingliederung der Slowakei in den gemeinsamen Staatsverband betrieb, das Todesurteil gegen den klerofaschistischen Präsidenten der Slowakei von Hitlers Gnaden, Jozef Tiso, bestätigte und deshalb nicht von allen Slowaken geliebt wurde. Die mitteleuropäische politische Ordnung kann heute selbst solche Angriffe überwinden, denn offensichtlich – das zeigt die zurückhaltende Reaktion aus Ungarn – sind sie kurzlebigen politischen Plänen entsprungen.

Zur derzeitigen Lage

Was bedeutet das jedoch für die Bürger? Zur Zeit wird in ganz Europa heftig darüber diskutiert, ob die intensiven Bewegungen von Studenten ins Ausland reguliert werden sollen. Selbst westliche Länder debattieren über Zugangsbeschränkungen. Zwischen Tschechien und der Slowakei sind solche Ansätze schon mehrfach vom Tisch gefegt worden. Zuletzt fragte die Zeitung „Lidové noviny" ihre Leser, ob eine Ausländerquote auch auf tschechischen Hochschulen eingeführt werden sollte. Und ein offensichtlich provokativ gemeinter Punkt war dabei, ob „wenigstens für die Slowaken" eine Quote eingeführt werden sollte. Die Zustimmung bei diesem Punkt war besonders niedrig. Die Universitäten prüfen in der Regel nicht einmal, ob jemand seine Prüfung tschechisch oder slowakisch ablegt.

Nach der zehnjährigen Entwöhnung fängt man in Tschechien endlich wieder an, die slowakische Sprache auch richtig zu beachten und darüber öffentliche Diskussionen zu führen. Überrascht stellen Eltern fest, dass sie zwar selber die sehr ähnliche Nachbarsprache verstehen, denn sie haben in ihrer Kindheit die Nachrichtensendungen im Fernsehen zweisprachig vorgetragen bekommen. Aber heutige tschechische Kinder haben mit dem Slowakischen Probleme. Das ist umgekehrt etwas anders, da viele Filme auf Tschechisch synchronisiert wurden und in der Slowakei immer noch so gezeigt werden; auch tschechische Fernsehkanäle werden in die Netze eingespeist. In Prag ist jetzt jedoch eine Diskussion entstanden, ob ein neues tschechisch-slowakisches Fernsehen eine Chance hätte. Dennoch, ein slowakisches Buch in Prag zu kaufen, ist ein kleines Abenteuer, denn die einzige Buchhandlung muss erst gefunden werden – und die Lagerkapa-

Im Alltag gibt es Zeichen wachsender Entfremdung, aber auch Beispiele für eine Wiederannäherung zwischen Tschechen und Slowaken.

zität des Ladens ist klein. Wenn aber ein Tscheche z. B. Ungarisch lernen will, stellt er schnell fest, dass es nur über slowakische Lehrmaterialien geht. Die Geschichte, auch die Jahrhunderte des ungarischen Königreichs, wirken sich so bis heute aus.

Die europäische Integrationspolitik hat auch zwischen Tschechien und der Slowakei viele Wogen geglättet. So gibt es innerhalb der EU keine Zollgrenzen mehr; eine Außengrenze haben nur die Flughäfen und die Slowakei etwa 100 km lang mit der Ukraine. Bei der verstärkten polizeilichen Zusammenarbeit kommen vielfach Experten zusammen, die schon in der Tschechoslowakei zusammen gearbeitet haben.

Zukunftsperspektive

Auch diese neuesten Entwicklungen müssen in die geschichtlichen Zusammenhänge eingeordnet werden – und die waren keineswegs vom Konflikt geprägt. Allzu oft wird heute vergessen, dass die modernen nationalistischen Abgrenzungen ein Ergebnis des 19. Jahrhunderts sind. Im Kontext der k. u. k. Donaumonarchie haben Tschechen und Slowaken vielfach kooperiert, aber auch verschiedene Ansätze entwickelt. Der administrativ-sprachliche Homogenisierungsdruck des Deutschen und Ungarischen hat sie in eine analoge Lage gebracht.

Interessant ist auch die Geschichte der Religionen. Durch die türkische Spaltung Ungarns wurde nur der Westen der habsburgischen Rekatholisierung unterworfen. In Siebenbürgen, damals ein halbfreier Vasall der Osmanen, ist die Religionsfreiheit erhalten geblieben, genauso wie im türkisch besetzten Teil von Ungarn. Hier haben nicht nur die Hussiten (als angeworbene Krieger), sondern später auch die Mährischen Brüder Zuflucht gesucht und gefunden. Hier hielt sich auch Comenius auf. Und für die slowakischen Protestanten ist bis heute die Kralitzer Bibel die maßgebliche Übersetzung – eine tschechisch-slowakische Gemeinsamkeit, die in ihrer kulturellen Auswirkung kaum hoch genug bewertet werden kann. Sie motivierte vor 1918 die Verhandlungen zur Gründung eines gemeinsamen Staates und ist verantwortlich für eine Reihe lexikographischer Gemeinsamkeiten beider Sprachen. Aber auch auf katholischer Seite gibt es besondere Durchdringungen. So haben z. B. die Prämonstratenser, heute überwiegend in Tschechien präsent, slowakische Mitbrüder; an der Spitze des Klosters Selau (Želiv) steht sogar ein slowakischer Abt.

Selbst im privaten Bereich gibt es vielfache tschechisch-slowakische Beziehungen. Gemischte Ehen sind bis heute eine wichtige Auswirkung der tschechoslowakischen Gemeinsamkeit. Eine besonders hohe Zahl (400.000) kann nur eine Schätzung sein, denn die Wechsel der Staatsangehörigkeit überdecken die Realität und die empfundene Identität. Man hört zwar in Prag gelegentlich „Sie ist hier hineingeheiratet, aber nach 15 Jahren spricht sie noch slowakisch". Aber dies liegt am Rande des verachteten Tratsches. Ein slowakischer Student, der in der Drogerie jobbt, muss deshalb keinen Sprachkurs absolvieren.

Ein anfangs negativer Aspekt auf dem tschechisch-slowakischen Feld waren die Verzögerungen bei der Erteilung der Staatsangehörigkeit an die Roma: Der tschechische Staat verstand sie als eine Problemgruppe, und bei der Ermittlung der Staatsangehörigkeit nach der Trennung war der Geburtsort maßgeblich. Nur zu gerne wollte man diese „Slowaken" los werden und die Zwangsumsiedlungen und die massive Einwerbung (in der kommunistischen Zeit betrieben) in die früher von Sudetendeutschen bewohnten Gebiete waren plötzlich vergessen. Es kam jedoch – auch durch die Einwirkung der internationalen Öffentlichkeit – zu entsprechenden Gesetzesänderungen. Inzwischen wird mehr über die Integration der Roma als über die Staatsangehörigkeit gesprochen. Im Rahmen der „Dekade der Roma-Inklusion" arbeiten beide Staaten Hand in Hand.

Infolge der europäischen Integration haben sich neue Beziehungen zwischen den beiden Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei entwickelt.

Infolge der europäischen Integration haben sich neue Beziehungen zwischen den beiden Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei entwickelt. So werden Texte der EU in gemeinsamen Ausschüssen diskutiert. Die große Menge von Richtlinien, Verordnungen und anderen Regeln verlangt teilweise auch nach neuen Ausdrücken, die in beiden Sprachen gemeinsam gesucht werden. Das Gegenlesen europäischer Texte quer über die tschechisch-slowakische Sprachgrenze ist wichtig und hilfreich. Ohne das Gefühl einer besonderen Beziehung werden tschechisch-slowakische Kontakte noch lange nicht – und vielleicht nie – gepflegt werden können.

Rudolf Grulich

Die Slowakei und „ihre“ Deutschen

Unter den weit über 3 Millionen Deutschen, die es vor dem Zweiten Weltkrieg in der damaligen Tschechoslowakei gab, betrug ihre Zahl in der Slowakei rund 150.000. Etwa 100.000 von ihnen waren katholisch, das restliche Drittel war evangelisch, und zwar im Gegensatz zu den oft kalvinistischen Ungarn lutherisch. Diese Deutschen wurden bereits damals im Gegensatz zu den Alpendeutschen und Sudetendeutschen der Donaumonarchie als Karpatendeutsche bezeichnet und waren vor allem auf die Siedlungsgebiete der Zips in der Ostslowakei, des Hauerlandes in der mittleren Slowakei und der Umgebung von Pressburg (Bratislava) konzentriert. Während es sich im Falle der Zips und des Hauerlandes um Sprachinseln handelte, reichte bei Pressburg deutsches geschlossenes Siedlungsgebiet über die österreichische Grenze in die Slowakei hinein.

Ein Blick in die Geschichte

Die Karpatendeutschen waren bis zum Ersten Weltkrieg starker Magyarisierung unterworfen. Durch die nach 1918 in Böhmen und Mähren neu erwachende sudetendeutsche Jugendbewegung sowie durch den Einsatz sudetendeutscher Junglehrer in der Slowakei und auch in der seit 1920 zur Tschechoslowakei gehörenden Karpatoukraine kam es aber relativ bald zu einem neuen nationalen Selbstbewusstsein der deutschen Volksgruppe in der Slowakei. Dieses Gebiet hatte ein Jahrtausend unter dem Namen „Oberungarn“ zum ungarischen Reich („Länder der Stephanskrone“) gehört, während Böhmen und Mähren-Schlesien bis 1806 Teil des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation waren und bis 1866 im losen Gefüge des Deutschen Bundes blieben.

In das Gebiet der seit 1993 selbständigen Slowakei waren nach ersten Einwanderungen im 10. und 11. Jahrhundert Deutsche vor allem im 12.

Prof. Dr. Rudolf Grulich ist Direktor des Instituts für Kirchengeschichte Böhmen-Mähren-Schlesiens in Königstein und Honorarprofessor für Kirchengeschichte an der Universität Gießen.

und 13. Jahrhundert von den ungarischen Königen ins Land gerufen worden. Am Fuße der Hohen Tatra in der Zips siedelten sie schon unter König Geza II. (1142-1162) und seinen Nachfolgern. Als Grenzhüter an den Karpatenpässen hatten diese Zipser Deutschen manche Sonderrechte, die zu ihrer späteren politischen Sonderstellung führten. Wichtige Städtegründungen waren u. a. Schemnitz (Banska Štiavnica), Kremnitz (Kremnica), Käsmark (Kežmarok), Leutschau (Levoča), Kaschau (Košice), Preschau (Prešov) und Bartfeld (Bardejov), deren Kirchen und Kunstwerke noch heute an diese deutsche Zeit erinnern, auch wenn die meisten dieser Städte bis auf die Bauten ihr deutsches Gepräge inzwischen verloren haben. Zahlreiche Kunstwerke deutscher Handwerker und Künstler sind bis heute in den Kirchen dieser Städte erhalten; sie zeigen, welchen kulturellen Beitrag die deutsche Besiedlung der Slowakei für die Ausprägung des kulturellen Niveaus dieses Landes leistete. So ist ein Großteil des UNESCO-Weltkulturerbes der Slowakei von Deutschen geschaffen, wie Zipser Burg und Kapitel, Schemnitz und Bartfeld.

Bedeutende wirtschaftliche und kulturelle Rolle der Deutschen in der Slowakei.

Im Gegensatz zum Reichsteil Ungarn nach dem Österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 war das alte Ungarn der Stephanskrone ein multinationaler Staat. Der erste christliche König Stephan schrieb im Testament seinem dann aber vor ihm verstorbenen Sohn Emmerich, er möge immer verschiedene Völker und Nationen in seinem Reiche fördern, denn ein Reich mit vielen Nationen sei stark, eines mit nur einem Volk und einer Sprache kraftlos und schwach. Die Reformation fand in vielen Städten der heutigen Slowakei Eingang und bewirkte eine Vertiefung der Kontakte mit Deutschland. Die Gegenreformation brachte mit der Katholisierung auch eine erste Slowakisierung.

Zweiter Weltkrieg und Nachkriegszeit

Der österreichische Ausgleich mit Ungarn nach 1867 überließ die Slowakeideutschen der Magyarisierung und Entnationalisierung, die durch die Abhängigkeit vom gesamtungarischen Markt auf wirtschaftlichem Gebiet noch gefördert wurde. Die Schulen wurden so magyarisiert, dass noch nach dem Ersten Weltkrieg eine der beiden deutschen Parteien, die „Zipser Deutsche Partei“ (ZDP), magyarisch ausgerichtet war, während

sich die „Karpatendeutsche Partei“ (KdP) in den dreißiger Jahren an die Sudetendeutsche Partei Konrad Henleins anschloss. Nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei und der Entstehung eines partiell selbstständigen slowakischen Staates im März 1939 wurde die KdP in „Deutsche Partei“ umbenannt. Sie wurde die einzige deutsche politische Vertretung des neuen Staates, die nun alle deutschen Organisationen und Vereine unter Kontrolle hatte.

Mit der Unabhängigkeitserklärung wurde auch die Stellung der deutschen Volksgruppe im neuen Staat geregelt, doch brachten der Krieg und die nationalsozialistische Propaganda viele Probleme. Zahlreiche Deutsche stellten sich gegen die Bevormundung aus Berlin. Der von der Sowjetunion organisierte slowakische Aufstand von 1944 traf manche deutsche Gemeinde sehr schwer; so kam es dort auch zu Massenmorden durch die Partisanen. Die deutsche Wehrmacht schlug den Aufstand nieder, aber dadurch übernahm Berlin nun die totale Kontrolle über die in mancher Hinsicht bis dahin noch relativ eigenständige Republik. Wegen des Vordringens der Roten Armee wurden seit Oktober 1944 zunächst die deutschen Dörfer der Zips, seit Januar 1945 auch des Hauerlandes und der Umgebung von Pressburg evakuiert. Die Angaben über die Zahl dieser Evakuierten sind widersprüchlich und ungenau, doch dürften mit fast 120.000 Evakuierten fast 80 Prozent der Karpatendeutschen damals ihre Heimat verlassen haben. Sie wurden in Österreich und im Sudetenland untergebracht.

Wie im tschechischen Teil der Tschechoslowakei wurden auch in der Slowakei nach dem Zweiten Weltkrieg die Deutschen größtenteils vertrieben. Dabei ist wenig bekannt, dass dies erst endgültig nach der Konferenz von Potsdam erfolgte und dass im Sommer 1945 sehr viele Karpatendeutsche aus dem Sudetenland in die Slowakei zurückkehrten oder zurückzukehren versuchten. Im mährischen Prerau (Přerov) wurde ein solcher Rückkehrerzug Ende Juni 1945 von slowakischen Soldaten gestoppt, die ihrerseits von einer „Siegesfeier“ aus Prag nach Engerau (Petržalka) bei Pressburg zurückkehrten. 279 Menschen, meist Frauen und Kinder, sowie 63 alte Männer, wurden damals erschossen und in einem Massengrab verscharrt. Als im August 1945 die Konferenz der Großen Drei in Potsdam die „humane Umsiedlung“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn beschloss, kam es auch in der Slowakei zur systematischen Vertreibung. Lager für sie wa-

Die Karpatendeutschen wurden wie die Sudetendeutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs.

ren bereits seit Frühjahr 1945 dort errichtet worden, wo die Rote Armee das Land besetzt hatte. Auch wenn die Slowaken den Deutschen gegenüber nicht so feindlich eingestellt waren wie die meisten Tschechen und es nicht zu solch hasserfüllten Ausschreitungen und Übergriffen kam wie in Böhmen und Mähren, war die Lage der Deutschen trostlos. Wie im tschechischen Teil der wiedererstandenen Republik waren es oft Kollaborateure mit den Nationalsozialisten, die sich nun buchstäblich mit dem Blut von Deutschen rein waschen wollten.

In vier Aussiedlungslagern wurden die Deutschen zusammengefasst und seit Ende April 1946 in die US-Zone und die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands ausgesiedelt. Wie aus Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien erfolgte dieser „humane Transfer" organisiert in Viehwaggons, wobei jeweils 1.200 Menschen, und zwar je 30 in 40 Waggons, in 27 Transporten bis Oktober 1946 betroffen waren, also 32.400 Personen. Weitere Transporte von Deutschen, darunter auch Antifaschisten, folgten 1947. Slowakische Publikationen gehen heute von damals 24.000 in der Slowakei verbliebenen Deutschen aus, die aber zum Teil innerhalb des Landes umgesiedelt wurden. Ihre Zahl verringerte sich durch die Familienzusammenführung seit den sechziger Jahren noch erheblich.

Die Machtübernahme der Kommunisten 1948 brachte den Deutschen die Rückgabe ihrer durch die Beneš-Dekrete verlorenen Staatsbürgerschaft auf Antrag. Erst im April 1953 aber wurde ein Gesetz verabschiedet, nach dem „Personen deutscher Nationalität, die die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft ... verloren haben und deren Wohnort zum Tage der Inkrafttretung dieses Gesetzes auf dem Gebiete der Tschechoslowakischen Republik ist, zu tschechoslowakischen Staatsbürgern werden, insofern sie die Staatsbürgerschaft nicht schon früher erhalten haben." Dies bedeutete aber noch nicht die Anerkennung der Deutschen als einer Minderheit. Auch die Verfassung vom Jahre 1960 gewährte dieses Recht nur den Ungarn, Polen und Ukrainern-Ruthenen. Erst das Verfassungsgesetz vom 28. Oktober 1968 erkannte auch die Deutschen als nationale Minderheit an. Der damals neu entstandene Kulturverband der deutschen Werktätigen in der ČSSR war mit seinen Ortsgruppen aber auf die Tschechische Sozialistische Republik beschränkt.

Neuanfang nach der Wende

Es dauerte bis zur „samtenen Revolution“ von 1989, dass es möglich wurde, auch wieder deutsches Volksgruppenleben in der Slowakei zu organisieren. Heute sind die offiziellen Zahlen für die deutsche Minderheit in der seit 1993 selbstständigen Republik Slowakei mit 5.000 Angehörigen sehr klein. Die Dachorganisation der Volksgruppe, der Karpatendeutsche Verein, hat aber rund 30 Ortsgruppen im ganzen Land und geht von 15.000 Deutschen aus, von denen viele in nationalen Mischehen leben, sodass die junge Generation fast völlig slowakisiert ist. Für sie werden wieder Sprachkurse und Sommerlager veranstaltet.

Monatlich erscheint als deutsche Zeitung das „Karpatenblatt“. Nur zwei Orte haben noch deutschen Charakter und eine deutsche Mehrheitsbevölkerung: Metzenseifen und Hopgarten, wo es auch deutsche Ortsschilder gibt. Obgleich auch die Slowakische Republik die Beneš-Dekrete nicht aufgehoben hat (und dies auch wegen der Forderungen der von diesen Dekreten ebenfalls betroffenen starken ungarischen Minderheit nicht tun wird), ist das Verhältnis der Regierung in Bratislava gegenüber der deutschen Minderheit weit entkrampfter als das zwischen der Regierung in Prag und den Sudetendeutschen. Der slowakische Staatspräsident Rudolf Schuster bekannte sich zu seiner deutschen Herkunft und pflegte Kontakte zur Karpatendeutschen Landsmannschaft in der Bundesrepublik. Man stelle sich vor, der tschechische Präsident Václav Klaus nähme an einem Sudetendeutschen Tag der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Nürnberg teil, was Schuster in Karlsruhe tat! In Bratislava gibt es ein Kulturmuseum der Karpatendeutschen, das Teil des Slowakischen Nationalmuseums ist. Das Kulturmuseum der Karpatendeutschen bietet Sonderausstellungen und veröffentlicht Studien zu Geschichte und Kultur der Deutschen in der Slowakei. Die Deutschen sind beim Festival der Minderheiten vertreten, so 2005, als sie mit der bulgarischen, tschechischen, kroatischen, ungarischen, mährischen (!), polnischen, rusinischen, ukrainischen, jüdischen und der Roma-Minderheit das Programm gestalteten. Die Schirmherrschaft dieses Festivals hatten der Staatspräsident, der Ministerpräsident, der Parlamentspräsident sowie weitere Vertreter des Staates und der Stadt Bratislava übernommen.

Das Verhältnis der Regierung in Bratislava gegenüber der deutschen Minderheit ist weit entkrampfter als das zwischen der Regierung in Prag und den Sudetendeutschen.

Eva-Maria Stolberg

Die Weichsel: „Unbändiger" Naturstrom oder „zivilisierte" Kulturstraße?

Anknüpfend an das Themenheft „Flüsse machen Geschichte" (Heft 3/2004) stellt der vorliegende Beitrag die von Mensch und Natur geschaffenen strukturellen Bedingungen der Flusserschließung am Beispiel der Weichsel vor. Flüsse definieren geografische Räume. Der Ansatz der modernen Humangeografie, Interaktionen von Naturräumen und Mensch zu untersuchen, bietet sich auch für den Historiker an. Anthropogene Faktoren wie Siedeln und Wirtschaften stellen Eingriffe in den Naturraum dar, sie lösen Prozesse aus, die wiederum menschliche Aktionen hervorrufen. Erschließung von Naturräumen diente der Orientierung und der Nutzbarmachung. Gleichzeitig wurde die Weichsel in der Geschichte Ostmitteleuropas zu einer „mental map". Ihre Erschließung war im Mittelalter religiös (Ostmission), im 19. Jahrhundert national motiviert.

Der Name Weichsel stammt vom lateinischen Vistula und weist darauf hin, dass die Weichsel bereits in der Antike ein bekannter Handels- und Verkehrsweg war. Über die Weichsel, Moldau und Donau entwickelte sich ein florierender Bernsteinhandel von der Ostseeküste in den Mittelmeerraum und zum Schwarzen Meer. Im Mittelalter folgten Christianisierung und Siedlungsbewegung entlang der Weichsel und ihrer Nebenflüsse. Die Geschichte der Ostkolonisation und die Bedeutung der Weichsel als besonderer historischer „Landschaft" Ostmitteleuropas an der Nahtstelle deutscher und polnischer Nationsbildung im 19. und 20. Jahrhundert greift ohne Berücksichtigung der physisch-geografischen Rahmenbedingungen zu kurz. Ein Blick auf die Karte zeigt, dass sich ein östliches Mitteleuropa kaum abgrenzen lässt, ein wichtiger, bestimmender Raumfaktor ist jedoch die Weichsel.

Die Weichsel durchfließt den nördlich der Karpaten gelegenen Teil des östlichen Mitteleuropas in seiner ganzen Ausdehnung, vom Hochge-

Priv.-Doz. Dr. Eva-Maria Stolberg ist Osteuropahistorikerin an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn und arbeitet vor allem zur Natur- und Raumgeschichte Osteuropas.

birge des Südens bis zur Ostseeküste. In der deutschen und polnischen Nationalgeschichte stellte sie eine Imagination dar, die der ideologischen Instrumentalisierung diente. Jenseits des Nationalismus wurde das Alltagsleben von Deutschen und Polen vom Fluss bestimmt, der die Anwohner vor gleichermaßen schwierige Lebensbedingungen stellte, denn die Weichsel verlegte wie auch ihre Nebenflüsse bzw. Mündungsarme (Nogat, Elbing) seit dem Mittelalter immer wieder ihren Lauf.

Im 10. Jahrhundert folgte die Missionierung im Zuge der ottonischen Herrschaftsausdehnung nach Osten über Flüsse, zunächst entlang der Elbe-Saale-Linie, dann entlang der Oder und Weichsel mit ihren Nebenflüssen. Es handelte sich um ein sich allmählich vorschiebendes Siedlungsgebiet durch Bildung von Stützpunkten. Beim Vorgang der Umgestaltung der Landschaft, bei der Waldrodung, der Besiedlung, Ausweitung und Ausnutzung der Ackerbaufläche hat die Weichsel eine wesentliche Rolle gespielt. Die Agrarisierung erforderte jedoch Schutzmaßnahmen gegen Überschwemmungen. Seit 1288 wurden in sechs Jahren die Sümpfe der Weichsel durch Eindeichungen und Entwässerungsanlagen zu ertragreichem Kulturboden umgewandelt. Städtische Siedlungskeime entstanden an den Ufern der Weichsel, von denen aus der Getreideanbau im Hinterland erschlossen wurde. Polen wäre ohne die Weichsel nie in dem Maße Getreideland geworden. Noch im 17. Jahrhundert – vor den Teilungen – wurden nach Berichten des englischen Reisenden Peter Mundy über die Weichsel und den Hafen Danzig jährlich ungefähr 160.000 bis 200.000 Tonnen Getreide exportiert.

Nimmt man eine Gegenüberstellung der Weichsel mit anderen europäischen Flüssen (Rhein, Donau) für die Neuzeit vor, so schneidet die Weichsel nicht schlecht ab, weil damals die meisten Ströme kaum reguliert und die Anforderungen, die von der Schifffahrt an die Beschaffenheit eines Flusses als Wasserstraße gestellt wurden, gering waren. Die Transportleistung der Schifffahrt schnitt gegenüber dem bescheidenen Netz schlechter Landstraßen besser ab. Ins 19. Jahrhundert fällt die Hochphase der technischen Erschließung des Weichsellandes: Landstraßen wurden ausgebaut und ein Schienennetz gelegt. Gleichzeitig fand ein „technischer Wettlauf“ zwischen den Teilungsmächten Polens statt, der nicht frei war von nationalen Untertönen. So symbolisierte die Weichsel als „unbändiger Strom“ das Fremde, d. h. Slawische. Die wirtschaftliche Erschließung, die technische Bezwingung der Flussnatur (Eindeichung, Kanalbau, Schifffahrt) machte die Weichsel zu einem Grenzgebiet und Streitobjekt nicht nur zwischen Deutschen und Polen,

sondern auch zwischen den drei Teilungsmächten Preußen, Österreich-Ungarn und Russland. Mit der Industrialisierung und Technisierung im 19. Jahrhundert kam der Gedanke an eine wasserwirtschaftliche Nutzung von Flüssen auf, und zwar nicht nur als Verkehrsweg. Hochwasser sollten durch Eindeichung verhindert werden, neues Ackerland für eine wachsende Bevölkerung erschlossen werden, das Wasser der Weichsel die Energieversorgung der Industrie sicherstellen. Die Teilung Polens und die imperialen Rivalitäten zwischen Preußen, Österreich und Russland, später die auf rücksichtslose Ausbeutung angelegte NS-Besatzungspolitik haben jedoch eine effektive wasserwirtschaftliche Nutzung der Weichsel verhindert. Doch sprach nicht nur die politische Lage, sondern auch die naturräumliche Gegebenheit dagegen. Wenig geeignet für die Schifffahrt war die Weichsel in Galizien, in Kongresspolen in begrenztem Maß, am besten in Westpreußen. Sandbänke, Überschwemmungen und Eisgang im Frühjahr erschwerten eine wirtschaftliche und technische Erschließung. Der durch ein Hochwasser im Jahre 1888 verursachte Schaden an der preußischen Weichsel betrug nach amtlichen Feststellungen rund 11,7 Millionen Mark. Ebenso wurde der Schiffsverkehr während des Eisganges behindert. Man rechnete mit einer durchschnittlichen Sperrzeit von rund 110 Tagen. Auch die Zeiten des Niedrigwassers dehnten sich oft über ein viertel Jahr aus und beeinträchtigten die Verkehrsmöglichkeiten.

Als Verkehrsweg verband die Weichsel Deutsche und Polen ebenso wie in der Abwehr von Überschwemmungen. Trennendes und Verbindendes in der deutsch-polnischen Kulturgeschichte waren wechselhaft wie die Weichsel selbst.

Die Weichsel, poln. Wisła, entspringt im Jablunka Gebirge und mündet mit einem weit verzweigten Delta (Danziger Werder) in die Danziger Bucht. Von den 1.059 Kilometern sind heutzutage 800 Kilometer schiffbar. Der Augustowo Kanal verbindet die Weichsel mit der Memel, der Bromberger Kanal mit der Oder.

Karin Bachmann

Der „Tatra-Tiger“ kommt nicht zur Ruhe

Vielleicht wäre es der Begriff Unsicherheit, mit dem sich das Lebensgefühl eines durchschnittlichen Slowaken am besten kennzeichnen ließe, wenn es den durchschnittlichen Slowaken gäbe. So schwer die Suche nach dem so genannten „Normalbürger“ schon in anderen Ländern fällt, ist sie in der Slowakei wohl gänzlich zum Scheitern verurteilt. Das Land im Herzen des europäischen Kontinents ist zwar von der Fläche her kaum größer als Niedersachsen; doch das ändert nichts an seiner inneren Zerrissenheit. Die Unterschiede zwischen der Hauptstadt Bratislava, dem einigermaßen wohlhabenden Westen und den teilweise bettelarmen Regionen im Osten könnten nicht größer sein. Dennoch ist das Gefühl der Unsicherheit für alle Menschen in diesem Land ein bezeichnendes Merkmal ihres Lebens, wenngleich sie mit unterschiedlichen Unsicherheiten ringen: Ein Bewohner der Hauptstadt sorgt sich momentan eher um das Ansehen der Slowakei im Ausland und die Perspektiven für seine Zukunft, während ein Ostslowake sehr intensiv damit beschäftigt sein kann, sich sauberes Trinkwasser zu beschaffen, weil die dafür notwendige Infrastruktur nicht unbedingt überall vorhanden ist.[1]

Bei einer Reise durch das Land lässt sich die tiefe Spaltung durchaus erkennen, in ihrer tragischen Reichweite für die Beziehungen der Slowaken untereinander ist sie jedoch nicht wirklich nachvollziehbar. Stets werden sie mit Eigenwilligkeiten, gar Grotesken, also mit Erlebnissen in Extremen konfrontiert; moderate oder gar „durchschnittliche“ Begebenheiten haben eher Seltenheitswert.

Und doch gibt es eine „Zuzana Veselá“ als Pendant zur deutschen „Erika Mustermann“, die immer dann in Erscheinung tritt, wenn es um den Durchschnitt geht. Wer ist diese Zuzana Veselá, deren Name auf Deutsch „Susanne Lustig“ wäre? Zuzana Veselá wurde, anders als Erika Mustermann, nicht dazu ersonnen, den Bürgern etwa zu verdeutlichen,

[1] Der Beitrag wurde im Juli 2006 geschrieben und im September um die „aktuelle Ergänzung“ erweitert.

Karin Bachmann M. A. ist Wirtschaftspublizistin und Übersetzerin und lebt in Bratislava.

wie sie sich mustergültig für einen Personalausweis fotografieren lassen. Vielmehr wurde Zuzana Veselá in die Welt des Geldes hineingeboren: Sie verfügt beispielsweise über eine Fülle von Kreditkarten und telefoniert selbstredend mit einem Handy der jüngsten Technologiegeneration. Vermutlich lebt sie in einer Maisonette-Wohnung im erweiterten Zentrum von Bratislava und fährt einen Mittelklassewagen mit gehobener Ausstattung. Zuzana Veselá versammelt in sich nicht etwa den Durchschnitt der materiellen Vorzüge, über die ein Slowake in der Regel verfügt. Sie ist vielmehr ein Abbild dessen, wovon die meisten Slowaken bis heute nur träumen. Dabei beziehen sich diese Träume nur in den seltensten Fällen auf Kategorien, die zur Zeit des Eisernen Vorhangs als „westlich" bezeichnet worden wären. Vielmehr richten sich diese Träume auf einen nur schwer zu definierenden Wunsch nach einer besseren subjektiven Befindlichkeit.

Das hat jedenfalls eine im vergangenen November veröffentlichte Analyse des Soziologischen Instituts der Slowakischen Akademie der Wissenschaften (SAV) ergeben, wonach ein Großteil der Slowaken noch 1993 die Aussage befürwortet hätte, dass man zwar nur wenig Geld habe, dies aber gut zum Leben reiche. Nur zehn Jahre später herrschte tiefste Unzufriedenheit, was sich in dem Satz widerspiegelte, man habe heute nur noch Geld für das Nötigste. Selbst die der früheren Regierung des wirtschaftsliberalen Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda gegenüber stets sehr kritisch eingestellten Wissenschaftler der Akademie waren eher verblüfft über diesen Befund. Denn sie hatten auch festgestellt, dass zwischen 1993 und 2003 in keinem anderen Land der EU die Armut so schnell zurück gegangen war wie ausgerechnet in der Slowakei, und zwar vor allem in der Amtszeit von Dzurinda.

Die Soziologen der SAV leisteten Dzurinda zu Beginn dieses Jahres damit sogar Schützenhilfe, als das Statistische Amt der EU, Eurostat, einen Armutsbericht für die EU veröffentlichte. Danach leben 21 Prozent der slowakischen Bevölkerung am Rande der Armut; das ist die höchste Armutsrate in der gesamten EU. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass 1993, zu Beginn der Eigenständigkeit der Slowakei, dort noch knapp die Hälfte aller Menschen von Armut bedroht war. Es sei denn wohl auch eher eine „gefühlte" als eine „tatsächliche" Armut, die den Menschen zu schaffen mache, konstatierten die Soziologen der SAV. Diese dürfe aber keinesfalls unterschätzt werden, könne sie doch ein wichtiger Faktor der politischen Destabilisierung des immer noch jungen Staatswesens Slowakei sein.

Inwieweit diese Warnung durch die tatsächlichen Verhältnisse bestätigt werden kann, wurde wissenschaftlich noch nicht ergründet. Offensichtlich hat der Machtwechsel, der nach den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 17. Juni 2006 in der Slowakei stattgefunden hat, und der mit ihm verbundene Linksschwenk aber etwas mit dem Gefühl der Benachteiligung zu tun.

Aus den jüngsten Wahlen zum Parlament, dem Nationalrat, ging der Sozialdemokrat Robert Fico mit knapp einem Drittel der Stimmen als Sieger hervor. Zuzana Veselá hätte ihn, wäre sie eine reale Person, allerdings mit Sicherheit nicht gewählt. Denn sie zählt eben nicht zu denjenigen, die sich benachteiligt fühlen und die gerade Fico mit seiner Forderung nach einem „Zurück zur Menschenwürde" anspricht. Zuzana Veselá wäre wohl eher eine Anhängerin des am 17. Juni abgewählten Ministerpräsidenten Dzurinda, mit dessen Namen sich die tiefgreifenden marktwirtschaftlichen Reformen vor allem der abgelaufenen Legislaturperiode verbinden.

Fico wurde am 4. Juli vom Parlament zum neuen slowakischen Ministerpräsidenten gewählt. Gleichzeitig wurde sein Regierungsprogramm verabschiedet. Das 56 Seiten starke Dokument enthält vor allem sozialpolitische Zusagen. Zugleich wird ein wirtschaftspolitisches Szenario skizziert, das durchaus an die wichtigsten Vorhaben seines Amtsvorgängers anknüpft: Einführung des Euro im Jahre 2009, eine intensivere Förderung von Selbstständigen sowie klein- und mittelständischen Unternehmen und der Abbau der krassen Strukturunterschiede zwischen den Regionen. Dieses Wirtschaftsprogramm wird noch ergänzt durch das Bekenntnis zu einer an ökologischer Innovation und lebenslangem Lernen ausgerichteten Wissensgesellschaft.

Das Regierungsprogramm ließe sich damit durchaus als die Vision eines moderaten Wirtschaftsreformers für ein Land lesen, das wegen seines wirtschaftlichen Aufschwungs in den vergangenen Jahren als „Tatra-Tiger" von sich reden gemacht hat und künftig vielleicht wieder ein bisschen mehr Orientierung seiner Politiker hin zur eigenen Bevölkerung braucht. In jüngster Zeit stand das Bemühen um die Gewinnung von ausländischen Investoren zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Vordergrund, sodass es manchmal den Anschein hatte, als würden die Bedürfnisse der Slowaken gegenüber den rein ökonomischen Interessen der Ausländer vernachlässigt. Dazu ist aber zu bemerken, dass zum einen die Slowakei auch über ihre Anfangsjahre hinaus dringend auf das wirtschaftliche Engagement des Auslands angewiesen war, um nicht nur in

volkswirtschaftlicher Hinsicht überhaupt überleben zu können, und zum anderen auch schon unter Premier Dzurinda mit Korrekturen an offensichtlich zu radikalen Reformen begonnen wurde, etwa beim Pensionssystem oder bei der mit 19 Prozent für Güter des täglichen Bedarfs als viel zu hoch erkannten Mehrwertsteuer.

Die gewichtigsten Argumente gegen das Bild vom moderaten Reformer liefert Fico aber seit seinem Amtsantritt selbst. Erstens koaliert seine „Richtungspartei"[2] mit der Slowakischen Nationalpartei von Ján Slota, dem im In- und Ausland vor allem wegen seiner heftigen Attacken gegen die ungarische Minderheit in Erscheinung getretenen Bürgermeister des nordslowakischen Žilina, und der Volkspartei-Bewegung für eine demokratische Slowakei des wegen seines autokratischen Regierungsstils bis heute berüchtigten Vladimír Mečiar. Zweitens ist er die Verfechter der Marktwirtschaft während des Wahlkampfs zu heftig angegangen, um jetzt glaubwürdig zu erscheinen, wenn er zumindest teilweise in deren Fußstapfen treten will, und ringt er offensichtlich bei vielen Punkten im Regierungsprogramm noch selbst um klare Begrifflichkeiten, etwa wenn es um eine höhere Besteuerung von „Reichen" geht. Drittens plant Fico, vom Ausland bisher kaum wahrgenommen, deutliche Verschärfungen in den Bereichen Medien, innere Sicherheit und Asylrecht. Nur am Rande sei erwähnt, dass zwei der wichtigsten Institutionen in der slowakischen Gesellschaft, Familie und Kirche, im Programm kaum oder jedenfalls nur am Rande angesprochen werden, womit sich nicht zuletzt auch die Frage stellt, welchen Werten sich die Regierung Ficos verpflichtet fühlt.

Fico versteht sich als Sprachrohr der „Benachteiligten". Die „Benachteiligten", das sind immer noch die gesellschaftlichen Verlierer nach dem Zusammenbruch des Kommunismus. Das sind aber auch die Rentner, die schlecht bezahlten Arbeitskräfte im Osten der Slowakei – sie verdienen umgerechnet teilweise weniger als zwei Euro brutto die Stunde –, die Arbeitslosen und auch die Jugendlichen, die in der Slowakei angeblich immer noch weniger Chancen als anderswo haben. Abgesehen von der jungen Generation spricht er damit vor allem für die Provinz, wobei dieser Begriff hier weniger abfällig gemeint ist, als es zunächst den Anschein haben mag. Provinz ist in der Slowakei schlichtweg alles außerhalb der wohlhabenden Hauptstadt Bratislava, in der es von jungen Menschen nur so wimmelt, und des sie umgebenden „Speckgürtels", der in

[2] Anspielung auf den slowakischen Parteinamen „SMER", vgl. dazu die Hinweise im Beitrag von Jaroslav Daniška, oben S. 262.

Richtung Norden mittlerweile knapp 150 Kilometer, also fast bis nach Žilina, reicht. Bisweilen hört die Provinz aber auch mitten in der Provinz auf. Das beste Beispiel dafür ist wohl der Internationale Flughafen in Poprad, dem Eingangstor zur Hohen Tatra. Wohl in kaum einem anderen Land wäre ein Airport in der Nähe einer Stadt mit noch nicht einmal 100.000 Einwohnern angesiedelt. Manchmal erfasst die Provinz jedoch auch bis vor kurzem noch prosperierende Regionen. Als Beispiel dafür mag ein weiteres Mal die Hohe Tatra und die Gegend rund um die drittgrößte slowakische Stadt Prešov im Osten der Slowakei dienen. Bei einem verheerenden Sturm wurde im November 2004 im kleinsten Hochgebirge der Welt in noch nicht einmal einer Minute Wald auf einer Länge von 70 Kilometern und einer Breite von 10 Kilometern vernichtet. Rund um Prešov wiederum kämpfen die Menschen nun schon im dritten Jahr verzweifelt gegen die ständigen Überschwemmungen, die von heftigen Regenfällen verursacht werden.

Davon wurde und wird im Ausland kaum Notiz genommen. Aber auch in Bratislava machen sich die Menschen nur wenig Gedanken über das Aufbäumen der Natur im Osten des Landes. Die Menschen in der Ostslowakei mit ihren überwiegend geringen Einkommen – umgerechnet teilweise weniger als 300 Euro brutto im Monat – können wiederum nur in seltenen Fällen nachvollziehen, dass auch das Leben in einer boomenden Hauptstadt seinen Tribut fordert: So sind etwa die meisten der verschuldeten slowakischen Haushalte in Bratislava zu finden, weil sich schon die Monatsmiete für eine Wohnung oft nicht mehr von einem einzigen Gehalt bestreiten lässt.

Robert Fico ist angetreten, die Menschen von all diesen Unsicherheiten zu befreien. Es bleibt abzuwarten, ob die Slowakei unter seiner Ägide hinsichtlich der Lebensqualität und der Volkswirtschaft wachsen wird oder, wie von vielen befürchtet, statt dessen in Lethargie verfällt. Das Land ist an einem Scheideweg angelangt, an einem gefährlichen zumal. Denn nach 13 Jahren Eigenständigkeit, die teils durch internationale Isolation, teils reformbedingt für viele zunächst durch äußerst harte Entbehrungen gekennzeichnet waren, kann den Slowaken wohl kaum noch zugemutet werden, von einer besseren Zukunft länger nur zu träumen. Bleibt eine spürbare Verbesserung der Lebensverhältnisse aus, ist es nicht unwahrscheinlich, dass sich die aus der inneren Spaltung der Slowakei resultierende Spannung in absehbarer Zeit einmal ungeahnt heftig entlädt.

Aktuelle Ergänzung

Mit besonderer Aufmerksamkeit wird seit dem Regierungsantritt Ficos im In- und Ausland der Umgang mit der ungarischen Minderheit in der Slowakei verfolgt, die zehn Prozent der Bevölkerung stellt. Im September gingen die politischen Spitzen in Bratislava und Ungarn erstmals wieder aufeinander zu, nachdem das Verhältnis beider Länder mit der Aufnahme der Slowakischen Nationalpartei (SNS) von Ján Slota in die Regierung auf eine harte Probe gestellt worden war. Dabei sind die Beziehungen wegen der jahrhundertelangen Herrschaft der Ungarn auf dem Gebiet der heutigen Slowakei ohnehin historisch belastet. Im August eskalierte die Situation: Sowohl in der Slowakei als auch in Ungarn kam es zu heftigen, teilweise tätlichen Attacken gegen die jeweils andere Seite. Slota hat aus seiner Abneigung gegen alles Ungarische, vor allem gegen die ungarische Minderheit in der Slowakei, nie ein Hehl gemacht. Eine fragwürdige Bekanntheit über die Slowakei hinaus erlangte er wegen seiner Drohung, „Panzer nach Budapest" zu schicken, um auf dem Weg dorthin alles Ungarische schlichtweg platt zu machen. Schon seit Juli hatten Slota-Gegner in Ungarn immer wieder lautstark ihrer Verärgerung über die Zusammensetzung der neuen slowakischen Regierung Luft gemacht, mitunter auf sehr brachiale Art und Weise. Plakate mit Slotas Porträt wurden öffentlich verbrannt, Fußballfans forderten die „Versklavung" von Slowaken.

Der slowakische Ministerpräsident Fico wollte anschließend nichts von heftigen Ermahnungen aus Budapest wissen. Das, was passiert sei, könne überall vorkommen; im Übrigen sei die Slowakei ein souveräner Staat, dem man nichts vorzuschreiben habe. Fico hatte wegen der Regierungskonstellation aus seiner SMER-SD, der SNS und der Mečiar-Partei LS-HZDS vor allem im Ausland immer wieder heftige Kritik einstecken müssen. Er eckte mit seiner Position aber nicht nur in der eigenen Partei, sondern auch beim Koalitionspartner LS-HZDS an. Vladimír Mečiar bezeichnete Slota und seine Haltung als „ernstes Problem" für die Regierung. Das slowakische Parlament verabschiedete Anfang September eine Erklärung gegen Extremismus und jedwede Form von Intoleranz. Diese war von Parlamentspräsident Pavol Paška, zugleich Vizepräsident der SMER-SD, als verbesserte Fassung eines Vorschlags der oppositionellen Ungarnpartei SMK vorgelegt worden. Dem Entwurf der SMK zufolge sollten zunächst nur Attacken gegen die ungarische Minderheit in der Slowakei verurteilt werden.

Ficos Partei agiert allerdings in diesem Konflikt nicht geschlossen. Boris Zala, Vizechef der SMER-SD, kritisierte die ungarische Minderheit öffentlich wegen ihrer vermeintlichen Illoyalität gegenüber der Slowakischen Republik. Von anderer Seite wurden die Spitzenvertreter der SMK für ihre „täglichen Besuche" in Budapest kritisiert.

Der ungarische Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány sprach sich inzwischen für Gespräche zwischen Ungarn und Slowaken auf höchster Ebene aus. Es müsse möglich sein, den Konflikt auf eine Art und Weise zu lösen, die der historischen Aussöhnung Deutschlands und Frankreichs nach dem Zweiten Weltkrieg ähnele.

Trotz der jüngsten Spannungen scheinen sich die meisten Slowaken und Ungarn jedoch bewusst zu sein, dass die Aggressionen vor allem von einzelnen Radikalen geschürt werden. Immerhin befürworten nach einer Umfrage des führenden Meinungsforschungsinstituts gut 30 Prozent aller Slowaken eine internationale Beobachtung der Situation. In Ungarn wiederum wird vor unzutreffenden Pauschalisierungen wie derjenigen gewarnt, dass die Menschen im Nachbarland schlechthin feindlich gesonnen seien. Der Soziologe Tamás Pál wies vor kurzem in der Zeitung „Magyar Hírlap" darauf hin, dass ein wachsender Extremismus in der Slowakei zu verzeichnen sei, der aus einem gerade erst erwachenden Nationalbewusstsein resultiere. Dieser sei in erster Linie nicht gegen die ungarische Minderheit, sondern gegen die Roma-Minorität gerichtet. Hier müsse Fico achtgeben und für dauerhaft tragfähige Lösungen sorgen, wenn er auch in den kommenden Jahren noch das Land regieren wolle.

Länderinfo Slowakei

Fläche:	49.035 km²
Einwohner:	5.380.000
Hauptstadt:	Bratislava (Pressburg)

Ethnische Gruppen:

85,8 %	Slowaken
9,7 %	Magyaren (Ungarn)
1,7 %	Roma
2,8 %	Andere (Tschechen, Ruthenen, Ukrainer, Deutsche, Polen u. a.)

Geschichtlicher Überblick:

Seit dem 6. Jahrhundert ließen sich in mehreren Wanderungswellen Westslawen im Mittelgebirgsland der späteren Slowakei nieder. Nach der Zerschlagung des Awarenreichs bildete sich um 800 ein selbstständiges christliches Fürstentum mit dem Zentrum Nitra (Neutra). Dieses wurde durch Mojmír I. (830-846) dem Großmährischen Reich angeschlossen. Vom Zusammenbruch des Großmährischen Reiches 906 bis 1918 war die Slowakei als „Oberungarn" Teil des Königreichs Ungarn. Nachdem 1848/49 der Versuch misslungen war, eine größere politische Eigenständigkeit zu erlangen, scheiterten auch die 1860/61 unternommenen Initiativen, die Slowakei zu einem autonomen Kronland zu erheben.

1918 erklärte die Slowakei, sich einem gemeinsamen Staat der Tschechen und Slowaken anzuschließen, wenn ihr Autonomie gewährt würde. Im Zuge der Sudetenkrise der Tschechoslowakei forcierte Hitler 1939 die Erklärung der staatlichen Selbstständigkeit der Slowakei, wodurch sie de facto zum Satellitenstaat des Dritten Reiches wurde. Nach der Besetzung durch sowjetische Truppen wurde die Slowakei 1945 wieder ein Teil der Tschechoslowakei. Nach der „samtenen Revolution" von 1989 erfolgte im Frühjahr 1990 die Umwandlung in eine föderative Republik innerhalb der ČSFR. Ergebnis der von Ministerpräsident Vladimír Mečiar betriebenen Unabhängigkeitspolitik war die Proklamation der Unabhängigkeit der Slowakischen Republik. Obwohl die Regierung unter Mečiar versuchte, Anschluss an die internationale Gemeinschaft zu finden, verfolgte sie eine sehr umstrittene, oft als autokratisch bezeichnete Politik, die die Slowakei innerhalb Europas isolierte und unter anderem dazu führte, dass das Land nicht 1999, sondern erst 2004 in die NATO aufgenommen wurde. Erst unter der von 1998 bis 2006 amtierenden Regierung unter Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda konnte die Isolierung überwunden werden, sodass die Slowakei im Zuge der EU-Erweiterung der EU beitreten konnte.

Politisches System:
Die Slowakische Republik gründet auf der Verfassung von 1993, die 1997 verändert wurde. In das Parlament (Nationalrat) werden alle vier Jahre 150 Abgeordnete gewählt.
Staatsoberhaupt: Dr. Ivan Gašparovič (seit 15.06.2004)
Regierungschef: Dr. Robert Fico (seit 04.07.2006)

Ökonomische und soziale Rahmendaten:
Das Jahreseinkommen pro Einwohner liegt umgerechnet bei etwa EUR 3.800 (bei einem monatlichen Mindestlohn von EUR 183, wobei ca. 1,9 % der Bevölkerung diesen beziehen). Der Regierung Dzurinda gelang es durch eine konsequente wirtschaftsliberale Politik, die zuvor stark lahmende Wirtschaft zu stabilisieren und anzukurbeln. Aktuell ist das slowakische Wirtschaftswachstum das höchste in Europa. Die Wirtschaft ist stark exportorientiert. Das nominelle Lohnniveau ist das geringste in Mitteleuropa, hinzu kommt eine nach wie vor sehr hohe Arbeitslosigkeit. Die slowakische Krone ist voll konvertierbar.

Kirchliche Strukturen:
In der Slowakei gehören ca. 69 % der Bevölkerung der *römisch-katholischen* Kirche an. Sie ist in die beiden Erzbistümer Bratislava-Trnava und Košice gegliedert. Das Erzbistum Bratislava-Trnava umfasst die Suffraganbistümer Nitra und Banská Bystrica. Zum Erzbistum Košice gehören die Suffraganbistümer Rožňava und Spišske Podhradie. Die beiden *griechisch-katholischen* Bistümer sind Košice und Prešov.

Renovabis-Projekte und Schwerpunkte der Förderung:
Renovabis fördert Projekte zur Verbesserung der kirchlichen Infrastruktur auf den Ebenen der Pfarrei, des Bistums und der Bischofskonferenz. In den Pfarreien werden Gemeinde- und Jugendpastoralarbeit sowie Ausbildungsprojekte unterstützt. Soziale Projekte in Zusammenarbeit mit der Caritas oder örtlichen Orden reichen über Häuser für in Not geratene Frauen und deren Kinder bis zu Hospizeinrichtungen und gezielter Randgruppenförderung. Auf Diözesanebene konzentriert sich die Förderung auf Ausbildungsinstitutionen wie Gymnasien, Internate, Universitäten und theologische Fakultäten. Die katholische Medienarbeit wird durch Ausrüstungsgegenstände und Journalistenschulung gefördert. Projekte zusammen mit der Bischofskonferenz zielen auf die Vernetzung und den Ausbau überdiözesaner Strukturen ab.

Interessante Internetadressen:
http://www.slowakei-net.de/ (allgemeine Informationen)
http://www.vlada.gov.sk/english/ (Seite der slowak. Regierung)
http://www.kbs.sk/ (Seite der kath. Kirche der Slowakei)

Die Bemühungen der katholischen Kirche um die Roma in der Slowakei

Im Februar 2004 kam es im Osten der Slowakei zu einer regelrechten „Hungerrevolte": Tausende von Roma plünderten Lebensmittelgeschäfte, nachdem die staatliche Unterstützung erheblich gekürzt worden war. Die Unruhen wurden rasch niedergeschlagen, sorgten aber für internationales Aufsehen: Hier wurden die Schattenseiten der liberalen Wirtschaftspolitik sichtbar – der Osten der Slowakei hat kaum oder überhaupt nicht am Boom teil. Außerdem wurde ein in der Slowakei (und auch in den Nachbarländern) gern verdrängtes Problem schlagartig ins Licht der Öffentlichkeit gerückt: die soziale und wirtschaftliche Lage der Roma, einer Volksgruppe, die in vielen Ländern Europas bis heute massiv benachteiligt ist und ausgegrenzt wird.[1] *Offiziell wird ihr Bevölkerungsanteil in der Slowakei mit 1,7 Prozent angesetzt, Fachleute gehen jedoch von einem wesentlich höheren Anteil (bis zu 10 Prozent) aus. Viele Roma verschweigen aus Angst vor Repressalien ihre Volkszugehörigkeit.*

Die katholische Kirche in der Slowakei setzt sich für eine Verbesserung der Lage der Roma ein. Grundlage dafür ist der „Pastoral- und Evangelisierungsplan der katholischen Kirche in der Slowakei 2001 - 2006", aus dem die relevanten Teile im Folgenden vorgestellt werden; die Übersetzung besorgte Miroslava Bertok. In den kommenden Monaten wird die Umsetzung des Plans überprüft. Wieweit es Fortschritte gegeben hat, wird die Zukunft erweisen.

...

6.2 Die Roma

6.2.1 Die Situation

A) Johannes Paul II. sagt, dass der Frieden, nach dem sich die Menschen sehnen, ein Geschenk Gottes, eine Frucht der Wahrheit und Gerechtigkeit ist. Wir sind also überzeugt, dass eine Erneuerung der Gesellschaft nicht möglich sein wird, ohne diese Werte auf allen Ebenen geltend zu machen. Konkret heißt das: zu den Armen, zu den Verlassenen und zu den an den Rand Gestoßenen zu gehen – zu den Roma.

B) Die jungen Roma befinden sich in der gegenwärtigen Welt ohne Orientierungspunkte für ihr Leben; so lassen sie sich leichter von unterschiedlichen Angeboten locken und verführen. Ihnen fehlt der Gesamtsinn des Lebens, auch nehmen sie nicht am gesellschaftlichen Leben teil. Der erzieherische Einfluss der Familie, der Schule und der Kirche ist gering, was sich sowohl in der allgemeinen als auch in der religiösen Bildung deutlich zeigt. Oft fehlen den Roma tiefere persönliche Beziehungen und das Bewusstsein des eigenen Wertes. Charakteristisch ist die große Verletzbarkeit. Junge Roma sind nicht ausreichend auf die Familiengründung vorbereitet – geistig ebensowenig wie

1 Vgl. zur Problematik auch das immer noch aktuelle OWEP-Heft 2/2003 „Roma in Mittel- und Osteuropa".

materiell. Die religiösen Ausdrucksformen der Roma sind für die Mehrheitsbevölkerung wenig verständlich. Nur in vereinzelten Fällen ist es der Kirche gelungen, dieses Milieu zu erreichen, und zwar nicht nur mit einer anziehenden, sondern auch auf Dauer wirksamen Evangelisierung.

6.2.2 Ziele

Ziel ist es, die Person Jesu Christi zu offenbaren, damit auch sein tiefes Verständnis und Interesse für den Menschen und seinen Sinn für alles Menschliche. Damit verbunden soll das Gottes Reich verkündet werden; d. h. für die Roma, ihnen ein verständliches Zeichen der Gottesliebe zu setzen. Das geschieht durch geduldige und systematische Arbeit mit dem Ziel, sie zu unterstützen, sodass sich das Gefühl für die Mitverantwortung untereinander verstärkt, damit sie sich ihrer eigenen Würde vor Gott bewusst werden und damit auf diese Weise die vorhandenen Spannungen nicht nur an der Oberfläche beseitigt werden. Das alles ist in einer Pfarrei möglich, die sich für die Roma öffnet und eine Atmosphäre schafft, die einladend wirkt.

6.2.3 Empfehlungen

a) Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der Kommission für die Pastoral der Roma und den Pfarrern vor Ort, die den Pastoralplan umsetzen.

b) Werte der Roma-Kultur kennen lernen, um sie für die Evangelisierung sinnvoll zu nutzen. Wenn eine Pfarrei wie ein lebendiges und wachsendes Wesen existieren soll, müssen alle ihre Mitglieder lernen, untereinander ihre Arbeiten, Ressourcen und Kräfte ebenso wie Freude und Probleme zu teilen;

c) Auf präventive Weise die Grundwerte sichtbar machen – Achtung vor dem Menschen, Vertrauen, Interesse, Offenheit, Bereitschaft zum Zuhören, Brüderlichkeit, Solidarität.

d) Pastoralzentren im Roma-Milieu errichten und passende Angebote anbieten – Wallfahrten, Bibelwettbewerbe, Vorbereitung katechetischer Materialien. Das kann dann Modellcharakter haben.

e) Die Pfarrgemeinschaft als animatorischen Kern ausbauen, d. h. Laiengruppen vor Ort bilden und ausbauen, sodass die Roma-Siedlung die Missionsstation der jeweiligen Pfarrei werden kann.

f) Priester- und Katechetenqualifikationen in der Pastoral unter Berücksichtigung der Roma-Kultur erweitern.

g) In Pfarreien mit hohem Roma-Anteil Projekte für Personalentwicklung und für die Ausbildung von Leitungskräften anstoßen.

Die Kirchen Ungarns und der Slowakei bitten gegenseitig um Vergebung

Zwischen der Slowakei und Ungarn bestehen historisch bedingte Spannungen, die bis heute nachwirken und immer wieder Ursache für offene Auseinandersetzungen auf politischer Ebene werden. Dies ist in mehreren Beiträgen des vorliegenden Heftes angeklungen. Katholische Christen beider Länder bemühen sich um Abbau der Vorurteile und um eine Verständigung, die zu einer dauerhaften Aussöhnung führen soll. Diesem Ziel diente auch ein Versöhnungsgottesdienst am 29. Juni 2006 in der Basilika von Esztergom in Ungarn, an der Vertreter der beiden Bischofskonferenzen teilgenommen haben. Während des Gottesdienstes wurden die Briefe beider Bischofskonferenzen über Versöhnung und Zusammenarbeit unterzeichnet und eine Segensbotschaft Papst Benedikts XVI. verlesen. Im Folgenden werden Auszüge der beiden Briefe, übersetzt von Christof Dahm, wiedergegeben. (Quelle: Archiv von „Magyar kurir", 29.06.2006, zu finden unter www.magyarkurir.hu, in englischer Sprache).

Brief der Ungarischen Bischofskonferenz an die slowakischen Bischöfe

Exzellenz, verehrter Herr Bischof,
liebe Mitbrüder im Bischofsamt,

für Ungarn ist dieses Jahr ein Jahr wichtiger Jubiläen. Dieses Jahr ist der 50. Gedenktag der ungarischen Revolution von 1956 und der 550. Gedenktag des Siegs von Belgrad gegen die Truppen Sultan Mehmets II., die von den Kämpfern unter János Hunyadi und dem hl. Johannes von Capistrano besiegt wurden und so Mitteleuropa verteidigten. Aus diesem Grund hat unsere Bischofskonferenz dieses Jahr zum Jahr des Gebetes und der geistlichen Erneuerung unserer Nation ausgerufen. Dieses Jahr soll nach unserer Vorstellung ein Jahr der Versöhnung, der Reinigung des Gewissens und, im Geiste Papst Johannes Pauls II., der Vergewisserung dessen sein, was christliche Liebe bedeutet ... Das ganze Jahr wird es dazu gemeinsame Gebete, Wallfahrten, kulturelle und geistliche Programme geben. Eine große Freude war es zu vernehmen, dass sich in der Slowakei viele Menschen dieser geistlichen Erneuerung als Individuum oder in einer größeren Gemeinschaft im Gebet angeschlossen haben ... Über tausend Jahre gemeinsamer Geschichte verbinden uns. Diese Geschichte war erfüllt von wertvollen Ereignissen wie der Ausbreitung des Christentums, der Verdichtung des christlichen Lebens und der Begründung der Zivilisation durch das Christentum. Großartig sind auch die Zeugnisse der Wissenschaft, Kunst und christlichen Kultur. Jedoch war es oft auch eine Geschichte gemeinsamer Kämpfe und Leiden, eine Geschichte, der die Seiten des Gegeneinanders und des Leids nicht feh-

len. Diese Verletzungen über die Jahre hinweg haben eine Narbe auf unseren Seelen hinterlassen. Jetzt, wo wir vor Gottes Angesicht stehen, unser Gewissen erforschen und für unsere geistliche Erneuerung beten, bitten wir Gott um Gnade und Vergebung für alle beschämenden Untaten, die im Laufe der Geschichte an den Menschen verübt wurden, die in dieser Region mit ihrer je eigenen ethnischen, nationalen, sprachlichen oder kulturellen Identität lebten. Mit großer Traurigkeit denken wir an die leidvollen Untaten, die das ungarische Volk den Menschen und Gemeinschaften slowakischer Herkunft angetan hat. Zugleich erneuern wir vor dem Angesicht Gottes das Gefühl der Versöhnung und des tiefen Respekts, das tief empfundene Gefühl von Liebe und Vergebung, das unser Volk in der Vergangenheit aufgrund des individuellen oder gemeinsamen Leidens als Erfahrung brauchte. Wir vergeben und bitten um Vergebung ...

Wir bitten um Gottes Segen für das slowakische Volk, die katholische Kirche in der Slowakei, die Slowakische Bischofskonferenz und die Völker Europas. Wir bitten um die Fürbitte des hl. Adalbert, der hl. Märtyrer von Košice und aller früheren und künftigen Heiligen der Slowakei und Ungarns für unsere Völker und die Kirche, damit wir nach ihrem Beispiel leben können.

Ergebenst in brüderlicher Liebe,

die Mitglieder der Ungarischen Bischofskonferenz

Brief der Slowakischen Bischofskonferenz an die ungarischen Bischöfe

Liebe Mitbrüder im Bischofsamt,

die historischen Ereignisse des Heiligen Jahres 2000 und das freudige Überschreiten der Schwelle zum dritten Jahrtausend sind noch sehr lebendig in unserer Erinnerung, ebenso die Aufgaben, die der Heilige Vater Johannes Paul II. herausgestellt hat. Sein Ruf hat in der ganzen Welt ein Echo in Gestalt vieler schöner Initiativen gefunden. Unter diese können wir auch unsere wechselseitige brüderliche Bitte einreihen, die nicht nur in schriftlicher Form, sondern auch in persönlicher Begegnung erfolgt ist. Gemeinsam suchen wir nach dem Weg für eine Verständigung zwischen unseren Völkern, mit dem Blick auf Vergebung und Frieden.

Die Überzeugung, dass Jesus Christus der Herr der Geschichte ist, war eine der Grundlagen des Pontifikats Johannes Pauls II. Er rief jeden einzelnen und die Gemeinschaften dazu auf, „ihr Gedächtnis zu reinigen", um so die Gnade der Vergebung im Hinblick auf die Treulosigkeiten zu erlangen, die sich viele Söhne und Töchter der Kirche hatten zuschulden kommen lassen ... Es geht um unsere gemeinsame Geschichte, die wir gestaltet haben und die uns nicht voneinander trennen kann ...

Unsere Erinnerungen reichen zurück in die Vergangenheit bis zu den Anfängen der Kirche in unseren Ländern. Zunächst war die Kirchengeschichte für unsere beiden Völker die-

selbe. Wir wollen auf diese gemeinsame Vergangenheit zurückblicken, in der wir gegenseitige Angriffe und Konflikte finden, aber auch Erinnerungen, die der Heilige Geist gereinigt hat. Er erleuchtet unsere Erinnerungen, sodass wir sie aus seiner Perspektive sehen können.

In diesem Geist, liebe Mitbrüder im Bischofsamt, haben wir euren Brief mit großem Interesse und mit Genugtuung empfangen. In ihm lesen wir, wie ihr die Ereignisse in der Slowakei und in der Geschichte unserer Kirche mit Aufmerksamkeit verfolgt. Wir handeln ebenso, denn die Zukunft der katholischen Kirche in eurem Heimatland ist uns nicht gleichgültig. Auch wir kämpfen mit vielen Problemen, die den euren ähnlich sind. Aus diesem Grund haben wir mit Freude eure Initiative, die vom Heiligen Geist angestoßen worden ist, aufgenommen, mit der ihr ein Jahr der geistlichen Erneuerung in eurem Heimatland ausgerufen habt.

Mit großem Ernst betrachten wir die historischen Wahrheiten als das, was sie sind, und danken Gott aus ganzem Herzen und bitten für eine gemeinsame Vergebung und Erneuerung. So vergeben wir und bitten wir um Vergebung.

Gemeinsam mit unseren Brüdern im Bischofsamt wissen wir, dass das Christentum keine bloße Erinnerung an die Vergangenheit ist. Die Lehren der Geschichte weisen uns den Weg, ein gemeinsames Programm für den Auftrag, den uns Gott gegeben hat, zu suchen ... Wir wollen jede Form personeller oder nationaler Interessen vermeiden, um von jetzt an gegen christliche Prinzipien weder in Worten noch in Taten zu verstoßen ...

Möge der Herr unsere Bemühungen segnen ... Möge die selige Jungfrau Maria, die gemeinsame Beschützerin unserer Völker, mit allen Heiligen, die wir verehren, unsere Bemühungen und Handlungen unterstützen und für uns den Segen ihres Sohnes, unseres Herrn, erwirken.

Die Bischöfe der Slowakei

Bücher

Babjak Ján: P. Michal Lacko SJ, informátor a formátor gréckokatolíkov. Trnava: Dobrá kniha, 1997. (P. Michal Lacko SJ, Lenker und Gestalter der griechischen Katholiken.)

Kirschbaum, Stanislav J.: A History of Slovakia. The Struggle for Survival. 2. Aufl. New York: Palgrave Macmillan, 2005.

Schönfeld, Roland: Slowakei. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. (Ost- und Südosteuropa. Geschichte der Länder und Völker). Regensburg: Pustet, 2000.

Tönsmeyer, Tatjana: Das Dritte Reich und die Slowakei 1939-1945. Politischer Alltag zwischen Kooperation und Eigensinn. (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart). Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2003.

In eigener Sache

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Integration der Zeitschrift „OST-WEST. Europäische Perspektiven" in unser Verlagshaus ist uns gut gelungen. Als führender Anbieter von religiösen und spirituellen Publikationen wollen wir Sie auch zukünftig in der gewohnten Qualität bedienen. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie die steigenden Papierpreise führen leider auch bei uns im kommenden Jahr zu einer moderaten Anhebung des Abonnementpreises. Der Jahrespreis wird zukünftig € 19,80 (D) betragen. Die weiteren Preise entnehmen Sie bitte dem Impressum.

Wir bitten um Ihr Verständnis.

Der Verlag

Schwerpunktthema des nächsten Heftes:

Säkularisierung in Europa